



Niederschrift

32. Plenarsitzung des Gemeinderates
7./8. Dezember 2021, 9 Uhr
öffentlich
Kongresszentrum, Gartenhalle
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

3.

Punkt 2 der Tagesordnung: Einzelberatung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2022/2023 einschließlich der Behandlung der Anträge und Anfragen des Gemeinderates sowie der Einwendungen von Einwohnerinnen, Einwohnern und Abgabepflichtigen zum Haushaltsentwurf

Punkt 3 der Tagesordnung: Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer (Hebesatzung)

Vorlage: 2021/1342

Dazu:

Änderungsantrag CDU

Vorlage: 2021/1342/1

Punkt 4 der Tagesordnung: ÖPNV-Streckenaktivierung im Stadtgebiet Karlsruhe: Neureut-Mühlburg

Vorlage: 2021/0952

Punkt 5 der Tagesordnung: Aufgabenübertragung Citymarketing/KME

Vorlage: 2021/1443

Punkt 5.1 der Tagesordnung: Kulturzentrum Schauenburgstraße & Panorama e. V.:

Finanzieller Beitrag der Stadt Karlsruhe

Vorlage: 2021/1468

Punkt 6 der Tagesordnung: Haushalt 2022/23: Aufstockung der vom Arbeitskreis Migrationsbeirat empfohlenen Maßnahmen

Vorlage: 2021/1422

Punkt 6.1 der Tagesordnung: Konzept für ein Modellprojekt „Präventive Hausbesuche für Seniorinnen und Senioren“

Vorlage: 2021/0162

Punkt 7 der Tagesordnung: Ludwig Guttman Schule: Investitionskostenzuschuss

Vorlage: 2021/1451

Punkt 8 der Tagesordnung: vhs Karlsruhe - Aufhebung des Sperrvermerks über den Mietzuschuss von 700.000 Euro

Vorlage: 2021/1349

Punkt 9 der Tagesordnung: KI-Innovationspark Baden-Württemberg: Fördermittel des Landes

Vorlage: 2021/1405

Punkt 10 der Tagesordnung: BMI-Fördermaßnahme "Zukunftsfähige Innenstädte" - Eigenanteil der Stadt Karlsruhe

Vorlage: 2021/1413

Punkt 11 der Tagesordnung: Vorgesehene Ressourcen im Doppelhaushalt 2022/23 für die Umsetzung des Klimaschutzkonzepts 2030

Vorlage: 2021/1155

Punkt 12 der Tagesordnung: Klärwerk Karlsruhe: Verschiedene Unterhaltungsmaßnahmen im Klärwerk; überplanmäßige Aufwendungen

Vorlage: 2021/1240

Punkt 13 der Tagesordnung: Stadthalle Modernisierung

Erneute Projektvorstellung im Rahmen des gemeinderätlichen Kostenkontrollverfahrens

Vorlage: 2021/1322

Punkt 14 der Tagesordnung: Dynamisierung der städtischen Zuschüsse für Träger*innen der freien Kultur

Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, SPD, DIE LINKE.

Vorlage: 2021/0259

Punkt 15 der Tagesordnung: Kommunale*r ehrenamtliche*r Tierschutzbeauftragte*r der Stadt Karlsruhe

Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, SPD

Vorlage: 2021/0309

Punkt 16 der Tagesordnung: Einrichtung eines zweiten Anti-Graffiti-Mobils

Antrag: AfD

Vorlage: 2021/1162

Punkt 17 der Tagesordnung: Photovoltaikanlagen auf Parkhäusern und -flächen

Antrag: CDU

Vorlage: 2021/0919

Beschluss:

Tagesordnungspunkt 3:

Der Gemeinderat nimmt von den Ausführungen Kenntnis und beschließt nach Vorberatung im Hauptausschuss die in der Anlage beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung).

Tagesordnungspunkt 4:

1. Der Gemeinderat stimmt der Streckenreaktivierung Karlsruhe-Mühlburg bis Karlsruhe-Neureut durch die AVG zu. Die Komplementärkosten des Infrastrukturausbaus in Höhe von ca. 2 bis 3 Mio. Euro werden von der AVG getragen.
2. Der Gemeinderat stimmt einer Kostenübernahme durch die Stadt Karlsruhe (soweit erforderlich) für die nach der Reaktivierung jährlich anfallenden Betriebskosten in Höhe von ca. 1,1 Mio. Euro ab dem Jahr 2026 zu.

Tagesordnungspunkt 5:

Der Gemeinderat beschließt, dass die KME Karlsruhe Marketing und Event GmbH ab dem Jahr 2022 die Aufgabe des Citymarketing als eigene Aufgabe übernimmt. Die Haushaltsmittel hierfür sind im Haushaltsentwurf bereits enthalten.

Tagesordnungspunkt 5.1:

Der Gemeinderat beschließt, die von ihm zugesagte Unterstützung für den Betrieb eines Kulturzentrums in der bisherigen Gewerbeimmobilie Schauenburgstraße 5 in Höhe von jährlich zusätzlich 95.000 Euro in den Doppelhaushalt 2022 und 2023 einzustellen. Die Finanzierung erfolgt in den Haushaltsjahren 2022 und 2023 aus nicht in Anspruch genommenen Restmitteln des städtischen Corona-Hilfsfonds.

Tagesordnungspunkt 6:

Ablehnung der Vorlage

Tagesordnungspunkt 6.1:

Der Gemeinderat stimmt nach Vorberatung im Sozialausschuss dem Konzept inhaltlich zu und nimmt die finanziellen Mehraufwendungen zur Kenntnis. Die zusätzlichen Maßnahmen stehen unter Finanzierungsvorbehalt, die abschließende Etatisierung ist im Haushalt 2022/2023 zu beschließen.

Tagesordnungspunkt 7:

Der Gemeinderat nimmt von der Erhöhung des Investitionskostenzuschusses für die Sanierungsmaßnahmen an der Stammschule sowie für den Bau der Außenstelle der Ludwig Guttman Schule Karlsbad Kenntnis und beschließt die Übernahme der Kosten.

Tagesordnungspunkt 8:

Der Gemeinderat nimmt nach Vorberatung im Hauptausschuss die Ausführungen zur Kenntnis und beschließt die Aufhebung des Sperrvermerks für den im Haushaltsjahr 2021 vorgesehenen Mietzuschuss an die vhs in Höhe von 700.000 Euro.

Tagesordnungspunkt 9:

1. Der Gemeinderat beschließt, Mittel in Höhe von rund 200.000 Euro für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 über die Veränderungsliste mit Sperrvermerk in den Haushalt aufzunehmen.
2. Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung, die entsprechenden Gespräche mit dem Land Baden-Württemberg wieder aufzunehmen und ein gegebenenfalls an neue Förderbedingungen angepasstes Konzept vorzulegen.

Tagesordnungspunkt 10:

Der Gemeinderat stimmt der Antragsabgabe für das Förderprogramm des Bundes „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ zu für den Fall, dass die 2. Antragsrunde erreicht wird und stimmt der Aufnahme der notwendigen Haushaltsmittel für die Jahre 2022-2025 über die Veränderungsliste zu.

Tagesordnungspunkt 11:

Das Bürgermeisteramt gibt die beabsichtigte Verteilung der im Haushaltsentwurf 2022/23 zur Verfügung stehenden Finanzmittel zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes 2030 zur Kenntnis. Die begründeten Stellenanträge werden von den jeweiligen Dienststellen im Rahmen des üblichen Verfahrens eingebracht.

In Abänderung der Vorlage des Hauptausschusses vom 12.10.2021 wurden die Mittel für klimabezogene Projekte um 5 Mio. € pro Jahr zuzüglich des klimarelevanten Anteils für die Sanierung der Stadthalle für die jeweiligen Jahre erhöht.

Tagesordnungspunkt 12:

Der Gemeinderat genehmigt überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 1.550.000 Euro im Haushaltsjahr 2021 für verschiedene Unterhaltungsmaßnahmen im Klärwerk.

Tagesordnungspunkt 13:

Der Gemeinderat nimmt nach Vorberatung im Bauausschuss von der erneuten Projektvorstellung Kenntnis und erklärt sich mit den Gesamtkosten von 135,42 Millionen Euro einverstanden, gegenüber den im Bauausschuss am 29.06.2018, Hauptausschuss am 03.07.2018 und Gemeinderat am 17.07.2018 vorgestellten Gesamtkosten in Höhe von 76,41 Millionen Euro.

Die Finanzierung wird im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung des Doppelhaushalts 2022/2023 fortgeschrieben.

Tagesordnungspunkt 14:

Ablehnung des Antrags

Tagesordnungspunkt 15:

1. Die Stadt Karlsruhe richtet die Stelle eines/einer kommunalen Tierschutzbeauftragten ein. Kenntnisse und Erfahrungen aus dem Verwaltungsbereich oder Rechtswissenschaften sind wünschenswert.
2. Der*die Tierschutzbeauftragte arbeitet ehrenamtlich, politisch und administrativ unabhängig.
3. Der*die Tierschutzbeauftragte berichtet regelmäßig und bei Bedarf, auf jeden Fall einmal jährlich über die geleistete Tätigkeit.

Tagesordnungspunkt 16:

Ablehnung des Antrags

Tagesordnungspunkt 17:

Einverstanden mit der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnisse:

Tagesordnungspunkt 3:	Vorlage: Mehrheitliche Zustimmung (27 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen) Änderungsantrag: Mehrheitlich abgelehnt (20 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen)
Tagesordnungspunkt 4:	Ziffer 1: Einstimmige Zustimmung Ziffer 2: Mehrheitliche Zustimmung (42 JA-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)
Tagesordnungspunkt 5:	Einstimmig zugestimmt
Tagesordnungspunkt 5.1:	Mehrheitliche Zustimmung (42 JA-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)
Tagesordnungspunkt 6:	Mehrheitliche Ablehnung (17 JA-Stimmen, 27 Nein-Stimmen)
Tagesordnungspunkt 6.1:	Mehrheitliche Zustimmung (32 JA-Stimmen, 11 Nein-Stimmen)
Tagesordnungspunkt 7:	Einstimmige Zustimmung
Tagesordnungspunkt 8:	Einstimmige Zustimmung
Tagesordnungspunkt 9:	Mehrheitliche Zustimmung (40 JA-Stimmen, 3 Enthaltungen)
Tagesordnungspunkt 10:	Mehrheitliche Zustimmung (42 JA-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)
Tagesordnungspunkt 11:	Keine Abstimmung
Tagesordnungspunkt 12:	Mehrheitliche Zustimmung (42 JA-Stimmen, 1 Enthaltung)
Tagesordnungspunkt 13:	Mehrheitliche Zustimmung (40 JA-Stimmen, 5 Enthaltungen)
Tagesordnungspunkt 14:	Mehrheitliche Ablehnung (20 JA-Stimmen, 25 Nein-Stimmen)
Tagesordnungspunkt 15:	Mehrheitliche Zustimmung (26 JA-Stimmen, 18 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)
Tagesordnungspunkt 16:	Mehrheitliche Ablehnung (3 JA-Stimmen, 39 Nein-Stimmen)
Tagesordnungspunkt 17:	Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 2 zur Behandlung auf:

Zum Top 2 will ich noch eine kleine Einführung machen. Wir beraten jetzt den Doppelhaushalt 2022/2023 inklusive aller Anträge und Anfragen des Gemeinderates sowie die Einwendungen von Einwohnerinnen und Einwohnern zum Haushaltsentwurf. Die Vorberatung fand ja am 30. November im Hauptausschuss statt. Ihnen liegen vor, der Entwurf des Doppelhaushalts, der auch die mittelfristige Finanzplanung umfasst, der Stellenplan, die Wirtschaftspläne und Finanzplanungen der Gesellschaften, die Stellungnahmen der Verwaltung auf die Anträge und Anfragen des Gemeinderates sowie die Einwendungen von Einwohnerinnen und Einwohnern, die Veränderungsliste der Verwaltung. Die anstehenden Haushaltsberatungen erfordern noch einmal in diesem Jahr unsere volle Aufmerksamkeit. Wir haben vor genau einem Jahr zur gleichen Zeit einen Einjahreshaushalt beraten und es war ja nicht sicher, inwieweit die pandemische Lage uns noch weiter beutelt, aber wir können feststellen, dass wir doch eher zu optimistisch

waren, dass sich das vielleicht dann doch in diesem Jahr etwas anders entwickeln könnte.

Wir haben bereits im Frühjahr dieses Jahres intensiv begonnen, den Doppelhaushalt vorzubereiten. Unzählige Runden wurden innerhalb der Dezernate und Ämter gemeinsam mit der Stadtkämmerei gedreht, ebenso mehrere Investitionskonferenzen für investive Projekte. Ich konnte dann am 19. Oktober einen Doppelhaushalt vorstellen, der Aufwendungen von jährlich über 1,5 Milliarden Euro und Investitionen in beiden Jahren von zusammen über 600 Millionen Euro erreichen wird. Das sind beides Höchststände in der Haushaltshistorie der Stadt Karlsruhe. Festzustellen ist aber auch, dass wir trotz unserer kräftigen Bemühungen in den beiden kommenden Jahren keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können und unsere Investitionen fast ausschließlich über Kreditaufnahmen finanzieren. Die wesentlichen Eckpunkte sind noch mal grafisch aufgearbeitet und werden jetzt möglicherweise eingespielt. Zwischenzeitlich hat die Verwaltung auch eine Veränderungsliste zusammengestellt, die Ihnen jetzt auch zugegangen ist.

Als wesentliche Änderungen im Ergebnishaushalt sind dabei die Ergebnisse der November-Steuerschätzung zu nennen. Aufgrund der uns vorliegenden Regionalisierungsdaten können wir einen zusätzlichen Ertrag aus dem kommunalen Finanzausgleich von 13,4 Millionen in 2022 und 12,0 Millionen in 2023 sowie den Gemeindeanteilen der Einkommens- und Umsatzsteuer in Höhe von 8,1 beziehungsweise 8,0 Millionen Euro erwarten. Hinweisen möchte ich aber, dass die konkrete Fortschreibung der Orientierungsdaten des Finanzministeriums noch nicht vorliegt.

In 2022 haben wir die Erträge aus der Verpackungssteuer herausgenommen und in beiden Jahren in selber Höhe die Deckungsreserve erhöht. Als weitere wesentliche Veränderung haben wir für die Instandsetzung des Daches und der Fassade der Friedhofskapelle in Durlach 1,2 Millionen Euro in 2022 und 1,0 Million Euro in 2023 bereitgestellt. Ein weiterer großer Anteil an den Veränderungen auf der besagten Veränderungsliste sind Verschiebungen innerhalb des Haushaltsplans.

Im Finanzhaushalt kann ich Ihnen als wesentliche Veränderung Mehreinzahlungen bei den Grundstückserlösen von 6,4 Millionen Euro, ebenso wie das geplante Darlehen an die Betriebsgesellschaft des KSC in Höhe von 5 Millionen Euro nennen. Darüber sind die Auszahlungen für die Modernisierung der Stadthalle angepasst worden.

Alle Veränderungen der Veränderungsliste werden im Laufe der Beratung an den entsprechenden Stellen aufgerufen. Das Gesamtergebnis hat sich nicht in dem Maße verbessert, wie es aller Orten erwartet beziehungsweise erhofft wurde. Zwar konnten wir die Gesamtdefizite in beiden Haushaltsjahren - 74,6 auf 55,9 Millionen Euro in 2022 und 64,3 auf 46,1 Millionen Euro in 2023 reduzieren. Die Verbesserungen stammen aber im Wesentlichen aus Mehrerträgen infolge der Steuerschätzung.

Wenn wir auf unsere weiterhin sehr hohen Investitionen schauen, erkennen wir, dass wir diese weiterhin fast ausschließlich mit Krediten finanzieren müssen. man braucht bei den vorliegenden Zahlen schon sehr viel Fantasie, hierin einen finanziellen Spielraum für das eine oder andere zusätzliche Thema, das auf der Tagesordnung oder auch in manchen Anträgen enthalten ist, zu erkennen. Ich möchte Sie daher ausdrücklich davor warnen, hier aus der Defizitreduzierung die Interpretation herauszuziehen, wir hätten jetzt Geld, um es neu zu investieren. Aus

meiner Sicht sind auch im Hinblick auf die Defizite und Kreditaufnahmen in der mittelfristigen Finanzplanung diese Veränderungen vollständig zur Reduzierung des Haushaltsdefizits und damit zur Reduzierung der Kreditaufnahme zu verwenden. Da wird uns im Übrigen auch das Regierungspräsidium mit kritischem Blick begleiten. Der Ansatz ein Mehr an einer Stelle muss ausdrücklich mit einem Weniger an anderer Stelle einhergehen, wurde ausdrücklich positiv dort aufgenommen, darf auch noch mal an das 10-Punkte-Programm verweisen.

Jetzt haben wir ja gemeinsam festgestellt, dass es ja immer schon üblich war, vor einzelnen Abschnitten im Haushalt etwas zur allgemeinen Situation zu sagen. Sie hatten sich gewünscht, dass wir das jetzt auch schon an dieser Stelle vor dem Gesamthaushalt tun. Und bevor ich deswegen jetzt in die Diskussion der einzelnen Anträge und in das Hineintauchen in die Haushalts-systematik mit Ihnen starte, würde ich vorschlagen, dass wir diese Debatte jetzt führen. Und ich darf als Erste Frau Stadträtin Fahringer das Wort erteilen. Bitte schön.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Sie wünschen sich eine **Generaldebatte**, die hatten wir schon. Anfang November haben wir unsere Haushaltsreden zum eingebrachten Entwurf abgegeben. Um was es Ihnen also heute hier geht, sind die Anträge, diese erneute Vielzahl an Anträgen, trotz der bereits vor einem Jahr laut mahnenden Worte, nicht nur von unserer Finanzbürgermeisterin, trotz der Vorgaben durch das Regierungspräsidium. Aber wo sind denn Ihre konkreten und ernsthaften Sparvorschläge? Von der Verwaltung vorgeschlagene und durchdachte Einnahmesteigerungen werden sogar von Teilen von Ihnen abgelehnt. Worum geht es Ihnen also heute in dieser Show?

Wir als Fraktionen, aber auch als Bürger*innen, Träger*innen, Institutionen haben ein Antragsbeziehungsweise Einbringungsrecht. Und nur, weil die Generation vor uns manche Entscheidungen echt versemmt hat, lassen wir uns das heute und morgen nicht nehmen. Der Gemeinderat entscheidet über den Haushalt und ist nicht einfach nur dafür da, einen Entwurf der Verwaltung abzunicken. Wir GRÜNE haben alle Anliegen, die an uns herangetragen worden sind, ausführlich geprüft und stellen auch in manchen unserer echten Herzensanliegen in diesem Jahr keinen Antrag, eben, weil der Haushalt wenig Spielraum lässt. Genauso werden wir leider auch manche Anliegen anderer Fraktionen, die sehr wichtig wären und richtig wären, nicht unterstützen. Manche in unserer Fraktion waren schon bei der letzten Sparrunde dabei. Nach mühsamen Debatten beim Haushalt, so wurde es mir erzählt, kamen unmittelbar darauf gleich wieder ein paar Beschlüsse zu Betonmonstern. Die stehen uns als Stadt Karlsruhe vielleicht nicht schlecht im Sinne des Schutzes unserer Ressourcen, sowohl der finanziellen als auch der ökologischen, sehen wir aber jetzt kritisch, wo wir in Summe damit stehen.

Liebe Anwesende, wir haben diese Haushaltslage mit dem fetten Minus und den noch viel dickeren, drohenden Verlusten in der Zukunft nicht wegen ein paar Tausend Euro jährlich für dieses Sozialprojekt dort oder für jene Kulturinstitution da. Nein, wir haben ein paar richtig große Projekte am Start, und zwar viel zu viele, wenn Sie mich fragen, die jährlich Millionen um Millionen kosten. Doch merkwürdig, dass gerade diejenigen, die ohne an die Zukunft zu denken, eine nicht verantwortbare Anzahl an Großprojekten eingebracht und verantwortet haben, als hätten wir die Größe von beispielsweise München, sich jetzt versuchen als die Obersparer*innen darzustellen und damit die Zukunft unserer Stadt und der Menschen hier aufs Spiel setzen. Größtenteils wurden diese Projekte übrigens initiiert, als Frank Mentrup noch gar nicht Oberbürgermeister von Karlsruhe war. Dazu nur als Beispiel die U-Strab, die wir überhaupt jetzt erst millio-nenfach abbezahlen müssen, die Messe, die uns jedes Jahr Millionen kostet, der Bau eines

Fußballstadions, das gigantomatisch zumindest zunächst vollkommen unüblich fast vollständig von der Stadt bezahlt wird. Und dazu sollten wir alle stehen. Besonders diejenigen, die diese Projekte initiiert haben.

In einer Sache sind wir uns einig, wir nehmen als Kommune viele öffentliche Aufgaben wahr. Wie der Betrieb des öffentlichen Nahverkehrs, des Klinikums oder der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung. Wir sind einerseits von Land und Bund verpflichtet, diese Aufgaben wahrzunehmen, erhalten aber andererseits bei Weitem nicht ausreichend Finanzmittel, zumindest nicht ausreichend, um unsere Standards und unsere Vorstellungen, wie wir diese Aufgaben erfüllen, zu finanzieren.

Und da sind wir bei der zweiten Sache, bei der wir uns einig sind, wir müssen die Aufgabenkritik ernst nehmen und Standards hinterfragen und das nicht erst zwei Monate vor der kommenden Haushaltseinbringung, sondern gleich mit Start des neuen Jahres. Da brauchen wir Transparenz und Ehrlichkeit, da brauchen wir das Engagement und den Ideenreichtum der städtischen Mitarbeiter*innen und die Kreativität der Bürgermeister*innen-Bank. Gerne gehen wir den Weg der Veränderung mit, aber bitte in allen Bereichen ohne weiteren Zement, veraltete Methoden oder Denkweisen mit Mut und Zuversicht.

(Der Vorsitzende gibt Zeichen, dass die Redezeit um ist.)

Vielen Dank, ich dachte, das wäre die allgemeine Redezeit und ich hätte so viele Minuten, wie ich wollte, aber ich mache jetzt gerne Schluss, vielen Dank.

(Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz spricht mit dem Vorsitzenden.)

Der Vorsitzende: Das war so nicht besprochen, okay, sorry, dann habe ich Sie abgewürgt. Sorry, Frau Fahringer, das war mir nicht bekannt. Ich habe ausdrücklich im Hauptausschuss und ich habe es gerade zu Beginn der Sitzung ausdrücklich noch mal wiederholt, dass die drei Minuten Redezeit gilt. Da hat keiner protestiert. Also wenn Sie es anders besprochen haben, können wir es anders machen, denn es ändert ja an der Gesamtredezeit nichts. Dann entschuldige ich mich, das war mir nicht bekannt. Wollen Sie noch was anfügen Frau Fahringer?

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Ich würde gerne meinen letzten Absatz noch mal sagen in Ihre Richtung. Gerne gehen wir GRÜNE den Weg der Veränderung mit, aber bitte in allen Bereichen ohne weiteren Zement, ohne veraltete Methoden, ohne veraltete Denkweisen, mit Mut und Zuversicht, vielen Dank.

Der Vorsitzende: Ich meine das schon immer ernst, was ich sage, insofern, wenn das falsch ist, dann weisen Sie mich bitte rechtzeitig daraufhin.

Stadtrat Hofmann (CDU): Insbesondere nach den Haushaltsreden, Anträgen oder den Stellungnahmen der Verwaltung haben wir als CDU-Fraktion den Eindruck gewonnen, dass manche Fraktionen den Ernst der Lage bezüglich des Haushaltes immer noch nicht erkannt haben. Und die Rede von Frau Fahringer im Vorfeld hat es wieder gezeigt, sie hat den Unterschied zwischen Finanz- und Ergebnishaushalt anscheinend immer noch nicht verstanden. Getreu nach dem Motto Quantität statt Qualität kommt die Hälfte aller Anträge von rechts und links außen. 75 Anträge von der AfD, 78 von den LINKEN. Diese sechs Kolleginnen und Kollegen haben den

Gong definitiv nicht gehört. Und ich frage mich in der Tat, ob sie überhaupt wissen, was sie mit dieser Art von Politik überhaupt anrichten. Die LINKEN wollen mit ihrer Antragswut nichts anderes erreichen als unsere Stadtgesellschaft gegenseitig auszuspielen. Besoldungsverzichte, Bürgermeister auf der einen Seite, ein nicht bezifferbarer Schuldenerlass von Stadtwerkekunden auf der anderen Seite. Sie können nicht nur auf der einen Seite auf die Instandhaltung von Straßen verzichten, was übrigens eine kommunale Aufgabe ist, und auf der anderen Seite aber einen ständigen Winterdienst für Radwege fordern. Hören Sie doch bitte auf mit diesem Schwarzweiß-Denken. Wir sind eine große Stadtgesellschaft und vor allem ist Karlsruhe keine Stadt von sozialer Kälte. Auch wenn Sie uns dieses unaufhörlich mit Ihren Anträgen einreden wollen.

Laut Haushaltsentwurf sind ungefähr 290 Millionen Euro für freiwillige Leistungen eingestellt. Vor zehn Jahren war das nicht mal die Hälfte. Also erzählen Sie uns bitte nicht immer wieder weiter, Karlsruhe sei unsozial. Damit Karlsruhe aber nicht unsozial wird, will ich auch kurz zur AfD noch was sagen. Wenn wir Sie, mit Ihrem Teil erbärmlicher Klientelanträge, auch nur im Entferntesten ernst nehmen sollen, dann liegen Sie falsch. Durch Ihre Einsparvorschläge entlarven Sie sich meiner Ansicht nach als Leugner des menschengerechten Klimawandels und setzen bei jedem, auch wirklich jedem Projekt mit den von Ihnen genannten Fremden, den Rotstift an. Es geht um Menschen, die sich hier integrieren wollen und sollen. Sie feiern sich als Retter des Haushalts, wohlwissend, dass Ihre Anträge völlig einseitig zulasten von Migranten, der Umwelt sowie unseren Kindern und ihrer Zukunft gehen. Ihre Anträge sind meiner Ansicht nach schlichtweg unredlich, daher will die CDU auch keine besonderen Kommentare dazu abgeben, da es diese Anträge zum Großteil auch nicht wert sind.

Besonders wichtig ist mir aber auch, dass ich mir hier noch mal an die großen Fraktionen wende. Schon für das nächste Jahr wollen die GRÜNEN noch einmal mindestens 5 Millionen Euro drauflegen, in den kommenden zwei Jahren 51 zusätzliche Stellen schaffen. Dieses sind noch mal 5 Millionen Euro jährliche Kosten, jährliche Tarifsteigerungen, die den Ergebnishaushalt noch weiter aufblähen würden. Siebenmal, Frau Fahringer, haben Sie in Ihrer Haushaltsrede das Wort Generationengerechtigkeit zitiert. Das reduzieren Sie aber nur auf den Klimaschutz. Wer Verantwortung für diese Stadt aber übernehmen will, muss dieses ganzheitlich tun und dazu gehört doch auch eine Finanzierbarkeit. Wo bleibt bei den GRÜNEN diese zitierte Generationengerechtigkeit in Punkto Schulden, die wir dann unseren Kindern und Enkeln überlassen? Der Klimaschutz steht bei Ihnen über allem, betonen Sie immer und immer wieder, aber 18 der 51 zusätzlich beantragten Stellen haben überhaupt nichts mit Klimaschutz zu tun. Damit zeigen Sie mir, dass Sie die Finanzen überhaupt nicht im Blick haben. Was für eine Stadt wollen Sie denn den zukünftigen Generationen hinterlassen, klimaneutral aber pleite? Ich wünsche mir wirklich sehr, dass Sie als größte Fraktion dieses Hauses diese Verantwortung mit uns allen zusammen auch heute schon übernehmen.

Bei der SPD sollen auch noch mal knapp drei Millionen und neun Stellenschaffungen hinzukommen. Das heißt meiner Ansicht nach, dass auch hier der Ergebnishaushalt, der auch in Ihrer Haushaltsrede strukturell defizitär ist, noch weiter belastet wird. Sie wollen jetzt noch mal draufsatteln, nach dem Prinzip Konsolidierung verschieben auf morgen, sowie eine Steuerhöhung, darauf hoffend, dass das doch wieder alles besser wird. Liebe SPD, ich denke, wenn wir jetzt nicht handeln, wann denn dann?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor zwei Wochen hat das Land eine positive November-Steuer-schätzung herausgegeben. Auf uns werden Mehreinnahmen von circa 21 Millionen Euro

zukommen. Lassen Sie uns diese Mittel nutzen, um die ungerechte Steuererhöhung zulasten aller Karlsruherinnen und Karlsruher zu streichen. Eine Erhöhung der Grundsteuer geht zulasten der Mieter, da sie eins zu eins umgelegt werden kann. Das ist weder sozial noch gerecht und dadurch steigt das Mietniveau noch mehr und die Suche nach bezahlbarem Wohnraum wird noch schwieriger. Corona führt uns allen eindrucksvoll vor Augen, welcher Belastung insbesondere der Einzelhandel, die Gastronomie, die Hotellerie oder auch die Kultur immer noch ausgesetzt sind. In dieser Situation eine Gewerbesteuererhöhung zu beschließen wäre das vollkommen falsche Signal. Ich rufe deshalb alle dazu auf, die Steuererhöhungen zurückzunehmen, auf Stellenschaffung und Erhöhung zu verzichten sowie gemeinsam ein sauberes Konzept für die Haushaltskonsolidierung zu erarbeiten, das nicht erst ab 2024/2025 greift, sondern schon jetzt damit beginnt, damit wir keine Mehrausgaben im Ergebnishaushalt draufsatteln können. Danke schön.

Stadträtin Melchien (SPD): Angesichts der finanziellen Lage der Stadt wird der Spielraum immer enger. Im Hinblick auf die Genehmigungsfähigkeit des Gesamthaushaltes ist die SPD-Fraktion bereit, Verantwortung zu übernehmen. Daher haben wir große Zurückhaltung bei eigenen Anträgen geübt und bleiben konsequent, indem wir nur wenigen Ihrer Anträge zustimmen. Die SPD-Fraktion wird der Haushaltssituation angemessene Beschlüsse mittragen, die den vorgelegten Haushalt nicht maßgeblich verändern. Dabei ist aber auch klar, dass Anträge zur Erhöhung mit entsprechenden Ausgaben einhergehen. Nicht realistische Umschichtungen sind sicher keine seriöse Gegenfinanzierung. Genauso lehnen wir aber auch pauschale Kürzungen ab. Der Rasenmäher ist an der Stelle immer nur für uns einfach. Die vorgesehenen Steuererhöhungen tragen wir mit. Sie sind notwendiger Bestandteil des vorgeschlagenen Haushalts. Wir werden auch das in vielen Verwaltungsvorlagen benannte Projekt der Haushaltssicherung einhergehend mit einer gesamtstädtischen Aufgabenkritik und vor allem der Überprüfung von Standards konstruktiv begleiten. Es liegt an uns allen, Verantwortung zu übernehmen auch für kommende Generationen. Lassen Sie es mich noch mal kurz und bündig zusammenfassen. Wir wollen, dass dieser Haushalt vom Regierungspräsidium als Aufsichtsbehörde genehmigt wird und wir werden mit unserem Abstimmungsverhalten dazu beitragen. Das ist natürlich kein Selbstzweck, kein Ziel für sich. Ein genehmigungsfähiger Haushalt heißt, zukünftigen Generationen Handlungsspielraum geben und lassen, heißt auch, Vertrauen in staatliche Strukturen erhalten und zurückgewinnen und trotzdem als Gemeinderat, als Vertretung der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zu steuern und zu entscheiden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gemeinsam das Heft des Handelns in der Hand behalten. Wir müssen der Aufgabe, die sich uns in der jetzigen Situation stellt, gerecht werden. Nicht nur die Finanzen, sondern auch die Redezeiten für meine Fraktion sind knapp bemessen. Wir verzichten darauf, der AfD wiederholt die Unsinnigkeit ihrer Anträge vor Augen zu führen. In den meisten Fällen dreht es sich um demokratisch mehrheitlich gefasste Beschlüsse, die nicht akzeptiert werden. Daran werden auch wir mit weisen Worten wenig ändern, daher verzichten wir im Großen und Ganzen darauf.

Vieles, was beantragt wurde, ist sicherlich gut und sinnvoll. Der Fokus der SPD-Fraktion liegt in diesen Haushaltsberatungen allerdings darauf, zu bewahren und zu sichern. Hier bitten wir um Verständnis. Lassen Sie uns gemeinsam das Notwendige tun, inhaltlich fundiert beraten und am Ende mehrheitlich den für unsere Stadt so wichtigen Beschluss zum Haushalt treffen. Für eine gute, wenn auch, wie man jetzt schon merkt, durch Reibung und Spannung gekennzeichnete Zusammenarbeit auch im Vorfeld danke ich Ihnen allen recht herzlich.

Stadtrat Hoyem (FDP): Wir können bis 48 Gemeinderatsmitglieder zählen und wir wissen, dass eine Mehrheit 25 Stimmen bedarf. Falls wir nicht zählen könnten, dann hat uns unsere grüne Kollegin in Ihrer Haushaltswahlkampfrede deutlich erzählt, wie unglaublich groß ihre Fraktion ist. Trotzdem sind wir anderen nicht bereit, aufzustehen und den großen Zapfenstreich vorzuführen. Wir müssen wieder und wieder hören, dass hier im Saal eine linke und eine rechte Seite ist. So erleben wir Kommunalpolitik nicht. Ein Gemeinderat gibt es nicht eine Regierung mit einer Opposition. Gucken Sie auf die politisch vielfältige Bürgermeisterbank. Wir sind alle gewählt, das Beste für Karlsruhe zu tun. Über was das Beste ist, darüber kann man klar verschiedener Meinung sein. Aber der Oberbürgermeister, sämtliche Bürgermeister und die Verwaltung haben in den letzten Monaten sowohl uns Stadträten als auch den Karlsruher Bürgerinnen und Bürgern sehr deutlich erzählt, dass wir eine so schwierige Haushaltslage haben, dass wir schon von dem Regierungspräsidium gewarnt wurden und dass wir redigieren, dass unser Haushalt 2022/2023 nicht anerkannt wird. Sparen ist wahrlich angesagt. Trotzdem wird heute eine Flut von Haushaltsanträgen, eine Flut, die wie ein Hochwasser droht, unsere Finanzen zum totalen Chaos führen. Die Bürgermeisterbank und die Verwaltung haben offenbar für taube Ohren gesprochen. Damit kann man leben. Aber wir schicken gleichzeitig die Botschaft an unsere Bürgerinnen und Bürger, dass die Steuergelder, die wir von Ihnen in einer schwierigen Situation von jedem Einzelnen verlangen, unbegrenzt sind. In der alten griechischen Mythologie hat man über Hybris gesprochen. Wenn man diese Antragsflut durcharbeitet, erlebt man eigentlich, dass die Haushaltsdebatte als ein parteiideologisches Schaufenster benutzt wird. Hier ist wahrscheinlich das Wort Klientelpolitik besser anwendbar als es sonst oft benutzt wird. Wir erlauben uns, zu bezweifeln, ob das wirklich ist, was die Karlsruher Bürgerinnen und Bürger von uns in einer Haushaltsnotlage erwarten. Ein ehemaliger guter SPD-Kollege, Hans Pfalzgraf, hat lustig oft das Sprichwort benutzt, jeder blamiert sich, so gut er kann. Wir hoffen, dass diese Haushaltsdebatte nicht als Blamage, sondern als ernste politische Verantwortung für Karlsruhe erlebt wird.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Unsere Zeit als kleine Fraktion ist insgesamt sehr knapp, deswegen werde ich mich kurzhalten. Es ist aber nötig, dass ich einige Dinge klarstelle, die in den Redebeiträgen zuvor, vor allem von den GRÜNEN und der CDU einfach falsch dargestellt wurden. Wir haben rund siebzig Anträge gestellt, die nur Ausgabenreduktion bedeuten. Wir haben keinen einzigen Antrag gestellt, der Mehrausgaben im Vergleich zum letzten Haushalt bedeutet. Wir haben nur drei Anträge gestellt, die Kürzungen, vollständige Streichungen der Stadtverwaltung widersprechen, sodass derselbe Posten wie im letzten Jahr bestehen kann. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir viele Dinge gerne beantragt hätten, wo zusätzliche Ausgaben notwendig gewesen wären, aber wir haben uns das konsequent verboten, weil wir nämlich dabei sind, in den nächsten zwei Jahren über 100 Millionen Euro an Neuverschuldung aufzuhäufen aus dem normalen Haushalt, aus den Ausgaben, die wir tagtäglich hier tätigen müssen. Und dieses Geld muss irgendwann zurückgezahlt werden.

Vor dem Hintergrund halten wir es auch für verantwortungslos, dass über 50 Millionen Euro für Klimaschutz ausgegeben werden, wenn die Bürger sowieso schon über Bund und Land massiv mit solchen Ausgaben belastet sind und wenn wir wissen aus den Pariser Verträgen, dass die Großproduzenten von CO₂, China und Russland, gemäß den Pariser Verträgen bis 2030 ihre CO₂-Austossmengen noch erhöhen dürfen und dieses auch mit sehr großem Tempo tun. Das heißt, das, was wir hier einsparen wollen, ist nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn gleichzeitig die Großproduzenten immer mehr CO₂ freisetzen. Und deswegen sollten wir

unseren Haushalt damit nicht belasten. Diese Posten beantragen wir zu streichen. Alle die, die ineffizient sind, also nicht alle Klimaschutzmaßnahmen, aber die, die ineffizient sind. Und damit kommen wir auf über 50 Millionen Euro. Und mit anderen Haushaltsposten, die nur bestimmten Gruppen vorbehalten sind, von denen viele keine Bleibeperspektive haben nach geltendem Recht, diese Ausgaben sehen wir auch kritisch. Und wir sind der Meinung, dass diese Ausgaben durchaus auf der Basis von Spenden geleistet werden können, aber die Stadt soll sich aus der Finanzierung nach und nach herausnehmen. Deswegen werden auch da nicht alle Punkte vollständig gestrichen, sondern der Finanzierungsanteil der Stadt wird reduziert.

Mit all diesen Maßnahmen können wir über 60 Millionen Euro einsparen, kommen deswegen ohne die geplante Steuererhöhung aus, die wir ablehnen, weil sie zum einen die Arbeit hier in Karlsruhe verteuert, zum anderen das Wohnen deutlich verteuert im Gegensatz zu dem, was alle Parteien hier versprochen haben. Und mit unseren Vorschlägen können wir am Ende sogar die Neuverschuldung um 8 Millionen Euro reduzieren. Und deswegen bitten wir die anderen Fraktionen, nicht nur zu sagen, sie wollen sparen, sondern tatsächlich zu sparen und unsere Anträge anzunehmen.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Wenn ich die Rede vom Kollegen Hofmann anhöre, muss ich mich tatsächlich an den Urlaub von vor einem Jahrzehnt zurückerinnern, in Barcelona war ich da auf so einer Haupttourismuszeile und da stand oder saß ein älterer, sehr seriös aussehender Herr, der von Beruf Hütchenspieler war. Und der gute Kollege erinnert mich so sehr stark an die CDU, weil, egal, welches Hütchen er vor sich stehen hatte, wenn man das Hütchen angehoben hatte, hat man gesehen, dass da wenig Inhalt und viel heiße Luft war. Und noch viel schlimmer, egal, ob man sich auf das Spiel eingelassen hat, am Ende gibt es ein Ergebnis, man hat sein Geld verloren. Und genau das passiert, wenn man zu den Anträgen der CDU schaut, weil der größte Antrag in diesem Haushalt kommt tatsächlich von der CDU, nämlich, das ist der Verzicht auf die Gewerbesteuererhöhung. Und ich finde, da ist nichts dagegen, was selbst die linke Seite fordert, was nur ein Bruchteil davon wahrscheinlich den Haushalt widerspiegeln wird. Und noch viel schlimmer ist, dass Sie da dem Bürger vortäuschen, als würden Sie hier irgendwie seriöse Haushaltspolitik betreiben. Was für eine unfassbare politische Amnesie Sie haben! Ich meine, wer war die letzten Jahre, Jahrzehnte für den Haushalt verantwortlich? Also tut mir leid, wir als LINKE waren es nicht. Also wenn wir über die Kombilösung gesprochen haben, Gestaltung gesprochen haben, die Stadthalle gesprochen haben und so weiter, jedes Mal, wenn wir abgelehnt haben, waren wir die großen Populisten in diesem Hause. Das war ja mein Vorgänger damals vor allem. Und das ist dann schon sehr kennzeichnend. Und noch viel schlimmer ist, wenn wir dann über ideologiegetriebene Politik sprechen.

Es ist schon erstaunlich, man redet immer darüber, wir dürfen keinen Denktabus haben in diesem Haushalt. Also ich sehe tatsächlich in dieser Debatte vor allem ein Denktabu, nämlich bei der CDU auf der Einnahmenseite. Selbst in dieser Krise sind Sie nicht bereit, bei irgendeinem Punkt wegzugehen. Es ist nicht die Gewerbesteuer, es ist nicht die Grundsteuer, es ist noch nicht mal beim Anwohnerparken. Also es ist wirklich bei nicht einem einzelnen Bereich, es ist, als würden wir völlig aneinander vorbeireden. Und wenn wir jetzt dann noch darüber sprechen, über minimale Veränderung von politischen Themen, dann wird eine Blockadehaltung aufgebaut, die unfassbar ist. Wir reden über Änderung vom Mobilitätsverhalten. Die Antwort der CDU ist Autohasser, wir reden über minimale soziale Verbesserung, die Antwort ist Sozialismus. Wir reden über Klimaschutz, die Antwort ist Geld verbrennen. Und es ist einfach unfassbar, Herr Hofmann, wie Sie dann hier dastehen und unfassbar selbstgerecht, finde ich tatsächlich,

sagen, dass die CDU die großen Schützer des Haushaltes sind. Also tut mir leid, das ist nicht die Realität. Das können Sie gerne bei uns kritisieren und da gehen wir sehr gerne in die Debatte rein bei jedem einzelnen Antrag. Aber diese Platttheit dieser Debatte, links ist Geld ausgegeben und rechts sind die großen Bewahrer des Haushaltes, das sehe ich nirgends. Und wenn ich dann in den nächsten drei, vier Jahren schaue, Projekte wie die Südumfahrung Hagsfeld, die dann sicherlich wieder von Ihnen kommen werden, egal, ob wir Geld haben oder nicht, da sind Sie dann plötzlich auf jeden Fall der Meinung.

Und wenn Sie dann noch, jetzt komme ich zum Schluss, fast die Hälfte der Redezeit, bevor Sie überhaupt zur AfD kommen, damit verbrennen, links und rechts gleichzusetzen, dann zeigt das für mich, Sie haben völlig den politischen Kompass verloren in dieser Debatte. Wer rechts außen und links jedes Mal gleichsetzt bei jeder Debatte, der hat einfach den Schuss nicht gehört. Und das wird Ihnen persönlich, in Ihrer Person, auch überhaupt nicht gerecht, finde ich. Weil, wenn wir nicht in dieser öffentlichen Debatte sind, sind Sie ein sehr umgänglicher Kollege, der auch sehr konstruktiv ist. Und an der Stelle verstehe ich es wirklich nicht. Und an die Verwaltung gerichtet, wir können sehr gerne über jeden einzelnen Antrag diskutieren, wir gehen auch nicht davon aus, dass jeder Linke Antrag Zustimmung findet. Das wissen wir alle. Aber an der Stelle erwähne ich noch mal, dass wir wiederholt darauf hingewiesen haben, dass dieser 10-Punkte-Plan der Verwaltung dann doch sehr einseitig ist, weil wir links und rechts überhaupt keine Möglichkeiten haben, darüber zu diskutieren. Ich bin sehr gespannt, ob am Ende des Haushaltes eine Mehrheit steht für diesen Haushalt und was die Debatte ist.

Ich wiederhole dazu, wenn wir einen vernünftigen politischen Kurs in den nächsten Jahren fahren müssen, dann müssen wir alle bei uns selbst erst mal anfangen.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Grundsätzlich in meiner Vorbemerkung zur Generaldebatte, ich glaube, Haushaltsreden sind noch keine Generaldebatte, es ist ja auch keine Debatte, es sind einfach nur Reden. Wir debattieren um den gesamten Haushalt, sonst gar nicht. Deswegen finde ich es sehr richtig an dieser Stelle, darüber grundsätzlich zu reden, also zum Ersten. Und zum zweiten, stellen Sie sich mal vor, Sie wollen ein Haus erwerben, dann gehen Sie zur Bank und der fragt Sie, wie wollen Sie es finanzieren und Sie sagen, ich habe eigentlich kein Geld übrig, mein Lebensstil frisst schon alles auf. Dann wird die Bank Ihnen sagen, Sie kriegen keinen Kredit. Dann sagen Sie, geben Sie mir noch mal einen Kredit, dass ich meine Kredite abzahlen kann. Genauso läuft es bei uns gerade, dass wir als Stadt Kredite aufnehmen müssen, dass wir unsere Kredite finanzieren können. Und das finden wir sehr bedenklich.

Wir leben in der Spannung zwischen Generationengerechtigkeit in Bezug auf Finanzen und Generationengerechtigkeit in Bezug auf Ökologie. Und wenn wir sagen, dass uns Finanzen und Ökologie wichtig sind, dann müssen wir da einen Ausgleich schaffen und das wäre eine Debatte an sich wert. Und das würde ich gerne mit Ihnen ausdiskutieren, wie können wir das hinkriegen, dass wir so eine ökologische Debatte hinkriegen, also Gerechtigkeit und unseren Finanzen gerecht werden. Und das würde bedeuten, dass wir uns strategisch einen Haushalt aufstellen müssen. Und das ist meine große Frage, ich empfinde mich bei den Haushaltsanträgen oft eher wie auf einem Basar, jeder macht einen Vorschlag und ruft in die Mitte rein und hofft, dass er irgendwie für seinen Vorschlag eine Mehrheit kriegt. Das ist aber keine strategische Debatte oder kein strategischer Haushalt. Es muss klar abgebildet sein, wenn wir sagen, Klima ist das Einzige, wo wir jetzt drauf Schwergewicht legen müssen, dann wäre das aber auch so im Haushalt, da muss ich es entsprechend abbilden. Man kann nicht alles andere geben. Wir können nicht

Soziales, Kultur, Klima und alles auf einen Schlag machen, wir müssen Schwerpunkte setzen und das sind wir auch unseren Leuten schuldig, das zu sagen. Und das kriegen wir irgendwie nicht hin. Das beklage ich hier an dieser Stelle, dass wir keine gemeinsame Willensbildung haben, wo wir das hinkriegen.

Noch eine Bemerkung zu dieser Haushaltslage. Eigentlich ist es so, dass wir als Stadt jetzt sofort sparen müssen, nicht erst den nächsten Doppelhaushalt 2024/2025 oder 2025/2026. In den Antworten der Verwaltung, liebe Verwaltung, da steht drin immer, wenn der Haushalt jetzt verabschiedet ist, werden wir das angeben. Also wird es erst wirksam werden in zwei Jahren. Das ist fast die stereotype Antwort, die wir kriegen. Aber wir müssen jetzt schon unseren Ergebnishaushalt verbessern. Deswegen, das ist eigentlich viel zu spät in zwei Jahren. Alles, was wir jetzt verzögern, wird uns später auf die Füße fallen. Also das klage ich an dieser Stelle wirklich an und ich sage, da sind wir nicht schnell, da müssen wir schnell sein an dieser Stelle.

Meine Damen und Herren, noch mal zum Abschluss, uns ist gelegen, eine ökologische Generationengerechtigkeit als auch eine finanzielle Generationengerechtigkeit hinzukriegen. Wir müssen beides im Auge haben, wir können nicht sagen, eins ist egal und das andere lassen wir sein, wir müssen auf beides achten. Deswegen glaube ich schon, dass wir ein Schwergewicht setzen müssen. Und das ist heute dran.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Ich möchte feststellen, dass, und ich nehme jetzt mal die Worte vom Herrn Kollegen Høyem, die linke Seite des Hauses die Seite ist, die am Verantwortungsbewusstesten war, vor allem im letzten Jahr. Denn Herr Hofmann, Herr Kalmbach und auch Herr Høyem, wenn wir damals Ihrem Petitum gefolgt wären und so abgestimmt hätten, wie Sie abgestimmt haben, dann hätte es keinen Haushalt 2021 gegeben. Aber die verantwortungsvolle Mehrheit auf der linken Seite des Hauses hat dem Haushalt zugestimmt und deswegen können wir heute überhaupt über einen nächsten Doppelhaushalt diskutieren. Denn, wenn damals das eine Mehrheit bekommen hätte, was Sie gewollt haben, nämlich den Haushalt abzulehnen, dann hätte der Herr Oberbürgermeister auf Grundlage des Haushaltes 2020 weiter regieren können, in Anführungszeichen. Aber alles das, was wir eingestellt haben 2021, hätte nicht umgesetzt werden können. Ich nenne nur zwei Beispiele, einmal in Richtung Gehälter des städtischen Personals, was da eingestellt wurde, das konnte ausbezahlt werden, wenn wir Ihnen gefolgt wären, hätten Sie Lohnerhöhungen und Gehaltserhöhungen nicht bekommen können.

Und ein Wort zum Sport und einer großen Investition, Herr Kollege Hofmann, wir haben im letzten Haushalt mit dieser verantwortungsvollen Mehrheit hier auf der linken Seite 100 Millionen für Schulsportanlagen eingestellt. Wenn wir alle Ihnen gefolgt wären, wären diese 100 Millionen nicht eingestellt gewesen, sie wären nicht gekommen. Und das zeigt doch, dass das sehr richtig ist, dass hier ein Haushalt verantwortungsvoll verabschiedet wird.

Jede Fraktion hat das Recht, so viele Anträge stellen zu können, wie sie will. Sie muss halt gucken, ob sie eine Mehrheit dafür kriegt. Und auch da wissen wir aus der Vergangenheit, dass es nicht immer der Fall ist. Für 2021 haben wir 7 Millionen Euro auf die über 1.000 Millionen Euro des Gesamthaushaltes verändert. Und ich denke, das hat sich ja gezeigt im letzten Jahr, dass dadurch die Stadt nicht kaputtgegangen ist. Und ich gehe davon aus, dass es auch am Mittwochabend so sein wird, dass einige Millionen vielleicht bewegt worden sind, aber nicht Summen, die den Haushalt sprengen. Also von daher würde ich mal eine gewisse Gelassenheit an

den Tag legen und auch mal ein bisschen so sich an die eigene Nase fassen und diese ganze Dramatik einfach mal weglassen. Vor allem nicht die Dramatik immer nur auf die Fraktionen, die auf der linken Seite des Hauses sitzen, abzuladen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Lassen Sie mich noch zwei Sätze anfügen. Das eine ist, ich bin über Facebook angeschrieben worden, wahrscheinlich im Kontext der Demonstrationen am Samstag von sechzig Personen auf dem Kronenplatz, man sei gegen Kürzungen und deswegen hätte man nicht gewählt. Also man hätte mich nicht gewählt, wenn man es denn so gewusst hätte. Ich habe dann zurückgefragt, welche Kürzungen denn gemeint sind und habe bis heute keine Antwort bekommen.

Und wenn ich mir die Karten anschau, die ich von den Gruppen auch jetzt zur Verfügung gestellt bekommen habe, dann wird hier zum Beispiel gefordert, mehr Kindertagesstättenplätze. Wir unterstützen jeden Kindertagesstättenplatz, den irgendein Träger hier einrichtet. Hier steht auf den Karten, mehr Geld für Klimaschutz. Wir geben jetzt im ersten Jahr über 35, im zweiten Jahr über 40 Millionen Euro für Klimaschutz zusätzlich aus. Die Stadt München brüstet sich mit 100 Millionen im Jahr, die Stadt Freiburg hat in der Zeit von 2022 bis 2028 120 Millionen Euro angekündigt. Und das Land Baden-Württemberg liegt bei 200 Millionen Euro, hat aber einen Haushalt von über 50 Milliarden Euro. Von daher legen wir an der Stelle einen Schwerpunkt im Haushalt, der es in sich hat, trotz unserer gravierenden Haushaltsprobleme. Auf diesen Karten steht auch, wir sollen mehr was für den sozialen Wohnungsbau tun. Wir haben diese Mittel nicht gekürzt und sie werden seit Jahren nicht ausgeschöpft. Der Grund liegt also nicht daran, dass wir nicht kommunale soziale Wohnungsbauförderung betreiben würden. Hier steht drin, keine Kürzungen im Kulturbereich. Wir haben im Kulturbereich nur bei unseren eigenen Projekten mehr oder weniger gekürzt oder bei Projekten, die jedes Jahr neu ausgeschüttet werden. Wir haben nicht die zum Teil ja auch von Ihnen im letzten Haushalt noch mal aufgestockten Mittel für viele Kulturinstitutionen angetastet. Im Sozialbereich genauso. Wir haben damals gesagt, bei der Haushaltsstabilisierung, wir müssen die freiwilligen Zuschüsse reduzieren, aber das muss es dann auch für die nächste Runde mal gewesen sein. Und genau das haben wir eingelöst. Und Herr Kalmbach, wir haben trotzdem eingespart. Wir verlangen von unseren Ämtern, dass sie die drei Prozent Personalkostensteigerung selbst erwirtschaften. Das greift schon in Stellen ein, die man nicht mehr besetzen kann. Wir haben die ganzen Sachmittelbudgets, vor allem im Investitionsbereich diese Grundbudgets, Teilbudgets um bis zu 20 Prozent reduziert. Die Kürzungsrunden, die wir hier vorgenommen haben, haben wir alle alleine im eigenen Verwaltungsbereich im Wesentlichen umgesetzt. Und zusätzlich können wir das Geld einsetzen, was wir in den letzten Jahren eben durch Erhöhung von Kapitalrücklagen und anderes aufgestockt haben.

Das kann nicht so bleiben ab 2024, aber es ist trotzdem nicht so, dass wir nicht hier massiv eingegriffen hätten, sonst wären wir gar nicht in dieser Ausgangssituation. Das ist mir noch mal ganz wichtig. Und nach außen werden die Bürgerinnen und Bürger bei diesem Doppelhaushalt eigentlich noch gar nichts merken. Aber irgendwann müssen wir mit ihnen die Dinge erarbeiten und das nehmen wir uns jetzt vor. Aber alles gemeinsam hätten wir in diesem Jahr nicht geschafft, zumal wir ja auch durch Corona immer noch nicht so genau wissen, wo wir eigentlich hinsteuern. Von daher ist das ein sehr sozialer Haushalt. Es ist ein sehr kultureller Haushalt, es ist ein sehr verantwortlicher Haushalt zum Thema Klimaschutz und es ist ein Haushalt, der auch in die eigenen Bestände der Verwaltung schon mal gravierend eingreift, was Personalkosten, aber auch andere Kosten betrifft. Es ist noch keine strategische Steuerung dahinter. Das

müssen wir jetzt nach innen und gemeinsam mit ihnen nach außen entwickeln. Aber das ist mir an der Stelle noch mal ganz wichtig.

Steht übrigens auf den Karten auch, wir sollen doch nicht so viele Flächen an Spekulanten abgeben. Wir haben in den letzten fünf Jahren für annähernd 250 Millionen Euro Flächen gekauft, weil wir genau die dieser Spekulation entziehen wollen und selber unsere Stadt gestalten. Und wir würden noch viel mehr kaufen, wenn die Leute mal auf die Idee kämen, uns die Flächen anzubieten und nicht schon im Grunde das Ganze, ich sage mal, im Hintergrund abläuft. Ich ärgere mich gerade wieder über so ein paar Grundstücke, die wir nicht gekriegt haben, ich habe auch teilweise mit den bisherigen Eigentümern telefoniert, die gesagt haben, sie wären nicht auf die Idee gekommen. Deswegen sage ich das hier so deutlich, wir sind für jede Gewerbefläche dankbar, die wir als Stadt erwerben können. Und wir wären es auch für jede Wohnungsbaufläche, nur, da ist sowieso relativ wenig am Markt und das meiste auch nicht bezahlbar. Das vielleicht noch mal, wie ich diesen Haushalt bewerte. Und zum Thema, ob es über die einzelnen Anträge hinaus auch so was wie eine Gesamtverantwortung für eine Stadt gibt, werden wir uns morgen Nachmittag hier sicherlich noch ausreichend Zeit nehmen, uns zu unterhalten.

Ich möchte Folgendes vorschlagen, wenn wir jetzt in die Haushaltsberatungen einsteigen. Wir würden gerne den Finanzhaushalt, das ist der Haushalt 2000, das hatten wir ja angekündigt, den nehmen wir ganz ans Ende der Beratung, weil, da werden die großen Stellschrauben gedreht, die was mit der Grundfinanzierung der Stadt zu tun haben. Und ich würde diesen 2000er-Haushalt gerne komplett nach hinten schieben und jetzt nicht noch aufteilen in allgemeine Finanzteile und die ganzen anderen Anträge.

Die zweite Anmerkung, wir würden gerne die beiden Anträge mit der Ordnungsziffer 1 und der Ordnungsziffer 2, das ist einmal ein Antrag der KAL/Die PARTEI zur Festsetzung eines globalen Minderaufwands und einmal ein Antrag der CDU, die würde ich gerne auch beide am Schluss in diese Gesamtfinanzliste mit reinnehmen. Dass Sie sich nicht wundern.

Zum Thema globale Minderausgabe, Herr Stadtrat Cramer und Herr Stadtrat Haug, möchte ich noch anfügen, dass nach unserer Einschätzung das am Ende kein probates Mittel sein dürfte, um diese Haushaltssituation ernsthaft aufzufangen. Das hat etwas damit zu tun, dass es vom Gesetzestext her eigentlich schon vorgesehen ist, dass, wenn man eine globale Minderausgabe festlegt, man schon sagen muss, wie man sie wo umsetzen soll. Und eigentlich kommen auch nur die Bereiche im Haushalt in Frage, die nicht durch Verträge oder durch Pflichtaufgaben gebunden sind. Das heißt, wenn man einen relativ niedrigen Prozentsatz ansetzt für die globale Minderausgabe und es dann über den Haushalt ergießt, muss man wissen, wo man es ansetzt und es wird am Ende vor allem eine deutlich höhere prozentuale Kürzung bei den freiwilligen Leistungen sein, damit man dann auf diese Gesamtminderausgabe des Gesamthaushaltes kommt. Deswegen würden Ihnen dringend davon abraten als Gemeinderat diesem Antrag zu folgen, sondern wir müssen morgen Nachmittag gegebenenfalls andere Mechanismen finden. Sie können sich natürlich darauf verlassen, wenn Sie Mehrheiten haben, aber ich kann Ihnen nur davon abraten, das am Ende als Gegenfinanzierung anzusetzen. Wir haben das in der Verwaltung auch rauf und runter diskutiert. Weil, auf den ersten Blick sieht das erst mal sehr spannend aus, dass man alle verpflichtet, am Ende des Jahres fünf Prozent nicht ausgegeben zu haben, aber in der Realität funktioniert das haushaltsrechtlich und haushaltstechnisch so, eben dann doch nicht. Zudem auch noch das Regierungspräsidium ausdrücklich gesagt hat, dass sie ganz konkrete Einsparvorschläge wollen und nicht eine sozusagen allgemeine Aussage, wir

sparen überall oder so, das wird die am Ende nicht befriedigen. Das zu diesen beiden Anträgen, die wir dann gerne mit dem 2000er dann morgen Nachmittag oder morgen Mittag, je nachdem, wann wir so weit kommen, aufrufen würden.

Damit können wir in die eigentliche Beratung einsteigen und wir fangen natürlich vorne an. Ich würde auch jeweils auf den einzelnen Seiten immer anmerken, wo sich Veränderungen durch die Veränderungsliste ergeben haben, damit Sie das auch einfach zur Kenntnis nehmen. Denn keiner konnte von Ihnen verlangen, die ganze Veränderungsliste jetzt auch noch im Haushalt nachzulesen, das gehört ein Stück weit dann auch zur Transparenz, die wir hier gemeinsam herstellen sollten.

Der erste Punkt ist dann auf der **Seite 10** im Haushalt, da haben wir die Anpassung der Personalkosten aufgrund der Entwicklung 2021 und die Verschiebung der Abschreibung in Folgejahren aufgrund von Haushaltsresten entsprechend verankert. Dann kommen wir zur Antragsliste von Ihnen. Da rufe ich jetzt auf

Antrag 3 (Seite 10): Flexibler Einsatz der neu eingeplanten Personalstellen (CDU) Wir sind jetzt immer noch auf der Seite 10. Da war unsere Empfehlung, das in den Personalausschuss zu verweisen, ist das okay? - Okay, dann hätten wir den Antrag damit **erledigt**.

Antrag 4 (Seite 10): Personalaufbau stoppen (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir waren die Einzigen, die dagegen gestimmt haben, als wir vor über einem Jahr in der Krise noch mal für 9 Millionen Euro Stellen geschaffen haben. Wir sind der Meinung, dass mit den ganzen neuen Methoden und Werkzeugen, E-Akte und so weiter, es möglich sein muss, die Kosten für das Personal konstant zu halten, indem man innerhalb der Ämter mit der Aufgabenkritik, die erforderlich ist, Umbesetzungen vornimmt. Die Leute aus den Bereichen, die wegfallen, in die Bereiche nehmen, wo weitere Tätigkeiten gefordert sind, sodass wir es dann langfristig schaffen, den Personalaufbau zu stoppen. Und damit können wir einen großen Teil der Kosten, die bei der Stadt auflaufen, reduzieren. Es ist kein Problem, die Dienststellen haben sowieso Schwierigkeiten, passendes Personal zu finden, sodass es nicht bedeutet, dass Leute tatsächlich gehen müssen, sondern die Leute, die wir haben, werden einfach effizient eingesetzt. Für diesen Antrag bitten um Ihre Unterstützung. Danke.

Der Vorsitzende: Damit stelle ich den Antrag zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 5 (Seite 10): Identifikation und Akquise von Fördermitteln verbessern (CDU)

Da sagen wir Ihnen zu, dass wir das gerne aufgreifen und hier auch in ein Stufenkonzept einsteigen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Auch wir verstehen die Antwort der Verwaltung, sage ich mal, in der Grundstimmung positiv. Ich will es vielleicht noch mal verstärken, dass wir in diesen Zeiten, ich glaube, da hat uns auch das Regierungspräsidium dazu angehalten, aufgefordert sind, all die Maßnahmen zu machen, die in irgendeiner Weise auch von dritter Stelle unterstützt werden. Das ist auch konsequent und ich hoffe, dass das von keiner Seite links oder rechts kritisiert wird,

dass wir so vorgehen. Das gilt übrigens auch für Mitgliedschaften der Stadt, wo sie Mittel akquirieren kann, dann muss sie das tun. Ich komme da morgen vielleicht noch mal auf das Thema. Und ich glaube, wir sollten einen Überblick haben über die Dinge, die bezuschusst oder unterstützungsfähig sind von dritter Seite. Und ein Letztes, wir sollten auch eine Negativliste haben, das bitte ich zu betonen, ich möchte mal eine Liste der Zuschussmöglichkeiten haben, die diese Stadt Karlsruhe ausschlägt, damit wir darüber mal befinden können.

Der Vorsitzende: Wir würden das so aufnehmen. Eine Liste möglicherweise nicht angefragter Zuschüsse zu erstellen, ist, glaube ich, ein tagesfüllendes Programm, und zwar nicht nur ein Tag, sondern das ist ein wochen- und dauerfüllendes Programm, weil auch insbesondere die anderen politischen Ebenen permanent mit neuen Geschichten um die Ecke kommen. Da müssen wir uns noch darauf einigen, in welchem Umfang wir das erstellen können. Das sehen Sie auch so. Dann können wir das heute als erledigt betrachten.

Stadtrat Schnell (AfD): Nur ganz kurz möchte ich dazu sagen Herr Pfannkuch, auch Fördermittel sind in der Regel Steuergelder, also Geld, das den Bürgern aus der Tasche gezogen wird und auch Fördermittel erfordern immer einen Eigenbeitrag. Also, nur etwas zu tun, weil es Fördermittel gibt, obwohl es insgesamt unsinnig ist, kann nicht Zweck der Beantragung von Fördermitteln sein.

Der Vorsitzende: Gut, damit ist das **als erledigt zu betrachten**.

Antrag 6 (Seite 10): Externe Gutachten wo möglich, aussetzen (FW|FÜR)

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Wir sehen hier bei der Gutachteritis ein großes Sparproblem, weil wir wissen, dass wir auch in der Verwaltung sehr, sehr viele Experten haben, die diese Themen oft sehr gut beurteilen können. Und letztendlich ist es ja auch so bei den Gutachten, wer zahlt, bestimmt so ein bisschen auch, was rauskommen soll. Von daher sehen wir in vielen Bereichen das kritisch und würden uns wünschen, dass die Verwaltung hier auf die Mitarbeiter vertraut, die diese Projekte oft jahrelang begleiten und einfach mal mehr zuhört, was die dazu zu sagen haben, bevor wir externe Experten hinzuziehen. Nichtsdestotrotz ist uns natürlich bewusst, dass es in manchen Fällen unumgänglich ist, gerade in Bezug auf die Rechtssicherheit. Dennoch möchte ich das ein bisschen aus persönlicher Erfahrung in Frage stellen, wie verlässlich diese Gutachten sind. Es hat ja in der Vergangenheit gezeigt, dass die auch nicht immer richtigliegen.

Stadtrat Honné (GRÜNE): In vielen Fällen sind Gutachten vorgeschrieben, insofern können wir in ganz vielen Fällen überhaupt nicht darauf verzichten. Und wir haben nicht den Eindruck, dass im Moment zu viel gemacht wird. Trotzdem begrüßen wir es, dass die Stadtverwaltung selbst prüfen will, ob vielleicht doch noch irgendwo gekürzt werden kann.

Stadtrat Müller (CDU): Im Grunde geht die Stellungnahme gar nicht so weit von dem weg, was letztendlich von der betreffenden Fraktion in ihrem Antrag gefordert wird. Es wird ja eigentlich schon genau das getan, was Sie fordern, von daher ist uns nicht so ganz klar, über was Sie hier eigentlich dann letztendlich abstimmen lassen wollen.

Der Vorsitzende: Wir sagen Ihnen zu, dass wir das noch kritisch im Auge behalten. Sie können aber auch, Frau Stadträtin Lorenz, sicher sein, dass, bevor wir etwas nach außen geben, wir natürlich erst mal mit unseren eigenen Experten reden. Da gab es mal so einen Zungenschlag,

dass wir es nach außen geben und wir könnten doch unsere eigenen Leute erst mal fragen. Das tun wir natürlich. Aber wir haben es zunehmend mit wirklich solchen Spezialthemen zu tun, für die wir hier einfach keinen Spezialisten oder keine Spezialistin in der Verwaltung haben. Und nur dann gehen wir auch nach außen. Und der Vorwurf, wir könnten ja dann auf das Gutachten und sein Ergebnis Einfluss nehmen, möchte ich nur sagen, wenn wir es intern machen, können wir das noch viel besser, insofern löst das natürlich die Geschichte nicht. Das haben Sie jetzt aber hoffentlich nicht falsch verstanden.

Dann haben wir das gemeinsam so in unseren Aufgabenkatalog übernommen. Vielen Dank.

Anträge 7 a und b (Seite 10): Veranstaltungen nur alle zwei Jahre durchführen (FW|FÜR)

Auch da sagen wir Ihnen zu, dass wir das übernehmen in unsere Haushaltsstrukturbetrachtung. Ich hatte jetzt keine Wortmeldungen. Sie sind damit so **einverstanden**, vielen Dank.

Anträge 8 a bis e (Seite 185): Keine Kürzung bei Kunst am Bau (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Kunst am Bau ist eine Bereicherung für unsere Baukultur, für die Nutzer*innen des Gebäudes, für die öffentliche Kulturförderung und natürlich ganz insbesondere für Künstler*innen, gerade auch solche, die eben noch nicht etabliert sind. Es ist eines der wenigen Felder, wo man tatsächlich auch als Nachwuchskünstler*in ein einigermaßen auskömmliches Gehalt für die geleistete Arbeit bekommt. Deswegen finde ich gerade im Folgejahr des 70-jährigen Jubiläums von Kunst am Bau können wir doch hier keine Kürzung vornehmen. Und ich bin noch mehr schockiert über die Begründung, denn die lässt wirklich vermuten, dass dieses feste Prozentziel, was Teil der Kunst am Bau ist, auch in Ewigkeit aufgelöst werden soll. Deswegen abschließend nur noch mal mein Appell, nicht dort zu kürzen, wo eh schon prekäre Arbeitsbedingungen vorherrschen.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Wir GRÜNE haben sehr viel Sympathie für diesen Antrag, können Ihnen aber heute trotzdem nicht zustimmen. Kunst am Bau ist in der Tat extrem wichtig, auch für unsere Fraktion. Und wir bedauern sehr, dass diese Kürzungen nur der schwierigen Finanzlage der Stadt Karlsruhe geschuldet sind. Aber wir müssen sagen, dass die Stadt es nun recht gut geregelt hat. Denn genau dieses Anliegen, das Sie vorgetragen haben, Kollegin Mathilde Göttel, wird erfüllt. Es wird nur bei den sehr großen Baumaßnahmen, bei denen in der Regel auch etablierte Künstler*innen, die nicht so sehr darauf angewiesen sind, den Zuschlag bekommen. Da wird gekürzt. Und es wird durch dieses Budget ermöglicht, dass gerade die Karlsruher Künstlerinnen und Künstler auch weiterhin mit einem Prozent der Bausumme gefördert werden können. Für einen Übergang von zwei Jahren ist das für uns eine vertretbare Lösung und wir gehen selbstverständlich davon aus, dass wir in zwei Jahren dann wieder in die volle Höhe gehen, um dann auch der Qualität der Kunst am Bau in Karlsruhe auch wieder voll die Mittel zur Verfügung stehen zu haben. Denn Kunst am Bau ist tatsächlich auch Kunst auch für alle Bürger*innen in der Stadt und im besten Sinne auch Kunst für alle.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Ein schönes Kunstwerk an einem Gebäude ist eine Visitenkarte, ein Prestigeobjekt. Und Kunst zu fördern, ist ja ein wichtiges Anliegen unserer Stadt und unseres Hauses und auch der CDU-Fraktion. Natürlich tun uns Kürzungen in diesem Bereich weh. Aber wir sehen es als eine pragmatische Lösung angesichts der Haushaltslage, da es nur eine temporäre Kürzung ist und vor allem da wir das in der Kunstkommission gut ausgearbeitet haben

gemeinsam mit der Verwaltung und dem Herrn Bürgermeister, dass wir nur moderat kürzen bei dem großen Bauvolumen. Sodass es sich für die Künstler dort immer noch lohnt, sich zu bewerben und bei den kleineren Projekten, wo die Kürzung sinnvolle Kunst am Bau nicht mehr ermöglichen würde, dass wir es dort nicht verändern und damit können wir gut mitgehen und lehnen daher diesen Antrag ab.

Stadträtin Ernemann (SPD): Wir lehnen den Antrag auch ab. Eine temporäre Kürzung für Kunst am Bau, das bedeutet nicht das Aus oder den Untergang der Kunst am Bau. Das ist in der Stadt Karlsruhe, und das sage ich als langjähriges Mitglied der Kunstkommission, sehr, sehr gut geregelt. Und oftmals, muss ich auch sagen, sind mittlerweile die Bauten schon Kunstwerke alleine. Ich weiß auch, dass man sich oftmals schwergetan hat, geeignete Kunstwerke zu finden. Also, wer lange das Prozedere mitverfolgt hat, kann das durchaus jetzt vertreten, dass man temporär die Kürzungen hinnimmt und zu gegebener Zeit wieder eben den Urzustand herstellt, wobei es immer wieder Diskussionen gibt, ob die Kunst am Bau in der Höhe und in der Art und Weise überhaupt bestehen bleiben soll. Aber wir stehen dazu, weil es eben eine Förderung der Künstler auch ist. Aber im Moment müssen wir den Antrag aus Haushaltsgründen ablehnen.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Die Stadt Karlsruhe hat sich ja eigene Richtlinien gegeben zu dem Thema Kunst am Bau, nämlich 1 Prozent der Investitionssumme für Kunst am Bau auszugeben. Und meine Fraktion ist der Meinung, dass man hier diese eigenen Richtlinien nicht einfach so jetzt über die Einbringung des Haushalts verändert und in eine Richtung geht, die unserer Meinung nach unangemessen ist. Das sind letztendlich kleine Beträge, die nicht entscheidend sind für den Haushalt, aber die entscheidend sind für die Künstlerinnen und Künstler in der Stadt. Es ist ein schlechtes Signal aus unserer Sicht, auch wenn man bedenkt, wie viele Kunststudenten es gibt in Karlsruhe. Wir haben hier große Einrichtungen, wo Studierende eben Kunst "erlernen". Und da sollten wir hier nicht dieses Signal senden, wir sind nicht mehr bereit das langjährige Prozedere so fortzuführen mit dem 1 Prozent. Gut, über die Argumente jetzt von Frau Kollegin Ernemann, da kann man trefflich streiten, das bringt jetzt sicher nichts. Aber das hätte ich mir gewünscht, dass es inhaltlich mal diskutiert wird in den Gremien, nicht nur in der Kunstkommission, sondern auch im Kulturausschuss und das nicht einfach so hier exekutiert.

Stadtrat Høyem (FDP): Unsere Kollegin Frau Böringer ist leider erkrankt, aber wenn sie hier wäre, würde sie sagen, bei diesen Anträgen wird meine Fraktion zustimmen. Es ist uns ein Rätsel, wie die zuständige Kommission einerseits sagt, man wolle die vorhandenen Mittel für Klimaschutz und energetische Sanierung nutzen und jetzt die Stadtverwaltung sagt, die Mittel stünden der Kunst zur Verfügung. Ich möchte unterstellen, dass hier ein Versehen vorliegt und die zuständigen Ämter aufgrund des hohen Arbeitsaufkommens sich nicht korrekt abstimmen konnten. Sollte hier Absicht vorliegen, wäre ich stark enttäuscht. Wie gesagt, wir werden mit den Antragsstellern stimmen.

Stadtrat Schnell (AfD): Wir halten diese temporäre Kürzung, die auch nicht pauschal ist, sondern eben wohl abgestuft, für durchaus sinnvoll. Und vielleicht mag das ja den einen oder anderen Künstler dahingehend motivieren, mal über Sponsoring nachzudenken oder da entsprechende Mittel zu akquirieren. Da habe ich bisher keine besonders große Bereitschaft feststellen können.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Auch als Mitglied der Kunstkommission schmerzt das natürlich.

Einsparungen schmerzen an jeder Stelle, bei der Kunst natürlich ganz besonders. Nichtsdestotrotz muss ich sagen, wir können dem Vorschlag der Verwaltung folgen, nur bei diesem großen Projekt zu sparen. Die Künstler haben uns eindringlich vor Augen geführt, dass es bei den kleinen Projekten nachher gar keinen Sinn macht, mit so einer niedrigen Summe noch an den Start zu gehen. Die Förderung der Kunst ist wichtig und deswegen muss man sich auch überlegen, in welche Richtung man marschieren möchte. Ich möchte ein Beispiel herausgreifen aus der jüngsten Vergangenheit. Da ging es um einen Kindergarten, die Kunst am Bau in einem Kindergarten. Und während der Sitzung, wo man uns die verschiedenen Entwürfe vorgestellt hat, da habe ich mir überlegt, warum gibt man denn nicht den kleinen Künstlern die Gelegenheit, sich dort auszuleben und das Gebäude, das sie täglich nutzen mit Kunst zu verschönern, das wäre auch ein Weg. Von daher finde ich das sehr moderat, was wir da bei der Kunst am Bau kürzen und wir werden den Antrag der Kollegen der LINKEN ablehnen.

Der Vorsitzende: Wir haben noch mal recherchiert, welche Objekte überhaupt betroffen wären. Und das wäre die neue Hauptfeuerwache, die Integrierte Leitstelle, die Schloss-Schule Durlach, die Dreifeld-Sporthalle Schulzentrum Südwest und die Europahalle. Also es geht um Aufträge, die dann, wenn ich es richtig verstehe, nicht in der bisherigen Höhe, sondern nur zur Hälfte der Höhe quasi angesetzt werden. Und ich glaube nicht, dass es dann die Aufgabe der Künstler wäre ehrlich gesagt, sich noch Sponsoren dazu zu suchen, sondern das müsste dann unsere Aufgabe sein. Aber ich glaube, dass bei diesen Großprojekten mit der verbleibenden Summe trotzdem ein nennenswertes Kunstwerk erstellt werden kann, das auch für die Künstlerinnen und Künstler, ich sage mal, ein angemessenes Honorar hergibt für das, was sie dort dann entwickeln.

Damit stellen wir den Antrag jetzt zur Abstimmung und ich bitte um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 9 (Seite 41): Jobticket für die Beschäftigten bei der Stadt ausbauen (Die LINKE.)

Stadtrat Riebel (GRÜNE): In Anbetracht der Arbeitsmarktsituation wird es immer schwieriger, Arbeitnehmende zu gewinnen. Zusätzliche Leistungen und Vorzüge wie beispielsweise Familienfreundlichkeit spielen so eine immer wichtigere Rolle. Auch ein Jobticket fügt sich sicherlich in das Gesamtpaket ein. So sind wir froh, dass jetzt nicht nur Jobtickets des KVV sondern auch der Deutschen Bahn unterstützt werden. Die genaue Höhe der Unterstützung ist sicherlich nicht der Hauptgrund für die Entscheidung zugunsten einer Arbeitgeberin. Ein Winterticket sollte im Sinne einer auf den Verkehrsbetrieben gewünschten möglichst gleichbleibenden Nutzung und Auslastung des ÖPNV nicht unterstützt werden.

Und zum nächsten Antrag möchte ich auch gleich noch was sagen. Unsere Bürgermeister*innen arbeiten engagiert für unsere Stadt und so können wir hier das Nachverlangen nach Kürzung und Verzicht nicht unterstützen. Rechtlich ist der Antrag auch mehr als fraglich. Daher lehnen wir die Anträge mit den Ordnungsziffern 9 und 10 der LINKEN ab.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen, damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag mit der Ordnungsziffer 9 und ich bitte um Ihr um Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Wir können damit diesen Teil des Haushaltsentwurfes hier abschließen und kommen unter der

Ziffer 1000 zum Haushalt des Hauptamtes auf die Seite 31.

Antrag 10 (Seite 31): Empfehlung und Bitte des Gemeinderates zum freiwilligen Gehaltsverzicht der Bürgermeister*innen der Stadt Karlsruhe (DIE LINKE.)

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Wir sind heute in den Tag gestartet mit einer sehr umfangreichen Debatte über die schwierige finanzielle Situation unserer Stadt, die immer wieder betont wurde von allen Seiten und eben auch die Tatsache, dass wir keine freiwilligen Leistungen ausweiten dürften. Und nichts anderes ist natürlich eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung. Ich weiß aus eigener Erfahrung, mit wie viel Arbeit und Herzblut Kommunalpolitik verbunden ist und wie viele nicht nur Abende dafür draufgehen, aber es ist auch ein Ehrenamt und hier ist niemand auf die paar Tausend Euro finanziell angewiesen, um leben zu können. Während eben für andere, die auf das Geld angewiesen sind, weil sie eben hauptamtlich sind, nur warme Worten der Anerkennung für ihre immense Arbeitsleistung übrig sind. Ich denke hier vor allem an Künstler*innen, aber auch an Pflegekräfte, deswegen Gelder lieber dort einstellen, wo sie wirklich produktiv sind, als jetzt bei uns. Und wenn Kürzungen, dann doch bitte bei uns selber anfangen.

Der Vorsitzende: Ich glaube, Sie haben jetzt zu 11 geredet, aber das kriegen wir auch hin.

Wir sind bei der Ordnungsziffer 10, da geht es um das Gehalt der Bürgermeister*innen. Den können wir jetzt zur Abstimmung stellen und ich bitte um Ihr Votum. - Eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 11 (Seite 34): Rücknahme des Beschlusses über die Änderung der Satzung für die Entschädigung von gemeinde- und ortschaftsrätlichen Tätigkeiten (DIE LINKE.)

Stadtrat Honné (GRÜNE): Wir haben bei allen Kürzungen niemals Gehälter gekürzt von Beschäftigten in der Verwaltung und wollen auch bei uns da nicht ansetzen. Wir bekommen eher zu wenig als Gemeinderäte, wenn man den Aufwand betrachtet, den wir haben, die ganz erhebliche Zeit. Man muss sich finanziell leisten können, in den Gemeinderat zu gehen, deshalb wundert mich ganz besonders dieser Antrag von den LINKEN, weil es ja darum geht, irgendwie auch wirklich eine Entschädigung für das zu bekommen und insbesondere Renten- und Krankenversicherung kriegen wir eben auch nicht. Insofern passt der Antrag überhaupt nicht.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Ich wundere mich schon, dass Frau Göttel meint, meine finanziellen Verhältnisse zu kennen, wo es auf ein paar Tausend Euro nicht ankommt. Also, ich würde einfach mal sagen, das stimmt so nicht. Und ich weiß von vielen, die verzichten auf Arbeit, die haben ihre Arbeit reduziert, um das jetzt machen zu können. Deswegen ist es völlig neben der Kapp.

Der Vorsitzende: Ich gehe auch davon aus, dass wir mit der in der Veränderung der Satzung angepassten Erhöhung vom Mindestlohn weit entfernt sind, der ja auch immer sehr vehement gefordert wird. Gut, wir kommen damit zur Abstimmung Ordnungsziffer 11 und ich bitte um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Wir können damit den Teilhaushalt 1000 verlassen und ich rufe auf **Teilhaushalt 1100, Personal und Organisation**.

Antrag 12 (Seite 41): Budget für Arbeits- und Gesundheitsschutzmaßnahmen für die städtische Belegschaft (DIE LINKE.)

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Ich spreche jetzt gleichzeitig auch für den nächsten Antrag mit, weil es sich um Maßnahmen handelt, die ich für dringend notwendig halte, um die Attraktivität der Arbeitsplätze innerhalb der Stadtverwaltung zu steigern. Zu steigern, in dem das Angebot für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besteht, sich tatsächlich qualifizieren zu können, zu steigern, indem klar ist, dass gesund alt werden in einem Beruf in der Stadtverwaltung auch möglich ist. Und nach meinem Wissen gibt es innerhalb der Stadtverwaltung Projekte, die unter dem Aspekt demografiegerechte Arbeitsplatzgestaltung auch in Kooperation mit KIT und Kommunalverband für Jugend und Soziales geführt werden. Und ich denke, für diese Projekte braucht es letztendlich Geld, um sie dann auch umsetzen zu können. Wenn wir wollen, dass Krankheitsquote, Fehlzeiten, gesundheitliche Beeinträchtigungen reduziert werden, dann ist so was aus meiner Sicht notwendig und unverzichtbar. Und das Gleiche gilt natürlich auch für das Thema Bildungsmaßnahmen. Und da meine ich nicht nur die Digitalisierung als Teil eines Problems, dem die Beschäftigten täglich ausgesetzt sind. Wir haben Quereinsteigerinnen in verstärktem Maße und auch die müssen integriert werden in diese Verwaltungsaufgaben. Deshalb unsere Bitte, diesen Anträgen zuzustimmen.

Stadträtin Wolf (GRÜNE): Vielen Dank für den Antrag. Auch uns liegt der Arbeits- und Gesundheitsschutz und auch der nächste Antrag, Qualifizierungsmaßnahmen, sehr am Herzen. Wir sind aber der Meinung, dass so was mehr Vorlauf und einen Prozess im Vorfeld braucht. Wir müssen uns erst mal fragen, was gibt es denn dann schon, was setzt die Stadt schon um und auch, wo fehlt es noch. Und ich bin mir auch sicher, dass wir da Punkte finden, die wir dann auch gerne zusammen weiterverfolgen können. So pauschal müssen wir die beiden Anträge heute leider ablehnen.

Stadträtin Uysal (SPD): Liebe Frau Binder, grundsätzlich haben Sie recht mit diesen Anträgen, dass wir auf jeden Fall als Arbeitgeberin ein Auge darauf haben müssen, wie es unseren Beschäftigten geht. Aber wie meine Vorrednerin gerade begründet hat, können wir das nicht so pauschalisieren. Deshalb würden wir gerne den Bestand noch mal überprüfen wollen gemeinsam und dann eventuell Bereiche, die noch nicht ganz abgedeckt sind, gemeinsam noch mal erarbeiten und eventuell auch noch mal nachjustieren. Heute werden wir einen Vertrauensvorschuss der Verwaltung geben, die ja hier begründet, dass gewisse Maßnahmen schon etabliert sind und deshalb werden wir diesen Anträgen heute nicht zustimmen.

Der Vorsitzende: Also ich würde zum einen vorschlagen, dass wir das mal im Personalausschuss vorstellen, was wir alles tun, gegebenenfalls auch im Hauptausschuss. Aber der Eindruck, der hier erweckt wird, wir würden maximal für Digitalisierung irgendwelche Kurse anbieten, der steht natürlich im völligen konträren Gegensatz zu unserem, glaube ich, 70- oder 80-seitigen Fortbildungsprogramm, wo man wirklich wählen kann von, sage ich mal, Führungskompetenzen über Neuerarbeitung beruflicher Qualifikationen, es gibt Sprachkursmöglichkeiten bei der Stadt, man kann sich auch in E-Learning Programme einkaufen mit städtischen Mitteln. Ich weiß nicht, ob es eine andere Stadt gibt, die so ein umfangreiches Fortbildungsprogramm aufgelegt hat. Und wenn wir da 200.000 Euro mehr bräuchten, würden wir die auch irgendwo aktivieren. Aber wir sind im Moment mit dem Programm, das wir anbieten, eigentlich ganz zufrieden. Ähnliches könnte ich jetzt auch noch mal für den Arbeits- und Gesundheitsschutz ausführen, nur

damit kein falscher Zungenschlag entsteht. Natürlich machen wir immer gerne mehr. Aber an der Stelle vertrauen Sie uns, dass wir das schon soweit mit dem Gesamtbetriebsrat abstimmen und mit allen Verantwortlichen, dass wir das selber organisiert kriegen.

Im Grunde haben Sie alle jetzt schon zu beiden Anträgen gesprochen. Dann rufe ich auf Antrag 12. hier geht es um eine Aufstockung des Budgets. Ich bitte um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 13 (Seite 41): Budget für Qualifizierungsmaßnahmen für die städtische Belegschaft

Ich bitte auch da um Ihr Votum. - Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Wir können damit diesen Teilhaushalt verlassen und wir kommen jetzt in **1500** auf **Seite 83**, das betrifft die **Ortsverwaltungen**. Und hier haben wir in der Veränderungsliste folgende Dinge drin: einmal die Elektrifizierung des Neureuter Platzes, dann Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen Stadtamt Durlach, geringwertige Vermögensgegenstände. Dann noch mal Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung Turmbergterrasse, EDV-Ausstattung sowie Betriebs- und Geschäftsausstattungen, betrifft auch Durlach. Dann noch mal in Durlach Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen Nikolauskapelle, Betriebs- und Geschäftsausstattung. Dann noch mal Durlach, geht es um die Festhalle, Betriebs- und Geschäftsausstattung und dann noch mal nach Wettersbach, da geht es um technische Anlage, Software, geringwertige Vermögensgegenstände sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung. Das sind die Veränderungen, die wir über die Veränderungsliste hier aufgenommen haben. Sie merken, die Technik kollabiert dann immer gleich, wenn wir so viel Geld mehr ausgeben. Aber unsere Ortsverwaltungen und Ortschaften sind uns das natürlich wert.

Damit können wir diesen Teilhaushalt weiterblättern und kommen zum **Teilhaushalt 1700, Informationstechnik und Digitalisierung**. Hier haben wir auf der **Seite 104** über die Veränderungsliste digital@ka Reduzierung zu hoher Planansätze in der Veränderungsliste vorgenommen. Da passen wir unsere Beträge den absehbaren Kosten an. Es ist keine Reduzierung des Programms als solchem oder der Qualitäten.

Damit kämen wir zum **Teilhaushalt 2000**. Den würden wir jetzt **komplett überblättern**.

Und kommen damit zum **Teilhaushalt 3000**, dem Zentralen juristischen Dienst auf der **Seite 135**. Da bitte ich Sie, jetzt einfach entsprechend nach vorne zu blättern

Anträge 25 a und b (Seite 135): Förderung der Fachberatungsstelle „Frauencafé Mariposa“ (Prostitution) und „Oase“ (Menschenhandel), (Bürger und Einwohner, GRÜNE)

Stadtrat Riebel (GRÜNE): Im Sinne der Istanbul-Konventionen und zum konsequenten Schutz von Frauen in der Prostitution und dem Kampf gegen Menschenhandel halten wir GRÜNE es für notwendig, die Angebote von dem Justice Project zu sichern. Durch den Wegfall der Förderung von Aktion Mensch sind diese beiden Projekt Mariposa und Oase in ihrem Bestand gefährdet. Gespräche mit weiteren Akteur*innen in unserer Stadt haben uns davon überzeugt, wie wichtig diese Projekte sind. Um zumindest den Erhalt zu sichern, sollte die Stadt die Unterhaltskosten für die nächsten zwei Jahre übernehmen, wofür wir einen Antrag stellen. Im Zuge der schwierigen Haushaltslage müssen wir die Übernahme weiterer Kosten aber ablehnen.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Wir sehen in der Situation dieses Haushaltes keine Möglichkeit, neue Projekte aufzunehmen und lehnen deshalb den Antrag ab. Es wird ja sogar im Antrag hingewiesen, dass es ja bereits weitere Angebote gibt, sodass es eben nicht das Einzige ist und damit auch eine Versorgung sichergestellt ist.

Stadträtin Melchien (SPD): Wir teilen die Stellungnahme der Verwaltung. Unsere Haltung zur Prostitution ist klar, wir wollen sie, so gut es geht, verhindern und auch Menschen insbesondere beim Ausstieg helfen. Das liegt nun mal in der Regel nicht an uns als Stadt. Das ist ein Bestandteil der Umsetzung der Istanbul-Konvention. Dazu haben wir jetzt erst den Stellenanteil zur Konzepterstellung erhöht, erweitert. Dabei wollen wir klären, was ist notwendig, was müssen wir erweitern und was brauchen wir auch Neues. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass wir in dem Bereich Bedarf haben werden. Da müssen wir aber als Stadt gemeinsam in der Fachberatung klären miteinander, wie wollen wir städtische Gelder einsetzen, welche Ziele vereinbaren wir dafür, welche Rahmenbedingungen hat das Ganze. Den Weg wollen wir weiter mit Ihnen gehen. Dazu machen wir ja das Konzept und dazu stehen wir.

Stadträtin Lorenz (FW | FÜR): Wir werden gerne den Antrag der GRÜNEN unterstützen, weil wir auch der Meinung sind, dass Prostitution nichts Gutes ist, aber dass wir den Frauen beim Ausstieg helfen wollen und gerade The Justice Project leistet hier auf diesem Gebiet hervorragende Arbeit. Wir werden den Antrag der GRÜNEN unterstützen und den Antrag 25 a ablehnen.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortbeiträge, dann kommen wir in die gestaffelte Abstimmung. Der weitergehende **Antrag** ist der **25 a** wegen der deutlich höheren Zuschüsse, die hier begehrt werden und den stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. - Das ist eine **Ablehnung**.

Dann rufe ich auf **25 b**, der Antrag der GRÜNEN. Das ist in derselben Sache, aber vom Betrag mit 27.490 Euro geringer. Und auch da bitte ich um Ihr Votum. - Das ist auch eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Nur zum vorigen Antrag, für das Protokoll, da wurde bei mir eine Enthaltung angezeigt, ich habe zweimal auch Nein gedrückt. Vielleicht könnten Sie das aufnehmen. Danke.

Der Vorsitzende: Alles klar, nehmen wir auf.

Antrag 26 (Seite 135): Pilotprojekt kostenlose Damenbinden bei der Stadtbibliothek und einer Schule (DIE LINKE.)

Das hatten wir neulich schon mal, hat sich erledigt, denke ich, für heute. Okay, vielen Dank.

Dann gucke ich mal kurz auf die Uhr. Das sind so viele, dann machen wir es mal jetzt so, dass wir jetzt lieber in die Pause gehen, statt 45 abzuwarten und steigen dann mit Klimaschutz ein. Ich glaube, das bringt es, dass wir das zusammen machen. Also 15 Minuten Pause, also sagen wir mal, 10.50 Uhr machen wir weiter.

(Unterbrechung der Sitzung von 10:33 Uhr bis 10:50 Uhr)

Auf der **Seite 148 und 150** haben wir zunächst zwei Anträge und anschließend komme ich noch mal auf das Klimaschutzkonzept zu sprechen. Nur, dass Sie den Fahrplan kennen. Wir sind jetzt im **Teilhaushalt 3100 Umwelt und Arbeitsschutz**. Und mir fällt jetzt nicht mehr lange noch was ein, um zu reden, bis Sie sich alle hingesetzt haben.

Antrag 27 (Seite 148 ff.): Umsetzung des Biodiversitätskonzeptes (GRÜNE)

Die Tabelle da vorne ignorieren Sie im Moment noch mal. Die kommt erst nach dem nächsten Antrag. Und gibt es da eine Wortmeldung der antragsstellenden Fraktion?

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): 2017 haben wir neue Studien gehabt, dass die Biodiversität dramatisch zurückgeht und dass wir unbedingt aktiv werden müssen, um die Artenvielfalt in Deutschland, auch in Karlsruhe, zu schützen, zu erhalten und da haben viele Fraktionen sich dafür engagiert, und wir GRÜNEN haben den Antrag gestellt auf einen Masterplan für Biodiversität. Der wurde nun seit 2017 erarbeitet und wurde im letzten Umweltausschuss vorgestellt. Nun geht es um die Umsetzung, denn es ist ein sehr umfassendes Konzept, das praktisch alle un bebauten Flächen in Karlsruhe beinhaltet und es geht um eine Qualitätsentwicklung, eine Qualitätssteigerung und dafür sind 83 Maßnahmen vorgesehen, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden sollen. Wir haben in Karlsruhe eine große Verantwortung für Biodiversität, denn wir sind eine von nur fünf Kommunen, die zehn verschiedene Landschaftsformen und 83 Biotope hat, und deshalb gilt es ganz besonders, die seltenen Arten bei uns zu schützen. Wir GRÜNEN haben jetzt 100.000 Euro beantragt für diesen Haushalt zur Umsetzung, denn für die Umsetzung der ersten Maßnahmen fehlen die Mittel. Dazu gehört eine umfassende Bürgerbeteiligung. Dazu benötigt man Mittel zum Monitoring und zur Datenerhebung und für die entsprechenden Maßnahmen, um die Biotope weiter zu verbessern. Es geht also nicht nur um Mahd oder Saaten, Blumensamen auszuschütten, sondern es geht darum, differenziert die jeweiligen Populationen zu schützen. Deshalb bitten wir sehr, nachdem wir uns ja alle für Biodiversität ausgesprochen haben, dass wir diese 100.000 Euro einstellen und damit richtig loslegen können, auch mit einer Verbesserung der Artenvielfalt auf unserer Gemarkung. Wir tragen die Verantwortung für den Schutz dieser Biodiversität, und ich bitte hier um Zustimmung für unsere Fraktion.

Stadtrat Maier (CDU): Vorausgeschickt, wir als CDU stehen voll und ganz zum Biodiversitätskonzept. Wir werden dies mittragen, auch nächste Woche, werden wir zustimmen. Wir stehen da voll und ganz dahinter. Allerdings, und das sagt auch die Verwaltungsantwort aus, die Mittel passen so, wie sie eingestellt sind, und ich finde es schon alles sehr komisch. Ich erinnere mich hier gerne zurück an einen der letzten Doppelhaushalte, als die SPD einen Antrag gestellt hat, künstliche Intelligenz einzusetzen, wir dem auch zugestimmt haben bei den Bienen und dann aber die GRÜNEN das abgelehnt haben. Auch mein Ansinnen im Umweltausschuss in der neugestalteten Kriegsstraße, den Alleecharakter nicht mit einheitlichen Bäumen, sondern mit unterschiedlichen Bäumen, zu gestalten, um hier Biodiversität zu leben, an einer Stelle, an der man noch mitgestalten hätte können, wurde von den anderen Kollegen und der Verwaltung nicht mitgetragen. Und jetzt hier dann auf einmal wieder das Füllhorn auszupacken, das versteht meine Fraktion nicht, das verstehe ich nicht, und deswegen werden wir diesem Antrag nicht zustimmen.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Die Vorrednerin hat es auch schon gesagt, wir haben eine hohe

Verantwortung hier in Karlsruhe, was den Schutz von Biodiversität anbelangt. Wir haben ein sehr gutes Konzept vorgelegt bekommen, allerdings jetzt erst vor zwei Wochen. Wir haben es noch nicht mal mehr im Gemeinderat verabschiedet. Das steht ja heute in einer Woche an. Nichtsdestotrotz kann man der Stellungnahme der Verwaltung entnehmen, dass die Verwaltung auch hier schon erste Dinge macht. Ich erinnere zum Beispiel an die naturnahe Mahd. Wir wollen jetzt erst mal ins Konzept einsteigen. Wir wollen von der Verwaltung hören, für was sie denn in welchem Umfang Gelder benötigt und dann sind wir sicherlich auch dabei, das zu unterstützen. Wir wollen aber jetzt keine Blindsumme einstellen. Wir verlassen uns auf diese 5 Millionen Euro Sonderposten, der da ja noch für Klimaschutz zur Verfügung steht und wollen dann, wenn einzelne Maßnahmen hinterlegt sind, dort dann auch mitgehen.

Stadtrat Høyem (FDP): Biodiversität ist wirklich unglaublich wichtig. Wir diskutieren das im Umweltausschuss, wo wir ein sehr gutes Konzept gerade vorgestellt bekommen haben. Ich muss sagen, dass das Gartenbauamt in dem Rahmen, den wir haben, sehr viel dafür macht, und ich muss auch sagen, dass die Öffentlichkeit eigentlich informiert ist, dass es ein Teil dieses Antrags ist, denn wir diskutieren glücklicherweise jeden Tag überall über Biodiversität. Ich denke also nicht, dass Öffentlichkeitsarbeit absolut dringend ist. Eine Bemerkung am Ende. Ich wollte gerne Frau Rastätter und den GRÜNEN sagen, dass Privatflächen privat sind, Privatflächen sind privat.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Das Thema Biodiversität ist allgegenwärtig und mittlerweile auch in der Bevölkerung angekommen, und das Ansinnen der Kollegen von den GRÜNEN ist natürlich ein hehres Ziel, das wir gerne unterstützen würden. Allerdings, in Anbetracht der Haushaltssituation, und ich muss ganz ehrlich sagen, in Anbetracht der Größe unserer Stadt, sehen wir nicht, dass wir da mit 100.000 Euro jetzt wirklich was konkret massiv bewegen können. Wir sind der Ansicht, dass wir vermehrt die Bürger mit ins Boot nehmen. Wir haben viele Brachflächen, auch in den Stadtteilen und auch in den Bürgervereinen ist das Thema angekommen, und viele Bürger würden gerne dort mehr mit einsteigen in die Bepflanzung und ich weiß aus eigener Erfahrung, dass auch das Gartenbauamt hier sehr unterstützend zur Seite steht, dass man Pflanzen bekommt, dass man Ratschläge bekommt, wie man solche Flächen sinnvoll bepflanzen kann, und ich würde lieber gerne die Karlsruher Bürgerinnen und Bürger hier mit ins Boot nehmen, als einfach jetzt pauschal Mittel rauszuhauen, die dann Großteils irgendwo in den Aufwandskanälen versickern.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortbeiträge. Wir kommen zur Abstimmung über die Ordnungsziffer 27, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich möchte an der Stelle aber Ihnen, Frau Rastätter, ausdrücklich zusagen, dass das natürlich neben Klimaanpassung und Klimaschutz ein drittes, extrem wichtiges Thema ist, zu dem sich auch der Gemeinderat und die Verwaltung insgesamt bekennen, und da werden wir sicherlich, wenn das Konzept dann mal durchdiskutiert ist, auch Mittel und Wege finden, entsprechende Dinge umzusetzen, und das Thema Information ist, glaube ich, das vorrangige. Die meisten Bürgerinnen und Bürger wissen gar nicht, was wir hier für eine Vielfalt haben und deswegen können sie sie weder wertschätzen noch mitschützen. Da ist die Verwaltung, denke ich, völlig auf Ihrer Linie.

Antrag 28 (Seite 148): Umsetzung des Hitzeaktionsplans, kommunale Gesundheitsförderung, eine befristete Stellenschaffung (SPD)

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Den Hitzeaktionsplan haben wir 2018 schon beantragt. Es wurde jetzt von der Verwaltung mehrfach geäußert, dass es für die nächsten Schritte ganz zwingend notwendig ist, dass man eine Stelle hat, die sich damit beschäftigt. Im Juli im Gemeinderat wurde zuletzt gesagt, dass man versucht, eine drittmittelfinanzierte Projektstelle zu finden. Davon haben wir leider jetzt nichts mehr gehört, und deswegen fühlen wir uns auch ein Stück weit in der Verantwortung, jetzt für unser Projekt, dass wir damals gefordert haben, auch die personelle Unterstützung zu erhalten.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Wir stimmen dem Hitzeaktionsplan zu, diesem Antrag, insbesondere, weil es hier um vulnerable Gruppen geht.

Stadtrat Maier (CDU): Auch hier wieder, als CDU stehen wir hinter dem Aktionsplan. Die Umsetzung kann auch klappen. So lesen wir auch die Antwort der Verwaltung. Das kann auch ohne eine zusätzliche Stellenschaffung funktionieren. Ich glaube, die Verwaltung kann hier kreative Wege gehen und wird diese auch finden und von daher Ablehnung des Antrages.

Stadtrat Høyem (FDP): Liebe SPD, ich verstehe wirklich diesen Antrag nicht. Wir haben für den Doppelhaushalt jetzt ganz wenige Stellen, mit Ausnahme der ganzen Klimadiskussion, wo wir 20 Extrastellen eingestellt haben, was sehr, sehr viel ist, und dieser Hitzeaktionsplan kann selbstverständlich auch von diesen vielen Stellen betreut werden. Wir sind stehen dem Hitzeaktionsplan, aber stimmen gegen diesen Antrag.

Stadtrat Schnell (AfD): Die AfD spricht sich ja in einem anderen Antrag generell gegen Stellenneuschaffungen aus, und das gilt auch für diese Stelle, die hier beantragt wird, neu zu schaffen. Wir lehnen daher den Antrag ab.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Wir werden dem Antrag heute auch nicht zustimmen, auch wenn er von 2018 herräumt, ist er jetzt sehr kurzfristig aufgetaucht, und wir werden uns dementsprechend enthalten, weil uns das ganze Stellenprofil tatsächlich etwas unklar ist.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Meine Fraktion wird dem Antrag zustimmen. Er ist einfach schon lange in der Pipeline und ich denke, heute muss ein Knopf drangemacht werden, dass hier eine Mehrheit dafür da ist.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Es verwundert mich schon, den Antrag hatten wir letztes Jahr gestellt, auch als unsere Fraktion gestellt, und da war die Antwort damals, dass bei einer Förderungsstelle eine halbe bis eine Stelle beantragt wurde, die auch genügen würde, um diesen Hitzeaktionsplan auszuarbeiten. Jetzt sind es drei geworden. Also, von der Seite her finde ich das überhöht. Deswegen werden wir den Antrag so ablehnen.

Der Vorsitzende: Damit kommen wir zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Damit ist der Antrag **mehrheitlich angenommen**.

Wir kommen jetzt auf der **Seite 150 ff.** zum Einstieg in das **Thema Klimaschutzkonzept** und da würde ich jetzt bitten, dass wir die Tabelle noch mal hier einspielen. Sie haben hier die im Hauptausschuss am 12.10. vorgegebenen Positionen, und wir haben das über die Veränderungsliste noch mal etwas umsortiert und erhöht, und das sehen Sie jetzt in den beiden Spalten

auf der rechten Seite. Das entspricht den Angaben, die Sie auch in der **Informationsvorlage unter TOP 11** schon zur Kenntnis gegeben bekommen haben. Wir haben es also einmal mit 33.700.000 zu tun und einmal mit etwa 41.000.000, die wir hier für den Klimaschutz in den nächsten beiden Jahren bereitstellen. Die einzelnen Veränderungen, auf die würde ich Sie jeweils hinweisen.

Noch mal zur Erläuterung, in Abänderung der Vorlage des Hauptausschusses vom 12. Oktober wurden die Mittel des Sondertopfs für klimabezogene Projekte im investiven Finanzhaushalt, die noch nicht ausgeplant sind, um weitere 5 Millionen in 22 und 23 erhöht. Mit der Bereitstellung dieser weiteren Mittel werden Ansätze des Amts für Abfallwirtschaft, des Tiefbauamtes und der Hochbau- und Gebäudewirtschaft, die im Entwurf bereits enthalten sind, umgeschichtet bzw. mit einer Zweckbindung versehen. Deswegen haben wir insgesamt an der Stelle auch den Haushalt nicht aufgebläht. Die entsprechenden einzelnen Projekte, die man dann darunter subsummiert, müssen dann mit Ihnen in den Fachausschüssen jeweils besprochen werden, denn da haben wir ja noch keine entsprechende Zuweisung vorgenommen. Dadurch, dass es mit einem entsprechenden Sperrvermerk versehen ist, dient es auch noch mal der weiteren Fachdiskussion darüber, wie man aus diesen bestehenden Mitteln auch noch stärker etwas zum Klimaschutz beitragen kann. Ich darf mich hier auch bei den betroffenen Fachämtern ganz herzlich für Ihre Bereitschaft bedanken, diesen Weg mitzugehen. Darüber hinaus haben wir in der mittelfristigen Finanzplanung ab 2024 ff. jeweils 10 Millionen im Ergebnishaushalt sowie 15 Millionen im investiven Finanzhaushalt zusätzlich eingestellt. Das sind auch noch nicht gebundene Mittel, weil wir hier einfach noch gar nicht wissen, was wir denn dann an welchen Stellen in diesen weiteren Jahren erhöhen sollten. Da sollten wir in den zwei Jahren jetzt Erfahrungen sammeln, und dann kann man beim nächsten Haushalt diese Mittel verteilen. Sie stehen aber damit in der mittelfristigen Finanzplanung schon mal drin, und damit ist das auch eine realistische Betrachtung für die Jahre 24 ff.

Alles das, was ich Ihnen jetzt gerade so versucht habe, etwas prosaähnlich vorzutragen, findet sich in der Veränderungsliste mit den jeweiligen Positionen wieder. Die **Informationsvorlage haben Sie zur Kenntnis genommen**. Insofern brauchen wir die, glaube ich, jetzt da nicht aufzurufen und zu diskutieren. Sie ist im Grunde noch mal der Ausdruck dessen, was wir über die Veränderungsliste auch schon aufgenommen haben. Es bedarf jetzt also keiner zusätzlichen Umschichtungen oder Beschlüsse.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Das kann ich so nicht teilen, was Sie jetzt ausführen. Ich glaube, da ist hier am Anfang auch das Thema Umwelt und Arbeitsschutz angebracht, gerade zu dieser Informationsvorlage Stellung zu nehmen, auch wenn sie schon mal in Teilen vorberaten wurde. Ich will mal dazu sagen, die CDU steht zu dem Klimaschutzkonzept, aber trotzdem ist das kein Tabuthema. Wir müssen in Einzelheiten ran, und deshalb müssen wir auch da sehr kritisch sein.

Was wir noch mal unterstreichen, ist, dass wir für diesen Bereich eine sehr transparente, vorbildliche Darstellung vorfinden. Das ist keine Frage, aber das ist keine Rechtfertigung, Herr Oberbürgermeister, diese Darstellung 24 Stunden vor dieser Haushaltsdebatte, Sie sagen jetzt in Teilen und unerheblich, vorzulegen. Für die GRÜNEN ist es „Klasse, noch mal auf die Oberschenkel draufklatschen“. Das sehen wir unterschiedlich. Wir wollen das in einer gesamtheitlichen Betrachtung bewertet wissen. Jedenfalls sind 5 Millionen einfach mal auf jedes Haushaltsjahr aufgestockt worden und das so über Nacht. Wie sich das ergibt, das habe ich in Teilen noch gar nicht verstanden, in Teilen kann man es nachvollziehen. Jedenfalls beziehen Sie auch jetzt

völlig inkonsequenter Weise nichtausgeplante Projekte mit ein. Was wir in allen anderen Bereichen nicht mitmachen, wird jetzt hier gepflegt und das halte ich, auch wenn es unter dem Label Klimaschutz geht, so nicht machbar.

Im Großen und Ganzen ist es immer noch ein Setzkasten zahlloser, größerer oder kleinerer Projekte und Ideen. Es fehlt uns, der CDU-Fraktion, eine Priorisierung und Plausibilisierung, und die werden wir auch für die zukünftigen Haushaltsjahre einfordern. Masse statt CO₂-Effizienz, sage ich mal ganz deutlich, denn das müssen wir einfordern. Wir können in einem städtischen Haushalt, der mit dem Rücken zur Wand steht, wirklich nicht Geld nach Belieben, nach Emotion, nach Beliebtheit oder sonst wie verteilen. So haben wir aber den Eindruck, zumindest bei einigen Positionen, die zum Teil auch aus der Vergangenheit gar nicht vollständig abgerufen wurden. Zusammenfassend, die CDU wird auch beim Klimapakete auf eine Aufgabenkritik bestehen. Da kommen wir mittelfristig nicht herum. Im Moment halten wir aber das Paket für zustimmungsfähig, insoweit mal vorab.

Stadträtin Bischoff (GRÜNE): Ich würde an dieser Stelle auch gerne noch ein paar grundsätzliche Sachen zum Klimaschutzkonzept und eben auch zu den nachfolgenden Anträgen sagen und wie wir dazu dann auch abstimmen werden. Seit wir das Klimaschutzkonzept vor gut eineinhalb Jahren beschlossen haben, ist einiges passiert. Durch den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom März dieses Jahres ist klar, dass die Politik mit ihren Maßnahmen die Erreichung der Klimaneutralität deutlich konsequenter verfolgen muss. Die bisherige Bundesregierung hat, wenn auch recht zögerlich, die bisherigen Ziele schon nachgeschärft. Uns bestärkt es auf jeden Fall darin, dass wir die Maßnahmen des Klimaschutzkonzepts, und da geht es jetzt nicht um eine Priorisierung, sondern wirklich alle Maßnahmen, konsequent verfolgen und umsetzen müssen.

Uns ist absolut bewusst, dass die finanzielle Lage, in der wir uns aktuell befinden, dieses Vorhaben erschweren wird. Wir sehen allerdings, dass aufgrund des wirklich kleinen Emissionsbudgets, auf das wir runterkommen müssen, ein wirksames Handeln jetzt notwendig ist. Mit unseren Anträgen schlagen wir aufgrund eben der aktuellen Lage, der finanziellen Lage, konkrete Maßnahmen vor, anstatt einfach nur pauschal Beträge zu erhöhen. Diese und die folgenden Haushalte sind eben deshalb so wichtig, weil wir hier Kapazitäten schaffen, um die Maßnahmen, die das Klimaschutzkonzept dann für die nachfolgenden Jahre vorsieht, auch durchführen zu können. Und deswegen ist diese Diskussion, was bringt jetzt mehr CO₂-Einsparung, auch nicht wirklich sinnvoll, weil wir ja zuerst mal diese Basis schaffen müssen, um auch dann die Kapazitäten zu haben, diese Projekte, die dann zukünftig viel CO₂ sparen, auch durchführen zu können.

Positiv sehen wir auf jeden Fall, dass die Verwaltung diese Notwendigkeit erkannt hat und im bisherigen Haushaltsentwurf in Bezug auf Klimaschutzkonzept noch mal nachgeschärft hat. Besonders hervorzuheben sind natürlich hier die zusätzlichen 5 Millionen im Investitionshaushalt und ich habe gerade eben schon von Kapazitäten gesprochen, auch die zusätzlichen 10 Stellen für das Jahr 2023, die hier vorgesehen sind.

Den Antrag zur vollständigen Finanzierung des Klimaschutzkonzeptes durch DIE LINKEN und die Karlsruhe Liste/DIE PARTEI sehen wir allerdings kritisch, weil die Maßnahmen der einzelnen Ämter sind eben schon durchfinanziert und wenn wir jetzt einfach nur die finanziellen Mittel anheben, haben wir dadurch nicht viel gewonnen. Vielleicht werden sie zum Schluss einfach gar

nicht abgerufen. Ähnliches gilt zum Beispiel auch für den Antrag bezüglich der Erhöhung der Mittel für den Ausbau von Photovoltaik auf städtischen Gebäuden.

Über unsere Anträge, zum Beispiel im Bereich Gebäudesanierung, welche bereits kostenkontrolliert geplant sind, machen wir konkrete Vorschläge, wie wir eine vollständige Finanzierung ermöglichen können. Dass hier eine Fraktion im Haus das Klimaschutzkonzept anscheinend zurückrollen will, das können wir zur Kenntnis nehmen, wollen wir aber jetzt auch nicht weiter kommentieren.

Neben den Sanierungsprojekten fordern wir unter anderem ein Programm zur Umrüstung, - genau, das Konzept, ich war beim Förderprogramm - von Karlsruher Heizungen in Karlsruher Wohnungen, die eben zum Teil noch mit Öl oder sogar noch mit Kohle heizen. Ein solches Programm ist eben auch aus sozialpolitischer Sicht aus unserer Sicht sinnvoll, weil hier Eigentümer auch langfristig Kosten sparen können. Außerdem beantragen wir ein Förderprogramm, um mittelständische Karlsruher Unternehmen darin zu unterstützen, Klimaneutralitätsstrategien zu planen und umzusetzen.

Wir werden einige Anträge natürlich ablehnen, die zwar in der Intention unterstützenswert sind, dabei aber aus unserer Sicht den falschen Ansatz wählen. Das betrifft zum Beispiel einige Anträge der LINKEN im Bereich ÖPNV-Priorisierung, Stellplatzbereiche und noch einige andere. Wir lehnen diese Anträge deshalb ab, weil es hier um neue Projekte geht und hier ist dann einfach noch nicht absehbar, welche konkreten Kosten und vor allem auch, welchen Personalaufwand es zum Beispiel mit sich zieht. Deswegen sehen wir eine einfache Erhöhung hier einfach nicht als sinnvoll. Die Anträge zur Erhöhung der Mittel der Projekte Stromsparpartner und Kühlgerätetausch, die bei der KEK angegliedert sind, werden wir auch ablehnen. Das sind zwar wirklich sehr gute Projekte, und wir sehen auch, dass durch die Erweiterung des Karlsruher Passes natürlich hier auch die Nachfrage steigen kann. Allerdings muss man jetzt sagen, dass aufgrund Corona im letzten Jahr einfach die Nachfrage hier deutlich eingebrochen ist und wir jetzt keine konkreten Zahlen haben, auf denen wir eben eine Erhöhung genau rechtfertigen können. Für uns wäre es logischer, in zwei Jahren zum Beispiel die Zahl noch mal zu evaluieren und dann zu schauen, ob hier eventuell noch Bedarfe bestehen und die Mittel angepasst werden müssten.

Insgesamt sehen wir die Vorlage der Verwaltung natürlich sehr positiv und hoffen, dass wir mit unseren Anträgen auch noch einiges zum Klimaschutzkonzept beitragen können, danke schön.

Der Vorsitzende: Ich würde Ihnen vorschlagen, dass wir diese Diskussion zu dieser Geschichte noch fertig machen und dann würde ich den Geschäftsordnungsantrag stellen, dass wir noch mal beschließen, die drei Minuten einzuhalten oder nicht, weil, wir hatten uns anders verabredet. Ich habe jetzt heute Morgen die Rückmeldung akzeptiert, dass es für die allgemeine Debatte nicht gilt, okay, aber ich sehe jetzt hier sehr viel Unmut, und es haben sich ganz viele andere Fraktionen auf drei Minuten eingestellt. Insofern machen wir es danach noch mal, dass wir es zum... Ja, wir weichen von unserer Geschäftsordnung ab. Dann müssen wir es nachher einfach einmal durchstimmen, und dann machen wir es entweder so oder so. Ich habe sowohl im Hauptausschuss als auch heute Morgen noch mal festgestellt, und da hat keiner widersprochen, dass die drei Minuten auch für die Haushaltsberatung gelten. Ich sehe jetzt einzelne Fraktionen, die das auch so wahrgenommen haben. Insofern müssen wir es einfach grundsätzlich klären. Ich würde jetzt diese Debatte erst mal gerne fertig machen. Das geht dann zu Lasten der einzelnen Redezeiten. Beide Lösungen sind okay, es gibt kein schlechter oder besser, wir

müssen uns nur einfach darauf einigen.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Ich nutze es jetzt auch mal für die Generalaussprache zum Klimaschutzkonzept, sehr geehrter Oberbürgermeister. Ich möchte anfangen mit einem Kommentar zu meinem wirklich geschätzten Kollegen aus Wettersbach, Herrn Pfannkuch. Wenn Sie sagen, wir stehen mit dem Rücken an der Wand, was die Haushaltslage anbelangt, dann haben Sie ganz Recht. Sie müssen aber auch anerkennen, dass wir mit dem Rücken an der Wand stehen, was die Klimafrage anbelangt, und das bedeutet, dass wir eben an das Limit gehen müssen von dem, was wir uns leisten können, wenn wir einen Haushalt aufstellen. Und es ist wichtig und es ist absolut richtig, dass wir hier den Hauptfokus auf den Klimaschutz wenden an dieser Stelle, denn das ist die Baustelle, die am meisten drückt gerade. Und auch hier möchte ich noch mal ein Lob aussprechen an eigentlich fast alle hier im Haus, außer die Kollegen, die ganz vom Herrn Oberbürgermeister aus gesehen rechts sitzen, weil wir ja eigentlich alle dieses große Paket mittragen von diesen 35 bzw. 40 Millionen und diesen Extrastellen.

Das Einzige, wo wir uns unterscheiden, ist, dass wir vielleicht, der eine oder andere, versuchen, dieses Limit, von dem ich gerade gesprochen habe, noch ein bisschen weiter zu drücken und noch gucken, ob wir es nicht noch ein bisschen weiter ausreizen können. Auch unsere Fraktion probiert es, deswegen möchte ich an der Stelle auch jetzt schon Werbung machen für unseren Antrag für die zusätzlichen Stellen im Bereich der Gebäudesanierung, weil wir hier einfach einen ganz, ganz großen Schwerpunkt sehen, wo wir noch mehr erreichen können. Wir sehen, dass andere Fraktionen auch versuchen, noch an das Limit zu gehen. Manche gehen nach unserer Meinung ganz klar über dieses Limit hinaus, und das können wir dann halt eben nicht mehr mittragen.

Wichtig ist mir, und das habe ich 2021 bei den Haushaltsberatungen auch schon gesagt, und das spricht für unsere gesamte Fraktion, uns ist ganz, ganz wichtig, dass wir uns hier nicht spalten an diesem Thema, sondern dass wir weiter in eine Richtung laufen. Ich sehe das im Großen und Ganzen hier schon und das ist sehr, sehr wichtig und sehr, sehr gut und wir laufen dort auch in dieselbe Richtung wie die Verwaltung und das muss man erkennen und das muss man mit Wertschätzung würdigen und das tun wir als SPD-Fraktion, und damit möchte ich es belassen.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich habe einen großen Teil meiner Haushaltsrede gerade für Klimaschutz benutzt, weil es so wichtig ist und ich habe auch gesagt, ein bisschen selbstbewusst, dass ich vielleicht besser als die meisten in diesem Saal über dieses persönlich sprechen kann, weil ich benutze oder habe es über viele Jahre benutzt, deshalb meine Zeit sowohl regional hier, professionell für den Klimaschutz zu arbeiten und auch international.

Letzte Woche war Herr Oberbürgermeister Mentrup persönlich involviert in einer sehr, sehr großen Klimakonferenz, könnte man sagen, wo es über Nachhaltigkeit global in die Finanzwelt geht. Da waren Botschafter hier in Karlsruhe, und wir waren mehr als 200 Finanzminister, leitende Leute in der Finanzwelt von Sri Lanka, von den Philippinen, von vielen afrikanischen Ländern. Ich kann garantieren, in dieser großen, großen Gruppe spielt sowohl Dr. Mentrup persönlich als auch Karlsruhe eine große Rolle. Die letzten sieben, acht Jahre haben wir für Klimaschutz international so viel gearbeitet und, Entschuldigung, ich sage das positiv, aber wenige Kollegen hier in der Stadt, im Gemeinderat wissen, wie wichtig Karlsruhe in der globalen Klimadebatte ist. Trotz dieses und trotz, dass es ein großer Teil meines eigenen persönlichen

Lebens ist, muss man sagen, dass auch für Klimageld man Prioritäten setzen kann. Es muss erlaubt sein zu sagen, wo kriegen wir das meiste und wenn man sagt - Entschuldigung, eine pauschale Aussage - wie wir jetzt gehört haben von den GRÜNEN, dass man alles, alles bezahlen muss... Aber Gottes Wille ist doch nicht nur eine Symbolpolitik, weil, Fridays for Future und andere Klientel sagen, dass wir alles tun sollen. Manche sagen - was wir nicht tun -, das ist eine Lüge, was Fridays for Future und andere sagen. Wir tun hier richtig, richtig viel. Wir setzen viel, viel Geld ein, aber so eine pauschale Aussage, wir müssen alles tun... Es ist doch erlaubt zu sagen, wo kriegen wir den meisten Klimaschutz für unser Geld. Lasst uns eine mehr ernste und seriöse Klimadebatte als nur diese Klientelpolitik haben, bitte.

Stadtrat Schnell (AfD): Jetzt noch mal 10 Millionen extra für den Klimaschutz, 78 Millionen im kommenden Doppelhaushalt, das ist einfach Wahnsinn, vor dem Hintergrund, dass das Land Baden-Württemberg gerade mal 200 Millionen im Jahr ausgibt bei einem Gesamtetat von 50 Milliarden. Das ist völlig over the top und wir stehen, das wurde richtig genannt, finanziell mit dem Rücken an der Wand. Wir können uns das einfach nicht leisten, und wir sollten endlich mal hier mehr Ehrlichkeit haben. Wir werden hier in Karlsruhe das Weltklima nicht retten. Mein Kollege Paul Schmidt hat es vorhin schon gesagt bei der Generaldebatte, China, Russland, Indien, andere Länder, blasen jedes Jahr ihre CO₂-Emissionen weiter und weiter aus, und sie dürfen das tun gemäß Pariser Abkommen bis 2030. Was wir hier einsparen wollen irgendwann mal, das ist das, was die in zwei Tagen zusätzlich rausblasen gegenüber im Vergleich zum Vorjahr.

Und hinzu kommt bei etlichen dieser Klimaschutzmaßnahmen, dass das eigentlich nur ein Deckmäntelchen ist und es geht um Umerziehung, es geht um den Krieg gegen das Auto, den Sie hier mit Verve führen, und das werden wir nicht mitmachen. Wir haben auch entsprechende Anträge gestellt. Die können Sie natürlich alle ablehnen, aber wenn nachher am Schluss das Regierungspräsidium den Haushalt nicht genehmigt, dann haben Sie gar nichts gewonnen. Dann haben Sie mit Zitronen gehandelt, und deshalb sollte man gerade beim Klimaschutz streng drauf achten, dass wirklich nur Maßnahmen gemacht werden, die eine hohe Effizienz haben von Dingen, die wir sowieso tun, und dann machen wir sie so, dass dann auch was für den Klimaschutz bei rausspringt. Das ist wichtig, weil, was wir jetzt als Haushalt hier vorgeschlagen haben, das ist ein Defizit von 100 Millionen, und das geht einfach nicht.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Das Schönste an einer Rede der AfD ist doch immer, wie man sich vorstellt, dass Herr Stadtrat Schnell in seinem Auto sitzt und über die Umerziehung durch die GRÜNEN diskutiert. Das finde ich dann doch, ist ein sehr herrlicher Gedanke.

Ich werde jetzt sicherlich nicht noch mal auf die Diskussion eingehen auch der CDU, über das Thema Effizienz von Klimaschutzmaßnahmen. Wir können die Debatten jetzt noch 15 Mal führen, ich glaube, dies führt uns nicht weiter. Die CDU kann ja gerne für sich auch mal Anträge stellen, wie wir sie priorisieren sollten. Da wäre die Arbeitszeit sicherlich gut investiert. Jetzt hätten wir vor drei Wochen sicherlich eine sehr kritische Rede gehalten, hätte ich eine sehr kritische Rede gehalten, dass wir jetzt ganz weit davon weg sind, das Klimaschutzkonzept zu erhalten und eine sehr harsche Kritik geäußert. Mit der Veränderungsliste ist jetzt die Kritik deutlich milder, weil, ich glaube, prinzipiell sind wir auf dem richtigen Weg. Wir sind mittlerweile auch sehr nah dran am Klimaschutzkonzept, auch wenn wir sehen, dass wir noch Nachbesserungsbedarf haben. Das sieht man an einzelnen Anträgen, die wir auch hier haben.

Ich würde gerne auf zwei Themen eingehen, wo wir tatsächlich sehen, dass wir gerne

nachjustieren würden im nächsten Jahr. Das eine ist das Thema Mobilitätswende. Aus unserer Sicht, und das habe ich in verschiedenen Gremien schon gesagt, ist dort für mich der Plan bis 2035 noch sehr unkonkret, sei es, wenn wir über das Thema ÖPNV-Ausbau sprechen. Das Thema Reduzierung motorisierter Individualverkehr darauf fokussiert auch das Thema Fußgängerförderung. Trotz der Programme und Konzepte, die wir gerade machen, die gut sind, fehlt uns da noch ein bisschen die finanzielle Unterfütterung und die Maßnahmenunterfütterung über die nächsten Jahre und auch was es einen Effekt letztendlich auf das Klima hat. Ich glaube, dieses Thema ist extrem wichtig, auch, wie wir diesen Autoverkehr Stück für Stück aus der Stadt rauskriegen. Da haben wir ja eine sehr klare Position, die nicht geteilt wird. Deshalb gibt es auch Änderungsanträge von uns zu diesem Thema Fußverkehr, Radverkehr, ÖPNV. Jetzt gebe ich zu, und das, glaube ich, kann man als Kritik gelten lassen, dass natürlich noch viele Maßnahmen noch nicht feststehen. Auf der anderen Seite sagen wir auch, dass wir wissen, dass die Verwaltung schon viele Ideen hat, was man tun kann. Wir werden dann sicherlich im Rahmen dieser 5 Millionen, die jetzt mehr drin sind, auch darüber sprechen, ob ein Teilbereich da kommt.

Das zweite Thema ist, was für uns wichtig ist, wie wir soziale Gerechtigkeit mit Klimaschutz verbinden. Da geht es vor allem also unter anderem um den Antrag zum Thema Austausch von Kühlgeräten. Jetzt kann man gut sagen, Corona ist wieder da. Als wir den Antrag geschrieben haben, schien es so, als hätten wir das Problem endlich beendet. Wir haben es trotzdem beantragt, denn trotz dessen wir vielleicht in den ersten drei Monaten Corona haben, sehen wir jetzt gerade aufgrund der steigenden Energiepreise, die die Bundesregierung nicht in den Griff bekommt, eine Notwendigkeit hier an dieser Stelle, dass wir einen Klimaschutz so aufstellen, dass wir auch die Leute mitnehmen, die es sich erst mal persönlich nicht leisten können - auch wenn natürlich die Energiepreise nicht wegen des Klimaschutzes steigen - um dort noch mal eine Unterstützung zu bieten und dort privat auch eine Möglichkeit zu geben. Es betrifft natürlich auch diesen ganzen Verkehrsbereich. Wir haben ja nächste Woche erst die Diskussion um Anwohnerparken. Da haben wir auch das Thema soziale Staffelung drin. Wir wollen auf jeden Fall vermeiden, dass jetzt hier von einer Seite der Klimaschutz gegen soziale Belange ausgespielt wird. Ansonsten können wir sagen, wir wollen da an einzelnen Stellen noch mal nachjustieren. Der Antrag war dementsprechend so, dass wir hier vor allem noch beim HGW den Nachbesserungsbedarf sehen. Das werden wir dann im Einzelantrag abstimmen, und ansonsten hoffe ich, dass wir jetzt mit heute noch mal ein paar gute Weichenstellungen setzen, um unser Klimaschutzkonzept einzuhalten und auch die verschärfte Zielsetzung irgendwann hinbekommen mit der Unterstützung des Landes, Klimaneutralität 2035.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Ich möchte an das Statement meines Stadtratskollegen Friedemann Kalmbach noch mal hinweisen. Wir sehen den gesamten Haushalt als Waage. Stellen Sie sich Justitia vor, wo die Waage in die Höhe stellt. So wie Recht und Gerechtigkeit müssen wir die finanziellen Mittel und die Ausgaben hochhalten, damit die Waage nicht in Schiefele gerät. Und das ist ja das, was Sie auch zeigen, der Klimaschutz ist hier größtenteils gewollt, und ich habe es ja auch in meiner Haushaltsrede gesagt, es geht nicht um das Wollen, sondern wir müssen reagieren. Und wir müssen so reagieren, dass das auf der einen Seite Sinn macht, was wir tun, auf der anderen Seite muss es bezahlbar sein.

Da wir heute im Rahmen des Haushaltes sind, muss ich einfach sagen, viele Anträge sind gut gewollt, aber aufgrund der Haushaltslage können wir die einfach nicht mittragen. Ich sehe es als ganzes Konzept, was wir dargestellt haben. Wir sollten auch am ganzen Konzept bleiben, damit die eine Schale nicht nach unten geht und die andere nach oben, und das ist auch die

Verantwortung, die wir hier als Stadträte haben. Ich möchte nicht sagen, die eine Seite hat Recht, die andere Seite hat Unrecht. Das ist Ihre eigene Philosophie, die sollen Sie auch tragen. Wir werden alles, was zusätzlich kommt, einfach hier zu diesem Thema ablehnen müssen, obwohl uns klar ist, wir werden als gesamter Gemeinderat das Thema Haushalt voranbringen.

Da ich immer wieder dieses Thema China und Indien höre, nur ein Beispiel, wer vor 15 Jahren mal in diesen Ländern war, der kennt vielleicht dieses Lied 9 Millionen Fahrräder und wer heute dort war, weiß, welche Veränderung diese Länder gemacht haben, und auch deshalb stehen wir in der Verantwortung als Vorbild. Das sehen wir ein, aber hier im Haushalt muss auch verstanden werden, dass wir nicht zu allem Ja und Amen sagen können, wenn wir es uns nicht leisten können, und darin werden wir unsere Entscheidungen jetzt in den nächsten Tagespunkten auch so berücksichtigen.

Der Vorsitzende: Zum Beitrag von Herrn Stadtrat Pfannkuch würde ich gerne korrigieren, wir haben keine 5 Millionen aufgesattelt, das ist mir ganz wichtig, sondern wir haben 2,5 Millionen beim Amt für Abfallwirtschaft für Anschaffungen im Rahmen des Klimaschutzkonzepts belegt und wir haben zwei Mal 1,25 Millionen beim Tiefbauamt und bei HGW mit einem Sperrvermerk versehen. Da muss vorher geklärt werden, dass es dann eben auch für den Klimaschutz angewendet wird.

Der zweite Vorwurf war, dass Sie das seit 24 Stunden wissen. Auch das stimmt nicht, sondern, das ist mit der Veränderungsliste letzten Freitag gekommen, und es ist auch aus dieser einzelnen Vorlage ja schon hervorgegangen. Insofern haben Sie es eigentlich doppelt mitgeteilt bekommen.

Das Dritte, wir haben es aus Sammelansätzen genommen, die wir auch bisher noch nicht durch einzelne Projekte belegt haben und haben jetzt diese Projekte unter unseren Klimaaktionsplan gestellt. Von daher haben wir auch jetzt nicht sozusagen an einer beliebigen Stelle irgendein Geld eingestellt, sondern wir haben es nur noch mal mit einer stärkeren Zweckbindung belegt, aber eben Mittel, die auch vorher schon als allgemeine Budgets den Ämtern zur Verfügung gestanden hätten. Insofern sind es auch keine zusätzlichen Projekte, und es ist auch ein Verfahren, dass man Sammelansätze beschließt und dann im Rahmen der Abarbeitung sich dann auf einzelne Projekte einigt. Das ist mir an der Stelle noch mal ganz wichtig.

Dann können wir diese Diskussion jetzt hier erst mal abschließen und wir kommen jetzt zu dem Thema, wie wir mit der **Redezeit** umgehen. Ich habe jetzt hier mehrere Einwürfe, die mir noch mal deutlich machen, dass es einfach hier um ein Missverständnis geht. Wir müssen es jetzt klären, wie wir es handhaben. Am einfachsten wäre es natürlich, wenn es von jeder Redezeit einfach abgeht der Fraktion, das tut es ja sowieso, und wenn Sie dann halt länger als drei Minuten an einer Stelle reden, haben Sie an einer anderen Stelle weniger. Nach meinem Verständnis haben wir es anders besprochen. Ich höre jetzt aber auch durchaus aus der Verwaltung, dass man es auch zum Teil so verstanden hat, wie Sie das auch so verstehen, und wir haben es auch wohl früher so gehandhabt. Insofern, Herr Stadtrat Pfannkuch, ist die Frage, ob wir es noch mal zur Abstimmung stellen. Sie hatten ja den Geschäftsordnungsantrag gestellt.

(Stadtrat Pfannkuch schüttelt den Kopf)

Dann lassen wir es jetzt so laufen und es korrigiert sich quasi über die Gesamtredezeit, alles

klar. Wenn wir uns da jetzt darauf einstellen können, dann handhaben wir es jetzt so. Dann bitte ich um Nachsicht, aber ich hatte es anders verstanden und habe es auch zum Teil in Fraktionssitzungen anders vertreten, aber dann haben Sie es vielleicht nur auf die drei Punkte bezogen, die wir jetzt separat..., ja, das ist, glaube ich, das Missverständnis, was da entstanden ist.

Gut, dann weise ich noch mal darauf hin, auf der **Seite 150 ff.** rufe ich damit die **Informationsvorlage** auf, die haben Sie ja auch zur Kenntnis genommen. Dann gibt es auf der **Seite 150** die **Erhöhung des Sammelansatzes im Ergebnishaushalt um jeweils 10 Millionen**. Das hat was mit der mittelfristigen Finanzplanung zu tun. Und wir haben auch auf **Seite 150** noch mal diese 5 Millionen, wobei die an anderer Stelle gegenfinanziert sind. Da komme ich dann noch drauf, und wir haben in der mittelfristigen Finanzplanung noch mal um 15 Millionen investiv erhöht. Das sind alles Positionen, die jetzt beim Umweltamt drinstehen, die dann aber in der mittelfristigen Finanzplanung natürlich verteilt werden müssen, wenn wir die dann auf bestimmte Projekte umlegen. Deswegen ist das an der Stelle im Moment so untergebracht.

Dann kommt unter **TOP 17** auf der klassischen Gemeinderatstagesordnungsliste der **Antrag der CDU Photovoltaikanlagen auf Parkhäusern und Parkflächen**, verwiesen aus der Gemeinderats-sitzung vom 28. September und vorberaten im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit am 24. November. Da gucke ich jetzt die antragstellende Fraktion an, Herr Stadtrat Maier.

Stadtrat Maier (CDU): Ich habe dies im Umweltausschuss ja schon entsprechend begründet, möchte es hier aber nochmals in aller Kürze tun. E-Mobilität ist sicherlich nicht der Stein der Weisen, aber ganz bestimmt ein großer Bestandteil. Von daher wollen wir, dass die Stadt den Strom dort generiert, wo er auch gebraucht wird. So kamen wir auf diesen Antrag. Wir halten ihn nach wie vor für sinnvoll. Wir haben natürlich nicht erwartet, dass auf eine hoch komplexe Fragestellung eine einfache Antwort ankommt. Trotzdem ist natürlich in dieser Antwort vieles, das beantwortet wird, auch wird vieles verwiesen, manches als nicht machbar dargestellt. Was uns gefreut hat, war, dass die Verwaltung sagt, dass bereits laufende und geplante Aktivitäten unserem Antrag eigentlich schon entsprechen würden und lediglich die Erweiterung des bestehenden Förderprogramms Klimabonus Karlsruhe nicht vorgesehen ist. Das sehen wir ein wenig anders. Wir sehen hier auch keine Bevorzugung einzelner, sondern die Unterstützung der Gesamtsituation, und da sind wir uns ja alle im Hause einig, dass wir etwas für unser Klima tun müssen. Von daher bitten wir die Verwaltung, im Sinne, wie sie geantwortet hat, dass dem Ganzen weiter entsprochen wird, dass eben auch in diesem Förderprogramm das Ganze noch mitaufgenommen wird, dass die Kolleginnen und Kollegen in der Stadtverwaltung in diesem Sinne auch weiterarbeiten und bitten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, um Unterstützung unseres Antrags.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Wir finden es ja an sich erst mal toll, dass die Kolleginnen und Kollegen von der CDU mal einen Klimaschutzantrag stellen. Leider haben Sie vergessen, dann auch Mittel dafür zu beantragen und ein bisschen weiter zu denken. Wir halten, genau wie die Verwaltung, nichts davon, nur eine spezielle Wirtschaftsgruppe dann in ein Förderprogramm aufnehmen zu wollen, und wir halten auch nichts davon, einfach bestehende Mittel weiter auszuwalzen, auf eine größere Gruppe zu verteilen. Das ist kein sinnvolles Vorgehen. Wenn man das tun möchte, muss man ein ganzheitliches Förderprogramm für alle Wirtschaftsunternehmen in Karlsruhe machen. Und noch ein kleiner Hinweis dazu, zu Strom dort erzeugen, wo er gebraucht wird: Es ist natürlich so, dass Schnellladen heute Stand der Technik ist und mit Photovoltaikanlagen Schnellladen zu unterstützen, gibt relativ wenig Sinn. Auf Privatgebäuden ist

es deutlich sinnvoller, so etwas zu tun.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen, möchte noch mal darauf verweisen, dass wir jetzt nicht das Klimabonusprogramm deswegen nicht umstricken, weil wir das nicht wollen, sondern, weil wir es von der Logik des Klimabonusprogramms zunächst mal als hier nicht so ganz passend betrachten und Ihnen ja auch sehr deutlich, Herr Maier, ausgeführt haben, dass es eigentlich für Investoren auch attraktiv genug sein könnte, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Das hat was mit Bäumen auf den Flächen zu tun und vieles andere mehr. Sie haben aber gesagt, dass Sie einverstanden wären, wenn wir im Sinne unserer Antwort das Thema weiterverfolgen. Das sage ich Ihnen zu. Dann könnten wir vielleicht auf eine Abstimmung verzichten und wir können uns sicher noch mal über die..., wir müssen uns eh noch mal über die Förderung vielleicht auch auf Gewerbegebäuden einigen, und da müsste dann das mit den Parkflächen auch aus meiner Sicht dazu, da passt es hin. In dieses Klimabonusprogramm, was das Wohnen vor allem erfassen soll, da passt es aus unserer Sicht eben nicht so hin, aber wir müssen einen Weg finden.

Wobei es mir bei dem Thema ähnlich geht wie beim Thema Wohnen über Parkplätzen. Wenn Sie mit den Besitzern dieser Parkflächen und den entsprechenden dazugehörigen Supermärkten diskutieren, werden Sie feststellen, dass die Bereitschaft, sich auf solche Dinge einzulassen, ziemlich übersichtlich ist. Ich hatte auch einmal mit viel Schwung Gespräche begonnen und bin dann relativ an der Wand gelandet. Das ist etwas, wo noch eine gewisse öffentliche Bereitschaft erzeugt werden muss, weil die Parkflächen natürlich eigentlich ein ungeheures Potenzial für verschiedene Dinge hätten, gerade in einer Großstadt wie in Karlsruhe. Dann können wir vielleicht so verbleiben.

Antrag 29 (Seite 150 ff.): Stellenschaffungen für das Klimaschutzkonzept (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Für die antragstellende Fraktion redet niemand. Dann können wir gleich hier in eine Abstimmung gehen, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 30 (Seite 150 ff.): Klimaschutzkonzept 2030 - Keine Mittel für klimaschutzrelevante Stellenneuschaffungen (AfD)

Gibt es eine Wortmeldung? Sie haben schon alles gesagt. Gut, dann können wir gleich abstimmen. Dann bitte ich um Ihr Votum. – **Mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 31 (Seite 150 ff.): Klimaschutzkonzept, Ablehnung der Schaffung einer übergreifenden Finanzierungsmöglichkeit (AfD)

Auch da habe ich jetzt keine Wortmeldung und wir gehen gleich zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Auch das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Anträge 32 a und b (Seite 150 ff.): Klimaschutzkonzept 2030, Förderprogramm Kohleausstieg, Karlsruher Heizungen und Ersatz von Ölheizungen (GRÜNE)

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Ganz kurz dazu. In Karlsruhe wird immer noch mit Kohle geheizt, direkt in Wohnungen. Das ist für uns eigentlich schon Anlass genug, hier ein Förderprogramm

noch mal zu fordern. Es handelt sich hierbei vor allem um Mietwohnungen. Das heißt, es geht darum, auch die Qualität von Wohnraum in Karlsruhe zu verbessern. Wir sind der Überzeugung, dass eben Kohle nicht mehr zum Heizen verwendet werden sollte, und zwar möglichst schnell, und wir damit auch eine Verbesserung für Mieterinnen und Mieter erreichen können, wenn wir hier noch mal auch den Eigentümern Anreize geben, möglichst schnell diese Heizungen durch umweltfreundliche Anlagen zu ersetzen. Das Gleiche gilt dann auch für Ölheizungen.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Das Anliegen ist gut, und das Anliegen ist richtig. Wir wollen aber erst mal ein bisschen mehr Details haben. Wir wollen wissen, wie die Umsetzung genau aussehen soll und wie hoch die Bedarfe sind, welche Fördermittel am Ende wirklich gebraucht werden. Wenn wir diese Details geklärt haben, dann wollen wir aus dem reichlichen Topf, den wir noch haben, also diese extra 5 Millionen, dann wollen wir einfach gucken, ob wir nicht daraus dann Mittel nehmen können.

Stadtrat Maier (CDU): Ich kann mich dem Beitrag meines Vorredners anschließen. Wir hätten jetzt sonst diesen Antrag hier abgelehnt. Das Ganze ist noch nicht durchdacht und wenn irgendwo keine Zahl steht oder ohne Betrag, dann ist es bisher immer ein Warnhinweis gewesen, dass wir so was nicht zustimmen. Von daher gerne noch mal darüber reden, aber jetzt hier an dieser Stelle nicht.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann bitte ich um die Abstimmung. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Anträge 33 a und b (Seite 150 ff.): Klimaschutzkonzept, Ausbau des ÖPNV beschleunigen (DIE LINKE.)

Auch hier können wir gleich in die Abstimmung gehen. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Anträge 34 a und b (Seite 150 ff.): Klimaschutzkonzept, Einrichtung eines Förderprogramms, Klimaneutralitätsstrategie, mittelständiger Karlsruher Unternehmen (GRÜNE)

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Wir glauben, dass wir hier mit diesem Antrag sowohl etwas für den Klimaschutz als auch für Karlsruher Unternehmen tun können. Klimaneutralitätsstrategien helfen Unternehmen, ihre Wertschöpfungsketten besser in den Blick zu bekommen, Emissionen in den verschiedenen Scopes beziffern zu können, damit auch Lieferantinnen und Lieferanten Vorgaben machen zu können, welche Produkte sie benötigen und auch um ihren Kundinnen und Kunden klarer kommunizieren zu können, wo sie stehen. Das ist eine Anforderung, die in den heutigen Wirtschaftskreisläufen immer stärker gestellt werden. Wenn wir Unternehmen in Karlsruhe unterstützen, genau diese Anforderung zu erfüllen, fördern wir diese und fördern den Klimaschutz. Deswegen bitten wir um Zustimmung zu diesem Antrag.

Stadtrat Maier (CDU): Auch da ist das Ansinnen natürlich wieder gut, aber wir lesen die Verwaltungsantwort so, dass das Ganze erledigt ist. Von daher wundern wir uns jetzt, dass wir darüber abstimmen, würden ansonsten ablehnen.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Auch hier will ich dem Kollegen Cremer überhaupt gar nicht widersprechen. Er hat mit dem, was er sagt, immer Recht an der Stelle. Wir möchten aber an die KEK verweisen. Die KEK hat extra eine Stelle eingerichtet, die sich unseres Wissens mit genau

diesem Thema beschäftigt, und wir sind der Meinung, man sollte jetzt erst mal mit der KEK in den Austausch gehen und gucken, was die für Erfahrungen gemacht haben und wie wir das dann möglicherweise auch noch mit Förderprogrammen von uns unterstützen können. Und auch an der Stelle verweisen wir wieder auf den Topf von 5 Millionen, aus dem man dann gegebenenfalls für solche Dinge dann auch, wenn man es im Detail durchgearbeitet hat, Mittel entnehmen kann.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Nein, ich muss Herrn Dr. Cremer hier widersprechen. Gerade die kleinen und mittelständischen Betriebe, das sind doch die, die familien- und inhabergeführt sind und die haben sehr wohl den Klimaschutz auf der Agenda, wahrscheinlich mehr als die großen Unternehmen. Die legen Wert auf die Auswahl ihrer Lieferanten, den Emissionsschutz und die Wertschöpfungskette. Letztendlich stimmt aber der Kunde ab, und da hängt es meistens am Preis, aber beim Kunden selbst, da hört der Spaß beim Preis auf, wo die Ware herkommt. Am besten kann ich es Ihnen aus dem Handel sagen. Sie alle bestellen bei Amazon, da spielt es für Sie auch keine Rolle. Noch dazu muss ich hinzufügen, dass es für mich keine städtische Aufgabe ist. Die Unternehmen, die Förderungen benötigen oder Informationen auf diesem Gebiet, die wenden sich doch in erster Linie an ihre IHK, da sind sie Pflichtmitglied, oder an ihre Verbände, die oft auch zur Bundes- und Landespolitik die viel besseren Drähte haben, wo man da eine Förderung und Informationen bekommt. Daher lehnen wir diesen Antrag ab.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortmeldungen. Wir kommen damit zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich möchte noch mal unterstreichen, dass wir es, glaube ich, auch von der Verwaltung aus für sinnvoll halten, einen möglichen Beratungsbedarf und sich dann daraus ein möglicherweise bestehender Förderbedarf, der nicht durch andere Programme abgedeckt wird, einmal anzunehmen, und ich finde, das sollte dann in den entsprechenden Fachausschüssen diskutiert werden, vielleicht also auch an KEK können sich kleine Unternehmen wenden und sich beraten lassen. Das ist ja nicht nur Privatpersonen. Also, ich denke, da muss man noch mal gucken, was da für ein Bedarf ist. Da prallen ja so ein bisschen unterschiedliche Perspektiven aufeinander, und wenn dann doch was angemessen wäre, müssen wir schauen, wie wir das in den bestehenden Strukturen dann auf die Agenda nehmen.

Antrag 35 (Seite 150 ff.): Keine Mittel für Klimaschutzkampagne (AfD)

Hier noch mal der Hinweis, dass das ja der Grundbetrag ist, der schon unabhängig von unserem Sammelansatz aus den Vorjahren übernommen wurde. Für die antragstellende Fraktion? -Alles schon gesagt. Dann können wir gleich in die Abstimmung gehen, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 36 (Seite 150 ff.): Keine Klimaallianz mit der Wirtschaft (AfD)

Stadtrat Schnell (AfD): Ja, nur ganz kurz. Wir haben ja in der Begründung schon auf diese App hingewiesen, mit der sich Wirtschaftsunternehmen sehr gut einmal einen Blick über ihren Ist-Zustand hinsichtlich des Klimas verschaffen können und auch Verbesserungen dabei machen können. Es würde völlig ausreichen, wenn die Wirtschaftsförderung das promotet bei den Karlsruher Firmen. Ansonsten weiß ich aber von meinem eigenen Arbeitgeber, wir kriegen ständig E-Mails von irgendwelchen Firmen, die uns zu dem Thema beraten wollen und uns tolle Lösungen

anbieten. Also, ich sehe nicht ein, dass die Stadt hier extra Geld für ausgeben sollte.

Der Vorsitzende: Wir kommen damit zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – **Mehrheitlich abgelehnt.**

Antrag 37 (Seite 150 ff.): Keine Aufstockung verwaltungsinterner Klimaschutzfonds (AfD)

Da sehe ich keine Wortmeldung, und wir kommen gleich zur Abstimmung – auch **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag 38 (Seite 150 ff.): Keine Mittel für Klimaneutrale Verwaltung (AfD)

Auch da keine Wortmeldung, ich bitte um Ihr Votum. – **(Ablehnung)**

Antrag 39 (Seite 150 ff.): Keine Mittel für Energiekonzept 2030 für B-Pläne (AfD)

Wir kommen gleich zur Abstimmung, und ich bitte um das Votum – **abgelehnt**.

Antrag 40 (Seite 150 ff.): Keine Mittel für Ausweitung Energiequartiere (AfD)

Wir kommen auch gleich zur Abstimmung und ich bitte um Ihr Votum – **abgelehnt**.

Antrag 41 (Seite 150 ff.): Kein Sammelansatz, energetische Sanierung HGW (AfD)

Auch hier gleich die Abstimmung – **abgelehnt**.

Antrag 42 (Seite 150 ff.): Keine Mittel für Klimaschutzkommunikation, Neuausrichtung Klimaschutzkampagne (AfD)

Da bitte ich um Ihr Votum. – **(Ablehnung)**

Antrag 43 (Seite 150 ff.): Keine Mittel für Beratungszentrum Klimaschutz (AfD)

Stadtrat Schnell (AfD): Ja, zu diesem Antrag und den folgenden Anträgen, Beratungszentrum Klimaschutz, Energiequartiersberatung, Photovoltaik, Beratungsoffensive: Das sind Dinge, die sehr gut die Privatwirtschaft kann, solche Firmen, die solche Dinge den Menschen verkaufen wollen. Da ist es nicht nötig, dass die Stadt hier was tut.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung. – **(Ablehnung)**

Antrag 44 (Seite 150 ff.): Keine Mittel für Aufsuchende Energiequartiersberatung (AfD)

Die Abstimmung ist möglich ab jetzt. – **(Ablehnung)**

Antrag 45 (Seite 150 ff.): Keine Mittel für Photovoltaik, Beratungsoffensive (AfD)

Das Votum bitte ab jetzt. – **(Ablehnung)**

Antrag 46 (Seite 150 ff.): Keine Mittel für Unterstützung Klimaschutzprojekte Ehrenamtlicher (AfD)

Ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – **(Ablehnung)**

Antrag 47 (Seite 150 ff.): Ablehnung der Erhöhung des städtischen Grundzuschusses an die KEK auf den ursprünglichen Zuschussbetrag (AfD)

Die Abstimmung ab jetzt – **abgelehnt**.

Antrag 48 (Seite 150 ff.): Keine Mittel für Klimaschutzförderprogramm (AfD)

Ich bitte um Ihr Votum – ebenfalls **abgelehnt**.

Antrag 49 (Seite 150 ff.): Ablehnung Mittel für Erweiterung des Leihfahrradsystems, Baustein-aufstockung um Lastenradflotte (AfD)

(Mikrofon von Stadtrat Schmidt reagiert zunächst nicht)

Stadtrat Schnell (AfD): So geht das, wenn man nur auf Photovoltaik setzt. Da ist der Strom halt mal öfters weg. Next Bike ist schon derweil ein absolutes Subventionsgrab. Der Kilometer wird mehr subventioniert als ein Stadtmobil pro Kilometer kostet und das ist eine Firma, die damit sogar richtig Geld verdient. Das jetzt auszuweiten auf Lastenfahrräder, wo mir jemand von stadtmobil versichert, wenn Sie wollten, könnten Sie das jederzeit tun, und Sie würden das auch ohne massive Förderung hinkriegen. Wir sehen nicht ein, dass man das fördern muss.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung. – Auch **abgelehnt**.

Antrag 50 (Seite 150 ff.): Keine Mittel für Klimafreundliche Mobilität erlebbar und sichtbar machen (AfD)

Da bitte Ihr Votum ab jetzt. – Das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Anträge 51 und 52 (Seite 154): Das sind zwei Anträge, einer von der **LINKEN, die eine Mittelerhöhung fordern** und einer von der **AfD, die eine Mittelkürzung fordern**, jeweils für das Thema. Okay, wir müssen dann den LINKEN-Antrag aufteilen in die beiden Ziffern, sonst funktioniert es nicht.

Ich würde mal mit den weitergehenden Anträgen beginnen, wenn es hier keine Wortmeldung gibt. Und der weitergehende **Antrag** ist die **Erhöhung der Mittel für die Regulation der MIV-Einfuhr auf 100.000 Euro**. Können wir die Ziffer 2 doch gleich dazu nehmen, genau, dann rufe ich den **LINKEN-Antrag** auf, der **Erhöhung von Mitteln für zwei Positionen** erfordert, Sie sehen es ja selber unter den Ziffern 1 und 2 und bitte um Ihr Votum. – Das ist **abgelehnt**.

Dann rufe ich auf den **Antrag** der **AfD**, der diese **Mittel reduzieren** will und bitte um Ihr Votum. – **(Ablehnung)**

Antrag 52, da ist der eine Teil von den LINKEN schon abgehakt. Okay, also, dann sind dann **drei Stimmen dafür**, alles klar, wenn wir das so regeln können. Also, ich bin jetzt bei 52, der Antrag der LINKEN hat sich schon erledigt. Den hatten wir mit abgestimmt.

Jetzt kommt aber der **Streichungsantrag der AfD** unter der **Ordnungsziffer 52**. Da geht es um das mit den **stellplatzfreien Bereichen und Quartieren im öffentlichen Raum**, und da bitte ich

um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist **Ablehnung**.

Antrag 53 (Seite 154): Schulverpflegung, Ablehnung Erhöhung Bioanteil, zusätzliche Maßnahmen Nachhaltigkeit (AfD)

Da bitte ich um Ihr Votum. - (**Ablehnung**)

Antrag 54 (Seite 154): Keine Mittel für Realisierung einer Citylogistik nach Abschluss der Kombilösung (AfD)

Stadtrat Schnell (AfD): Ganz kurz nur, Citylogistik, das ist ein hehrer Begriff, das finden alle ganz toll, aber ich kann Ihnen sagen, das funktioniert nicht. Das Grundproblem von Waren ist, sie haben keine Beine, sie können nicht umsteigen, sondern, man muss sie umladen. Deshalb sind die ganzen Zustelldienste bestrebt, das möglichst in einem Rutsch zu machen bzw. sie schaffen selbst Abholplätze für ihre Kunden und kombinieren das oft mit einem Preisnachlass für die Paketgebühren. Es ist völlig Unnütz, hier irgendetwas tun zu wollen.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist mehrheitliche **Ablehnung**.

Anträge 55 a und b (Seite 154): Fußverkehr in der Stadt fördern (DIE LINKE.)

Ein Antrag mit zwei Ziffern. Ich denke, das können wir zusammen abstimmen. Es gibt keine Wortmeldung. Dann können wir gleich hier zur Abstimmung kommen. – Das ist **Ablehnung**.

Anträge 55 c und d (Seite 154): Streichung von Fußverkehrsförderung (AfD)

Hier bitte ich ebenfalls um Ihr Votum. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 56 (Seite 154): Streichung städtischer Grundzuschuss für die Energie- und Klimaschutzagentur, KEK (AfD)

Das, was Sie begehren, möchte ich nur den Hinweis geben, ist kein Sammelansatz, sondern ist im Grunde schon die Grundfinanzierung, die Sie jetzt hier reduzieren wollen.

Stadtrat Schnell (AfD): Ich komme da ja sehr oft vorbei, ist ja direkt neben dem Haus der Fraktion. Da ist eigentlich nie jemand da, der sich beraten lassen will. Also, das Ganze bringt nichts, und wir wissen auch von irgendwelchen Veranstaltungen, die im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit, mal vorgetragen wurden, - danke, dass Sie mich ausreden lassen - wo es keinerlei Kontrolle gibt, was Sie denn mit irgendwelchen Informationsveranstaltungen erreicht hätten. Da wird uns gesagt, ja, wir hatten ungefähr so und so viele Besucher und das war dann aber auch schon alles.

Der Vorsitzende: Also, ich habe mich von denen auch schon beraten lassen. Die sind aber zu mir nach Hause gekommen, weil sie nämlich gucken wollten, wie mein Dach aussieht und solche Geschichten. Insofern unterschätzen Sie, glaube ich, ein bisschen, was da getan wird.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Ja, also, die Aussage von Herrn Rechtsaußen Schnell kann

ich so nicht stehen lassen. Das stimmt einfach nicht. Jedes Mal, wenn ich in das Haus der Fraktionen gehe, sind dort immer Leute. In dem linken Fenster ist ja so eine Art Theke und da stehen immer Leute, die sich beraten lassen. Also, Sie wollen etwas nicht sehen, Herr Schnell, und deswegen sehen Sie es dann auch nicht.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortmeldungen. Jetzt gehen wir in die Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich darf noch zur **Seite 155** anmerken, dass wir hier den Betriebskostenzuschuss an die KEK um einen gewissen Betrag gekürzt haben im Rahmen der Beiträge der Einsparvorgaben bei den städtischen Beteiligungen.

Antrag 57 (Seite 154): Streichung projektbezogener Zuschüsse für externe Unternehmen (AfD)

Auch da bitte ich um Ihr Votum. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Anträge 58 a und b (Seite 154): Zuschuss Kühlgerätetausch (DIE LINKE.) (AfD)

Stadträtin Binder (DIE LINKE): Ich möchte noch mal darauf zu sprechen kommen, wie wichtig die Verbindung zwischen Ökologie und Sozialem ist, und hier haben wir einen ganz klassischen Fall. Die Problematik, dass es gerade in Haushalten mit geringverdienenden Menschen, mit einkommensschwachen Familien tatsächlich zur Problematik von alten Haushaltsgeräten zu einem erhöhten CO₂-Ausstoß kommt, und verbunden mit erhöhten Kosten für diese Haushalte, ist es aus meiner Sicht gerade deshalb dringend erforderlich, dass wir hier tatsächlich die Bezuschussung eher erhöhen, als das Gegenteil. Kollegin Bischoff hat es vorher angesprochen, wegen Corona sei die Nachfrage eingebrochen, aber wir gehen doch davon aus, dass wir irgendwann Corona überwunden haben, und diese Haushalte haben dann Nachholbedarf, noch mehr, als sie ihn sowieso schon haben. Deshalb bitte ich dringend, tatsächlich diese Beratungsstellen und auch den Austausch der Geräte zu unterstützen. Also, ich kann es bloß aus dem Privaten sagen. Ich habe vor zwei Jahren meinen Herd und meine Waschmaschine ausgetauscht und seither 600 KWh im Jahr weniger verbraucht, und meine Geräte waren wahrscheinlich nicht ganz so alt wie die Geräte, die in so Haushalten stehen mit armen Familien. Deshalb, bitte unterstützen Sie diese Zuschüsse.

Der Vorsitzende: Ich würde jetzt erst Herrn Dr. Schmidt noch für den zweiten Antrag aufrufen, weil es ja dieselbe Sache berührt und dann gehen wir in die Debatte, wenn es recht ist.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Frau Binder kann das nicht wissen, weil sie noch nicht so lange dabei ist, aber diesen Antrag haben wir jetzt in den letzten Haushaltsberatungen immer gehabt. Ich weiß es für die letzten sieben Jahre. Irgendwann müssen diese alten Kühlgeräte doch alle ausgetauscht sein. Es kann nicht sein, dass wir das ewig immer weitertragen, diese Kosten. Irgendwann muss man die mal hinterfragen, und jetzt haben wir eine schwierige Situation. Deswegen wollen wir die streichen.

Stadträtin Bischoff (GRÜNE): Ich würde es noch mal ganz kurz wiederholen. Den Punkt mit der Streichung, den müssen wir, glaube ich, gar nicht diskutieren. Es ist auf jeden Fall ein Bedarf da, und wir sehen auf jeden Fall auch, dass dadurch, dass eben der Empfängerkreis des Karlsruher

Passes sich erweitert hat, auf jeden Fall auch potenziell eine höhere Nachfrage möglich ist. Um wieder das Thema Corona aufzugreifen, dadurch, dass zum Beispiel dann Beratungen entfallen sind oder nicht zugänglich waren, ist es einfach schwer, aktuell auf der Zahlenlage genau zu sagen, das ist der Bedarf, der da ist. Wir hätten schon gerne irgendwie konkrete Zahlen, an denen wir uns dann orientieren können, wenn wir hier Beträge erhöhen. Deswegen noch mal das Angebot, dass wir vielleicht in zwei Jahren noch mal drüber schauen, in der Hoffnung, dass sich das dann wieder normalisiert hat und dass wir dann wirklich konkrete Zahlen haben, die auch aussagekräftig sind und mit denen wir arbeiten können.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Ja, beide Themen, 58/59, sind ja Herzensanliegen der SPD-Fraktion schon immer gewesen, das haben wir auch immer unterstützt und sogar, glaube ich, ursprünglich mal beantragt. Deswegen kommt natürlich die Streichung, was die AfD da verlangt, überhaupt gar nicht infrage. Uns würde einfach interessieren, wie sich das jetzt entwickelt. Ich denke, das Anliegen ist berechtigt, aber wir müssen einfach gucken, wie sich das jetzt entwickelt, und sollte wirklich ein Mehrbedarf da sein, wir haben ihn bis jetzt ja noch nie kommuniziert bekommen, dann finden wir Wege, wie wir das aus dem Klimaschutztopf oder aus irgendwelchen anderen Töpfen, die für den Klimaschutz vorgesehen sind, dann auch sicherlich decken können.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Meine Fraktion wird den Antrag unterstützen, wir werden dem zustimmen. Herr Kollege Huber, wenn wir das jetzt einstellen, wir könnten ja jetzt zum Beispiel, ich weiß nicht, ob DIE LINKEN den Weg mitgehen würden, sagen, dass das Begehren grundsätzlich eingestellt wird und dass man dann schaut, was braucht man für eine Summe. Denn so, was Sie sagen, wird das nicht funktionieren. Das wissen wir in der Praxis, wenn was nicht im Haushalt ist, dann wird, auch wenn dann klar ist, es ist ein Bedarf da, da wird nichts mehr zurückgeholt, und das aus anderen Töpfen zu nehmen jetzt aus dem Umweltbereich, das finde ich auch nicht adäquat. Also, vielleicht könnten da die SPD und auch die GRÜNEN ein Stück weit über ihren Schatten springen sozusagen aus einer sozialen Verantwortung heraus für die Menschen, für die das gedacht ist, dass man dem dann doch so zustimmt.

Der Vorsitzende: Ich würde Ihnen bei 58/59 vorschlagen, dass, wenn die Mittel ausgeschöpft sind im Lauf des Jahres und es einen weiteren Bedarf gibt, dass wir dann mit Ihnen darüber reden, ob wir aus anderen Projekten des Klimaschutzes, wo die Mittel vielleicht nicht abfließen, da noch etwas umschichten können. Wenn das eine Lösung wäre, glaube ich, kommen wir dem Anliegen nach, denn wir haben jetzt so viele unterschiedliche Projekte beschlossen, da wird auch irgendwas im Jahr mal nicht abfließen. Wir müssen nur die Deckungsfähigkeit klären, aber Herr Dollinger nickt, das ist ein gutes Zeichen. Das müssen Sie dann aber natürlich auch beschließen. Also, ich sage das jetzt nicht pauschal zu, sondern das würden wir dann mit Ihnen über den Hauptausschuss oder so klären. Das wäre, glaube ich, ein guter Weg, als dass wir da jetzt ins Blaue hinein was aufstocken. Das waren jetzt alle Wortbeiträge.

Ich bin immer noch bei **58**. Jetzt gibt es den **Erhöhungsantrag der LINKEN**. Können wir auf den dann vielleicht verzichten?

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Wir würden dem folgen, was Sie jetzt gerade vorgeschlagen haben.

Der Vorsitzende: Dann kommt der **Streichungsantrag der AfD**, und da bitte ich Sie um Ihr

Votum. – Das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag 59 (Seite 154): Stromsparerpartner (DIE LINKE., AfD)

Hier geht es hier um ein ähnliches Thema. Auch da haben wir einen **Antrag zur Mittelerhöhung** der **LINKEN** und einen zur **Mittelstreichung** der **AfD**. Wenn wir mit dem Erhöhungsantrag wieder so umgehen könnten, bräuchten wir ihn hier nicht zur Abstimmung stellen

(Stadtrat Bimmerle nickt)

Dann stelle ich jetzt den **Antrag der AfD** zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag 60 (Seite 154): Nachhaltige Wirtschaftskreisläufe fördern (DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Das war ja im letzten Haushalt schon eingestellt. Ich glaube, da gab es dann eine Misskommunikation zwischen den Antragstellern und der Verwaltung, wer jetzt genau das Konzept einfordert und deshalb wurde die Summe gar nicht ausgeschöpft. Wir werden die 10.000 Euro weiterhin beantragen, für beide Jahre jeweils, aber mit Sperrvermerk an der Stelle und dann dementsprechend ein Konzept einfordern oder uns vorlegen lassen.

Stadträtin Weber (GRÜNE): Wer könnte etwas dagegen haben, nachhaltige Wirtschaftskreisläufe zu fördern? Im aktuellen Koalitionsvertrag gibt es hier eine klare Ausrichtung, die Kreislaufwirtschaft, effektiven Klima- und Ressourcenschutz, Chance für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsplätze, zu fördern. Hierzu sind wir als Kommune gefragt, dies mit günstigen Rahmen- und Wachstumsbedingungen umzusetzen. Durch Öffentlichkeitsarbeit, finanzielle Förderung und bessere Infrastrukturen können wir ein Klima für verändertes Angebot, Produkte und Dienstleistungen schaffen. Als Kommune muss dies auch umgesetzt werden, und wir benötigen hierfür die finanziellen Mittel und vor allem auch eine gute Planung. Deshalb möchten wir, dass die Verwaltung hierzu ein Konzept erstellt und dass dieses Konzept im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit vorgestellt wird. Gerne möchten wir ebenfalls diesen Antrag mit einem Sperrvermerk vermerken und diesen Sperrvermerk gegebenenfalls dann nach dem Ausschuss aufheben.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Wir waren bis jetzt immer mit dabei und wir werden auch diesmal mit dabei sein. Wir danken der LINKEN für den Antrag und da genau hinzuschauen. Wir gingen irgendwie auch davon aus, dass es eigentlich schon verstetigt ist, und dafür herzlichen Dank.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Sicherlich sind die nachhaltigen Wirtschaftskreisläufe förderungsfähig. Allerdings, in Anbetracht der Haushaltssituation könnten wir hier uns immer nur eine Anschubfinanzierung vorstellen, weil, letztendlich muss auch so ein Projekt sich nachhaltig tragen. Daher würden wir dem Vorschlag der Verwaltung folgen und den Antrag ablehnen.

Der Vorsitzende: Wir kommen damit zur Abstimmung. Ich habe es jetzt so verstanden, mit Sperrvermerk, da waren sich alle einig. Dann bitte ich jetzt um das Votum. – Das ist eine **Mehrheit**.

Antrag 61 (Seite 154): Keine Unterstützung für Klimaschutzprojekte städtischer

Gesellschaften (AfD)

Ich bitte um Ihr Votum. – **(Ablehnung)**

Antrag 62 (Seite 154): Kein Sondertopf für Klimaschutzbezogene Projekte, die noch nicht ausgeplant sind (AfD)

Auch da bitte ich um Ihr Votum. Das ist **abgelehnt**.

Antrag 63 (Seite 154): Keine Mittel für Forcierung des Umbaus zur Fahrradstadt, beschleunigter Ausbau Radrouten (AfD)

Stadtrat Schnell (AfD): Ausbau Fahrradroutes, da haben wir grundsätzlich kein Problem mit. Das jetzt noch zu beschleunigen in Anbetracht der Haushaltslage, halten wir für nicht gut, denn die Mittel sind nun mal knapp. Ich spreche jetzt auch gleich noch zu Punkt 64, die Zusatzmittelrealisierung Fahrradstraße, Nördliche Hildapromenade, das halten wir für überflüssig. Wir haben bereits überbreite Radwege auf der Kaiserallee. Wir haben an der Moltkestraße bereits Radwege. Die jetzt auch noch da auszubauen, das ist wirklich nicht nötig.

Der Vorsitzende: Ich stelle **63** zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum – **(Ablehnung)**

Antrag 64 (Seite 154): Forcierung des Umbaus zur Fahrradstadt – Ablehnung von Zusatzmitteln Realisierung Fahrradstraße Nördliche Hildapromenade (AfD)

Und dann noch die Hildapromenade, da bitte ich um Ihr Votum ebenfalls ab jetzt - auch **abgelehnt**.

Antrag 65 (Seite 154): Keine Mittel für Förderung der Ladeinfrastruktur, Ausbau Elektromobilität (AfD)

Auch da können wir gleich abstimmen. - **(Ablehnung)**

Antrag 66 (Seite 154): Keine Mittel für Ausbau von Radabstellanlagen (AfD)

Ich bitte um Ihr Votum. – **(Ablehnung)**

Antrag 67 (Seite 154): Keine Erweiterung des Leihfahrradsystems mit Fokus Lastenrad (AfD)

Sie haben schon dazu gesprochen. Wir stimmen ab. – **(Ablehnung)**

Antrag 68 a (Seite 154): Streichung Mittel für Photovoltaikausbau auf städtischen Dächern (AfD)

Der war ursprünglich mal mit einer falschen Nummerierung, 82, falls es jemand mitgekriegt hat, versehen war.

Antrag 68 b (Seite 154): Photovoltaikausbau auf städtischen Dächern beschleunigen (DIE LINKE.)

Und Photovoltaikausbau ist auch der Antrag mit der Ordnungsziffer 68 b der LINKEN, der aber eine **Erhöhung** hier vorschlägt. Auch der war ursprünglich mal falsch nummeriert. Dazu gibt es weiterhin keinen Diskussionsbedarf.

Dann fangen wir mit dem **AfD-Antrag** an. Da geht es um eine **Streichung**, und ich bitte um das Votum ab jetzt. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich rufe auf den **Erhöhungsantrag der LINKEN** und bitte auch da um das Votum. – **(Ablehnung)**

Antrag 69 (Seite 154): Streichung Mittel für Mittel beschleunigte LED-Umstellung Straßenbeleuchtung (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir sind nicht gegen die Umstellung auf LED bei der Straßenbeleuchtung, aber wir sind gegen die beschleunigte. Wir sind der Meinung, es soll da umgestellt werden, wo sowieso an die Straßenbeleuchtung angegangen werden muss, aber die Beschleunigung ist aus unserer Sicht ineffizient. Deswegen sind wir dagegen.

Der Vorsitzende: Ja, ich bin halt gehalten, jeweils die Titel vorzulesen, die Sie Ihren Anträgen selber geben. Insofern entsteht manchmal, glaube ich, nach außen hin auch ein falscher Eindruck. Denn Sie wollen es gerade ja nicht beschleunigen. Okay, jedenfalls, 69 steht zur Abstimmung. – **(Ablehnung)**

Antrag 70 (Seite 154): Keine Aufstockung der Fördermittel an private Hauseigentümer*innen für energetische Gebäudesanierung (AfD)

Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag 71 (Seite 154): Sammelansatz energetische Sanierung Hochbau- und Gebäudewirtschaft (AfD)

Auch da können wir gleich abstimmen, und zwar ab sofort. – **(Ablehnung)**

Antrag 72 (Seite 154): Städtischer Fuhrpark (AfD)

Wir können abstimmen. – Das ist auch **mehrheitlich abgelehnt**.

Vielen Dank, ein Marathon an Anträgen und ich glaube, uns ist noch mal bewusst geworden, was wir in diesem Bereich alles tun. Das ist schon ganz beeindruckend, wenn man sich diese lange Liste anguckt. Ja, vielen Dank auch für die konzentrierte Abarbeitung an alle Beteiligten.

Wir kommen damit zum **Teilhaushalt 3200, Ordnungs- und Bürgerwesen** und wir springen auf die **Seite 167**.

Antrag 73 (Seite 154): Soziale und ökologische Staffelung von Anwohnerparken. (DIE LINKE.)

Da war ja die Überlegung, dass wir das dann in den nächsten Dienstag mit reinnehmen. Genauso sind Sie im Ältestenrat verblieben. Dann nehmen wir das als Änderungsantrag zu unserer Beschlussvorlage zum Anwohnerparken und besprechen das am nächsten Dienstag.

Anträge 74 a und b (Seite 167): Zusätzliche Stellen für die Verkehrsüberwachung (GRÜNE), Verkehrsraumüberwachung für mehr Sicherheit für Rad- und Fußverkehr (DIE LINKE.)

Stadtrat Honné (GRÜNE): Immer wieder wird uns gesagt, dass das Ordnungsamt nicht ausreichend kontrollieren kann und deswegen eben immer noch viele Autos auf den Gehwegen und Radwegen, Radstreifen und wo auch immer abgestellt sind. Deshalb haben wir einen Antrag gestellt, der ausnahmsweise mal auch in sich schon eine Gegenfinanzierung enthält, denn wir wollen jetzt acht zusätzliche Stellen schaffen. Das hört sich erst mal sehr viel an und es ist auch ein Haushaltsantrag, aber im Haushalt wird sich dadurch nicht viel ändern, weil die mindestens das auch wieder einspielen, was sie an Kosten verursachen, diese Stellen, weil es eben immer noch viele falschparkende Autos gibt in Karlsruhe. Insofern ist das ein Antrag, der selbst in diesen Zeiten knapper Kassen ohne Weiteres sinnvoll ist und mit dem wir die Verkehrssicherheit, weil auch viele in den Kreuzungen abgestellt sind, deutlich verbessern könnten.

Der Vorsitzende: Für den zweiten Antrag würde ich jetzt Herrn Stadtrat Bimmerle das Wort erteilen, und dann gehen wir in die Debatte.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Ich kann mich den Ausführungen des Kollegen anschließen. Wir haben ja eine geringere Anzahl beantragt, aber auch wir sehen den Bedarf an der Stelle. Ich glaube, beim ÖPNV wird auch keiner darüber sprechen, dass wir weniger Kontrolleure haben. Also, an der Stelle ist, glaube ich, einfach ein Fehlbedarf und gerade diese Thematiken, die wir nächste Woche diskutieren, Richtung Ausweitung Anwohnerparken und die sukzessive Erhöhung von Parkgebühren, glaube ich, die führt auch dazu, weil jetzt das Parken auch endlich teurer wird, dass sich manche denken, dann stelle ich es lieber an der Kreuzung ab und ich komme schon davon. Ich glaube, da müssen wir rechtzeitig reagieren, und gerade die Verkehrssicherheit ist ein extrem wichtiges Thema an der Stelle. Deshalb, ja, fordern wir den Antrag und sehen auch so, dass er eigentlich fast einkommens- und aufwandsneutral ist.

Stadtrat Müller (CDU): Mit dem Antrag hauptsächlich der GRÜNEN gehen Sie ja schon in die Vollen, und ich glaube ja nicht, dass Sie diese Stellen aus dem Klimaschutzkonzept entnehmen wollen, sondern hier deutliche Aufsattelung beantragen. Sie vergessen aber eins, und dann

springt ihr Antrag doch deutlich zu kurz und erreicht noch nicht mal annähernd das Ziel Ihrer Initiative, nämlich dahingehend, dass die bereits geschaffenen und bewilligten Stellen bei der Verkehrsüberwachung ja gar nicht vollbesetzt sind. Von daher erschließt sich mir der Sinn überhaupt nicht, in keiner Weise, außer Sie stellen diesen Antrag allein zu Zwecken der Schaufensterdarstellung oder –auskleidung, und nichts anderes ist es letztendlich, dass die Stellen als solches ja erst mal besetzt werden sollten, bevor wir überhaupt nur im Ansatz über weiteren Ausbau von Stellen sprechen können.

Stadtrat Hock (FDP): Ich frage mich jedes Mal, wenn ein solcher Antrag kommt - meistens spricht dann Herr Honné davon, er habe von vielen Mitbürgerinnen und Mitbürger gehört -, wie das bei den anderen Fraktionen ist. Wir haben solche Meldungen nicht. Vielleicht meldet er sich selber dort an, ich weiß es nicht, aber es wundert mich doch immer wieder. Sind wir doch ehrlich, jeder hier im Haus weiß, um was es geht, jeder weiß das mittlerweile, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN. Und wenn man sieht, dass die Bepreisung der Strafzettel jetzt erhöht wurde, dann erschließt sich mir auch nicht die Aussage, dass einer absichtlich irgendwohin parkt, wo er eigentlich nicht stehen darf. Ich denke, dass viele Mitbürgerinnen und Mitbürger schon genau aufpassen, dass sie ihr Fahrzeug ordnungstechnisch richtig abstellen. Es geht hier einzig und allein darum, wie jedes Mal, wenn es um dieses Thema geht, den Leuten in der Innenstadt das Parken so ungern wie möglich zu ermöglichen. Der einzige Punkt ist der Kampf gegen die Fahrzeuge. Die Fahrzeuge müssen raus. Um das geht es Ihnen und das schon seit einigen Jahren. Es ist mittlerweile auch nicht mehr schön, auch nicht mehr tragbar. Wenn man jetzt sieht, was Sie hier für eine Stellenanzahl fordern, dann muss ich wirklich sagen, dann ist das weg von Gut und Böse. Das ist nicht mehr, dass man ordentlich darüber reden kann, nein. Wenn ich sehe, was hier beantragt wird vonseiten der GRÜNEN, dann muss ich Sie wirklich fragen, ob Sie noch ganz bei Sinnen sind.

Stadtrat Schnell (AfD): Wenn jetzt ein Teil dieser Stellen dafür gedacht wäre, den Radverkehr mehr zu kontrollieren... Wir zum Beispiel von der AfD-Fraktion hören sehr oft von Fußgängern, die sich durch Radfahrer gefährdet sehen und zum Teil auch schon über den Haufen gefahren worden sind. Das ist mir selbst sogar schon passiert. Aber in der Hinsicht wollen Sie nicht den fließenden Verkehr kontrollieren, sondern es geht ausschließlich um den Kraftfahrzeugverkehr. Deshalb lehnen wir die Anträge ab, sowohl von den GRÜNEN als auch von den LINKEN.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Ich erinnere mich an Diskussionen, als es darum ging, den KOD aufzusetzen. Wir waren eine sichere Stadt. Jetzt geht es um ein Thema, das ich persönlich als Angriff - als einer, der ein Fuhrunternehmen hat - sehe. Heutzutage zu liefern, zu Zeiten, in denen dieser Bestellungswahn wahnsinnig ist, Mitarbeiter zu finden, die erhöhte Strafzettel zahlen müssen, ist der Wahnsinn. Ich möchte nicht auf Fahrradfahrer rumklopfen, denn ich fahre selbst sehr viel Fahrrad. Aber was mich selbst ärgert, ist, es wird immer ausgelassen, dass der Wahnsinn auch zwei Räder, nicht nur vier Räder hat. Wenn Sie abends liefern müssen - Gegenverkehr, unbeleuchtete Fahrräder, schwarze Fahrräder - das ist der Wahnsinn. Wenn man sagt, man macht eine Kontrolle, würde ich das auch verstehen. Aber es ist so, wie mein Kollege Hock und andere gesagt haben, es geht ausschließlich um das Thema Bestrafung des Autoverkehrs. Wir werden eines Tages gar keine Autos mehr haben, wenn das so weitergeht. Dann ist es so, das können wir gar nicht wollen. Das geht nicht und wie gesagt, das ist eine Blockwart-Mentalität.

(Vereinzelter Beifall)

Das ist etwas, das kann ich nicht mittragen mit bestem Gewissen. Das kann auch meine Fraktion nicht mittragen, denn wir machen unsere Stadt einfach kaputt. Es gibt wissenschaftliche Erkenntnisse. Wo es keinen Autoverkehr mehr gibt, geht die Stadt zugrunde. Ich verstehe, dass wir weniger Verkehr haben wollen. Ich verstehe alle Argumentationen, aber so einen offensichtlichen Antrag, das geht nicht und ist für uns nicht tragbar. Wenn wenigstens drinstehen könnte, Verkehrssicherheit. Schauen Sie auf die Unfallstatistiken - das hatte auch der Kollege Müller vor einiger Zeit gesagt -, die beruhen nicht auf diesem Grund, das sind ganz andere Gründe. Deshalb werden wir diese Anträge ablehnen.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Noch mal, weil jetzt auch die Sicherheit noch mal angesprochen wurde, ich hatte in meinem Beitrag auch die Sicherheit angesprochen, weil insbesondere Kreuzungen immer wieder zugeparkt werden.

(Vereinzelter Beifall)

Das ist ein erhebliches Problem. Das ist eine wesentliche Unfallursache, dass man verringerte Sicht hat durch parkende Autos in diesen Kreuzungen. Das ist überhaupt nicht zu vernachlässigen. Genauso, wenn ein Radweg zugeparkt ist und man auf dem Fahrrad dann ausweichen muss, ist selbstverständlich die Sicherheit gefährdet, ist doch gar keine Frage. Ich verstehe die ganze Aufregung nicht. Wir wollen nur, dass die Straßenverkehrsordnung eingehalten wird, sonst nichts. Die Straßenverkehrsordnung ist ein Bundesgesetz und wir möchten einfach, dass es eingehalten wird, sonst geht es um gar nichts.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Ich kann mich nur anschließen. Es ist wirklich interessant, was manche für ein Verhältnis zu Recht und Ordnung haben, dass gerade jetzt die linke Seite das einfordern muss. Wir bestrafen niemanden einfach so. Mir wäre es jetzt neu, dass Herr Bürgermeister Käuflein oder sein Amt Strafzettel an Menschen verteilen würde, die ganz rechtmäßig parken. Das wäre mir jetzt neu. Es geht tatsächlich um Menschen, die ganz bewusst oder vielleicht unbewusst falsch parken, vielleicht weil sie die Uhrzeit nicht im Blick haben. Das machen übrigens Leute im ÖPNV-Bereich auch mit dem Fahrschein. Da bestrafen wir die mit 60 Euro, an anderen Stellen viel mehr. An der Stelle, glaube ich, muss man die Kirche im Dorf lassen.

Der Vorsitzende: Herr Stadtrat Hock, dass sich niemand bei Ihnen meldet, mag Gründe haben. Aber ich erlebe es jeden Morgen auf dem Fahrrad bei meinem Weg in die Stadt, dass irgendwo in der Ettlinger Straße ein Lieferfahrzeug auf dem Fahrradweg parkt und das nicht, weil er es unbedingt muss. Er hat im Umfeld von 10, 20 Metern nach vorne, nach hinten meistens ausreichend Alternativen. Es geht dann um einen relativ unbedachten Umgang mit der Thematik, um möglichst den kürzesten aller Wege. Von daher gibt es diese Alternativen in den Innenstädten. Aber selbst, wenn es sie nicht gäbe, berechtigt das niemanden, einfach auf diesem Fahrradweg zu parken. Insofern ist das ein Riesenthema und es ist vor allem dort ein Riesenthema, wo wir Straßen neu gestaltet haben, weil es offensichtlich gewisse Anpassungsprobleme gibt. Dasselbe gilt übrigens, da bin ich bei Ihnen, auch für Fahrradfahrer auf den Fußwegen. Das ist ein Riesenthema und beide Themen schlagen bei mir in der Bürgersprechstunde regelmäßig auf, sowohl der ruhende Verkehr auf den Fahrradwegen als auch umgekehrt die Fahrradfahrer*innen, die meinen, der ganze Bordstein gehört ihnen in alle Richtungen kreuz und quer. Deswegen müssen wir uns nächstes Jahr - zum einen auch Dank der Möglichkeit, jetzt über die entsprechenden Bußgelder noch mal stärker einzuschreiten - noch mal mit unseren Ordnungskräften

um diese Thematik kümmern. Ich habe auch besprochen, dass wir uns um die fahrenden Radfahrer zum Teil kümmern müssen an einzelnen Straßen, weil das offensichtlich dort nicht gelernt wird. Das Problem an der Stelle ist nur, dass wir es als Stadt alleine nicht dürfen. Wir dürfen die fahrenden Fahrradfahrer nicht anhalten. Das ist eine große Problematik. Insofern müssen wir das mit der Polizei abstimmen, die dann mit dabei sein muss, sonst kommen wir da nicht ran, und natürlich würde uns jede Stelle mehr auch helfen. Das Problem ist nur, dass wir schon die derzeitigen Stellen, die wir haben, nicht besetzt kriegen. Deswegen sage ich Ihnen zu, dass wir das sicherlich auch zum Schwerpunkt unserer weiteren Einsätze machen. Wir haben jetzt mehr Handhabe, denn die entsprechenden Kataloge sind nicht deswegen verschärft worden, weil man das Problem neu erkannt hätte. Sondern, sie sind verschärft worden, weil die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen, ein entsprechendes Bewusstsein zu schaffen. Aber wir brauchen halt das Personal, und solange wir noch unbesetzte Stellen in dem Bereich haben, hilft uns diese Aufstockung nicht. Es geht hier einfach nur um das normale Rechtsverständnis, wenn wir irgendwo feststellen, dass gegen Gesetze verstoßen wird. Wir haben die Aufgabe, dem nachzugehen, dann tun wir das. Mit Bestrafung hat das nichts zu tun.

Dann stelle ich jetzt zur Abstimmung einmal den weitergehenden **Antrag**, das ist der **der GRÜNEN**, der **acht Stellen** begehrt, und bitte um Ihr Votum. – (**Ablehnung**)

Dann rufe ich auf den **Antrag der LINKEN**, zwei Stellen 2022, eine Stelle zusätzlich 2023, und bitte um Ihr Votum. – Auch das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag 75 (Seite 167): Abschaffung des kommunalen Ordnungsdienstes, Umstrukturierung vorhandener Stellen (KAL/Die PARTEI)

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Von vielen Fraktionen habe ich im Vorfeld der heutigen Haushaltsberatung, aber auch heute, immer wieder gehört, man muss sich von lieben Gewohnheiten verabschieden. Besonders in diesem Fall, wo die Stadt Karlsruhe eine polizeiliche Aufgabe übernimmt, die das Land Baden-Württemberg an sich zu erfüllen hat, sehen wir, dass wir in der finanziellen Situation der Stadt diese liebgewonnene und so lieb nach außen verkaufte Gewohnheit, punktuell beginnen müssen, diese abzubauen. Wir sind nicht der Meinung, dass alles jetzt von 100 auf 0 gefahren wird. Aber wir sind der Meinung, es muss jetzt endlich angesichts der finanziellen Situation, die auch in den nächsten Jahren, wie ich höre, so angespannt sein wird wie heute, anfangen werden nachzudenken über eine freiwillige Aufgabe. Es ist eine freiwillige Aufgabe, es ist kein Muss, dass wir polizeiliche Aufgaben übernehmen. Darum bringen wir diesen Antrag heute ein. Für uns ist klar, hier müsste sich der Gemeinderat bewegen, um ganz konkret etwas zu tun, um unsere Ausgaben, die wir nicht erfüllen müssen, einzuschränken.

Stadträtin Wolf (GRÜNE): Rund um Corona waren die Kontrollen des KOD ein wichtiger Baustein. Hier haben die Mitarbeiter*innen wirklich einen Beitrag gegen die Pandemie geleistet. Es ist also aus unserer Sicht der absolut falsche Zeitpunkt für diesen Antrag, und wir werden ihn ablehnen.

Stadtrat Müller (CDU): Ich bedauere diesen Antrag seitens der KAL. Als Grundsatz muss man allem voranstellen, dass die öffentliche Sicherheit und Ordnung ein Grundbedürfnis unserer Bürgerinnen und Bürger ist. Das Zusammenwirken als Sicherheitspartner KOD zur Polizei, aber auch umgekehrt, ist ein Erfolgsmodell und es ist ein wichtiger Bestandteil, dieses

Grundbedürfnis aufrechtzuerhalten. Das sage ich Ihnen aus eigener langjähriger Erfahrung. Sie können auch diesem Sicherheitsbericht, der Ihnen vorliegt, entnehmen, dass wir an den einen oder anderen Stellen schon ein Sicherheitsdefizit haben in unserer Bevölkerung. Genau dort ist auch der KOD in Partnerschaft mit der Landespolizei Baden-Württemberg, aber auch in seiner ureigenen Aufgabe einer kommunalen Ortspolizei tätig und sinnvoll. Deswegen plädieren wir sehr eindringlich dafür, die erfolgreiche Einrichtung Kommunalen Ordnungsdienst auch in Zukunft beizubehalten.

Stadtrat Schnell (AfD): In Ergänzung zu dem, was Herr Müller gerade sagte. Sie haben gerade den Punkt aufgebracht, dass das Ordnungswesen sich dem Rad fahrenden Verkehr künftig mehr widmen will, aber dass der KOD das nicht kann, sondern dass das die Polizei tun muss. Damit sie das tun kann, muss natürlich ein KOD da sein, der die Polizei von anderen Routinedingen entlastet. Außerdem haben wir natürlich das Problem mit der Sicherheit. Wir haben bisher in Karlsruhe Gott sei Dank nicht diese Thematik der, wie hieß das in Stuttgart so schön, der Party- und Eventszene. Damit das so bleibt, sollten wir auch weiterhin den KOD in Karlsruhe haben.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Lieber Lüppo Cramer, das halte ich für ein Gerücht, dass das eine liebgewonnene Institution ist für die KAL. Der KOD war schon immer nicht geliebt und wird es auch nicht werden.

(Zuruf von **Stadtrat Cramer/KAL/Die PARTEI**)

Dann habe ich es falsch verstanden. Auf jeden Fall stehen wir dafür, dass eine Balance zwischen Ordnungskräften und Sozialarbeitern und so weiter da ist. Insofern werden wir genau das hier nicht abschaffen. Wir brauchen es am Werderplatz, wir brauchen es auf den Plätzen. Das ist gefragt und wichtig, dass wir präsent sind und deswegen die abzuschaffen, wäre genau der falsche Ansatz. Diese liebgewonnene Institution werden wir behalten.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Es gibt eine objektive Sicherheitslage und die ist gut. Das haben wir noch vor gar nicht langer Zeit im Hauptausschuss vom dem Polizeipräsidium gehört, wo es um den Europaplatz ging, wo ganz klar vom Polizeipräsidium signalisiert wurde - da ging es speziell um Kameras und Überwachung -, dass das von der Polizei nicht als notwendig angesehen wird. Es gibt natürlich ein subjektives Sicherheitsgefühl. Das müssen Sie dann vielleicht auch klar benennen, dass es nur darum geht, dass man einem subjektiven Sicherheitsgefühl einiger Bürgerinnen und Bürger nachgeben will, um politisch - in Führungszeichen - gut dazustehen und zu sagen, wir tun etwas für die Sicherheit. Aber dass die Maßnahme selbst überhaupt nichts an der objektiven Sicherheit verbessert, muss einfach gesehen werden. Das ist der Fakt. Aber es wird natürlich insbesondere von der CDU und von Ihnen, von den Freien Wählern, so nicht gesehen. Alles, was Sie jetzt sagen, auch das, was jetzt die GRÜNEN gesagt haben, sind Hilfskonstruktionen, die mit dem grundsätzlichen Problem, dass wir als Stadt Karlsruhe eine Landesaufgabe übernehmen, nichts zu tun hat. Das wird überhaupt nicht von Ihnen benannt. Das - in Führungszeichen - ist kein Thema für Sie, aber für meine Fraktion sehr wohl.

Der Vorsitzende: Wir kommen damit zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich rufe jetzt auf **TOP 15** unserer eigentlichen Tagesordnung, einen **interfraktionellen Antrag**

der GRÜNEN und der SPD, kommunaler ehrenamtliche*r Tierschutzbeauftragte*r der Stadt Karlsruhe, und das hat dann mit der **Ordnungsziffer 76** auch Eingang jetzt in unsere Haushaltsberatung gefunden.

Stadträtin Großmann (GRÜNE): Tierschutz ist schon lange kein Nischenthema mehr, sondern in dem Wahlprogramm vieler Parteien zu finden. Unser gemeinsamer Antrag mit der SPD ist ein Antrag für die Belange der Tiere. Das Thema Tierschutz rückt immer mehr in das Blickfeld der öffentlichen Wahrnehmung. Daraus ergibt sich ein immer größerer Bedarf für uns, in Sachen Tierschutz aktiv zu werden. Deshalb fordern wir die Stelle einer ehrenamtlichen oder eines ehrenamtlichen Tierschutzbeauftragten. Es gibt viel zu tun beim Thema Stadttauben, siehe auch heutigen Artikel in der BNN, beim Thema Hundehaltung in der Großstadt, Streunerschutz für Katzen, Umgang mit unterschiedlichen Haustieren, Unterstützung des Tierheims und des Zoos. Gerade in der aktuellen Lage ist es uns deutlich geworden, dass es für die zahllosen Anfragen und begründeten Anliegen der Bürger*innen eine neutrale Ansprechperson benötigt, die schnell reagieren kann. Doppelstrukturen entstehen durch dieses Ehrenamt in unseren Augen nicht, im Gegenteil. Es könnte, indem man die verschiedenen Akteure in diesem Bereich zusammenbringt, für eine Entlastung der Verwaltung sorgen. Die Landestierschutzbeauftragte ist, wie schon der Name sagt, für ganz Baden-Württemberg zuständig. Auch hier stellt ein kommunaler Gegenpart eine sinnvolle Ergänzung dar. Wie schon bereits im Runden Tisch Tierschutz der Stadtverwaltung gefordert wurde, soll damit das Thema innovativ gestaltet werden. Hierzu benötigen wir eine Person mit entsprechendem Fachwissen und der Motivation, das Thema Tierschutz in die Bevölkerung und in die Schulen zu tragen. In der Stellungnahme der Stadtverwaltung steht, dass die Verwaltung der Stadt Mannheim keinen Mehrwert sehe in der Einrichtung dieser Stelle. Allerdings hat nun der Gemeinderat der Stadt Mannheim vor kurzem die Stelle einer ehrenamtlich kommunalen Tierschutzbeauftragten zum zweiten Mal bestätigt, und somit wird auch dort dieses Amt weitergeführt.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Neben dem, dass es eine neue Aufgabe ist, wo ich im Moment in dieser Finanzlage keine Notwendigkeit sehe, sind hier auch noch andere Punkte anzumerken. Es wird von Doppelstrukturen gesprochen. Dies kann schon der Fall sein, aber vor allem wird eine Person gesucht, die eine sehr hohe Qualifikation bietet. Ob dies im ehrenamtlichen Bereich so möglich ist, ist auch zu bezweifeln. Ich sehe im Moment keine Notwendigkeit, zum derzeitigen Zeitpunkt diese Stelle einzurichten.

Stadtrat Zeh (SPD): Corona hat die Zahl der Haustiere deutlich erhöht. Man sieht es bei den Hunden am ehesten. Die anderen Haustiere sind eher im Haus vorhanden und nicht sichtbar. Aber es gibt natürlich auch Konflikte mit der Nachbarschaft, wenn ein Hund zum Beispiel zu lange alleine in der Wohnung ist, zu laut bellt und Ähnliches. Viele Bürger wollen dann nicht sofort offiziell die Polizei anrufen, sondern ein ehrenamtlicher Tierschutzbeauftragter wäre die richtige Ansprechperson, um solche Konflikte auszugleichen, auch die Hundetüten und Ähnliches oder auch alles, was Frau Kollegin Großmann hier schon erwähnt hat. Die eigentliche Schwierigkeit wird sein, eine solche engagierte Person, die sich als Ansprechpartner und Werbepartner zur Verfügung stellt, zu finden. Wir hoffen, dass es gelingen wird. Es gibt sehr viele Tierschutzorganisationen, die inzwischen auch in der Stadt aktiv sind, um dort die Vermittlung zu machen, ohne direkt die Verwaltung damit belästigen zu müssen. Deshalb ist es eine sinnvolle Angelegenheit, und wir sind natürlich als Antragsteller für den Antrag.

Stadtrat Høyem (FDP): Tierschutz ist sehr wichtig und da gibt es eine unglaublich engagierte

Gruppe Ehrenamtlicher, die wirklich für den Tierschutz arbeiten. Früher haben beispielsweise mein Kollege Michael Borner und ich uns auch sehr dafür eingesetzt in verschiedenen Situationen, sowohl hier in Karlsruhe als auch in Rumänien. Dass Tierschutz wichtig ist, das kann man überhaupt nicht diskutieren. Dass die ehrenamtliche Arbeit wichtig ist, kann man auch nicht diskutieren. Aber wir wollen diese ehrenamtliche Arbeit schätzen. Wir wollen keine Doppelstrukturen schaffen oder extra Bürokratie. Wir wollen überall, wo es möglich ist, diese Ehrenamtlichen ein bisschen unterstützen. Aber wir stimmen dagegen, eine neue Stelle einzurichten.

Stadträtin Fenrich (AfD): Der Antrag ist aus Sicht meiner Fraktion vom Grunde her sehr gut und könnte unsere Zustimmung finden. Die Tierschutzorganisationen haben laut dem Antrag im Jahr 2015 sich für eine Implementierung eines Tierschutzbeauftragten ausgesprochen. Wie es heute aussieht, wahrscheinlich nicht anders, sodass also vom Grunde her dem Antrag zugestimmt werden kann. Die Doppelstrukturen, die die Stadtverwaltung anspricht, die dadurch entstünden, müsste man wirklich näher untersuchen. Das ist nicht eindeutig begründet worden. Auch ist nicht ersichtlich, weshalb gute Kontakte zwischen Tierschutzorganisationen und Stadt leiden sollten. Wir können uns als AfD-Fraktion sehr gut vorstellen, hier einen Tierschutzbeauftragten zu installieren. 20.000 Euro im Jahr ist nicht die Welt für die gute Sache. Das Ehrenamt wird gestärkt. Ich glaube, unter den Tierhaltern ist da eine sehr große Zustimmung.

Stadträtin Lorenz: (FW | FÜR): Sicherlich wäre ein Tierschutzbeauftragter in Karlsruhe vonnöten, und es geht nicht nur um die Haustiere, um die Katzen und Hunde, sondern auch die Probleme in den Ställen der landwirtschaftlichen Betriebe, zum Teil bei den Wildtieren und so weiter. Das ist ein ganz großes Feld. Daher sehen wir keine Möglichkeit, so eine Stelle im Ehrenamt auszuführen, weil es natürlich auch oft an rechtliche Probleme grenzt. Was sollte dieser ehrenamtliche Mann oder die ehrenamtliche Frau denn vor Ort bewirken, wenn er jetzt feststellt, da sind große Missstände? Das ist eine ziemliche Grauzone. Deswegen wäre ein Tierschutzbeauftragter für uns nur im Hauptamt, mit Rechtssicherheit und Haftung, Haftungsschutz, im Hintergrund möglich. In Anbetracht der Haushaltssituation müssen wir momentan leider eine richtige Stelle ablehnen.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortbeiträge. Damit kommen wir zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – **(Zustimmung)**

Ich möchte zu meinem Abstimmungsverhalten kurz erklären, dass es die absolute Ausnahme ist, dass ich mich gegen die Stellungnahme der Verwaltung wende, nicht, weil ich die Stellungnahme nicht richtig finde, sondern, weil ich aus einer anderen Perspektive heraus feststelle, dass ein solcher kommunaler ehrenamtlicher Tierschutzbeauftragter in anderen Städten durchaus zu einer positiven Atmosphäre zum Thema Tierschutz beiträgt und weil das auch Teil meines Wahlprogramms war. Nur, damit Sie verstehen, warum ich mich, trotz einer zusätzlichen Aufgabe, allerdings in einem überschaubaren finanziellen Rahmen und der anderen Fachlichkeit, die die Verwaltung nachvollziehbar darstellt, zu einer anderen Entscheidung bekenne.

Dann kommen wir auf der **Seite 170** in der Veränderungsliste zur Mitteilung, dass wir **zwei neue Anlagen für die Geschwindigkeitsmessung auf der Rheinbrücke** beschaffen müssen, nachdem die abgebauten Anlagen heute nicht mehr verwendet werden dürfen. Wir hatten eigentlich gedacht, dass wir sie nach dem Umbau der Rheinbrücke wieder aufbauen, aber die sind nicht mehr so zugelassen. Jetzt müssen wir zwei neue Anlagen beschaffen.

Auf der **Seite 172** haben wir in der Veränderungsliste die **Beschaffung eines Blitzeranhängers**. Da gibt es allerdings nur eine Korrektur eines Kontierungselements. Das führt jetzt zu keiner erhöhten Summe. Nur, ich muss es Ihnen der Vollständigkeit halber mitteilen.

Damit wären wir am Ende dieses Teilhaushaltes und könnten in den **Teilhaushalt Schulen und Sport** eintreten. In Anbetracht der Zeit schlage ich aber vor, dass wir jetzt in die Mittagspause gehen und dann aber wirklich versuchen, um 14:00 Uhr pünktlich, vielleicht sogar ein paar Minuten früher, hier fortzusetzen. Also, zehn vor 14:00 Uhr, 13:50 Uhr, wenn das möglich wäre, wäre es super. Guten Appetit, vertreten Sie sich die Beine. Wir reißen hier alle Fenster auf und auf gute Fortsetzung der Sitzung dann um 13:50 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung von 12:50 Uhr bis 13:55 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Wir kommen jetzt zum **Teilhaushalt 4000 Schulen und Sport** und ich darf Sie bitten, mich auf die **Seite 193** zu begleiten. Auf dieser Seite 193 sind einige Veränderungen über die Veränderungsliste vorgenommen worden. Zum einen wurde ein **Mehrertrag durch erhöhten Kopfbeitrag bei den Sachkostenbeiträgen Schulen** eingepreist. Dann ein **Zuschuss zur teilweisen Finanzierung der Personalkostenerstattung an das LMZ, für den Support des pädagogischen Netzwerks durch das Administrationsprogramm des Digitalpakts Schule** und auf **393** und **198** haben wir eine **Preis-anpassung der Duschgebührenpauschale, Mehrertrag aus Schulraumüberlassung und Mehraufwand aus Sportförderung**.

Auf **Seite 193** ebenfalls ein **Mehrbedarf an Schülerbeförderung**, ebenfalls auf der Seite **Personalkostenerstattung an das LMZ für den Support**, das hatten wir eben schon, und dann noch mal auf derselben Seite die **Berufseinstiegsbegleitung an den allgemeinbildenden Schulen**. Da hat die Fortführung dazu geführt, dass wir hier die Position auch noch mal verändern mussten.

Antrag 77 (Seite 194): Gebühren an Fachschulen abschaffen (SPD, KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Das ist der Antrag, den Sie auch schon aus dem letzten Haushalt kennen.

Stadträtin Uysal (SPD): Wir haben tatsächlich gemeinsam letztes Jahr im Haushalt Mehrheitliches gewagt, die Gebühren für die Fachschüler ab diesem Schuljahr zu halbieren, mit dem Ziel, in diesem Doppelhaushalt die Gebühren ganz zu erlassen. Nochmals vielen Dank an alle, die diesen Schritt gewagt haben und den Mut mit uns gefasst haben. Aufgrund der aktuellen Finanzlage soll der zweite Schritt der Schulgeldreduzierung für die Fachschulen, nämlich keine Erhebung der Schulgelder ab 2022, ausgesetzt werden. Das bedauern wir natürlich sehr. Werte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie noch mal daran erinnern, dass gerade die Technik- und Meisterweiterbildung für unsere Region im wahrsten Sinne des Wortes wertvoll ist, wenn nicht gar essenziell. Mit der Weiterbildung an den Fachschulen ist es möglich, dringend benötigte Fachkräfte mit hoher Qualifikation nach Karlsruhe zu locken, von denen viele anschließend auch hier bei uns bleiben. Wir finden nach wie vor eine Reduzierung deshalb nicht zielführend, weil wir unseren Standard dadurch nicht attraktiv machen. Die Schülerinnen und Schüler werden trotzdem die kostenneutralen Angebote in unmittelbarer Nachbarschaft bevorzugen. Wir sollten auf keinen Fall wegen der Sparbemühungen künftige Meister und Techniker abschrecken, die dann an andere Standorte ausweichen werden. Wir sollten unseren Worten treu

bleiben. Denn wir hatten im letzten Doppelhaushalt entschieden, dass wir ab 2022 die Schulgebühren erlassen werden. Deshalb plädiere ich heute noch einmal dafür, dass wir wieder ein klares Signal setzen für die Bildungsgerechtigkeit und auch für das Fachkräftesichern. Deshalb, bitte voten Sie für Ja.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Bei der Reduzierung der Gebühren für Fachschulen haben wir im letzten Jahr gemeinsam schon einen signifikanten Erfolg für das Jahr 2021 erzielt, und so sind wir bereits heute auf einem relativ guten Stand - da muss ich der Kollegin Uysal ein bisschen widersprechen -, der für die Schüler*innen auch ein höheres Maß an Bildungsgerechtigkeit mit sich bringt. Wir haben mit diesem Beschluss letztes Jahr eine Angleichung insbesondere an die Städte im Land erreicht, sodass ich auch diesem Argument, dass es jetzt eine Abwanderung gibt, die stattfindet, nur zum Teil folgen kann. Wir möchten zumindest als GRÜNE-Fraktion an diesem gemeinsamen Teilerfolg festhalten, auch bei dieser angespannten Haushaltslage. Wir drehen das nicht zurück. Wir sind aber alle - haben wir am Anfang gehört - heute dazu gefordert, dann auch teilweise schmerzliche Kompromisse zu machen, auch wenn es um unsere Herzensthemen geht. Ich weiß, liebe Sibel, das ist ein Herzensthema für dich. Im Falle der Fachschulen halten wir es daher einfach für einen fairen Kompromiss, wie im Rahmen des 10-Punkte-Programms vorgeschlagen wurde, diese vorgesehene zweite Stufe der Schulgeldreduzierung angesichts der hohen Kosten jetzt nach hinten zu verschieben. Wir folgen daher der Stellungnahme der Stadtverwaltung und lehnen den Antrag heute leider ab.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Frau Uysal, Herr Bauer, ich glaube, bei dem Antrag der Verwaltung und dem Antrag der SPD gibt es kein Falsch und Richtig. Falsch ist sicherlich, dass wir vonseiten der Wirtschaftsförderung für unsere Betriebe einen großen Fehler machen. Wir nehmen denen das Geld weg, die die Betriebe morgen zu führen haben, sei es in der Meisterausbildung oder in der technischen Ausbildung eines Berufsbildes. Das ist sicherlich schmerzlich, und das ist sicherlich nicht der richtige Weg. Wir haben aber, und das ist auch richtig, Frau Uysal, was Sie sagten, einen hohen Konkurrenzdruck im Bereich dieser Schulen im Umland, Rheinland-Pfalz, aber natürlich auch im Landkreis Karlsruhe. Wenn heute eine Klasse nicht mehr stattfinden und der Kurs nicht mehr belegt werden kann, gibt es für die Schule natürlich auch weiterhin große Probleme. Das muss uns wichtig sein. Auf der anderen Seite haben wir natürlich die angespannte Haushaltslage. Deshalb stimmen wir in diesem Fall der Vorlage der Verwaltung zu, kündigen aber auch gleich an, weil wir uns diese Entscheidung nicht leicht gemacht haben - und das, was ich letztes Jahr gesagt habe zu den Haushaltsberatungen, stimmt weiterhin -, dass wir sicherlich nächstes Jahr beziehungsweise dann spätestens Anfang 2023 eine Evaluierung brauchen, damit wir sehen, wie viele Schüler haben denn die Kurse belegt, wie stabil sind die Klassen mit den Schülerinnen und Schülern, sodass wir dann entscheiden können, ob wir in den Doppelhaushalt nächstes Jahr beziehungsweise übernächstes Jahr wieder die Gelder einstellen. Wie gesagt, das fordern wir heute bereits an für den Doppelhaushalt 2023/24.

Stadtrat Jooß (FDP): Dieser Antrag entspringt auch unserem Herzen, was Frau Uysal gesagt hat. Wir freuen uns, dass der Antrag von Ihnen gestellt wurde. Wir unterstützen den natürlich voll. Uns geht es um Gerechtigkeit, wie das der Kanzlerkandidat der SPD immer gesagt hat. Gerechtigkeit ist, dass berufliche Bildung und Uni gleichgestellt werden. Die jungen Leute bezahlen ihre Gebühren und zahlen auch Kursgebühren und so weiter. Die zahlen natürlich später auch Steuergelder. Ich denke, diese Gelder sind gut angelegt und kommen nachher wieder zurück. Wir stimmen deswegen dem Antrag gerne zu.

Stadtrat Schnell (AfD): Ich erinnere mich noch an die entsprechende Sitzung im Schulbeirat. Damals hatte der Vertreter der Fachschulen gesagt, sie wären schon damit zufrieden, wenn sich die Gebühren nicht erhöhen würden. Wir sind sogar in die andere Richtung gegangen und haben sie halbiert. Wir haben auch schon gehört, die Konkurrenzfähigkeit zu anderen Fachschulen in der näheren Umgebung ist gewährleistet. Deshalb sehen wir keinen Grund, diesem Antrag zuzustimmen.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Nur weil die Fachschulen schon froh sind, wenn es nicht erhöht wird, heißt es noch lange nicht, dass das richtig ist. Wir sind der Meinung, Bildung in Deutschland, das Bildungssystem, ist nur dann gerecht, wenn es kostenfrei ist. Staatliches Bildungswesen muss zugänglich sein für alle. Wir wissen sehr wohl, dass gerade an den Fachschulen sehr viele Menschen über den zweiten Bildungsweg sich heranarbeiten an eine gute Ausbildung und an gute Einkommensmöglichkeiten. Die kommen uns dann wieder zugute als Stadt. Wir brauchen die Fachkräfte, wir brauchen die Einnahmen, und wir brauchen im Prinzip Menschen, die diese Gesellschaft mit antreiben. Das sind genau diese Personengruppen, die an den Fachschulen sich ein Zusatzwissen erwerben und damit Handwerk und Technik und all solche Berufe eben tatsächlich auch besetzen. Das ist extrem wichtig für uns, und von daher würde ich für beide Anträge stimmen.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Ich möchte einfach noch einmal daran erinnern, wie das vor einem Jahr war. Es gab im Grunde genommen eine Mehrheit zur gesamten Abschaffung schon ab diesem Jahr. Dann sind aber die Mehrheitsfraktionen in Absprache mit der CDU-Fraktion ihrem Petitum gefolgt, dass wir praktisch einen Zwischenschritt machen sollen. Dem haben wir zugestimmt, dass für 2021 nur die Hälfte reduziert wird. Aber es war der ganz klare Wille der großen Mehrheit dieses Gemeinderates, auch hier im Saal, dass das dann abgeschafft wird. Von daher, Herr Oberbürgermeister, im Grunde genommen - jetzt sage ich es ein bisschen, ich muss jetzt aufpassen, also nicht so ganz böse - verstehe ich nicht, dass die Verwaltung an irgendwelchen Schreibtischen für sich entscheidet, es gibt zwar einen überwältigenden Beschluss des Gemeinderates, aber den setzen wir einfach nicht um. Mit der ganzen Macht ihrer Argumentationskette ist es natürlich sehr schwierig, das gebe ich zu, dem standzuhalten und sich dem einfach nicht zu beugen. Ich muss aber schon sagen, ich bin von der Verwaltung etwas enttäuscht, dass sie diesen Weg gegangen ist und ich verstehe es auch nicht. Gerade Sie, Frau Erste Bürgermeisterin, die auch Wirtschaftsbürgermeisterin sind, wissen doch, wie wichtig junge Meister sind, die wir hier in Karlsruhe brauchen an den Schulen. Dass Sie so etwas dann letztendlich auf den Weg gebracht haben, da muss ich schon sagen, völliges Unverständnis.

(Vereinzelter Beifall)

Der Vorsitzende: Zwei Ergänzungen vielleicht. Zum einen war es Teil des Zehn-Punkte-Programms. Es wäre Ihrerseits jederzeit möglich gewesen zu sagen, diesen einen Punkt akzeptieren wir nicht. Dann müssen Sie eine Mehrheit dafür finden, und dann hätten wir es auch nicht umgesetzt.

Zweiter Punkt, mir ist noch mal ganz wichtig, hier geht es nicht um Bildungsgerechtigkeit als Aufgabe der Kommune, sondern die Problematik an der Stelle ist, dass diese Abschlüsse und diese Kurse an den Fachschulen nicht als berufliche Bildung, sondern als Qualifizierung gelten und deswegen sie eben nicht, wie andere schulische Angebote, vom Land umsonst angeboten werden, und das ist ein Riesenproblem. Es gibt Bundesländer, die das auch komplett

übernehmen. Aber es wäre an der Stelle eher eine Bundesländerfrage, die für Bildung zuständig ist in der Definition oder in einer Ausweitung an der Stelle dessen, was man unter Bildung versteht. Die Argumentation ist völlig richtig. Nur damit nicht der Eindruck entsteht, die Stadt wollte hier Bildungsungerechtigkeit zulassen, wir übernehmen auch in anderen Bereichen nicht die Kosten für Bildung, sondern das macht im Wesentlichen das Land und wir stellen, wie bei den Schulen, nur die Gebäude zur Verfügung.

Mit derselben Argumentation übrigens müsste man auch fast alle Qualifizierungsangebote der Volkshochschule umsonst anbieten. Es ist dieselbe Argumentation, berufsergänzend oder berufserweiternd. Aber wir haben Ihnen ein Zehn-Punkte-Programm vorgeschlagen, da war das mit drin und da haben Sie nicht gesagt, das tragen wir nicht mit. Aber jetzt Schwamm drüber, jetzt gucken wir, wie wir mit dem Antrag umgehen oder wie Sie mit dem Antrag umgehen, und deswegen stellen wir den jetzt zur Abstimmung, und Sie entscheiden sich. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 78 (Seite194): Kostenloses Mittagessen für Grundschüler*innen an Ganztagesesschulen und Ganztagesgrundschulen (DIE LINKE.)

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Die Kritik, die jetzt stattfinden wird, kann ich mir schon vorstellen, aber ich möchte einfach darauf aufmerksam machen, viele Kinder habengerade jetzt über Corona enorme Defizite entwickelt, Defizite im schulischen Bereich, was das Lernen angeht, Defizite im sozialen Verhalten, in psychischen Erkrankungen. Das Problem ist wirklich so, dass man über die Schule, insbesondere über die Ganztagesesschule, eine Menge auffangen muss, was über diese zwei Jahre an Problemen zusätzlich entstanden ist. Ich möchte einfach gerne, dass Kinder dieses Mittagessen in der Ganztagesesschule als festen Bestandteil eines Lernalltags mitkriegen. Es wird soziales Verhalten unter anderem beim Mittagessen gelernt. Es findet eine Entspannung statt, es findet so vieles statt an so einem lockeren Mittagstisch. Insbesondere Kinder aus, sagen wir mal, prekären Lebensverhältnissen, einkommensschwachen Familien, aber auch viele andere Kinder, deren Eltern einfach ziemlich im Stress sind und gerade jetzt in dieser Zeit auch im Stress waren, hätten was davon, wenn wir etwas mehr Geld ausgeben würden. Ich bin der Meinung, dass man dann als Stadt versuchen muss, mit dem Land und mit dem Bund in Verhandlungen zu treten. Ich meine einfach, das Bildungs- und Teilhabepaket ist dafür eigentlich die falsche Form der Finanzierung. Da muss man dran, denn im Prinzip belastet man die Schulen, die Schulsozialarbeiter mit dem Einwerben dieser Mittel und das halte ich einfach für völlig daneben. Denn die Leute brauchen wir für die Kinder, für die Betreuung und für die Bildung und nicht zum Formulare ausfüllen helfen. Das ist, glaube ich, wirklich am Ziel vorbei. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Bei dem vorliegenden Antrag geht es jetzt nicht um Schulsozialarbeit oder irgendwelche anderen additiven Betreuungen von Kindern. Es geht um das Schulmittagessen und da wird der Antrag auf kostenlose Schulverpflegung damit begründet, dass auch Kinder von sozial benachteiligten Familien ein kostenloses Schulmittagessen haben. Kollegin Binder, ich kann Ihnen versichern, an den Ganztagsgrundschulen nehmen alle Kinder am Schulmittagessen teil. Das ist Teil des pädagogischen Konzepts, und alle Kinder, deren Familien entweder Transferleistungen bekommen oder die nachweislich das Essen nicht bezahlen können, sind natürlich davon befreit bzw. müssen 1 Euro für das Essen bezahlen. Das wird auch so respektiert und geachtet, weil es auch ein Stück weit Wertschätzung für das Essen bedeutet. Insoweit ist dem Anliegen Rechnung getragen.

Es ist aber nicht sozial gerecht, dann zu sagen, für alle gibt es ein kostenloses Schulmittagessen, sondern diejenigen, die das bezahlen können, legen vor allem auch sehr viel Wert auf eine hohe Qualität, auf mehr Nachhaltigkeit beim Essen, auf Bioqualität und bezahlen dann lieber das Geld, als dass man praktisch das Essen grundsätzlich kostenfrei macht. Man muss das in dem Zusammenhang sehen, es wird da soziale Gerechtigkeit praktiziert, wo es notwendig ist, nämlich da, wo der Bedarf besteht. Aber bei den anderen müssen wir schauen, dass wir auch gewisse Einnahmen generieren können, denn wir brauchen auch das Geld, um die hohen Standards der Verpflegung zu finanzieren.

Insoweit können wir dem Antrag heute nicht zustimmen. Es ist sicher eine Perspektive langfristig, auch noch mal zu klären, was wir noch zusätzlich finanzieren können, aber im Augenblick der Haushaltslage wäre das das falsche Signal, vor allem auch, wenn es um die Frage der sozial benachteiligten Kinder geht, denn die sind beim Schulmittagessen jedenfalls nicht benachteiligt.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Alle Jahre wieder kommt nicht nur das Christuskind, sondern DIE LINKEN ziehen diesen Antrag für die Haushaltsberatung aus der Schublade, und jedes Mal darf ich dazu sprechen. Insofern ist die Diskussion heute nicht neu. Vielleicht sind die Kolleginnen und Kollegen von den LINKEN neu und haben es noch nicht so ganz verinnerlicht, dass wir in diesem Bereich sehr viel machen, und dass es kein Kind in unserer Stadt gibt, das kein warmes Mittagessen bekommt, weil es sich die Eltern nicht leisten können. Das möchte ich noch mal ganz klar sagen. Auch Kollegin Rastätter hat es schon argumentiert, dass es viele Möglichkeiten gibt für die Kinder, dieses für sie wichtige warme Essen, gesunde Essen zu bekommen. Das Bildungs- und Teilhabepaket ist angesprochen worden, da gibt es den Zuschuss ganz speziell auch für das Mittagessen. Der kann beantragt werden. Und es gibt noch weitere Möglichkeiten, über die Schulen, über den Förderverein, und es gibt vor allem private Initiativen. Das möchte ich einfach dieses Jahr auch noch mal sagen. Es gibt so tolle private Initiativen, die Gelder sammeln, Spenden sammeln, um Kindern, die sonst kein ordentliches Essen bekommen, das zu bezahlen. Ich möchte zum Beispiel die MP13 vom Stadtjugendausschuss ansprechen, die hier sehr vorbildlich sind in Zusammenarbeit mit den Jugendhäusern und Jugendtreffs, und ich möchte auch wieder sehr gerne den Karlsruher Kindertisch erwähnen, ein Verein, der seit vielen Jahren täglich über 500 Kindern ein Mittagessen finanziert.

Liebe Kollegin Binder, wenn Sie Kinder kennen, die kein Essen bekommen, dann sagen Sie das den Erzieherinnen und Erziehern oder den Lehrern. Sie können sich da wirklich ganz niederschwellig an diesen Verein wenden. Das bekommt dann drum herum auch keiner mit, und die Kinder kriegen dann wirklich auf ganz einfache Art ein tolles Essen finanziert. Auch für uns hat dieser Antrag jetzt nicht die Relevanz, wie es hier getan wird von den Antragstellern. Wir lehnen heute ab, wohlwissend, dass die Kinder bei uns in der Stadt sehr gut aufgehoben sind.

Stadträtin Moser (SPD): Ich muss nicht wiederholen, was schon meine zwei Kolleginnen Renate Rastätter und Bettina Meier-Augenstein vor mir gesagt haben, aber ich möchte infrage stellen, ob es denn tatsächlich sinnvoll ist, das Mittagessen für die Grundschulkinder komplett kostenfrei anzubieten. Aber das müssten wir an anderer Stelle diskutieren, deswegen können wir den Antrag leider in der jetzigen Situation nicht mitgehen.

Stadtrat Jooß (FDP): Es wurde wirklich schon viel gesagt. Ich darf aber erinnern an die CDU. Ich

habe das schon erlebt, Günther Rüssel wollte vor Jahren schon ein kostenloses Mittagessen für die Schüler, nur noch mal zur Erinnerung. Aber ansonsten wurden die Argumente ausführlich ausgetauscht. Renate Rastätter hat es völlig richtig gesagt. Wir wollen das nicht nur wegen der Haushaltslage ablehnen, sondern ich denke, es ist nicht unbedingt notwendig. Ich habe am Wochenende eine Fernsehsendung gesehen, Kinderhilfswerke. Da hat selbst Herr Habeck gesagt, was dort passiert, es geht uns so wahnsinnig gut. Ich habe mich gewundert, dass Herr Habeck das erwähnt hat. Ich fand es bemerkenswert, und es trifft auch für Karlsruhe zu. Es geht uns doch hervorragend gut, ich möchte es nur betonen.

Der Vorsitzende: Wir kommen damit zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **große Mehrheit gegen den Antrag.**

Antrag 206 (Seite 194): SG Rüppurr, Realisierung des ersten Bauabschnitts (CDU, FW|FÜR)

Stadtrat Hofmann (CDU): Es ist auch wieder ein Antrag, der eigentlich schon unserer Ansicht nach erledigt war, aber leider eben nicht weitergelaufen ist. Ich denke, die drei Vereine haben vor über fünf Jahren fusioniert zur SG Rüppurr. Wir sagen immer, wir wollen dort eine entsprechende Weiterentwicklung, gerade um auch dem Vereinssterben entgegenzuwirken. Die Schwierigkeiten, die es natürlich dort mit der Geländefindung gab, haben das Ganze verzögert. Aber die ganze Bereitschaft der Mitglieder dort wird auf eine harte Probe gestellt, und jetzt dieses Vorhaben wieder nicht in den Haushalt reinzunehmen, ist unserer Ansicht nach unverantwortlich. Das kann man leider Gottes nicht machen, nicht zu versuchen, diesen ersten Bauabschnitt, so, wie wir es damals auch beschlossen haben, zu realisieren. Ich muss der Kollegin Melchien Recht geben in ihrer Eingangsrede, eine reine Umschichtung ist immer relativ vage. Aber zum Zeitpunkt, als wir diesen Antrag eingebracht haben, hatten wir gewisse Informationen einfach noch nicht. Von daher können wir Ihnen heute schon einen Finanzierungsvorschlag vorlegen. Wir haben vorhin nämlich in der Veränderungsliste, die wir seit Freitagabend vorliegen haben, zwei Mal 1,6 Millionen beim Tiefbau Stuttgarter Straße einsparen können. Hier können wir natürlich hervorragend diese Mittel einsetzen, um diesen ersten Bauabschnitt zu realisieren, zumindest in diesem Doppelhaushalt zu realisieren. Ich denke, das ist auch das richtige Zeichen, das man nach Rüppurr senden muss, insbesondere auch, weil wir dann die städtebauliche Entwicklung bei der DJK Rüppurr endlich angehen können und auch die anderen Gelände entsprechend weiterentwickeln können, die uns zur Verfügung gestellt werden. Von daher kann ich nur sagen, wir sollten schnellstmöglich jetzt zeigen, dass wir unseren Worten Taten folgen lassen.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Der ursprüngliche Vorschlag in diesem Antrag, der eine Umschichtung innerhalb des Sporthaushaltes vorsieht, würde dazu führen, dass sonst nichts weiter investiv dort gemacht werden könnte. Deswegen lehnen wir das auf jeden Fall vehement ab. Wenn die Verwaltung jetzt aufgrund des modifizierten Antrags sozusagen sagt, sie würde die Umschichtung durch einen anderen Teilhaushalt finden können und damit den Antrag de facto als erledigt erklärt, würden wir dem Ganzen nicht widersprechen. Wenn es jetzt aber darum geht, dass wir auch formal einfach investiv hier diese 1,8 Millionen mehr in die Hand nehmen müssen, das heißt, diesem Beschluss zustimmen, dann ist das tatsächlich an dieser Stelle jetzt nicht unsere Prioritätensetzung in diesem Doppelhaushalt, denn der liegt ganz klar auf den investiven Maßnahmen im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung, und da fällt das Vorhaben jetzt an der Stelle nicht darunter.

Stadträtin Moser (SPD): Schon 2018 haben sich drei Sportvereine in Rüppurr entschieden, zu fusionieren. Wir waren da ganz begeistert davon, es ist fast, ja, bald vier Jahre her und wir haben im Mai in einem ersten Bauabschnitt 170.000 Euro für die Planung freigemacht, damit die Vereine ein Planungsbüro beauftragen können. Durch die Fusion macht vor allem der DJK Rüppurr wertvolle Flächen für die dringend benötigte Wohnbebauung frei. Für mich ist das quasi ein Win-win-Geschäft, für den Verein und für die Stadt, und leider wurde die Realisierung der beiden oben beschriebenen Plätze nicht in die Investitionsliste des Doppelhaushaltes 22/23 aufgenommen. Auch wir würden nicht dem Vorschlag der CDU mitgehen zu einer Umschichtung, denn dann würden andere Bereiche des Haushaltes, vor allem im Sportbereich, im investiven Haushalt belastet. Deswegen würden wir gerne auch von der Verwaltung wissen, ob der Vorschlag von Detlef Hofmann so möglich ist, dass man dann aus der Stuttgarter Straße die Gelder nehmen kann. Ich möchte hier an alle Fraktionen appellieren, die im Sportausschuss sich dazu bekannt haben, dass sie die Fusion und die Verlagerung sinnvoll finden, damit sie auch zustimmen und damit endlich für die drei Vereine und deren Mitgliederinnen/Mitglieder das getan werden kann, was schon lange versprochen wird, nämlich die Plätze anlegen.

Der Vorsitzende: Wir kommen nachher noch an der Stelle bei der Veränderungsliste dazu, wo wir Ihnen vorschlagen, die Ansätze für die Stuttgarter Straße zu reduzieren, und ich könnte mir vorstellen, dass wir dann dort versuchen, in irgendeiner Weise einen Beschluss zu fassen, der uns trotzdem eine gewisse Flexibilität gibt. Ich denke, das entscheidende Ziel muss sein, wenn die SG Rüppurr jetzt diese Planungen abgeschlossen hat und sich dann eine Realisierung schrittweise ergibt, dass wir dann auch die entsprechenden Mittel bereitgestellt kriegen. Ob das jetzt genau 2 Millionen in dem einen Jahr sind oder in dem anderen Jahr oder wie sich das verteilt, weiß ja keiner. Insofern gucken wir mal nachher an der entsprechenden Stelle.

Die Kollegin weist mich dann darauf hin, dass wir da irgendeinen Beschluss finden, der auf der einen Seite das politische Signal aufnimmt, dass wir das wollen, aber auf der anderen Seite jetzt nicht zu viele Mittel binden. Denn die müssten wir auf die aktuelle Veränderungsliste ja sozusagen wieder positiv draufpacken, und das wollten wir ja eigentlich vermeiden. Wir gucken nachher an der Stelle, und insofern würde ich das jetzt gar nicht abstimmen, sondern, wir nehmen das mit und diskutieren es dann bei der Stuttgarter Straße noch mal. Da würde ich Ihnen dann einen Vorschlag machen.

Dann rufe ich auf die Beschlussvorlage **Tagesordnungspunkt 7**, von der **Gemeinderatstagesordnung**. Da geht es um die Beschlussvorlage **Ludwig Guttman Schule, Investitionskostenzuschuss**. Das haben wir im Hauptausschuss vorberaten. Da gibt es, glaube ich, keinen Bedarf zur Diskussion. Dann können wir hier gleich in die Abstimmung einsteigen, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Einstimmigkeit**, vielen Dank.

Wir sind damit mit diesem Teilhaushalt fertig und machen mit der Kultur weiter, **Teilhaushalt 4100**, auf der **Seite 209**.

Antrag 80 (Seite 209): Übertragung der Mittel des Notlagenfonds für die Kultur von 2021 auf 2022 (GRÜNE)

Wir würden Ihnen vorschlagen, ich will das noch mal deutlich machen, dass wir diese Mittel zum einen nutzen, um dieses Kulturzentrum, was wir hinten haben, wo das P8 umgezogen ist,

dann in den zwei Jahren abzusichern, und den Rest der Mittel würden wir durchaus auch im Rahmen des Jahresabschlusses übertragen wollen auf das neue Jahr. Deswegen bräuchten wir aus meiner Sicht das jetzt nicht unbedingt abstimmen. Wir übertragen das, aber würden an den Bezuschussungskriterien nichts ändern und dann gucken wir, was noch alles wegen Corona auf uns zukommt. Ist das so in Ordnung?

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Sie haben mir ein Stichwort geliefert, Zuschusskriterien. Da würde ich jetzt einfach darum bitten, dass die Fraktion oder zumindest der Kulturausschuss, nein, ich würde sagen schon die Fraktion, einmal diese Kriterien bekommen, weil wir immer wieder gefragt werden draußen, was für Bedingungen gibt es denn und welche Bedingungen müssen erfüllt werden. Das wäre für uns für die politische Arbeit sehr hilfreich, wenn wir einfach das mal so an der Hand hätten.

Der Vorsitzende: Das kann ich Ihnen gerne zusagen. Sie hatten es seinerzeit auch mit verabschiedet. Ich kann mich erinnern, dass die Zuschusskriterien auch Teil der Beschlussvorlage waren, aber wir stellen die gerne noch mal zur Verfügung und Sie können es auch gerne noch mal diskutieren, das ist ja kein Thema.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Ich wollte mich anschließen und noch mal sehr darum bitten, dass wir da auch mal eine Debatte im Kulturausschuss machen, gerade was eben Insolvenz angeht, was unter Insolvenz fällt, weil wir haben gerade die Erfahrung gemacht, dass viele kleinere Kultureinrichtungen da große Schwierigkeiten hatten, dass eben externe Gelder dann auf die Liquidität angerechnet wurden, was sie aber tatsächlich nicht sind. Die ändern nichts, damit kann man keine Gehälter oder Mieten bezahlen. Das an der Stelle wäre für uns noch mal sehr diskussionswürdig.

Der Vorsitzende: Wir bezahlen aus externen Geldern viele Mieten und auch Personalkosten. Das müssten wir uns genau angucken, aber wir diskutieren es gerne noch mal, ist ja kein Thema, und dann kann man auch schauen, ob man da noch Anpassungen vornehmen muss. Genau, machen wir gerne.

Antrag 81 (Seite 211): Dynamisierung der Zuschüsse für Personal und Mietkosten für den Kulturbereich (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Die Einleitung dazu, dass wir natürlich den Notfallfonds weiter-schieben wollen, das ist mir jetzt dankenswerterweise schon abgenommen worden, aber ich denke über diese düstere Situation hinaus, in der die Kultur sich ja aktuell noch befindet, weil wir eben auch nicht wissen, wann wieder so ein ganz ungestörter Publikum-, Kunst-, Kultur-Aus-tausch zustande kommen kann. Es geht uns auch ganz dringend darum, eben das strukturelle Defizit, was die Kultur neben Corona zunehmend belastet, vor allem die Kultureinrichtungen, da auch wirklich dezidiert in den Blick zu nehmen. Gehälter steigen, leider im Kulturbereich nicht genug, wie sie es sollten, genauso wie Mieten vor allem auch steigen, und das führte natürlich zu einer ganzen Reihe von Haushaltsanträgen, die wir jetzt heute hier auch abstimmen. Wir fin-den, das muss nicht sein, da sollte wie im Sozialbereich eben ein Dynamisierungsbudget vorge-sehen werden, um bei Einrichtungen, wo es dann wirklich nur um die Bestandssicherung des Bestehenden geht, dieses strukturelle Defizit anzugehen, dass das eben einfach über die Ver-waltung schon abgewickelt wird Dafür kann ich noch mal sehr wärmsten plädieren.

Der Vorsitzende: Ich muss mich korrigieren, ich rufe gleichzeitig auch den **Tagesordnungspunkt**

14 auf, den **interfraktionellen Antrag von GRÜNE, SPD und LINKE, Beschlussvorlage Dynamisierung** und so weiter, es geht ja um dasselbe Thema. Ich hatte hier nicht weit genug in meine Liste reingeschaut. Jetzt gehen wir einfach der Reihe nach.

Stadtrat Frewer (GRÜNE): Wenn die Pandemie uns eins gezeigt hat, dann, dass die Teilhabe an Kultur wichtig ist, nicht zuletzt für das allgemeine Wohlbefinden. Ohne kulturelles Leben geht uns viel von unserem gesellschaftlichen Zusammenhalt verloren, und Austausch findet nur noch eingeschränkt statt. Teilhabe an Kultur ist ein Mittel gegen die Isolation und für gutes, gemeinsames Miteinander. Deshalb ist positiv im Haushalt im Bereich Kultur zu bemerken, dass wir dabei auf eine Kürzung der institutionellen Förderung verzichten konnten. Wir begrüßen ausdrücklich den Vorschlag des Kulturamts, der der freien Kultur den Freiraum lässt, den sie braucht und der den Institutionen Planungs- und Finanzierungssicherheit gewährleistet. Nichtsdestotrotz bedauern wir GRÜNEN sehr, dass im Kulturbereich dennoch gekürzt werden musste, gerade im Bereich Kinder- und Jugendkultur. Diese Kürzung können wir nicht mitgehen und unterstützen es deshalb, diese Kürzung zurückzunehmen. Wie es im Kulturausschuss im Juli vorbesprochen wurde, streben wir die Dynamisierung der kulturellen Förderung an. Vorbild hierfür ist, wie Frau Göttel das eben schon gesagt hat, der Sozialbereich. Die Dynamisierung ist deshalb so wichtig, damit die kulturellen Institutionen verlässlich planen können und wir nicht ständig individuell im Haushalt über jeden einzelnen Posten reden müssen. Wir stimmen daher der Dynamisierung schon für den Doppelhaushalt 2022/23 zu. Die Pandemie ist noch nicht vorbei und solange dieser Zustand anhält, solange also die kulturellen Einrichtungen sozusagen mit angezogener Handbremse fahren müssen, solange wird auch der Notlagenfonds Kultur dringend gebraucht. Deshalb herzlichen Dank dafür, dass wir das so unkompliziert in das nächste Jahr übertragen können.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Grundsätzlich würden wir uns auch als CDU-Fraktion für die Kultur, ähnlich wie im sozialen Bereich hier, einheitlichere, vereinfachtere Standards wünschen, die uns bei jeden Haushaltsberatungen die Frage um Zuschusserhöhung Ja oder Nein erleichtern, indem wir es verbindlich regeln könnten. Allerdings, und wir haben uns mit dieser Frage ja nicht schon erst in diesem Haushalt beschäftigt, sondern auch in früheren Debatten häufig darüber nachgedacht und haben immer wieder feststellen müssen, dass eben die Kunst- und Kulturbereiche anders strukturiert sind als der soziale Bereich und wir das hier nicht eins zu eins miteinander vergleichen können. Uns war es dieses Jahr, auch wie letztes Jahr, angesichts der angespannten finanziellen Lage vor allem wichtig, hier den Bestand zu erhalten und Karlsruhe weiterhin zu einer attraktiven Stadt zu machen, in der Kunst und Kultur sich ausleben können, in der die Menschen aber auch in Kunst und Kultur eine Bereicherung des gesellschaftlichen Lebens weiterhin auch geboten wird. Wir können aber eben jetzt diese Anpassung, eine Dynamisierung, nicht mitgehen. Wie gesagt, wir müssten hier auch die Grundlagen dann in der Kultur im Einzelnen betrachten, und da müssten sich dann auch die Strukturen entsprechend ändern. Auch haben wir andere Zuschussträger in diesem Bereich, wie das Land in vielen Bereichen, und auch da müsste man ja dann Konsense finden. Daher werden wir das jetzt hier ablehnen.

Stadträtin Ernemann (SPD): Uns ist bislang noch keine Kulturinstitution verloren gegangen, und es soll uns auch keine verloren gehen. Meine Fraktion steht uneingeschränkt hinter der Kulturszene in Karlsruhe, die, und das wurde ja von allen schon mehr oder weniger so dargestellt, ein ganz wichtiger Faktor hier in Karlsruhe ist. Gerade in Krisenzeiten wird die Kultur mehr denn je herbeigesehnt. Jeden einzelnen Antrag, jeden Wunsch, jedes Begehren der kulturellen Institution können wir nachvollziehen, auf jeden Fall. Das ist uns ein Anliegen und wir haben ja den

Antrag auf Dynamisierung der städtischen Zuschüsse für Trägerinnen der freien Kultur sogar mitinitiiert. Dennoch sehen wir aufgrund der Haushaltslage uns im Moment nicht in der Lage, diesen Anträgen, selbst unseren eigenen Antrag weiter fort zu verfechten, weil eben die Antwort der Verwaltung uns sagt, unter den ganzen Anträgen, unter den ganzen Wünschen, steht eben, es liegt das Damoklesschwert der Haushaltsgenehmigungsfähigkeit, und die ist uns enorm wichtig. Ich bitte auch um Verständnis im Kulturbereich. Wir werden bei dem einen oder anderen Antrag schon zustimmen, nicht in ganzer Höhe, nicht vollumfänglich, aber im Großen und Ganzen müssen wir im Kulturbereich - institutionell gehen wir sowieso nicht mit, keine Erhöhung im institutionellen Bereich - eben den Stand heute so beibehalten, und das werden wir auch weiterhin so machen, solange die Haushaltslage angespannt ist, und die wird sich mit Sicherheit in den nächsten Jahren bessern. Dann können wir durchaus in den einzelnen Bereichen, auch, was die Dynamisierung angeht und die einzelnen Zuschüsse für die Institution neu überdenken.

Ich möchte aber noch mal erinnern, dass gerade meine Fraktion es war, die vor zwei Jahren im Haushalt eigentlich einen Meilenstein für die Kultur gesetzt hat. Damals stand die ganze Haushaltsrede oder unser Haushaltsansinnen unter dem Fokus Kultur und wir haben damals wirklich einen sehr kulturaffinen Haushalt durchgezogen, und das weiß die Kultur, glaube ich, im Nachhinein immer noch zu schätzen. Insofern muss man uns das nachsehen, dass wir also die derzeitige, angespannte Situation respektieren und akzeptieren und nur in einzelnen kleinen Schritten mitgehen können.

Stadtrat Schnell (AfD): Ich finde, man muss hier zwei Dinge komplett unterscheiden. Das eine sind die Auswirkungen der Maßnahmen, die im Zuge der Ausbreitung des Corona-Virus getroffen wurden und die halt die Kultureinrichtungen stark getroffen haben. Hier haben wir diesen Nothilfefonds, der auch jetzt dieses Jahr wieder in Anspruch genommen werden kann, wenn es denn sein muss. Die Kriterien dort halte ich für sehr gut, und wir haben im Kulturbereich, obwohl hier Kürzungen von der Stadt dem Kulturbereich vorgegeben wurden, wir haben nicht an den institutionellen Förderungen rumgemacht, sondern die konstant gelassen. Und insoweit ist für die Kultureinrichtung hier durchaus eine Planbarkeit gegeben. Also, eine automatische Dynamisierung der Mittel, das lehnen wir ab, das darf da kein Automatismus sein. Wenn wir feststellen, dass die eine oder andere Kultureinrichtung mit dem bisher gegebenen grundsätzlichen Zuschuss nicht mehr zurechtkommt, dann sollten wir nach wie vor im Einzelfall entscheiden, ob wir hier eine Erhöhung des institutionellen Zuschusses für gerechtfertigt halten, aber so pauschal nicht. Deshalb werden wir diesem Antrag nicht zustimmen.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Wir machen es ganz kurz. Wir werden auch diesem Antrag nicht zustimmen. Aber ich muss mein Lob an die Rede von Frau Ernemann geben - ich wollte schon sagen Doktor, weil dieser Vortrag uns sehr beeindruckt hat. Sie hat die Situation genauso gesehen wie wir, und da ist auch nichts mehr hinzuzufügen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, sollte es doch eine Mehrheit dafür geben, würde ich aber bitten, dass wir dann mit Ihnen im Kulturausschuss ein entsprechendes Konzept erstellen, weil wir hier, anders als im Sozialbereich, oft keine Koppelung der bisherigen Bezuschussung der Stadt mit irgendwelchen Personalstellen oder auch Mietkosten haben, sondern es war oft eine Art, ich sage mal Pauschalbetrag, den man für bestimmte Festivals oder für bestimmte Institutionen gegeben hat. Das ist im Sozialbereich anders. Deswegen können wir jetzt nicht da in so eine Art automatisierte Anpassung gehen, sondern Sie müssen sich noch mal über die Kriterien einig

werden und auch das entsprechend miteinander verhandeln. Ich würde es dann eher als, ich sage mal Auftrag an die Verwaltung empfinden, dass wir mit Ihnen was gemeinsam entwickeln, falls Sie dem jetzt so zustimmen.

Dann stelle ich das jetzt zur Abstimmung. Ich denke, ich kann die Ordnungsziffer 81 und die Beschlussvorlage in Ihren interfraktionellen Antrag zusammenpacken.

Stadträtin Melchien (SPD): Entschuldigen Sie die kurze Unterbrechung. Ich wollte nur darum bitten, weil meine Fraktion ja klargestellt hat, dass sie jetzt der Dynamisierung noch nicht zustimmt, dass wir aber trotzdem prinzipiell hinter dieser Forderung stehen, und deswegen würden wir darum bitten, dass dennoch die Verwaltung natürlich, auch wenn jetzt die Mehrheit entscheidet, die Dynamisierung noch nicht durchzuführen, ein Konzept ausarbeitet, wie denn diese Dynamisierung im Kulturbereich funktionieren kann, eben in der Abgrenzung zum Sozialen, dass wir nicht in zwei Jahren wieder dastehen und sagen, jetzt würden wir sie gerne haben, aber jetzt fehlt uns das Konzept.

Der Vorsitzende: Können Sie uns das einfach noch mal als normalen Antrag oder so...? Sie fordern die Stadt auf, Ihnen eine erste Konzeptskizze zu machen, wie eine solche Dynamisierung aussehen könnte, und dann machen wir das auf einem ganz normalen formalen Weg, aber jetzt gucken wir erst mal, wie hier die Mehrheiten stehen. Ich stelle das jetzt zur Abstimmung und bitte Sie um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**. Dann stellen Sie den Antrag und im Kulturausschuss können Sie den dann fachlich beraten, und dann macht das Sinn.

Antrag 82 (Seite 217): Promotionsstipendium zur Aufarbeitung der kolonialen Geschichte (DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Ich will inhaltlich gar nicht begründen, das hatten wir genügend diskutiert. Wir haben es beantragt gehabt. Wir haben eigentlich auch von Ihnen die Zusage bei der letzten Diskussion, dass wir diese Stelle dafür nutzen können, das Stipendium. Das ist jetzt da angesichts der Antwort der Verwaltung irgendwie dann doch rausgerutscht aus dem Haushalt. Vielleicht hatten wir das falsch wahrgenommen. Deshalb haben wir es jetzt hier noch mal beantragt explizit.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Dieses Anliegen der LINKEN ist eine Anregung zur weiteren, teilweise stattgefundenen Aufarbeitung der Geschichte der Stadt. Das Antragsbegehren hilft dabei, den Kolonialismus und eventuell auch koloniale Sichtweisen zu überwinden. Letztendlich kann dies aber nur ein Anstoß sein für eine viel tiefergehende Auseinandersetzung mit den Nachwirkungen des Kolonialismus wie Denkmustern, Darstellungen und Handlungen von, in Führungszeichen, den anderen sein, denn eine Nichtaufarbeitung hilft nur rechtsextremen Parteien. Aus diesem Grund hoffe ich auf eine breite Mehrheit hier im Rat.

Stadträtin Ernemann (SPD): Nicht, weil Herr Wenzel mir schon die Promotion zugeschrieben hat, spreche ich jetzt mich für dieses Promotionsstipendium aus, sondern, das ist einer der wenigen Anträge, die wir mitgehen. Das ist eine einmalige Investition, zieht sich über einen überschaubaren Zeitraum hinweg, und wir können dem Vorschlag bzw. dem Antrag der LINKEN, Promotionsstipendium zur Aufarbeitung der kolonialen Geschichte Karlsruhes, zustimmen.

Stadtrat Høyem (FDP): Unsere kranke Kollegin Frau Böringer würde sagen, hier möchte ich eine

präzise Unterscheidung machen. Die FDP-Fraktion ist dafür, ein solches Stipendium auszuscheiden, allerdings haben wir uns dafür ausgesprochen, dies in einer anderen Trägerschaft zu tun. Ob es über das KIT oder eine andere wissenschaftliche Einrichtung oder eine Kulturinstitution läuft, wäre dabei zweitrangig. Eine Ausschreibung und Realisierung durch die Stadt und auch Kosten dieser lehnen wir allerdings ab. Eine Verweisung in einen Ausschuss, der sich mit einer externen Vergabe befasst, würden wir unterstützen. Darf ich in eigenem Namen eine Erfahrung hinzufügen? In der Zeit, wo ich Minister für Grönland war in der dänischen Regierung, war es klar, dass die Kolonialgeschichte für Grönland ein sehr, sehr großes Thema war. Ich war sogar der letzte Minister für Grönland und war oft betrachtet als ein Koloniminister. Falls wir unsere Dokumente im Ministerium benutzt hätten, eine richtige Kolonialgeschichte zu schreiben, dann wäre das Misstrauen bestimmt beträchtlich. Also deshalb ist es in sich selber sehr gut, dass man nicht befangen ist in so einer Untersuchung. Das war nur meine persönliche Erfahrung.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortbeiträge mehr. Ich möchte auf das, Herr Bimmerle, eingehen, was Sie gesagt haben. Ich hatte seinerzeit gedacht, dass wir ein dauerhaftes Promotionsstipendium haben, das wir immer wieder mit neuen Themen belegen. Das war aber nicht so, wir haben nur einmalig das gehabt. Insofern war das ein Fehler von mir, dass ich das falsch in Erinnerung hatte.

Dann stelle ich jetzt diesen Antrag zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Mehrheit dafür**.

Antrag 83, (Seite 220): Cantus Juvenum Karlsruhe e. V. (FDP)

Ich möchte Ihnen an der Stelle noch mitteilen, dass ergänzend zur Stellungnahme der Verwaltung wir jetzt auch auf das Begehren dieses Chores geantwortet haben als Stadt und in Aussicht stellen können, dass wir aus verschiedenen Fördertöpfen immer die Chance sehen, jährlich 15.000 Euro hinzuzuschießen. Das hat was mit speziellen Förderungen für Musik bei Jugendlichen zu tun. Das hat etwas für eine Förderung von Vereinen insgesamt zu tun. Es gibt noch einen dritten Fördertopf und da dauerhaft da die entsprechenden Rahmenbedingungen erfüllt sind, konnten wir sagen, dass wir das eben als sozusagen Dauerförderung auch in den nächsten Jahren anbieten können. Davon unabhängig ist jetzt noch das, was bei uns in der Stellungnahme steht, dass es auch noch Möglichkeiten gibt, hier aus Corona-Hilfsfonds eventuell noch zu agieren, wenn die Voraussetzungen stimmen. Das nur noch mal als Hintergrund. Das war jetzt ein Antrag der FDP.

Stadtrat Høyem (FDP): Das ist selbstverständlich eine gute Information, die Sie jetzt gegeben haben, weil dieser Cantus Juvenum ist wirklich ein anerkennender Kinder- und Jugendchor und nicht nur hier regional, aber auch international spielt er eine wichtige Rolle in unserem Kulturleben in Karlsruhe und Umgebung. Das ist nicht nur Qualität, das ist auch eine soziale Integration, und wir wollen gerne eine Sicherheit für diesen Chor schaffen. Falls ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie als Oberbürgermeister eine Zusage gegeben, dass 15.000 Euro vielleicht eine sichere Möglichkeit wäre, und falls ich das richtig verstanden habe, dann können wir unseren Antrag zurücknehmen, aber dann muss ich das von Ihrer Seite richtig verstehen.

Der Vorsitzende: Ich habe keine Zusagen gegeben, die nicht fundiert auf schon bestehenden Förderprogrammen bestehen. Wir haben nur die Förderprogramme angeguckt, wir haben die

Rahmenbedingungen angeguckt und können, wenn sich die Rahmenbedingungen nicht ändern, zusagen, dass, wenn Sie die Förderprogramme nicht wegschaffen, dass wir dann eben auf diese 15.000 Euro pro Jahr kommen können. Jetzt haben Sie aber 30.000 Euro beantragt, und der Chor selber wollte von uns eigentlich 65.000 Euro haben, das muss ich fairerweise auch dazu sagen, aber wir können aus den bestehenden Förderprogrammen nicht mehr zur Verfügung stellen und sehen als Stadt natürlich jetzt auch keine Chance, jetzt eine zusätzliche institutionelle Förderung hier in den Haushalt aufzunehmen. So ist das. Dann würden Sie das als erledigt betrachten? - Dann hat sich das **erledigt**.

Antrag 84 (Seite 220): Tiyatro Diyalog, eine Zuschusserhöhung (KAL/Die PARTEI)

Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI): Das Tiyatro Diyalog hat innerhalb Karlsruhes ein Alleinstellungsmerkmal als interkulturelles Theater. Die künstlerische und die pädagogische Arbeit des Tiyatros ist auf zwei Säulen aufgebaut, einmal die Planung, die Organisation, Durchführung Inszenierung und professionelle Theaterproduktion und zum anderen eben theaterpädagogische Projekte mit einem mehrsprachigen Repertoire und einem Schwerpunkt auf interkulturelle Kinderstücke. Es finanziert sich dabei viel über eigentliche Projekte, die sie neben der Theaterarbeit auch noch irgendwie stemmen müssen. Mit diesen beantragten Mitteln wollen wir im Grunde das Tiyatro in die Lage versetzen, hier noch effektiver Projekte zu beantragen, indem sich hier eine zusätzliche Person um diese Akquise kümmern kann. Falls Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Arbeit im Grunde nach schätzen, stünden wir aber auch einer geringeren Summe gegenüber, falls Sie hier entsprechende Signale geben. Uns ist es vor allem wichtig, ein Signal der Wertschätzung an die Arbeit des Tiyatro Diyalog zu geben.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Mein Redebeitrag umfasst dann im Folgenden auch die Ordnungsziffern 85 und 86. Ich möchte die in einer Rede abhandeln. Was Tiyatro Diyalog leistet, das kennen wir, das schätzen wir. Es ist wunderbar, richtet sich an Kinder, Jugendliche, vereinbart Kultur, interkulturelles Miteinander und auch Integration, also sehr wichtige Aspekte, die unsere Wertschätzung verdienen. Insgesamt tut es uns besonders weh, dass wir gerade auch im Kulturbereich, wo in vielen Bereichen auch wir als CDU-Fraktion bei einem soliden Haushalt, bei einer stabilen Haushaltslage, Zuschusserhöhungen gefordert hätten, das dieses Mal nicht tun können, weil wir uns auch im Sinne des nachhaltigen Haushaltes verpflichtet sehen. Und einzelne herauszugreifen, das wäre unfair und nicht vermittelbar. Uns ist es besonders daran gelegen, auch im Folgenden, wenn Zuschusserhöhungen im Kulturbereich gefordert sind, den Bestand zu sichern, zu erhalten und zu hoffen, auch mit anderen Töpfen, die durchaus gegeben sind. Gerade im Bereich Interkulturellem haben wir auch aus dem Migrationsbereich den Integrationsfonds, aus denen Mittel beantragt werden können und die wir in der Regel auch im Migrationsbeirat oder auch im Kulturausschuss dann bewilligen, sodass es für einzelne Projekte der verschiedenen Träger, die aufgeführt sind, durchaus auch noch Mittel aus anderen Bereichen gibt. Und dann gibt es zusätzlich natürlich noch den Corona-Hilfstopf, den wir auch ausweiten wollen, auch auf 2022, wenn Mittel vorhanden sind, nicht abgerufen werden, so, wie im vergangenen Jahr.

Insofern sehen wir, dass sich in der Kultur die Breite und auch die Qualität erhalten kann, ohne dass wir jetzt noch einzelne Zuschusserhöhungen geben, die wir leider aufgrund der Haushaltslage nicht erteilen können.

Was SAU e. V. und Alte Hackerei anbetrifft, möchte ich sagen, SAU e. V. haben wir unterstützt,

unterstützen wir auch im Rahmen der Corona-Notlage. Die Alte Hackerei ist aber ein Gewerbebetrieb. Da würden wir eine Ungleichbehandlung sehen gegenüber anderen Gewerbebetrieben, in denen auch kulturelle Veranstaltungen stattfinden. Hier ist aber in der Notlage auch aus den Wirtschaftsbereichen entsprechende Hilfe möglich. Insofern lehnen wir dann die Anträge im Folgenden ab.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Ich wollte eigentlich zum Nächsten reden, aber ich kann das natürlich auch jetzt schon machen. Stichwort Sicherheit war ganz gut von einem der Vorredner. Das ist für uns in diesem Haushalt auch ein ganz zentrales Anliegen, dass wir Kultureinrichtungen erhalten, die wir bisher haben. Dazu gehört natürlich auch, dass wir das ganze Thema, da kommt der nächste Tagesordnungspunkt, Zuschuss für die Schularbeit der Theater ganz essenziell halten, gerade die kleineren Theater. Für die ist das ein wichtiger Budgetposten, den wir nicht gekürzt sehen wollen. Bezüglich SAU e. V. möchte ich noch anmerken, dass ich das schwierig finde, dass wir nach fast zwei Jahren Pandemie und dieser ganzen Thematik offener Stundungsbeträge immer noch aus einem Haushalt rausgehen mit einer Unsicherheit für diese Einrichtungen. Das betrifft natürlich auch die Theater an der anderen Sache und das, obwohl wir eigentlich fraktionsübergreifende Zusagen hatten. Ich finde es einfach wichtig, dass hier Planungssicherheit geschaffen wird.

Stadtrat Høyem (FDP): Habe ich das richtig verstanden, dass OZ 86 jetzt auch aufgerufen ist?

Der Vorsitzende: Nein, wir sind noch bei 84.

Stadträtin Lorenz (FW | FÜR): Wir werden den Antrag leider auch ablehnen, weil wir die Zuschusserhöhung nicht gegeben sehen. Viele haben im Vorfeld schon richtig argumentiert. Einzelne rauszupicken sehe ich nicht gerechtfertigt. Ich äußere mich jetzt auch gleich zu 85. Da werden wir zustimmen, weil wir gerade die Arbeit von Kinder- und Jugendtheater als besonders wichtig ansehen.

Der Vorsitzende: Es geht gerade so ein bisschen sammlungsmäßig unterschiedlich unterwegs. Wir kriegen es aber hin. Ich stelle jetzt erst mal **Antrag Nr. 84** zur Abstimmung, das ist das Tiyatro Diyalog, und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 85 (Seite 228): Keine Kürzungen des Budgets für Kinder- und Jugendtheater (KAL/Die PARTEI)

Da haben die Antragsteller schon dazu gesprochen, wenn ich das richtig verstanden habe, oder noch nicht? Doch, schon gesprochen, genau, so habe ich es ja verstanden, andere auch schon. Gibt es noch Fraktionen, die dazu noch reden wollen? Dann können wir auch darüber jetzt abstimmen, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Ich darf für die **Seite 220** noch auf die **Veränderungsliste** hinweisen. Hier haben wir den **Mittelansatz für die institutionelle Förderung für sonstige Musikinstitutionen** und auch auf derselben Seite **für sonstige Ensembles** noch summenneutral entsprechend angepasst. Auf der **Seite 221** die **Anpassung des Mittelansatzes für die Projektförderung Musik** vorgenommen. Auch das ist am Ende aber summenneutral. Das heißt, wir haben es im Grunde nur noch mal anders sortiert zwischen den drei Positionen.

Antrag 86 (Seite 228): Sicherung des Erhalts von SAU e. V. und der Alten Hackerei (DIE LINKE., KAL/Die PARTEI)

Hier will ich noch mal deutlich machen, weil Verschiedene von Ihnen schon dazu gesprochen haben, dass wir es hier mit einer Konstruktion haben, die von den Vergaberichtlinien unseres Corona-Fonds nicht erfasst wird und ich Ihnen auch dringend raten würde, es dabei zu belassen, weil man sonst nämlich alle anderen möglichen Institutionen einlädt, auf dasselbe Modell umzuschwenken, und dann werden wir unseres Lebens nicht mehr froh. Gleichzeitig sehe ich eine große Mehrheit, und das deckt sich auch mit der Verwaltungsmeinung, dass wir natürlich die Alte Hackerei unbedingt erhalten wollen. Wir müssen aber manchmal auch die Geduld aufbringen, abzuwarten, inwieweit aus Bundes- oder anderen Rettungsschirmen die entsprechenden Beträge dann fließen. Sie wissen ja, wie lange sich das alles verzögert hat, und da sind dann, glaube ich, auch im April oder Mai Beträge geflossen. Es gibt jetzt Verhandlungen zwischen der Fächer GmbH als Vermieter und der Alten Hackerei als Mieterin. Da werden Sie dann im Aufsichtsrat damit konfrontiert werden, wenn dort Mieten erlassen werden, dass Sie es quasi als Gewinnverlust dann entsprechend mittragen, sodass es auch hier einen Weg gibt, wie man den Wunsch des Gemeinderats, dass wir das absichern, erhalten. Das Ziel, dass wir sie erhalten, sage ich Ihnen zu. Um welche Beträge es geht und wann es dann bei Ihnen in den Aufsichtsrat kommt, das müssen wir einfach mit Ihnen dann so entwickeln.

Wenn am Ende die SAU e.V. und Alte Hackerei merken, dass ihre Konzeption immer aus verschiedenen Rettungsschirmen rausfällt, dann müsste man sich vielleicht Gedanken machen, ob man die Konstruktion ändert, denn es kann immer wieder mal zu solchen Einbrüchen kommen, warum auch immer, und dann ist es einfach schwierig, weil sich diese Konstruktion offensichtlich dann an der Stelle als nicht so förderfähig erweist, wie das vielleicht bei anderen Konstruktionen ist. Das aber noch mal als definitive Zusage. Wir werden alles unternehmen, dass die Alte Hackerei dort bleibt, aber wir können jetzt nicht einfach ungeprüft und ohne entsprechenden Bezug zu Rettungsschirmen noch Geld auf den Tisch legen.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Ich nehme also diese Botschaft von Ihnen, von Frau Luczak-Schwarz und letztendlich, denke ich, auch vom Kulturbürgermeister, sehr positiv zur Kenntnis. Ich möchte nur eins noch zu bedenken geben oder in Erinnerung rufen, dass viele Bundes- und Landeszuschüsse oft eben nur sozusagen projektbezogen gegeben werden, also für Veranstaltungen und so weiter und eben nicht für ein Stück weit der laufenden Kosten. Das ist natürlich auch eine Schwierigkeit der Bundestöpfe, auf die wir natürlich als Stadt, als Kommune, keinen Einfluss haben, aber dass man das einfach noch mal mitberücksichtigt. Viele haben Dinge beantragt, haben Geld bekommen, mussten es aber dann immer nur ganz projektbezogen auch wieder ausgeben.

Der Vorsitzende: Dann ist für mich die Frage, ob wir damit an die Ordnungsziffer 86 einen Haken dranmachen können.

Stadträtin Ernemann (SPD): Wir trauen Ihnen und wir vertrauen Ihnen. Was wir aber wollen, ist, dass endlich mal ein Knopf an diese ganze Sache gemacht wird. Diese Institutionen Alte Hackerei, SAU e.V., die werden zerrieben in verschiedenen Ausschüssen, Wirtschaftsförderungsausschuss, Kulturausschuss, Fächer GmbH, und die letzte Bemerkung von Ihnen, dass man vielleicht unter Umständen das Konstrukt überlegen muss und ändern muss, der hat mich jetzt ein bisschen wachgerüttelt. Vielleicht sollte man da in der Tat von der Seite an die Sache

herangehen, denn es zieht sich jetzt schon viel zu lange und das zermürbt uns nicht nur, die wir dauernd mit dem Thema konfrontiert werden, sondern, es zermürbt genauso auch den Herrn Bundschuh und den Herrn Heinzmann von den Institutionen. Wir möchten schon bitten, es stehen, glaube ich, Gespräche mit der Fächer GmbH aus, dass endlich eine Lösung gefunden wird.

Stadtrat Frewer (GRÜNE): Ich kann mich den Worten der Frau Ernemann nur anschließen. Es ist dringend nötig, dass die beiden Institutionen, Alte Hackerei und SAU e.V., einfach eine vernünftige Kooperation finden, sodass wir nicht immer wechselseitig, mal im Kulturausschuss, mal im Wirtschaftsförderungsausschuss, drüber reden müssen. Das ist das eine, und das andere ist, weswegen wir diesem Antrag nicht zustimmen werden, hier wird, wie Sie es eben schon ausführten, der zweite Schritt vor dem ersten gemacht. Es sollte die Fächer GmbH erst einmal schauen, ob Mietstundungen zur Debatte stehen und wenn ja, in welcher Höhe und erst dann sollte sich der Gemeinderat damit beschäftigen, entweder direkt oder indirekt.

Der Vorsitzende: Ich will das noch mal auseinanderklamüsern. Dass wir es auch in so vielen Ausschüssen besprechen, hat auch oft was damit zu tun, dass wir offensichtlich zum Teil nicht vermitteln können, dass diese Konstruktion einfach nicht alle Arten der Kulturförderung ermöglicht. Wenn ich am Ende einer Gastronomie ihren Defizit ausgleichen soll, bloß, weil in dieser Gastronomie auch noch Kultur stattfindet, dann wäre das die Einladung an alle Gastronomen, jeden Abend in eine Ecke einen Gitarrenspieler zu stellen, und wenn die Einnahmen nicht kommen, dann kommen sie zu uns und sagen, das war eine Kulturveranstaltung. Ich sage das mal so platt. Da kann man im Kulturausschuss Stunden diskutieren, es passt an die Stelle einfach nicht rein, und deswegen ist die einzige Chance, die es für die Alte Hackerei an der Stelle gibt, dass wir am Mietschulden erlassen, wenn es vorher nicht ausreicht, diese Mietdefizite über irgendwelche Bundes- oder sonstigen Rettungsschirme zu kriegen. Das wird dann gegebenenfalls, nicht gegebenenfalls, sondern das muss man jetzt abschließend miteinander verhandeln, und dann kommt es in den Aufsichtsrat der Fächer, denn da müssen am Ende diese Defizite dann ausgeglichen werden. Unabhängig davon habe ich angeregt, dass sich die Alte Hackerei und SAU e.V. mal Gedanken machen, ob dieses Modell, was sie fahren, was in guten Zeiten super ist, denn das Risiko liegt beim Gastronomen, aber gleichzeitig natürlich auch die Einnahmemöglichkeit. Wenn der Laden brummt, ist es natürlich super. Wenn aber dann aus irgendwelchen Gründen so Dinge passieren wie jetzt bei Corona, dann ist genau das wieder ein Problem, weil man dann in diese Kulturförderrettungsschirme nicht kommen kann. Deswegen müssen sich der Betreiber und dieser Verein an einen Tisch setzen und die Risiken abwägen, sie haben jetzt ein paar Jahre Erfahrung, und dann überlegen, ob nicht eine andere Konstruktion am Ende risikostabiler ist oder bei der Konstruktion bleiben. Aber dass wir hier so oft damit zu tun haben, hat eben immer auch damit zu tun, dass es auch aus der Öffentlichkeit die Erwartung gibt, es ist eine Kultureinrichtung, deswegen müsst ihr doch mal endlich das ausgleichen, und so einfach ist es aber an der Stelle eben nicht, weil es faktisch erst mal keine Kultureinrichtung ist, so, wie sie organisiert sind, das ist halt so.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Auf Ihre letzten Worte noch kurz eingehend. Also, wir wissen das, also wir, die Leute, sagen wir mal, die Stadträtinnen und Stadträte hier, die sehr engen Kontakt haben zu Herrn Bundschuh und dem Vorstand von SAU e.V. die erkennen die Schwierigkeit und sind im Grunde genommen dran. Also, sie verschließen da nicht die Augen oder kümmern sich nicht darum. Die sind dran, da eine Form jetzt zu finden. Das Problem ist eben diese 35.000 Euro von 2020. In 2021 bezahlen sie ihre Miete. Letztendlich müsste auch, das sage ich jetzt auch als Aufsichtsratsmitglied der Fächer GmbH, vielleicht von Ihnen, Frau Erste

Bürgermeisterin, auch noch mal ein Signal kommen. Also, wir hören immer - Sie müssten mir widersprechen, Frau Weber, wenn ich das jetzt falsch sage - aus der Fächer GmbH, wir brauchen ein Signal vom Finanzdezernat, wie wir jetzt damit umgehen. Wir sollten jetzt wirklich irgendwie gucken, und das haben mehrere Personen jetzt hier auch schon genannt, dass man zu Potte kommt und weiß, wo man dran ist mit dieser ausstehenden Miete von 2020. Wie gesagt, jetzt in 2021 sind sie auf dem Laufenden und können auch alles bezahlen und haben da keine Mietschulden mehr, geschweige denn Forderungen an die Stadt und den Gemeinderat.

Der Vorsitzende: Wir würden noch mal mit einer gewissen drängenden Art versuchen, dass die das miteinander jetzt geklärt kriegen und in dieser Weise auch dann Signale geben. Ich will Ihnen hier nicht zusagen, dass dann am Ende die 35.000 Euro komplett erlassen werden können, aber letztlich haben Sie das auch im Aufsichtsrat ein Stück weit ja selbst mit in der Hand. Dann können wir doch so verbleiben. Ich denke, die Garantie ist ja ein Stück weit ausgesprochen und damit erst mal das Schlimmste abgewendet.

Ich rufe jetzt auf den **TOP 8, Beschlussvorlage VHS Karlsruhe, Aufhebung des Sperrvermerks über den Mietzuschuss von 700.000 Euro**. Das betrifft noch das Haushaltsjahr 2021, ist im Hauptausschuss am 30. November vorberaten worden, und weil es ja dieselbe Thematik ist, würde ich auch noch mal die **Ordnungsziffer 87** aufrufen, ein **Antrag der SPD, den Sperrvermerk zu streichen bei der Miete für die VHS**. Das betrifft aber den Doppelhaushalt 22/23, hat aber auch was mit Miete zu tun. Da wäre unsere Bitte, dass wir den Sperrvermerk drin lassen, um weiter hier eine gewisse Dringlichkeit der Konsolidierungsbemühung bei der Volkshochschule aufrechtzuerhalten, haben Sie sicherlich unserer Stellungnahme auch entnommen. Für die Antragstellerin der Ordnungsziffer würde ich jetzt erst mal Frau Stadträtin Melchien aufrufen, und dann machen wir die übliche Reihenfolge.

Stadträtin Melchien (SPD): Wir fordern keine erhöhte Förderung. Wir wollen keine Mehrausgaben. Wir bitten Sie lediglich, den Sperrvermerk für den Haushalt 22/23 zu streichen. Ich denke, die Beschlussvorlage spricht für sich, die Volkshochschule hat ihre Hausaufgaben mehr als erledigt. Die Finanzbürgermeisterin ist, zumindest steht es in ihrer Stellungnahme, zufrieden und bittet uns, den Sperrvermerk aufzuheben. Von daher verstehe ich ihr Kopfschütteln eher als Unterstützung.

Die Volkshochschule ist unverzichtbar, leistet wahnsinnig viel wertvolle Bildungsarbeit. Ich könnte viel dazu erzählen, werde ich nicht machen. Wir alle wissen um die Bedeutung der Volkshochschule. Jetzt hat die Stadtverwaltung von sich aus einen extra Mietzuschuss ausgewiesen von 700.000 Euro. Im Haushalt 2021 war dafür dieser Sperrvermerk vorgesehen, der dann auch einen umfassenden Prozess zur nachhaltigen Ergebnisverbesserung nach sich gezogen hat. Wir haben externe Unterstützung an dieser Stelle, und wir können heute feststellen, die Verwaltung stellt es mit mir fest, die Bedingungen sind gelegt, der Sperrvermerk kann aufgehoben werden. Ich glaube, der Druck ist bei allen angekommen. Es ist klar, dass, und das ist auch ein Ergebnis dieses Konsolidierungsprozesses, eine Unterstützung für die Volkshochschule über das bisherige Maß hinaus ist notwendig und der Mietzuschuss definitiv. Gerade ist auch Herr Bürgermeister Käuflein als Vorsitzender der Mitgliederversammlung von der Volkshochschule ja schon ganz enthusiastisch hier mit dabei. Gerade Sie steuern ja sehr eng diesen Prozess der Ergebnisverbesserung. Wir begleiten ihn selbstverständlich. Von daher sieht meine Fraktion, dass ein erneuter Sperrvermerk nicht notwendig ist. Selbstverständlich ist der Volkshochschule bewusst, was sie leisten muss, aber dieser Mietzuschuss, der muss auch einfach uns

bewusst sein, dass wir diesen leisten müssen, und deswegen setzen wir hier mit einem Sperrvermerk ein falsches Signal. Ich muss Sie leider ein kleines Stück weit korrigieren, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister. In Ihrer Stellungnahme sagen Sie selbst, ja, der von Ihnen im Haushalt vorgesehene Sperrvermerk für 22 scheint auch Ihnen nicht mehr sinnvoll zu sein. Jetzt bitte ich Sie nur noch, auch 23 zu akzeptieren, dass wir doch hier auf den Sperrvermerk verzichten können. Wenn es nach uns geht, würden wir Sie alle bitten, dass wir tatsächlich gemeinschaftlich der Volkshochschule das Signal senden, dass Sie den Gemeinderat an ihrer Seite hat, in ihrem Bemühen selbstverständlich sich zu konsolidieren, das steht außer Frage, und deswegen bitten wir hier ein Stück weit auch, Grundvertrauen der Volkshochschule entgegenzubringen und heute den Sperrvermerk, liebe Kolleginnen und Kollegen, aufzuheben.

Der Vorsitzende: Sie haben mich in der Tat richtig korrigiert. Für 22 könnten wir uns als Verwaltung sehr wohl vorstellen, den Sperrvermerk aufzuheben. Wir plädieren aber, ich hatte es ja schon gesagt, bei 23 darauf ihn zu belassen, weil es hier dann sozusagen um die nächste Konsolidierungsstufe gehen muss, und da halten wir es für sinnvoll, dass hier noch ein Stück weit der Sperrvermerk verankert bleibt. Das war sozusagen der Kompromiss zwischen dem Zutrauen und dem gesunden Misstrauen, das wir an der Stelle gefunden haben für die Zukunft.

Stadträtin Großmann (GRÜNE): Ich möchte das, was die Kollegin Frau Melchien hier geäußert hat, unterstreichen. Die Volkshochschule Karlsruhe ist so eine wichtige und beliebte Institution. Sie muss uns einfach erhalten bleiben, und deshalb stimmen wir auch heute für die Aufhebung des Sperrvermerks für 21 und die Streichung für 22 und 23, weil wir diese Streichung für elementar für die weiter erfolgreiche Arbeit unserer VHS ansehen. Die sicheren Arbeitsplätze für die Mitarbeiter*innen der VHS müssen erhalten bleiben. Es besteht schon jetzt durch Corona die Gefahr, dass hervorragende Dozent*innen und Mitarbeiter*innen abwandern und dann unwiederbringlich verloren gehen. Es ist den Mitarbeiter*innen mit einem herausfordernden Prozess gelungen, die Voraussetzung für die Aufhebung des Sperrvermerks zu schaffen. Dies hat auch die detaillierte Geschäftsprozessanalyse bestätigt. Die Stadt hat Einsparungen gefordert und mit vereinten Kräften hat die Führung der Volkshochschule und haben die Mitarbeiter*innen gezeigt, dass sie in dieser Ausnahmesituation Gelder einsparen können und trotzdem die Qualität der Arbeit beibehalten. Deshalb ist es uns so wichtig, dass die Sperrvermerke gestrichen bzw. aufgehoben werden.

Stadtrat Müller (CDU): Ich mache es kurz, für die Vorlage zu dem Sperrvermerk für 2021, da folgen wir selbstverständlich der Vorlage der Verwaltung und stimmen dem zu. In Hinblick auf die Sperrvermerke für 2022 und 2023 verstehe ich das Kopfschütteln etwas anders da seitens der Frau Ersten Bürgermeisterin, nämlich schon als Unterstützung, aber eben nur für das Haushaltsjahr 2022, als Unterstützung, den Sperrvermerk hier aufzuheben, und da schließe ich mich letztendlich auch an den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters an. Denn es ist so klar, hat die VHS mit ihrem Zwölf-Punkte-Programm einen Konsolidierungsprozess eingeleitet, da auch schon erste, ich sage einfach mal Eckpfeiler zu Einsparungen setzen können, aber ich glaube, mit dem Sperrvermerk für 2023 wollen wir aber auch mit einem gewissen Blick auf die Gesamtkonsolidierung der VHS schon begleitend draufhalten und draufnehmen. Deswegen halte ich es dann schon ein Stück weit, ich möchte es vielleicht nicht ganz so scharf ausdrücken wie der Herr Oberbürgermeister, aber schon ein Stück weit für erforderlich, dass wir hier über einen Sperrvermerk für das Haushaltsjahr 2023 weiterhin unseren Blick auf die VHS halten und Sie bei Ihrem Gesamtkonsolidierungsprozess dann auch begleiten.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): In die gleiche Richtung wie mein Kollege Müller möchte ich auch gehen. Ich halte es für richtig, dass wir den TOP 8 unterstützen, was den Sperrvermerk 2021 geht. Den Antrag der SPD hinsichtlich 2022 könnten wir auch mittragen, aber aus meiner Erfahrung aus der Wirtschaft halte ich es für gut - in Anführungsstrichen, Endstrichen -, ein bisschen Druck aufrechtzuerhalten. Wenn man den Antrag entsprechend ändern könnte, hätten wir kein Problem, aber ich finde die Richtung, 2023 zu erhalten, auch für richtig.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Auch uns haben Sie überzeugt, Herr Oberbürgermeister, Streichen für 2021 und 2022, aber noch nicht für 2023.

Der Vorsitzende: Ich möchte Ihren Ausführungen, Frau Stadträtin Großmann, insofern entgegen, Sie haben gesagt, wir wollen gute Dozent*innen halten, wir wollen diese Arbeitsplätze nicht gefährden. All das hat nichts mit dem Sperrvermerk zu tun. Der Sperrvermerk ist nur, dass quasi das Konsolidierungskonzept noch mal mit uns geklärt wird und dass wir dann Ihnen es auch noch mal vorlegen. Das heißt, eigentlich wird dann die Verantwortlichkeit dafür noch auf breitere Schultern gestellt, als wenn die Volkshochschule da alleine werkelt und man dann am Ende feststellt, es hat vielleicht doch nicht ganz gereicht. Insofern glaube ich nicht, dass die von Ihnen ausgesprochenen Befürchtungen mit dem Sperrvermerk wirklich was zu tun haben. Ich bin sicher, die Mitarbeiter wissen gar nichts von einem Sperrvermerk, und es wäre aber gerade auch eine Chance für Sie, in die Lösung dieser Situation und in die Konsolidierung auch nicht nur Einblick zu bekommen und auch nicht nur den Druck aufrechtzuerhalten, sondern vor allem auch in die Mitverantwortung zu gehen, und das halte ich gerade bei so einer wichtigen Institution am Ende eher für einen Vorteil als für einen Nachteil.

Gut, damit kommt die Beschlussvorlage unter **TOP 8** unserer alten Gemeinderatstagesordnung jetzt zur Abstimmung. Es geht jetzt um die **Aufhebung des Sperrvermerks für das Jahr 2021**, und zunächst erst mal um nichts mehr. Und da bitte ich Sie jetzt um Ihr Votum. – Das ist **ein-stimmige Zustimmung**. Das ist, glaube ich, auch noch mal eine schöne Anerkennung für den Konsolidierungskurs, den die Volkshochschule da vorgenommen hat.

Antrag 87 (Seite 223): VHS Miete – Sperrvermerk streichen (SPD)

Es geht jetzt nur noch um den **Sperrvermerk für 2023**. Für 22 heben wir ihn ja auf. Und hier bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist doch eine **große Mehrheit**. Damit ist auch der Sperrvermerk für 23 aufgehoben. Ich würde dennoch bitten, dass wir mit der Volkshochschule vereinbaren, dass Sie Ihr Konsolidierungskonzept dann auch noch mal vorstellen, gegebenenfalls auch im Hauptausschuss, weil es ja hier um Geld und solche Geschichten geht.

Antrag 88 (Seite 226): Ausstellungsvergütung für bildende Künstler*innen. (DIE LINKE.)

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Mich freut natürlich, dass die städtische Förderrichtlinien und auch Unkosten, die aus einer Ausstellungserarbeitung entstehen wie Reisekosten mitberücksichtigt und es auch einige städtische Einrichtungen bereits eine Vergütung vorsehen. Nichtsdestotrotz soll die ja für alle Einrichtungen gelten, dass geleistete Arbeit auch bezahlt wird.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Entschuldigung, ich habe es nicht genau verstanden, ist der Antrag erledigt?

Der Vorsitzende: Nein, sie hat ihn weiter aufrechterhalten.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Dann äußere ich mich dazu. Ich kann mich noch gut erinnern, als wir das letzte Mal hier im Gemeinderat, es war auch hier, darüber diskutieren haben, aufgrund des Antrags der Fraktion LINKE. Und ich begrüße es durchaus, auch für meine Fraktion, dass das Anliegen weiter hier zur Debatte gestellt wird. Wir können aber dem Antrag heute so nicht zustimmen, erst recht nicht für die Summen. Die Summen sind ja unmittelbar hier auch vom BBK, also vom Bundesverband Bildender Künstler, so gefordert worden. Die sind sehr hoch, die gibt es nirgendwo in dem Umfang, auch nicht in den Bundesländern, in denen schon eine Ausstellungsvergütung eingeführt wurde. Von daher ist das sicher auch in absehbarer Zeit in der Form nicht zu erreichen, aber das Anliegen muss uns schon als Stadt, als Kultureinrichtung, als Kulturausschuss weiter beschäftigen, denn es ist in der Tat so, dass im Bereich der Kunst, wenn ich in das Theater gehe, dann werden die Schauspieler*innen bezahlt für ihre künstlerische Leistung. Wenn ich in ein Konzert gehe, werden die Musiker*innen bezahlt für ihre künstlerische Leistung, wenn ich aber eine Ausstellung gehe, dann erhalten die Künstlerinnen nichts dafür, dass sie ihre Werke präsentieren und uns anzuregen, uns mit Kunst auseinanderzusetzen. Da ist tatsächlich ein Missverhältnis, und darunter leiden natürlich auch die bildenden Künstlerinnen und Künstler sehr. Deshalb ist es jetzt eine Entwicklung, das ist Neuland, das betreten wird, für uns noch ungewohnt, aber wir müssen uns auf den Weg machen.

Es ist so, dass aufgrund des Antrags der LINKEN schon in der städtischen Galerie hier auch zugesagt wurde, dass man das etwas stärker berücksichtigen möchte. Der Badische Kunstverein hat zugesagt, dass er hier auch Ausstellungsvergütung auch im angemessenen Umfang, die er sich leisten kann, gewähren wird, und auch die Staatliche Kunsthalle. Das heißt, es ist ein Thema, das wichtig ist, und die bildenden Künstler*innen stehen hier momentan einfach in dem Bereich noch auf der Verlierer*innenseite. Und deshalb sage ich, möchte ich ausdrücklich auch würdigen, dass wir uns weiter damit beschäftigen, aber wir können halt dem Antrag so nicht zustimmen und werden auch schauen, wie wir uns im Kulturausschuss, in dem Kulturbereich weiter mit dem Thema intensiv beschäftigen. Auch aus Haushaltsgründen können wir hier momentan auch einfach nicht dem Antrag zustimmen.

Stadträtin Ernemann (SPD): Ich gebe meiner Vorrednerin Recht in jedem Punkt. Wir stehen hinter dem Antrag. Wir stehen auch im Wort bei den einzelnen Verbänden, vor allem beim BBK. Wir haben ja viele Gespräche geführt, und wir werden das also weiterhin verfolgen, aber was ganz wichtig ist, das ist hier eine Sache, die muss auf Bundesebene auch mal entschieden werden, und da appelliere ich jetzt auch an meinen noch heute Fraktionsvorsitzenden und zukünftigen Bundestagsabgeordneten, da in Berlin mal einzuwirken, ich weiß gar nicht, ich habe gerade mal gegoogelt, ich finde gar kein Ministeramt für Kultur, dass man da mal einwirkt und da eine Regelung findet, die es dann uns letztlich hier in der Stadt oder im Stadtrat leichter macht, eine Entscheidung zu treffen.

Der Vorsitzende: Die von Ihnen gesuchte Ministerin heißt Claudia Roth. Doch, Frau Roth wird Nachfolgerin von Frau Grütters, doch, seit Wochen angekündigt. Gut, aber jetzt sind wir noch hier.

Stadtrat Schnell (AfD): Ich meine, die Kulturstabsministerin mit einem einsemestrigen Studium der Theaterwissenschaft ist bestimmt prädestiniert für diese Thematik. Ich erinnere mich, wie Frau Rastätter, an die Debatte, die wir hier schon geführt haben, und ich konnte damals

solchen Zuschüssen nichts abgewinnen und kann das bis heute nicht und da steht auch meine Fraktion hinter mir, zudem sich mittlerweile geändert hat, dass eben Staatliche Kunsthalle und die beiden anderen Organisationen solche Dinge mittlerweile machen. Deshalb von uns ein klares Nein zu diesem Antrag.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Auch ich muss das ein bisschen differenziert betrachten. Wir haben das auch in der Kunstkommission schon diskutiert. Letztendlich sind das, was die Künstler ersetzt haben wollen, Aufwendungen zur Erzielung von Einnahmen, also die Zeit, die sie da auf der Ausstellung verbringen, dass sie ihre Werke dort zeigen, aber warum machen sie das denn, weil sie berühmter werden wollen und weil sie auch wollen, dass jemand das kauft. Das ist der Zweck der Ausstellung, und ich habe Verständnis dafür, wenn man sagt, okay, man macht es mietfrei, sie müssen keine Miete zahlen für die städtischen Institutionen, aber da sie natürlich ihre Zeit oder, wenn sie jetzt einen Transporter mieten müssen, dass sie das von uns vergütet haben wollen, da tun wir uns sehr, sehr schwer damit. Deswegen würden wir diesen Antrag heute ablehnen. Ich möchte mal so ein bisschen einen Vergleich ziehen. Wir haben sehr, sehr viele Straßenmusikanten in der Stadt, das ist ja auch eine Form von Kunst. Das wäre genauso, wenn wir denen die Anreise her nach Karlsruhe bezahlen. Also, da wird auch wahrscheinlich jeder den Kopf schütteln.

Der Vorsitzende: Na ja, wenn wir den Straßenmusiker beauftragen würden und der einen Vertrag kriegte, würde er da schon gucken, dass er das wiederkriegt.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Auch meine Fraktion hat die Thematik differenziert betrachtet. Wir kommen allerdings zu einer anderen Schlussfolgerung als die Freien Wähler. Wir denken, dass es ein richtiger Antrag ist und werden darum diesem Antrag heute zustimmen.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortmeldungen. Dann kommen wir in die Abstimmung über die Ordnungsziffer 88, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich würde aber dennoch gerne den Aspekt aufgreifen, dass Sie auf die kommunalen Kultureinrichtungen, die Sie kennen, versuchen einzuwirken, dass im Ausstellungsbudget natürlich auch immer eine Ausstellungsvergütung für die eingeladenen Künstler da reingehört. Wo ich mich schwer tue, ist, ein eigenes Budget in der Stadt anzulegen, um dann unseren Einrichtungen diese Ausstellungsvergütung zu erstatten. Das ist eher mein Problem bei dem Antrag. Wir müssen einfach dafür sorgen, dass das selbstverständlich ist bei den Ausstellungen in den Einrichtungen, für die wir die Verantwortung tragen. Städtische Galerie ist ja durch, ZKM müssen wir noch mal nachfragen, ich glaube aber, da gibt es so was auch schon, und so, Frau Göttel, würden wir versuchen, das noch mal für die einzelnen Häuser und Einrichtungen durchzusetzen. Das muss dort in die Budgets der Ausstellung rein, und dann ist es ja auch drin. Dann wären die Budgets halt etwas teurer, aber das gehört dann einfach dazu. So, denke ich, müsste der richtige Weg sein.

Anträge 89 a und b (Seite 226, 228): Kommunale Antirassismus und Antidiskriminierungsarbeit (DIE LINKE., GRÜNE)

Das sind zwei verschiedene Anträge möglicherweise, ja genau.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Es sind, glaube ich, ähnlich gelagerte Themen mit einem großen Unterschied. Also, wir unterstützen auch den Runden Tisch und dass er seine Arbeit weiter fortsetzt. Es ist sicherlich eine sehr sinnvolle Maßnahme, die wir da eingeleitet haben, und da hoffen wir, dass dann irgendwann auch unser Aktionsplan oder ein Handlungsplan, nicht unser Aktionsplan, ein Handlungsplan, rausläuft, welche Themen man bezüglich des Themenbereichs Antidiskriminierungs-/Antirassismusbearbeitung macht. Wir halten es aber weiterhin auch für wichtig, diese Stelle auch in der Stadtverwaltung zu verankern beim Zentralen Juristischen Dienst, analog zu anderen Thematiken hier, um einfach auf der städtischen Seite auch diese Maßnahmen umzusetzen und den Prozess zu koordinieren. Da haben wir jetzt einfach einen Meinungsunterschied zwischen den beiden Antragstellerinnen, ob jetzt ein Zuschuss nach extern sinnvoller ist. Wir glauben, dass wir eine Verwaltungsstelle lieber haben wollen und dementsprechend würden wir darüber abstimmen, genau.

Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Ich würde erst zu unserem Antrag reden, oder stimmen wir nacheinander ab oder soll ich jetzt direkt zu unserem?

Der Vorsitzende: Ich habe beide aufgerufen.

Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Seit Jahren nimmt sich die Stadt Karlsruhe, ebenso wie zahlreiche zivilgesellschaftliche Gruppierungen und Netzwerke, des Themas Rassismus und Diskriminierung an. Es gibt erfreulicherweise verschiedene Ansätze und Angebote, von der Mitgliedschaft in ECCAR, der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus, über den im Juni 2020 im Gemeinderat beschlossenen Aktionsplan gegen Diskriminierung jeglicher Art bis zu den Wochen gegen Rassismus. Was jedoch fehlt, ist ein kommunales Gesamtkonzept, das bündelt und vor allem, das eindeutig Handlungsfelder und Maßnahmen benennt. Es fehlt eine koordinierende Begleitung, die zudem die Umsetzung der Maßnahmen überprüft. Wir müssen zusätzlich zur Sensibilisierung auch eine nachhaltige Veränderungsverantwortung übernehmen, und wir müssen effizienter werden. Von Rassismus und Diskriminierung Betroffene sollen endlich auch Verbesserungen in ihrem Alltag, in Öffentlichkeit, Freizeit, Schule und Beruf verspüren können. Mit dem Runden Tisch mit städtischen sowie zivilgesellschaftlichen Einrichtungen und Betroffenen sind wir mit dem Kulturredressamt und dem Büro für Integration bereits auf einem guten Weg. Dieser partizipative Prozess, der die Vielfalt an Perspektiven und Erfahrungen aufgreift und wertschätzt, ist zentral für die Entwicklung des Gesamtkonzepts und muss kontinuierlich weitergeführt werden. Die Verwaltung selbst greift den Runden Tisch in ihrer Stellungnahme zu den Wochen gegen Rassismus bereits auf. 2022 können hier zielführende Synergien gebildet werden.

So wichtig die Wochen gegen Rassismus auch sind, eine Fokussierung darauf mit einem entsprechend hohen finanziellen Einsatz, wie von der KAL/Die PARTEI vorgeschlagen, halten wir jedoch nicht für sinnvoll. Aus unserer Sicht ist dies nicht nachhaltig genug. Es reicht nicht mehr, nur deutliche Signale zu setzen. Auch der Antrag der LINKEN für eine Stellenschaffung für einen Antirassismus-Beauftragten erscheint auf den ersten Blick zwar durchaus plausibel, da Verantwortlichkeiten benannt werden. Wir lehnen den Antrag aktuell aber nicht nur wegen der Haushaltslage ab, sondern vor allem, weil wir zu der Überzeugung gekommen sind, dass eine einzelne zuständige Person, an die das Thema delegiert wird, nicht die Lösung sein kann. Zudem gibt es weitere Formen der Diskriminierung, wie auch die intersektionale Diskriminierung, die man ganzheitlich bearbeiten muss. Lassen Sie uns gemeinsam gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als dezernats- und ämterübergreifende Querschnittsaufgabe strukturell angehen.

Dafür muss der Runde Tisch als zentraler Schritt auf dem Weg zu einer kommunalen Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit fortgeführt und professionell begleitet werden.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Dass Rassismus und menschenfeindliche Diskriminierung in unserer Mitte keinen Platz haben dürfen, sollte jedem ein Selbstverständnis sein. Uns ist es auch wichtig, dass wir die Bereiche, die Institutionen und auch die Netzwerke, die wir in den vergangenen Jahren zur Befassung mit diesen Thematiken auch zur Hilfestellung für betroffene Bürgerinnen/Bürger geschaffen haben, weiterhin gesichert werden und ihre Arbeit, ihre wertvolle Arbeit durchführen können. Das ist auch sehr wichtig, hier die Gesamtgesellschaft mit ins Boot zu nehmen. Wir haben gute Institutionen, das Netzwerk gegen Rechts, wir haben das Integrationsbüro, Immigrationsbeirat, da können diese Themen auf das Plateau gebracht werden und werden mit den sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern, die ja alle auch im Bereich Integration/Migration auch zu tun haben und sich dort gut auskennen, umfassend und im Detail beraten, und dort werden auch Hilfsangebote dann auch geschaffen, und hier ist auch der private Bereich. Hier sind Vereine sehr engagiert, und ihnen gilt unser Dank. Eine zusätzliche Stelle jetzt aber zu schaffen für diese sehr umfangreiche Aufgabe, halten auch wir hier nicht für zielführend. Wir meinen auch, dass mit einer Stelle im Prinzip, wo alle Koordination zusammenläuft, es sehr schwierig zu handhaben ist. Unabhängig davon gibt ja eben auch der Haushalt entsprechende Mittel im Moment dafür nicht bereit. Daher lehnen wir eine zusätzliche neue Stelle dazu, aber auch Erhöhung von entsprechenden Mitteln, jetzt ab. Wichtiger ist, dass wir die Arbeit, die in den Netzwerken und Vereinen geschieht, dass wir die weiter stärken und dort, wo Bedarfe sind, uns dort einsetzen.

Stadtrat Zeh (SPD): Ich rede jetzt zu OZ 89 und 90. Karlsruhe hat in den vergangenen Jahren deutlich Flagge gegen jede Art von Rassismus gezeigt, und das findet die SPD gut, und das muss auch deutlich festgesetzt werden. Dazu gab es natürlich eigentlich alle zwei Jahre die Wochen gegen Rassismus. Auch da wollen wir beibehalten, dass die alle zwei Jahre durchgeführt werden. Im Haushalt stehen jetzt 60.000 als Transferaufwendung für die Woche gegen Rassismus drin. Allerdings halten wir es nach wie vor für notwendig, dass auch das Kulturdezernat gewisse Federführung bei dem Thema behält. Es stehen hier im Haushalt tatsächlich nur für 2022 die 20.000 Euro drin, für den Runden Tisch und Ähnliches, was durchgeführt werden soll.

Frau Kollegin Sardarabady hat schon vieles richtig ausgeführt. Wir sehen es natürlich auch, dass hier das Kulturdezernat weiter gestärkt werden muss und wollen deshalb den Antrag der GRÜNEN, jeweils noch mal 30.000 Euro zu erhöhen, unterstützen und werden dafür stimmen. Es gibt ja eine Antidiskriminierungsstelle beim Stadtjugendausschuss, es gab auch die Diskussion über eine Antirassismus-Stelle, aber letztendlich ist das Konzept noch nicht wirklich da. Wir können deshalb eine weitere Stelle derzeit auch noch nicht schaffen. Hier muss erst die Arbeit genau beschrieben werden, wer soll dafür Verantwortung tragen, in welchem Umfang soll dafür Verantwortung tragen. Deshalb werden wir nur den GRÜNEN Antrag unterstützen. Alle anderen Anträge werden wir heute ablehnen.

Der Vorsitzende: Nach meinem Verständnis sind die 20.000 Euro, die die Stadt im Wechsel mit 60.000 Euro einstellt, nicht für den Runden Tisch, sondern für zusätzliche Veranstaltungen, immer im Wechsel mit den 60.000 Euro für die zivilgesellschaftlichen Veranstaltungen. Von daher geht es, Herr Stadtrat Zeh, der Frau Sardarabady, glaube ich, nicht um eine Erhöhung, sondern, es geht erst mal darum, so hatte ich sie verstanden, dass man separat von den 20.000 Euro noch für den Runden Tisch jedes Jahr 30.000 Euro bereitstellt. Nur, dass wir wissen, von was

wir reden an der Stelle.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Wenn jetzt schon so viele Redner auch zu 90 gesprochen haben zu unserem Antrag, der Karlsruher Wochen gegen Rassismus, möchte ich jetzt auch schon dazu sprechen und signalisieren, dass meine Fraktion bereit ist, dem Antrag 89 b der GRÜNEN zuzustimmen. Man muss unterscheiden, es gibt die Karlsruher Wochen gegen Rassismus mit einer langen Tradition. Ich erinnere mich an starke, große Auftaktveranstaltungen im Rathaus, die auch Sie, Herr Oberbürgermeister, immer sehr mitbegleitet haben, mit Rednerinnen und Rednern, die sozusagen auf die Wochen, ich nenne es mal so in meinen Worten, eingestimmt haben. Dann gibt es seit ein oder zwei Jahren die Internationalen Wochen gegen Rassismus. Das sind Initiativen aus der Zivilgesellschaft, so möchte ich es nennen, und wir werden unseren Antrag einfach aufgrund der Diskussionen, die jetzt schon außerhalb des Gemeinderats stattgefunden haben und aufgrund der finanziellen Situation der Karlsruher Wochen gegen Rassismus, modifizieren, dahingehend, dass wir den Antrag auf jährliche Durchführung der Karlsruher Wochen gegen Rassismus zurückziehen, aber die Summe von 20.000 Euro, die im Moment für die Karlsruher Wochen gegen Rassismus im Haushalt sind, also die Veranstaltung, die aus dem Kulturamt heraus organisiert und begleitet wird, die wollen wir auf 60.000 Euro erhöht haben, damit ein gewisser Gleichstand ist zwischen den organisierten Veranstaltungen, die aus dem Rathaus kommen, und den Veranstaltungen, die aus der Zivilgesellschaft heraus organisiert werden. Also, das Petitum jährliche Nutzung der Durchführung ziehen wir zurück, aber wir möchten dafür 60.000 Euro heute hier einstellen für die Karlsruher Wochen gegen Rassismus.

Der Vorsitzende: Ich hoffe, ich habe das jetzt alles verstanden. Ich kann jetzt bei diesen Anträgen nicht sagen, was ist der weitestgehende oder so, sondern wir gehen die einfach jetzt in der Reihenfolge durch, auch, wenn es dadurch ein bisschen unlogisch wird, aber so haben wir den besten Überblick.

Der erste ist der **89 a**, das ist der **Antrag der LINKEN**, der eine **zusätzliche Personalstelle bei der Stadt** begehrt, und den stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann rufe ich auf den **Antrag der GRÜNEN**, das ist dann **89 b**. Da geht es nicht um die durchzuführenden Wochen, sondern um **30.000 Euro pro Jahr zusätzlich für den Runden Tisch und das ganze Begleitprogramm**. Das stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Dann rufe ich auf den **veränderten Antrag der Karlsruhe Liste**, das ist **90 a**. Das hat Herr Stadtrat Cramer gerade dahingehend verändert, dass er für das Jahr 2022 **zusätzliche 40.000 Euro fordert**, um aus den 20.000, die wir schon drin haben, 60.000 Euro zu machen und für das Jahr 23 nichts zusätzlich fordert, weil da die 60.000 ja schon drin stehen, so hatte ich Sie verstanden und genauso das dann im Grunde auch in der mittelfristigen Finanzplanung fortführen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Herr Oberbürgermeister, Sie hatten den Punkt 90 noch gar nicht aufgerufen. Sonst hätte ich mich nämlich auch gemeldet.

Der Vorsitzende: Ich hatte gerade gesagt, ich stelle jetzt alle vier hintereinander zur Abstimmung. Ja, ich weiß, 90 b wollte ich jetzt auch durchstimmen. Dann mache ich jetzt nach 90 a einen Break und dann sagen Sie was zu **90 b**, gerne. Können wir jetzt erst mal 90 a abstimmen? -

Nein, dann machen Sie jetzt Ihren Beitrag.

Anträge 90 a und b (Seite 226): Wochen gegen Rassismus (KAL/Die Partei), (AfD)

Stadtrat Schmidt (AfD): Ja, vielen Dank, weil, das gehört ja inhaltlich zusammen. Also, wir von der AfD sind keine Rassisten und wir haben beispielsweise auch viele Migranten, die sich in der Partei engagieren. Zum Beispiel haben wir sieben Migranten in unserer Bundestagsfraktion, und trotzdem haben wir ein Problem mit diesen Wochen gegen Rassismus, und zwar deswegen, weil dort entgegen der Aussagen der städtischen Antwort tatsächlich immer wieder Front gemacht wird gegen die AfD, und das können wir natürlich nicht akzeptieren.

(Heiterkeit)

Sie sehen, es wird schon Beifall geklopft! Wir können natürlich auf keinen Fall akzeptieren, dass städtische Mittel benutzt werden, um eine demokratisch gewählte Partei, die Mitglied im Gemeinderat ist, zu diskreditieren. Genau das hat es aber im März dieses Jahres gegeben, als die Wochen gegen Rassismus ihre Hauptkundgebung direkt am Tag vor der Landtagswahl geplant hatten, und da war ganz klar, dass dort Front gegen die AfD gemacht werden sollte. Es darf in Deutschland, und das ist richtig so und da stehen wir voll dahinter, keiner aufgrund seiner Abstammung bevor- oder benachteiligt werden. Es darf aber genauso keiner wegen seiner politischen Überzeugung bevor- oder benachteiligt werden. Und uns geht es darum, dass die Grundrechte gewahrt bleiben, und das ist bei den Wochen gegen Rassismus nicht der Fall und deswegen sind wir nicht dafür, die weiterzuführen, danke schön.

Der Vorsitzende: Ich glaube, wir haben nachher Gelegenheit, bei den Anträgen zu den Migrationsgeschichten genau diese Grundrechte noch mal auszudiskutieren.

(Vereinzelter Beifall)

Gut, wir kommen damit zu **90 a**, den ich jetzt zur Abstimmung stelle. Da geht es eben, wie gesagt, noch mal darum, dass alle zwei Jahre aus den 20.000 Euro 60.000 Euro werden, um hier jährlich die entsprechenden Wochen gegen Rassismus durchführen zu können. Der Antrag der Karlsruher Liste, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt kommt der **Antrag der AfD**, diese **Mittel zu streichen**, und ich bitte hier um Ihr Votum. – Auch das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag 91 (Seite 227): Majolika, die Aufhebung des Sperrvermerks für das Jahr 2022 (KAL/Die PARTEI)

Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI): Ich bitte zu korrigieren, dass ich beim Punkt vorher fälschlicherweise mit Ja gestimmt habe.

Der Vorsitzende: Das wird protokollarisch aufgenommen. Sprechen Sie jetzt trotzdem zur Ordnungsziffer 91, oder wer macht das?

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Es geht um von der Verwaltung mit zwei Sperrvermerken eingesetzte Beträge, und zwar für die Majolika, einmal für 22 und einmal für 23, und wir haben

jetzt beantragt, dass für das Jahr 22, nur für das Jahr 22, dieser Sperrvermerk aufgehoben wird, weil wir alle, die in der Thematik drin sind, ja in zwei Veranstaltungen, in einer öffentlichen vom Kulturausschuss im Bürgerzentrum Südstadt und in einer nichtöffentlichen Sitzung des Majolika Arbeitskreises, nenne ich es jetzt mal, schon die Signale bekommen haben, dass es in die richtige Richtung geht mit Majolika, aber dass erst letztendlich im Frühsommer genaue Zahlen auf dem Tisch liegen von den Institutionen, die das mitbegleiten. Wir gehen davon aus, dass das trotzdem wichtig ist, um eben jetzt das Konzept umzusetzen, was ja mehrheitlich doch schon als machbar angesehen wurde, auch vonseiten der Verwaltung. Wir wollen, dass man jetzt eben keinen Sperrvermerk macht in 22, damit die Majolika diese 150.000 Euro bekommt, um eben das umzusetzen, was sie uns vorgestellt hat, aber, und das möchte ich einfach noch mal erwähnen, das ist uns klar, dass nicht der Sperrvermerk für 23 aufgehoben wird, das wollen wir auch nicht, sondern, dass man wirklich dann abwarten muss, welche Zahlen im Sommer auf den Tisch gelegt werden und dass man dann im Herbst Ende nächsten Jahres überlegt, wie es weitergeht mit der Majolika und dem Sperrvermerk für 23.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Die Majolika hatte und hat in der CDU immer eine verlässliche Unterstützerin. Uns ist auch wichtig, dass es mit der Majolika weitergeht, und zwar so, dass sie auch gut auf eigenen Beinen stehen kann und stabil bleibt und wird. Sie befindet sich im Moment allerdings eben in einer Neuaufstellung, in einem großen Strukturierungsprozess und Veränderungsprozess und da ist es wichtig, dass wir das auch als Gemeinderat begleiten und auch unterstützend begleiten, und wir sehen auch diesen Sperrvermerk in diesem Bezug als wichtig an, auch, dass wir den noch aufrechterhalten und dann, wenn die Majolika uns zeigt, uns vorlegt, wie es für sie weitergeht, dass wir dann entsprechend entscheiden. In der Vergangenheit haben wir dort immer unterstützend entschieden, aber im Moment wollen wir den Sperrvermerk weiter behalten.

Stadträtin Ernemann (SPD): Auch wir wollen, dass der Sperrvermerk noch beibehalten wird. Wir unterstützen und begleiten die Majolika. Wir hatten im Kulturausschuss und im Begleitgremium Majolika hoffnungsvolle Ansätze, gute Ansätze, die aber nicht von jedem so gesehen wurden, wie das so ist, in Kunst und Kultur gibt es immer unterschiedliche Meinungen. Nichtsdestotrotz, unter dem Strich sind wir also ganz optimistisch, dass die neue Leitung der Majolika das einigermaßen stemmen wird, aber mit etwas Bauchgrummeln und nicht hundertprozentiger Überzeugung sind wir auch der Meinung, den Sperrvermerk noch beizubehalten, und dann werden wir weitersehen. Es ist mit Sicherheit nicht das letzte Mal, dass wir hier zu dem Thema Majolika reden werden.

Stadtrat Hock (FDP): Never Ending Story Majolika, könnte man schon fast sagen. Seit Jahren diskutieren wir Jahr für Jahr um die Majolika und das tut einem schon richtig mittlerweile weh zu sehen, dass dieser Gemeinderat nicht hinter diesen Entwicklungen steht, die die Majolika auch die letzten Jahre gegangen ist und auch weitergehen wird. Wenn man sieht, was an Personal abgebaut wurde, nur noch das Notwendigste ist da, wenn man sieht, dass man versucht, den Betrieb in die Zukunft zu führen und immer wieder Konzepte vorstellt, dann ist dieser Antrag, den die Karlsruher Liste heute hier im Doppelhaushalt eingestellt hat, absolut nachvollziehbar. Es wäre ein wahnsinnig gutes Signal, jetzt der Majolika mal für das Jahr 22 die Möglichkeit zu geben, auch mit dem Geld 100 Prozent planen zu können. Es wäre wichtig und gut, dies heute zu tun und meine Fraktion wird diesen Antrag gerne unterstützen, weil wir haben viel zu lange schon diese Majolika..., ich will es jetzt nicht sagen, man hat die Majolika immer wieder vertröstet auf das nächste Jahr. Also, ja, das ist eine bedauerliche Geschichte, aber meine

Fraktion wird es gerne unterstützen, was der Kollege Lüppo Cramer hier vorgetragen hat und es wäre ein gutes Signal für die Majolika.

Stadtrat Schnell (AfD): Ich war auch bei diesen Sitzungen und ich gehöre zu denen, die das Konzept nicht ganz überzeugt hat, aber immerhin ist es erstmals ein Konzept, was nicht von vornherein wie ein Luftschloss aussieht, sondern, was tatsächlich eventuell durchführbar wäre. Dennoch möchte ich nicht der Aufhebung des Sperrvermerks zustimmen, bevor wir nicht die Zahlen von den Wirtschaftsprüfern gesehen haben. Die hatten eine vorsichtig optimistische Perspektive gegeben, aber das war noch ein bisschen sehr dünn und deshalb von uns heute kein Ja zu diesem Antrag.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Herr Oberbürgermeister, Sie wissen ja, dass wir zu den Kritikern an der Stelle gehören. Es gab viele Konzepte bisher, und wenig hat gegriffen. Ich glaube schon, dass einiges besser aussieht als bislang, aber das ist durchaus noch lange nicht durch. Insofern ist ein Sperrvermerk immer eine gute Hilfe, dass auch ein Veränderungsprozess auf dem Weg bleibt. Deswegen sind wir absolut für den Sperrvermerk.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortbeiträge. Dann stelle ich jetzt den Antrag zur Abstimmung, Aufhebung des Sperrvermerks für das Jahr 2022 und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Da ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Wir unterbrechen die Sitzung für eine halbe Stunde und setzen dann um 16:15 Uhr die Sitzung fort.

(Unterbrechung der Sitzung von 15:45 Uhr bis 16:15 Uhr)

Anträge 92 a und b (Seite 227): Centre Culturel Franco-Allemand (KAL/Die PARTEI), (FDP)

Wir haben mittlerweile geklärt, dass beide Anträge dieselbe finanzielle Größenordnung von 36.000 Euro im Jahr zusätzlich fordern.

Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI): Wir alle wissen, dass das Centre Culturel Franco-Allemand unterfinanziert ist, und ein Hauptgrund dafür sind sicherlich die enormen Mietkosten. Mittlerweile hat ja das Centre günstige Räume im Blick und damit eine positive Perspektive. Dennoch besteht weiterhin eine Schieflage, die wir mit unserem Antrag lindern wollen. Die Höhe der erforderlichen Summe ist sicherlich abhängig von den dann mal tatsächlich anfallenden Raumkosten, und deshalb würden wir hier erweiternd vielleicht einen Sperrvermerk für unseren Antrag vorschlagen. Allerdings sollte man auch da noch beachten, dass auch der Umzug vom Centre nicht mit eigenen Mitteln gestemmt werden kann. Für uns ist klar, dass die Stadt Karlsruhe schon heute die Hauptlast der Stiftung trägt und, vor dem Hintergrund aber der Internationalisierungsstrategie der Stadt, sind Einrichtungen wie das Centre Culturel durchaus sehr bedeutend. Mit ihrem kulturellen und bildungspolitischen Angebot erfüllt das Centre hier unserer Ansicht nach ein sehr wichtiges Anliegen der Stadt. Deshalb bitten wir um Ihre Zustimmung.

Stadtrat Høyem (FDP): Unser Kultursprecher ist Frau Böringer, die leider erkrankt ist. Sie wollte gesagt haben, die deutsch-französische Freundschaft darf nicht an der Geldbörse enden. Das Centre Culturel Franco-Allemand genießt einen hervorragenden Ruf über die Stadtgrenzen hinaus. Diese Institution ist eine Perle von Kultur und Bildung. Neben den strukturellen

Schwierigkeiten, die unter anderem durch die Stadt geschaffen wurden, steht nun auch noch ein Umzug in geeignete Räumlichkeiten an. Das Centre darf nicht als Kulturinstitution betrachtet werden, die nebenbei noch Sprachkurse anbietet. Wir haben hier eine Bildungseinrichtung, die sich ebenfalls der Pflege der französischen Kultur in unserem Land verschrieben hat. Bereits mehrfach haben wir die vorderste Reihe der städtischen Vertretung aufgefordert, fahren Sie bitte nach Nancy, verhandeln Sie mit den Zuständigen. Hier ist nichts geschehen. Wir wünschen uns eine Sicherung dieser höchst wichtigen internationalen Arbeit in Karlsruhe und bitten dieses Haus um Unterstützung für unseren Antrag. Ich kann dann persönlich hinzufügen, auch als Schulleiter für die Europäische Schule viele Jahre haben wir eine enge Zusammenarbeit mit dem Centre Culturel gehabt, und das ist nicht eine Sprachschule. Wir sind hier in Karlsruhe eine internationale Stadt, viel mehr international als wir eigentlich selber erkannt haben, und Centre Culturel ist ein Teil dieser Internationalität.

Stadträtin Wiedemann (CDU): Auch wir achten und ehren das Centre Culturel Franco Allemand. Wir wissen um dessen Wichtigkeit in unserer Stadt. Gerade Karlsruhe zeigt ja, wie sehr wir mit Frankreich verbunden sind. 66 Jahre Städtepartnerschaft mit Nancy verstärken das noch. Das Centre ist in einer finanziellen Schieflage, das wissen wir und wir sind auch da bemüht, diese Einrichtung beizubehalten. Auch wenn die Stadt Karlsruhe den größten Anteil dazu finanziell beiträgt, in Frankreich ist es anscheinend nicht so zu sehen, aber wir würden es begrüßen, wenn der Umzug in die neuen Räumlichkeiten abgewartet wird, und dann wissen wir genau, wie schlecht finanziell das Centre dasteht, welche Unterstützung, welche finanzielle, benötigt wird. Und ich würde und die CDU würde dazu plädieren, dass wir einfach den Umzug abwarten und dann eine Entscheidung treffen. Ansonsten müssten wir diese Anträge jetzt ablehnen.

Stadträtin Ernemann (SPD): Das Centre Culturel wird auch von meiner Fraktion als wichtige kulturelle Institution gesehen, anerkannt, und wir haben es auch jahrelang unterstützt. Wir sehen auch die derzeitige Situation, sehen auch die Bemühungen von den überdimensioniert großen Räumlichkeiten, sich zu verkleinern, zumindest räumlich, aber was uns halt immer wieder missfällt, ist dieses Ungleichgewicht der Finanzierung. Die Stadt Karlsruhe trägt den größten Anteil, das Land Baden-Württemberg einen minimalen Anteil und Frankreich noch viel weniger. Uns ist es wichtig, die deutsch-französische Zusammenarbeit, die sich eben in der Arbeit des Centre Culturel manifestiert. Wir hatten schon viele Gespräche gehabt, auch mit Frau Rigler, und ich würde doch auch bitten, mal andere Möglichkeiten in Erwägung zu ziehen, um noch irgendwelche Finanzierungs- oder Fördermöglichkeiten an Land zu ziehen. Ich bin Mitglied im Regionalverband Mittlerer Oberrhein, wir haben da jetzt auch eine Kulturinstitution, ob es vielleicht da möglich ist, Fördergelder oder vielleicht sogar eine Kooperation mit dem Regionalverband einzugehen. Inwieweit das jetzt möglich ist oder gewollt ist, kann ich jetzt nicht sagen, aber nach dem heutigen Stand sind wir nicht in der Lage, finanziell, und es ist kein kleiner Brocken, der da gefordert wird oder notwendig ist, um das Centre Culturel finanziell zu unterstützen.

Stadtrat Schnell (AfD): Herr Høyem sprach gerade davon, dass die deutsch-französische Freundschaft nicht am Geldbeutel enden darf. Wenn man sich jedoch anschaut, wie die Zuschüsse beiderseits der Grenze volumenmäßig zueinander sind, muss man eben doch den Eindruck haben, dass da von der französischen Seite die Freundschaft beim Geldbeutel eben aufhört. Ungeachtet der Wichtigkeit oder wie wir als Fraktion die Wichtigkeit dieser Institution erachten, werden wir zu dem Thema dieses Zuschusses uneinheitlich abstimmen.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Ich glaube, wir sind uns da einig, dass das Centre Culturel ein sehr hohes kulturelles Niveau hat und wirklich sich auch die Geschäftsführerin über die Maßen engagiert, die Frau Rigler, aber das Problem ist einfach, dass sich das strukturelle Defizit über so viele Jahre jetzt angestaut hat. Das Problem ist, dass wir tatsächlich in Abwägung aller Kultureinrichtungen und deren Förderung in Karlsruhe hier einfach ein Problem sehen, jetzt diese Einrichtung wirklich so zu unterstützen, dass sie zeitnah lebensfähig bleibt. Natürlich haben wir die Perspektive unterstützt, dass das Centre Culturel in ein Gebäude umziehen kann, in Räume umziehen kann, die wirklich finanzierbar sind. Ich möchte mal gerade einen Vergleich treffen. In Tübingen Es gibt ja drei solcher Centren in Baden-Württemberg, das in Tübingen ist in einer Landesliegenschaft und bezahlt, glaube ich, 300 Euro im Monat, also soweit ich das nachgelesen habe. Das sind ganz andere Dimensionen, und wir können halt als Stadt Karlsruhe so was auch nicht bieten. Also, von daher ist schon die Frage, wie sich das Centre dann kulturell eben auch strukturell weiterentwickelt, denn die Zuschüsse derzeit sind hoch. Gut, der Löwenanteil wird jetzt in Anspruch genommen durch die Miete, aber auch künftig in neuen Räumlichkeiten müsste das Centre Culturel wahrscheinlich strukturell abspecken, und das ist aber nicht unsere Aufgabe. Das ist eine Aufgabe, die auch begleitet werden muss vom Kulturamt, und von daher haben wir uns jetzt entschieden, nicht zum jetzigen Zeitpunkt, wo das Ergebnis und die Entwicklung noch offen ist, einen Antrag zu unterstützen, aber was Kollegin Wiedemann gesagt hat, dass wir jetzt im Augenblick auch noch nicht entscheiden können, dem würden wir uns dann anschließen.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Ich glaube, das meiste zum Centre Culturel Franco-Allemand ist schon gesagt. Ich möchte an der Stelle noch mal zwei Schwerpunkte setzen. Zum einen, diese strukturelle Unterfinanzierung besteht nicht erst seit Corona oder seit kurzem, sondern das ist ein Prozess, der schon länger dauert. Und da hätte vielleicht auch die Geschäftsführung schon früher reagieren müssen. Ganz besonders, sehr geehrter Herr Dr. Mentrup, möchte ich mich da für Ihr Engagement bedanken, was die Beendigung des Mietvertrags betrifft, sodass da endlich auch irgendwo eine Perspektive geschaffen wird. Wir könnten uns auch für den Vorschlag der Kollegin Wiedemann erwärmen, zunächst einmal die Förderung nicht zu erhöhen oder weiter, wie in den Anträgen gefordert, aufzustocken, sondern würden gerne nach dem Umzug auch eine positive Fortführungsprognose abwarten und uns dann entscheiden. Ansonsten würden wir beide Anträge ablehnen.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortbeiträge. Da beide Anträge von der Summe her gleich sind, kann ich die zusammen aufrufen und würde das jetzt tun, und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Anträge 93 a – c (Seite 227): Filmboard Karlsruhe e. V. (FDP), (DIE LINKE.), (KAL/Die PARTEI)

Die Anträge haben jeweils unterschiedlichen Beträge. Bei so vielen Antragstellern weiß ich gar nicht, wen ich zuerst aufrufen soll. Herr Stadtrat Haug, fangen wir damit mal an.

Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI): Das Filmboard ist ja durchaus ein Aushängeschild der Filmszene hier in Karlsruhe und jetzt eben Corona-bedingt in eine schlechte finanzielle Lage geraten. Dazu kommt eine Mieterhöhung. All das hat Auswirkungen auf die Gehaltsanpassung bei den Mitarbeitenden. Zusätzlich, was uns freut, wollen sie eine Ausbildung eines Studierenden der Dualen Hochschule vornehmen und für all das braucht es diesen Zuschuss, deshalb dieser Antrag.

Stadtrat Høyem (FDP): Wieder unsere Kultursprecherin, ich zitiere: „Filmboard Karlsruhe bündelt die Kompetenzen und Potenziale von über 60 Filmschaffenden und Filmproduktionsfirmen in Karlsruhe. Es bietet umfassende Serviceleistungen und Expertise, vermittelt lokale Expertinnen und Experten sowie Drehorte für Filmproduktionen, auswärtige Produktionsfirmen, Location, Office, ist als Veranstalter tätig, zum Beispiel Filmfestival, Independent Days, führt Weiterbildungen durch, berät zur klimafreundlichen Filmproduktion Green Office, und kann Türen für internationale Kooperationen öffnen. Das Filmboard ist auch überregional das Aushängeschild der Karlsruher Filmszene. Die Arbeit des Filmboard geschieht mit einer über die Jahre hinweg gleichbleibend hohen Qualität.“

Bis hier hin die Stellungnahme der Stadtverwaltung. Wie man bei solch einem Präludium, was ich jetzt zitiert habe, zu dem Schluss kommt, eine moderate Erhöhung, die zugleich noch pandemiebedingte Folgen ausgleicht, sei nicht zu machen, ist uns ein Rätsel. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag und Zustimmung zu einer weiteren Best Practice Institution unserer Kultur, und ich kann persönlich hinzufügen, lesen Sie die lokale Zeitung, ich denke, es heißt BNN heute, dann sehen Sie, welche Bedeutung Oliver Langewitz hier in unserer Stadt hat.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Es wurde jetzt schon sehr viel über das Filmboard berichtet, was richtig ist, und das Engagement des Filmboards gewürdigt. Das Filmboard wird ja bereits unterstützt, wenn ich es richtig im Kopf habe, um die 80.000. Eine weitere Erhöhung der Zuschüsse, dem können wir jetzt in der Situation unseres Haushaltes nicht zustimmen.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Ich habe jetzt einen Antrag über 20.000 Euro Erhöhung von den LINKEN, 15.000 Euro Erhöhung von KAL/Die PARTEI. Bei der FDP habe ich 95.000 drinstehen, ist das ernst gemeint? Das hat etwas damit zu tun, dass die FDP zum Teil die neue Gesamtsumme angegeben hat, und das ist bei uns dann manchmal verrutscht. Wir machen hier keinen Basar. Wir wollen nur klären, was gemeint ist.

Dann sind die weitergehenden Anträge die der FDP und der LINKEN mit jeweils 20.000 Euro Erhöhung. Die stelle ich jetzt gemeinsam zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Ablehnung**.

Dann stelle ich zur Abstimmung den Antrag der KAL/Die PARTEI, Erhöhung 15.000 Euro im Monat und bitte um Ihr Votum. – Auch das ist eine **eindeutige mehrheitlich Ablehnung**.

Anträge 94 a - d (Seite 227): Badischer Kunstverein e. V. (FDP), (Bürger/Einwohner), (KAL/Die PARTEI), (DIE LINKE.)

Stadtrat Høyem (FDP): Wir sollten mit unseren Freunden in der überregionalen Kultur sehr pfleglich umgehen. Der Kunstverein mehrt das Ansehen unserer Stadt über die Grenzen hinaus. Der integrale Bestandteil der Ausstellung hat, wie andere auch, extrem unter der Pandemie gelitten. Steigende Preise im Energiesektor tragen dazu bei, die bereits knapp bemessenen Löhne noch mehr zu strapazieren. Wir setzen uns daher für eine moderate Erhöhung des Zuschusses ein, zumal diese seit Längerem nicht angepasst wurden. Im vergangenen Haushalt haben wir auch bei der Kultur das Portemonnaie geschlossen gehalten, jetzt heißt es helfen. Wir bitten um Unterstützung für unseren Antrag und damit ein klares Bekenntnis zum Badischen Kunstverein.

Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI): Der Badische Kunstverein ist der zweitälteste Kunstverein in Deutschland, und mit seinen 1.000 Mitgliedern hat er eine doch beachtliche Größe, und besonders freut uns, dass es dem Verein gelingt, zunehmend jüngere Mitglieder zu gewinnen. Auch der Bildungsanspruch bei den Ausstellungen sorgt eben für die hohe Qualität und die Zukunftsgewandtheit des Kunstvereins. Mit Ausnahme des einmaligen Zuschusses im letzten Jahr, datiert der letzten Zuschusserhöhung aus 2012. Die seither steigenden Löhne und Ausstellungskosten führen stetig zu einer Unterfinanzierung. Schon alleine die Bewirtschaftung dieses Gebäudes nötigt mir ordentlich Respekt ab, und insbesondere wegen der Bildungsarbeit betragen wir hier diese Zuschusserhöhung.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Die Qualität der Arbeit des Badischen Kunstvereins, und da sind wir uns sicher alle hier im Konsens, ist schon herausragend. Natürlich ist der Verein nicht nur aufgrund seiner langen Tradition, auch für das Bürgertum stehend hat er Alleinstellungsmerkmal, sondern auch aufgrund dessen, wie er heute ausgerichtet ist mit moderner Kunst, zeitgenössischer Kunst, auch von jungen und noch unbekannten Künstlerinnen und Künstlern, die dort hier ein Forum erhalten, um auch mit kritischen Themen die Menschen anzusprechen. Grundsätzlich wäre der Kunstverein daher mit seinem Anliegen bei der CDU-Fraktion auch auf offene Ohren gestoßen im Falle einer soliden Haushaltslage, denn wir wertschätzen es sehr und danken auch der Leitung des Kunstvereins, die sich ja in den vergangenen Jahren, was Zuschusserhöhungen anging, auch immer sehr bescheiden zurückgehalten hat, aber wie ich schon zuvor sagte, können wir jetzt hier nicht einzelne bevorzugen. Das wollen wir auch nicht als CDU-Fraktion, müssen daher leider hier ablehnen.

Stadträtin Ernemann (SPD): Im Wesentlichen kann ich mich der Vorrednerin anschließen. Meine Fraktion schätzt die Arbeit des Badischen Kunstvereins sehr. Wir stehen auch im Austausch und im Dialog. Wir haben vor einiger Zeit, mein Fraktionsvorsitzender und ich, ein schönes, gutes Gespräch mit der Frau Casser gehabt, haben uns die aktuelle Ausstellung angeschaut, wissen also sehr wohl um die Situation des Hauses und können in der derzeitigen Situation den Antrag auch oder die Anträge auch nicht mittragen. Ich möchte auch noch bemerken, dass wir im letzten Haushalt die Förderung erhöht haben für den Badischen Kunstverein und muss auch noch mal anmerken, um das noch mal in Erinnerung zu rufen, der Badische Kunstverein erhält 284.000 Euro institutionelle Förderung der Stadt Karlsruhe sowie 142.000 Euro jährlich vom Land und dazu noch gewährte Projektzuschüsse von Stadt und Land. Also, prekär ist die Situation, glaube ich, im Badischen Kunstverein nicht, sodass es also zum heutigen Tag und der heutigen finanziellen Situation durchaus vertretbar ist.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Wertschätzung ist jetzt sehr intensiv ausgesprochen worden für den Badischen Kunstverein, und das natürlich auch zu Recht. Der Badische Kunstverein hat mit Sicherheit ein Alleinstellungsmerkmal im Bereich der Kunst in Karlsruhe dadurch, dass er insbesondere auch international, auch aus osteuropäischen Ländern, junge Künstler*innen fördert, die vor allem auch große Projekte durchführen, ökologischer Natur, sozialer Natur und ist in dieser Hinsicht einzigartig. Natürlich hat der Badische Kunstverein schon eine sehr hohe Förderung. Meine Kollegin Ernemann hat es ja auch schon hervorgehoben. Man muss allerdings trotzdem zur Kenntnis nehmen, und das hat Kollege Haug ja schon gesagt, dass keine institutionelle Erhöhung seit 2012 stattgefunden hat und man muss das so sehen, wie auch bei unseren anderen institutionell geförderten Einrichtungen, bekommt der Badische Kunstverein ein Drittel vom Land, und die Landeszuschüsse sind natürlich abhängig von den Zuschüssen der Stadt. Das

heißt, wenn die Stadt seit 2012 nicht erhöht, dann erhöht auch das Land nicht. Das heißt also, in diesen Jahren, jetzt in neun Jahren, ist natürlich der reale Förderbereich dadurch abgesenkt worden. Gleichzeitig kommt dazu, dass natürlich die Organisation dieser Ausstellungen mit erheblichem Aufwand, mit Transporten und so weiter, mit hohen Betriebskosten einhergeht, denn sonst könnte diese Internationalität der Ausstellungen ja gar nicht gewahrt bleiben. Die Bildungsarbeit ist hervorragend vom Badischen Kunstverein, und zwar insbesondere für junge Menschen. Von daher haben wir GRÜNEN - und es ist uns nicht leicht gefallen bei dem Haushalt, das muss ich also tatsächlich auch zugeben - haben wir schwer mit uns gerungen als Fraktion GRÜNE, aber angesichts der Situation seit 2012 nicht mehr gefördert, haben wir uns entschieden - wir hatten ja selber keinen eigenen Antrag gestellt - jetzt doch dann dem Antrag auf 25.000 Euro zuzustimmen, und ja, das wollte ich jetzt an der Stelle einfach noch vermerken.

Stadtrat Schnell (AfD): Die Bedeutung des Badischen Kunstvereins für Karlsruhe ist unbestritten, das haben alle schon gesagt, das brauche ich nicht zu wiederholen. Er bekommt ja auch bereits erhebliche Fördermittel, und angesichts der Haushaltslage und angesichts dessen, dass wir jetzt froh sein müssen, dass wir keine institutionellen Kürzungen im Kulturhaushalt haben durchführen müssen, sollten wir froh sein, dass wir die Mittel auf diesem hohen Niveau halten können, deshalb von uns kein Ja zu diesen Anträgen auf Erhöhung der Förderung.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Wenn ich jetzt so die letzten Anträge, die gestellt wurden hier im Kulturbereich, wenn ich das so beobachte, wie argumentiert wird, das ist herrlich. Also, es ist wirklich grandios. Es beginnt mit einer, ja, ist es eine Komödie, alles wird positiv dargestellt, alle sind zufrieden miteinander und tanzen Ringelreihen, und dann kommt aber immer das Drama, dass man sagt, ja, das ist ja alles so toll, und wir wissen das alles und wir kennen das alles und das ist alles unterstützenswert, aber, und dann kommt immer das große Aber, dann macht man es sich einfach und sagt, ja, aber wegen der finanziellen Situation können wir dem heute nicht zustimmen. Glauben Sie, dass den Institutionen das irgendwie irgendetwas bringt, Ihre Argumentation, dass da irgendwie was Positives hängenbleibt, alles positiv benennen und dann aber immer das große Ja, aber. Also, es ist wirklich grandios, muss ich sagen. Also, am besten ist, ich sitze innerlich schon auf dem Sofa und habe meine Chips rausgeholt und gucke mir die Komödie mit dem Drama am Ende an.

Der Vorsitzende: Dann machen wir das Drama fertig. Ich rufe auf die Anträge, die jeweils um 40.000 Euro, eine Erhöhung, hier vorschlagen. Das betrifft den Antrag der FDP und den Antrag aus der Bürgerschaft, so von der Institution selbst und den Antrag der KAL Die PARTEI, 40.000 Euro Zuschusserhöhung, und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann rufe ich auf den Antrag der LINKEN, Erhöhung um 25.000 Euro pro Jahr, und bitte um ein Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Annahme** dieses Antrags.

Anträge 95 a – 95 d (Seite 227): Kinemathek Karlsruhe e. V. (Bürger/Einwohner), (DIE LINKE.), (KAL/Die PARTEI)

Wir kommen damit zum ganzen Komplex Kinemathek. Das sind ebenfalls vier Anträge, die ich aufrufe, einmal von der Kinemathek selbst, da geht es um 63.000 Euro. Dann ein Antrag der LINKEN, da geht es um eine Aufsplitterung in 53.000 und 9.600, verbunden diese Mietsteigerung mit einem Sperrvermerk. Dann haben wir einen Antrag der LINKEN, ach so, genau, das war das. Und dann haben wir einen Antrag von Karlsruher Liste/Die PARTEI über 30.000 im ersten

und 63.000 im zweiten Jahr.

Stadträtin Wiedemann (CDU): Ich habe mir das jetzt zu Herzen genommen, was der Herr Cramer gesagt hat und werde jetzt die Arbeit der Kinemathek e.V. Karlsruhe nicht explizit herausstellen und loben und werde sagen, der CDU liegt es am Herzen, dass Bestand erhalten wird, aber wir unterstützen keine Erhöhungen und keine Mietzuschüsse und keine zusätzlichen Personalkostenzuschüsse. Wir lehnen diese Anträge ab.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann würde ich jetzt mal diesen Betrag von 63.000 Euro aufrufen, so, wie er uns ja von der Kinemathek selber vorgerechnet ist und würde da jetzt um das entsprechende Votum bitten. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann rufe ich auf den Antrag der LINKEN. Da geht es einmal um 53.400 Euro für die Wiederbesetzung offener Stellen und der Erhöhung der Gehälter und 9.600 Euro für erwartete Mietsteigerung. Die sind aber zu sperren, wenn ich das richtig verstanden habe. Dann würde ich diesen Antrag der LINKEN jetzt zur Abstimmung stellen. Getrennt, dann nehmen wir die 53.400 pro Jahr für die Wiederbesetzung offener Stellen und Erhöhung der Gehälter der Angestellten, und ich bitte Sie um ein Votum. – Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann geht es um die 9.600 Euro im Jahr für erwartete Mietsteigerung, verbunden mit einem Sperrvermerk, und das bitte ich jetzt abzustimmen. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Jetzt gibt es noch den Antrag der Karlsruher Liste, einmal 30.000 Euro, einmal 63.000 Euro. Ich glaube, da müssen wir die 10.000 abziehen, die wir eben schon quasi beschlossen haben, wenn ich Ihren Text richtig verstehe.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Wir ziehen den Antrag zurück.

Der Vorsitzende: Dann haben wir auch diesen Komplex abgeschlossen.

Antrag 96 (Seite 227): Zuschuss Kulturzentrum Bulach (GRÜNE)

Das korrespondiert mit dem **TOP 5.1 Kulturzentrum Schauenburgstraße Panorama, finanzieller Beitrag der Stadt Karlsruhe**. Dazu gibt es eine entsprechende Vorlage der Stadt. Und dieser 5.1 ist auch der, den Sie separat heute diskutieren wollten, außerhalb der Redekontingente. Bei mir steht, zumindest unter 5 wollten Sie darüber sprechen. Ich rufe diese beiden Punkte auf, den Zuschuss für den Antrag der GRÜNEN und die Beschlussvorlage der Verwaltung zu diesem Thema.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Im Grunde gibt es schon eine Beschlusslage des Gemeinderats bzw. des Kulturausschusses, dass die 95.000 Euro aus dem Notlagenfonds entnommen werden sollen, und so ist auch die Beschlussvorlage, die die Stadt vorlegt. Eigentlich haben wir über diesen Punkt schon entschieden, aber man kann das gerne noch einmal im Gemeinderat abstimmen. Aber im Prinzip haben das hier schon alle Fraktionen beschlossen gehabt.

Der Vorsitzende: Wir haben es in den Haushalt verwiesen, wo es hingehört. Deswegen sollten wir es heute noch einmal abstimmen. Wir schlagen es Ihnen auch in unserer Beschlussvorlage

so vor.

Dann stelle ich jetzt beides zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – **(Mehrheitliche Zustimmung)**

Ich werde gerade gebeten, drauf hinzuweisen, dass wir das für zwei Jahre finanziell ausgleichen, und ab dem dritten Jahr müssen wir dann schauen, wie wir zum nächsten Haushalt Ihnen einen Finanzierungsvorschlag machen.

Antrag 97 (Seite 227): Rotes Haus Karlsruhe e.V. Antrag auf institutionelle Förderung (Bürger/Einwohner)

Da würde ich gleich in die Abstimmung gehen, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 98 (Seite 227): Zuschusserhöhung für die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (SPD)

Stadträtin Melchien (SPD): Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland macht eine herausragende Arbeit für Kinder und Jugendliche, für ein lebendiges Miteinander und für die Integration. Die Stellungnahme unterstreicht es ja auch. Gerade in Zeiten der Pandemie haben sie Angebote ermöglicht, sehr viel Hilfe geleistet und das Ganze ist gekennzeichnet durch einen ganz großen ehrenamtlichen Einsatz und ein sehr hohes persönliches Engagement der Beteiligten. Jetzt sind die finanziellen Spielräume nicht groß aktuell. Die Landsmannschaft hat einen Antrag gestellt auf eine Erhöhung der Förderung, mit der Begründung, dass die Förderung seit 2012 unverändert ist, und uns leuchtet es ein. Den Fehler sehen wir eher darin, dass hier keine Dynamisierung vorgesehen ist, dass die Zuschüsse unverändert bleiben. Von daher haben wir uns jetzt dazu durchgerungen, einen geringfügigen Erhöhungsantrag zu stellen und bitten um Ihre Unterstützung.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Meine Fraktion wird diesem Antrag zustimmen. Ich erinnere mich an die Situation hier vor einem Jahr an diesem Ort, wo leider es gescheitert ist schon da, vor einem Jahr für die deutsch-russische Gemeinschaft einen Betrag einzustellen, und von daher denken wir, dass es jetzt, in Anführungszeichen, höchste Zeit ist, dass wir das mehrheitlich tun.

Der Vorsitzende: Damit kommen wir zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 99 (Seite 228): Keine Kürzung Schule und Kultur (DIE LINKE.)

Das war ja Teil dieses Kulturpakets zur Haushaltsstabilisierung. Ich sehe jetzt keine Wortmeldungen. Dann können wir gleich in die Abstimmung gehen, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich möchte einfach hinweisen, auf die Erhöhung der Ansätze für das ZKM. Hier haben sich die entsprechenden Personalkosten im Staatshaushaltsplan noch mal erhöht, und das wurde jetzt bei uns in die Veränderungsliste beim ZKM in die Erhöhung unserer Ansätze, wir machen da ja

immer eine hälftige Finanzierung, übernommen.

Antrag 100 (Seite 228): Kulturelle Veranstaltung im Otto-Dullenkopf-Park, Zuschuss zu Infrastrukturkosten (KAL/Die PARTEI)

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Der Karlsruher Gemeinderat hat ja auf einen Antrag damals auch unserer Fraktion positiv reagiert. Die Verwaltung hat vor allem positiv reagiert, dass eine Infrastruktur dort geschaffen werden muss. Alle wissen, wer dort den Platz, in Anführungszeichen, bespielt, über die Jahre. Verschärfend kam ja dann dazu, dass der Schlosspark vom Land nicht mehr so zur Verfügung gestellt wurde und darum noch mehr Gruppen und Vereine eben darauf angewiesen waren, dort auf dem Otto-Dullenkopf-Park ihre Veranstaltung durchzuführen. Es hat sich einfach gezeigt, dass eine Infrastruktur, also Strominfrastruktur, Zu- und Abwasser, dort fehlt, dass das von den Veranstaltern immer sehr aufwendig oberirdisch verlegt werden muss. Die Verwaltung hatte ja zugesagt, dass sie einen Arbeitskreis mit allen Veranstaltern, inklusive Stadtjugendausschuss, einberuft. Ich weiß nicht, ob der wirklich groß stattgefunden hat oder nur verwaltungsintern wahrscheinlich, und darum unser Antrag, dass wir da jetzt diese Infrastrukturmaßnahmen auf den Weg bringen. Das sind ja Investitionen, die jetzt nicht immense Summen sind, die aber doch da einen Mehrwert schaffen für die nächsten Jahrzehnte.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir hier zur Abstimmung. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 101 (Seite 228): Brauchtum/Heimatspflege (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Auch wenn es jetzt einen sperrigen Titel hat, Brauchtum/Heimatspflege, es geht darum, dass Veranstaltungen von gesamtstädtischem Interesse, unter anderem das Durlacher Altstadtfest, weiterhin so bezuschusst werden wie letztes Jahr, wie dieses Jahr, wie dieses Jahr noch, damit die einfach weiterhin stattfinden können. Mehr wollen wir gar nicht, also, den Zuschuss beibehalten, damit diese Veranstaltungen stattfinden können.

Der Vorsitzende: Es geht um jeweils 50.000 Euro, wenn wir das richtig ausgerechnet haben. Wir hatten in unserer Stellungnahme ja zugesagt, dass die bisher nicht abgerufen wurden und dass wir von daher auch die Veranstaltung jetzt so nicht gefährdet sehen, aber dass wir durchaus auch eine Motivation schaffen wollen, sich zusätzliche Einnahmen hier zu verschaffen.

Das stelle ich jetzt zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Anträge 103 (Seite 228): Fastnachtszüge (SPD), (AfD)

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir nach dem Votum auch aus dem Gemeinderat die Kürzung für die Karlsruher Fastnachtsvereine von 50.000 Euro auf 10.000 Euro zurückgenommen haben und die dadurch erforderlichen zusätzlichen 40.000 Euro aus Einsparungen im Sachaufwandsbudget beim Kulturamt erbringen wollen, sodass die Frage ist, ob das jetzt ein ausreichender Weg ist und sich die Anträge damit erübrigt haben. Erledigt, Herr Stadtrat Dr. Schmidt?

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ja, wenn es für die SPD erledigt ist, ist es für uns auch erledigt, danke.

Der Vorsitzende: Wir kommen damit zur Veränderungsliste auf der **Seite 231**. Da haben wir ein **Kunstobjekt im Schlossgarten aus IP-Mitteln in Durlach** noch hinzugefügt, sowie ein **Erwerb von Kunstgegenständen**. Da wurden diese IP-Mittel...

(Zuruf: Wir haben die 102 übersprungen)

Der Vorsitzende: Entschuldigung, vielen Dank. Ich mache das noch gerade fertig. Wir haben auf der **Seite 231** über die Veränderungsliste noch für den Erwerb von Kunstgegenständen und ein Kunstobjekt im Schlossgarten den Ansatz für IP-Mittel für Durlach erweitert.

Sie haben Recht, ich habe **102 a und b** einfach übersprungen.

Anträge 102 a und b (Seite 228): Vereinsförderung Hallenmiete (DIE LINKE.) (AfD)

Da geht es um 15.000 Euro in beiden Anträgen, wenn ich das richtig lese, einmal dauerhaft und einmal nur für die zwei Jahre.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich will nur kurz sagen, es hat keine Absprache mit der LINKEN gegeben. Wir sind unabhängig voneinander zum Ergebnis gekommen,

(**Der Vorsitzende:** Das brauchen Sie nicht zu betonen, Herr Dr. Schmidt. - Heiterkeit)

dass es für die Stadt besser wäre, dieses Geld zu investieren.

Der Vorsitzende: Wir haben den weitergehenden **Antrag der LINKEN**, diese 15.000 Euro durchgängig in die mittelfristige Finanzplanung aufzunehmen. Den stelle ich deswegen zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann kommt der **AfD-Antrag**, der das nur für die zwei Haushaltsjahre vorsieht, nämlich 2022 und 2023. Auch da bitte ich jetzt um Ihre Abstimmung. – (**Ablehnung**)

So, spannende Entwicklung. Damit haben wir den Kulturhaushalt abgeschlossen.

Wir kommen unter **5000** zu **Jugend und Soziales**, und wir gehen jetzt auf die **Seite 248**. Auf der Seite 248 haben wir eine **Anpassung an die Jahresergebnisse 21** vorgenommen und konnten die mittelfristige Finanzplanung um jährlich rund 4 Millionen reduzieren und, weil wir hier eine Budgeteinsparung erwarten für diese Prognose, die natürlich erfreulich ist.

Antrag 104 (Seite 252): Freie Träger von Kindertagesstätten und Kinderkrippen, zusätzliche zehn PiA-Stellen pro Jahr (GRÜNE)

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Heute Morgen haben Sie es in Bezug auf die frühkindliche Betreuung auf den Punkt gebracht. Da haben Sie gesagt, überall, wo Träger die Errichtung einer Kindertagesstätte anbieten, nehmen wir als Stadt dieses Angebot auch dankend an. Es fehlt also nicht am Willen. Der Flaschenhals liegt wie so häufig beim Personal. Das Angebot der PiA-Ausbildungsplätze haben wir in Karlsruhe ja in den vergangenen Jahren bereits mit Erfolg ausgeweitet, um diesem zunehmenden Missverhältnis zwischen dem Bedarf an Fachkräften und der Verfügbarkeit solcher auf dem Arbeitsmarkt mit Eigeninitiative der Kommune zu begegnen. Dieses

Missverhältnis wird sich mit dem im Bund geplanten Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung im Grundschulbereich ab 2026 in den kommenden Jahren ja nur verschärfen. Daher drängt nicht nur das Personalproblem, sondern eben auch die Zeit, die die notwendigen zusätzlichen Ausbildungen bis zu ihrer Vollendung benötigen würden. Wir beantragen daher heute, zusätzlich zehn Stellen für die PiA-Ausbildung und freuen uns über Unterstützung zu diesem Antrag.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Wir haben in den letzten Haushaltsjahren ja hier schon zwei, drei Mal Platzerhöhungen vorgenommen. Da ist die CDU-Fraktion auch immer mitgegangen, aber wir sehen natürlich auch, dass diese PiA-Plätze doch mittlerweile einen großen Betrag auch im Haushalt einnehmen. Diese Plätze sind uns als Stadt zwar lieb, aber sie sind auch teuer, und wir haben jetzt keine Kenntnis von der Verwaltung, also uns ist nichts bekannt, dass es hier auch einen aktuellen Bedarf für eine erneute Erhöhung gibt, und deswegen lehnen wir den Antrag heute ab.

Stadträtin Melchien, (SPD): Ich kann dem Kollegen Bauer zustimmen. PiA ist eine praxisintegrierte Erzieherinnenausbildung, ist ein wirklich sehr gutes Instrument. Sie ist wertvoll, sie ist wichtig und gerade wegen ihr sind wir bundesweit Vorbild bei einer guten Bildung und Betreuung. Sie ist ein ganz wichtiger Baustein beim Fachkräftemangel. Auch hier stimmen wir absolut zu. Wir stehen zu PiA. Es ist eine freiwillige Leistung, sie ist aber für uns unverzichtbar. Wir haben aber klargestellt am heutigen Tag und es mehrfach unter Beweis gestellt, unser Fokus liegt auf Bewahren und Sichern. Wir sind auf einem wahnsinnig hohen Niveau, bundesweit zumindest sehr, sehr hoch. 150 Plätze haben wir gemeinschaftlich beschlossen. Die Kollegin von der CDU ist auch noch drauf eingegangen. Wenn Bund und Land, wie in der Begründung angeführt, hier eben nicht nur uns geringfügig helfen, sondern tatsächlich bereit sind, die Mittel auszuweiten, dann werden wir selbstverständlich unsere Plätze auch noch mal nach oben anpassen, aber 150 ist ein ganz, ganz hohes Niveau, das wir gerne bewahren möchten.

Stadträtin Fenrich (AfD): Ich würde ganz gerne über die Ordnungszahlen 104 bis 128 sprechen, wenn Sie es erlauben, Herr Oberbürgermeister. Zunächst erlauben Sie mir aber vielleicht einige wenige Worte zu dem ganzen Verhalten, was ich heute hier erlebt habe. Bei der Generaldebatte muss ich sagen, hat es sich um Statements gehandelt, nicht um eine eigentliche Generaldebatte, und was mir sehr bemerkenswert erschien, waren die Ausführungen vom Herrn Kollegen Hofmann, der an sich hier uns dargestellt hat, als würden wir nur im Bereich Soziales und hier insbesondere im Bereich der Migration einsparen wollen. Sehr bemerkenswert fand ich dagegen dann die Replik darauf von, ich glaube, es war Kollege Høyem, der gesagt hat, wir sind hier nicht eine Regierung und eine Opposition, sondern, eigentlich ziehen wir an einem Strang. Dass wir an einem Strang ziehen, habe ich jetzt in der letzten Abstimmung eigentlich nicht sehen können, und das zieht sich durch, wie ein roter Faden seit Anbeginn dieser Legislatur. Gut, da kann man nichts ändern. Ich denke, es wird sich auch nichts mehr ändern. Ich habe ein anderes Verständnis von Demokratie. Das vermisse ich hier bei vielen Teilen im Hause doch sehr, und ich finde es eigentlich bedauernd, denn wenn man gute Anträge hat, kommt es doch nicht drauf an, ob sie von den Linken, von den Rechten, von der Mitte oder sonst jemandem sind, sondern, es kommt darauf an, dass die durchgehen für unsere Bürger, zugunsten unserer Bürger. Denn dafür sind wir doch alle gewählt worden und alle Parteien, die hier vertreten sind, alle Fraktionen, alle Menschen hier sind nach demokratischen Regeln gewählt worden. So, das, jetzt als mein Vorspann.

Jetzt habe ich mir von 104 bis 128 nur einige wenige rausgesucht. Eine Stellenformierung, wie

das jetzt hier die PiA-Ausbildung sieht, lehnen wir ab. Das haben wir auch mehrfach schon begründet. Für das Bildungsprojekt SCHEFF kann es aus unserer Sicht, es wurde von vier Fraktionen gefordert, kann es aus unserer Sicht da keine Erhöhung geben. Im Gegenteil, denke ich, haben wir als AfD uns schon Gedanken gemacht, wie wir einsparen können. Wir haben einen desolaten Haushalt. 100 Millionen übergeben wir in den nächsten zwei Jahren, ja, an unsere Bürger weiter, und ich glaube, dass die AfD einen moderaten Vorschlag gemacht hat. Wir haben es uns überlegt, ob wir generell um ein paar Prozente kürzen, haben uns dann aber für dieses Modell, was wir in unseren Anträgen formuliert hatten, auch dafür entschieden. Von daher, eine Erhöhung für SCHEFF können wir leider nicht mittragen. Die Anträge der GRÜNEN, LINKE, CDU, Freie Wähler|FÜR, zum Projekt Perspektive Now! Plus, können wir auch nicht mittragen. Da muss man doch einfach mal sagen, nicht alles, was von europäischer Seite, also EFS, Bund oder Land einmal mitfinanziert wurde, die dann aber irgendwann mal ausgestiegen sind oder aussteigen werden, das können wir doch als Stadt nicht alles auffangen. Wir können doch das unseren Bürgern nicht einfach alles weitergeben. In einer Zeit von leeren Kassen ist das leider nicht möglich.

Was dann hier schon mal angesprochen worden ist, was mir auch aufgefallen ist, ist die städtischerseits zugesagte Aufgabenkritik für den Doppelhaushalt 24/25, hätte schon viel früher einsetzen können und auch müssen. Scurril, meines Erachtens, mutet dann ein Antrag der LINKEN an auf Erhöhung des Integrationsfonds. Der Integrations- und Flüchtlingsfonds ist 160.000 Euro pro Jahr und DIE LINKEN wollen eine Erhöhung um 40.000, aber das hat eigentlich das Migrationsbüro überhaupt nicht gefordert, weil die eingesehen haben, dass der Haushalt klamm ist und haben sich dann mit 160.000 begnügt. Bemerkenswert wird es dann bei diversen Anträgen zu LoBiN e.V., Kulturküche. Da geht es von 10.000 bis 120.000 Zuschüsse. Die AfD ist der Meinung, es gibt doch schon sehr viele Kommunikationsecken, Elternkaffees und weitere städtische Dienstleistungen, die speziell an Ausländer gerichtet sind. Das ist den Steuerbürgern einfach nicht zuzumuten. Mit der Gießkanne wollen SPD, LINKE, KAL, dem Freundeskreis Asyl weitere 1.000 Euro zukommen lassen. Es gibt Doppelstrukturen, wir haben Freundeskreis Asyl, wir haben Freunde für Asyl, wir haben die Flüchtlingshilfe Karlsruhe, und da müssen wir Acht geben, dass wir die Steuerbürger in Karlsruhe nicht einfach durch diese Doppelstrukturen und das Geld überlasten. Eine höhere Aufnahmebereitschaft der Karlsruher Geflüchtete, wie das die KAL/Die PARTEI im Antrag 123 formuliert hat, sehen wir angesichts des angespannten Wohnungsmarktes als sehr kritisch an. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Der Vorsitzende: Wir müssen jetzt wieder an den Anfang springen. Wir sind bei der Ordnungsziffer 104, zehn PiA-Stellen pro Jahr, und den Antrag stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um ein Votum. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Anträge 105 a – c (Seite 257): IB Scheff (GRÜNE, SPD, KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.) (FDP), (AfD)

Stadträtin Sardarabady (GRÜNE): Bevor meine Kollegin mit dem Bereich Integration anfängt, würde ich gerne etwas Grundsätzliches zum Thema Integration sagen. Eine wesentliche Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt ist die erfolgreiche Integration der Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen zu uns gekommen sind und bleiben werden. Kommunen haben hier nicht nur Gestaltungsmöglichkeiten, sondern auch die Verantwortung, mit einer aktiven und inklusiven Integrationspolitik das Miteinander vor Ort zu stärken. Dies gilt auch in einer angespannten Haushaltslage. Hier ist es aber besonders wichtig, zu priorisieren und das zentrale integrationspolitische Ziel nicht aus den Augen zu verlieren, so früh und so gut wie möglich

die gleichberechtigte soziale Teilhabe zu fördern sowie nachhaltige Begegnungs- und Dialogmöglichkeiten zu schaffen. Wir GRÜNE haben uns in diesem Haushalt auf zwei Aspekte beschränkt, die für uns eine große integrative Wirkung haben und die maßgeblich für den sozialen Zusammenhalt sind. Erstens, wir befürworten Mentor*innenprojekte aufgrund ihrer Effizienz auf allen Ebenen der Integration, aber auch aufgrund ihres enormen Mehrwerts für die Individuen, die Gesellschaft, aber auch für die Wirtschaft, und zweitens wollen wir die bestehende Arbeit im Bereich Antirassismus und Antidiskriminierung konzeptionell und systematisch vorantreiben. Für diese Aufgaben brauchen wir finanzielle Mittel. Verbesserungen im Bereich Integration gibt es nicht zum Nulltarif. Um das bereits Erreichte nicht zu gefährden, sieht der Haushaltsplan bei den integrationsrelevanten Maßnahmen erfreulicherweise keine Reduzierung vor. Die Bedeutung des Karlsruher Integrationsplans, der zahlreichen Unterstützungsangebote und der Willkommensstrukturen, auch in Form des sicheren Hafens für Geflüchtete, wird von der Verwaltung und von allen demokratischen Fraktionen gesehen.

Eigentlich wollte ich kein Wort zu den Anträgen der AfD verlieren, aber die Vorrednerin Frau Fenrich und auch Herr Schmidt, Sie machen es mir leicht, es zu ändern, meine Absicht. Da Sie aber ein Paradebeispiel, also Ihre Anträge sind für mich, für uns, ein Paradebeispiel für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

(Vereinzelter Beifall)

Ich möchte auch aufzeigen, dass die AfD sich mit ihrer unerträglichen Ignoranz selbst demaskiert, deshalb fünf Sätze zu Ihren Anträgen grundsätzlich. Es sind sage und schreibe 23 Anträge, die eine Streichung oder Kürzung von integrationsrelevanten Angeboten befürworten. Fassungslos macht mich, dass Sie scheinbar wahllos, völlig undifferenziert und ohne jegliche Kenntnis der Angebote nahezu alles ablehnen, was in irgendeiner Form mit Zuwanderung zu tun hat. Zudem reduzieren Sie die komplexe Gruppe der Zugewanderten völlig wirklichkeitsfremd auf die beiden Begriffe, ich zitiere, Ausländer und Fremde, die keine Bleibeperspektive haben. Es gibt einfach keine anderen Zugewanderten scheinbar. Sie demonstrieren in diesem Haushalt sehr drastisch, dass es Ihnen in erster Linie und ausschließlich darum geht, Zugewanderten insgesamt das Leben so schwer wie möglich zu machen. Genau das ist gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ich bin erleichtert, einem Gemeinderat anzugehören, in dem die AfD mit ihrer menschenverachtenden Haltung der Minderheit angehört und der sich in der Ablehnung von ausgrenzenden Positionen einig ist. Lassen Sie uns weiterhin konstruktiv an der kommunalen Querschnittsaufgabe Integration arbeiten und an einem lebenswerten Karlsruhe für alle, in dem wir ungeachtet von Herkunft und ethnischer Zugehörigkeit in gegenseitigem Respekt zusammenleben können.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Lassen Sie mich etwas Grundsätzliches zum Teilhaushalt 5000 sagen. Dieser Haushalt 5000 zeigt sehr deutlich, dass Karlsruhe eine sehr soziale Stadt ist, eine Stadt, die Integration, Migration und viele soziale Aufgaben in hervorragender und sehr engagierter Weise anpackt und umsetzt. Deswegen glauben wir, dass das Wichtige ist, dass wir dies, was wir erreicht haben, in unserer sozialen Stadt Karlsruhe erhalten können. Wir können aber auch nicht weiteren Erhöhungen oder Ausweitungen zustimmen. Wir sind froh, wenn wir in dieser schwierigen Haushaltslage diese sozialen Aufgaben in diesem Umfang weiter erledigen können. Deswegen werden wir, was Erhöhung und Ausweitung von Anträgen kommt, ablehnen. Lassen Sie mich kurz was zu diesen Streichanträgen der AfD sagen. Sie machen mich zum großen Teil sprachlos, weil sie irgendwie die Geisteshaltung der AfD verdeutlichen und nach außen

darstellen. Wir werden diesen Streichungen in keiner Weise zustimmen. Wir möchten, dass Karlsruhe die soziale Stadt bleibt und nicht noch weitere Abstriche in diesem Bereich gemacht werden. Es fällt uns schwer, manches, was wir gerne täten, würden wir auch keine Anträge diesmal stellen. Und was auch zu betonen ist in diesem Zusammenhang, dass die freien Träger auch sehr wohl verstanden haben, welche Haushaltslage wir haben, und das sieht man auch, dass kaum Anträge von freien Trägern uns vorliegen. Dazu auch meinen herzlichen Dank an die freien Träger, die diese soziale Stadt auch dadurch unterstützen, dass es möglich bleibt, hier mit den freien Trägern und mit diesem guten Konzept im Sozialbereich weiterzuarbeiten.

Dann möchte ich gerne noch zu dem eigentlichen Antrag SCHEFF sagen, SCHEFF bekommt Geld und was wir nicht eben zustimmen können, ist die Erhöhung, weil was aufläuft, dass die Stadt einspringt. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen.

Stadtrat Zeh (SPD) Ich spreche jetzt auch zum Tagesordnungspunkt 6 im Gemeinderat, das ist die Migrationsbeiratsliste und den Punkt 105 bis 117.

SCHEFF macht hervorragende Arbeit, das haben wir auch schon mehrfach hier in Ausschüssen auch diskutiert. Die ergänzende Betreuung für Berufsschüler in Deutsch und in Mathematik, um ihre Ausbildung zu bestehen, ist hervorragend, und auch die Erfolgsquote zeigt das deutesprechend. Jetzt sind hier die ESF-Mittel ausgelaufen. Dieses Programm hat aber schon vorher gesagt, dass es die ESF-Mittel als Anschubfinanzierung bekommt und wir sind deshalb auch froh, dass jetzt hier die klare Situation ist, und wir stellen den Antrag und auf die Erhöhung haben wir ja gemeinsam mit anderen Fraktionen auch gestellt, ohne Sperrvermerk, weil klar ist, die kriegen die ESF-Mittel nicht. Genauso verhält sich es auch bei Perspektive Now! Plus. Hier werden Tandems gebildet, um auch hier die Integration zu fördern und hier voranzukommen mit der Integration unserer Mitbürger. Auch die Empfehlung des Migrationsbeirats, diese Corona-bedingten Ausfälle an Schulen über Rückenwind zu fördern mit Sperrvermerk, auch diese Erhöhung mit Sperrvermerk des Migrationsbeirats als zweiter Punkt tragen wir mit. Für uns als SPD haben die Landesmittel von Rückenwind Vorrang und die Sperrvermerke können nur aufgehoben werden unter besonderen Randbedingungen, was man im Ausschuss dann entsprechend auch diskutieren muss, wann das ist.

Jetzt aber auch noch mal ein paar Worte zu den drei AfD-Stadträten, die hier im Gemeinderat sitzen. Das macht einen wirklich wütend. Letztendlich, wer weiß, wie Spenden funktionieren, weiß, auch in Karlsruhe sind alle Organisationen, die sich mit Tieren beschäftigen, wie der Zoo oder das Tierheim, oder mit Kindern beschäftigen, die kriegen reichlich Spenden, aber letztendlich andere Sachen, wenn es um sozial Benachteiligte oder Armut geht, da ist die Spendenbereitschaft schon deutlich zurückhaltender. Sie wollen das jetzt alles kürzen unter dem Motto Sparhaushalt, aber hinter diesem Kürzungsgedanken steht ganz klar für mich eine fremdenfeindliche Absicht, muss ich sagen.

(Vereinzelter Beifall)

Wenn ich die Rede von Frau Fenrich eben gehört habe, die unterschieden hat, zwischen unseren Bürgern, denen sie solche Ausgaben nicht zumuten können und dagegen speziell Ausländerprogramme, dann unterstreicht es doch ganz klar, dass Sie als Karlsruher Stadträte genau diese fremdenfeindliche Position vertreten. Auch ist letztendlich Ihr Verständnis von Demokratie scheinbar ein etwas anderes. Bitte lesen Sie doch mal im Grundgesetz den ersten Artikel, da

wird nicht von Deutschen geredet, sondern von Menschen, und wir haben alle die Aufgabe hier, uns für die Menschen einzusetzen. Auch zumindest die EU-Bürger können hier im Gemeinderat vertreten sein, sind im Gemeinderat vertreten und wählen auch unseren Gemeinderat mit, und deshalb sind auch diese Menschen, die hier zu uns zuwandern, Deutsche, nicht unter fremdenfeindlich zu verstehende, sondern sind Bürger hier in Karlsruhe und das müssen Sie bitte mal zur Kenntnis nehmen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Nach den Angriffen möchte ich ganz klarstellen, wir sind nicht fremdenfeindlich, und wir haben auch nichts gegen Migranten insgesamt. Wir haben auch nichts dagegen, dass es diese Programme gibt, auch wenn sie sich nur an einzelne Bevölkerungsgruppen richten, die durch ihre Abstammung definiert sind, wo wir ein Problem haben im Grundgesetz an der Stelle, weil es sind ja Dienste, die sich auf eine bestimmte Gruppe richten, die anhand ihrer Abstammung definiert ist. Wir haben nichts dagegen, dass es diese Programme gibt, wir sind nur der Meinung, dass die Stadt da zu viel Zuschüsse leistet und dass die Stadt Strukturen finanziert, die parallel laufen, und das haben wir mit unseren Anträgen zum Ausdruck gebracht. Natürlich sind Sie anderer Meinung und natürlich können Sie anhand unserer Meinung zeigen, dass Sie ganz anderer Meinung sind. Also, seien Sie doch froh, dass es uns gibt und unsere Meinung, weil da können Sie sich ganz deutlich abgrenzen und Ihre Positionen klarmachen. Meinungsvielfalt ist halt immer schwer zu ertragen für alle Beteiligten.

Der Vorsitzende: Wir haben gerade eine Mischung aus einer Generaldebatte zu diesem Kapitel und diesem Thema SCHEFF und deswegen, Frau Großmann, muss ich Sie hinten drannehmen in der zweiten Runde. Wenn es jetzt Wortmeldungen gibt, die beides mischen, kann ich nicht sagen: Hör jetzt auf, wir machen es nachher, jetzt müssen wir es so durchziehen. Ich finde, es passt aber von der allgemeinen Debatte jetzt gerade ganz gut und dann kommen Sie noch mal dran, um dann noch mal die Haltung zu SCHEFF hier zu begründen.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Unser Grundanliegen ist, dass Menschen in diesem Land, egal welchen Hintergrund sie haben, wirklich Gemeinschaft bilden, dass hier ein Zusammenhalt existiert, und dafür müssen wir als Stadt schon investieren, das ist gar keine Frage, und wir machen das bis jetzt auf hohem Niveau, das muss man auch sagen. Wir sind auf einem guten Weg, dass Menschen eben nicht fallengelassen werden, sondern hineingeführt werden in die Mitte der Gesellschaft. Deswegen, unser Abstimmungsverhalten wird so sein, dass wir grundsätzlich sagen, das gute Niveau wollen wir beibehalten und bei zwei Dingen werden wir zustimmen, aber insgesamt sagen wir, unser Niveau ist gut, wir werden im Sozialbereich genauso abstimmen, weil wir sagen, das sind in vielen Bereichen die Spitze und diese Spitze zu halten, ist ganz viel wert, denn wir müssen nicht überall nur draufsatteln. Das Problem der ESF-Mittel an der Stelle sehe ich genauso, dass wir es mit der Absicht begonnen haben, auch weiterzuführen, und insofern müssen wir jetzt auch dranbleiben.

Stadträtin Großmann (GRÜNE): Nach der längeren Debatte möchte ich jetzt für uns und für die Parteien, die mit uns den Antrag für SCHEFF und Perspektive Now! Plus gestellt haben, erläutern. Perspektive Now! und SCHEFF sind zwei überaus bewährte, langjährige Projekte. Sie waren bisher in der ESF-Förderung, die jetzt weggefallen ist. ESF war nur als Anschubfinanzierung gedacht. Da der Migrationsbeirat von der Notwendigkeit der Fortführung auf dem gleichen Niveau überzeugt ist, hat er sich in seinen Empfehlungen aufgrund der Haushaltslage fokussiert und beschränkt. Das ist für uns sehr wichtig, dass es hier erwähnt wird. Es geht hier um insgesamt fünf Maßnahmen, die wir alle befürworten. Die Veränderungen der Höhe der Zuwendung

wurden bereits geprüft und anschließend vom Migrationsbeirat befürwortet. Wir bitten dementsprechend um die Einstellung der Mittel in voller Höhe. SCHEFF trägt dazu bei, dass mit der Unterstützung der Lehrkräfte dem Fachkräftemangel entgegengewirkt wird. Unbegleitete ausländische Minderjährige erhalten zum Schulunterricht zusätzlich Deutsch und Mathe, und ihre Bemühungen zur Integration in das Berufsleben werden unterstützt. Ich war selbst an einer beruflichen Schule tätig und kann bestätigen, dieses zusätzliche Angebot ist der Schlüssel zu einem guten Abschluss. Ziel ist auch hier die Stabilisierung und Verbesserung der schulischen Leistung, aber auch der Ausbildungsreife, und wir wissen, persönliche Ansprache und Förderung beschleunigt den Lernprozess und führt deshalb schneller zum Ziel. Auch hier, beim Projekt SCHEFF, ist die Beziehungsarbeit ein ausschlaggebender Faktor, was auch von den betreffenden Schulleitungen sehr stark unterstützt wird. Perspektive Now! Plus ist ein Tandemprojekt des Internationalen Begegnungszentrum und ist sehr erfolgreich. Es dient der Unterstützung der schulischen, sozialen, kulturellen und vor allem auch der beruflichen Integration junger Migrant*innen und Geflüchteter. Die Zahlen sprechen für sich, weit über 100 Tandems haben bereits dieses Projekt durchlaufen, was uns GRÜNE davon überzeugt hat, dass die Fokussierung auf die berufliche Integration in diesem Fall genau das Richtige ist. Wir haben den Antrag gestellt, weil viele Teilnehmende danach ihre Berufsausbildung erfolgreich beendet haben und jetzt als Fachkräfte übernommen wurden. Es gibt auch diese professionellen Workshops für Demokratiebildung, und wie es sich jetzt herausstellt, was wir schon länger wissen, in der heutigen Zeit ist die Reflexion über Demokratiebildung wichtiger denn je.

Zuletzt möchte ich noch auf die drei Bildungsmaßnahmen auf der Empfehlungsliste eingehen. Es geht um Bildungsberatung IB, BIZUKI und PaxxAn. Diese drei Maßnahmen helfen, die Landdefizite im Übergang in andere Schularten und beim Schulabschluss aufzuholen. Gleichzeitig wird die deutsche Sprache in den Fokus genommen. Corona hat gerade bei Sprachanfänger*innen und bei Schulabgänger*innen zu großen Lücken im Lernstoff geführt. Uns haben hier die Ausrichtung und die Bedingungen, unter denen diese Maßnahmen durchgeführt werden, überzeugt. Die Aufstockung ist als Ergänzung zum Programm Rückenwind von der Landesregierung gedacht und hat deshalb einen Sperrvermerk. Wir befürworten diese fünf Maßnahmen.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortmeldungen. Ich möchte noch mal zur inhaltlichen Aufstellung oder auch zu bestimmten Fakten einfach noch mal zwei Dinge bemerken. Ich möchte feststellen, dass ich nicht den Gegensatz sehe zwischen Steuerbürgern und Fremde, weil auch Fremde in dieser Stadt Steuern zahlen, wenn sie arbeiten. Das ist eine nicht realistische Trennung der Gesellschaft in zwei Bereiche. Zweiter Punkt, ich kann auch bei den meisten dieser Programme nicht erkennen, dass das was mit Abstammung zu tun hat, sondern, es hat was mit Status zu tun. Eine syrische Familie, die seit vier Generationen hier wohnen würde, hätte nicht die Möglichkeiten, an diesen Geflüchtetenkursen teilzunehmen. Umgekehrt, Sie haben es eben ausgeführt, Frau Großmann, gibt es ganz viele Kurse, die den Übergang Schule-Beruf organisieren, und da hat natürlich auch der Jugendliche mit deutschem Pass, der aber wegen irgendwelcher Integrationshemmnisse diese Unterstützung braucht, seinen Zugang. Deswegen stimmt auch diese Aussage nicht. Das möchte ich einfach noch mal an der Stelle deutlich machen.

Gut, wir arbeiten jetzt uns durch die verschiedenen Anträge. Ich rufe jetzt noch mal auf 105 a - c, da geht es um SCHEFF. Wenn ich das richtig verstehe, geht es immer um eine Erhöhung um diese 36.500 Euro bzw. 40.300 Euro in den beiden Anträgen der FDP und des Sammelantrags GRÜNE, SPD, KAL/Die PARTEI, DIE LINKE. und die stelle ich jetzt zur Abstimmung, beide

zusammen und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Dann rufe ich auf den Antrag der AfD, der sich damit aber eigentlich erledigt hat, denn dieselbe Mehrheit wird jetzt vermutlich nicht noch streichen. Insofern, wenn Sie einverstanden sind, verzichte ich jetzt auf eine Abstimmung.

Antrag 106 (Seite 257): Reduzierung des städtischen Zuschusses und weitere Finanzierung durch Dritte beim IB Bildungsberatung (AfD)

Ich bitte hier um Ihr Votum. – Das ist **eine mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 107 (Seite 257): IBZ – Reduzierung Miet-, Betriebskosten-, Personalkostenzuschuss (AfD)

Da es sich hierbei um das IBZ handelt, wird sich Frau Dr. Sardarabady als befangen erklären. Es geht hier auch um die Reduzierung diverser Zuschussbestandteile, ein AfD-Antrag, und den würde ich jetzt auch zur Abstimmung stellen. – Das ist eine **Ablehnung**.

Wenn Sie einverstanden sind, Herr Dr. Schmidt, würde ich 108 und 109 zusammennehmen, weil es beides Programmbestandteile beim IB sind. Können wir so verfahren?

Anträge 108 und 109 (Seite 257): IB Dolmetscherpool und IB Hausaufgabenbetreuung für Sinti- und Roma-Kinder

Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist auch eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Anträge 110 a – c (Seite 257): IBZ - Projekt Perspektive Now! Plus (GRÜNE, SPD, KAL/Die Partei, DIE LINKE.), (CDU, FW|FÜR), (AfD)

Hier beantragen zwei der Antragsteller auch noch einen Sperrvermerk für die Erhöhung. Jetzt stimmen wir erst mal über die Erhöhung ab. Da geht es um diese, Moment, wo haben wir es, 41.700 Euro.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Wir wollten schon unseren Antrag kurz noch mal erläutern, und zwar grundsätzlich als CDU-Fraktion fordern wir Integration, und damit diese gelingt, wollen wir sie auch fördern und insbesondere bei Projekten, wo wir eine Nachhaltigkeit auch erkennen können, das ist bei Perspektive Now! Plus der Fall, im Unterschied zu dem, dass wir sonst ja keine Zuschusserhöhungen in diesem Haushalt mitgehen, sehen wir hier diese Erhöhung nicht als eigentlichen zusätzlichen Zuschuss, sondern bedingt durch den Wegfall des ESF-Schirms. Das Projekt unterscheidet sich von anderen vor allem da drin, dass eben nicht nur Sprache, die deutsche Sprache vermittelt wird, sondern hier auch durch Kontakte, durch Austausch ein Zugang auch in das gesellschaftliche Leben ermöglicht wird, und das ist uns wichtig hier als CDU. Insofern würden wir uns natürlich wünschen, wenn die Verwaltung es möglich machen kann, es durch eine Umschichtung zur Verfügung zu stellen, wäre uns das sicherlich nochmals genehmer, aber grundsätzlich unterstützen wir dieses gute Projekt.

Der Vorsitzende: Aber der weitergehende Antrag ist jetzt erst mal ohne Sperrvermerk, weil wir damit das Geld ja einfach zur Verfügung stellen. Das ist der interfraktionelle **Antrag GRÜNE, SPD, KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.**, und das stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **große Mehrheit**. Da die große Mehrheit jetzt ohne Sperrvermerk schon zustande gekommen ist, brauchen wir den Sperrvermerk nicht noch mal separat abstimmen.

Dann ist die Frage, Herr Dr. Schmidt, damit hat sich eigentlich Ihr Antrag auch wieder erledigt. Das sehen Sie auch so. **Antrag Nr. 110 c** hat sich damit auch **erledigt**.

So, jetzt kommen wir aus dem IBZ wieder weg. Jetzt kann Frau Dr. Sardarabady wieder hinzustoßen.

Anträge 111 und 112 (Seite 257): IB PaxxAn (AfD) und IB Quereinsteiger (AfD)

Da können wir 112 auch mit dazu nehmen, das ist auch beim IB Quereinsteigerprojekt. Dann bündeln wir das so ein bisschen immer nach Träger. Also, ich rufe auf 111 und 112 und bitte um Ihr Votum. – **(Ablehnung)**

Antrag 113 (Seite 257): BIZUKI (AfD)

Auch hier eine Reduzierung des Zuschusses. Auch hier bitte ich um Ihr Votum. – **(Ablehnung)**

Antrag 114 (Seite 257): Karlsruher Integrationsplan, Streichung des Zuschusses (AfD)

Hier bitte ich um Ihr Votum. – **(Ablehnung)**

Antrag 115 (Seite 257): Maßnahmen Ausländerbetreuung-Projekte (AfD)

Auch hier eine **Streichung** und bitte wiederum um Ihr Votum. – **(Ablehnung)**

Antrag 116 (Seite 257): Erhöhung des Budgets des Karlsruher Integrations- und Flüchtlingsfonds (DIE LINKE.)

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Nur ganz kurz. Ich denke, es ist wichtig, dass gerade in diesen schwierigen Zeiten die Spielräume für den AK Migrationsbeirat offengehalten werden. Wir haben jetzt gerade eine Situation, es wurde ja auch beschrieben, dass keine Forderungen von der Seite der Mitglieder des AK gestellt wurden über die Liste A hinaus. Wir haben die Situation, dass die Behörde im Prinzip empfohlen hat, die Liste B abzulehnen, und wir glauben aber, dass es gerade jetzt in dieser Zeit besonders wichtig ist, diese Begegnungsmöglichkeiten zu verstärken, zu nutzen, und wir sind uns alle selbst im Klaren über unsere Aktivitäten. Wir brauchen eher mehr als weniger, schon alleine größere Räume und einfach mehr Geld auch, um diese größeren Räume zu finanzieren, was man jetzt in Corona alles zu beachten hat. Für die Migrantinnen und Migranten ist der Kontakt mit den deutschstämmigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern extrem wichtig, weil, nur so funktioniert Integration, Teilhabe und all diese Mitmachmöglichkeiten in unserer Stadtgesellschaft, und allein deshalb braucht es mehr Spielräume in diesem Bereich. Wir bitten deshalb tatsächlich, hier den Fonds um entsprechend 40.000 Euro aufzustocken.

Stadträtin Großmann (GRÜNE): Wir möchten diesem Antrag zustimmen, weil wir ebenfalls finden, dass im Migrationsbeirat immer wieder spontan Projekte vorgestellt werden und auch abgestimmt werden, und gerade jetzt, wo wir vielleicht noch mehr Zulauf haben bzw. noch mehr Mitbürger*innen vielleicht mitversorgen können mit diesem Antrag, möchten wir auch diese Gelder beantragen. Ich habe aber noch die Frage, wie ist das mit den Bildungsmaßnahmen? Werden wir die noch extra abstimmen auf der Empfehlungsliste? Das weiß ich jetzt nicht.

Der Vorsitzende: Die kommt dann nachher noch unter TOP 6.

Dann können wir jetzt über diesen Antrag abstimmen, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **ablehnende Mehrheit**.

Antrag 117 (Seite 258): Tiyatro-Theaterprojekte an Schulen (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Da ist, glaube ich, ein Vorzeichenwechsel passiert, also, wir wollen das reduzieren, nicht aufstocken.

Der Vorsitzende: Stimmt, steht bei mir auf der Liste. Ich soll noch mal drauf hinweisen, dass es fälschlicherweise positiv dargestellt wurde. Also, ich meine jetzt, die Ziffer ist positiv dargestellt worden, nicht mit einem Minus versehen.

Dann können wir gleich zum Abstimmen kommen, und ich bitte um Ihr Votum. – **(Ablehnung)**

Stadträtin Göttel (DIE LINKE): Ich habe Nein gestimmt.

(Heiterkeit)

Der Vorsitzende: Wir nehmen zur Kenntnis, dass wir der Frau Göttel das abnehmen.

Anträge 118 a – f (Seite 258): Kulturküche und den Verein LoBiN e.V. (KAL/Die PARTEI), (DIE LINKE.), (Bürger/Einwohner), (FDP), (GRÜNE), (AfD)

Hier geht es im Wesentlichen um die **Erhöhung des Zuschusses um einmal 120.000 Euro**, dann habe ich **zwei Anträge mit 100.000, einen mit 70.000 und einen mit 10.000**, und dann gibt es die Forderung, das Ganze **um 20.000 Euro zu reduzieren**, das ist der **AfD-Antrag**. Jetzt haben im Grunde alle Anträge gestellt.

Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI): Seit der Eröffnung der Kulturküche in den Räumen der Alten Seilerei hat sich aus unserer Sicht das Konzept sehr bewährt und auch der Ort etabliert. Es geht da um Begegnungs- und Vernetzungsmöglichkeiten und dazu noch bei einem sehr günstigen gastronomischen Angebot. Nebenbei werden auch hier inklusive Beschäftigungsmöglichkeiten geboten für die Menschen, die dort arbeiten. Dann, Sie haben es jetzt vielleicht in den letzten Tagen in der BNN gelesen, mit der Kraft-Netz-Stiftung Karlsruhe, dass die auch aus der Kulturküche heraus entstanden ist. Es sollen eben Wege aus der Einsamkeit gefunden werden und um den O-Ton der Kulturküche zu gebrauchen, raus aus der Einsamkeit und Isolation, rein ins Leben und starke Gemeinschaften. Zur finanziellen Absicherung und Stabilisierung dieses sozio-kulturellen Ortes und zur Defizittilgung benötigt die Kulturküche hier unsere Unterstützung.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Die Kulturküche ist tatsächlich eine herausragende Einrichtung in unserer Stadt, die eigentlich kaum einem Amt zugeordnet werden kann, denn sie ist gleichzeitig eine Kultureinrichtung, eine soziale Einrichtung, eine integrative Einrichtung, eine interkulturelle Einrichtung, eine inklusive Einrichtung und sie ist auch eine Einrichtung, die sich quasi als Stadtteileinrichtung außerordentlich großer Beliebtheit erfreut. In den wenigen Jahren, in denen sie existiert, ist es ihr mit erheblichen Spendenmitteln gelungen, diese Einrichtung selbst zu finanzieren, aber jetzt hat sie in ihren Aufgaben, die sie sich gestellt hat, einen Umfang angenommen, der einfach eine Erhöhung erforderlich macht, wobei wir GRÜNEN diesem Antrag, der wohl auch von ihr gestellt wurde, in diesem hohen Umfang natürlich so nicht zustimmen können, einmal natürlich wegen der Haushaltslage, aber auch zweitens, weil es sicher notwendig ist, dass die Kulturküche auch noch mal überprüft, wie sie künftig mit ihren Aufgaben umgeht, denn ein Erhöhungsantrag in diesem Umfang kann natürlich nicht von einem Jahr zum nächsten auch gewährleistet werden. Aber angesichts der Gespräche, die wir auch noch mal geführt haben, würden wir jetzt vorschlagen als Änderungsantrag, dass wir unseren Antrag, der 10.000 Euro beinhaltet, auf 30.000 Euro erhöhen und würden das als Vorschlag hier jetzt hier in die Beratungen einbringen.

Stadtrat Hock (FDP): Meine Kollegin Rastätter hat ganz vieles genannt, was dort an vorbildlicher Arbeit über Jahre getan wurde. Wenn man mal dort war und die Mittagstische verfolgt hat, was dort geboten wird, dann muss man wirklich sagen, hätten wir vonseiten der Stadt vor Jahren gesagt, wir müssen es mal evaluieren und mal schauen, wie es sich so entwickelt, dann müsste man heute sagen, das hat sich so gut entwickelt wie fast kein Projekt. Es sind viele Projekte in der Stadt, die sich gut entwickeln, aber wenn man das anschaut, muss man wirklich

sagen, das ist ein Vorzeigeprojekt. Wenn man weiß, dass die umfangreiche Arbeit, die dort getan wurde, auch mit Spenden möglich war und jetzt einige Spenden weggebrochen sind, dann ist für meine Fraktion aber eines unerlässlich, dass wir die Arbeit von LoBiN, die über Jahre jetzt in dieser Größenordnung auch jeden Tag in der Östlichen Kaiserstraße gebracht wird, dass wir die auch nicht untergehen lassen dürfen. Deshalb meine Fraktion hat eine Zuschusserhöhung jährlich von 70.000 Euro auf den Weg gebracht, und wir bitten die Fraktionen, auch die GRÜNEN-Fraktion, sich einem höheren Betrag anzuschließen, weil eines ist klar, LoBiN braucht dieses Geld, um diese vorbildliche Arbeit, die dort geleistet wird über die Jahre, weiterzumachen.

Stadträtin Wiedemann (CDU): LoBiN e.V. macht eine gute Arbeit. Es ist eine gute Einrichtung, die sich auch selbstständig weiterhin etablieren wird, und ich knüpfe nur an das an, was wir im Vorfeld gesagt haben. Wir stimmen keiner Erhöhung der Zuschüsse zu.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Die Kulturküche ist ein echtes Juwel und wer da mal war, der weiß, wie ansteckend die Einrichtung ist, und wir wünschen dem Verein, dass er auch eine nachhaltige Finanzierung auf die Beine stellt. Die 120.000 Euro sind tatsächlich sehr viel gefordert. Wir denken auch, dass es langfristig nicht sinnvoll ist, mit so großen Zuschüssen zu arbeiten. Also, man muss einen Weg finden, wie man selber auch so viele Einnahmen oder anderswo Spenden generiert, dass man wirklich dieses erreichen kann, was man sich vorgenommen hat. Wir möchten aber sukzessiv dem Verein helfen, weiterzuarbeiten und auch zu wachsen und würden an der Stelle dann den GRÜNEN auch mit dem Änderungsantrag auf 30.000 € Förderung pro Jahr folgen.

Stadträtin Lorenz (FW | FÜR): Wer Sarah Tzitzikos mit ihrem Team mit diesem Tatendrang und dieser Herzenswärme einmal erlebt hat und was dort in der Kulturküche alles an Soziokulturellem passiert, kann man eigentlich nicht sagen, man stimmt nicht einer Erhöhung zu. Bisher hat sie sich da wirklich tapfer geschlagen, aber natürlich ist es in Bezug auf die Spenden auch Corona geschuldet, dass sich da viele zurückziehen oder auch zurückziehen müssen. Ursprünglich wollten wir dem Antrag der GRÜNEN folgen, die jetzt erhöht haben, und wir werden auch hier mitgehen, also 30.000 Euro im Jahr sind eigentlich Peanuts, einfach um dieses Projekt weiter am Leben zu halten und diese wertvolle Arbeit, die jetzt eben, Kollege Haug hat es, glaube ich, erwähnt, um diese Kraft-Netzwerke ergänzt wird, um das weiter zu unterstützen.

Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI): Wir ziehen unseren Antrag zurück.

Der Vorsitzende: DIE LINKEN haben uns mitgeteilt, dass der Antrag auf 120.000 Euro hochgezogen werden soll von ihnen. Insofern haben wir jetzt nach wie vor trotzdem einen Antrag von 120.000 Euro, es sei denn, es sei falsch bei uns angekommen. Dann gibt es einen Antrag von 100.000 Euro. Das ist ja der Antrag, der von der Kulturküche selber kommt. Dann gibt es die 70.000 und die 30.000, und dann gibt es die Kürzung um 20.000. Nur dass Sie noch mal wissen, was jetzt da so alles hintereinander kommen wird.

Dann stelle ich jetzt zunächst den **Antrag der LINKEN** zur Abstimmung, dass wir **jedes Jahr 120.000 Euro einstellen**. Stimmt das nicht, Frau Göttel?

Stadträtin Göttel (DIE LINKE): Entschuldigung, ich meine, wir hätten die 100.000 Euro nicht verändert.

Der Vorsitzende: Es steht 100.000 Euro drin, aber von einem Telefonanruf steht hier, dass Sie das auf 120.000 Euro erhöhen wollen. Das haben Sie im Rahmen der Vorberatung im Jugendhilfeausschuss mitgeteilt. Okay, dann ist gut. Dann haben wir die 120.000 Euro alle weg und stimmen jetzt über **100.000 Euro** ab. Ich möchte dazu sagen, falls wir da heute überhaupt ein positives Votum bekommen, dann sollten wir aber unser entsprechendes Fachdezernat bitten, über das, was wir dann dort mitfinanzieren, auch in eine vernünftige Vereinbarung zu gehen, und die würde ich dann gerne auch im Fachausschuss noch mal jeweils diskutieren, weil unabhängig davon, ob es am Ende 120.000 oder 50.000 sind, kommen wir da in Dimensionen rein, wo man einfach wissen muss, was man dann konkret an Bestandteilen dort mit fördert. Weil das doch ein sehr komplexes Gebilde ist, wäre es, glaube ich, ganz wichtig, dass die Stadt weiß, für welche Bereiche dann da auch dieses Geld eingesetzt wird. Da sind Sie mit uns einig.

Jetzt kommt der **Antrag mit den 100.000 Euro jedes Jahr zusätzlich** und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Ablehnung**.

Dann kommt der **Antrag der FDP mit den 70.000 Euro**, und da bitte ich um Ihr Votum. – Auch das ist eine **breite Ablehnung**.

Jetzt kommt der von den **GRÜNEN auf 30.000 Euro veränderte Antrag** zur Abstimmung, also 30.000 Euro zusätzlich, und da bitte ich um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **deutliche Mehrheit**. Ich denke, dass sich damit der **AfD-Antrag auf Streichung erledigt** hat. Dann haben wir auch diesen Komplex jetzt hier abgeschlossen.

Wir unterbrechen die Sitzung um 20 Minuten, dass wir noch mal durchlüften, und dann machen wir den Endspurt durch den Jugend- und Sozialbereich, vielen Dank. Wir treffen uns hier wieder um 18:10 Uhr, und ich finde es gut, wenn wir pünktlich beginnen. Dann sind wir nämlich annähernd kurz nach 19:00 Uhr fertig für heute.

(Unterbrechung der Sitzung von 17:50 Uhr bis 18:10 Uhr)

Anträge 119 a - d (Seite 258): Freundeskreis Asyl (DIE LINKE.), (KAL/Die PARTEI), (SPD), (AfD)

Stadträtin Melchien (SPD): Von uns ist nicht der weitestgehende Antrag, aber ich spreche gerne zu Beginn. Der Freundeskreis Asyl ist in Karlsruhe etabliert. Sie leisten fachlich hochwertige Arbeit, helfen den Menschen und geben ihnen die notwendige Unterstützung. Hier ist im allgemeinen Zuschuss keine Dynamisierung vorgesehen. Wir wollen hier nachbessern. Deswegen haben wir den Antrag gestellt, einfach geringfügig eine Zuschusserhöhung vorzunehmen und hoffen hierbei auf Ihre Unterstützung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann machen wir es mal so herum. Der weitestgehende Antrag ist, den gesamten Zuschuss zu streichen. Dann würde ich den AfD-Antrag jetzt mal zuerst aufrufen. Das ist der **Antrag 119 d**, und ich bitte Sie um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt kommen wir in die **Erhöhungsanträge**. Da ist der weitestgehende der der **LINKEN** mit

6.667 Euro. Da bitte ich um Ihr Votum. – Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann kommt der **Antrag der Karlsruher Liste/Die PARTEI** über **6.000 Euro**. Da bitte ich um Ihr Votum. – Auch das ist **abgelehnt**.

Dann kommt der **Antrag der SPD** über eine **Erhöhung um 2.000 Euro**. Da bitte ich Sie um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Annahme**.

Antrag 120 (Seite 258): Caritas und Diakonisches Werk, Beratungsstelle, Reduzierung des städtischen Zuschusses und weitere Finanzierung durch Dritte (AfD)

Ich sehe jetzt keine Wortmeldung, dann können wir es gleich zur Abstimmung stellen und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag 121 (Seite 258): Freunde für Fremde, Streichung des Zuschusses (AfD)

Auch hier können wir gleich abstimmen. – **(Ablehnung)**

Antrag 122 (Seite 258): Flüchtlingshilfe Karlsruhe, Reduzierung des städtischen Zuschusses und weitere Finanzierung durch Dritte (AfD)

Auch hier stimmen wir gleich ab. – **(Ablehnung)**

Antrag 123 (Seite 258): Aufbau Kapazitäten für Geflüchtete (KAL/Die PARTEI)

Gibt es Wortmeldungen? Das ist auch nicht der Fall. Dann stellen wir den jetzt zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – **(Ablehnung)**

Antrag 124 (Seite 258): Verein zur Unterstützung traumatisierter Migranten -Reduzierung des städtischen Zuschusses und weitere Finanzierung durch Dritte (AfD)

Ich bitte auch hier ein Votum. – **(Ablehnung)**

Anträge 125 und 126 (Seite 258): Caritas (AfD)

Dann würde ich vorschlagen, dass wir wieder in die Zusammenfassung gehen, und ich würde Ordnungsziffer 125 und 126 gemeinsam aufrufen, zwei Anträge der AfD, die beide was mit der Caritas zu tun haben, einmal der Sozialberatung und einmal das Integrationsmanagement, und bitte um das Votum. - **(Ablehnung)**

Antrag 127 (Seite 258): Maßnahmen Ausländerbetreuung und sonstige Projekte, Streichung des Zuschusses (AfD)

Auch hier bitte ich um Ihr Votum. – **(Ablehnung)**

Antrag 128 (Seite 258): COLA TAXI OKAY, Reduzierung des städtischen Zuschusses und weitere Finanzierung durch Dritte (AfD)

Auch hier stimmen wir gleich ab. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich rufe auf den **TOP 6** unserer eigentlichen Gemeinderatstagesordnung. Wir sind immer noch auf der **Seite 257/258, Beschlussvorlage für den Haushalt, Aufstockung der vom Arbeitskreis Migrationsbeirat empfohlenen Maßnahmen**, im Migrationsbeirat im 10. November 2021 vorberaten. Gibt es dazu Wortmeldungen? Dann bitte ich Sie um Ihr Votum. – Irgendwie haben sich da ein paar verabschiedet. Sollen wir die Abstimmung noch mal wiederholen? Es ist, glaube ich, nicht mehr Mehrheiten verändernd, aber wir wiederholen die Abstimmung noch mal.

Es geht um die **Beschlussvorlage der Verwaltung**, die vom **Migrationsbeirat empfohlenen Maßnahmen**, und bitte Sie um Ihr Votum, **TOP 6**. Brauchen Sie eine Unterbrechung? Jetzt sind alle abstimmungsfähig.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Ich wollte mich jetzt nur vergewissern, es geht um die Beschlussvorlage 2021/1422, die wir jetzt abstimmen, die im Migrationsbeirat beraten wurde und in der die Verwaltung nicht empfiehlt, diese Liste B anzunehmen, um diese Vorlage geht es oder habe ich das jetzt falsch verstanden? Aufgrund der aktuellen Finanzlage und der erwarteten finanziellen Entwicklung kann eine Ausweitung nicht erfolgen.

Der Vorsitzende: Das ist gut, dass Sie das noch mal ansprechen, weil das, glaube ich, vielleicht verwirrend ist. Der Arbeitskreis Migrationsbeirat empfiehlt eine ganze Reihe zusätzlicher Maßnahmen, und wir empfehlen Ihnen in der Beschlussvorlage, das nicht zu tun, nur damit einfach klar ist, worum es geht, genau. Möglicherweise sehen es ja jetzt andere noch mal anders. Also, wer jetzt zustimmt, lehnt die Vorschläge aus dem Migrationsbeirat ab. Nicht ganz, Frau Stadträtin Großmann, helfen Sie mir auf die Sprünge.

Stadträtin Großmann (GRÜNE): Ich weiß es nicht, aber deshalb habe ich vorhin gefragt. Wir haben fünf Projekte auf der Empfehlungsliste vom Migrationsbeirat, SCHEFF, Perspektive Now! Plus, PaxxAn, BIZUKI und Bildungsberatung. Zwei haben wir ja schon abgestimmt und die drei, die Bildungsmaßnahmen, die auf der Empfehlungsliste stehen, die haben mir vorhin gefehlt. Deshalb denke ich, dass es hier darum geht, dass wir die Bildungsmaßnahmen noch mal einzeln abstimmen müssten. Das war so meine Idee dazu, aber ich muss jetzt zugeben, das, was Sie jetzt haben, das liegt mir jetzt gerade nicht vor. Das müsste ich mir auch noch mal anschauen. Wir wollen diese Bildungsmaßnahmen. Wir müssen jetzt mit Nein stimmen.

Der Vorsitzende: Sie haben Recht, wir haben hier fünf Maßnahmen. Die ersten beiden haben Sie schon erhöht, und jetzt geht es noch um Bildungsberatung beim IB, es geht um dieses BIZUKI-Projekt des Vereins für Jugendhilfe und über PaxxAn. Da haben Sie lediglich die Anträge abgelehnt, es komplett zu streichen. Jetzt gibt es hier Erhöhungsanträge aus dem Migrationsbeirat, und die empfehlen wir Ihnen, auch abzulehnen. Das ist jetzt ein bisschen kompliziert. Ich gebe es ja zu. Wenn Sie die aber trotzdem erhöhen wollen, dann müssten Sie jetzt mit Nein stimmen. Kommen Sie noch mit? Wenn Sie einverstanden sind, nehmen wir alle drei Projekte jetzt in einem Rutsch.

Gut, dann stimmen wir darüber jetzt noch mal ab, drei **Bildungsprojekte, Vorschlag des**

Migrationsbeirats, wer jetzt mit Ja stimmt, der spricht sich gegen die Empfehlung des Migrationsbeirats aus. Das ist jetzt schwierig zu der Zeit. Wir stimmen ab. – Der weise Beschlussvorschlag der Verwaltung ist abgelehnt, und die drei Projekte kriegen mehr Geld. Das haben wir jetzt alle verstanden.

(Vereinzelter Beifall)

Antrag 129 (Seite 259): Freier Eintritt in den Zoo und Karlsruher Schwimmbäder für Inhaber des Karlsruher Passes/Kinderpasses (KAL/Die PARTEI)

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Unser Begehrt ist, den freien Eintritt in den Zoo und in die städtischen Schwimmbäder wieder zu ermöglichen, viele Jahre lang war das ja im Karlsruher Pass beinhaltet. Dann wurde mit einer Mehrheit im Gemeinderat diese Möglichkeit rausgenommen, aber wir sind der Meinung, dass in den heutigen schweren Zeiten, finanziell schweren Zeiten für die betroffenen Familien, ich spreche für die betroffenen Familien, es einfach jetzt richtig wäre, dass sie wieder freien Eintritt in den Zoo bekommen und freien Eintritt in die Schwimmbäder. Ich denke, das würde Sinn machen, um auch ein Signal an die Ärmsten in unserer Stadt zu senden.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Zunächst zu den Anträgen 129 bis 131 sage ich gesammelt was und dann ein paar allgemeine Worte zum sozialen Bereich. Für alle drei Anträge zu den Karlsruher Pässen gilt, dass wir nicht zustimmen werden. Wir hatten im Jugendhilfeausschuss vor nicht allzu langer Zeit und dann später auch im Gemeinderat beschlossen, dass wir das nächste Jahr nutzen wollen, um inhaltliche Fragen wirklich vertieft zu beraten, also auch mit Wissenschaftlern aus anderen Städten oder weiß ich was, zur Bedeutung von Mobilität und zum Charakter der Karlsruher Pässe allgemein. Dies halten wir nach wie vor für richtig, und zum Zweiten halten wir die Kosten momentan für zu hoch. Allgemein zum Sozialen ein paar Sätze, oft werden momentan im Zusammenhang mit der Corona-Krise die Begriffe Zusammenhalt und Solidarität benutzt. Für uns GRÜNE sind diese Begriffe zentral. Sie sind die Grundlage, um mit der Pandemie zurechtzukommen, um den Strukturwandel im Sinne des Klimaschutzes zu gestalten, Grundlage für unser Zusammenleben allgemein. Nur durch einen starken Zusammenhalt sind wir in der Lage, große Aufgaben zuversichtlich zu meistern, und deshalb gehören für uns zum Beispiel Klimaschutz, die Bewältigung der Pandemie und das Soziale eng zusammen. Wir sind froh, dass in Karlsruhe vor einem Jahr die Anzahl derjenigen Menschen, die ein Anrecht auf den Karlsruher Pass haben, stark erhöht wurde. Wir sind froh beispielsweise über unsere wirklich gute und solide Wohnungslosenhilfe, über die fortschreitende Planung zur Umsetzung der Istanbulkonvention im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen. Klar für uns ist weiterhin, trotz der Haushaltslage, egal wie die Haushaltssituation der Stadt ist, wir werden hinschauen und nicht wegschauen, hinschauen, wie die soziale Situation sich in allen Bereichen der Stadt entwickelt und handeln, wenn wichtige Bedarfe auftreten und wenn es sein muss, Prioritäten verändern, aus diesem Grund unsere wohlüberlegten Anträge zu sozialen Themen, vor allem im Migrations-/Integrationsbereich, der Antrag zu präventiven Hausbesuchen und auch zum städtischen Klinikum.

Kurz zur AfD, da braucht man nicht viele Worte. Sie schlagen einen systematischen Sozialabbau vor und ihre Demokratiefeindlichkeit entspricht ganz einfach ihrer Feindlichkeit gegenüber sozialer Gerechtigkeit. Das sind zwei Seiten einer Medaille, die da offensichtlich sehr eng zusammengehören.

(Vereinzelter Beifall)

Mehr ist dazu nicht zu sagen.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Zum Antrag KAL/Die PARTEI, wir sind alle sehr stolz auf unseren Karlsruher Pass und den Karlsruher Kinderpass. Das ist ein besonderes Merkmal unserer Stadt, und wir haben damit ja auch Erfolg, das in die Sozialregionen schon weitergetragen zu haben. Meine Fraktion sieht heute hier nicht, dass wir dieser Ausweitung zustimmen können, denn wir sehen es, wie die Verwaltung in ihrer Antwort sagt, dass eine Erhöhung hier um diese vorgeschlagenen Leistungen der Philosophie und der Konzeption der Pässe widerspricht, und deswegen lehnen wir den Antrag ab.

Stadträtin Melchien, (SPD): Ich möchte mich jetzt zwar nicht umfassend zum sozialen Bereich äußern, auch wenn ich viele Einschätzungen teile, aber zumindest auf die drei Anträge zu den Karlsruher Pässen. Als SPD-Fraktion stehen wir dazu. Wir sehen die Karlsruher Pässe als ein herausragendes Instrument im Kampf gegen Armut und für gesellschaftliche Teilhabe. Die Konzepte sind prinzipiell gut. Daher lehnen wir auch den Antrag 129 ab. Wir sehen hier, dass vor allem und auch in den folgenden Anträgen eine Ausweitung nicht lange haltbar wäre. Wir wollen hier verlässliche Beschlüsse fassen. Den ticketfreien ÖPNV hätten wir uns gewünscht, das haben wir im letzten Haushalt schmerzlich zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir da tatsächlich die finanzielle Überforderung durchaus hier gebracht hätten, und von daher sind wir natürlich bereit, an dem Thema wollen wir weiter dranbleiben. Hier hoffen wir auch tatsächlich ein Stück weit auf die neue Regierung und auch auf einfach viel mehr Unterstützung an der Stelle, dass wir dieses Ziel tatsächlich erreichen. Ansonsten sind wir auch prinzipiell sehr gerne bereit, weiterhin an der Weiterentwicklung der Ausgestaltung an dem Karlsruher Kinderpass und den Karlsruher Pässen insgesamt zu arbeiten. Das haben wir in der Vergangenheit in der fachlichen Beratung sehr gut gemeinschaftlich auf den Weg gebracht und tragfähige Lösungen entwickelt. Für heute können wir leider allen drei Anträgen nicht folgen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Frau Anlauf, wir haben keinen einzigen Streichungsantrag gestellt im Sozialbereich. Deswegen verstehe ich Ihren Angriff an der Stelle nicht, und zu den drei Anträgen, zu denen Sie gesprochen haben, wir werden genauso abstimmen wie die GRÜNEN und die SPD.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Wir haben uns tatsächlich in diesem Jahr, das ist vielleicht auch mal dem einen oder anderen gar nicht aufgefallen, uns auf das Thema ticketfreie ÖPNV fokussiert im Karlsruher Pass. Das war im letzten Jahr schon deutlich mehr. Jetzt kann man natürlich trotzdem die Diskussion führen, ob es finanziell leistbar ist. Ich sehe schon die Finanzbürgermeisterin, ich sehe auf jeden Fall die Augenbrauen, die hochgehen. Definitiv, aber wir haben darauf verzichtet, trotz der Diskussion im Jugendhilfeausschuss, jetzt irgendwelche prozentualen Zahlen rauszuhauen, um nur die Logik oder die Philosophie des Karlsruher Passes einzuhalten, weil wir ja ohnehin wenig Hoffnung hatten, den Antrag durchzubekommen. Wir bleiben dennoch der Meinung, dass der ticketfreie ÖPNV ein wichtiges Thema ist oder auch die weitere Reduzierung der Ticketpreisstruktur. Da haben wir ja in verschiedenen Aufsichtsräten immer wieder das Thema Preispolitik angesprochen. Das müssen wir vielleicht auch im Rahmen des Mobilitätskonzeptes noch mal erörtern. Ich bin da nicht ganz der Meinung, wie andere Vertreter*innen es sind, dass der Preis überhaupt keine Auswirkung hat auf den Nutzen oder einen völlig untergeordneten Wert. Also, die Studien, die ich zumindest habe, zeigen, dass gerade

dort, wo einkommensschwache Haushalte mit dem Thema Mobilitätsnutzung in Kontakt kommen, genau dort hat es natürlich elementare Auswirkungen, nicht auf die breite Personengruppe. Wenn ich persönlich jetzt 2,50 Euro oder 2,60 Euro zahle, fällt es mir nicht persönlich auf am Monatsende, aber natürlich, wenn jemand mit einem weitaus geringeren Gehalt es hat, dann haben wir hier ein Problem. Das heißt, wir halten weiterhin dran fest. Ich würde gerne das Angebot der Kollegin Anlauf aufgreifen. Wir sollen die nächsten zwei Jahre dazu gerne nutzen, um da drüber zu sprechen, wie ein sinnvolles Modell sein könnte. Vielleicht haben wir Möglichkeiten, wenn der Mobilitätspass der Landesregierung mal kommt, wenn andere Instrumente da sind, dass wir dort einen Mechanismus finden, der weggeht von der nutzerbasierten Finanzierung des ÖPNV, sodass wir auch solche einzelnen, selektiven, sozialpolitischen Maßnahmen rausgreifen können und finanzierbar machen können, und diese Diskussion wollen wir weiterführen. Wir halten trotzdem den Antrag aufrecht, wir halten ihn für sinnvoll.

Stadtrat Maier (CDU): Habe ich das jetzt richtig vernommen, wir waren bisher bei 129? Der Herr Kollege Bimmerle hatte jetzt aber auch schon zu 130 und 131 gesprochen. Ist das damit jetzt mit aufgerufen, oder rufen Sie das nachher noch mal separat auf?

Der Vorsitzende: Eigentlich noch nicht, aber wenn jetzt doch alle dazu reden, können wir es auch zusammenfassen, entscheiden Sie.

Stadtrat Maier (CDU): Gut, dann, wenn Sie mir das Wort geben und ich das entscheiden darf, dann entscheide ich gerne, dass ich kurz dazu auch spreche. Kollege Bimmerle, ich weiß nicht, ich habe überlegt, ob es peinlich, frech oder einfach nur dummdreist ist, dass Sie einfach auf der LINKEN Seite nun wieder Ihre alten Anträge rausholen. Irgendwie ist das ein unwürdiges Spiel. Wir erinnern uns noch sehr gut an die Diskussion in der letzten Haushaltsberatung, als diese Anträge über das Knie gebrochen wurden, wir hier Riesensummen veranschlagt haben und dann unser Oberbürgermeister diese ganze Geschichte klammheimlich auch wieder eingesammelt hat und Sie dem Ganzen zugestimmt haben. Jetzt rufen Sie es wieder auf. Ich verstehe nicht, dass Sie es nicht verstehen und von daher von uns eine ganz klare Ablehnung für diese Sache. Es wäre ja alles wünschenswert und schön, aber wir müssen doch einfach auch irgendwie gucken und uns nach der Decke strecken, von daher nicht möglich, deshalb ganz klare Ablehnung.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): In der Antwort der Verwaltung steht was sehr Weises drin. Da steht, dass für Karlsruhe die Philosophie der inklusiven Beteiligung fährt. Das ist eine gemeinsame Richtlinie, die wir uns gegeben haben. Wenn Sie das anders machen, dann brechen Sie die. Dann müssen wir komplett über neue Förderrichtlinien sprechen, und das wäre eine sehr komplizierte Sache. Deswegen, wir möchten, dass die Karlsruher Passinhaber, dass die auch was bezahlen, denn das ist auch ein Wert für sie. Ich empfinde nicht nur, ich bin nicht nur Opfer, sondern ich kann mich aktiv einbringen und mich bewegen. Und diese Philosophie, wenn wir die aushebeln wollen, dann braucht es einen extra Beschluss, nicht nur einen einfachen, finanziell wirksamen Antrag. Deswegen braucht es viel tiefer eine Beratung, bevor man so was machen könnte überhaupt, sonst wäre der Antrag für mich sinnlos. Also, wir werden das ablehnen, genauso wie beim Zoo oder bei den Schwimmbädern macht es für uns keinen Sinn. Unsere Lösung, die wir gefunden haben in Karlsruhe mit dem Karlsruher Pass ist sehr, sehr gut und deswegen wollen wir die beibehalten.

Stadtrat Hock (FDP): Mein Kollege Sven Maier hat mich natürlich jetzt dazu inspiriert zu fragen,

Kollege Bimmerle wird uns das erklären, wieso dieser Antrag da jetzt wieder drauf ist. Das ist ja derselbe Antrag wie schon einmal, und was mich noch mehr verwundert, dass jetzt in diesem Antrag drinsteht, ohne Betrag, zumal der Oberbürgermeister dieser Stadt den Betrag ja genannt hat, was es uns kosten würde. Da hätten wir es ja auch aufnehmen können zur Klarheit. Aber vielleicht können Sie mir erklären, wieso das jetzt noch mal dasteht.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Herr Hock, ich kann es Ihnen gerne erklären. Wir beraten ganz viele Anträge von jeder Fraktion, die öfters mal aufgerufen werden. Wir haben heute Morgen den Hitzeaktionsplan angenommen von 2018. Also, das ist jetzt keine neue LINKE Erfindung, dass jetzt jedes Jahr nur neue Anträge beraten werden. Das Zweite ist, sicherlich hätte man die Summen jetzt noch mal aufnehmen können. Wir dachten eigentlich, die Verwaltung schreibt es in ihrer Stellungnahme. Ich weiß gar nicht, ob es drin stand. Also, die Summe, das ist ja der Unterschied vor einem Jahr, die haben wir ja im Jugendhilfeausschuss diskutiert, konnte dann jeder nachlesen. Und das Dritte, was ich gerne sagen möchte, Herr Maier, Ihre Wortwahl, also die finde ich absolut deplatziert. Die hat hier überhaupt nichts zu suchen, hier von frech oder dreist zu sprechen. Das ist überhaupt nicht angemessen und bei allem Respekt, die CDU hat einen Antrag von 15 Millionen Euro Gewerbesteuererhöhungsverzicht drin. Das ist weitaus mehr, als wir hier darüber sprechen. Da können wir über Verhältnismäßigkeit auch an der Stelle reden.

Der Vorsitzende: Ich möchte mich nur dagegen verwahren, dass ich klammheimlich irgendwas eingesammelt hätte, sondern das hat der Gemeinderat beschlossen.

Dann kommen wir zu den drei Anträgen: **Ordnungsziffer 129, KAL/Die PARTEI, freier Eintritt in den Zoo und Karlsruher Schwimmbäder**, und bitte jetzt um das Votum. – Das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag 130 (Seite 259): Ticketfreier ÖPNV für 60+ Karlsruher Passinhaber*innen (DIE LINKE.)

Ich bitte um Ihr Votum. – Jetzt habe ich selbst vergessen zu wählen. **(Ablehnung)**

Antrag 131 (Seite 259): Ticketfreier ÖPNV für Inhaber*innen bis 25 Jahre -Karlsruher Pass (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Auch hier bitte ich um Ihr Votum. – Auch **mehrheitlich abgelehnt**.

Ich würde die Empfehlung von Frau Anlauf gerne aufnehmen, dass wir noch mal vertieft über die Systematik des Passes diskutieren und dann vielleicht auch mal so was wie einen Grundsatzbeschluss fassen, dass es hier nicht um Umsonstangebote geht, sondern dass es hier noch mit einer bestimmten Grundhaltung zu tun hat und damit wir das dann nicht mehr bei den ganzen Einzelanträgen wieder diskutieren. Das wäre, glaube ich, eine ganz gute Geschichte, dass wir noch machen.

Antrag 132 (Seite 259): Reduzierung der Sachkosten der Wohnraumakquise (AfD)

Das kommt mir doch ein bisschen sozial vor, Herr Stadtrat Dr. Schmidt.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Das kommt Ihnen sozial vor, aber es ist keine Kürzung. Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren, wo wir immer eine Kürzung bei der Wohnraumakquise

gefordert haben, weil wir der Meinung sind, dass günstige Wohnungen mit der Wohnraumakquise dem Markt entzogen werden, sind wir jetzt, haben wir ein gewisses Einsehen gezeigt, und wir würden es gerne auf einem selben Niveau wie letztes Jahr und die Zeit davor beibehalten, und wir sind dagegen, dass es weiter aufgestockt wird, das ist alles. Wir wollen keine Aufstockung, sondern Beibehaltung auf dem jetzigen Niveau mit der Begründung, diese Wohnungen werden dem Markt entzogen, denn die wären ja günstige Mietwohnungen, die von privat vermietet werden, wenn die Stadt sie nicht übernehmen würden.

Der Vorsitzende: Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 133 (Seite 260): Erhöhung Sachmittelbudget Seniorenbüro und Pflegestützpunkt für das Modellprojekt „Präventive Hausbesuche bei Senior*innen“ (GRÜNE, SPD, DIE LINKE.)

Das passt gut zu unserem **TOP 6.1** der Beschlussvorlage **Konzept für ein Modellprojekt präventive Hausbesuche für Seniorinnen und Senioren**, vorberaten unter Finanzierungsvorbehalt im Jugendhilfesozialausschuss. Hier gibt es ein Austauschblatt. Wir schlagen Ihnen vor, dass wir das umsetzen und dass wir hier dann durch Mittelumschichtung versuchen, das auf den Weg zu bringen. Das sind keine großen Beträge.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Noch kurz zur AfD, Sozialabbau im Migrationsbereich ist auch Sozialabbau.

(Vereinzelter Beifall)

Und zu dem Antrag präventive Hausbesuche, dieser interfraktionelle Antrag mit SPD und LINKEN hat das Ziel, durch die Hausbesuche zu erreichen, dass Senior*innen möglichst lange in ihrer Wohnung bleiben können und erst zu einem eventuell oder auch nicht späteren Zeitpunkt pflegebedürftig werden oder in ein Pflegeheim ziehen müssen. Der Grund ist einfach. Wir haben schon jetzt nicht genügend Pfleger*innen.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Uns liegt das Konzept des Modellprojektes vor. Dem kann man so zustimmen. Wichtig erscheint für uns der Satz mit dem Ausblick, dass wir versuchen müssen, das sehr gut zu evaluieren, wie es dann letztendlich ankommt, wie weit es gebraucht wird, welche Anzahl von Menschen wir dadurch erreichen. Durch die Umschichtung können wir dem Programm zustimmen.

Stadtrat Høyem (FDP): Alter ist eine biologische Realität, aber das ist keine Qualität, und das ist keine Krankheit. Jung zu sein ist keine Qualität. Alt zu sein ist auch keine Qualität, und die biologische Realität, alt zu werden, ist unglaublich individuell. Es ist in allen Verhältnissen schlecht, wenn man eine ganze Gruppe pauschal-generalistisch behandelt. Das ist es auch hier. Es ist in der demografischen Entwicklung, nicht nur in Deutschland, aber in Europa so, dass man mehr und mehr eine Bevölkerung kriegt, wo viele, viele ältere Menschen aktiv und fit und überhaupt nicht in einer besonderen Krankheitsgruppe isoliert werden sollen. Ich finde, dass eine pauschale Behandlung einer Gruppe, egal welche Gruppe, eine Beleidigung dieser Gruppe gegenüber ist. Wenn man dann den Staat als einen Vormund für alles, was passieren soll, betrachtet, dann muss man also auch für die individuelle Entwicklung für die Gruppe, die in diesem Alter sind. Selbstverständlich diskutiert man in verschiedenen Berufen, wie lange Leute in diesem Beruf

bleiben können. Generell haben wir zu wenige alte Menschen aktiv. Besonders in der Politik haben wir zu wenige Alte repräsentiert, statistisch vergleichbar mit der Zusammensetzung unserer Gesellschaft. Ich finde also, dass diese Behandlung einer bestimmten Gruppe pauschal-generalisiert ganz einfach sowohl eine Beleidigung dieser Gruppe ist, aber auch ein wirkliches Missverständnis davon, was eine gesellschaftliche Entwicklung ist.

Stadträtin Moser (SPD): Herr Høyem, das haben Sie schon mal gesagt und ich habe den Eindruck gehabt, dass Sie sehr betroffen waren, aber das müssen Sie meiner Meinung nach überhaupt nicht sein. Wenn Sie so einen Brief bekommen, weil Sie 75 sind, lehnen Sie sich zurück, entspannen Sie sich, freuen Sie sich, dass es Sie nicht betrifft und denken, wie schön, dass es mir gutgeht, aber vielleicht gibt es da draußen noch genügend Menschen, die sich genauso freuen, dass sie angeschrieben werden und auf die Möglichkeit der Hilfe aufmerksam gemacht werden.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich will die Debatte nicht verlängern, nur sagen, Frau Moser, was Sie gerade gemacht haben, ist in Ihrer Ideologie, wo Sie sagen, gerade wie ich mich verhalten soll, falls ich einen Brief bekomme, das ist der ganze Vormund eines Staats. Sie denken, dass ich nicht selber entscheiden kann, ich muss einen Brief haben, und mit diesem Brief geben Sie mir dann den Rat, wie ich diesen Brief behandeln soll. Entschuldigung, wir sind unglaublich weit zwischen Ihrer Ideologie, was der Staat in einer George Orwell-Gesellschaft als Vormund für alles machen müsste und was eine individuelle Entwicklung ist. Also, Sie brauchen sich nicht über Herrn Biden und Sie brauchen sich nicht über Herrn Schäuble und Sie brauchen sich nicht über Herrn Kretschmann, und Sie brauchen sich auch nicht um mich kümmern.

Der Vorsitzende: Das diskutieren wir jetzt bitte nicht aus. Wir gehen jetzt zur Beschlussvorlage der Verwaltung. Da ist ja das Antragsbegehren aufgenommen, und ich bitte Sie jetzt um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Antrag 134 (Seite 260): Förderung des Vereins Konvoi der Hoffnung Karlsruhe (Bürger/Einwohner)

Stadträtin Melchien (SPD): Es ist ein schwieriger Antrag, vor allen Dingen, weil es etwas Neues ist und wir jetzt schon auch im letzten Haushalt auch als Fraktion gesagt hatten, wir nehmen jetzt nichts Neues auf. Den Verein kennen allerdings viele durch das Rollstuhlprojekt als herausragende Hilfe für die Ärmsten der Armen, die eben Teilhabe ermöglichen, Teilhabe dann nicht bei uns in Karlsruhe, aber eben in der Welt, wo sie dringend gebraucht wird. Der Verein ist jetzt dringend auf Unterstützung angewiesen. Gleichzeitig leistet er mit seiner Arbeit auch einen wertvollen Beitrag hier direkt bei uns vor Ort, indem er Müll vermeidet für den Klimaschutz, indem das Upcycling tatsächlich hier bei uns stattfindet. Jetzt steht er vor sehr vielschichtigen Problemlagen. Daher haben wir auch im Vorfeld ein Gespräch gesucht mit dem Verein. Zum einen geht es um die neu dazu gekommenen Mietkosten. Da waren wir, oder zumindest einige von Ihnen, sicher mit involviert, der Problematik, dass der Verein erst mal ohne Obdach quasi da stand und jetzt endlich im Handwerkerhof eine Bleibe gefunden hat, allerdings mit monatlichen Kosten, die so vorher nicht da waren, zusätzlich dieses neue Beschäftigungsverhältnis, zwei Langzeitarbeitslose, die einfach übernommen wurden in reguläre Beschäftigung, weil die geförderte Weiterbeschäftigung nicht mehr möglich war und diese Mitarbeit aber eben benötigt wurde, um überhaupt die Arbeit so aufrechterhalten zu können. Der Verein bräuchte eigentlich viel mehr. Er ist sehr umtriebig bei der Akquise von Spenden. Allerdings steht er nun

mal in dieser schwierigen Lage jetzt, und wir wollen mit der Unterstützung dieses moderaten Antrags einen kleinen Beitrag zumindest zum Erhalt dieser wichtigen Institution beitragen.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir in die Antragsabstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Damit ist der Antrag **mehrheitlich abgelehnt**.

Ich wollte auf der **Seite 260** noch hinweisen, dass wir den Erbbauzins der Alten Tagesstätte Daxlanden erhöht haben.

Anträge 135 a und b (Seite 263): Projekt Psychosoziales Zentrum Nordbaden BIOS (DIE LINKE., Bürger/Einwohner), (GRÜNE)

Stadtrat Riebel (GRÜNE): Menschen, die zu uns geflohen sind, haben sehr oft Traumatisches, wie Gewalt und Verfolgung, erlebt, auch auf ihrem Weg zu uns. Das Angebot einer umfassend, insbesondere auch psychologischen und psychotherapeutischen Betreuung ist hier erforderlich. Gerade Sprachbarrieren und Ängste erschweren die Teilnahme an regulären psychologischen Gruppenangeboten. Mit dem Psychosozialen Zentrum für traumatisierte Geflüchtete leistet die BIOS hier eine wichtige Arbeit und schließt eine Lücke. Diese Arbeit ist durch die Stadt Karlsruhe neben der weitreichenden Förderung des Landes, wie von uns beantragt, zumindest mit 10.000 Euro zu unterstützen, um die Integration durch psychologische Begleitung umfassend zu fördern und sich auf die sich verändernden Bedarfe anzupassen. Aufgrund der schwierigen Haushaltssituation müssen wir eine höhere Förderung aber leider ablehnen.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Der weitergehende Antrag ist der **Antrag der LINKEN** und der **Einrichtung** selbst auf **jeweils 30.000 Euro Zuschuss pro Jahr**. Den stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Ablehnung**.

Dann rufe ich auf den **Antrag der GRÜNEN** unter **135 b**, da geht es um **jeweils 10.000 Euro**, und bitte um Ihr Votum. – Das ist ebenfalls eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich möchte auf den Seiten **265** bzw. **278** auf **summenneutrale Umschichtungen des Ansatzes Zuschüsse für Intensivhilfen** hinweisen.

Antrag 136 (Seite 266): Tageseinrichtungen Wohnungslosenhilfe, TaFF und TÜR dauerhaft fördern (DIE LINKE.)

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Uns geht es darum, dass wir diesen beiden wichtigen Einrichtungen TaFF und TÜR mehr Sicherheit verschaffen. Diese sozialen Träger brauchen größtmögliche Klarheit über den Fortbestand der Einrichtungen. Ich sage es ausdrücklich, diese Einrichtungen haben insbesondere jetzt in dieser Corona-Pandemie eine ganz wichtige Funktion zu erfüllen und ich würde sie wirklich unter dem Begriff systemrelevant verbuchen, weil letztendlich waren das zum Teil die letzten Möglichkeiten für Menschen aus prekären Lebensverhältnissen, aus Wohnungslosigkeit oder auch Obdachlosigkeit, noch Räume zu finden und Ansprechpartner zu finden, die ihnen über die Probleme weg helfen, die sie in diesen Pandemiezeiten wirklich zuhauften hatten, egal ob es jetzt um Duschen, also um Hygiene ging, um Kleidung, um Versorgung, um Ansprache. Und deshalb ist uns wichtig, diesen beiden Einrichtungen wirklich eine Sicherheit zu geben, die im Sinne einer Selbstverpflichtung der Stadt ausgesprochen werden sollte. Wir sind uns klar drüber, dass es sich nicht um eine einklagbare Geschichte handelt, aber es

wäre wichtig, aus dem Rathaus dieses Signal an diese Träger zu bekommen, dass es sich hierbei um wirklich eine Art Pflichtaufgabe der Stadt handelt. Das wäre uns wichtig.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Das Anliegen der LINKEN halten wir für positiv. Auch wir sehen es so, dass die Einrichtung TaFF und TÜR grundsätzlich in der Wohnungslosenhilfe und insbesondere in Pandemiezeiten besonders wichtig sind. Wir stehen fest hinter den Einrichtungen TaFF und TÜR wie bisher auch, auch übrigens hinter dem Hotel Anker mit Erfrierungsschutz und der Bahnhofsmmission. Auch hier gilt, auch bei diesem Antrag gilt allerdings für uns, dieser Antrag muss inhaltlich vorberaten werden, und das wurde er nicht. Ziel der nächsten Jahre wird es sein, schärfer zu klären, welche Einrichtungen der freiwilligen Leistung eine ganz besondere Bedeutung für uns haben. Über den TaFF und die TÜR sollte deshalb nicht isoliert entschieden werden.

Stadträtin Melchien (SPD): Selbstverständlich sind auch für die SPD-Fraktion diese beiden Institutionen TaFF und TÜR systemrelevant, und klar bewegen wir uns in einem Bereich, der für uns als Kommune eine Pflichtaufgabe ohne Weisung ist und der hier von den Trägern übernommen wird. Die Verwaltung antwortet auch auf den Antrag. Es ist so, wie das Antragsbegehrt, es entspricht dem Antragsbegehrt, die Stadt bezuschusst im Rahmen von Pflichtaufgaben ohne Weisung, und das war ja die Forderung. Noch dazu ist die Dynamisierung vorgesehen. Auch die steht schon. Von daher würde ich tatsächlich fragen, ist dann überhaupt etwas Weitergehendes in diesem Antrag? Wenn nicht, wäre er in der Form erledigt. Falls es eine darüber hinausgehende Verpflichtung, Selbstverpflichtung sein soll, wie es jetzt gerade angesprochen wurde, dann würde ich mich der Kollegen Anlauf anschließen, dann wünsche ich mir die fachliche Vorberatung, vor allem mit Blick auf andere Träger und weitere Förderungen, die die Stadtverwaltung auch als Pflichtaufgabe ansieht, die wir vielleicht oftmals in unserem Bereich eher im Rahmen der Freiwilligkeit diskutieren, dass wir dann wirklich miteinander eine Klärung herbeiführen, welche Institutionen gehören da noch dazu. Sonst fände ich es auch schwierig, jetzt zwei rauszugreifen. Inhaltlich stehen wir natürlich absolut zu diesen Institutionen und finden es auch gut, dass die Verwaltung das mit uns so einschätzt, dass es eine Pflichtaufgabe ist.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Für uns stellt es sich so dar, dass es unnötig ist, was wir jetzt hier beantragen. Wir stehen zuverlässig schon seit Jahren, die Einrichtung gibt es länger, als dass wir im Gemeinderat sind und die sind immer gut versorgt worden, ich weiß nicht, warum man am Status da was ändern sollte. Das läuft gut und es ist gut. Deswegen würde ich sagen, ist für uns dieser Antrag unnötig.

Der Vorsitzende: Ich verstehe das so, dass es hier nicht darum geht, dauerhaft Mittel zu sichern, weil, wir haben natürlich immer ausreichend Mittel, um Wohnungslosenhilfe zu finanzieren. Das gehört nach unserem Verständnis einfach zur Grundstruktur. Was Sie jetzt begehren, Frau Stadträtin, ist, dass wir uns auf diese beiden Träger und diese beiden Einrichtungen über die nächsten Jahre hinaus festlegen, und da würde ich vorschlagen, dass wir diesen Antrag jetzt aus diesen Haushaltsberatungen rausnehmen, weil er für den derzeitigen Haushalt eigentlich nicht direkt relevant ist, weil, die Mittel sind ja da. Sie sind nur nicht ab den Jahren 24 jetzt auf diese Einrichtungen bezogen, und Sie klären im Fachausschuss, was Sie sich vorstellen und ob das dann eine Festlegung ist, der auch der Rest des Gemeinderats folgen kann. Das ist ja jetzt, dann kann man in den zwei Jahren alles locker machen und dann weiß man beim nächsten Haushalt, was Sache ist. Wenn Sie damit einverstanden wären, würde ich es verweisen in den Fachausschuss. Da kann man es dann zusammenführen mit dem, was wir ja schon mehrfach

besprochen haben, dass wir auch bei mehreren Angeboten in der Stadt für dieselben Zielgruppen uns grundsätzlich die Frage stellen können, ob denn diese Strukturen dauerhaft in dieser Pluralität erhalten werden müssen. Da gibt es sehr gute Gründe dafür. Es gibt auch gute Gründe, das kritisch zu hinterfragen. Das alles kommt ja im nächsten Jahr eigentlich schon auf uns zu.

Antrag 137 (Seite 274): Jugendarbeit in den Höhenstadtteilen fördern (SPD)

Stadträtin Melchien (SPD): Ich möchte eindringlich dafür werben, hier tatsächlich Jugendarbeit noch auszuweiten und das Ganze auch begründen. 2020 hat der Stadtjugendausschuss uns ein herausragendes Konzept dargelegt, wie er durch wenig Mittel und intelligentem Personaleinsatz es erreichen kann, dass wir unser Ziel einer flächendeckenden offenen Kinder- und Jugendarbeit tatsächlich nachkommen können, wie wir das umsetzen werden können mit relativ geringem Mitteleinsatz. Dieses Konzept lag so vor Anfang 2020, dann ist es wahrscheinlich auch im Rahmen dieser sehr schwierigen einjährigen Haushaltsberatung etwas untergegangen. Jetzt sind wir bis heute kein Stück weitergekommen, und wenn wir in diesem Haushalt wieder sagen, dieses Konzept lassen wir in der Schublade, wir warten auf bessere Zeiten, dann heißt es, dass wir diese flächendeckende Angebotsform durch den Stadtjugendausschuss auch zwei weitere Jahre nicht bekommen werden. Deswegen haben wir uns dazu durchgerungen, tatsächlich jetzt auch diesen Antrag hier einzubringen und darum zu werben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, dass Sie mit mir sehen, dass wir hier die Jugendarbeit weiter voranbringen wollen, auch wenn die Zeiten schwierig sind. Wir haben einen flächendeckenden Ausbau noch nicht, die Höhenstadteile fehlen, und daher unser Antrag.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Ich mag den Antrag der SPD zum Anlass nehmen, ein paar Sachen zu Jugendlichen allgemein zu sagen, die mich gerade so bewegen. Die Kollegin Melchien hat ja gerade gesagt, was sie bewegt. Es gibt gerade einen sehr aufwendig produzierten Werbespot für den Discounter Penny, vielleicht hat ihn der eine oder andere gesehen, der für große Aufmerksamkeit sorgt und für viel Diskussion, in dem ein Teenager seine Mutter nach ihrem Weihnachtswunsch fragt und ihre verblüffende Antwort ist, ich wünsche mir, dass du dich einfach zu Hause rausschleichst, dass wir nicht wissen, wo du bist, dass dich dein Vater abholen muss, weil du zu viel getrunken hast und so weiter, und sie endet mit einem Resümee, ich wünsche mir einfach, dass du deine Jugend zurückbekommst. Auch, wenn die damit verbundenen Alkoholexzesse sicher nicht ganz unsere Vorstellung hier treffen, trifft dieser etwas pathetische Spot doch den Nerv von Jugendlichen, von Eltern und sicher auch von denjenigen, die sich hier mit Jugendlichen und diesem Themenkomplex im Gemeinderat befassen. Hinter den Jugendlichen in unserer Stadt liegen zwei sehr entbehrungsreiche Jahre in dieser Pandemie, sowohl im Schulleben als auch im Privaten. Das wurde auch bei dem ersten Runden Tisch der Karlsruher Schüler*innenvertreter letzte Woche sehr deutlich, für die CDU und für die GRÜNEN Fraktion leider nur. Ich würde mir wünschen, dass bei diesem nächsten Runden Tisch weitere Fraktionen dieses Hauses auch mit dabei sein werden, denn es lohnt sich wirklich zuzuhören, das war ein ganz spannender Austausch, und die Jugendlichen verdienen gerade in unseren Tagen auch besondere Aufmerksamkeit.

Jetzt zu dem Antrag der SPD, kann man ganz kurz machen. Trotz der vielen großartigen stadtzentralen Angebote für Jugendliche, der der Stadtjugendausschuss bereithält, ist gerade der Weg aus den Bergdörfern in die City ein ziemlich weiter, der Bedarf aber seit langer Zeit ein großer. Das hat die Kollegin auch gut dargestellt. Deshalb ist die Konzeption des

Stadtjugendausschusses für das Team Offene Kinder- und Jugendarbeit in den Bergdörfern und der damit verbundene Antrag der SPD gerade jetzt der richtige Antrag zur richtigen Zeit. Deshalb unterstützen wir euren Weihnachtswunsch, liebe SPD, natürlich sehr gerne in Form dieses Antrags.

Der Vorsitzende: Der Nikolaus war gestern aber schon da.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Mir graut vor der Zeit, wo ich mit einigen Kolleginnen und Kollegen darüber diskutieren muss, wie wir Aufgabenkritik durchführen und wie wir uns von schönen Dingen, Weihnachtswünschen oder Nikolausgeschenken wieder verabschieden. Und gerade in dieser Zeit sind wir heute und beraten über so einen Antrag. Ich fühle mich in der Tat psychisch von Kollegen der Ortsvorsteherschaft etwas unter Druck gesetzt, aber trotzdem habe ich das Gefühl, noch unabhängig zu sein, indem ich zunächst mal den Gedanken darauf lenke, dass die eigentliche Zuständigkeit für solche Erfordernisse, gerade wenn das SGB zitiert wird, sicherlich in unserer Stadt beim Stadtjugendausschuss liegt. Und ich glaube, die gesamthafte Betrachtungsweise unserer Stadt ist auch wichtig, um zu sagen, da oder in den Stadtteil oder da müssen wir etwas tun, da ist es dringend notwendig. Da es eben nicht der Stadtjugendausschuss ist, der so was formuliert, gehe ich jetzt mal prima vista im ersten Moment davon aus, dass es keinen so überragenden Bedarf gibt, jetzt hier wirklich 75.000 Euro für Personal auf Dauer einzuführen und Sachkosten, und wir bräuchten ja auch dann, das folgt auf dem Fuß, irgendwelche räumliche Lösungen. Also, dafür sehe ich in diesen Zeiten, wo wir Aufgaben zurücknehmen müssen, keinen Bedarf. Ich will vielleicht noch sagen, dass ich die Lage da oben aus eigener Anschauung doch kenne. Ich habe das Gefühl, dass wir noch eine intakte dichte Vereinslandschaft haben, sodass ich so einen ganz, ganz schmerzlichen Bedarf, wie er jetzt hier behauptet wird, nicht sehen kann.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Ich möchte jetzt ganz explizit nicht auf das Redezeitkonto der SPD sprechen, weil ich mich jetzt als Ortsvorsteher melde an der Stelle.

(Heiterkeit)

Es sei mir verziehen, aber es ist mir wirklich wichtig, als Ortsvorsteher das anzusprechen, weil wir, glaube ich, mit überschaubarem Aufwand für sehr, sehr viele Stadtteile jetzt hier was ganz Gutes leisten können. Ich gebe Ihnen Recht, Herr Pfannkuch, wir haben noch viele intakte Vereine, aber das wissen Sie so gut wie ich, dass das gerade sehr, sehr schwierig ist, und wir wollen nicht, dass Jugendarbeit, die jetzt vielleicht noch gut funktioniert, dann in Zukunft wegbricht, und dafür braucht es vernetzende Strukturen. Ich möchte zum Werdegang dieses Projekts auch mal sagen, es ist ein hervorragendes Projekt. Wir waren als Höhenstadt, Ortsverwaltung dort alle mit dabei mit dem Stadtjugendausschuss. Wir haben uns das alles in den Ortschaftsräten noch mal angehört, und wir haben das wirklich alles für sehr, sehr gutgeheißen und ich bin mir sicher, auch der Ortschaftsrat Wettersbach hat das für sehr gutgeheißen. Ich bitte jetzt einfach noch mal im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen aus den Höhenstadtteilen und ich glaube, ich kann wirklich in deren Namen sprechen, diejenigen, die jetzt noch zweifeln, einfach hier mitzumachen, ich glaube, wir können hier was Tolles auf den Weg bringen und ich bitte wirklich da eindringlich im Namen der Höhenstadtteile um Unterstützung.

Der Vorsitzende: Sollte es jetzt eine Mehrheit geben, würden wir diese 85.000 Euro einstellen. Aber mir wäre es ganz wichtig, dass der Fachausschuss sich noch mal mit dem Konzept

auseinandersetzt. Ich habe mich da mal sehr intensiv mit beschäftigt. Sie können mit einer Stelle keine offene Jugendarbeit organisieren, und Sie können es schon gar nicht an verschiedenen Orten. Ist mir völlig schleierhaft, wie das funktionieren soll. Deswegen kann ich nur dringend raten, dass man das noch mal im Fachausschuss und mit dem Stadtjugendausschuss klärt, wie die das mit 85.000 Euro hinkriegen wollen.

Stadträtin Ernemann: Dazu muss ich sagen, da gibt es ein wunderbares Konzept, das extra für die Höhenstadtteile erstellt worden ist. Bei den Gesprächen und bei der Vorarbeit war Kollege Pfannkuch nicht dabei. Dieses Konzept wurde in allen Ortschaftsräten vom Herrn Kloss vom Stadtjugendausschuss vorgestellt. Wenn es um die Infrastruktur geht, die ist vorhanden. Natürlich ist es schwer für Stupferich, Wolfartsweier, Wettersbach, diese Jugendarbeit zu koordinieren. Das ist ein wunderbares Konzept, ich weiß nicht, ob du dir das durchgelesen hast, und ich gebe auch noch mal zu bedenken, da oben bei uns, sind wir zum Beispiel einer der Stadtteile mit dem höchsten Anteil an Kindern und Jugendlichen und können denen noch nicht mal einen Raum bieten. Hier ist ein Riesenbedarf für die Jugendarbeit, und die Vereine. Aber es gibt viele junge Menschen, die wollen nicht in Vereine. Wir haben auch ein gutes Vereinsleben, ihr habt das auch. Das hat jeder Stadtteil, das ist da oben bei uns besonders gewachsen, weil es eine ländliche Struktur ist, aber es gibt durchaus viele Jugendliche, die nicht im Gesangsverein, im Musikverein, im Sportverein sind, sondern die einfach freie offene Jugendarbeit praktizieren wollen, und diese Möglichkeit ist ihnen verwehrt.

Der Vorsitzende: Ich würde dennoch darum bitten, dass man es fachlich noch mal analysiert, und ich muss zugeben, ich war im Jugendhaus Durlach, da waren Jugendliche aus Knielingen, weil ihnen das Angebot in Durlach besser gefiel. Ich war im Jugendhaus Knielingen, da waren Jugendliche aus Durlach, weil es dort ein Angebot gibt, das es in Durlach nicht gibt, und so sind die Jugendlichen, finde ich, durchaus relativ flexibel und nehmen auch die Angebote im Tal unten wahr. Dass man alles noch besser und noch mehr machen kann, ist ja kein Thema, aber wie gesagt, die Mindestausstattung nachdem, was ich über Jahre vertreten habe und das konnte man darstellen, waren anderthalb Stellen, die auf zwei Personen verteilt sind, damit nicht der Wegfall einer Stelle wegen Krankheit und allem Möglichen zum Komplettverlust des ganzen Angebots führt. Das ist so die Mindestausstattung für offene Jugendarbeit, und wenn man da noch eine Stelle, eine dieser Dreiviertelstellen mit einem Mann und eine mit einer Frau besetzen kann, dann kann man da ein vernünftiges Konzept daraus machen, aber das überlasse ich Ihnen im Fachausschuss. Mir wäre nur wichtig, dass wir das noch mal ausführlich durchdiskutieren. Wir haben jetzt gerade über Sperrvermerk hier diskutiert, das würde ich jetzt an der Stelle nicht setzen, aber Sie müssen vorher mit dem Stadtjugendausschuss dieses Thema so durchsprechen, dass es am Ende auch Hand und Fuß hat.

Stadträtin Melchien (SPD): Jetzt haben Sie es mir vorweggenommen. Selbstverständlich sind wir bereit, das Ganze fachlich noch mal zu erörtern. Es liegt ja auch schon so lange auf dem Tisch, dass es ein wenig geänderte Rahmenbedingungen seitdem geben wird. Von daher, klar führen wir die fachliche Debatte. Ich glaube, hier haben wir es genügend ausgeführt. Ich könnte noch ganz viel dazu sagen, aber das spare ich mir dann für den Jugendhilfeausschuss. Mit einem Sperrvermerk wären wir nicht einverstanden. Wir wollen, dass hier ein klarer mehrheitlicher Beschluss zum Ausbau erfolgt. Über das Wie sprechen wir in der fachlichen Beratung.

Stadtrat Hock (FDP): Die Ortsvorsteherinnen/Ortsvorsteher haben jetzt gesagt, dass das schon weit gediehen und auch schon vorbesprochen ist. Herr Oberbürgermeister, ich kann Ihre

Einwände natürlich schon verstehen, aber dass wir die Höhenstadtteile in diesem Bereich anbinden müssen, ist für uns klar. Deshalb, wir können das gerne mitgehen, aber das, was der OB vorgeschlagen hat, dass man es dann noch im Ausschuss bespricht, das ist für uns unabdingbar und das muss auch sein.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Ich habe eine organisatorische, verwaltungstechnische Frage, unabhängig von der wertvollen Jugendarbeit, ob in Bezug auf den Stadtjugendausschuss die Frau Stadträtin Melchien nicht befangen ist? Ich würde gerne von Ihnen wissen, wie das zu handhaben ist.

Stadträtin Melchien (SPD): Ich habe mich nicht befangen gefühlt, aber wenn Sie mich als befangen einschätzen, gehe ich.

Der Vorsitzende: Warum soll sie befangen sein? Ich glaube, sie steht in Staatsdiensten.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Weil meines Wissens ihr Bruder den Stadtjugendausschuss leitet.

Der Vorsitzende: Ja, aber das ist keine Befangenheit.

Stadträtin Melchien (SPD): Er hat jetzt keinen finanziellen Vorteil von dem Antrag. Darauf käme es an, glaube ich. Also, wenn wir jetzt hier über Gelder bestimmen, die er bekommen würde, klar wäre ich befangen, selbstverständlich, aber es geht doch hier um keinen finanziellen Vorteil, aber schätzen Sie das bitte auf der Bürgermeisterbank ein.

Der Vorsitzende: Nein, also ich glaube nicht, dass die geschwisterliche Beziehung hier zu einer Befangenheit führt. Das kann ich mir nicht vorstellen. Ich gucke mal hier unsere Juristin an.

Stadträtin Melchien (SPD): Ich würde sicherheitshalber kurz nach hinten gehen.

Der Vorsitzende: Ja, das ist okay, dann machen wir das so.

Stadträtin Melchien (SPD): Dann klären wir es aber bitte im Nachgang, weil mir der Stadtjugendausschuss sehr am Herzen liegt und ich ungerne jetzt künftig jedes Mal debattieren würde und dann den Platz verlasse.

Der Vorsitzende: Dann bitten wir Sie kurz nach hinten und wir klären es. Die Frage ist berechtigt, ist ja alles okay. Ich habe es jetzt nur im ersten Moment nicht verstanden.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über diesen Antrag, und ich bitte um Ihr Votum. – Gut, das ist eine **Mehrheit**, auch ohne die Befangene.

Antrag 138 (Seite 274): Einsatz von einem FSJler/FSJlerin und Schaffung einer zusätzlichen pädagogischen Leitungsstelle an der Ganztagschule am Wasserturm (DIE LINKE.)

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Die Ganztagschule am Wasserturm hat seit Jahren das Problem, für acht Schulklassen stehen nur sieben qualifizierte Betreuerinnen, pädagogische Betreuerinnen, zur Verfügung. Insbesondere in der Pandemie hat das natürlich Mordprobleme aufgeworfen, weil erstens mal durfte ja niemand krank werden, weil dann waren zwei Klassen

unbetreut, und wenn jemand im Urlaub war, waren es drei Klassen und eigentlich sollten alle Klassen getrennt voneinander betreut werden, schon alleine um Ansteckungsgefahren etc. zu reduzieren. Ganz abgesehen davon, dass es auch für eine pädagogische Betreuung ein Wahnsinn ist, zwei Schulklassen bedienen zu müssen, deshalb war unser Anliegen jetzt wenigstens eine zusätzliche Stelle sicher zu schaffen, damit wenigstens acht Personen für acht Schulklassen zur Verfügung stehen. Gleichzeitig ist auch klar, dass das über die Mittagspause, über die Mittagssessenszeit, eine extreme Belastung ist und deshalb unser Antrag auch auf zusätzliche Unterstützung für mindestens dieses Mittagsband mit seiner anschließenden Bewegungsphase, wenigstens über sagen wir mal Bundesfreiwilligendienst oder, ja Bufdis oder FSJ-Teilnehmerinnen oder Teilnehmer mit zu unterstützen, und wir halten das wirklich nicht für überzogen. Das dient den Kindern, das dient der ganzen Situation an der Schule, der Entlastung, der vorhandenen Kolleginnen und Kollegen. Wenn dann die Verwaltung schon sagt, sie hat bereits die Stellen beschlossen, dann finde ich es nur gerechtfertigt zu sagen, eine dieser Stellen gehört der Grundschule am Wasserturm, der Ganztagschule am Wasserturm. Und klar ist, dass dieses Konzept, das die Stadt hier hat, fortgeschrieben werden muss, aber ich würde auch sagen, weiterentwickelt werden muss, denn meines Wissens ist bereits im Konzept drin, dass es pro Klasse eine Betreuung, eine pädagogische Betreuung geben soll, und das war nicht der Fall. Also bitte ich darum, tatsächlich hier fortzuschreiben, weiterzuentwickeln, aber mit dem Anspruch für die Schulklassen wenigstens auf eine konkrete betreuungspädagogische Betreuungsperson.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Die Probleme an der Wasserturmgrundschule sind uns allen bewusst. Da möchte ich jetzt auch nicht mehr im Einzelnen drauf eingehen. Das ist alles in den Ausschüssen genügend vorberaten worden. In der Zwischenzeit hat sich die Verwaltung ja bereits oder hat die Verwaltung die vorgeschlagene Arbeitsgruppe eingesetzt und zusammengerufen, um über die Lösungswege zu diskutieren. Wir haben jetzt zum aktuellen Zeitpunkt noch keinen Beschluss oder keinen Bericht über die Ergebnisse, der uns vorliegen würde. Deswegen müssen wir mal davon ausgehen, dass zumindest zum jetzigen Zeitpunkt die Grundproblematik weiter besteht, wenn auch, die Kollegin hat es gerade nicht ganz zutreffend, finde ich, beschrieben, also zum Beispiel die Kohortentrennung ist was, das gibt es jetzt aktuell einfach nicht mehr, das ist pandemiebedingt eben im Moment nicht der Fall. Trotzdem würden wir daher sagen, als Kompromiss oder so eine Art Sofortmaßnahme, würden wir abweichen vom Antrag der LINKEN-Fraktion, auch wenn Kollegin Binder das gerade auch schon gesagt hat, mindestens eine Stelle würden wir heute einen mündlichen Änderungsantrag hier jetzt einbringen, eine zusätzliche pädagogische Leitungsstelle halten wir jetzt im Hinblick auf die Haushaltslage und eben der veränderten Situation nicht für unmittelbar erforderlich, aber wir könnten dem Anliegen insofern Rechnung tragen, dass wir hier heute für den Einsatz einer zusätzlichen Kraft aus dem Freiwilligendienst FSJ oder eben dem Bufdi, dem Bundesfreiwilligendienst uns heute aussprechen, das als Änderungsantrag.

Stadträtin Uysal (SPD): Wie bereits mein Vorredner richtig gesagt hat, wir haben ja im September tatsächlich eine Überprüfung eingeleitet, ob der Qualitätsrahmen der Grundschule am Wasserturm den jeweiligen Vorgaben entspricht. Dazu haben wir drei Arbeitsgruppen eingerichtet, mit unter anderem eine Arbeitsgruppe, die sich mit der neuen Situation beschäftigt. Die Situation ist natürlich angespannt. Allerdings halten wir es für heute nicht richtig, eine Entscheidung zu treffen, bevor wir die Berichte der einzelnen Arbeitsgruppen erfahren, denn wir sollten das gesamtheitlich betrachten. Deshalb wäre es vielleicht möglich, nächste Woche im Schulbeirat darüber einen Zwischenbericht zu geben, um eben gesund entscheiden zu können, um eben auch zu wissen, wie viel Personal aufgestockt werden muss tatsächlich. Deshalb werden wir

diesen Antrag heute nicht unterstützen, aber generell ist es tatsächlich eine angespannte Situation, wo wir das gesamtheitlich angehen müssen.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Ich würde bitten, die beiden Punkte aus unserem Antrag, Punkt 1 und Punkt 2, getrennt abzustimmen, vielleicht gibt es ja tatsächlich dann wenigstens eine Teillösung.

Der Vorsitzende: So können wir es auch machen. Ich hätte jetzt die beiden Anträge hintereinander abgestimmt, aber das ist ja egal. Dann stimmen wir jetzt mal ab über diese **eine Vollzeitstelle/Leitungsstelle**, die Sie einrichten wollen, und ich bitte da um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt stelle ich zur Abstimmung die eine Stelle, die sich aus dem Freiwilligendienst ergibt FSJler, Bufdi oder wie immer das zu bezeichnen ist, und da bitte ich jetzt um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich sage mal so, so eine Bufdi-Stelle ist nicht ein Riesenbetrag. Jetzt diskutieren Sie es bitte erst mal fachlich aus. Zweite Bemerkung, ich glaube, wir haben ganz viele Ganztagsbetreuung, wir haben ganz viele solche pädagogischen Situationen und ich kann Ihnen nur empfehlen, sich als Gemeinderat mal zu überlegen, wie intensiv Sie in solche Einzelprobleme vor Ort einsteigen wollen. Ich weiß, dass die Schule am Wasserturm auch eine Elternschaft hat, der es gelingt, sehr gut mit dem Gemeinderat ins Gespräch zu gehen. Das haben viele andere Schulen nicht. Hätten die das auch, hätten Sie wahrscheinlich 10 oder 15 oder 20 Arbeitskreise zu besuchen. Überlegen Sie sich das ganz grundsätzlich mal, ob Sie nicht uns überlassen, wie wir die Dinge organisieren und wenn Sie am Ende qualitative Kritik haben, dann kann man das ja gerne diskutieren.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Ich wollte nur darum bitten, dass das Ergebnis mit 20:20 festgehalten wird, denn ich weiß nicht, warum es mein Ja nicht angenommen hat gerade.

Der Vorsitzende: Dann wiederholen wir die Abstimmung noch mal. Denn sonst wird es jetzt zu kompliziert.

Stadträtin Melchien (SPD): Nur eine fachliche Frage. In der Antwort der Verwaltung steht ja, dass geplant ist, verstärkt Freiwilligendienstleistende einzusetzen. Von daher dachte ich, jetzt wird es fachlich geklärt, und das kommt eben wahrscheinlich, unabhängig davon, was wir machen. Wenn wir jetzt zu dem Antrag Nein sagen, werden diese Planungen dann über den Haufen geworfen oder müssten wir in dem Fall, wenn wir der Verwaltungsvorlage inhaltlich zustimmen, dass es verstärkt eingesetzt wird, dann doch dem Punkt des Antrags zustimmen? Vielleicht könnten Sie das uns kurz noch sagen.

Der Vorsitzende: Sie stimmen heute darüber ab, dass wir zusätzliche Mittel für einen solchen FSJler da einstellen oder nicht. Wenn Sie das ablehnen und wir kommen dann aufgrund von irgendwelchen Erkenntnissen zu dem Ergebnis, dass wir trotzdem aus Qualitätsgründen eine solche Person brauchen, dann glaube ich, dass, nachdem wie die Stellungnahme wiedergegeben ist, wir auch eine Möglichkeit finden würden, das zu finanzieren, aber sonst drücken Sie uns an der Stelle natürlich jetzt eine Person, was heißt drücken, Sie schaffen eine zusätzliche Stelle, ohne dass wir das jetzt inhaltlich ausdiskutiert hätten.

Herr Bauer hat den Antrag gestellt, hat ihn als Teilantrag gestellt, zu dem Antrag von der Fraktion der LINKEN und der Antrag steht hier zur Abstimmung, und ich bitte Sie jetzt um Ihr Votum. – Jetzt haben alle ihr Knöpfchen gefunden. (**Mehrheitliche Zustimmung**)

Anträge 139 a und b (Seite 274): Förderung inklusives Ferienprogramm (DIE LINKE.), (KAL/Die PARTEI)

Die beiden Anträge unterscheiden sich in ihrer Höhe, wenn ich das richtig gesehen habe, einmal 54.000 Euro, einmal 27.000 Euro pro Jahr, und das Ganze geht an den Verein LoBiN e.V. Gibt es da Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Dann ist der weitergehende **Antrag der der LINKEN**, der 54.000 Euro pro Jahr zusätzlich begehrt. Und das stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Das ist **abgelehnt**.

Dann rufe ich auf den **Antrag der KAL/Die PARTEI** auf eine Zuschusserhöhung um **27.000 Euro** und bitte um Ihr Votum. – Auch das ist eine **Ablehnung**.

Antrag 140 (Seite 274): Erhöhung von Betreuungsstunden in Minikindergärten (GRÜNE; SPD, DIE LINKE.).

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Mit einer Antwort des Stadtjugendausschusses hat sich der Antrag aus unserer Sicht **erledigt**.

Der Vorsitzende: Wenn das alle auch so sehen, dann nehmen wir das an.

Ich darf auf der **Seite 278** darauf verweisen, dass wir den Erbbauzins für den Verein für Jugendhilfe noch mal angepasst haben über die Veränderungsliste.

Antrag 141 (Seite 281): Zuschuss für die mobile medizinische Versorgung für das Prostitutionsprojekt Luise (SPD, FDP, DIE LINKE.)

Stadträtin Melchien (SPD): Unabhängig davon, dass wir als SPD-Fraktion uns gegen Prostitution positioniert haben und dass wir im letzten Haushalt, bei dem wir gesagt haben, keine neuen Projekte, auch diesem Antrag nicht zugestimmt haben, der da kam, ist dieses Projekt nun mal jetzt am Laufen mit dem DRK gemeinsam und hat uns insbesondere in Pandemiezeiten, glaube ich, tatsächlich geholfen, hier eine Versorgungslücke zu schließen, wie es ja auch beschrieben wird und eben medizinische Versorgung hier gesichert. Wir finden, man darf das jetzt nicht stoppen. Hier wird wichtige Arbeit geleistet. Ich habe im Vorfeld mit verschiedenen Kolleginnen und Kollegen gesprochen, die dann auch, ja, zumindest finden, dass wir da auch fachlich mal drüber beraten sollten, was genau wir erwarten auch von dieser Förderung, was wir uns wünschen, einfach die Rahmenbedingungen abklären. Von daher würden wir unseren Antrag mit Sperrvermerk versehen, damit wir das so machen können, wie wir das ja auch mit Ihnen besprochen haben. Vorhin haben Sie es einmal angesprochen. Ich glaube, dann kann sich tatsächlich auch eine große Mehrheit anschließen, ist meine Hoffnung und dann können wir gemeinsam auch fachlich mal die Rahmenbedingungen dazu klären.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Auch wir werden uns diesem Antragsanliegen anschließen. Auch wir wollen, dass diesen Menschen ein gewisses Maß an Gesundheitsschutz ermöglicht wird, jedoch

möchten wir dieses Projekt nur für die nächsten beiden Jahre unterstützen. Daher werden wir uns rechtzeitig vor Ende der Bezuschussung um eine Evaluation dieses Projektes kümmern bzw. beantragen. Der Sperrvermerk können wir gerne mitgehen.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Es ist entscheidend, dass dieses Projekt, das jetzt einfach mal angefangen hat, nicht gleich wieder abgestoppt wird, und für uns ist es was zum Bestand gehörendes und keine neue Maßnahme, aber wir sehen es als ganz entscheidend wichtig an, dass hier noch mal das ganze Modell auf den Prüfstand kommt und ein klares Konzept entwickelt wird, das uns auch mal dann vorgestellt wird, wie das Ganze weiterlaufen soll. Deswegen ist der Sperrvermerk ein wichtiger Punkt. Wir erwarten ein klares Konzept, dass wir auch wissen, wie die ganze Sache auch finanziell weitergeht, und dann soll es vorgestellt werden, und dann können wir über einen Sperrvermerk reden.

Stadtrat Jooß (FDP): Ich freue mich natürlich besonders, dass heute die Männer in der Mehrheit dazu sprechen. Erst habe ich gedacht, da reden nur die Frauen, aber wir unterstützen das Projekt deswegen erst recht und finden das gut. Thomas Müller hat es deutlich gesagt, das muss entsprechend noch evaluiert werden und mit Sperrvermerk sind wir natürlich dabei.

Der Vorsitzende: Ich stelle die **beiden Anträge**, die von der Summe her gleichlautend sind, zur Abstimmung. Gehen DIE LINKEN mit einem Sperrvermerk mit? Dann können wir die beiden Anträge zusammen aufrufen und dann mit einem Sperrvermerk, und ich bitte jetzt um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Auf der **Seite 284** darf ich noch auf einen Aspekt aus der Veränderungsliste hinweisen. Der Sparbeitrag der Arbeitsförderung Karlsruhe GmbH beim Betriebskostenzuschuss, wie wir ihn ja von allen Beteiligungen erwartet haben, ist jetzt dort entsprechend eingepflegt in den veränderten Zahlen.

Damit sind wir am Ende des doch recht umfänglichen Haushaltes für Jugend und Soziales, und ich unterbreche die Sitzung bis morgen früh, wünsche Ihnen einen schönen Abend, einen guten Nachhauseweg und bedanke mich insgesamt für die sehr zügige und konstruktive, gemeinsame Arbeit hier und heute, vielen Dank.

(Unterbrechung der Sitzung von Dienstag, 19:27 Uhr bis Mittwoch, 9:00 Uhr)

Der Vorsitzende: Liebe Stadtratskolleginnen und Stadtratskollegen, werte Frau Erste Bürgermeisterin, werte Bürgermeister*innen, Kollegen und Kolleginnen, liebe Amtsleiterinnen, Amtsleiter, Ortsvorsteherinnen, Ortsvorsteher, Geschäftsführerinnen, Geschäftsführer und Damen und Herren, liebe Menschen, herzlich Willkommen zur Fortsetzung unserer Haushaltsberatungen.

Ich darf feststellen, dass Herr Bürgermeister Fluhrer entschuldigt ist, Herr Bürgermeister Dr. Käuflein vertritt mich heute Morgen im Verwaltungsstab und ist dann später auch aus anderen Gründen entschuldigt. Herr Stadtrat Marvi ist entschuldigt, Frau Stadträtin Böringer, ebenso wie Herr Stadtrat Braun und Frau Stadträtin Ansin.

Ich darf noch mal auf die Corona-Umstände hinweisen und dann können wir auch schon in die Tagesordnung wieder einsteigen. Ach ja, wir haben noch mal die aktuellen Zahlen an die Wand

geworfen. Das, was heute in der Zeitung stand, war der Stand 18 Uhr. Sie haben dann bis 19:15 Uhr noch ein bisschen draufgesattelt, deswegen sind das jetzt die im Moment bestehenden aktuellen Zahlen. Nur, damit wir einfach ungefähr wissen, wo wir uns bewegen.

Wir würden heute vor dem Teilhaushalt 2000, den wir hoffentlich am frühen Nachmittag spätestens erreichen, einen kurzen Break machen. Der 2000er ist ja der finanzrelevante Haushalt, wo es um Steuern und vieles andere geht. Wir würden uns in der Verwaltung noch mal kurz abstimmen. Dann würden wir den 2000er gemeinsam machen und dann würden wir eine längere Unterbrechung planen. Vielleicht kriegen wir es auch gerade mit der Kaffeepause so hin, dass Sie dann noch mal in Ihren Fraktionen darüber beraten können, wie Sie zum Gesamtergebnis stehen. Und wenn wir mit derselben Geschwindigkeit und auch Konstruktivität wie gestern heute fortsetzen, denke ich, dass wir dann auch vielleicht sogar vor 19 Uhr zum Abschluss kommen könnten. Das wäre vielleicht etwas, was uns allen auch nicht gerade schadet, ich sage es mal so herum. Dennoch will ich natürlich damit die entsprechenden Redebeiträge oder auch Ihr Engagement nicht irgendwie dämpfen oder schmälern.

Wir steigen ein auf der **Seite 291**. Wir sind jetzt im **Teilhaushalt Bäder**. Auf der Seite 291 will ich Ihnen einfach mitteilen, dass hier über die Veränderungsliste ein Deckungsvermerk eingebaut wurde, nämlich, dass das Sachkostenbudget und das Transferkostenbudget gegenseitig deckungsfähig werden im Doppelhaushalt. Damit kann man mit diesen verschiedenen Finanzpositionen etwas flexibler agieren.

Und auf der **Seite 294** findet sich der Sparbeitrag der Bäderbetriebe. Wir haben ja allen städtischen Gesellschaften einen gewissen Sparbeitrag abgefordert noch mal zusätzlich und das ist jetzt hier konkret in den Zahlen wiedergegeben.

Antrag 142 (Seite 294): Wassertemperatur der Bäder um ein Grad absenken (FW|FÜR)

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Wir wissen ja, dass die Bäder sehr viel tun. Und unsere Bäder sind in Karlsruhe ein Erfolgsrezept. Aber wir kennen ja den berühmten Spruch im Vorfeld der Bundestagswahl, die günstigste Kilowattstunde ist die, die man nicht verbraucht. Ein Rat, den wir Bürger bekommen haben von einer sehr gut aussehenden Politikerin, meist im roten Kleid. Und das war auch der Grundgedanke, denn wir haben Erfahrungen in anderen Städten, das haben wir auch in unserem Antrag ausgeführt, dass man da, wo man keine Fernwärme hat, durch die Absenkung der Wassertemperaturen nicht nur was für die Gesundheit tun kann, sondern auch etwas für den Energieverbrauch. Von der Antwort der Verwaltung sind wir ein bisschen enttäuscht. Für einen wirtschaftlichen Betrieb sind die Wassertemperaturen von großer Bedeutung, ich hätte mir auch ein Gegenüberstellen gewünscht, was eine Absenkung an Energie gekostet hätte. Das war der Grund unseres Anliegens. Und wenn wir uns alle an unsere Jugend erinnern, da gab es keine beheizten Bäder und wir sind alle groß geworden.

Der Vorsitzende: Ich weiß ja nicht, wann Sie groß geworden sind, Herr Wenzel, aber ich kenne durchaus beheizte Hallenbäder, seitdem ich schwimmen kann. Vielleicht lag es auch daran, wo Sie groß geworden sind, das weiß ich natürlich nicht.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Wir schließen uns der Verwaltung an und vertrauen dem Herrn Sternnagel als Chef da auch absolut, dass er optimal die Kundenwünsche und die

Wirtschaftlichkeit austariert.

Stadträtin Wiedemann (CDU): Im ersten Moment dachte ich, ja, ist ein guter Vorschlag und dann habe ich mich aber erkundigt, in welcher Höhe sich die Wassertemperaturen in den Karlsruher Bädern befinden. Weil, ich habe mit Schrecken an meine Jugend gedacht und an das Vierordtbad, das Hallenbad, das war für mich eine Tortur, da ins Wasser zu gehen, ich habe nämlich immer einen Kälteschock bekommen. Und dann habe ich gehört, dass sich in den Sportbecken in den Freibädern die Wassertemperatur zwischen 25 bis 26 Grad befindet und der Standard ist zwischen 26 und 27 Grad. Für mich persönlich ist das zu kalt. Und deswegen denke ich, nachdem ich gehört habe, dass es wirklich keine große, keine signifikante Ersparnis sein wird, wenn man die Temperatur senkt, dafür würden aber viele Badebesucher vielleicht nicht mehr kommen, dass sich das aufhebt. Und daher lehnen wir den gutgemeinten Antrag ab.

Stadträtin Moser (SPD): Die Wassertemperatur in einem Hallenbad empfindet jeder anders. Dem einen ist es zu warm, der möchte absenken, dem anderen ist es zu kalt, der möchte wieder aufsatteln. Wir vertrauen auf jeden Fall den Bäderbetrieben und möchten die Temperatur so lassen, wie sie ist. Das hat auch was mit Wirtschaftlichkeit zu tun. Weil, wenn das zu kalt ist, kommen die Leute nicht mehr ins Bad, außerdem, Babys und ältere Menschen empfinden das noch mal ganz anders.

Stadtrat Jooß (FDP): Ich erinnere mich auch noch an das Vierordtbad, Schulschwimmen, wir sind sogar in der Pause bei den Haushaltsberatungen hier ins Vierordtbad zum Schwimmen gegangen. Aber da war die Temperatur schon wesentlich höher und war sehr angenehm. Man muss wirklich unterscheiden zwischen Nachfrage und Angebot. Und das Angebot muss mit der Nachfrage natürlich übereinstimmen, das ist ganz wesentlich. Und ich denke, mit dieser Temperatur sind wir da im Lot und deswegen stimmen wir der Vorlage zu.

Bürgermeister Lenz: Wir haben uns noch mal intensiv überhaupt mit der Wirtschaftlichkeit in Sparzwangzeiten auseinandergesetzt, der Kollege Sternnagel, Herr Abbas und ich, am Freitag und am Montagmorgen noch mal. Und ich sage Ihnen auch ganz offen, was wir geprüft haben. Würde es etwas bringen, wenn wir drei Bäder jetzt schließen würden und diejenigen, die am wirtschaftlichsten sind - Sie kennen sie alle, Vierordtbad, Fächerbad und Europabad - nur die offenlassen. Und genau das ist die gleiche Argumentation, warum wir das nicht tun, Herr Stadtrat Wenzel, warum wir auch nicht um ein Grad absenken, weil, Sie müssen mal den Blick auf die Kundensicht, so wie es eben debattiert wurde, nehmen. Nehmen Sie zum Beispiel das Sonnenbad, unsere Kundinnen und Kunden sind tatsächlich so sensibel, dass da ein Grad schon zu Beschwerden führen, ob ihr es glaubt oder nicht. Und jetzt kommt die gute Nachricht, aber auch gleichzeitig der Aufruf, es ist so, dass die Besucher*innenzahlen in Neureut, in Durlach und wo auch immer dann letztendlich so gut sind, dass wir auf keinen Fall aus wirtschaftlichen oder Spargründen ein Bad schließen würden, weil es eben an der Stelle gut läuft, den Umständen entsprechend.

Aber ich rufe natürlich auch dazu auf, es nützen politische Lippenbekenntnisse nichts für unsere einzelnen Hallenbäder, es wird mit den Füßen oder mit den Schwimmflügeln abgestimmt sozusagen. Und deswegen rufe ich dazu auf, nutzen Sie jetzt auch die Bäder aus den bekannten Gründen, die Sie eben auch gesagt haben, Gesundheit etc. pp. Und Herr Stadtrat Wenzel, es tut mir leid, es bringt leider nichts, dieses Grad hätte mir auch gut gefallen, aber es ist so.

Stadtrat Wenzel (FW | FÜR): Sie haben uns überzeugt, eine **Abstimmung macht in diesem Fall keinen Sinn**. Es war der gute Gedanke. Aber wir haben ja den nächsten Antrag und da werden Sie auch sehen, dass wir Freie Wähler ganz klar zu unseren Bädern stehen.

Der Vorsitzende: Trotzdem ist natürlich das Anliegen richtig, dass man sich über den Energieverbrauch unserer Bäderbetriebe Gedanken macht. Und ich denke, ein solcher Vorstoß kann ja in einen oder anderen Bad vielleicht auch funktionieren. Insofern würde ich einfach empfehlen, noch mal gegebenenfalls im Aufsichtsrat sich die entsprechenden Informationen von den Fachleuten zu holen, kann man ja über Anfragen machen und dann es einfach mal miteinander diskutieren. Dann kommt es nicht so ganz überraschend und es wird am Ende noch etwas Gutes daraus.

Anträge 143 a und b (Seite 295): 25.000 Euro für der Freibad Wolfartsweier (interfraktioneller Antrag und Antrag aus dem Ortschaftsrat Wolfartsweier)

Stadträtin Moser (SPD): Aufgrund unserer Sprechzeit werde ich das nur kurz begründen, den Antrag. Seit 2002 wird das Freibad Wölflle, wie es genannt wird, in Wolfartsweier vom Förderverein Wolfartsweier betrieben. Der regelmäßige Zuschuss beläuft sich seitdem auf maximal 25.000 Euro, dieser sogenannte Doppeleuro. Das heißt, für dieses Geld, das die Stadt zuschießt, muss der Förderverein die entsprechenden Mittel aufbringen. Der Verein finanziert sich neben dem städtischen Zuschuss auch von vielen Spenden und Sponsoren, das reicht aber für größere Sanierungen oder Instandhaltungen nicht. Deswegen beantragen wir für die Planungssicherheit des Fördervereins - der übrigens sehr aktiv ist, viele von uns waren schon dort und wir können immer wieder in den BNN lesen, was alles angeboten wird - 25.000 Euro regelmäßig aufzunehmen in den Haushalt des Bäderetats unter dem Titel Reparaturen und Instandhaltung. Dieses bedeutet keine zusätzlichen Aufwendungen, wie in der Verwaltungsvorlage aufgeführt. Und wir bitten, das auch mit Sperrvermerk zu vermerken, damit die Mittel, wenn sie nicht gebraucht werden, wieder im Bäderetat bleiben können.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Das Freibad in Wolfartsweier, Wölflle, ist mehr als nur ein Freibad, sondern stärkt den Zusammenhalt und die Begegnung im Ort, fördert die Bewegung von Menschen und bietet für Kinder und Jugendliche in Wolfartsweier im Sommer einen wichtigen Aufenthaltsort. Gerade durch Reparaturen und Instandhaltungen können unvorhergesehene Kosten entstehen, die den Bestand des Bades gefährden können. Der gerade vergangene Sommer war nicht nur durch die Corona-Krise geprägt, sondern für die Freibäder mehr durch Regen und Bewölkung. Dieses hat die Zahl der Besucher*innen besonders sinken lassen. Daher können wir die Argumentation der Ortsverwaltung und des Ortschaftsrates nicht ganz nachvollziehen, da dieses Risiko zum regulären Geschäft gehört. Reparaturen und Instandhaltungen stellen jedoch außergewöhnlich hohe und manchmal unerwartete Posten dar, deren Übernahme wir, wie bei Bedarf, wie im interfraktionellen Antrag gefordert, mit 25.000 Euro und Sperrvermerk unterstützen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich kann es eigentlich relativ kurz machen, ich denke, das Wölflle ist ein gelebtes Beispiel für ehrenamtliches Engagement. Und es ist auch eines der Bäder, die wirklich mit am wirtschaftlichsten für uns sind, weil eben dieses Ehrenamt dort so stark ist. Und wir waren jetzt mehrfach dort und haben das wirklich festgestellt. Ich denke, das ist auch mal wieder ein Zeichen, das wir hier setzen müssen, dass eben diese 25.000 Euro mit einem Sperrvermerk, wenn sie benötigt werden sollten, eben dann auch dafür gebraucht werden können. Von

daher denke ich, ist es wirklich ganz wichtig, ein Zeichen nach außen zu setzen. Von daher unterstützen wir das.

Stadtrat Jooß (FDP): Genau das ist es, das ist ehrenamtliches Engagement in Wolfartsweier. Wir als FDP wollen das Ehrenamt bewusst fördern, da dort Mittel eingebracht werden. Diese 1 : 1-Regelung, ein Euro : ein Euro, hat übrigens die OB von Baden-Baden als Finanzministerin damals schon eingebracht, die sollen sich beteiligen mit einem Euro und wir geben einen Euro dazu. Das System halten wir für wertvoll und richtig. Außerdem Reparaturen, mir wurde mal gesagt, wenn irgendwo was reinregnet und was dringend ist, muss die Stadt eben doch irgendwann einspringen und das sehen wir beim Wölfe genauso. Wir stimmen deswegen dem Antrag gerne zu.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): In die gleiche Kerbe schlage ich natürlich auch als Mitunterstützer dieses Antrages. Was wäre, wenn wir das Wölfe nicht unterstützen, es würde zeigen, dass wir nicht das bürgerliche Engagement unterstützen würden und das wäre ein falsches Zeichen.

Der Vorsitzende: Und jetzt in seiner Rolle als Ortsvorsteher Herr Stadtrat Dr. Huber.

Stadtrat Huber (SPD): Ich habe mich jetzt symbolisch mal auf die Ortsvorsteherbank gesetzt, damit die Zeit nicht von unserer Fraktion abgeht. Es hat ja gestern nicht so gut funktioniert, aber ich meine es wirklich sehr ernst. Ich möchte noch zwei, drei Sachen ergänzen zu den bereits gesagten Sachen. Einerseits möchte ich mich bedanken für diese große Unterstützung, die sich ja jetzt schon abzeichnet. Ich möchte mich vor allem aber auch bedanken beim Dezernat 3, bei den Bäderbetrieben, bei Faris Abbas natürlich auch, ganz besonders bei Martin Lenz. Weil, es stimmt schon, was in dieser Vorlage, in der Stellungnahme steht, wir haben in den letzten Jahren immer, wenn der Schuh gedrückt hat, Unterstützung bekommen. Und ich bin mir auch sicher, dass sich das nicht geändert hätte. Die Idee ist einfach nur, des Antrages, dass vor allem der Förderverein, der sich ja wirklich ausschließlich aus Ehrenamtlichen zusammensetzt, noch mal eine größere Sicherheit hat, zu wissen, da ist auch wirklich Geld da, wir müssen nicht jedes Mal die Ochsentour durch die Verwaltung machen und tausende Gespräche führen, gefühlt. Also, so fühlt sich das für den Förderverein an, durch den Bäderausschuss durch und all diese Sachen, bis dann am Ende des Tages eine Zusage kommt. Das ist einfach ein Gefühl von mehr Sicherheit.

Wir müssen ein bisschen aufpassen, der Antrag des Ortschaftsrates begehrt eigentlich was anderes. Es geht zwar auch um 25.000 Euro. Aber da begehren wir einen Einmalzuschuss zum Ausgleich für Corona-Verluste. Ich habe mit dem Ortschaftsrat gesprochen. Wenn der interfraktionelle Antrag angenommen wird, wovon ich jetzt einfach mal ausgehe, ziehen wir unseren Antrag zurück und würden dann einfach im ersten Jahr diese 25.000 Euro auf jeden Fall schon mal abrufen. Das zur Erklärung.

Der Vorsitzende: Wir kommen in die Abarbeitung. Ich würde dann, da Sie auch auf den Unterschied hingewiesen haben, jetzt erst mal den interfraktionellen Antrag hier zur Abstimmung stellen. Ich habe das so verstanden, dass 25.000 Euro grundsätzlich zur Verfügung gestellt werden, aber mit einem Sperrvermerk versehen und dann in Abstimmung mit Ihnen jeweils abgerufen werden können für anstehende Reparaturen, was weiß ich alles, was da ansteht. Das heißt, Sie werden trotzdem, Herr Ortsvorsteher, eine Ochsentour durch die Ausschüsse haben, das wird nicht leichter. Aber zumindest mal gibt es einen reservierten Betrag, der dafür

theoretisch vorgesehen ist. Ich habe auch verstanden, dass das aus dem Gesamtbudget bereitgestellt werden soll und nicht on top gesetzt. Sollte das irgendwann im Laufe der Zeit doch zu Schwierigkeiten führen, müssten wir halt noch mal drüber reden. Aber es ist ja doch ein überschaubarer Betrag. So habe ich das verstanden.

Dann können wir in die Abstimmung gehen und ich bitte um Ihr Votum. - **Einstimmig angenommen.**

Das ist noch mal als positives Zeichen zum Thema Ehrenamt, wenn ich mir das erlauben darf an dieser Stelle zu sagen. Damit hat sich der **Antrag aus dem Ortschaftsrat** nicht erledigt, aber er ist damit **zurückgezogen**. Wir können damit den Bereich der Bäder verlassen.

Ich rufe auf den **Teilhaushalt 6100, Stadtplanung**.

Antrag 144 (Seite 304): Fahrradleihsystem Zuschuss Stadt (AfD)

Stadtrat Schnell (AfD): Zunächst eine Bemerkung. Ich freue mich, dass Ihnen jetzt endlich bewusst wird, was Sie mit diesen ganz vielen Ausgaben für den Klimaschutz und so alles anrichten, so entnehme ich das zumindest den BNN. Das schien Ihnen vorher nicht so recht klargewesen zu sein. Das ist ja auch Baustein dafür. Wir verbraten hier 35.000 Euro an Zuschüssen für 300.000 Fahrten. Das heißt, wir bezuschussen jede Fahrt mit dem Nextbike mit 80 Cent. Wenn man das auf den Kilometer umrechnet, ist das mehr als ein Stadtmobil kostet, und das ist eine kostendeckende Geschichte, mit der sogar Gewinn eingefahren wird. Und es ist nämlich wirklich so, dass wir durch solche Angebote den ÖPNV schwächen. Zu den Model-Split-Umfragen, die wir hatten und die auch mal im Hauptausschuss vorgestellt wurden: wir haben keine Verbesserung des Model-Split Richtung Umweltverbund, wie das so schön heißt, erfahren, sondern wir haben im Gegenteil vom ÖPNV zum Fahrrad hin den Model-Split verändert. Und diese Ausgabe, diese Subvention, die ist weder marktgerecht, zumal es eben auch mit den E-Scootern von kommerziellen Anbietern, die auch ohne städtische Zuschüsse laufen, Ersatzangebote gibt. Deshalb sind wir dafür, diese Subventionen ersatzlos zu streichen.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Nur eine kurze Frage zu dem Antrag. Ist es richtig, bitte korrigieren Sie mich, dass das Unternehmen Tier dieses Nextbike gekauft hat als kommerzielles Unternehmen, das ja verdient und ob man nicht wirklich prüfen könnte für die Zukunft, ob dieses System irgendwie möglicherweise finanztechnisch Geld bringen könnte? Das ist nur eine Anregung zu dem Antrag.

Der Vorsitzende: Ich habe der Zeitung auch entnommen, dass Tier Nextbike aufgekauft hat. Von einem kommerziellen Anbieter wechselt es damit zum nächsten kommerziellen Anbieter. Und die Verträge, die wir mit Nextbike haben bestehen fort. Wir sind bis 2027 vertraglich gebunden, insofern ist das, was hier begehrt wird, rechtlich gar nicht möglich. Und das ist auch mein Hauptargument heute. Ich sehe es auch so, ich sehe, dass bei den Elektrorollern mehr bezahlt wird für die Fahrt, als es bei uns bei Nextbike mit den Leihfahrrädern ist. Ich bin auch dafür, dass wir uns zum Jahr 2027 rechtzeitig überlegen, ob wir diese Subventionierung noch brauchen. Ich halte sie in Anbetracht der Erfahrung, die wir das letzte Jahr gemacht haben, irgendwann für überflüssig. Aber wir haben uns hier zu einem Zeitpunkt, wo das noch nicht absehbar war, für diesen Vertrag bis 2027 entschieden. Ich habe auch schon gebeten, dass man noch mal in die Verträge reinguckt. Aber heute ist dieser Beschluss so nicht möglich. Und

deswegen kann ich Ihnen nur dringend raten, ihn nicht zu fassen, weil Sie uns da in Schwierigkeiten bringen.

Stadtrat Schnell (AfD): Dann ziehen wir den Antrag zurück. Aber es wäre gut gewesen, wenn das in der Antwort der Verwaltung schon dringestanden hätte.

Der Vorsitzende. Das ist meine Meinung, Herr Stadtrat Schnell gewesen, die ich jetzt erst mal in die sozusagen Fachdiskussion bringen muss. Insofern kann das sein, dass die Fachdiskussion anders ausgeht. Weil, wir müssen schon prüfen, ob wir damit dann auch wieder Kundengruppen verlieren und das wollen wir natürlich auch auf keinen Fall. Nur, darüber jetzt mal nachzudenken, das halte ich für eine grundsätzlich richtige Geschichte.

Gut, dann ist der **Antrag zurückgezogen**.

Antrag 145 (Seite 304): Taskforce Bebauungspläne Innenstadt, Schaffung von 6 befristeten Projektstellen (KAL/Die PARTEI)

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): In Anträgen aller Fraktionen zu baulichen Sachfragen hinsichtlich gestalterischer Stadtplanung, Quartiersentwicklung, des Denkmalschutzes oder Ähnlichem wurde immer wieder deutlich, dass beinahe jedes größere Bauvorhaben mit einer geplanten Bebauung nach § 34 zu viel Ärger in der Bevölkerung führt und immer die gleich Sinn- und Sachfragen gestellt werden. Dies wird meiner Meinung nach, und da ist sich unsere Fraktion einig, zukünftig vermehrt die Karlsruher Innenstadt betreffen. Abhilfe kann hier ein möglichst flächendeckender Bebauungsplan für die Innenstadt schaffen. In den Antworten der Verwaltung wurde deutlich, dass hierzu derzeit die personellen Kapazitäten nicht vorhanden sind. Eine neue Projektgruppe, wir nennen sie Taskforce Bebauungspläne Innenstadt, könnte in den nächsten Jahren den Missstand aufarbeiten, sodass nach Ablauf der Projektzeit ein guter, handelbarer Stand vorliegt. Wir stellen uns hier eine interdisziplinäre Projektgruppe von rund sechs Teammitgliedern aus der Verwaltung vor.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Das Anliegen klingt erst mal sinnvoll und notwendig, weil wir zum Beispiel auch sehen, dass der Bebauungsplan Grünsatzung einer ist und wir bräuchten eigentlich noch mehr von dieser Art für andere Stadtteile. Uns wäre aber in dem Falle sehr daran gelegen, dass uns das Stadtplanungsamt und gegebenenfalls auch weitere beteiligte Ämter noch erläutern könnten, ob eine solche Projektgruppe dann auch tatsächlich weiterhilft, wie groß sie sein müsste und dass das noch mal entsprechend vorberaten wird, damit wir nicht über einen entsprechend pauschalen Antrag jetzt an der Stelle entscheiden.

Gleiches gilt, möchte ich jetzt anschließen, für die beiden folgenden Anträge, für die ÖRMI-Maßnahmen und die Reallabore in der Innenstadt von den LINKEN. Da sind Mittel vorhanden für diese Projekte und es ist an der aktuellen Stelle noch nicht absehbar, dass diese Mittel nicht ausreichen. Und gegebenenfalls sind aus den gesperrten Budgets des Tiefbauamtes ja auch für Investitionsmaßnahmen dann, die auf Reallabore folgen, beispielsweise auch Mittel vorhanden.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Also, ich hoffe, dass Sie nicht vergessen haben, in welcher Haushaltssituation wir sind. Und dann frage ich mich, wie man jetzt hier ein Projekt befürwortet mit sechs zusätzlichen Stellen. Sie wissen, was das kostet. Und vor diesem Hintergrund verstehe ich nicht, warum man die Verwaltungsantwort nicht einfach mal lesen kann und zur Kenntnis

nimmt. Da ist nämlich gesagt, dass man mit zusätzlichen Stellen nicht unbedingt zusätzlich Gutes erreicht, sondern dass wir uns in größten Schlamassel begeben, wenn wir über vorhandene B-Pläne neue, geänderte B-Pläne legen würden. Und ich schließe ab, wer will der Stadt noch weiteren wirtschaftlichen Schaden zufügen, wenn er so etwas tut oder täte. Denn es führt zu Planungsschäden, die die Eigentümer mit ziemlicher Sicherheit gnadenlos gegen uns erheben. Also lassen Sie diese Idee und münzen Sie sie vielleicht um in einen anderen Gedanken. Das Management, das nämlich diesen Kontakt mit den Gebäude- und Grundstückseigentümern pflegt, das kann Gutes bewirken, indem man sehr langfristig im Voraus proaktiv erfährt, was die einzelnen Eigentümer vorhaben.

Stadtrat Høyem (FDP): Samstag wird unsere Kombilösung wirklich eingeweiht und das ist wunderbar. Wir haben in den letzten Jahren über die Entwicklung in der Innenstadt gesprochen und gesprochen und gesprochen. Und doch ist es schlechter geworden. Wir haben wirklich einen Bedarf, dass wir jetzt vorwärts gucken. Das ist klar richtig, Herr Pfannkuch, wir wollen keine Doppelstrukturen, wir wollen bestimmt das Planungsamt involvieren, aber wir wollen gerne mehr Schnelligkeit haben. Die Innenstadt muss jetzt eine Priorität haben. Wir gehen davon aus, dass eine zusätzliche Arbeitskraft für eine Zeit sehr günstig ist und dass das Planungsamt das benutzen kann. Und auch, wenn unsere Haushaltslage so schlecht ist, dann haben wir wieder im Planungsausschuss allen anderen Stellen gesagt, jetzt muss etwas in der Innenstadt passieren. Es kann nicht Jahr, nach Jahr, nach Jahr

schlechter gehen, wie eben eine besondere Ausnahme die KAL tut. Hier muss etwas jetzt passieren.

Stadtrat Schnell (AfD): Also, Herr Pfannkuch, jetzt bin ich ja schon ein bisschen enttäuscht, da reden Sie jetzt hier vom Haushalt und so weiter und was da alles auf uns zukommt. Aber Sie haben gestern sämtliche Anträge zu diesen ausufernden Maßnahmen für den sogenannten Klimaschutz einfach durchgewunken und keinerlei Sparanstrengungen dort unternommen. Im Übrigen muss ich ganz klar sagen, die AfD lehnt den Antrag ab.

Stadtrat Zeh (SPD): Den Unmut über Nachverdichtung, über den § 34, spüren wir natürlich überall in allen Innenstadtstadtteilen. Aber wir haben natürlich auch mal den ersten Bebauungsplan für den Innenstadtbereich gestartet. Und ich glaube auch, da stimme ich Herrn Kollegen Pfannkuch zu, es wird schwierig werden, wenn man über vorhandene Bebauung tatsächlich noch mal einen Bebauungsplan macht, bis man tatsächlich alle Ansprüche, Widersprüche und so weiter gemacht hat. Es wird sicherlich ein langes Verfahren werden, was nicht allein an Personalressourcen scheitert, sondern einfach an den Widerständen von Teilen der Eigentümer. Aber wir haben, glaube ich, auch genug Mittel letztendlich, um dadurch auf die LINKEN zuzugehen, um ÖRMI tatsächlich für die Innenstadt umzusetzen. Wir müssen in der Innenstadt was tun, das ist uns allen bewusst. Wir haben jetzt natürlich fast 5 Millionen Euro auch als weitere Mittel für die Innenstadt bekommen, neben den beiden Sanierungsgebieten Kaiserstraße Ost und West oder Innenstadt Ost und West. Das heißt, es stehen sicherlich genügend Mittel zur Verfügung, wir müssen das aber auch umsetzen. Und natürlich finden immer zuerst die Reallabore statt, wenn Straßenraum verändert wird. Daher werden wir alle Anträge ablehnen, auch aus Haushaltsgründen.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Auch wir werden alle folgenden Anträge ablehnen. Wir verstehen das Anliegen sehr gut. Doch wir sind auch der Auffassung, dass Mittel vorhanden sind und auch nicht immer neue Arbeitsplätze oder beziehungsweise Stellen das Problem löst. Das sehen Sie, Herr Pfannkuch und der Herr Zeh in diesem Fall und ich auch aus haushaltstechnischen Gründen.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Ich habe die Wortmeldungen gehört, wobei mich die Wortmeldung von Herrn Pfannkuch und von Herrn Zeh am meisten überrascht hat, Sie sind doch langjährige Planungsausschussmitglieder und wissen genau, um was es geht. Sie wissen genau, was jetzt auf uns zukommt mit der Innenstadt. Aber ich greife den Vorschlag von Herrn Löffler von den GRÜNEN auf, dass ich dann den Antrag so modifizieren würde, auch nicht zur Abstimmung stellen würde, dass das Thema noch mal aber ganz klar auf die Innenstadt bezogen im Planungsausschuss vonseiten des Stadtplanungsamtes vorgestellt wird. Ich bin sehr lernfähig und höre mir dort alles an und nehme das auch mit. Aber das kann man natürlich hier bei einer Haushaltsberatung so auch nicht leisten von der Bürgermeisterbank aus, das erwarte ich auch nicht. Aber ich würde erwarten, dass dieses doch mal rasch vielleicht bis spätestens März im Planungsausschuss mal aufgerufen wird und dass man sich da noch mal genau darüber auslässt. Natürlich ist es so, dass man nicht über alles jetzt Bebauungspläne legen kann. Aber auch in der Antwort der Verwaltung wird ja davon gesprochen, dass es Einzelfälle gibt. Und welche Möglichkeiten man auch hat, die würde ich gerne mal vonseiten des Stadtplanungsamtes vorgetragen bekommen und dass man da auch mal eine fachliche Diskussion im Fachausschuss, im Planungsausschuss, führen kann.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Stadtrat Cramer. Wir haben jetzt zwei Themen ein bisschen

miteinander vermischt, nämlich einmal den aufgerufenen Antrag unter der Ordnungsziffer 145 und dann die anderen Anträge unter den nachfolgenden Ordnungsziffern. Sie haben zwar vom Thema her beide was mit der Innenstadt zu tun, aber ich habe verstanden, dass es eigentlich um unterschiedliche Dinge geht. Nämlich das, Herr Stadtrat Cramer, was Sie angesprochen haben, ist ja die Frage, wie gehen wir mit dem ganzen Wildwuchs, der durch § 34 theoretisch möglich ist, um. Und können wir das durch die ganzen hier gezogenen Bebauungspläne versuchen, ein bisschen in den Griff zu kriegen. Und das betrifft ja nicht nur die klassische Innenstadt, sondern etwa auch die Weststadt oder auch andere Bereiche der innenstadtnahen Teile.

Und da, Herr Stadtrat Pfannkuch, haben wir uns ja schon auf den Weg gemacht, das ist ja nichts Neues, wir haben Ihnen ja eine Grünsatzung versprochen, die beispielsweise genau das verhindern soll. Und ich bin für Ihre Anregung sehr dankbar, auch für Ihre Kompromissbereitschaft. Wir sollten dann in der Tat in einem der nächsten entsprechenden Fachausschüsse mal darstellen, in welchem Prozessschritt sich diese Grünsatzung etwa befindet, was denn noch benötigt wird, welche Zeiträume man einplanen muss. Denn das ist ein äußerst mühsamer und komplexer Prozess, der am Ende aber, und da möchte ich die Erwartungen ein bisschen einfangen, nicht dazu führen wird, dass wir nicht trotzdem noch einen Haufen Konflikte um jedes einzelne Grundstück kriegen. Aber wir positionieren uns damit etwas stabiler in dem, was wir wollen und das ist ja der Hintergrund.

Anträge 146 und 147 (Seite 304): Mittel für Umsetzung ÖRMI-Maßnahmen bereitstellen (DIE LINKE.) und Reallabore für zukünftigen Radverkehr und Aufenthaltsqualität in der Stadt fördern (DIE LINKE.)

Davon abgetrennt die Ordnungsziffern 146 und 147, können wir gegebenenfalls auch zusammen aufrufen, weil, das hat nun wirklich was mit der eigentlichen Innenstadt und unseren Projekten zu tun. Dazu haben einzelne Fraktionen hier schon gesprochen. Aber ich denke, es gibt hier noch mal separat Wortmeldungen, damit habe ich gerechnet, Frau Stadträtin, deswegen haben Sie jetzt das Wort.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Im ersten Antrag geht es natürlich ganz klar um die Innenstadt, aber im zweiten geht es um zukünftigen Radverkehr und Aufenthaltsverkehr in der Stadt, nicht nur in der Innenstadt. Ich finde natürlich schön, dass in der Verwaltungsvorlage daraus zukunftsfähiger Radverkehr geworden ist, finde ich natürlich auch schön. Genau darum geht es eben, wie kriegen wir die Verkehrswende hin und dafür ist natürlich auch ausprobieren eine ganz, ganz großartige Möglichkeit. Dann stellt man nämlich vielleicht fest, dass ein Stellplatz an der Stelle vielleicht ein viel schönerer Platz zum Sitzen wäre und das gar nicht ganz so schlimm ist, wenn die Autos da auf einmal wegfallen. Aber auch Reallabore brauchen nicht nur ein Budget, sondern die brauchen eben auch einen Planungsvorlauf und Planungskapazitäten. Und genau die wollen wir eben mit unserem Antrag an dieser Stelle auch schaffen. Und ich würde mich über Unterstützung freuen.

Stadtrat Høyem (FDP): Mein gefühlter Eindruck ist, die letzten zwei Jahren ist der ganze Gemeinderat zu einem Reallabor für Radfahrer geworden. Wir haben keine einzige Gemeinderatsitzung, wo wir nicht über Radfahren sprechen. Radfahren ist wirklich nicht ein Thema, was wir nicht hier ernst nehmen. Wir haben vielleicht Reallabore rund um die Welt, wo wir ein bisschen gucken können, beispielsweise in meiner Heimatstadt Kopenhagen, die ist Fahrradstadt

Nummer eins in Europa und die Fußgängerstraßen in der Innenstadt sind für Radfahrer total verbotenes Land. Das ist eine ganz gute Idee. Man könnte auch zu unserer Partnerstadt Temeswar gucken, dort hat man sowohl Autos als auch Radfahrer total ausgeschlossen von der Innenstadt, auch vielleicht eine ganz gute Idee. Also, ich denke, wir sprechen genug über Radfahrer.

Worüber wir wirklich diskutieren sollten in unserer Verkehrsdiskussion, sind die Fußgänger. Weil, die Fußgänger sind das vergessene Volk. Da gibt es unglaublich viele Diskussionen über die Radfahrer, das ist nahezu unsere neue moralische Elite in dieser Stadt. Aber das vergessene Volk sind die Fußgänger. Also, wir stimmen gegen dieses, weil Sie, LINKE und GRÜNE, haben eigentlich unseren Gemeinderat zu einem Reallabor für Radfahrer gemacht.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Ich hatte schon gesagt, dass wir die Anträge ablehnen, aber ich muss hier ganz explizit dem Kollegen Høyem recht geben. Wir haben in unserer Stadt Bereiche, wo sich Fahrrad und Fußverkehr leider kreuzen und das ist die Erbprinzenstraße rund um den Ludwigsplatz. Und ich hatte es auch in meiner Haushaltsrede gesagt, wir müssen uns wirklich Gedanken machen, wie können wir diesen Knoten lösen. Und das wollte ich nur noch mal anregen, dieses Thema, das liegt mir sehr am Herzen, weil ich diesen Bereich fast täglich beruflich kreuze und mehrfach Opfer eines beinahe Fahrradunfalles wurde.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Da wollte ich nur noch hinzufügen, dass es genau darum geht, weil, Aufenthaltsqualität ist garantiert nicht dort, wo Radfahrer oder Radfahrerinnen einen fast überfahren. Ich glaube, da sind wir uns einig. Und genau um diese Fragestellungen geht es an dieser Stelle nämlich dezidiert auch. Und die Aufenthaltsqualität für Fußgänger*innen.

Der Vorsitzende: Wir haben auch die Gesellschaft für bedrohte Völker, die hat unsere Fußgänger Gott sei Dank noch nicht entdeckt. Also, die Verwaltung empfiehlt Ihnen, beides abzulehnen, aber nicht aus inhaltlichen Gründen, das möchte ich einfach noch mal verdeutlichen. Ich habe ÖRMI ja direkt auch ein Stück weit zu meinem Projekt gemacht, weil das unmittelbar was mit der Zukunft Innenstadt zu tun hat. Und es ist nicht mein Projekt, sondern natürlich ein Projekt des Dezernats 6. Aber ich bin von Anfang an auch bei Pressekonferenzen mit gestanden, weil es da um die grundsätzliche Ausrichtung der Qualität des Aufenthalts in der Innenstadt geht, wo sind noch Mobilitätsräume für wen und wie machen wir das Ganze auch noch attraktiv, dass auch die, die nicht nur durchfahren oder durchlaufen wollen, sich auch wohlfühlen und ihre Plätze finden, um etwas dort zu unternehmen. Und von daher können Sie mir glauben, wenn aus dem ÖRMI-Projekt die Notwendigkeit entsteht, dass wir etwas anpacken müssen, dann werden wir auch dann mit Ihnen gemeinsam die Mittel finden, um das zu tun.

Ähnliches betrifft auch das Thema Reallabore, ich habe nicht den Eindruck, dass das bei uns an Personalkapazitäten scheitert, sondern wir müssen einfach in unsere traditionellen Planungsprozesse die Idee des Reallabors integrieren. Das ist eher eine veränderte Prozessherangehensweise als unbedingt jetzt ein zusätzlicher Mensch, der dann als sozusagen der Reallaborbeauftragte durch das Amt geht und dort überall Reallabore einrichtet. Wir müssen unsere Art, mit diesen Themen umzugehen, ändern. Und wäre nicht Corona, hätten wir schon die ersten Reallabore im Kontext auch von ÖRMI eingerichtet. Wir haben ja den Passagehof im Blick, wir haben die nördliche Karlstraße im Blick, das ist ja alles unmittelbar in Vorbereitung und das wird auch 2022 erfolgen. Von daher empfehlen wir Ihnen diese Stellungschaffung nicht, sondern wir sagen Ihnen zu, dass wir das im Rahmen unserer Stellen hinbekommen und dass wir das auch

außerordentlich ernst nehmen. Denn wir müssen am Ende die Verkehrsteilnehmer über Reallabore davon überzeugen, dass es etwas bringt und dann bauen wir es anschließend endgültig um, sonst kriegen wir bestimmte dieser Maßnahmen nicht konfliktfrei umgesetzt. Ich halte die Maßnahmen aber am Ende für so erfolgreich, dass ich immer schon meine, zu wissen, was beim Reallabor rauskommt. Aber wir müssen es gemeinsam erfahren.

Herr Stadtrat Wenzel, die Erbprinzenstraße krankt darunter, dass wir bisher in der Kriegsstraße keine vernünftige Ost-West-Verbindung für die Fahrradfahrer hatten und das wird sich am nächsten Wochenende endgültig geändert haben. Und dann gucken wir, wie sich das dort entwickelt. Und Sie haben natürlich recht, wir können mit diesen Mischflächen nicht mehr das erreichen, was man sich vielleicht vor zehn Jahren mal vorgestellt hat. Da hat man ja diese Sphären geschaffen, wo man im Grunde alle Mobilitätsarten auf demselben Fleck erlaubt hat und je nachdem, wo dann die Stärke war, war entweder alles zugeparkt oder zugefahren oder zugestanden. Da kommen wir nicht mehr weiter, wir müssen das zum Teil entzerren. Es wird vor allem aber immer dann schwierig, wenn wir sozusagen einen Durchfahrtsverkehr haben, egal mit welchem Verkehrsmittel, dann leidet die Aufenthaltsqualität und da müssen wir eben diese Bereiche voneinander trennen. Von daher ist das Problem angekommen und da werden wir einen Teil gelöst kriegen, wir werden es aber sicherlich auch nicht dabei belassen können.

Damit kommen wir zur Abarbeitung der beiden Ordnungsziffern 146 und 147.

Antrag 146, da geht es um Mittel für Umsetzung ÖRMI und ich bitte Sie da jetzt um Ihr entsprechendes Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich rufe auf **Antrag 147**, da geht es um die Reallabore und um eine Stellungschaffung, und bitte auch hier um Ihr Votum. - Das ist auch eine **mehrheitliche Ablehnung**. Aber wie gesagt, die Themen sind bei uns präsent und Sie können mich da auch bitte immer gerne beim Wort nehmen.

Ich will noch auf der **Seite 304** darauf hinweisen, dass wir in der Veränderungsliste für die Umliegung der ehemaligen Kaserne in der Nordweststadt Mittel wieder eingestellt haben, die wir 2021 nicht verausgabt haben, die dann dort in die Haushaltskonsolidierung quasi geflossen sind und die wir jetzt aber 2022 wieder neu veranschlagen müssen. Und auf der **Seite 307**, da haben wir beim Thema Aufwertung und Gestaltung des öffentlichen Raumes noch Mittel hin- und hergeschoben, das will ich jetzt nicht im Detail alles erläutern, Sie aber einfach hier auf die veränderten Zahlen hinweisen.

Ich rufe damit auf den **Teilhaushalt 6200 Liegenschaften**. Und wir können jetzt auf die **Seite 325** springen.

Antrag 148 (Seite 325): Einführung einer Zweckentfremdungssatzung und einer Meldestelle, Schaffung einer 0,5-Stelle (DIE LINKE.)

Wir können gleich in die Abstimmung gehen und ich bitte Sie um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Anträge 149 a - c (Seite 333): Mehr Flexibilität der Mittel für Karlsruher Wohnraumförderung (GRÜNE, DIE LINKE.)

Stadtrat Borner (GRÜNE): Zurzeit wird im Aufsichtsrat der Volkswohnung auf politischen Wunsch hin diskutiert, ob die Volkswohnung eine höhere Quote von sozial gefördertem Wohnraum umsetzen soll. Damit wir die VOWO in die entsprechende Lage versetzen können, sollten die benötigten Gelder auch im Haushalt eingestellt sein. Wenn wir die Antwort der Stadtverwaltung richtig interpretieren, werden Verpflichtungen durch ausreichende Haushaltsmittel und Haushaltsreste gegenfinanziert. Dieses wäre eine Antwort in unserem Sinn. Daher bitte ich Sie, Herr Oberbürgermeister, dass Sie in der heutigen Haushaltsberatung klarstellen, dass bei entsprechenden Anträgen auf Mittel der Karlsruher Wohnraumförderung auch tatsächlich genügend Geld vorhanden ist und wir die Antwort der Verwaltung richtig verstanden haben. Bei einer positiven Rückmeldung von Ihnen würden wir den Antrag für erledigt erklären beziehungsweise zurückziehen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Das Zurückziehen, Herr Oberbürgermeister, würde sich aus mehreren Gründen anbieten. Erstens mal, Herr Kollege Borner, die politische Diskussion, von der Sie reden, in einem Aufsichtsrat der Volkswohnung, die habe ich bisher noch nicht wahrgenommen. Sie haben sie angekündigt. Und wir werden dann sehr fachlich auch darüber diskutieren, wohin denn der Wille von Ihnen geht und inwieweit er in Übereinstimmung zur Realität steht. Allein durch Aufsichtsratsbeschlüsse können wir nicht das erreichen, was Sie sich vorstellen, beispielsweise den Prozentsatz an sozial gefördertem Wohnraum zu erhöhen. Das hängt doch von anderen Dingen ab. Ich will das jetzt nicht fachlich ins Einzelne ausbreiten, aber wir können nicht einfach die Situation verändern, wenn wir nicht neue Wohneinheiten oder gebrauchte Wohneinheiten öffentlich gefördert hinzuerwerben in unseren Bestand. Und dann müssen wir eben diesen Zustand, wenn es geht, erhalten.

Zurzeit ist es ja in der Tat so, dass unser Anteil abnimmt an öffentlich gefördertem Wohnraum, der dann auch, was die Mietzinsen angeht, begünstigt ist. Also die Diskussion steht noch aus, freuen Sie sich nicht zu früh. Ich fürchte die Fachlichkeit wird Sie überzeugen, dass es nicht so einfach geht. Und dann noch was zu KaWoF. Das, was die Verwaltung uns berichtet, zeigt, dass wir bisher mit dem Geldern immer auskömmlich umgehen konnten, immer Reste zur Verfügung stehen. Also, diese Rakete, die da vor Jahren gezündet wurde, noch nicht so richtig Anklang findet. Aber ich will nicht ausschließen, dass das immer mehr abgerufen werden wird, von daher kann man das abwarten. Aber im Moment kein Bedarf. Und ich denke, auch Private lassen sich von KaWoF ganz offensichtlich nicht begeistern. Aber unabhängig davon, an den Mitteln liegt es nicht.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Wir als SPD-Fraktion sind die Allerletzten, die nicht dabei wären, KaWoF zu stärken, aber wir sehen eben auch nicht den Mehrbedarf, wir haben, das zeigt einmal mehr, ein Problem, das sich nicht auf Finanzen beim Wohnungsbau abwälzt, sondern auf die Flächen und das können wir mit KaWoF leider auch nicht ändern. Zum Antrag der Grünen ist noch zu sagen, wir hatten im Vorfeld ja schon mal mit euch diskutiert über diesen Antrag und hatten damals schon den Eindruck, dass es nicht zu dem führt, was wir uns erhoffen. Und das zeigt jetzt die Stellungnahme einmal mehr.

Der Vorsitzende: Ich würde den Ball gerne aufnehmen, Herr Stadtrat Borner, Sie hatten mich ja noch mal aufgefordert, was dazu zu sagen. Wir haben an diesem Punkt auch seinerzeit, als wir das Programm eingeführt haben, nicht gewusst, ob 5 Millionen reichen oder nicht. Und es stand immer die Aussage im Raum, wenn wir am Ende mehr Anträge bekommen als wir hier mit dem Geld finanzieren können, dann gehen wir mit Ihnen in eine Diskussion, dass wir es unterjährig bereitstellen, weil uns das Programm einfach so wichtig ist. Und diese Zusage gilt und die gilt auch weiterhin. Wir müssen uns bei der nächsten Evaluationsrunde mit KaWoF darüber unterhalten, ob wir nicht die Prozentzahl noch mal erhöhen. Wir müssen uns unterhalten, ob wir es nicht auch außerhalb der Innenstadt ausdehnen sollten und, und, und. Da gibt es noch viel, was wir noch tun können. Was aber am Ende wahrscheinlich erfolgreicher ist, als dass wir jetzt den Ansatz erhöhen, obwohl wir ihn dann nicht ausgegeben kriegen. Wie gesagt, die Zusage steht, das sage ich auch ausdrücklich an die LINKEN, dass wir da nie verhindern werden, dass wir irgendwie wegen Geldmangel dann am Ende dieses Programm nicht ausschöpfen. Insofern wäre meine Bitte, dass wir es mit der Zusage vielleicht für heute erledigen können. Da steht auch das ganze Haus dahinter, das ist jetzt nicht nur ich, sondern das haben wir immer hier so gesagt. Und dazu passen ja auch die entsprechenden Redebeiträge.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Ich wollte nur noch mal ergänzen, dass es dann damit für uns passt. Also, uns war wichtig, dass es eben auch um Weiterentwicklung des KaWoF-Programms geht, eben auch um die Bereiche, die Sie gerade genannt haben. Und da eben auch zu überlegen, wie sich vielleicht Förderrahmen verändern müssten, damit es attraktiver wird. Und diese Flexibilität wollten wir uns eben durch diesen Haushaltsbeschluss geben. Aber wenn die Zusage steht, dass die Gelder dann da sind, dann passt das auch für uns.

Der Vorsitzende: Bisher war ja bei KaWoF das Problem die Einschränkung auf die Innenstadt, die ursprünglich fachlich richtig war, aber die wir uns nun überlegen sollten. Und das zweite Problem war, dass es gerade in dieser Innenstadt zu wenig Flächen gab. Jetzt kommt noch ein drittes Problem dazu, was wahrscheinlich die nächsten Jahre noch schwieriger wird, dass sie heute auch mit der Unterstützung aus Land und kommunaler Wohnungsbauförderung es nicht mehr hinbekommen oft bei vielen Objekten, weil auch schon der Erwerbspreis so teuer ist, dass sie es dann so sanieren können, dass sie es anschließend mit der sozialen Bindung noch hinbekommen. Also, ich will das jetzt nicht pauschal sagen, aber es wird für einzelne Objekte ein zunehmendes Problem. Wir beobachten das gerade etwa auch bei der Sparkasse, wo wir gerne auch entsprechenden sozialgebundenen Wohnraum schaffen wollen im Immobilienportfolio und dann aber aus rein wirtschaftlichen Gründen bei den Kaufpreisen, die für fertige oder auch unfertige Immobilien im Moment existieren, da in Schwierigkeiten kommen. Deswegen, auch das muss man noch mal in die Weiterentwicklung von KaWoF mit einbeziehen als Überlegung, was man da vielleicht noch steuern könnte, denn sonst werden wir hier den Wettlauf gegen die Zeit nicht gewinnen. Ich will nicht sagen verlieren, weil jede Wohnung, die es mehr gibt, ist erst mal ein Gewinn, aber wir werden nicht die Zahlen erreichen, die wir eigentlich gerne hätten. Und das ist aber ganz, ganz wichtig.

Herr Stadtrat Pfannkuch, ein Antrag zur Geschäftsordnung.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Eine bescheidene Anregung, könnten Sie wieder die Uhr anschalten lassen, wenn Sie reden, das hat uns gestern das Gefühl der Waffengleichheit gegeben, wenn gleich Sie nicht besteht.

Der Vorsitzende: Das hätte nur Sinn, wenn Sie sich auch auf drei Minuten begrenzen müssten. Insofern, wenn Sie die Uhr abschalten bei Ihren Beiträgen und auf die Gesamtrededzeit gehen... Okay, also ich versuche, mich kürzer zu fassen. Wir können auch gerne die Uhr anmachen.

Zwei Anmerkungen noch zu den Liegenschaften. Auf der **Seite 330** haben wir in der Veränderungsliste des Sammelprojekts kleinere Baumaßnahmen angepasst. Hier hatten wir eine Doppelerfassung drin, deswegen konnten wir das korrigieren. Und auf der **Seite 332** gibt es im Sammelansatz Grundstücksverkauf eine Veränderung, durch den Verkauf des städtischen Grundstücks in der Schwarzwaldstraße, Hauptbahnhof Süd, das kennen Sie, das jetzt ins nächste Jahr rutscht. Und deswegen ist dieser Ansatz dann auch größer geworden.

Ich rufe damit auf den **Teilhaushalt 6600**, den Bereich Tiefbau. Und wir gehen jetzt gleich auf die **Seite 349**.

Antrag 150 (Seite 349): Aktive Parkraumbewirtschaftung forcieren, Parkgebühren erhöhen (DIE LINKE.)

Stadtrat Honné (GRÜNE): Das ist natürlich genau das Thema, was wir auch immer verfolgen, dass die Parkgebühren immer wieder angepasst werden müssen. Wir halten es nur an dieser Stelle jetzt hier für nicht richtig, denn es ist kein Haushaltsantrag, sondern erst mal muss die Satzung geändert werden und daraus folgen dann mehr Einnahmen. Und jetzt haben wir auch das Problem, hier kriegen wir eben jetzt keine Mehrheit, weil manch andere Fraktionen es einfach nur deshalb ablehnen, weil sie es nicht als Haushaltsantrag ansehen. Und wir werden es jetzt heute auch ablehnen, aber es ist ja völlig egal, was wir machen, es gibt keine Mehrheit. Wir bieten aber an, dass wir zusammen Gespräche führen, insbesondere auch mit mindestens einer anderen Fraktion, sodass es reicht, mit einem Antrag dann auch wirklich Erfolg zu haben, das ist ja das Wichtige. Und ich rate auch eher dazu, zu sagen, die Verwaltung soll sagen, wie hoch dann der neue Betrag sein soll, damit haben wir sehr gute Erfahrungen gemacht. Das hilft auch der Akzeptanz sowohl im Gemeinderat als auch in der Bevölkerung.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Ich bin ein bisschen verwundert, warum die Antragssteller nicht hierzu sprechen als Erstes, aber okay. Ich möchte nur Folgendes sagen, Herr Honné, mit uns müssen Sie nicht darüber sprechen, über diesen Antrag, das wissen Sie. Sie können mit uns über einen Antrag sprechen, dass wir alle Autos in der Innenstadt verbieten, dass wir nur noch Fahrräder und Fußgänger und den öffentlichen Nahverkehr in die Innenstadt und in die Stadt lassen und dann werden Sie von uns eine Antwort kriegen. Wer so einen Antrag zur jetzigen Zeit stellt, ist realitätsfremd, der hat eben nicht mehr den Schuss gehört, denn die Einzelhändler sagen, wir brauchen den Autoverkehr in der Innenstadt. Und wer diesen Antrag stellt nach der Abschaffung der Brötchentasche, nach Parkgebührenerhöhung, wie gesagt, der ist realitätsfremd. Und wenn Sie es nicht glauben, ich schreibe es Ihnen auch noch auf.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Vielen Dank, Herr Honné, wir würden dann gerne Ihren Vorschlag mit aufnehmen, dann **verzichten wir heute auf die Abstimmung**. Ich denke, das macht Sinn, dass wir noch mal eine längere Vorlaufzeit haben. Wir hatten eigentlich das als Vorstufe zur Satzungsänderung gesehen, die dann erarbeitet werden würde. Aber vielleicht haben wir ein unterschiedliches Prozessverständnis.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Ich bin doch immer wieder überrascht, welcher Ideenreichtum in

Bezug auf das Parken bei der Fraktion der LINKEN herrscht. Kollege Ehlgötz hat, glaube ich, schon viel gesagt, es trifft nicht nur den Einzelhandel. Und es ist auch kein Problem für uns, wenn wir den Innenstadtkern autofrei machen, aber wir brauchen sinnvolle Lösungen. Und die Parkgebühren haben wir erst erhöht. Und man kann es nicht auch irgendwo auf die Spitze treiben, Herr Bimmerle. Sie müssen auch sehen, es gibt auch Menschen, die nicht so ein großes Budget haben und trotzdem auch mal mit dem Auto irgendwo hinfahren müssen und parken, und die treffen Sie auch. Also bitte nicht immer alles einseitig betrachten.

Der Vorsitzende: Ich bin auch sehr dankbar, dass wir das jetzt nicht abstimmen.

Herr Schnell, Sie hatten sich auch gemeldet. Nicht verzweifeln, sondern so melden, dass wir es sehen.

Stadtrat Schnell (AfD): Herr Ehlgötz, Ihre Worte habe ich wohl vernommen, aber angesichts dessen, dass die CDU praktisch jeder Maßnahme, bei der es gegen den Autoverkehr in der Innenstadt geht, dann doch irgendwie zustimmt oder Anträge, die das verhindern wollen, ablehnt, klingen Ihre Worte in meinen Ohren doch sehr hohl.

Der Vorsitzende: Wir haben hier eine breite Palette von Wahrnehmungen. Ich bin erst mal froh, dass wir jetzt heute beschließen, nichts an den Parkgebühren zu tun. Wir haben sie gerade erhöht und wir haben Ihnen ja eine Gesamtparkkonzeption versprochen und da, Herr Bimmerle, gehört die Diskussion hin und nicht, dass es nach außen auch ein völlig falsches Signal gibt, als würden wir das Heil der Mobilität nur in Parkgebühren sehen. Das ist, glaube ich, auch insgesamt nicht das, in welcher Ernsthaftigkeit wir hier unterwegs sind.

Antrag 151 (Seite 353): Investitionen in die Straßeninfrastruktur reduzieren (DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Auch wenn die Verwaltung in Ihrer Stellungnahme den Antrag ja erst mal ablehnt, finde ich die Absichtserklärung, das im nächsten Doppelhaushalt zu überprüfen, auch das Richtige, das wollten wir mit unserem Antrag erzielen. Wir wollten jetzt auch nicht erzielen, dass wir jetzt die Straßen kaputtgehen lassen von heute auf morgen, sondern es war eher die Frage nach Qualitätsstandard, wie viel Euro investieren wir im Vergleich zu anderen Investitionen, auch vielleicht interkommunal verglichen. Und deshalb können wir mit dem Vorschlag der Verwaltung leben, dass wir es jetzt heute nicht abstimmen. Ich glaube, das wäre auch viel zu wenig Vorbereitung, sondern es einfach mitnehmen für die nächsten Doppelhaushaltsberatungen.

Der Vorsitzende: Alles klar. Hat sich damit **erledigt**. Vielen Dank. Gehört in die Aufgabenkritik und auch schon durch die Reduzierung mancher Budgets werden Sie in den nächsten zwei Jahren schon merken, das hatte ich ja gestern Ihnen, Herr Kalmbach, auch schon gesagt, wir haben einiges an Budgets reduziert und das werden Sie an der einen oder anderen Stelle in den nächsten Jahren schon merken, dass so Themen wie Reparaturmaßnahmen oder so, nicht mehr mit der Geschwindigkeit im öffentlichen Raum stattfinden an der einen oder anderen Stelle und wir hier in eine andere Prioritätensetzung müssen.

Ich ergänze auf der Seite 355, dass wir hier noch mal zur Aufwertung und Gestaltung des öffentlichen Raumes Investitionsmittel für Durlach verändert haben. Und auf der Seite 357, 360 ist dieser Zweckbindungsvermerk von 1,25 Millionen Euro für die Umsetzung von

Klimaschutzmaßnahmen. Das haben wir verteilt einmal auf 700.000 Euro beim Thema Radwege, einmal auf 550.000 Euro beim Thema Straßenbeleuchtung. Das entspricht dem, was wir gestern an anderer Stelle schon diskutiert haben. Und definiert noch mal in den Sammelbudgets explizit zusätzliche Mittel für Projekte im Rahmen der Klimaschutzkonzeption 2030.

Antrag 152 (Seite 359): Fußgängerbrücke in Grötzingen (FDP)

Stadtrat Hock (FDP): Wenn der leider erkrankte Bürgermeister Fluhrer heute da wäre, dann würden wir uns beide wahrscheinlich mal tief in die Augen blicken und dann würde ich ihm vortragen, dass damals bei der Übergabe der fast 1.000 Unterschriften aus dem Ortsteil Grötzingen zur Verlängerung des Stückes, was jetzt nicht mehr da ist an der Fußgängerbrücke, von ihm gesagt wurde, ja, wir sanieren die Brücke und wir stellen den Stummel wieder her, sodass die Kinder direkt diese Querung haben. Und Herr Oberbürgermeister, Ihre Worte, nehmen Sie mich beim Wort, die würde ich jetzt auch dem Bürgermeister Fluhrer entgegenhalten wollen, dann würde ich ihn gerne dort auch beim Wort nehmen wollen. Es ist eine kostenkontrollierte Planung, die vorliegt. Und wenn man sieht, wie die Bevölkerung sich in Grötzingen für dieses Projekt eingesetzt hat, dann waren wir doch schon erstaunt, dass wir dieses nicht mehr in den Haushaltsvorgaben oder in den Planungen gefunden haben. Deshalb dieser Antrag der FDP-Fraktion heute dazu.

Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, darüber nachzudenken, dass man das versprochen hat und wenn es versprochen wurde, dann sollten wir es auch machen. Die Bevölkerung im Ortsteil Grötzingen hat sich das gewünscht und die Kinder und Jugendlichen, die dort die Brücke queren, brauchen diesen Stummel auch. Deshalb kann ich Ihnen heute nur sagen, bitte unterstützen Sie unseren Antrag. Er hätte auch aus der Bevölkerung in Grötzingen kommen können, das wäre genauso gut gewesen, aber wir haben es nicht vergessen, deshalb dieser Antrag heute zu der Fußgängerbrücke in Grötzingen.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Auch wir nehmen wahr, dass der Wunsch in der Bevölkerung sehr groß ist in Grötzingen für dieses Projekt. Allerdings sehen wir gleichermaßen, dass die verkehrliche Erforderlichkeit nicht unbedingt zwangsläufig da ist, weil es andere Möglichkeiten gibt, die ebenso auch für Fußgänger*innen nutzbar sind und die eben auch barrierefrei sind im Vergleich zu der Gesamtbrücke, die es dann im Ergebnis dann auch leider nicht ist. Das Projekt hat daher jetzt auch bei der aktuellen Haushaltslage für uns keine allerhöchste Priorität in diesem Haushalt.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Lassen Sie mich vielleicht zuerst einmal sagen, dass wir einen großen Millionenbetrag in das gesamte Schulzentrum in Grötzingen investiert haben, weit über das, was wir am Anfang geplant hatten. Es war richtig, dass diese Investitionen getätigt worden sind. Wir haben ein Schulzentrum, das erreichbar ist für die Schülerinnen und Schüler und der Schulweg ist sicher. Das ist einmal die erste Grundvoraussetzung, warum wir überhaupt diskutieren müssen. Wenn der Schulweg nicht sicher wäre, müssten Maßnahmen ergriffen werden, aber er ist sicher. Und lieber Kollege Hock, Sie haben in vielen Punkten recht, dass die Verwaltung manches verspricht und nicht hält, das mag ja sein, gilt vielleicht auch für Grötzingen, das kann ich nicht beurteilen. Es wäre sicherlich nicht wünschenswert, aber es ist kein Muss und deshalb werden wir diesen Antrag heute ebenfalls ablehnen müssen.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Wir kennen die Wünsche der Schüler aus Grötzingen, wir wissen

auch, dass dieses leidige kleine Stückchen damals weggekommen ist. Wir wissen aber auch, dass mit der Umgestaltung des Kreisels an der Unterführung ein sicherer Übergang besteht. Und ich höre aus Grötzingen auch unterschiedliche Stimmen, auch aus dem Ortschaftsrat in Grötzingen. Und da haben wir noch nicht die Information gekriegt, dass das dringend notwendig ist. Meine Empfehlung ist, dass wir noch mal über dieses Thema beraten, weil, in der Abstimmung heute müssten wir wirklich auch hinsichtlich der Haushaltslage ablehnen. Aber das wäre dann schade, wenn dieses Projekt dadurch sterben würde. Vielleicht kann man es mal wirklich im Ausschuss noch mal sehen und vielleicht gibt es auch irgendwelche Mittel, denn ihr habt ja selbst dargelegt, dass es eine viertel Million ist, vielleicht kann man die aus einer anderen Stelle nehmen.

Der Vorsitzende: Damit kommen wir zur Abstimmung und ich bitte um Ihr Votum. Das ist **abgelehnt**.

Ich möchte den Vorschlag von Herrn Stadtrat Wenzel gerne aufnehmen, dass wir uns damit noch mal vor Ort zusammensetzen. Ich habe zu der Brücke eine komplett andere Meinung, die habe ich aber bisher nicht irgendwo eingebracht. Aber ich würde gerne mal mit den vor Ort Verantwortlichen auch darüber diskutieren, wie da eine vernünftige Lösung aussehen könnte. Und an den 450.000 Euro wird es am Ende bei den Gesamtbudgets, die wir haben, auch nicht scheitern. Es geht hier eher um eine Prioritätensetzung und um eine Bewertung. Und insofern würde ich das gerne aufnehmen.

Ich füge bei der Seite 362 an, dass wir zeitliche Verschiebungen hatten bei der Ein- und Auszahlung, was die Wasserwerkbrücke betraf und deswegen die Zahlen noch mal angepasst werden mussten.

Antrag 153 (Seite 364): Kaiserstraße, Patina erhalten, Neugestaltung verschieben, Baukosten einsparen (DIE LINKE.)

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Von allen Seiten, aber vor allem von Ihnen als Verwaltung und natürlich auch auf der rechten Seite des Hauses, der CDU, durften wir heute immer wieder die Predigt hören, wie angespannt die Haushaltslage doch ist und dass wir unter einem absoluten Sparzwang eigentlich stehen sollten. Und ich muss ehrlich sagen, angesichts dieses Projektes fällt es mir echt schwer, das ernst zu nehmen, wenn hier Millionen für eine buchstäbliche Vergoldung der Kaiserstraße ausgegeben werden, übrigens auch farblich. Insgesamt geht es hier um über 30 Millionen Euro für diese Maßnahme und das ist eine reine Verschönerungsmaßnahme. Und das finde ich unverantwortlich, vor allem, wenn wir uns diese immens lange Themenliste angucken, die wir im Nacken haben und die ganzen notwendigen Schulsanierungen, ganz zu schweigen, wo wir uns ja als Kommune wirklich fragen müssen, ob wir da auch unseren eigentlichen Pflichtaufgaben als Schulträgerin nachkommen. Von der viel bemühten Generationengerechtigkeit oder auch unserem CO₂-Budget ganz zu schweigen.

Ich würde sagen, erst mal Klimaneutralität und wenn dann noch Geld da ist, dann können wir meinetwegen über solche reinen Prestigeprojekte reden. Ich mache doch keine Schönheitsoperation, wenn mir Geld für meine kaputten Knie fehlt oder der gerne zitierte schwäbische Hausmann wird sich doch kein Parkett legen lassen, wenn es bei ihm durch das Dach durchsickert. Und dann auch noch bitte so teuer wie möglich, wenn man sich diese Maßnahme anguckt. In keinsten Weise ist es verständlich geworden, warum wir jetzt diese deutlich teureren

Natursteine brauchen, statt der wenigstens etwas günstigeren Betonsteine. Also, wenn die jetzt 15 Jahre länger halten würden, okay. Aber bis auf der absoluten Worthülse Nachhaltigkeit konnte man davon in den Verwaltungsvorlagen bisher gar nichts lesen. Und die aktuelle Pflasterung wird sicherlich noch ein paar Jahre halten und sieht stellenweise sogar noch ein bisschen frischer aus als das neue Pflaster auf dem Marktplatz. Das muss man an der Stelle leider auch konstatieren. Und für mich ist es einfach absolute Kleinstadtpolitik, wenn man nicht weiß, wohin mit dem Geld von irgendeinem Großzahler, und ich denke, wenn uns der Handel so am Herzen liegt, können wir denen ja auch noch eine kleine Verschnaufpause von den vielen Baustellen gönnen. Weil, ich meine, das wäre jetzt auch wieder ein mehrjähriges Bauvorhaben. Also ich kann angesichts dieser Maßnahme nur zu dem gleichen Schluss wie die KAL kommen, Zitat: „Im Übrigen glauben wir, dass es der Stadt Karlsruhe finanziell gut geht.“ Zitat Ende.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Wir haben ja auch schon vor einiger Zeit den Antrag gestellt, dass die Schienen drinbleiben sollen erst mal in der Kaiserstraße. Damit sind wir leider gescheitert, das müssen wir einfach anerkennen. Es bleibt uns nichts anderes übrig. Und nur die Bäume neu zu machen, das geht nicht, weil die neuen Bäume ja mehr in die Mitte der Straße rücken würden und dann eben im Schienenbereich stehen würden. Insofern geht es nicht darum, das eine zu tun und das andere zu lassen. Wir haben auch in der Fraktion lange diskutiert darüber, ob dieser neue Natursteinbelag wirklich der richtige ist. Und wir sind inzwischen ganz sicher, aber wirklich ganz sicher, dass es sinnvoll ist, so, wie es von der Verwaltung geplant ist, das Natursteinpflaster zu nehmen, weil es wesentlich länger hält als ein günstigeres Pflaster, das eben am Ende dann doch nicht günstiger ist, weil man es früher wieder rausreißen müsste. Insofern sind wir da zu der Meinung gekommen, dass so, wie die Verwaltung es jetzt plant, unter den gegebenen Prämissen der vorherigen Abstimmung, eben die einzige Möglichkeit ist, aus der ganzen Sache rauszukommen. Es wird ja auch nicht sofort jetzt umgebaut, sondern man wartet ja erst mal, ob die U-Strab dann eben erfolgreich ist, ob da alles klargeht und auch die Händler sollen ja noch eine kleine Pause bekommen bei den Umbauarbeiten. Die sind ja wahnsinnig gebeutelt, diese Geschäfte an der Kaiserstraße durch diese riesigen Baustellen. Die haben jetzt erst mal ein bisschen Ruhe, aber dann wird eben stückweise umgebaut.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Frau Kollegin Göttel, Sie haben keine Schönheitsoperation nötig, das will ich gleich mal im Voraus sagen. Es geht hier auch nicht um Schönheits-OPs, sondern es geht hier um das Schaufenster unserer Großstadt Karlsruhe. Und hier muss man schon mit anderen Kategorien arbeiten als mit Ihren Bildern, die Sie da bringen. Es ist in der Verwaltungsvorlage völlig zurecht ausgeführt, dass diese Dinge seit langem eingetütet sind und auch ausentschieden. Der Kollege Honné hat es aus seiner Sicht im Prozess richtig dargestellt. Aber wir müssen einfach festhalten, jetzt kommt dieser Naturstein und die Händler, die hier auch unsere Leistungsfähigkeit als Wirtschaftsstandort ein gutes Stück verteidigen müssen und sich selbst über Wasser halten müssen, haben jetzt auch einen Anspruch darauf, dass wir genauso handeln, wie wir es seit Jahren angekündigt haben, was leider durch Baufortschrittverzögerungen immer in die Länge gezogen wurde. Also für uns, die CDU, ist jetzt wichtig, dass wir verlässlich bleiben. Und dass sich Gewerbetreibende auf der Kaiserstraße irgendwo auf einen Zeitpunkt freuen können, wo die Dinge wirklich so gelingen, wie wir sie vorgeplant haben. Dass das jetzt noch eine Weile dauert, können wir einem nicht ersparen, aber es wird in Abschnitten gemacht. Jeder kann es berechnen und kann sich auf diese Geschichte einstellen. Dass die Schienen jetzt rauskommen, das ist doch absolut wichtig, darauf wartet alles. Das ist ein planerischer Moment, dass diese Avenue, sage ich jetzt mal, Kaiserstraße, dann wirklich auch qualitätsmäßig aufwertet. Und dann können wir auch Veränderungen machen, wie sie Herr Honné beschrieben

hat. Also, hieran jetzt zu deuteln, das ist noch nicht mal mit kleinstädtisch zu qualifizieren, sondern das wäre grober Unfug.

Stadträtin Moser (SPD): Ich wollte nur eine Bitte äußern, das mache ich am Ende der Debatte.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Frau Göttel, ich darf Ihnen zu Ihrem Redebeitrag gratulieren, den unterschreiben wir als Fraktion vollständig, so, wie er gehalten wurde. Wir danken Ihnen auch für Ihren Antrag, der, wenn wir ihn gestellt hätten, keine Chance gehabt hätte, hier so diskutiert zu werden. Wir hatten den Antrag auf die Schienen, dass sie drinbleiben, damals vor den GRÜNEN gestellt, wenn Sie sich erinnern. Die mussten dann ihren eigenen Antrag modifizieren, damit er nicht mit unserem gemeinsam abgestimmt werden konnte. Also da sind die GRÜNEN Trittbrettfahrer. Wir halten es für richtig, dass die Schienen drinbleiben, wenn man jetzt die neue Kombilösung in Betrieb nimmt, weil da alles Mögliche passieren kann und es immer gut ist, wenn man noch eine Ausweichoption hat. Vor dem Hintergrund unterstützen wir den Antrag.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Ich war ein bisschen überrascht, über das flammende Plädoyer der Kollegin Göttel. Aber ich muss mich doch mal zu allererst fragen, und ich spreche jetzt nicht als Händlerin, warum haben wir die Kombilösung überhaupt auf den Weg gebracht. Das ist die Frage aller Fragen. Ich war auch kein Freund davon, ich wollte sie nicht. Und finanziell fällt uns das jetzt ja auch auf die Füße. Aber ganz klar, man hat der Gesamtbevölkerung versprochen, wenn ihr die ganze Bauzeit durchhaltet, mit dem ganzen Lärm, dem ganzen Dreck und den ganzen finanziellen Qualen, dann haben wir hinterher eine schöne Innenstadt und eine Flaniermeile. Und jetzt wollen Sie allen Ernstes der Bevölkerung sagen, nein, wir lassen diesen Flickenteppich, diesen Acker aus unterschiedlichen Belägen und Stolperfallen und Schienen. Tut mir leid, das kann ich nicht unterstützen. Wirklich auch in Anbetracht der finanziellen Situation können wir bestimmt über einzelnen Maßnahmen diskutieren. Wir könnten uns zum Beispiel vorstellen, die Bäume zu belassen und keine neuen Bäume zu pflanzen, die erst wieder eine ganze Weile wachsen müssen, bis sie den ökologischen Effekt haben, den die Bestandsbäume haben. Ich habe es, glaube ich, im Bauausschuss, als ich meinen Kollegen vertreten habe, auch schon gesagt, jeder, der schon mal gebaut hat, weiß, wenn ich im Bau anfangen muss zu sparen, dann nicht an den wichtigen Dingen, die, sage ich mal, auf Dauer Bestand haben. Das wäre für mich der Bodenbelag. Da sehen wir ganz klar den Natursteinbelag als wirklich keine Worthülse, sondern die nachhaltigere Investition. Wir können gerne bei anderen Dingen darüber sprechen, wie bei der Beleuchtung. Das kann man auch mal nach zehn, fünfzehn Jahren austauschen gegen was Hochwertigeres. Aber nicht bei diesen grundlegenden Dingen, das wäre an dieser Stelle an der falschen Stelle gespart. Es gibt einen Beschluss zur Kombilösung, der ist demokratisch getroffen und diesen werden wir achten. Daher lehnen wir den Antrag ab.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Ich wollte noch mal den Vorrednern entgegnen, und Vorrednerinnen, dass es mir nicht um die Schienen oder irgendwas geht, sondern mir geht es ganz alleine um den Haushalt. Und dass ich diese Maßnahme für aktuell nicht finanzbar halte. Das ist das, worum es mir geht. Und klar, dann haben wir trotzdem eine straßenbahnfreie Innenstadt. Aber jetzt aktuell da so viel in einfach nur einen Bodenbelag zu investieren, das kann ich nicht nachvollziehen.

Stadträtin Moser (SPD): Danke schön, aber das passt jetzt nicht gerade zu der Diskussion. Ich wollte bitten, ob die Redezeit, die noch übrig ist, öfter mal eingeblendet werden kann.

Der Vorsitzende: Das machen wir dann zur Pause, die ist ja in einer halben Stunde, sonst kommen wir ja durcheinander.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Dann übernehme ich kurz das Wort. Und wir hatten letzte Woche das Thema Sexismus in einer Sitzung debattiert und auch, was sind die Grenzen. Und da bitte ich einfach, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, setzen Sie sich mit dem Begriff auseinander, auch mit dem Alltagssexismus und wie Sie das bitte in Ihren öffentlichen Reden verwenden. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Ich würde gerne aus Sicht der Verwaltung noch einen Aspekt ansprechen, Frau Göttel, und würde Sie wirklich bitten, das ernst zu nehmen. Setzen Sie sich mit dem, was wir in der Kaiserstraße machen, mal wirklich grundlegend auseinander. Es geht alles in allem bei dem Gesamtbetrag am wenigsten um eine Schönheitsreparatur. Sondern wir tauschen im Boden alle Leitungen aus. Da sind zum Teil hundert Jahre alte Leitungen, die wir seit Jahren hätten verändern müssen. Und hinter diesen 30 Millionen steht nicht das Pflaster als großer Kostentreiber, sondern vor allem, dass wir diese ganzen tiefen Leitungen austauschen müssen, weil sie einfach völlig vergammelt sind. Und deswegen da von Schönheitsreparatur zu reden, setzt ein völlig falsches Zeichen. Und wenn ich in Ihrem Bild bleibe, dann muss ich sagen, das Knie muss vom Gelenk her komplett ausgetauscht werden und dann kann ich wenigstens noch eine gescheite Haut darauf machen.

Es ist genau umgekehrt, wie Sie es darstellen und worum es auch geht. Und deswegen, ich war völlig erschrocken, was da auch am Samstag bei der Demonstration wohl eines der Schwerpunktthemen war, dass wir nämlich die Kaiserstraße vergolden, davon kann überhaupt nicht die Rede sein, sondern wir machen sie technisch zukunftsfähig für die nächsten hundert Jahre. Und das betrifft alle Leitungen. Und wir nutzen die Möglichkeit, weil die Straßenbahn da rauskommt. Und das jetzt endlich zu machen, das hätten wir uns die ganze Zeit gar nicht getraut. Und dann müssen wir natürlich auch alles andere tun, wozu Frau Lorenz schon die richtigen Worte gefunden hat. Und wenn wir jetzt die Schienen drin lassen würden, mit der Idee, da lassen wir wieder die Straßenbahn drüber laufen, möchte ich auch noch auf einen Aspekt hinweisen. Ich weiß nicht, ob der Zuschussgeber, der Fördergeber für die Kombilösung am Ende da nicht sagt, nein, mit dem haben Sie uns begründet, warum wir da einen Haufen Tunnel bezahlen sollen und jetzt lassen Sie doch wieder die Stadtbahn obendrüber laufen. Herr Schnell, ich weiß, Sie haben das geklärt, dass das keine Rolle spielen kann, aber ich halte das aktuell für das völlig falsche Zeichen. Wir brauchen aber nicht darüber jetzt zu diskutieren, sondern wir reden jetzt über die Oberfläche. Und da ist mir noch mal ganz wichtig, zu sagen, es geht um die Oberfläche, es geht aber auch um ganz viel darunter. Und deswegen dauern diese Baustellen auch so lange und sind so komplex. Und das sind aber viele Dinge, die wir schon längst hätten machen müssen und froh sind, dass die ganzen Leitungen so lange gehalten haben bis heute, dass wir da nicht eben doch schon früher eingreifen mussten.

Stadtrat Schnell (AfD): Herr Dr. Mentrup, da muss ich Sie leider korrigieren. Die Schienen aus der Kaiserstraße rauszureißen, ist nicht Bestandteil des Planfeststellungsbeschlusses, ganz klar. Das ist nicht richtig.

Der Vorsitzende: Ich rede nicht vom Planfeststellungsbeschluss, sondern ich rede von den Förderbedingungen. Und ein wesentliches Argument, nein, dann sagen Sie, nicht für die

Förderbedingungen, das mag ja sein, aber es ist ein wesentliches Moment gewesen zur Begründung der Kombilösung, sowohl beim Bürgerentscheid, als auch bei der Beantragung. Und schon alleine da könnte ich jetzt Stopp machen und sagen, wir können es gar nicht anders tun. Aber wir wollen jetzt nicht auf ein Nebengleis gehen im weitesten Sinne und im wörtlichen Sinne, sondern wir wollen jetzt über 30 Millionen reden, die das Ganze kostet. Und das hat eben nicht nur mit Oberfläche zu tun, das will ich einfach noch mal unterstreichen, sondern vor allem mit sehr viel Tiefgang. Und dieser Tiefgang ist nötig, weil da im Untergrund so ziemlich alles am Rande des Lebensalters ist und das tauschen wir aus.

Und die Sache mit den Bäumen, da bin ich übrigens auch bei einigen, das hat mir auch schon viel Umtrieb gemacht, ich habe mich da auch intensiv noch mal mit unseren Leuten beraten, es macht trotzdem am Ende Sinn, wenn man es schon anpackt, es dann auch vom Querschnitt her so zu gestalten, dass die Aufenthaltsqualität sich dann auch komplett entfalten kann. Und davon mal abgesehen sind die Bäume auch so, wie sie gewachsen sind und auch wie sie dastehen, zwar im Moment ein super Schattenspender, aber sie sind auf Dauer auch nicht gerade besonders zukunftsfähig.

Stadtrat Hock (FDP): Herr Oberbürgermeister, Sie haben das wunderbar erklärt und auch gut ausgeführt. Aber der Kollege Schnell hat jetzt zum wiederholten Male, nicht heute, auch schon davor, wenn es um dieses Thema ging, immer auch außer Acht gelassen, dass die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt über dieses Projekt abgestimmt haben. Und wenn Sie sich mit der Sache schon beschäftigt hätten und mal gelesen, was damals zur Abstimmung stand, da war den Bürger*innen klar gesagt worden, dass, wenn die Baumaßnahmen zu Ende sind, wir die Schienen aus der Kaiserstraße rausnehmen. Und das bitte ich jetzt einmal und als Letztes mal zu beachten, dass über dieses abgestimmt wurde und dass der Bevölkerung auch damals klipp und klar gesagt wurde. Aber jedes Mal machen Sie diesen Aufschlag und das ist einfach nicht korrekt.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung und ich bitte um Ihr Votum. - Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 154 (Seite 366): Zuschüsse für Rasengleise (GRÜNE)

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Rasengleise statt Schottergleise sind eine wichtige Klimaanpassungsmaßnahme, insbesondere hier im heißen und trockenen Oberrheingraben, der im Zuge der Klimakrise genau mit diesen Problemen Hitze und Trockenheit immer weiter zu kämpfen hat. Deswegen wollen wir, dass bei allen Neubaumaßnahmen, die heute noch Schottergleise haben, eben Rasengleise eingesetzt werden. Diese Haltung hat auch für den innerstädtischen Bereich im Gemeinderat eine große Zustimmung erhalten in diesem Sommer. Und wir wollen eben, dass alle Maßnahmen, die die Verkehrsbetriebe jetzt im nächsten Doppelhaushalt, in dem Zeitraum planen, dann auch so umgesetzt werden. Und daher haben wir sozusagen den Fehlbetrag beantragt zwischen dem, was aktuell im Haushaltentwurf ist und zwischen dem, was die Verkehrsbetriebe planen. Die Verkehrsbetriebe haben mitgeteilt, dass es etwas weniger ist. Aber mit den 500.000 Euro pro Jahr wird das lange nicht hinlängen. Also 2,5 bis 3 Millionen Euro müssen es in den nächsten zwei Jahren sein, damit die Maßnahmen durchgeführt werden. Wenn Sie zusagen, wie in der Stellungnahme, dass das alles kein Problem ist, dann ist ja auch dem Gemeinderatsbeschluss vom Sommer Genüge getan. Allerdings spiegelt sich das aus unserer Sicht nicht in den Zahlen wieder. Und deswegen haben wir diesen Antrag gestellt. Wenn Sie aber

diese Zusage jetzt noch einmal bestätigen, dass keine Schottergleise als solche erneuert werden, dann brauchen wir den Antrag auch nicht abstimmen.

Stadtrat Meier (CDU): Zweifelsohne sind Rasengleise gut für die Umwelt, die Optik und gegen den Lärm. Die Fachleute bei der VBK, und da mal ein ganz herzliches Dankeschön, leisten hier wertvolle Arbeit, einen wertvollen Beitrag, gerade, was die Priorisierung und dann auch die konsequente Umsetzung und Abarbeitung betrifft. Wir tragen dies grundsätzlich immer mit. Dahinter stehen wir. Und von daher haben wir die Antwort der Verwaltung so gelesen, dass durch diese zeitliche Verschiebung, die eingetreten ist, ausreichend Geld eingestellt ist, um dies in diesem Doppelhaushalt durchzuführen. Von daher sehen auch wir, so habe ich jetzt auch den Kollegen verstanden, das Ganze als erledigt an. Die Zusagen von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, da würden auch wir uns darüber freuen. Ansonsten würden wir den Antrag ablehnen. Aber in der Sache sehen wir es positiv.

Der Vorsitzende: Wir stehen zu unserer Stellungnahme, dass wir im Moment die Mittel für auskömmlich betrachten, sollte es nicht so sein, stehen wir hinter dem Beschluss des Gemeinderates, dass wir Rasengleise dort dann eventuell einrichten. Wir müssen dann eben gucken, wie wir das dargestellt bekommen. Insofern können wir den **Antrag als erledigt** betrachten.

Damit kommen wir zum **Teilhaushalt 6700 Gartenbau** und springen auf die **Seite 388**.

Anträge 155 a und 155 b (Seite 388): Stellenaufstockung beim Gartenbauamt (GRÜNE) (SPD)

Beide Anträge unterscheiden sich um die Zahl der Stellen, die hier begehrt werden. Ich würde die gerne beide zusammen aufrufen.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Wir hatten im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen eine Organisationsuntersuchung vorgelegt bekommen, in der ganz klar aufgezeigt wurde, dass es viel zu wenige Stellen gibt im Gartenbauamt. Die Zahlen möchte ich jetzt gar nicht benennen, aber es sind erheblich hohe Zahlen, weil die Aufgaben des Gartenbauamtes in den letzten Jahren wirklich sehr stark zugenommen haben, aber die Stellenentwicklung weit dahinter zurückblieb und insbesondere im Bereich der Baumpflege, der Baumkontrolle. Es sind auch wesentlich mehr Bäume gepflanzt worden in den letzten Jahren. Beim Unterhalt der Spielplätze, bei der Kontrolle der Spielplätze und auch bei der Grünpflege mit wachsenden Flächen in den letzten Jahren, das ist alles nur noch mit Mühe zu bewältigen. Und es stand auch fest und wurde auch tatsächlich auch so dargestellt, wenn es keinen Zuwachs an Stellen gibt, dann müssen auch Aufgaben abgebaut werden, zum Beispiel auch Spielplätze geschlossen, einfach, um ein Beispiel zu nennen. Das heißt also, wir sind der Meinung, dass wir hier einen moderaten Stellenzuwachs brauchen. Moderat mit Blick auf das, was eigentlich notwendig wäre. Wir würden uns sehr freuen, wenn der Gemeinderat, wenn die Fraktionen dem zustimmen würden. Denn das Gartenbauamt ist das zentrale Amt für die grüne Stadt, alles, was von den Bürgern und Bürgerinnen erwartet wird an Qualitätsentwicklung im Bereich Grün, wird im Wesentlichen vom Gartenbauamt ausgeführt und deshalb ist es auch notwendig, dass wir dieses Amt entsprechend so stärken, dass es seine Aufgaben erfüllen kann.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): In den Haushaltsberatungen zeigt sich ganz deutlich, welche große Verantwortung wir als Gemeinderat haben und für wie viele verschiedene Aufgaben wir zuständig sind. Im Sozial- und im Kulturbereich sind ganz viele zivilgesellschaftliche Dinge, die wir

übernehmen und Verantwortung für zivilgesellschaftliche Organisationen und Vereine. Wir haben aber auch eine große Verantwortung gegenüber unserer Stadtverwaltung und wie meine Vorrednerin ganz richtig gesagt hat, gibt es eine Studie, die sehr deutlich aufzeigt, dass es Defizite im Gartenbauamt gibt in der personellen Ausstattung und das wollen wir nicht ignorieren. Wir haben natürlich die Stellungnahme der Verwaltung auch gelesen, aber wir können nicht ganz nachvollziehen, warum hier zum Beispiel jetzt noch mal darauf hingewiesen wird, dass erst mal untersucht werden soll, welche Auswirkungen saisonale Schwankungen haben. Wir gehen davon aus, dass bei einer Organisationsuntersuchung, die so groß angelegt war und ich glaube, über drei Jahre hinweg lief, solche Dinge berücksichtigt werden. Und deswegen ist es für uns auch kein Grund, jetzt von unserer Haltung abzuweichen. Wir bitten wirklich und appellieren an alle Fraktionen hier, diese Verantwortung auch gegenüber der Stadtverwaltung zu übernehmen.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Es ist richtig, dass die Aufgaben im Gartenbauamt in den letzten Jahren zugenommen haben. Das ist auch bedingt durch Beschlüsse, die wir hier im Haus gefasst haben. Es ist aber auch richtig, wie es in der Antwort der Verwaltung steht, dass es saisonale Schwankungen gibt und genau die gilt es zu berücksichtigen. Ich möchte auf die Kolleginnen und den Kollegen, die vor mir gesprochen haben Bezug nehmen. Sie haben ja schon die Organisationsuntersuchung angesprochen. Es ist richtig, dass uns hier mal ein erster Zwischenstand vorgelegt wurde im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen. Und da wird ein erheblicher Personalbedarf gesehen. Aber die Organisationsuntersuchung ist eben noch nicht abgeschlossen. Und als wir die ersten Teilergebnisse vorgestellt bekommen haben, waren noch gar nicht alle Bereiche untersucht worden. Und ich muss für meine Fraktion sagen, dass wir es jetzt heute als zu früh ansehen würden, jetzt hier schon in diesem Umfang Stellen zu schaffen. Weil, wir sollten doch wirklich erst mal abwarten, was denn diese Organisationsuntersuchung ergibt. Und dann gemeinsam in den Ausschüssen auch überlegen und beraten, was das eben für Konsequenzen hat und wie wir da gemeinsam vorgehen. Denn Sie wissen ja auch, dass dies nicht nur Auswirkungen auf den Kernhaushalt hat, sondern auch die Ortsverwaltungen und so weiter betroffen sind. Also der Umfang ist da noch deutlich größer im Zweifel. Und deswegen können wir jetzt heute nicht mitgehen, sondern wir wollen abwarten, bis uns der Bericht vorgelegt wird und bis wir dann hier insgesamt in die Diskussion einsteigen.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Ich sehe tatsächlich Notwendigkeiten beim Gartenbauamt, aufzustocken. Ich sehe das Problem, dass das Personal dort wirklich ziemlich am Limit ist und an der Kante und wir auch als Ausbildungsbetrieb hier als Stadt eine Verantwortung haben. Deshalb möchte ich auch gleich auf die zwei nächsten Ordnungsziffern 156, 157 eingehen, da schließen wir uns der Stadtverwaltung an. Wir sehen das tatsächlich so ähnlich. Aber ich möchte trotzdem betonen, dass dieser Betrieb Gartenbauamt umgestellt werden soll auf Bio, wir sind uns alle im Klaren darüber, dass hier mehr Personal benötigt wird. Und wie gesagt, die Qualität der Ausbildung erscheint mir auch sehr, sehr wichtig, zu erhalten. Deshalb, wir würden jetzt nicht zehn Stellen zustimmen, also wenn wir jetzt in 2022 erst mal fünf Stellen aufstocken, denke ich, dann muss man erst mal schauen, wie man weiterkommt. Aber ich glaube, einfach auch aus Verantwortung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sollte man hier sich Gedanken machen, wie man das umsetzen kann. Wir werden aber uneinheitlich abstimmen, weil wir uns da tatsächlich auch noch nicht hundertprozentig einig sind.

Der Vorsitzende: Damit rufe ich die Abstimmung auf. Und zunächst stelle ich zur Abstimmung der **Antrag 155a** der GRÜNEN, je fünf Vollzeitstellen für 2022 und 2023, also insgesamt zehn.

Und bitte um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt rufe ich auf den **Antrag 155b** der SPD, fünf Vollzeitstellen für 2022 und bitte auch hier um Ihr Votum. - Das ist eine **Mehrheit**.

Ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass Sie damit quasi das Personalbudget des Gartenbauamtes um diese Stellen erhöhen. Sie haben ja auch schon eine Schwerpunktsetzung politisch vorgegeben. Wir würden dann aber nach der entsprechenden Definition der einzelnen Stellen noch mal mit Ihnen im Personalausschuss die Sache endgültig abbinden, so wie wir das beim letzten Mal auch gemacht haben. Und das Thema Ausbildung ist uns auch ganz wichtig, Frau Stadträtin Binder. Wir erleben ja, dass wir auch, was die Spielplatzkontrolle betrifft, nicht alle Stellen besetzt gekriegt haben, bei den Stellen, die wir schon haben. Beim Thema Baumpflege, gibt es ein ähnliches Problem. Und wir müssen jetzt selbst stärker in Ausbildungskapazitäten einsteigen, damit wir das in den nächsten Jahren bewältigt bekommen. Das ist auch an der Stelle auf alle Fälle schon die Strategie, die wir hier verfolgen.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Ich wollte zu dem Antrag noch was fragen. Betreffen diese Stellen ausschließlich das Gartenbauamt der Stadt oder auch zum Beispiel Durlach, weil da ist ja auch diese Organisationstabelle, diese Studie, durchgeführt worden. Auch Bedarfe wurden da festgestellt. Das war mir jetzt nicht klar, ob das nur städtisch ist oder auch den Ortsteil Durlach betrifft.

Der Vorsitzende: Das kann ich Ihnen jetzt so nicht beantworten. Ich würde jetzt gerne mit dem Beschluss, den Sie gefasst haben, da gibt es ja einen Beschlusstext dazu, den ich jetzt auch nicht gerade wörtlich kenne, und mit dem Gartenbauamt darüber reden, welchen Vorschlag man Ihnen macht, wo diese fünf Stellen am sinnvollsten für die von Ihnen vorgesehenen Bereiche eingesetzt werden. Und dann können Sie darüber ja abschließend noch mal befinden.

Antrag 156 (Seite 388): Zusammenarbeit Gärtnereien mit sozialen Trägern (FW|FÜR)

Da geht es um einen Prüfauftrag. Prüfanträge könnte man natürlich auch im Fachausschuss diskutieren. Ich will nur darauf hinweisen.

Antrag 157 (Seite 388): Umstellung von saisonale auf Dauerbepflanzung (FW|FÜR)

Vielleicht können wir beide gleichzeitig machen. Das ist okay

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Mit unserem Antrag 156, die Zusammenarbeit mit den sozialen Trägern zu intensivieren, haben wir genau das Ziel verfolgt. Nämlich die städtische Gärtnerei ein bisschen zu entlasten und diese sozialen Gruppen mit einzubinden, und da freuen wir uns auch sehr über die Antwort der Verwaltung, dass sie das gerne so aufnehmen und dass sie da auch noch Möglichkeiten sehen, das auszuweiten. Von daher würden wir unseren Antrag hier nicht zur Abstimmung stellen, betrachten ihn soweit als **erledigt**.

Anders sieht es bei unserem Antrag 157 aus, die Umstellung auf die Dauerbepflanzung von einer saisonalen Bepflanzung. Da musste ich doch etwas schmunzeln, was da alles zitiert wird aus dem großen Buch der Ausreden, Seite 277 Abs. 3, § 1. Also zunächst einmal, ich weiß nicht, wer von Ihnen allen so ein bisschen gärtnerische Vorbildung hat. Saisonale Pflanzen wie jetzt

Geranien und Begonien und so ähnliche Sachen bieten eigentlich der heimischen Flora und Fauna und der Biodiversität überhaupt nichts. Sie haben für Bienen überhaupt keinen Sinn und sie verursachen beim Gartenbauamt einen großen Aufwand. Die Pflanzen werden meines Wissens zum Teil selbst herangezogen, müssen alle gesetzt werden. Diese Pflanzen haben einen sehr hohen Wasserbedarf in den Sommermonaten, bringen eigentlich nichts, außer dass sie schön aussehen vielleicht. Bei der Umstellung auf die Dauerbepflanzung möchten wir auch nicht, wie von der Verwaltung zitiert, nur irgendwelche Büsche, Sträucher und Bodendecker. Falls man sich da nicht auskennt bei der Verwaltung, kann sicherlich der Kleingartenverein oder können die Vorsitzenden des Kleingartenvereins hier beratend zur Seite stehen oder vielleicht auch einige Mitglieder aus dem Gemeinderat. Ich stelle mich da gerne zur Verfügung. Heutzutage ist es selbst in Privatgärten üblich, dass man so eine Art Mischbepflanzung macht, sodass eigentlich immer was blüht. Und man achtet auch bei der Auswahl der Pflanzen sehr genau darauf, was für die Bienen und die anderen Insekten und die Vögel Nahrung und Zuflucht bietet. Und nur das haben wir mit diesem Antrag verfolgt. Letztendlich bietet diese Mischbepflanzung dem Boden mehr Beschattung, sodass deutlich viel weniger gegossen werden muss, was dann weniger Aufwand für das Gartenbauamt bedeuten würde. Auch der Pflegeaufwand sowie der ständige Austausch der Pflanzen würde sich erübrigen.

Noch ein Wort zu den Befürchtungen, dass wir dann weniger Tourismus hätten, also wenn ich mir jetzt vorstelle, wenn ich von der L605 stadteinwärts Richtung Südweststadt, Brauerstraße fahre, da ist rechts an dem Hang immer so eine Fläche, die saisonal mit rot-gelben Pflanzen, das soll das badische Wappen darstellen, bepflanzt ist. Wenn wir da jetzt in Zukunft Bodendecker hinmachen und überhaupt keine Touristen mehr nach Karlsruhe reinfahren, würde das ja meinen Kollegen von der Fraktion der GRÜNEN in die Hand spielen, dann hätten wir keine Autos mehr auf der Brauerstraße. Von daher wäre das vielleicht auch nicht schlecht.

Stadtrat Maier (CDU): Der Grundgedanke des Antrags kommt ja ganz charmant her. Aber wir als CDU wollen hier weiterhin für Vielfalt, für Biodiversität und gegen Monokulturen eintreten. Wir wollen weiterhin eine lebendige, eine blühende und eine farbige Stadt, in der sich die Mitarbeiter des Gartenbauamts auch weiterhin austoben können. Von daher lehnen wir den Antrag ab.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Ich habe eine Frage an Frau Lorenz und Ihre Fraktion. Haben Sie auch bedacht, wenn Ihr Antrag durchgeht, was es für das städtische Gartenbauamt bedeutet, insbesondere für die Beschäftigten dort und die Auszubildenden?

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Herr Cramer, da haben wir dran gedacht. Wir gehen auch nicht davon aus, dass das alles innerhalb von einem Monat oder einer Saison umgesetzt werden muss. Aber wenn man da im Frühjahr hingeht und diese saisonale Bepflanzung macht, kann man genauso gut dann eben auf so eine Mischbepflanzung mit Stauden und Blühsträuchern wechseln.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Also das ist jetzt wirklich ein Streit um Kaisers Bart, anders kann man das nicht formulieren. Es sind noch Restbestände da, mit saisonaler Bepflanzung. Falls man die jetzt auch noch aufhebt und Stauden pflanzt, bringt es allerdings finanziell nicht das, was notwendig wäre an Stellen, jetzt sich darauf zu beziehen, dass das Gartenbauamt doch eigentlich gar keine Stellen braucht, weil sie ja nur umstellen müssen auf Stauden. Das funktioniert in der Praxis nicht. Man kann ein paar saisonale Pflanzen noch belassen und auf das Wappen

können wir durchaus auch verzichten, wenn es notwendig wäre. Aber grundsätzlich ist es notwendig, mehr Stellen zu schaffen und nicht sozusagen einen Nebenschauplatz zu eröffnen, der gar nicht relevant ist, weil es genügend Staudenbeete auch beim Gartenbauamt inzwischen gibt.

Der Vorsitzende: Jetzt machen wir erst mal die Anträge. **156** hatte sich ja **erledigt**. **157** stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich möchte noch mal darauf hinweisen, Frau Stadträtin Lorenz, so sehr ich Sie schätze, aber auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben eine gärtnerische Vorbildung und brauchen nicht die entsprechende Beratung des Kleingartenvereins. Sie haben etwas abwertend gesagt, am Ende sieht es einfach nur gut aus. Genau darum geht es aber auch. Ich kann Ihnen eine kleine Glosse aus dem Mannheimer Morgen von vor zwei, drei Jahren zuspielen, wo ein Redakteur mal Karlsruhe besucht hat und dann gesagt hat, das ist eine ordentliche Stadt, weil die es sich wenigstens noch herausnimmt, an bestimmten zentralen Stellen sich zu erlauben, es mal mit einer einfach schönen Bepflanzung zu versuchen. Und dieses von Ihnen ja angesprochene badische Wappen gehört ausdrücklich dazu. Genau das soll dort rüberkommen und genau das kommt auch dort rüber. Und deswegen geht es eben auch um diesen ästhetischen Aspekt, der sicherlich nicht immer was mit Biodiversität zu tun hat, da bin ich bei Ihnen. Und wir müssen die Schwerpunktsetzung noch mal diskutieren, das sagen wir ja auch ausdrücklich zu, im Rahmen auch der Fachdiskussionen in den nächsten Jahren.

Für viele in Karlsruhe ist auch die Bepflanzung des Straßenraumes in Ettlingen immer ein großes Vorbild, da haben sie Lavendel und solche Sachen, die sind Dauerstauden und sehen trotzdem gut aus und sind auch noch biodivers nutzbar. Ich denke, da gibt es Diskussionsbedarf, dem stellen wir uns. Aber die beiden Punkte waren mir schon mal wichtig. Auch wir haben vorgebildete Leute, zumindest nehme ich das für uns heraus. Und wir haben es genau auch deswegen so, weil es gut aussehen soll und das ist auch ein gewichtiges Argument.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Es war in keiner Weise abwertend gemeint, sondern das war einfach so auf die ein bisschen flapsige Antwort der Stadtverwaltung gemünzt, das musste ich als Retourkutsche dann bringen, ganz klar. Und dass die Dauerbepflanzung gut aussehen kann, das zeige ich Ihnen gerne mal bei einem persönlichen Gespräch in meinem eigenen Garten.

Der Vorsitzende: Okay, wir verabreden uns. Vielen Dank für die Einladung.

Gut, wir machen weiter. Ich möchte auf der **Seite 388 und 391 auf Veränderungen** hinweisen, die wir hier über die Veränderungsliste eingepreist haben. Da geht es einmal um unser Projekt Intensivierung und Digitalisierung der Bewässerung von städtischen Grünflächen und Produktion biozertifizierter Pflanzen im städtischen Betrieb. Das ist der Gesamttitel. Das hat dann was mit Fahrzeugen zu tun, mit Sensoren und vielem anderen mehr. Die Fördermittel des Bundesamtes wurden hier eingepreist sowie noch eine Erbschaft. Die Beschaffung der Bewässerungsfahrzeuge als solche erfolgt dann über das Fuhrparkmanagement des AfA und diese sind dort auch schon eingeplant.

Wir sind damit bei 10:45 Uhr mehr oder weniger. Da hatten wir uns eine Pause vorgenommen. Insofern würden wir jetzt mal eine viertel Stunde unterbrechen. Ich würde bitten, dass wir pünktlich fortsetzen.

Und wir spielen jetzt auch noch mal die Redezeiten ein Frau Stadträtin Moser. Da sind sie schon. Wobei ich noch mal hinweisen möchte, wir haben einige Redebeiträge gestern, die etwas mit der Funktion als Ortsvorsteher, Ortsvorsteherin zu tun hatten, bei den entsprechenden Parteien eingepreist. Das würde ich, falls am Ende die Zeit knapp wird, dann noch gegebenenfalls auszugleichen versuchen. Ich glaube aber, wir kommen trotzdem ganz gut wahrscheinlich mit den Redezeiten hin. Schöne Pause und wir treffen uns hier um elf wieder.

(Unterbrechung der Sitzung von 10:45 Uhr bis 11:03 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde Sie bitten, an Ihre Plätze zurückzukehren. Vielleicht könnte mal jemand hinten an den Tischen Bescheid sagen, die wirken so unbeeindruckt. Und ich unterstelle, dass es daran liegt, dass man es nicht hört.

Ich will ja auch nur darauf hinweisen, dass ein GRÜNEN-Antrag ansteht, vielleicht sollte dann wenigstens mehr als ein GRÜNER dasitzen.

Also auf der **Seite 389** befinden wir uns im **Teilhaushalt des Gartenbauamts**.

Antrag 158 (Seite 389): Klimaanpassungsstrategie, Neukonzeption und Erhöhung des Förderprogramms zur Begrünung von Dach und Fassaden (GRÜNE)

(Gong ertönt)

Oh, jetzt kommt ja das ganz große Geschütz, sehr gut. Nächstes Mal müssen wir es etwas früher gongen lassen.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Hier geht es, wie gesagt, um die Klimaanpassungsstrategie. Dieses Förderprogramm zur Begrünung von Dach- und Fassadenbegrünung und Hofbegrünung, das gibt es ja schon sehr lange und das hat sich echt bewährt. Das ist ein super Programm, wird auch sehr nachgefragt und hilft einfach bei der Begrünung und bei der Biodiversität. Die Mittel, die Aufstockung um 17.000 Euro, die wir jetzt hier beantragen, bei denen geht es aber nicht hier um das Förderprogramm, das ist finanziell abgedeckt, sondern es geht vor allem um den Rückbau von bestehenden Schottergärten. Zwar sind die schon lange verboten gewesen nach der Landesbauordnung, aber jetzt im Nachhinein ist es nicht möglich, den Rückbau anzuordnen und deshalb muss man Anreize schaffen, um den Menschen zu ermöglichen, auch zu erkennen, dass es wichtig ist und dass es vor allem auch einfache Formen der Bepflanzung gibt, die pflegeleicht sind und die aber trotzdem der Biodiversität nutzen. Und da sind keine Mittel dafür vorhanden in dem Programm. Mit dieser Aufstockung können wir erreichen, dass dort, wo übrigens auch viele Bürgerinnen und Bürger sich ständig beschwerten, dass Nachbarn Schottergärten haben, dass diese Menschen beraten werden, auch über die Arten der Bepflanzung, die ihnen dann nicht viel Arbeit macht und trotzdem sehr nützlich ist oder auch um was Schönes anzulegen. Dafür sind diese Mittel vorgesehen. Beratung, aber auch dieser finanzielle Anreiz dazu, denn es kostet relativ viel, wenn man Schottergärten zurückbauen möchte. Und man bekommt dann wenigstens noch etwas Mittel dazu von der Stadt.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Also, Frau Kollegin Rastätter, jetzt bin ich doch ein bisschen überrascht, dass jetzt auf einmal so mit einfacher Bepflanzung da doch ein großer Effekt zu erzielen

ist. Vorhin haben Sie, glaube ich, was ganz anderes gesagt. Nichtsdestotrotz der Antrag ist sicherlich gut gemeint. Und Sie wissen, ich bin selbst eine große Gärtnerin und stimme natürlich zu, dass Fassadenbegrünung und auch Dachbegrünung ein wichtiger Bestandteil wäre, um das Klima in unserer Stadt zu verbessern. Nichtsdestotrotz haben Sie einen Aspekt außer Acht gelassen und das ist, dass wir gerade die, die die Schottergärten angelegt haben, und dazu haben die Leute ja einen Grund, die wollen keinen Pflegeaufwand, dass wir die damit belohnen, indem wir ihnen dann jetzt im Prinzip einen Fördertopf aufmachen für die Gartengestaltung, während die anderen Bewohner von Karlsruhe das alles aus eigener Tasche finanziert haben. Und aus diesem Grund werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Der Vorsitzende. Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir in die Abstimmung und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. - Das ist eine **mehrheitliche Annahme**.

Antrag 159 (Seite 389): Jährliches Lichterfest (KAL/Die PARTEI)

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Ich möchte gleich ankündigen, dass wir den Antrag modifizieren. Wir haben ja beantragt jährlich, wir möchten jetzt zur Abstimmung stellen alle zwei Jahre. Aber wir wünschen uns doch, und dann noch eben in 2023 das erste Mal, dass da wieder das Lichterfest durchgeführt wird. Muss einfach sehen, dass es doch viele Menschen gibt, für die das ganz wichtig ist im Sommer, dieses Highlight im Stadtgarten zu erleben. Es ist sicherlich auch noch mal, möchte ich behaupten, eine andere Klientel als die Menschen, die vor das Schloss pilgern zu den Schlosslichtspielen. Ich denke, beides hat Platz in der Stadt. Und meine Fraktion und ich persönlich würden uns freuen, wenn andere Fraktionen diesen Weg auch mitgehen könnten.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Ich habe mir sagen lassen, das ist ziemlicher Kult, dieses Lichterfest. Und es wäre schade, wenn wir das jetzt so begraben würden, deswegen gehen wir mit dieser modifizierten Fassung mit, jährlich wäre uns dann doch zu viel. Und würden uns freuen, wenn das 2023 wieder stattfinden könnte. Und für die Zukunft, also für die kommende Doppelhaushalte könnte wir noch mal in die gemeinsame Prüfung gehen, ob da nicht vielleicht in der Art und Weise und im Umfang und im Aufwand etwas verändert werden kann, dass es zwar noch stattfindet, aber vielleicht nicht mehr so personen- und geldintensiv.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Diesen modifizierten Antrag können wir dann auch mitgehen. Aus unserer Sicht war das auch immer noch die aktuelle Beschlusslage, insofern freuen wir uns dann, wenn es hoffentlich nächstes Jahr wieder stattfinden kann.

Stadtrat Zeh (SPD): 1967 bin ich zum ersten Mal zum Lichterfest gegangen im Rahmen der Bundesgartenschau. Seit damals ist es eine ganz besondere Atmosphäre, die hier im Stadtgarten durch die vielen Lichter abends erzeugt wird. Es gibt inzwischen viele Modifikationen, es ist ja nicht mehr inklusive in der Zoo-Eintrittskarte, sondern muss zusätzlich bezahlt werden. Auch da muss man natürlich dann bei der Detailplanung weitersehen. Wir meinen aber auch, dass wir das alle zwei Jahre durchaus durchführen sollten. Wie es genau geplant wird, wie es umgesetzt wird, ist sicherlich dem Gartenbauamt dann wieder überlassen. Wir werden auch dem modifizierten Antrag der KAL zustimmen.

Stadtrat Hock (FDP): Ich hatte immer gedacht, die modifizierte Möglichkeit ist noch die Beschlusslage, davon bin ich jetzt auch ausgegangen, dass das noch so ist. Für meine Fraktion war

klar, dass dieses Fest alle zwei Jahre stattfindet. Und es muss natürlich auch klar sein, dass dieses Fest einhergehend bei dem Gartenbauamt bedeutet, viel Personal, keine Frage und ich glaube auch, dass irgendwann mal Investitionen in die Beleuchtungsanlagen dort erforderlich sein müssten. Denn, wenn man beim Lichterfest ist, so wie ich das immer bin, muss ich sagen, da sind einige Anlagen nicht mehr so auf dem neuesten Stand. Da werden wir dann auch mal darüber reden müssen, dass wir da Geld mitbringen. Also, wir möchten als FDP-Fraktion, dass das Lichterfest alle zwei Jahre stattfindet, deshalb haben wir damals auch dafür gestimmt, dass das so getan wird. Und wenn der Kollege Lüppo Cramer das jetzt genauso vorgetragen hat, dann würden wir da gerne mitgehen und würden uns dafür aussprechen, dass es dann alle zwei Jahre so stattfindet.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Mit diesem zweijährigen modifizierten Antrag trifft es ja genau das, was wir mit unserem Antrag 7a wollten und das ist ja konform. Wir müssten uns tatsächlich alle Veranstaltungen anschauen, ob sie jährlich sind. Aber diese Veranstaltung hier alle zwei Jahre, die tragen wir selbstverständlich mit. Und in Zukunft, das hat der Kollege Hock gesagt, sollte man auch schauen, was man von Veranstaltung zu Veranstaltung ein wenig besser machen kann.

Der Vorsitzende: Ich würde Ihnen Folgendes vorschlagen. Ich würde den Antrag, wenn ich ihn richtig verstanden habe, Herr Stadtrat Cramer, als so modifiziert betrachten, dass sie dann im Jahr 2023 diese 150.000 Euro einstellen und auch dann nachfolgend in allen zwei Jahren. Ich würde Sie aber bitten, dass wir uns im Jahr 2022 rechtzeitig noch mal Gedanken machen, wie denn auch das Fest weiterzuentwickeln ist. Ich kann mich erinnern, dass wir letztes Mal schon Teile dieser Lichtinstallationen einrahmen mussten oder ganz abschalten, weil sie den Sicherheitsstandards nicht mehr gehorchten. Dass wir auch hier noch mal eigentlich in eine komplette Neuinvestition einsteigen müssen. Ich finde es auch schwierig, wenn man den Zoo rausnimmt, ich sage das ganz offen. Ich hätte hier gerne ein Konzept, dass dann, wenn schon, auch alles ein bisschen integriert angeht, sofern das möglich ist. Ich sage ja nicht, dass das der Antrag ist, ich will nur einfach bitten, dass man dann noch mal sich über eine Konzeption Anfang nächstens Jahres abschließend in einem Fachausschuss unterhält. Gegebenenfalls auch im Hauptausschuss, für was letztlich diese Mittel da sind und wie das Ganze weitergehen soll. Wenn wir uns so einigen könnten, dann macht das, glaube ich, Sinn. Nur, diese Schleife sollten wir noch einmal nehmen, damit wir jetzt nicht versuchen, etwas sozusagen zu erneuern, was aber vielleicht noch in einer modifizierten Form mehr Zukunft hätte.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Und diesen so modifizierten Antrag stelle ich jetzt hier zur Disposition und bitte um Ihr Votum. - Das ist eine **deutliche Mehrheit**.

Anträge 160 a bis c (Seite 393): Beleuchtung der Calisthenics-Anlage in der Südstadt. Hier gibt es **zwei Anträge, die 25.000 Euro begehren (SPD) (KAL/Die Partei) und einen Antrag ohne Betrag (DIE LINKE)**

Stadträtin Moser (SPD): Die Calisthenics-Anlage in der Südstadt wird sehr gut angenommen. Allerdings ist sie in den dunklen Monaten, also sprich, wenn es schon dunkel wird um 16 oder 17 Uhr für viele Jugendliche und junge Erwachsene nicht zu nutzen, weil Schule, Ausbildung, Berufstätigkeit dagegenstehen, dass sie die Anlage vernünftig nutzen können, weil es dunkel ist. Deswegen stellen wir hier den Antrag auf eine einfache Beleuchtungsanlage. Ich möchte kein Flutlicht, nicht, dass das missverstanden wird, eine einfache Beleuchtungsanlage mit

Zeitschaltuhr, ab 20 Uhr schaltet die dann ab. Es gibt so einen Drücker, wenn keine Jugendlichen da sind, wird das natürlich nicht aktiviert das Licht. Ich bitte alle Fraktionen, dem zuzustimmen.

Der Vorsitzende: Dann haben wir weitere Antragsteller. Bei KAL/Die PARTEI habe ich noch keine Wortmeldung und für die LINKE. habe ich auch noch keine. Dann machen wir es der Reihenfolge nach.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Wir haben uns auch im Ausschuss schon positiv dazu geäußert, dass wir das unterstützen und wollen an der Stelle auch klar sagen, dass wir den SPD-Antrag mitgehen. Da ist der kleine Unterschied zwischen der Uhrzeit und der Zeitschaltuhr im Vergleich zu den anderen beiden Anträgen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich denke, wir machen hier einen Fehler, wir machen wieder den zweiten vor dem ersten Schritt. Grundsätzlich ist es natürlich richtig, dass man versucht, das Bewegungsangebot zu fördern. Aber wir schaffen, so wie es auch in der Verwaltungsantwort steht, einen Präzedenzfall. Ich würde doch, wie gesagt, so, wie es in der Verwaltungsantwort auch gefordert ist, einfach noch mal zu warten, dass man wirklich schaut, was man hier entsprechend machen kann. Denn Erstens bevorzugt man natürlich Calisthenics, denn viele Plätze, die eben normales Sportangebot machen, sind auch nicht beleuchtet. Und zweitens gehen wir jetzt auch in einen Bereich rein, wo man mit Beleuchtungen durchaus ein neues Feld aufmacht. Ich denke, das sollte erst noch mal beraten werden entsprechend, dass man sieht, man hat wirklich für die einzelnen Stadtteile und auch für die einzelnen Sportarten dann vielleicht ein gemeinsames Konzept. Unserer Ansicht nach, ist das zu früh und wir würden hier nicht zustimmen.

Der Vorsitzende: Ich möchte auch noch mal in diese Kerbe hauen. Wir müssen jedes Jahr die vielen Wünsche der Jugendlichen nach beleuchteten Bolzplätzen an allen möglichen Stellen in der Stadt ablehnen, was einem manchmal auch ein bisschen wehtut. Wobei man sich ganz gut an seine eigene Jugend erinnern kann, wo einen auch Dunkelheit nie davon abgehalten hat, bis in die Puppen auf Bolzplätzen herumzutoben. Und jetzt gibt es eine gewisse privilegierte Nutzungsgruppe, die jetzt innerhalb von wenigen Monaten durchsetzt, dass man hier eine Beleuchtung einführt gegen alle fachlichen Bewertungen. Das muss Ihnen klar sein, dass Sie das tun. Und insofern würde ich, falls es hier zu einer Mehrheit kommt und so sieht es ja ein bisschen aus, würden wir diesen Betrag jetzt da einstellen, aber wir würden Ihnen noch mal abverlangen, dass wir Ihnen auch noch mal darstellen, was rechtlich überhaupt möglich ist. Damit Sie dann noch mal die konkrete Investition im Fachausschuss diskutieren. Das würde ich Ihnen dann gerne zumindest noch mal abverlangen an der Stelle.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Die Problematik sehen wir natürlich auch, die Sie hier ansprechen. Trotzdem ist die Initiativbewegung in der Südstadt stark und steht auch hinter der ganzen Sache. Deswegen, wir sehen hier schon einen guten Grund, was zu machen. Aber wir wollen gerne einen Initiativantrag an der Stelle stellen. Und zwar, wir haben das im Ausschuss oft diskutiert, wenn die Stadtverwaltung das macht, gibt es sozusagen nur den Goldstandard. Es gibt aber auch andere Möglichkeiten, das zu fördern. Es gibt Leuchten, die sind mit Photovoltaik und kleinem Speicher und da brauchen wir kein Kabel hinlegen, das macht das Ganze schon sehr viel billiger und günstiger und dort gibt es sogar eine Gitterwand, wo man die aufhängen kann. Also so ein Ding kostet 4.000 Euro maximal professionell, alles super. Also wir müssten in

der Stadtverwaltung nicht immer diese Edelstandards fahren, sondern auch einfache Lösungen möglich machen. Und das wäre unser Antrag an dieser Stelle, das alternativ zu betrachten.

Stadtrat Hock (FDP): Das, was der Kollege Friedemann Kalmbach gesagt hat, sollte man natürlich prüfen in dem Zusammenhang. Herr Oberbürgermeister, Ihre Einlassung eben lässt mich natürlich jetzt einmal kurz darauf eingehen, wir, der Gemeinderat, haben das Königsrecht, heute, an diesem Tag solche Anträge zu stellen und mit Ihnen und der Verwaltung zusammen zu diskutieren. Sie können Ihre Meinung haben, aber dieser Gemeinderat hat auch eine Meinung. Und wenn dieser Gemeinderat das mehrheitlich beschließt, dann können wir das gerne natürlich noch mal in den zuständigen Ausschüssen besprechen, aber dieses Gremium hat die Entscheidungsmacht, das heute zu tun.

Der Vorsitzende: Das wollte ich auch gar nicht bezweifeln, Herr Stadtrat Hock, nicht, dass Sie mich falsch verstanden haben. Nur, wir müssen Ihnen eine technische Umsetzung präsentieren, die rechtskonform ist und die müssen Sie kennen, damit Sie entscheiden können, ob damit Ihrem Antrag genüge getan ist oder nicht. Ich will es dann nicht noch mal zur Abstimmung stellen, das ist dann durch. Also, dass wir das grundsätzlich jetzt irgendwie hinkriegen müssen, ist klar, aber wir würden Ihnen das noch mal vorstellen. Und Herr Kalmbach, Sie brauchen keinen Initiativantrag, ich nehme das gerne auf, wenn wir es für 4.000 Euro als Stadt kriegen können, sind wir sofort dabei, das wissen Sie. Und wir machen mit den 21.000 sonstigen Euro gerne was anderes Vernünftiges. Das können wir aber auf der fachlichen Ebene klären, das nehmen wir gerne auf.

Stadträtin Moser (SPD): Sie sagten ja schon, dass Sie den Antrag von Herrn Kalmbach nicht mit abstimmen werden, das ist auch gut so, weil, im Winter scheint viel zu wenig die Sonne und an manchen Tagen wäre dann eine Beleuchtung überhaupt nicht möglich. Weiß ich aus eigener Erfahrung von unserer Photovoltaikanlage auf dem Dach.

Der Vorsitzende: Ich sehe schon, dass wir hier ganz viele Expertinnen und Experten einbeziehen sollten und das werden wir dann gerne tun. Wir müssen am Ende einfach den Auftrag des Antrages erfüllen. Und insofern würde ich jetzt den SPD-Antrag zur Abstimmung stellen, nachdem da jetzt offensichtlich auch noch Unterschiede zwischen den Anträgen bestehen. Und dann schauen wir mal, wie sich das mehrheitlich hier oder minderheitlich darstellt. Und ich bitte deswegen um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**. Wie gesagt, wir werden Ihnen die technische Umsetzung dann auch noch mal zur Kenntnis geben.

Auf der Seite 392 will ich über die Veränderungsliste darauf hinweisen, dass wir hier noch zusätzliche Investitionsmittel in Durlach für eine ganze Reihe von einzelnen Projekten eingestellt haben, die ich Ihnen jetzt nicht alle vorlesen will.

Antrag 161 (Seite 395): Wohnraum in der Stuttgarter Straße schaffen (CDU)

Stadtrat Müller (CDU): Die Stuttgarter Straße in ihrer derzeitigen Planfassung oder vorgesehenen Planfassung stellt uns sicherlich auch in den nächsten Doppelhaushalten vor enorme Herausforderungen. Unser Antrag als solches hat sicherlich momentan keine Auswirkungen aktueller Art auf den jetzt aufzustellenden Haushalt, aber wir wollen rechtzeitig den Fokus drauflegen, um heute schon an die nächsten Doppelhaushalte zukünftig zu denken und auch in diese Richtung zu handeln. Sicherlich liegt der planerischen Entwicklung der Stuttgarter Straße, die

Konsensus-Konferenz von 2013 zu Grunde. Allerdings haben sich die Vorzeichen und die Lagen, vor allem die finanzielle Lage der Stadt in einen traumatischen Zustand fortentwickelt. Und wir können heute nicht mehr mit den Argumenten von 2013, gerade auf den finanziellen Haushalt hin, werten.

Unser Antrag zielt letztendlich darauf ab, in Bauabschnitt 2 zusätzlich eine teilweise Bebauung vorzusehen, welcher Art auch immer, da könnte man sicherlich noch diskutieren, wie sie ausfallen mag, aber dadurch eine Teilrefinanzierung hinzubekommen, um dann auch diese zukünftigen Haushalte ein Stück weit zu entlasten. Weil ich glaube, man muss das schon insgesamt stadtweit den Bürgerinnen und Bürgern erklären, dass auf der einen Seite ein Großteil dieses Gemeinderates auf Steuererhöhungen pocht, wir aber auf der anderen Seite ein Projekt anstoßen wollen, neben der Verlagerung der ESG Frankonia, dann überwiegend auch noch Kleingärten zu konzipieren. Dafür letztendlich dann diese Steuermillionen in die Hand zu nehmen, schlichtweg auch Kleingärten mit mehreren hunderttausend Euro zu subventionieren, das erschließt sich uns in Gänze nicht. Ich glaube, da haben Sie in den Top Ten des Bundes für Steuerzahler mit Sicherheit auch einen der vorderen Plätze erreicht.

Sie sprechen aber auch alle in diesem Gemeinderat, allen voran die LINKEN, SPD, GRÜNEN, ja, wir auch, von einem sozialen Wohnungsbau, von bezahlbaren Wohnungen. Aber bitte schön, da müssen wir auch Flächen dafür haben. Wenn wir den Stadtentwicklungsstrategiebericht von 2035 Wohnen und Bauen sehen, dann haben wir diesbezüglich einen Bedarf bis dahin von 14.000 Wohneinheiten. Die werden wir nicht hinbekommen mit Nachverdichtungen. Die werden wir aber auch nicht hinbekommen mit irgendwelchen Lippenbekenntnissen, sozialen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Dann müssen Sie den zweiten Schritt tun und auch die Flächen dazu bereitstellen, um genau dieses Ziel auch nur ansatzweise erreichen zu können. Und mit Ihren Lippenbekenntnissen und mit dem, was folgt, erinnert mich die ganze Geschichte an den Urlaub des Kollegen Bimmerle in Barcelona, als er auf diesen Mann mit seinen drei Hütchen traf. Sie tun ja nichts anderes, Herr Bimmerle, mit Ihren ewigen Phrasen von bezahlbarem und sozialem Wohnraum. Ja, gut, dann seien Sie doch jetzt endlich mal auch dazu bereit, einen zweiten Schritt zu gehen.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Im letzten Jahr wurde darüber abgestimmt im Gemeinderat und das Ergebnis war eindeutig. Jetzt weiß ich nicht, warum Sie es noch mal in den Haushalt bringen, obwohl Sie selbst sagen, das ist gar kein Haushaltsantrag. Sie wollen es wieder abstimmen lassen, machen wir. Aber wir bleiben dabei, das ist dieses grüne Band von Durlach bis zum Rhein, was da eben durchläuft durch dieses Gebiet. Wir können nicht ganz Karlsruhe völlig zubauen mit Wohnungen. Wir brauchen auch noch Grünzonen, die erhalten bleiben müssen. Und da gehört dieser Bereich einfach dazu. Wir bleiben bei unserer Haltung.

Stadtrat Zeh (SPD): Herr Müller, das wäre tatsächlich ein Millionenhaushaltsantrag für jetzt, für diesen Doppelhaushalt, weil natürlich für Wohnungsbebauung müssen Sie tiefer die Kampfmitelondierung durchführen als wir demnächst vergeben. Wir haben das gerade im Bauausschuss auch betrachtet. Von daher müssen Sie deutlich tiefer gehen, neu vergeben, alles. Sie müssen neu planen, Sie müssen den Regionalplan ändern. Letztendlich ist die Südstadt der dicht bebauteste Stadtteil. Es war früher ein Gewerbegebiet, es sollte ja der Paket-Post-Bahnhof draufgebaut werden wegen der Lärmbelastung. Die CDU geht hier eine völlig falsche Richtung. Und preiswert ist mit der Kampfmittelbeseitigung diese Wohnbaufläche auch nicht. Wir werden auch diesen Antrag ablehnen.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Die Volksseele hat gekocht, bevor diese Konsensus-Konferenz stattfand. Und zwar, es geht um die Kleingärten. Der soziale Zusammenhalt hing doch sehr stark mit den Kleingärten zusammen, deswegen war es auch nicht möglich einfach zu sagen, wir bebauen das jetzt. Die Leute würden das nicht akzeptieren in der Südstadt, wir würden sozialen Unfrieden schaffen an der Stelle. Natürlich, hört sich das charmant an, plötzlich haben wir Flächen, die können wir bebauen. Aber wir dürfen das den Leuten nicht antun, denn, das haben wir versprochen, dass wir das auch nicht tun. Deswegen müssen wir zu unserem Wort stehen, wir können das jetzt nicht umnutzen, das geht nicht. Deswegen ganz klar unser Nein.

Der Vorsitzende: Dann können wir jetzt zur Abstimmung kommen und ich bitte um Ihr Votum. Das ist **abgelehnt**.

Ich möchte darauf hinweisen, auf der Seite 395, dass wir die Auszahlungsansätze Stuttgarter Straße aufgrund veränderter Kostenschätzungen in den Jahren anders verteilt haben.

Ja, stimmt. **Stuttgarter Straße haben wir noch das Thema Rüppurr.** Kann ich da an Sie geben, Frau Erste Bürgermeisterin, wie wir damit umgehen wollen.

Erste Bürgermeisterin Luzcak-Schwarz: Wir würden Ihnen vorschlagen, dass Sie dieser Reduzierung zustimmen, so wie es über der Veränderungsliste formuliert ist und wir machen Ihnen einen Vorschlag, nachdem wir noch mal genau erhoben haben, welche Mittel für 2022/2023 erforderlich sind und preisen die dann in den Satzungsbeschluss ein für nächste Woche Dienstag. Sie müssten aber nur heute diesem Antrag, dass die Mittel für Rüppurr aufgenommen werden sollen, einen positiven Beschluss, ein positives Votum für uns abgeben und dann würden wir das haushaltstechnisch umsetzen. Wäre das okay?

Stadtrat Zeh (SPD): Also, darüber muss natürlich extra abgestimmt werden. Die Reduzierung ist auf jeden Fall zunächst mal dann völlig freie Haushaltsmittel, das hätten wir gestern auch schon abstimmen können, den Antrag zur SG Rüppurr. Es ist eine zusätzliche Haushaltsausgabe, die wir mittragen als SPD-Fraktion. Aber natürlich nicht einfach als Umverteilung.

Der Vorsitzende: Nein, das ist klar. Wir haben ja gestern festgestellt, dass wir vielleicht diese Ihnen angebotene Streichung bei der Stuttgarter Straße nutzen können, um einen Betrag zu nehmen, den wir für Rüppurr einsetzen. Wir haben gestern gesagt, das können wir ja hier an der Stelle in der Haushaltsstelle klären. Wir sind jetzt noch mal in uns gegangen und würden es gerne ordentlich machen, dass wir nicht hier, wo Stuttgarter Straße steht plötzlich die SG Rüppurr reinnehmen. Sondern wir würden die Veränderungsliste gerne so lassen, wie sie ist, dass wir nämlich diese Beträge rausnehmen und wir hätten gerne von Ihnen den Auftrag, und das können wir jetzt gleich abstimmen, damit wir es mal vom Tisch haben, die erforderlichen Mittel für die Umsetzung des ersten Bauabschnittes SG Rüppurr, sobald eben das nötig ist, in die nächsten beide Jahre einzupreisen. Und dann würden es direkt bei investive Sportmittel einpreisen, wo es eigentlich auch hingehört. Und das würden wir Ihnen bis nächsten Dienstag ausarbeiten, damit es im Satzungsbeschluss richtig drinsteht. Sie würden das voraussichtlich schon Freitag mitgeteilt bekommen, damit Sie es auch noch mal überprüfen können. Das ist jetzt das, worum ich gerne bei Ihnen um ein entsprechendes Votum bitten würde, dass wir da so damit umgehen.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Weil ich gestern dazu gesprochen hatte, noch mal das zu wiederholen und um es auch richtig zu verstehen, es geht jetzt effektiv um einen Beschluss über zusätzliche 1,8 Millionen Euro im Investitionshaushalt für den Sportbereich. Das ist keine Umschichtung, in keiner Weise, sondern formal ein reiner Haushaltsantrag über Investitionsmittel. Und da hatte ich gestern ja auch schon angekündigt, dass wir den dann auch so nicht mittragen.

Der Vorsitzende: Es ist keine Umschichtung auf der Grundlage der aktuellen Veränderungsliste. Die aktuelle Veränderungsliste hat Ihnen aber aufgezeigt, dass wir bei der Stuttgarter Straße 1,6 Millionen Euro sparen, das wussten Sie ja bis vorletzte Woche noch gar nicht. Und so gesehen ist von dem Haushalt, wie wir ihn jetzt im September eingebracht haben, schon eine Art Umschichtung, weil wir an einer anderen Stelle auch entsprechende Mittel fast komplett freigeräumt haben. Sie können es jetzt politisch so oder so werten, bezogen auf die Veränderungsliste und die anfänglichen Haushaltsdaten, die ich Ihnen gestern eingeblendet habe, ist es eine Aufstockung. Da bin ich bei Ihnen. Bezogen auf den ursprünglich eingebrachten Haushalt kann man es auch durchaus als Umschichtung verstehen, das erleichtert vielleicht manchen die Entscheidung an der Stelle. Wir fühlen uns natürlich ein bisschen auch durch die Beschlüsse gebunden, dass man der SG Rüppurr auch diese Dinge so in Aussicht gestellt hat.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Aber wenn Sie das jetzt so machen und wir im weiteren Verlauf des Tages noch weitere Investitionsprojekte in anderen Teilhaushalten beschließen sollten, dann wäre das eigentlich genau dieselbe Argumentation. Und da kann ich mir nicht vorstellen, dass Sie das dann so aufnehmen und argumentieren. Das ist doch dann indirekt durch eine Umschichtung quasi passiert. Das ist dann keine gleichwertige Behandlung der Anliegen mehr an der Stelle.

Der Vorsitzende: Sie können mich ja dann, wenn es so kommt, darauf hinweisen, dann versuche ich, Ihnen auch da Wege zu bahnen. Dem Regierungspräsidium gegenüber ist es schon eine ganz gute Argumentation, dass wir über die Veränderungsliste ja auch manche Bauprojekte von ihren Investitionshöhen her noch sozusagen positiv korrigieren konnten. Und da nehmen wir uns an der Stelle jetzt einfach ein bisschen einen Spielraum raus. Dass das nicht gerade die reine Logik ist und ganz stringent, da bin ich ja bei Ihnen. Aber bei der SG Rüppurr fühle zumindest ich mich auch ein bisschen an die Beschlüsse grundsätzlicher Art gebunden, die Sie ja auch schon gefasst haben. Und dass das irgendwann mal Geld kostet, ist auch klar. Es ist uns eben im Moment noch nicht möglich, so eine Art Gesamtfinanzierung darzustellen. So nach dem Motto, weil wir später mal über die dort errichteten Wohnungen so viele Möglichkeiten wieder schaffen oder vielleicht sogar ja auch das Gelände dann irgendwie ein Stück weit auch zu Geld machen können, weil wir es an die Volkswohnung geben. Ich weiß auch gar nicht genau, wem es genau gehört. Also, da bringen Sie mich jetzt in Schwierigkeiten. Wir können einfach noch nicht diesen Zirkelschluss darstellen, dass am Ende die Finanzierung in die SG Rüppurr sich am Ende refinanziert aus anderen Positionen, die wir entweder finanzieller Art oder volkswirtschaftlicher Art haben, so wie wir das ja sonst bei den anderen Großsportprojekten immer machen, wenn es um diese Fusionsgedanken geht. Insofern ist es jetzt im Moment eine aktuelle Mehrbelastung, da bin ich völlig bei Ihnen, und wird natürlich auch erst mal das, was Sie heute beschließen aufstocken. Das ist ja logisch.

Gut, jetzt haben wir das, glaube ich, soweit geklärt. Und ich würde jetzt für das, was ich mündlich formuliert habe, womit Sie uns beauftragen und ja dann am Ende der Woche noch mal eine Umsetzung vorgeschlagen bekommen, das würden Sie jetzt heute so abstimmen. Und ich bitte

Sie um Ihr Votum. - **Das ist eine Mehrheit.**

Wir haben noch mal eine summenneutrale Umplanung im Gartenbauamt bei den verschiedenen Themen zu den Kinderspielprojekten vorgenommen. Das findet sich in der Veränderungsliste bezogen auf die **Seite 396 ff.**

Anträge 162 a bis d (Seite 397): Stadtteilentwicklungskonzept Oberreut, Bolzplatz Albert-Braun-Straße, Einstellung der erforderlichen Mittel (Interfraktioneller Antrag), (FDP), (CDU), (Bürger/Einwohner)

Ich will noch mal darauf hinweisen, dass die gewünschte Umschichtung von Planansätzen innerhalb des Gartenbauamtes aus Sicht der Verwaltung nicht realistisch ist.

Stadträtin Uysal (SPD): Nur wer das Spiel des Kindes ernst nimmt, nimmt auch das Kind ernst. In diesem Satz steckt bereits alles, was die Bedeutung des Spielens ausmacht. Kinder brauchen Spielräume zum Leben, Kinder brauchen Bolzplätze, um ihre Freizeit sinnvoll auszufüllen. Genau dieses Anliegen wurde bereits in Jugendkonferenzen mehrmals zum Ausdruck gebracht, dass es eine Herzensangelegenheit ist für die Kinder, Bolzplätze zu haben, um sich dort zu treffen und um sich dort aber auch auszutoben. Auch Oberreuter Kinder und Jugendliche haben dieses Anliegen bereits mehrmals vermittelt. Deshalb beantragen wir heute, was ja im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Oberreut schon bereits eigentlich einkalkuliert ist und drin ist, die Umsetzung der Belagsänderung für den Bolzplatz Albert-Braun-Straße. Ich freue mich umso mehr, dass meine Mitkolleginnen und -kollegen hier dieses Anliegen genauso unterstützen und dass wir das interfraktionell hier noch mal zum Ausdruck bringen, dass wir eben Spielräume für Kinder und Jugendliche brauchen und dass wir das hier auch im Gemeinderat ernst nehmen. Deshalb freue ich mich umso mehr, dass wir hier einen deutlichen Zuspruch haben.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Ich möchte es kurz machen, wir haben schon so oft über das Thema geredet. In den letzten beiden Jugendkonferenzen 2018/2019 und 2020/21 und während des Stadtteilentwicklungsprozesses haben sich die Jugendlichen von Oberreut für die Verbesserung des Bolzplatzes in der Albert-Braun-Straße eingesetzt. Begehungen fanden statt und die Hoffnung auf eine Veränderung war groß. Mit diesem heutigen Antrag wollen wir dieses berechtigte Anliegen endlich in die richtigen Bahnen lenken. Wenn wir heute diesem Projekt nicht zustimmen, wird es der Politikverdrossenheit Vorschub leisten und den Glauben in unsere Verwaltung schwer erschüttern. Ich bedanke mich bei allen Akteurinnen, die bereits in dieser Angelegenheit tätig waren. Lassen Sie uns gemeinsam diese Maßnahme endlich zu Ende bringen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich denke, über die Wichtigkeit von Bolzplätzen und Bewegung brauche ich nicht mehr groß was sagen. Das Einzige, was wirklich auch der Kollege Borner gerade gesagt hat, was wichtig ist, mit solchen Entscheidungen, gerade, wenn wir in den Jugendkonferenzen die Leute miteinbeziehen, nur so nehmen sie auch uns ernst, wenn wir immer wieder sie verträsten, nehmen sie uns nicht ernst. Und deswegen bitte ich insbesondere auch die Verwaltung, in dem Fall das Gartenbauamt, wenn Sie dann priorisieren, da kann ich mich überhaupt nicht einmischen, das ist absolut in Ordnung, bitte doch noch mal zurück in die Politik, dass wir auch aus politischer Sicht dann in Zukunft priorisieren können, dass wir uns abstimmen und nicht so eine Debatte dann hier führen müssen. Von daher denke ich, dass wir hier auch zustimmen müssen. Und ich denke, nachdem es ja leider mit Umschichtung nicht geht, wir aber durchaus in dem Bereich auch Mittel sehen, würden wir dem Antrag insgesamt zustimmen.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Also für mich entscheidend bei dieser Sache gerade in Oberreut ist das exemplarisch, nehmen wir jetzt als Politik die Jugendlichen ernst oder nehmen wir sie nicht ernst. Und ich war zweimal für das Bolzprojekt Oberreut Pate, das ist ja eine der Spielregeln. Und ich muss schon sagen, ich stehe persönlich bis jetzt also sehr dumm da bei den jungen Menschen in Oberreut. Ich möchte auch behaupten, wenn die Politik das über Jahre wünscht und mitträgt und diskutiert, dass jetzt einfach mal die Verwaltung akzeptiert, dass der Gemeinderat sagt, was gemacht wird. Und dann eben die Verwaltung, sprich das Gartenbauamt, da umsetzt. Das erwarte ich, das ist meine Vorstellung, auch als Mitglied des Gemeinderats. Ich werde gewählt draußen, alle werden gewählt, die hier sitzen und dann erwarte ich, dass das auch in den Ämtern so akzeptiert wird, dass wir da das letzte Wort haben und das dann einfach so umgesetzt wird. Die Jugendlichen verlieren nicht das Vertrauen in die Verwaltung, das wissen die ja gar nicht. Die verlieren das Vertrauen in die Politik und das sind eben in Karlsruhe wir Stadträtinnen und Stadträte hier im Gemeinderat.

Stadtrat Hock (FDP): Da hat der Kollege Cramer natürlich hundertprozentig recht. Bei diesem Projekt steht nicht die Verwaltung am Pranger, da stehen wir, die in der Jugendkonferenz mehrfach waren und uns dieses mehrfach angetragen wurde und jeder hier in diesem Raum sich dafür eingesetzt hat, wir stehen am Pranger. Denn die Leute sagen ja, ihr habt uns das mal versprochen, ihr habt uns gesagt, ihr setzt euch dafür ein und ihr habt nichts umgesetzt. Deshalb ist den Worten meines Kollegen Cramer nichts zuzufügen. Wir, der Stadtrat der Stadt Karlsruhe möchte dieses Projekt auf den Weg bringen und wir bitten, dieses jetzt auch zu akzeptieren und umzusetzen.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Meinen Vorrednern ist nichts mehr hinzuzufügen. Wir stimmen natürlich zu. Eine Frage allerdings habe ich. Ein Bolzplatz, ich wollte schon Goldplatz sagen, für 250.000 Euro. Ich habe während meiner Vereinstätigkeit Plätze für 15.000 Euro herstellen lassen können. Also da frage ich mich immer, was kostet da so viel Geld.

Der Vorsitzende: Die Frage möchte ich jetzt nicht hier diskutieren. Das können Sie dann im Fachausschuss tun. Ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass uns Oberreut ja ganz wichtig und auch ganz wertvoll ist und wir deswegen innerhalb des Gartenbauamtes aufgrund fachlicher Kriterien den Bolzplatz in der Wörieshofener Straße vorgezogen haben und die Sanierung des anderen Bolzplatzes erst dann anschließend in den nächsten Haushalten angehen würden. Wenn Sie das andersrum wünschen, und da ich nicht davon ausgehe, dass Sie das jetzt alternativ zur Wörieshofener Straße sehen, müssen Sie jetzt diesen zusätzlichen Mittel dort einstellen. Mir ist nur wichtig, dass nicht nach draußen der Eindruck entsteht, wir hätten Oberreut irgendwie nicht mehr im Blick und wir würden auch die dortigen Anregungen nicht ernst nehmen, sondern mit der Wörieshofener Straße würde ein völlig neuer Bolzplatz mit allem, was dazugehört, in den nächsten zwei Jahren entstehen können, weil die Mittel dafür eingestellt sind. Und damit hätten die Jugendlichen auch in den nächsten zwei Jahren schon ein gutes Angebot. Zumal der Bolzplatz in der Albert-Braun-Straße zwar sanierungsbedürftig, aber nach wie vor durchaus funktional ist. Und das war die Überlegung unter anderem, warum wir an der Stelle so entschieden haben. Ich würde Ihren Vorschlag aufnehmen, Herr Stadtrat Hofmann, dass wir uns mal darüber unterhalten, wie wir solche Prioritätensetzungen dann gegebenenfalls fachlich mit Ihnen vorberaten. Hier war jetzt nur die Außenwirkung wichtig. Hier geht jetzt sozusagen im heldenhaften Pathos darum, den Stadtteil Oberreut und die Jugendlichen dort zu retten. Das ist durchaus vorgesehen gewesen, aber eben in einer anderen Reihenfolge und mit einer

anderen Prioritätensetzung.

Damit kommen wir zur Abstimmung, die 260.000 Euro stellen wir jetzt ein. Herr Wenzel, wenn Sie uns von Ihren Lebenserfahrungen teilhaben lassen können und wir es am Ende für 15.000 Euro hinkriegen, werden wir nichts dagegen haben.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Hat sich dann der CDU-Antrag erledigt oder wie?

Der Vorsitzende: Da geht es über Umschichtung, das hat sich erledigt. Denn Sie wollen jetzt nicht irgendeinem anderen Stadtteil einen Bolzplatz wegnehmen oder irgendeinen anderen Spielplatz. Davon gehe ich mal aus. Insofern ist es fairer, wenn wir das dann eben gegebenenfalls draufsatteln.

Also dann würde ich alle Anträge jetzt gemeinsam aufrufen, weil, ich glaube, in der Zielsetzung ist es identisch und bitte um Ihr Votum ab jetzt. - Alles klar, **Zustimmung**, das macht mich jetzt in Oberreut endgültig tot. Also gut.

Im Übrigen, auch die Verwaltung kriegt hier relativ viel ab, das war mir noch wichtig. Ich habe Bekanntschaft getroffen über Insta mit einem 15-jährigen Basketballbegeisterten, der mich alle Woche fragt, warum denn der Basketballkorb in der Günther-Klotz-Anlage noch nicht repariert ist. Ich kann Ihnen sagen, auch die Verwaltung wird da durchaus ernst genommen als handelnde Personen. Es sind nicht nur Sie als Stadträtinnen und Stadträte.

Unter **6800** sind wir dann beim **Zoo**. Da darf ich bekanntgeben, dass wir auf der Seite 402 eine Vorzeichenkorrektur bei den Erträgen vorgenommen haben. Wahrscheinlich stand da mal ein Minus, jetzt steht ein Plus oder auch umgekehrt. Sie werden es finden.

Bei **6900**, da sind im Teilhaushalt **Friedhof und Bestattung**, haben wir die schon angekündigten Mittel für die Instandsetzung Dach und Fassade der Friedhofskapelle in Durlach, Bergfriedhof, eingepreist auf der Seite 413. Das Ganze ist am 12. Oktober im Hauptausschuss schon gemeinderätlich kostenkontrolliert worden.

Unter dem **Teilhaushalt 7000** können wir jetzt schon in die Abfallwirtschaft gehen und hier auf die **Seite 427**. Da haben wir die **Einrichtung eines zweiten Anti-Graffiti-Mobils**, ein **Antrag der AfD**. Und hier kann ich jetzt den **Tagesordnungspunkt 16** aus der eigentlichen Gemeinderatstagesordnung aufrufen. Das ist ja aus der Gemeinderatssitzung vom 19. Oktober verwiesen worden. Und da es aber um einen Antrag geht, würde ich die Antragsteller erst mal angucken.

Stadträtin Fenrich (AfD): Die Schmierereien und die Beklebungen der öffentlichen Gebäude, auch der Abfalleimer und auch der Lichtmasten nimmt, wer mit offenen Augen durch die Stadt geht, insbesondere durch die Innenstadt geht, sehr überhand. Wie gesagt, es sind Schmierereien, Klebereien und ich denke mal oder meine Fraktion denkt, dass das gar nicht so schnell von einem Graffiti-Mobil mit zwei Leuten behoben werden kann. Dieses Ganze bildet einen Anblick, der ist nicht schön für Besucher der Stadt, vielleicht auch befremdlich. Es sind manche Beklebungen, die politischer Art sind, die eigentlich so auch nicht hinnehmbar sind. Wenn man jetzt mal absieht von dem CIMA-Gutachten, das ja auch beschreibt, wie sich Leute darin fühlen, Schmutz in der Innenstadt, dieses Bekleben, diese Farbschmierereien, wird auch sehr als negativ empfunden und beeinträchtigt die Sicherheit der Leute. Was mir aufgefallen ist im Sommer,

ich habe ein Abfallentsorgungsfahrzeug gesehen, also ein Müllfahrzeug gesehen und das war total beschmiert und ich muss ehrlich sagen, ich war da entsetzt. Das kann eigentlich so nicht sein. Und wir gehen davon aus, dass ein Graffiti-Mobil nicht ausreicht. Wenn die Stadt jetzt sagt, das kostet einfach zu viel, dann möchte ich doch darauf hinweisen, dass man kein Elektrofahrzeug bräuchte, sondern auch ein gasbetriebenes Fahrzeug einsetzen könnte. Und was die Stellen anbelangt, möchte ich doch mal darauf hinweisen, dass durch die Einführung der gelben Tonne Personal frei wird, also eine Neueinstellung gar nicht erforderlich ist. Und einfach, um das Erscheinungsbild für Besucher, aber auch für die Bewohner hier der Stadt positiv darstellen zu können, bitte ich, unserem Antrag zu entsprechen.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Damit kommen wir sofort in die Abstimmung. Und ich bitte um Ihr Votum.

(Stadträtin Fahringer erklärt, sie habe versehentlich JA gedrückt)

- Wird korrigiert.

Antrag 163 (Seite 427): Einsparungen bei der SOKO Schmierfink (KAL/Die PARTEI)

Wir haben jetzt keinen Betrag festgelegt. Können wir weitermachen, darüber abstimmen. Gibt es hier Wortmeldungen? Gibt es nicht.

Dann bitte ich um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Wir kommen damit auf die Seite 427 zu zwei Informationen. Wir haben in der Veränderungsliste beim Thema Leerung Wertstoff Vororte und beim Thema elektronische Führerscheinkontrolle Web-Portal Servicevertrag jeweils Anpassungen vorgenommen.

Anträge 164 a bis c (Seiten 429 bis 438): Dauerhafter Winterdienst auf allen Hauptartrouten (DIE LINKE.)

Das sind verschiedene Aspekte eines Antrags der LINKEN. Da geht es einmal um eine Stellenschaffung, es geht um Sachaufwendungen und es geht um die Anschaffung von Spezialfahrzeugen. Für die Antragssteller, gibt es da eine Wortmeldung? Muss nicht sein.

Sonstige Wortmeldungen habe ich nicht. Dann können wir über diesen Antrag gleich insgesamt abstimmen. Und ich bitte um Ihr Votum. - Da gibt es eine **ablehnende Mehrheit**.

Antrag 165 (Seite 432): Prüfung von alternativen Antriebsarten auf Kosten-Nutzen bei Anschaffung für den städtischen Fuhrpark (FW|FÜR), ein Prüfantrag.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Uns war es nur ein Anliegen, bei dieser rasanten Veränderung der Technik, die wir diesen Tag erleben, dass wir auf das richtige Pferd setzen und dass wir immer wieder flexibel bleiben. Die Antwort der Verwaltung befriedigt uns insofern, als wir den Eindruck haben, da wird geguckt und geschaut. Insofern brauchen wir den Antrag auch nicht weiter zu behandeln. **Wir bestehen sowieso nicht auf Abstimmung.**

Der Vorsitzende: Ich füge an, über die Veränderungsliste ergibt sich auf der **Seite 432** einmal

ein zusätzlicher Kfz-Anhänger Friedhöfe als Investitionsmittel für Durlach und der Sondertopf 2,5 Millionen Euro aus dem Fahrzeugbudget für Klimaschutzbezogene Projekte. Wir hatten gestern darauf hingewiesen.

Auf der **Seite 434** haben wir die Umsetzung der Mittel vom Sammelansatz kleinerer Baumaßnahmen auf das Einzelprojekt Wertstoffstation Wettersbach vorgenommen. Das ist in der Summe neutral, aber jetzt eine stärkere Zweckbindung.

Auf der **Seite 436** haben wir den Anteil des AfA an der Deponie West Repowering-Projekt angepasst.

Auf der **Seite 437** die naturschutzrechtlich begleitenden Maßnahmen für die Deponie-Ost und die Planungsleistungen für einen neuen Abschnitt LP 5 bis 6. Da haben wir jeweils die Ansätze modifiziert.

Wir sind damit mit der Abfallwirtschaft durch und ich rufe auf unter dem **Teilhaushalt 7400 Stadtentwässerung**, auf die **Seite 458** können wir damit springen. Und hier darf ich aufrufen den **Tagesordnungspunkt 12** unserer ursprünglichen Tagesordnung. **Klärwerk Karlsruhe, verschiedene Unterhaltungsmaßnahmen im Klärwerk, überplanmäßige Aufwendungen.**

Und ich denke, das kann ich gleich hier zur Abstimmung stellen, es ist entsprechend vorberaten. Ich bitte um Ihr Votum - **(mehrheitliche Zustimmung)**.

Das betrifft auch noch den Haushalt 2021, nur als Hinweis, aber wir haben es jetzt hier mal eingespielt. Vielen Dank.

Wir kommen dann auf der Seite 459 noch zu einem Hinweis aus der Veränderungsliste. Hier haben wir die Abwasserabgabe und die Anpassung der Abwassergebühr noch mal so gegeneinander aufgewogen, wie sich das gehört. Es ist eine summenneutrale Veränderung der Positionen.

Wir kommen unter dem **Teilhaushalt 8000**.

Antrag 166 (Seite 477): Förderung der Veranstaltungsreihe „Sustainability Networking Night Karlsruhe“ der Sinninitiative 17 (DIE LINKE.)

Stadträtin Weber (GRÜNE): Die Unterstützung von Sozialunternehmertum ist sicher sinnvoll, da es praktische Lösungen für eine ökologisch-soziale und gesellschaftliche Herausforderung anbietet. Die Veranstaltungsreihe Sustainability Networking Night Karlsruhe hat hier zu einer guten Information und Vernetzung beigetragen. Inhaltlich stehen wir also hinter dem Ansinnen, Sozialunternehmertum in Karlsruhe zu stärken. Wir sehen es aber kritisch aufgrund der aktuellen Haushaltslage, zusätzliche Mittel zu beantragen. Vielmehr sehen wir die Möglichkeit, die Veranstaltungsreihe über das Budget der Wirtschaftsförderung fortzusetzen. Und deshalb möchten wir uns der Stellungnahme der Verwaltung anschließen.

Der Vorsitzende: Dann habe ich jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann stelle ich jetzt den Antrag zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum - **mehrheitliche Ablehnung**. Aber offensichtlich haben wir in unserer Stellungnahme auch einen Weg aufgezeigt, den wir prüfen.

Ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 9** unserer eigentlichen Tagesordnung. **Die Beschlussvorlage KI, Innovationspark Baden-Württemberg, Fördermittel des Landes.** Sie hatten seinerzeit in einer ausführlicheren Beschlussvorlage auch noch Investitionsmittel bereitgestellt, nachdem hier die Landesförderung nicht so groß ausfällt, wie das ursprünglich mal bei dem Wettbewerb in Aussicht gestellt wurde. Aber jetzt trotzdem teilweise stattfindet. Hier bitten wir Sie, doch noch mal diesen Beschluss zu erneuern, dass wir hier mit 200.000 Euro in den Aufbau dieser Genossenschaft und die entsprechenden Begleitumstände gehen können. Falls wir da doch auch in diese Investitionsteile einsteigen könnten, würden wir wieder auf Sie zugehen. Das wäre unser Anliegen hier und heute.

Wenn das soweit klar ist, können wir dann in die Abstimmung eintreten und ich bitte Sie um Ihr Votum – **(mehrheitliche Zustimmung)**. - Vielen Dank auch für das damit verbundene Vertrauen, das Sie in dieses Projekt setzen, aber auch Ihre Entschlossenheit, dass wir uns hier behaupten.

Ich darf danach gleich den **Tagesordnungspunkt 10** aufrufen, der ursprünglichen Tagesordnung. Da geht es um den **Eigenanteil der Stadt Karlsruhe zu der Fördermaßnahme des Bundesministeriums des Inneren, zukunftsfähig Innenstädte.** Wie Sie wissen haben wir den Zuschlag bekommen, den Höchstsatz aus diesem Förderprogramm hier vom Bund finanziert zu bekommen. Das sind 4,2 Millionen Euro unter der Voraussetzung allerdings, dass wir dann einen Eigenanteil aufbringen. Der Eigenanteil ist deswegen vergleichsweise gering, nämlich nur **10 Prozent**, weil wir hier schon nach den Kriterien des Bundes als arme Stadt gelten. Sonst wäre der komplementäre Anteil deutlich höher gewesen. Das gibt uns in den nächsten fünf Jahren noch mal, glaube ich, herausragend Chancen, die ganz vielen Aktivitäten, die wir in der Innenstadt sowieso schon haben, noch mal mit Bundesmitteln und entsprechenden auch neuen Ideen und Entwicklungen nachhaltig zu entwickeln. Denn hier geht es nicht um kurzfristige Maßnahmen, sondern um Veränderungen in der Substanz, um diesen Change in der Innenstadt und in den Innenstädten mitzugestalten. Das vielleicht noch mal, um das hier in die Bewertung zu bringen.

Wir können direkt in die Abstimmung einsteigen und ich bitte um Ihr Votum. - Das ist eine **große Zustimmung**. Vielen Dank.

Ich darf darauf hinweisen, dass auf der Seite 480 noch der Investitionskostenzuschuss für den Smart Production Park einmalig um 300.000 Euro erhöht wurde, das ist in der Veränderungsliste so hinterlegt.

Wir kommen zum **Teilhaushalt Forsten** unter **8200**.

Antrag 167 (Seite 484): Budget für die Umsetzung des Naturparkkonzepts (GRÜNE)

Stadträtin Weber (GRÜNE): Mehrheitlich haben wir jetzt 2016 dem Beitritt der Stadtteile Durlach, Hohenwettersbach, Stupferich, Wettersbach und Wolfartsweier zum Naturpark Schwarzwald Mitte-Nord zugestimmt, zu Deutschlands größtem Naturpark. Ich erinnere mich noch an die Begeisterung speziell vom Herrn Pfannkuch mit den Worten, „von daher müssen wir wirklich nur Hut ab, sagen, da müssen wir endlich dabei sein“. Soweit so gut. Das städtische Forstamt hat seine Arbeit aufgenommen, in dem derzeit ein gesamtstädtisches Entwicklungskonzept für Karlsruhe erarbeitet wird. Für die Umsetzung des Konzepts wird ein Budget aber benötigt, da die Bereitstellung von Eigenmitteln die Voraussetzung ist für die Co-Finanzierung durch die Naturparkverwaltung. Diese ist mit bis zu 70 Prozent der Fördersumme besonders üppig, weil

auch EU-Fördermittel involviert sind. Dieser moderate Umfang an finanziellen Mitteln ist eigentlich Peanut im Vergleich mit anderen Anträgen und wird dringend benötigt, um die Partnerschaft mit Leben zu erfüllen. Mit diesem Budget für die Umsetzung des Naturparkkonzeptes könnten wir interessante umwelt- und naturpädagogische Angebote gestalten und gute Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Zusätzlich fördern wir mit diesen Projekten gleichzeitig auch die strategische Ausrichtung der KTG Karlsruhe Tourismus GmbH, die Gastronomie und das Regionalmarketing. So möchten wir Sie dringend um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag bitten, damit wir das Entwicklungskonzept des Forsts auch umsetzen können. Lassen Sie uns gemeinsam das Konzept umsetzen und die Partnerschaft mit Leben erfüllen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Der Antrag der GRÜNEN ist hundert Prozent berechtigt, aber eigentlich nicht systemgerecht. Ich muss es ganz deutlich sagen, diese Mittel, die hier gebraucht werden, hätten im Vergleich zu anderen Verhaltensweisen, Herr Oberbürgermeister, was den Haushalt angeht, von der Verwaltung eingestellt werden müssen und man hätte Ideen aufbringen müssen, wie man durch Umschichtung diesen notwendigen Sockel einsetzt, damit, wie in allen anderen Fällen auch, die Stadt sinnvolle Zuschussmöglichkeiten generiert. Und darum bitte ich noch mal eindringlich, dass die Verwaltung das nicht von Fraktionsanträgen abhängig lässt, sondern dass das so institutionalisiert wird, natürlich nicht nur für diesen Doppelhaushalt, sondern auch für nächste, damit wir über solche Selbstverständlichkeiten, meines Erachtens, in dem Umfang nicht reden müssen. Ich bin der Meinung, Sie haben Kreativität, was Umschichtung angeht, das haben Sie mir gestern doziert. Da habe ich auch gelernt. Ich möchte von Ihren Fähigkeiten weiter profitieren. Die CDU erwartet, dass wir da nicht zustimmen müssen, dass die Verwaltung hier noch einen Vorschlag macht.

Der Vorsitzende: Herr Stadtrat Dr. Huber, bitte klären, in welcher Rolle.

Stadtrat Dr. Huber: Ganz klar als SPD-Stadtrat. Ja, wir waren ehrlich gesagt auch ein bisschen irritiert. Jetzt mache ich doch einen kurzen Schwenk zur Ortsverwaltung, es ist nämlich nicht nur das Forstamt, das da mitgearbeitet hat, sondern vor allem sind es auch die Ortsverwaltungen, das Stadtamt Durlach und die KTG. Also wir sind da eine sehr große Gruppe von Akteuren, die da mitarbeiten. Und ich habe da auch noch nicht das Gefühl, dass wir jetzt da Budget bräuchten. Weil, ich ging davon aus, wenn wir Budget brauchen, dann wird das schon abgedeckt sein, deswegen waren wir auch etwas überrascht, als wir jetzt diesen Antrag gesehen haben. Nichtsdestotrotz, das Projekt ist wichtig, wir wollen es unterstützen. Wir sehen aber auch, dass die Verwaltung ja selbst sagt, sie haben es bis jetzt aus Erben hingekriegt und sie überlegen auch, ob sie es in Zukunft wieder aus Erbschaften abdecken können. Und deswegen würden wir das gerne mit einem Sperrvermerk versehen und dann würden auch mitstimmen.

Der Vorsitzende: Zum einen müssten wir uns öfter auch darüber unterhalten, dass nicht alle Förderprogramme nur deswegen sinnvoll sind, weil wir eine Teilfinanzierung von irgendwoher haben. Das ist zwar im Grundsatz erst mal interessant, aber es wird auch zunehmend so sein, dass wir uns auch von so was verabschieden müssen, weil wir eben doch andere Prioritäten setzen. Hier ist es ja bislang gelungen, das aus anderen Mitteln darzustellen. Und der Auftrag an das Fachamt, dass sie es aus eigenen Mitteln erwirtschaften müssen, konnte in diesem Fall nachvollziehbarer Weise nicht erfüllt werden. Und deswegen steht es halt erst mal nicht drin. Ich will den Ball aber gerne aufnehmen, weil mir das ein Stück weit denn auch ein bisschen peinlich wäre, wenn uns das nicht gelänge. Es geht ja um zwei Dinge. Wir wollen verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten abklopfen und umgekehrt braucht das Projekt eine Zusage, dass

die Stadt die Komplementärmittel bringt.

Ich würde Ihnen jetzt heute die Zusage geben, dass wir die Komplementärmittel bereitstellen. Und wenn wir dann keine anderen Möglichkeiten sehen, als es irgendwie aufzustocken, dann würden wir das vornehmen. Ich sehe da ja grundsätzlich, dass wir auf der Linie unserer Beschlüsse liegen und auch, dass Sie für diese Entwicklung auch nicht nur großes Verständnis haben, sondern von uns auch erwarten, dass wir das hinkriegen. Dann wäre das jetzt mein Angebot, dann brauchen wir das heute gar nicht abzustimmen, sondern wir versuchen, es aus anderen Mitteln zu kriegen. Wenn wir es nicht schaffen, dann müssen wir es außerhalb des Forstamtes von irgendwoher nehmen. Wäre das soweit in Ordnung?

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Es ist ja auch der Vorschlag gemacht worden, dass man die Summe einführt mit Sperrvermerk und dann nutzen kann, wenn die Möglichkeiten nicht gefunden werden. Denn sie sind ja faktisch nicht vorhanden.

Der Vorsitzende: Ich würde bei 15.000 Euro jetzt ungern einen Sperrvermerk machen, wir nehmen es jetzt erst einmal nicht rein. Aber ich sage Ihnen zu, wir kriegen die Finanzierung hin. Es hat ja was Grundsätzliches und da haben wir einfach ja jetzt unabhängig von der Summe einfach strikt alles abgelehnt. Und wir werden einen Weg finden. Das Projekt kriegt die Zusage, dass wir die Komplementärfinanzierung schaffen. Und bei 15.000 Euro kriegen wir das auch so hin. Das ist ja sogar unter irgendwelchen Schwellen, die ich sogar selbst verfügen kann. Von daher, lassen Sie mich da einfach machen.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Ich muss aber doch noch mal nachfragen, innerhalb des Forstes sehe ich jetzt keine Potenziale zur Umschichtung.

Der Vorsitzende: Ich habe ja gerade gesagt, wenn Sie mir zuhören, dass es außerhalb des Forstamtes gesucht wird. Okay, gut. Vielen Dank, dann können wir das damit heute so **erledigt** haben.

Ich rufe jetzt auf den **Teilhaushalt 8800, Hochbau und Gebäudewirtschaft**.

Anträge 168 a bis c (Seite 494): Schaffung Stellen zur Umsetzung der Gebäudestrategie (GRÜNE), (DIE LINKE.), (SPD)

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Die Gebäudestrategie bei HGW sieht unter anderem vor, bis in die 2040er Jahre klimaneutral zu sein, also die Stadtverwaltung in dem Bereich klimaneutral zu machen. Das ist ein wichtiger Aspekt und das ist auch ein Grund, wieso die Gebäudestrategie jetzt sozusagen beschleunigt wird im Vergleich zu dem Verfahren, wie man vielleicht vorher damit umgegangen wäre. Wir haben auch aufgezeigt bekommen, dass, um das zu schaffen, eben auch dieser Stellenzuwachs erforderlich ist und genau deswegen haben wir den aus der Strategie erforderlichen Stellenzuwachs auch in dem Antrag benannt. Das sind diese 22 Stellen und da kommt eigentlich genau das Gleiche in den kommenden zwei Doppelhaushalten noch hinzu. Wir wollen an der Stelle darauf aufmerksam machen, dass die Verwaltung eben diese Strategie hat beschließen lassen vom Gemeinderat, da wurde auch entsprechend zugestimmt von großer Mehrheit, aber sich überhaupt nicht an die Umsetzung macht. Und deswegen wollen wir da mit diesem Antrag die Personalstellen zumindest auch in einem Teil sicherstellen. Und es ist auch aus unserer Sicht so, dass nur ein Anteil von 10 bis 15 Prozent, wie es eben dann auch von der

Gesamtsumme ist, Teil des Klimaschutzkonzeptes ist. Das heißt, es kann nicht jede Stelle für HGW an der Stelle auf das Klimaschutzkonzept abgewälzt werden, weil, da sind ganz andere Aufgaben noch zu erfüllen. Es geht einfach um die ganz grundsätzlichen Aufgaben, um Schulsanierungen, Sanierung von öffentlichen Verwaltungsgebäuden, von Sportanlagen, etc. Deswegen der Antrag über diese maximale Stellenzahl. Wir sehen aber auch, dass das jetzt an der Stelle mit Sicherheit keine Mehrheit haben würde. Und um da anderen entgegenzukommen, reduzieren wir den Antrag auf insgesamt sechs Stellen, man kann dann sagen drei plus drei in beiden Haushaltsjahren, um hier auf jeden Fall diese Gebäudestrategie zu unterstützen, damit es auch losgehen kann und wir auch im Doppelhaushalt 2025/2026 dann Projekte überhaupt erst aus dieser Strategie im Haushalt haben werden.

Stadtrat Zeh (SPD) Wir haben das ambitionierte Programm beschlossen, Gebäude ganzheitlich anzugehen, zu sanieren und wollen natürlich alles tatsächlich in drei Tranchen möglichst schnell machen. Da reicht das Personal natürlich HGW nicht aus. Wir sehen auch, wie schwierig es ist, Ingenieurstellen zu besetzen. Wir hatten deshalb nur drei Stellen beantragt, um eben tatsächlich mit Gebäudesanierung der städtischen Gebäude deutlich voranzukommen. Aber wir könnten jetzt auch dem modifizierten Antrag von Herrn Kollegen Löffler, drei jetzt und drei im nächsten Haushaltsjahr, zustimmen.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Ich wäre auch gerne mit dem höheren Antrag, mit den elf Stellen mitgegangen. Denn es ist ein unglaublich wichtiges Projekt auf jeden Fall. Und es ist einfach notwendig auch für verantwortungsvolles Haushalten und natürlich auch für unsere Klimarechtigkeit. Deswegen gehen wir natürlich bei den sechs Stellen gerne mit.

Stadtrat Müller (CDU): Gleich nach dem Motto an der Wursttheke, darf es ein bisschen mehr sein, ja, gerne, satteln Sie drauf, was geht - ja, es darf etwas mehr sein, an der anderen Stelle dann auch etwas mehr. Herr Löffler, wir können Ihren Ausführungen überhaupt nicht folgen, weil diese Stellen als solches und diese Aufgaben wären über die Stellenzuwächse des Klimaschutzkonzeptes abzusehen. Wir haben die Gebäudesanierungsanalyse des Dezernates 6 vorliegen, wir haben das Weißbuch Schulen vorliegen etc., also die Grundaufgabe dessen ist ja eigentlich schon getan. Jetzt müssen wir an die Feinarbeiten gehen. Da muss aber das HGW dann intern umschichten und die Ressourcen schaffen, zusätzliche Stellen sehen wir nicht.

Der Vorsitzende: Damit sind alle Wortmeldungen abgearbeitet. Ich möchte darauf hinweisen, dass ich das so verstehe, wir haben ja bei den 10 Stellen für das Jahr 2022 unter Klimaschutz schon vier Stellen für HGW vorgesehen. Und die 10 Stellen, die wir für Klimaschutz in 2023 vorgesehen, sind ja quasi noch nicht belegt. Aber ich gehe mal davon aus, dass wir Ihnen dazu dann auch einen Vorschlag machen, der in ähnlicher Höhe auch HGW berücksichtigen dürfte. Und Sie beantragen jetzt aber dazu zusätzlich noch mal drei Stellen für 2022 und drei Stellen für 2023, nur damit wir wissen, worüber wir reden. Auch da gilt, dass, wenn Sie dem zustimmen, wir dann noch mal über den Personalausschuss mit Ihnen das Profil der einzelnen Stellen klären.

Dann stelle ich jetzt zur Abstimmung **drei Stellen in 2022 und drei Stellen in 2023**, der modifizierte Antrag der Grünen. Und bitte um Ihr Votum. - **Das ist eine Mehrheit.**

Dann können wir die **beiden anderen Anträge** damit als **erledigt** betrachten.

Ich erläutere, dass wir auf der Seite 494 über die Veränderungsliste noch Umbauarbeiten in der

Schwarzwaldstraße 80 hier entsprechend eingepreist haben.

Wir haben ebenso auf der Seite die Dienstleistungsaufträge an die Stadtwerke Karlsruhe, kommunale Dienste, ehemals der Kommunikationsvertrag mit den Stadtwerken, hier abgebildet.

Auf der **Seite 504** der Mehrbedarf für den Vertrag Hallen am Festplatz mit der Volkswohnung Service GmbH aufgrund der Aufnahme der Nancyhalle.

Antrag 169 (Seite 506): Sanierungskonzepte städtischer Gebäude nach Prioritätenliste und ohne Vollsanierung (FW|FÜR)

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Es geht uns genau darum, dass unsere städtischen Gebäude möglichst schnell klimaneutral hergestellt werden. Es geht uns darum, dass man von dem Konzept, das wir in der Tat beschlossen hatten, Vollsanierung zu machen vom Dach bis in den Keller, dass wir darauf verzichten und hauptsächlich Schwergewicht auf die energetische Sanierung legen. Und das so schnell wie möglich. Mit dieser Strategieänderung würden wir natürlich jetzt das Konzept verlassen, aber wir können erstens viel schneller klimaneutral werden und zum Zweiten können wir finanziell hier die Mittel genau dort einsetzen, wo sie jetzt gebraucht werden und nicht komplett die Gebäude von oben bis unten zu sanieren. Das wäre unser Antrag.

Der Vorsitzende: Meine Empfehlung wäre, dass Sie den Antrag mitnehmen. Wir hatten Ihnen in der Antwort auf den SPD-Antrag Stellen für HGW schon angekündigt, dass diese Sanierungsstrategie von HWG noch mal überarbeitet wird und wir würden in die Überarbeitung diese Aspekte mit aufnehmen. Was wir allerdings nicht tun sollten, ist, schon fertige Gesamtsanierungskonzepte wieder aufzubrechen, weil das uns am Ende alleine durch den Zeitverzug mehr kostet, als wir durch eine andere Abfolge am Ende einsparen. Wir kommen ja noch zur Stadthalle und zu solchen Geschichten. Verzögerte Bauabläufe sind im Moment der größte Kostentreiber, das ist brutal, wie sich das auswirkt auf Kosten. Und deswegen würden wir, wenn Sie so einverstanden wären, abgeschlossene Gesamtprojekte nicht aufbrechen, aber für alles Zukünftige würden wir diese Betrachtungen mit reinnehmen. Und das kriegen Sie noch mal vorgelegt.

Okay, dann können wir das damit **hier für heute bewenden lassen**.

Antrag 170 (Seite 506): Öffentlicher Garagenhof Hohenwettersbach - Bodenentwässerung und Pflasterung (Antrag des Ortschaftsrates Hohenwettersbach)

Stadträtin Ernemann (SPD): Ich rede jetzt in der Funktion als Ortsvorsteherin. Ich muss da mal was klarstellen, da sind offensichtlich Missverständnisse innerhalb der Fraktion entstanden. Ich gehe mal kurz in die Geschichte. Dieses Gelände ist ein städtisches Gelände, die Vereine in Hohenwettersbach - wir haben leider nur sieben Vereine, aber die sind sehr aktiv, unter anderem das Deutsche Rote Kreuz, DRK -, die haben im Laufe der Jahre aus Platzmangelgründen mit Genehmigung der Stadt Karlsruhe so einen kleinen Garagenhof, Container und Garagen, in Eigenleistung errichtet, um dort ihr Material und auch teilweise DRK-Schulungen und Treffen, also Vereinsabende dort durchzuführen, auch Vorstandssitzungen. Alles in Eigenleistung auf städtischem Gelände. Die Leute vom DRK waren die Letzten, die diese Garage dort errichtet haben, nicht wissend, da sie ja keine Fachleute sind, haben sie sich bündig den anderen Garagen angeschlossen, die aber schon tiefer saßen. Das hat keiner überprüft, auch keiner von der Stadt

Karlsruhe und vom Bauhof Wettersbach. Niemand hat das überprüft. Jetzt hat sich da ein Entwässerungsproblem entwickelt und bei dieser Gelegenheit wollte man diesen ganzen Innenhof, diesen Garagenhof, mit einem wasserdurchlässigen Pflaster neu pflastern und die Entwässerung dort legen.

Ich kann das den Vereinen wirklich nicht in Rechnung stellen, denn die erwirtschaften alles ehrenamtlich. Am Wochenende war wieder ein Tannenbaumverkauf und selbst in Corona-Zeiten verteilen sie Martins-Weck an die Bevölkerung. Dieses ehrenamtliche Engagement muss ich hoch einschätzen und dass sie keine Fachkenntnisse haben und sich dem angeschlossen haben, was vorher geschehen ist, muss ich eben auch so zur Kenntnis nehmen. Die Alternative wäre gewesen, dass die bestehenden Garagen vom Musikverein, von der Feuerwehr und von der Ortsverwaltung Hohenwettersbach zurückgebaut hätten werden müssen, was wesentlich teurer gewesen wäre, wie jetzt diese Sanierung mit der Pflasterung und mit diesen 30.000 Euro Kosten, die da entstehen, in Angriff zu nehmen. Aus diesem Grunde bitte ich, aufgrund des ehrenamtlichen Engagements der Vereine - die wirklich nur das Beste wollen für ihr Vereinsleben, für den Ort, das ich auch voll unterstütze und das ist ja ein Beschluss des Ortschaftsrates - bitte ich, diese Kosten zu übernehmen und bitte um Zustimmung.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir in die Antragsabwicklung und ich bitte jetzt um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich möchte auf der Seite 508 ff. darauf hinweisen, dass wir hier unter dieser Zweckbindungsgeschichte Klimaschutzmaßnahmen 1,25 Millionen Euro gebunden haben bei verschiedenen Haushaltsansätzen.

Ebenso auf der Veränderungsliste auf der Seite 516 wurde der Betrag zur Ausfinanzierung der Maßnahmen Sammelansatz WC-Anlagen noch mal korrigiert.

Antrag 171 (Seite 523): Modernisierung Rathaus Grötzingen (GRÜNE, SPD)

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Für diesen Antrag und auch für die Ordnungsziffer 172 danach, die Ernst-Reuter-Schule beziehungsweise deren Turnhalle, es sind beides Maßnahmen, die einen relativ hohen energetischen Mehrwert haben, wenn man die Sanierung dann vornimmt. Das hat für uns dann jetzt bei Investitionsprojekten eine Priorität. Das Rathaus Grötzingen hat noch den zweiten Nebeneffekt, dass es innerhalb des Sanierungsgebietes Grötzingen Ortsmitte liegt und Folgemaßnahmen auch in diesem Sanierungsgebiet liegen und irgendwann, auch wenn man das Sanierungsgebiet vielleicht verlängert, dann auch manche Fördergelder nicht mehr in Anspruch genommen werden können. Das wäre jetzt bei dem konkreten Projekt noch kein Problem. Das haben Sie uns auch dargestellt. Es geht aber eben um eine Kette von Maßnahmen und grundsätzlich ist es uns ein Anliegen, die Gebäudestrategie möglichst zügig umzusetzen. Und wenn wir durchgeplante Projekte haben, dann sollten die auch auf jeden Fall an den Start gehen. Hier ist es jetzt so, dass wir dies dann auch mit einem Sperrvermerk versehen, weil die abschließende kostenkontrollierte Planung noch vorgestellt werden muss beim Rathaus Grötzingen, das heißt, um es formal zu machen, muss das auf jeden Fall noch erfolgen, wenn wir dem Antrag zustimmen.

Und zusätzlich dann die Turnhalle Ernst-Reuter-Schule, die hatten wir im letzten Jahr schon beantragt, das hätte eigentlich schon auf dem Weg sein können, deswegen ist es auch

folgerichtig, dass wir es erneut beantragen.

Und vielleicht finden Sie ja auch aus Umschichtungsgeldern der Stuttgarter Straße dann, wenn wir hier eine Mehrheit dafür haben, Mittel dafür.

Der Vorsitzende: Ihr Wort in Gottes Ohr. Gut, ich rufe damit zur Abstimmung auf, Ordnungsziffer 171, wir sind jetzt in Grötzingen bei der Modernisierung des Rathauses. Wir würden dann entsprechend die Ansätze natürlich in 2025/2026 reduzieren, weil wir es vorziehen. Und Sie haben jetzt noch Wert daraufgelegt, dass wir einen **Sperrvermerk** einführen, der sich durch die kostenkontrollierte Planung dann aufheben würde.

Mit diesen Rahmenbedingungen gebe ich das jetzt hier in die Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. - Das ist eine **Mehrheit**.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Herr Oberbürgermeister, wie soll das denn jetzt in Zukunft laufen? Müssen jetzt die Fraktionen einzelne Projekte vorschlagen, um die Planung der Stadt auf Trab zu bringen oder wie soll das jetzt in Zukunft weitergehen?

Der Vorsitzende: Die Planung der Stadt ist immer auf Trab. Wir haben nur die Projekte auf die nächsten Jahre so verteilt, dass wir die entsprechenden Ansätze in den Jahren einigermaßen realistisch finden. Das ist quasi ein Vorschlag der Prioritätensetzung durch die Stadt. Und natürlich haben Sie als Gemeinderat die Möglichkeiten hier, aus dieser Prioritätensetzung Veränderungen vorzunehmen. Bisher war die Regel, dass wir nur die Projekte in die nächsten beide Jahre aufnehmen, die schon begonnen worden sind. Das kann man jetzt in Grötzingen unterschiedlich bewerten. Wir haben gesagt, der zweite Bauabschnitt ist unabhängig davon, deswegen kommt der erst später. Aber Sie haben natürlich die Möglichkeit hier, solche Dinge auch zu verändern.

Anträge 172 a und b (Seite 526): Modernisierung Turnhalle Ernst-Reuter-Schule (GRÜNE, SPD)

Da geht es um die schon angesprochene Verpflichtungsermächtigung, deswegen hat das diese Doppelbezeichnung, wenn ich es richtig verstehe. Dazu ist schon gesprochen worden. Dann können wir vielleicht gleich in die Abstimmung gehen und ich bitte um Ihr Votum. - **Auch das ist eine Mehrheit.**

Auf der **Seite 540** weise ich auf die **gestiegenen Gesamtkosten für die Kita am Weinbrennerplatz hin**. Dem haben Sie kürzlich zugestimmt, am 06.12.2021. Das war aber ursprünglich im Haushaltsentwurf noch der niedrigere Betrag, deswegen haben wir das jetzt entsprechend Ihrer Beschlusslage auch angepasst.

Wir kommen damit zum **Tagesordnungspunkt 13** auf der **Seite 544** unserer Gemeinderatstagesordnung. Da geht es um die **Stadthalle - Modernisierung**. Wir haben eine Übersicht an die Fraktionen gesandt, da ist statt der Seite 544 die Seite 560 angesprochen worden. Ich hoffe, Sie verstehen, wo das ist. Wir haben in der Veränderungsliste die entsprechenden erhöhten Ansätze auch aufgenommen. Deswegen würde ich an der Stelle sowohl die Tagesordnung aufrufen, also auch auf die Veränderung der Veränderungsliste hinweisen. Ich habe es gesehen, das Ganze ist im Bauausschuss und im Hauptausschuss vorberaten.

Ein Antrag zur Geschäftsordnung.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich wollte nur noch mal darauf hinweisen, dass wir uns geeinigt haben, dass dieser Tagesordnungspunkt nicht auf die Redezeit angerechnet wird.

Der Vorsitzende: Genau, das ist einer der drei, ich habe es hier extra stehen, 4, 5 und 13. Vielen Dank noch mal für den Hinweis. Insofern war es kein Antrag, sondern ein Hinweis. Wir treten in die Diskussion ein.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Vielleicht müssen wir die drei Minuten dann auch nicht ausnutzen, denn ich möchte damit beginnen, Ihnen zu danken, dass Sie auch einfach die Nachfrage noch mal sehr umfangreich geklärt haben, eine alternative Darstellung, was eben ein Neubau kosten würde. Selbst, wenn es da ein paar Abschätzungen sind, die nicht ganz zutreffen, ist trotzdem noch erkenntlich, dass der Unterschied einfach massiv ist zwischen einer Sanierung und einem Neubau. Das ist eben nicht wirklich nah beieinander. Und dann zum zweiten, dass Sie die etwas offeneren Formulierungen der Nachhaltigkeit, die nun auch berücksichtigt ist in diesem Projekt, noch mal konkretisiert haben, dass eben auch klar ist, dass wirklich Maßnahmen, sei es die Wärmeversorgung, sei es die Beleuchtung etc. auch wirklich mit einer deutlichen Energieeffizienz im Vergleich zu den vorherigen Entwürfen einhergeht. Deswegen müssen wir jetzt diese Vorlage an der Stelle einfach so zur Kenntnis nehmen. Es würde noch viel weniger bringen, da jetzt irgendeinen Schlusstrich drunter zu ziehen oder gar auf einen Neubau zu gehen, weil, dann steht das Gebäude eben auch da rum und es hat überhaupt keine Perspektive. Deswegen, auch wenn es an der Stelle schmerzt, eine derartige Kostenerhöhung zu sehen, können wir die Vorlage erst mal nur so zur Kenntnis nehmen, beziehungsweise Sie auch beauftragen, das Projekt so fortzuführen.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Ja, unser nächstes Sorgenkind auf der heutigen Tagesordnung. Wir haben ja schon einige Male über unsere Stadthalle sprechen dürfen oder müssen. Meine Damen und Herren, die Verwaltung hat uns jetzt eine Vorlage vorgelegt, was die Alternative, Herr Löffler, Sie sagten es, darstellt, Neubau oder weitere Sanierung der Halle. Es wäre jetzt müßig und es wäre langatmig, wenn wir jetzt über vergangene Zeiten diskutieren, sprechen und Fehler zuschieben. Wer letztendlich zu viel nach hinten blickt, verliert den Blick nach vorne. Und deshalb ist das jetzt am Tag, dass wir eine Entscheidung treffen müssen. Wir tun uns als CDU-Fraktion sehr schwer, mit einer Mehrkostensumme von circa 60 Millionen Euro, die heute auf dem Papier steht, umzugehen. Auf der einen Seite, Frau Bürgermeisterin Luczak-Schwarz, streichen wir in Ihrer Verwaltung den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Bleistift auf dem Schreibtisch und auf der anderen Seite machen wir Vorlagen, wo wir innerhalb weniger Minuten weitere 60 Millionen Euro draufgeben. Es ist aber auch ein Stück, das habe ich eben gesagt und Herr Löffler auch, alternativlos. Wir haben nicht allzu viel mehr an Chancen, etwas zu ändern. Bei der Vorlage, bei dem Neubau, ob wir letztendlich bei den 350 Millionen Euro rauskommen, das bezweifle ich. Sie haben es, Herr Oberbürgermeister, eben in einem Punkt zuvor gesagt. Die Baukostensteigerungen sind explosivartig unterwegs und wir wissen alle nicht, wie es sich weiterentwickelt. Deshalb, so schwer die Vorlage uns fällt und so hoch der Betrag ist, werden wir ihr zustimmen.

Aber eines gebe ich heute Ihnen oder uns allen mit auf den Weg, und Sie werden mir rechtgeben, wenn der neue Gemeinderat 2024 zusammengesetzt ist, wird uns dieses Thema noch einmal beschäftigen, weil wir mit der jetzigen Preisschätzung nicht hinkommen werden, wir

werden noch mal einen Nachtrag brauchen. Und meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden den Zeitplan bis 2025, das sage ich heute auch schon voraus, nicht halten können. Ich bin davon überzeugt, dass wir nach dem Jahre 2024, nach der Gemeinderatswahl, erneut darüber zu entscheiden haben. Ansonsten heute schweren Herzens Zustimmung, aber wir sehen keine Alternative zu der weiteren Sanierung, damit diese Ruine am Festplatz endlich einmal fertig wird.

Stadtrat Zeh (SPD): Das Projekt ist bis jetzt sehr unglücklich gelaufen. Auch uns schmerzen natürlich diese 60 Millionen Euro Mehrkosten. Das ist mehr als der Gemeinderat in mehreren Jahren bei solchen Haushaltsberatungen tatsächlich bewegen kann. Wir werden natürlich sehen, wie wenig wir auch dieses Mal wieder bewegen. 60 Millionen Euro treffen vor allen Dingen natürlich jetzt eigentlich nicht den Doppelhaushalt, sondern den noch schwierigeren Doppelhaushalt 2024/2025, auch ohne die Unkenrufe, die Kollege Ehlgötz im Moment gerade gemacht hat, dass das Projekt noch mal teurer würde. Aber wir sehen natürlich auch, die Stadt Karlsruhe braucht Veranstaltungssäle wie den Weinbrennersaal oder den Brahmsaal für Veranstaltungen. Wir setzen deshalb auf jeden Fall auch das Projekt fort, weil es keine Alternative zu dem Vorgehen letztendlich gibt. Zähneknirschend stimmen wir der Vorlage zu.

Stadtrat Høyem (FDP): Kommunalpolitik hat einen Vorteil und auch einen Nachteil und das ist, dass wir so nahe unseren Bürgern sind. Falls wir jetzt in Berlin säßen oder vielleicht in Stuttgart, dann wäre es vielleicht ein großer Abstand zu unseren Wählern. So ist es nicht in Karlsruhe, wir treffen die jeden Tag. Und ich muss leider sagen, und ich versuche, das höflich zu tun, die Verwaltung und wir im Gemeinderat, wir haben so unglaublich viel Vertrauen verloren. Wir stehen in der Öffentlichkeit als negative Amateure, die überhaupt nicht wissen, was sie tun. Sie brauchen nur ein paar Leserbriefe zu sehen und besonders, wenn Sie in die mehr populären KA-News gehen, dann sehen Sie, wie wir alle dort stehen. Das ist ein Euphemismus, wenn Herr Zeh sagt, das ist unglücklich gelaufen, das ist katastrophal gelaufen! Das ist skandalös gelaufen! Und trotzdem ist Bundeskanzlerin Merkels letzter Tag heute und sie hat das Wort alternativlos benutzt. Und es ist, was alle hier gesagt haben, wir ärgern uns, sodass man sehen kann, wie blau und grün wir vom Ärgern alle sind hier. Wir schämen uns vielleicht auch. Aber es ist mit Frau Merkels Wort alternativlos. Wir stimmen sowohl mit Ärger zu und wir sehen auch, das ist selbstverständlich, was Herrn Ehlgötz sagt, wir werden mit diesem Thema nicht jetzt fertig. Das wird den neuen Gemeinderat bestimmt auch beschäftigen. Eine Hauptursache, dass wir jetzt zustimmen, ist, dass die Messe nicht so weitergehen kann, ohne, dass man die Kongressmöglichkeit hat. Und falls man ein bisschen etwas über das Geschäft weiß, dann weiß man auch, dass, wenn man wichtige Kundenbindungen nicht treu halten kann und Kunden verliert, dann gehen die an andere Stellen und dort bleiben die und kommen dann nicht zurück. Also, wir sind sehr verärgert. Ich muss auch sagen, ich und vielleicht wir alle schämen uns ein bisschen, und das ist richtig, wir sollen nicht dieses Spiel spielen, wer ist schuld daran. Aber sehr unangenehm und sehr peinlich ist es. Das ist, Herr Zeh, nicht nur unglücklich gelaufen, das ist katastrophal gelaufen. Wir stimmen zu.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Als wir damals in der letzten Legislaturperiode die Entscheidung zu treffen hatten, Modernisierung, Sanierung Stadthalle, da haben Marc Bernhard und ich als AfD im Karlsruher Gemeinderat dagegen gestimmt, und zwar weil wir damals bei 55 Millionen Euro Kosten waren ungefähr. Und es war damals schon bekannt, dass das Stadion etwa 100 Millionen Euro kosten würde, mindestens. Und uns war klar, dass diese 55 Millionen Euro niemals reichen und dass man bei der Planung von falschen Voraussetzungen ausgegangen ist und

deswegen haben wir es damals abgelehnt. Seither ist das Thema Stadthalle immer wieder hochgekommen. In jeder Kommunalwahl und auch bei der OB-Wahl war es Thema. Und man konnte den Leuten, der normalen Bevölkerung,

nicht erklären, wieso das eigentlich alles so teuer wird und wieso das eigentlich alles so lange dauert.

Da ich jetzt ja ein bisschen Zeit habe, sage ich da ein, zwei Sätze dazu. Es war so, dass die Verwaltung eine Planungsfirma beauftragt hat für die Planung der Lüftung, der Entrauchung, der Sprinkleranlage, also all diese neuen Anforderungen, die wir heute in ein Gebäude reinbauen müssen, weil einfach die technischen Anforderungen inzwischen so geworden sind. Und diese Firma ist letztendlich gescheitert. Das liegt zum einen daran, dass es ja ein Bau aus den 80er Jahren ist, der damals schon optimiert wurde. Man versucht ja immer, den umbauten Raum zu optimieren auf die Anforderungen, die man hat. Und wir haben all diese zusätzlichen Anforderungen dazu bekommen. Und am Ende war es so, dass die Firma die Lüftung nicht im Gebäude unterbringen konnte, man brauchte ein deutlich größeres Notstromaggregat, die ganzen elektrischen Leitungen müssen größer sein, die Planungsfirma hat es nicht geschafft. Die Verwaltung hat aus meiner Sicht eine Zeitlang zugeschaut, hat dann versucht, zu helfen, leider auch ohne Erfolg und schließlich war die Zeit rum, die Kosten waren massiv gestiegen. Und man hat mit einer anderen Firma jetzt endlich ein Konzept, das für uns auch tragfähig scheint, einfach, weil auf andere Art und Weise optimiert wurde. Es wird nicht mehr das Gebäude insgesamt nutzbar sein, an jeder Stelle gleichzeitig. Sondern es gibt verschiedene Szenarien, welche Räume gleichzeitig genutzt werden können, die der Realität entsprechen. Und damit braucht man viel weniger Lüftung und weniger Heizung, weil man immer nur einen Teil des Gebäudes berücksichtigen muss. Und damit konnte der gordische Knoten zerschlagen werden. Und wir glauben auch, dass die Renovierung immer noch günstiger ist als ein Neubau. Deswegen werden wir gezwungenermaßen zustimmen.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Lieber Kollege Ehlgötz, ich muss Ihnen absolut rechtgeben in allen Ihren Worten, die Sie genannt haben. Aber für mich und meine Fraktion stellt sich die Frage, was hätten wir denn für eine Alternative gehabt als Gemeinderat? Wir hätten damals, als die ersten Summen kamen, wo klar war, dass alles anders ausgebaut werden muss als zuerst gedacht, wenn wir da das gestoppt hätten, hätten wir das überhaupt stoppen können politisch, was würde dann jetzt da rechts von uns stehen? Letztendlich eine Ruine oder man hätte sie abgetragen. Was wäre dann gewesen, ein Neubau. Wir wissen alle, das wäre wesentlich teurer geworden, als was uns heute auf dem Tisch liegt. Und ich sehe natürlich das Hauptproblem, wir als Gemeinderäte, wir müssen doch der Verwaltung in solchen Dingen, was heißt müssen, wir können ja denen nur folgen. Sind wir die Fachleute, ist das unser Job? Nein, das ist überhaupt nicht unser Job. Wir müssen aber, das ist das ärgerliche, draußen, so wie es dann natürlich ankommt, praktisch die politische Verantwortung übernehmen. Wir müssen durch unser Abstimmungsverhalten sagen, wir machen gar nichts oder es geht weiter. Und an uns bleibt es hängen. Alles bleibt an uns hängen, obwohl es letztendlich absolutes Tagesgeschäft und Monatsgeschäft und Jahresgeschäft der Verwaltung ist.

Und dann möchte ich auch noch mal sagen, Herr Oberbürgermeister, es ist schon dann schwer, ganz arg schwer. Da hat der Gemeinderat absolut nichts damit zu tun, was da drüben in dem Haus letztendlich passiert ist. Das können wir gar nicht, das ist nicht unser Job. Es ist, wie ich schon gesagt habe, unser Job, zu sagen, wir gehen den Weg der Verwaltung mit oder wir gehen ihn eben nicht mit. Und ich finde es jetzt schon richtig, dass wir jetzt der Verwaltung folgen, weil wir jetzt eine Firma gefunden haben, die das ganze Problem, im Gegensatz zur ersten Firma, in den Griff kriegt. Ich sehe aber nicht ein, in Sack und Asche zu gehen. Herr Kollege Høyem, warum eigentlich, das müssen Sie mir noch mal erklären. Wir sind doch nicht die

Dummen, wir sind doch nicht die Blöden. Das sind andere Leute, das ist nicht der Gemeinderat, das weise ich absolut zurück. Wir haben sauber gearbeitet, nämlich als wir den Fachleuten in der Verwaltung gefolgt sind. Und ich sehe überhaupt nicht ein, dass wir hier, wie gesagt, in Sack und Asche gehen müssen, Asche aufs Haupt streuen müssen, was wir für gewählte Vertreterinnen und Vertreter sind. Das lehne ich absolut ab und so erzähle das auch draußen, wenn ich angesprochen werde. Da habe ich keine Scheu davor, das so zu benennen.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Ich werde jetzt auch nicht auf die Vergangenheit eingehen. Unsere Haltung zu dem Projekt ist, glaube ich, hinlänglich ausdiskutiert worden, unsere Kritik daran. Und ich glaube eher, um einen Blick in die Zukunft zu wagen, Herr Kollege Zeh hat was Richtiges angesprochen, wir müssen uns, glaube ich, manchmal überlegen, inwieweit wir Diskussionen führen über manche Beträge in einem Haushalt und wie das zu einem Verhältnis steht zu anderen Beträgen. Ich erlebe immer wieder, dass wir um 1.000, 2.000 Euro wochenlang feilschen und diskutieren. Man muss ehrlich gesagt auch feststellen, für den Haushalt von 1,4 Milliarden geht es nicht um die tausend Euro, sondern es geht um die Realität, werden eigentlich die Bauprojekte umgesetzt, und zwar pünktlich. Jeder Tag einer Bauprojektverzögerung kostet weitaus mehr, als wir teilweise stundenlang diskutieren. Und ich glaube, wenn wir jetzt in die Zukunft schauen, Herr Ehlgötz hat das formuliert, Richtung ökologisches Modernisierungsjahrzehnt oder zwei Jahrzehnte, was wir vor uns haben, dann ist es die Frage, glaube ich, wie wir diese vielfältigen Modernisierungen und Bauprojekte, die wir ja weiterhin haben - Umbau Innenstadt, viele Sanierungen von Schulen - so gestaltet kriegen, dass wir diese Bauverzögerungen nicht haben und die Kosten vorher wissen. Da müssen wir uns Gedanken machen. Die Verwaltung hat auch Themen vorgelegt, wie wir Risiko besser einplanen. Das ist ja auch im Laufe des Projektes anders geworden, wie man Bauverzögerung hat, wie man Baupreisindex einspart. Aber das ist wirklich das, worauf wir uns als Gemeinderat die nächsten Jahre vor allem drauf fokussieren sollten. Und wenn wir das nicht in den Griff kriegen, egal, was wir machen, auf der Einnahmenseite oder Ausgabenseite, das ist dann alles nur Schaulaufen für uns selbst, aber das bringt den Haushalt nicht wesentlich weiter.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Mir geht es auch nicht um uns, als Fraktion geht es nicht ums Wehklagen jetzt, das haben wir schon alles zur Genüge gehört. Die Frage ist, ob wir eine lernende Community sind. Stadtrat Cramer hat heute über seine Lernbereitschaft gesprochen, Tilmann Pfannkuch wollte auch schon lernen. Die Frage ist, sind wir tatsächlich in der Lage aus dem Desaster, das wir erlebt haben, zu lernen? Und ich glaube, da gibt es Prozessfehler, da gibt es Systemfehler in dem Ganzen. Und auch Fehler in dem Moment, wo wir die Entscheidung treffen, welche Grundlagen sind dafür nötig und welche brauchen wir schon, um eine seriöse Grundlage für unsere Entscheidung zu haben. Und ich glaube, wir werden oft viel zu früh zu Entscheidungen gezwungen, genötigt, obwohl die Grundlagen noch gar nicht geschaffen sind, wo wir noch gar nicht seriös sagen können, soundso wird es aussehen.

Ich habe mit einem Planer gesprochen, der hat sich beworben und hat sich das Projekt Stadthalle im Vorfeld schon angeguckt und wollte sich auch bewerben. Und er hat dann zurückgezogen. Er hat gesagt, zu dem, wie das so läuft, das ist gar nicht möglich zu machen. Gut, ich will das nicht weiter vertiefen, aber die Frage ist für uns tatsächlich, gibt es einen anderen Prozessablauf? Dazu werden wir auch einen Antrag bringen, damit solche Dinge nicht wieder passieren. Ganz konkret zum Projekt: Neubau kommt für uns nicht in Frage, im Gegensatz zum Staatstheater. Der Architekt hat ganz klar gesagt, mit dieser kompakten Bauweise bei dieser Substanz macht ein Neubau keinen Sinn. Und dem folgen wir gerne. Zu dieser Prognose, dass die Kosten

nicht gehalten werden können, vermute ich fast auch, dass es so sein wird. Die Zeit könnte gehalten werden. Ich traue dem neuen Planer sehr viel zu, das war ein sehr seriöser Eindruck, da scheint Vertrauen möglich zu sein. Und der hat mich zumindest gewonnen, wie er sein Projekt darstellt. Insofern, wir werden zustimmen, aber wie gesagt, die Sache ist nicht abgeschlossen, da würde ich grundsätzliche Gedanken investieren, dass das in Zukunft nicht mehr passiert.

Der Vorsitzende: Ich würde gerne noch mal darauf hinweisen, dass man sich die Frage stellen muss, war der Zeitpunkt richtig. Der Zeitpunkt war nötig, weil wir sonst die Stadthalle nicht weiter hätten betreiben können. Und damit war es auch eine Grundsatzentscheidung, geht es mit einer Art Kongressgeschäft hier weiter oder nicht. Seinerzeit ist die richtige Entscheidung getroffen worden, sich für eine Sanierung zu entscheiden und das hat sich jetzt im Nachhinein noch mal bestätigt. Und die zwei Punkte, da bin ich bei Ihnen, Herr Stadtrat Høyem, die dann in eine katastrophale Entwicklung geführt haben, waren zum einen, dass doch nicht ausreichend Details über das Bauwerk bekannt waren und das zweite, dass man dann auch mit einem Planungsbüro sich einlassen musste, weil, die haben alle Vergabevoraussetzungen erfüllt. Mit diesem Planungsbüro sind nicht wir, sondern das Büro ist mit dem Gebäude und wir sind mit ihm nicht zurechtgekommen, so will ich es mal formulieren. Obwohl wir fast zeitweise den Eindruck hatten, wir halten diesem Planungsbüro noch die Hand und sagen ihm, was es zu tun hat, aber auch diese Vorschläge sind meistens nicht aufgegriffen worden. Und ich sehe auch im Nachhinein nicht, an welcher Stelle wir das grundsätzlich anders hätten handhaben können. Deswegen finde ich die Entwicklung katastrophal. Aber skandalös ist vielleicht, dass man seinerzeit anders gebaut hat als geplant und man hat es nicht sauber dokumentiert. Und skandalös ist nach meiner Einschätzung das, was auch hier im Kontext - ich will das jetzt, weil wir öffentlich sind, nicht vertiefen - aber auch was insgesamt mit dieser Planungsfirma abgelaufen ist. Und dazu müssen wir ein Stück weit auch stehen.

Ansonsten, Herr Stadtrat Kalmbach, über 80 oder 90 Prozent aller unserer durch HGW mitverantworteten und verwalteten Bauten funktionieren im Rahmen des Zeitplans und auch im Rahmen des Budgets. Ich sage mal so, alles, was bis 50 Millionen Euro ist, auch in den letzten Jahren, hat in diesen Bereichen funktioniert. Was schwierig ist, das sind Bauvorhaben, die teurer sind und teurere Bauvorhaben haben immer was mit verlängerten oder auch mit langen Bauzeiten von vorn herein schon zu tun. Und das sind immer die Dinge, wo es sehr, sehr schwierig ist. Und Sie sagen mit Recht, wir müssen mehr über die endgültigen Details wissen, bevor wir zustimmen können. Um aber zu den Details zu kommen, muss ich bei diesen Bauprojekten oft schon viele Millionen aufwenden, weil ich schon eine Umsetzungsplanung brauche. Und deswegen brauche ich von Ihnen vorher eigentlich die Zustimmung, ob wir in diese Richtung gehen, bevor wir Millionen ausgeben, damit Sie anschließend sagen, nein, das wollen wir dann aber so doch nicht. Das brauchen wir schon verbindlich. Sonst fangen wir nämlich wieder von vorne an, wenn wir dann in eine völlig andere Richtung gehen und dann kommen diese Themen, Schieben in die Zukunft und Steigen der Baukosten noch stärker auf unsere Füße. Wir haben an der Stelle ein grundsätzliches Dilemma, dass wir Ihnen eigentlich erst eine Entscheidung abverlangen können, wenn wir schon viele Millionen ausgegeben haben. Und es macht keinen Sinn, mehrere Ausführungsplanungen in verschiedener Weise parallel zu tun und Ihnen dann vorzulegen. Das haben wir bei der Europahalle mal versucht. Da haben sie aber gemerkt, was das dann für ein Kuddelmuddel erzeugt und was das für Zeit kostet und Geld.

Deswegen glaube ich, bin ich sehr dafür, dass wir es noch mal richtig durchleuchten, wie wir uns da in Zukunft safer machen können. Aber ich glaube, das grundsätzliche Problem solcher

Großprojekte mit langen Bauzeiten werden wir nie abschließend in den Griff kriegen. Und es ist ja kein Zufall, dass bei diesen Kostensteigerungen bei Bauprojekten eigentlich nur diese ganz großen Projekte im Wesentlichen betroffen sind. Und deswegen auch herzlichen Dank für die große Zustimmung, die es jetzt trotzdem am Ende noch gibt. Und wir müssen das genauso vertreten, Herr Stadtrat Høyem, nach außen. Und im OB-Wahlkampf hat das ja eine Rolle gespielt. Da gab es ja auch die Hinweise, man hat schon mal 5 Millionen Euro im Budget gut umgesetzt, dann kann man auch der Stadt Karlsruhe erzählen, wie man das mit 50 oder mit 100 Millionen Euro macht. Ich hatte nicht den Eindruck, dass das am Ende ein so großer Frust in der Bevölkerung ist. Und Herr Ehlgötz, ich weiß ja nicht, was Sie 2024 vorhaben, aber wir werden uns schon vorher damit beschäftigen müssen, wie die Kostenentwicklung kommt. Insofern kommen wir in dieser Zusammensetzung um die politische Begleitung nicht herum. Und wir werden auch nicht irgendwas bis nach 2024 verschieben, damit sich die Neuen damit rumschlagen, sondern wir werden das auch mit Ihnen jetzt schrittweise vorangehen und werden es immer sicherlich auch noch gut kommunizieren.

Stadträtin Fenrich (AfD): Also, in der Bevölkerung ist es ja tatsächlich so, dass die Leute sich fragen, wo das eigentlich noch hinführen soll, die Verteuerung dieser Projekte, die insgesamt in der Stadt laufen. Deswegen jetzt auch mal meine Frage, wie sieht denn das aus mit Schadensersatz gegen den ersten Generalunternehmer? Denn so ganz ohne ist er ja nicht rausgekommen und Sie hatten auch mal angesprochen in einer der früheren Gemeinderatssitzungen, dass da eine Prüfung im Gang ist. Können Sie dazu hier heute im Haus was sagen?

Der Vorsitzende: Das ist kein Generalunternehmer, sondern ein Planungsbüro. Das ist an der Stelle noch mal ganz wichtig. Und ich würde das gerne in den Fachausschuss schieben, dass wir Ihnen einfach da aktuell berichten. Aber das wird uns, soviel will ich sagen, sicher noch Jahre beschäftigen, hier mit entsprechenden Anforderungen und sicherlich auch der einen oder anderen juristischen Auseinandersetzung hier noch genau das einzufordern. Wobei das die verschiedenen Seiten natürlich unterschiedlich sehen, das ist, glaube ich, aber auch anzunehmen.

Dann kommen wir jetzt in die Abstimmung über unsere Vorlage, die wir Ihnen ja unter Top 13 auf der Tagesordnung präsentiert haben. Und damit bestätigen Sie auch noch mal die Veränderungen, die wir in der Veränderungsliste vorgenommen haben, die etwas mit diesen Kostenblöcken zu tun haben. Und da bitte ich Sie um Ihr Votum. - **Das ist eine große Zustimmung.**

Dafür danke ich Ihnen ganz, ganz ausdrücklich. Ich weiß ja, welche Diskussionen das zum Teil in den Fraktionen auch ausgelöst hat, auch, dass hier am Ende niemand letztlich alleine dafür verantwortlich gemacht wurde. Sie wissen, es war ein großes Projekt im Rahmen eines IQ-Prozesses. Also, herzlichen Dank auch für das Vertrauen in die neuen Planer, die da am Werk sind. Ich glaube, der hat sehr überzeugt. Und wir sind eigentlich überzeugt, dass das mit diesem Projekt jetzt ein gutes Ende findet und die weiteren Zwischenschritte werden wir mit Ihnen immer besprechen.

Ich würde jetzt die Sitzung unterbrechen. Wir sind vor dem Teil Finanzen. Da wollte sich die Verwaltung sowieso noch mal zurückziehen. Bitte kommen Sie doch schon 13.50 Uhr hier in den Raum wieder zurück, damit wir pünktlich um 14 Uhr anfangen können. Das wäre, glaube ich, für alle Beteiligten sehr gut. Jetzt wünsche ich Ihnen eine gute Mittagspause, guten Appetit und freue mich auf die Fortsetzung der Sitzung. Vielen Dank.

(Unterbrechung der Sitzung von 12:50 Uhr bis 13:57 Uhr)

Wir hatten zwar gesagt, um 13:50 Uhr gehen Sie langsam an die Plätze und um 14 Uhr starten wir. Jetzt sitzen Sie aber alle so brav da, dass wir eigentlich vielleicht trotzdem schon mal weitermachen können. Herzlichen Dank, dass das dann doch so funktioniert.

Eine Information, bevor wir jetzt in den Teilhaushalt 2000 Finanzen einsteigen ist noch mal das, was Sie bisher an Veränderungen im Haushalt vorgenommen haben durch Ihre Beschlüsse.

Wir kommen insgesamt auf einen Betrag von 4,4 Millionen für 2022 und 3,6 Millionen für 2023. Wichtig ist, denke ich, auch noch mal, dass in den Ergebnishaushalt und in Investitionshaushalt zu unterteilen, das sehen Sie jeweils an den ersten blauen Pfeilen, die hier auch auf die blauen Balken hinweisen. Beim Investitionshaushalt sind doch ein Teil der Maßnahmen auch Mittel, die Sie aus den Jahren des anschließenden Doppelhaushaltes noch vorgezogen haben, die wir dann eben auch entsprechend in den anschließenden Haushaltsjahren wieder reduzieren können. Beim Ergebnishaushalt spielen vor allem natürlich auch die Stellenschaffungen eine gewisse Rolle. Da haben wir neun Stellen im ersten Jahr, wenn ich es richtig weiß und da kommen im zweiten Jahr noch mal drei dazu, wobei die ersten neun ja auch im zweiten Jahr bezahlt werden müssen. Also von daher sind es dann eben noch ein paar mehr. Das als Ergebnis.

Wir haben uns jetzt noch mal intensiv beraten innerhalb der Dezernate und wir sind der Meinung, dass wir jetzt im Moment Ihnen zu dem Teilhaushalt Finanzen gegenüber dem, was auf dem Tisch liegt, keine Veränderungen vorschlagen müssen, weil wir der Meinung sind, wenn es in diesem Rahmen bleibt, dann können wir das auch gegenüber dem Regierungspräsidium noch gut argumentieren. Sodass wir jetzt nicht noch mit weiteren Maßnahmen über den Finanzhaushalt von Ihnen sozusagen Veränderungen abfordern müssen, sondern die Veränderungsliste ist das, was jetzt eben gilt und was wir jetzt auch zur Grundlage dessen machen, was wir jetzt im **Teilhaushalt 2000** dann entsprechend noch debattieren.

Wenn wir den Teilhaushalt durchhaben und wir ja dann von Ihnen den Auftrag brauchen auf der Grundlage dieses Gesamtergebnisses einen Satzungsbeschluss für nächsten Dienstag vorzubereiten, dann würde ich die Sitzung noch mal gerne unterbrechen und Sie einfach bitten wollen, noch mal in Ihren Fraktionen sich gegebenenfalls zusammen zu tun. Ich würde dann gerne auch mit der einzelnen Fraktion noch mal kurze Gespräche führen, weil es mir schon sehr wichtig ist, dass wir am Ende als Gesamtverantwortliche für die Stadt Karlsruhe mit einem Haushaltsentwurf ans Regierungspräsidium herantreten und nicht den Eindruck erwecken, dass wir hier in einem sehr diversen Sammelsurium an Meinungen und Einschätzungen am Ende nur zu knappen Mehrheiten kommen. Und von daher haben Sie bitte Verständnis, dass wir dann diesen Weg gehen. Ich glaube aber, dass das auch in Anbetracht der Zeit, die wir jetzt schon hier gewonnen haben, ausreichend ist, und wir trotzdem heute dann noch früher fertig werden.

Aber ein paar Dinge stehen jetzt doch noch zur Entscheidung an und deswegen bitte ich Sie, in Ihrem großen Haushaltspaket auf die Seite 112 zurückzublättern, da steigen wir in den Bereich Finanzen ein.

Antrag 14 (Seite 112): Jährliche Einsparung um fünf Prozent bei den Personalkosten der Leitungsebene in städtischen Gesellschaften (DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Die Antwort der Verwaltung kann ich zum Teil nachvollziehen, wenn man jetzt direkt nur auf die fünf Prozent eingeht. Prinzipiell bleibe ich trotzdem der Meinung, dass wir uns das für den nächsten Doppelhaushalt schon überlegen müssen, nicht nur bei den Gesellschaften, sondern natürlich auch bei der eigenen Verwaltung. Wenn heutzutage ein Unternehmen eine Beratungsfirma holt, dann ist das Erste, was man macht, nicht nur auf der untersten Ebene die Personalkosten zu diskutieren, was ja hier auch sehr oft passiert, sondern auch zu schauen, in welchen Formen man Führungshierarchien braucht, z. B. gibt es Möglichkeiten, die Organisation zu verschlanken. Und ich glaube, gerade bei den städtischen Gesellschaften könnte man - bei gewissen Lohnkosten von den Zahlen, die wir sehen - in der Zukunft darüber diskutieren städtische Gesellschaften zusammenzuschließen oder andere Formen zu wählen, wie man Hierarchiestufen mittelfristig kleiner macht, um somit auch dort in Leitungsebenen Personalkosten einzusparen.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Wir halten den Ansatz, pauschal fünf Prozent quasi an Personalkosten auf Leitungsebene einzusparen, für nicht sinnvoll. Wir glauben eben, dass solches pauschale Sparen bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern insgesamt nicht sinnvoll ist und eben auch nicht auf der Leitungsebene. Und vor allem, da teilen wir die Einschätzung der Verwaltung, ist es wichtig, in einem Wettbewerb guten Köpfen eben auch gute Angebote machen zu können. Wir brauchen eben genau diese guten Führungskräfte auch in den städtischen Gesellschaften, in städtischen Ämtern, um die Stadt gut zu führen. Und um damit dann auch all das, was wir uns vorgenommen haben, auch für die Zukunft gut umsetzen zu können.

Stadträtin Melchien (SPD): Für die SPD-Fraktion möchte ich klarstellen, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das heißt, sowohl die Beschäftigten der Stadt als auch die der städtischen Gesellschaften, sich auf die SPD-Fraktion verlassen können. Mit uns wird es sicherlich kein, hier im Antrag zumindest in der Begründung, suggeriertes Aussetzen von Tarifsteigerungen geben. Genauso halten wir uns aber auch an die Vereinbarungen mit den Geschäftsführer*innen. Wir sind dankbar, dass die Stadtverwaltung das in Ihrer Stellungnahme auch klarstellt.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Wir Freien Wähler für Karlsruhe lehnen den Antrag ebenfalls ab. Es gibt vertragliche Vereinbarungen mit den Geschäftsführern, die erbringen die Leistung, die vertraglich vereinbart ist und wir sehen hier keine Möglichkeit, die Gehälter zu kürzen.

Der Vorsitzende: Dann kommen wir in die Abstimmung und ich bitte um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass die Aufsichtsräte oder auch Verwaltungsräte ja sehr wohl Bescheid wissen über die Verträge, die mit den entsprechenden Vorständen abgeschlossen werden. Und je nach Höhe der Besoldung auch informiert werden über Vertragsinhalte, die die nächsten Führungsebenen betreffen. Wenn es da also noch Diskussionsbedarf gäbe, denn der Antrag suggeriert ja ein bisschen, dass wir hier im Grunde über unsere Verhältnisse leben, dann würde ich bitten, dass wir das in den entsprechenden Gesellschaften thematisieren. Da gehört es meines Erachtens hin, und zwar vor allem dann, wenn dort neue Verträge abgeschlossen werden. Denn, wenn der Vertrag erst mal steht, dann steht er. Das ist hier wie anderswo.

Antrag 15 (Seite 112): Einsparungen bei den Beteiligungsgesellschaften der Stadt Karlsruhe (FW|FÜR)

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Es geht um Einsparungen bei den Beteiligungsgesellschaften, und zwar geht es nicht darum, dass wir hier denken, dass irgendwie von den Kapitalreserven, die dort liegen könnten, was wegezogen wird, denn das müssen wir ja später wieder ausgleichen als Stadt. Das ist bloß ein Kreislaufspiel, was wir machen. Um das geht es uns nicht. Es könnte zum Beispiel, was Herr Bimmerle angesprochen hat, durchaus eine Möglichkeit sein, Hierarchieverkürzung, weniger Hierarchiestufen, Strukturwandlungen in den einzelnen Kapitalgesellschaften zu erarbeiten. Es könnte auch einfach ein Umgruppieren von Prozessen sein. Dass es einfach eine generelle Untersuchung ist unserer Gesellschaften und dass darin sehr wohl Geld noch freiliegt. Deswegen glauben wir, dass es genau angeguckt werden muss und dass die Gesellschaften zukunftsfähig aufgestellt werden müssen. Wir glauben, da ist Potenzial drin und da bitten wir um diese Untersuchung und die Möglichkeiten auszutarieren.

Der Vorsitzende: Wir würden Ihnen zusagen, dass wir das alles kritisch bewerten. Möchte da aber auch noch mal verweisen, dass Sie das in den einzelnen Gesellschaften herbeiführen können, wenn Sie sich etwa die Personalentwicklung bei den Stadtwerken anschauen, werden Sie feststellen, dass dort schon zum Beispiel viel passiert ist, was wir in der eigentlichen Stadtverwaltung noch vor uns haben. Und ich könnte jetzt auch von dem Millionen-Einsparungsprogramm der Verkehrsbetriebe, erste Runde, vor einigen Jahren erzählen. Wir nehmen das auf, aber bitte diskutieren Sie es auch in den einzelnen Gesellschaften und manches ist an der Stelle endlich.

Dann komme ich zur **Seite 115** und möchte einfach bekanntgeben, dass wir über die Veränderungsliste die Bürgerschaftsgebühren erhöht haben. Dass wir ebenfalls auf der Seite 115 über die Veränderungsliste Einsparungen bei den Gesellschaften eingearbeitet haben. Sie kennen das aus dem 10-Punkte-Programm.

Antrag 16 (Seite 116): Erhöhung der Mittel für den Sanierungsfonds Städtisches Klinikum Karlsruhe GmbH (GRÜNE)

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Über dieses Thema kann ich angesichts der jetzigen Situation in allen Kliniken und eben auch im städtischen Klinikum nicht rein sachlich und cool sprechen. Ich halte hier eine gewisse Leidenschaft, und wir halten sie für angebracht. Für uns GRÜNE hat das Klinikum als kommunales Krankenhaus eine große Bedeutung. Gerade jetzt in der Pandemie zeigt sich, wie wichtig es ist, dass wir als Kommune eng mit dem Klinikum zusammenarbeiten können. Vielen Dank an die Beschäftigten und auch an die Geschäftsleitung, die momentan wegen der Corona-Zahlen immer mehr an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit geraten. Hier geht es um die Gesundheit unserer Bürger*innen, damit um ein Kernthema der kommunalen Daseinsfürsorge und auch um ein Kernthema der Verantwortung im sozialen Bereich. Das ist soziale Politik. Denn Gesundheit ist eine soziale Aufgabe, wenn es nicht um Schönheits-OPs geht. Die Stadt hat die geplanten 1,5 Millionen für akut notwendige Sanierungen im Altbaubereich wegen des Sparhaushalts gestrichen. Wir wollen wenigstens 500.000 Euro, um zum Beispiel dringend benötigte neue Fenster einzubauen. Das Klinikum braucht die Stadt unter anderem, weil die Bereiche Notfallmedizin, Kinderheilkunde, Geburtshilfe und vor allem die Versorgung Corona-Kranker nach dem jetzigen System krasse Minusgeschäfte sind. Die Ampel hat immerhin versprochen, hier die Vergütung realistisch zu machen. Aber das kommt ja hoffentlich dann bald auch.

Wer ökonomisch denkt, saniert da, wo das Verschieben weitaus teurer wäre und die höheren Kosten müsste dann die Stadt bezahlen. Das ist widersinnig. Und wer jetzt dem Klinikum Unterstützung verweigert, der hat kein bisschen verstanden, wie die Situation im Klinikum und in allen Krankenhäusern gerade ist. Was wäre das für ein Signal, beim Klinikum jetzt 1,5 Millionen zu sparen vollständig, das ist kein grüner Weg. Und ich wette, Karl Lauterbach wäre auf unserer Seite. Geben Sie den Beschäftigten der Geschäftsführung des Klinikums das Signal, dass wir gerade jetzt hinter ihnen stehen. Denken Sie wirtschaftlich, sodass, bevor höhere Kosten entstehen, saniert werden kann. Wir würden uns über Ihre Zustimmung freuen.

Und zum nächsten Antrag will ich auch gleich noch was sagen, dem der LINKEN. Dem nächsten Antrag der LINKEN stimmen wir nicht zu. Die Ampel hat versprochen, den Beschäftigten im Gesundheitswesen wieder eine Zulage zu gewähren. Und wir sind der Meinung, dass dringende Sanierungen auch den Beschäftigten durchaus zugutekommen. Pfleger*innen stöhnen außerdem nicht in erster Linie über niedrige Gehälter, sondern über Stress und Arbeitsbedingungen und die haben auch mit den baulichen Voraussetzungen einiges zu tun.

Stadträtin Uysal (SPD): Grundsätzlich, liebe Verena, hast du natürlich recht, dass wir unser Krankenhaus hier vor Ort unterstützen müssen. Wir wissen, dass bundesweit die finanzielle Situation der Krankenhäuser aufgrund schwieriger Rahmenbedingungen etwas angespannt ist. Auch hier bei uns ist es angespannt. Wir haben ja das Haus M in Betrieb genommen mit der Hoffnung, dass wir hier etwas Positives bewegen können. Allerdings ist es natürlich nicht zu verbergen, dass wir noch den Altbestand haben, den wir dringendst auch sanieren müssen, auch dort etwas investieren müssen. Angesetzt war ja, dass das Städtische Klinikum nichts bekommen soll. Aufgrund der Verhandlungen mit dem Städtischen Klinikum, mit dem Personal, hat man sich darauf geeinigt, dass in diesem Haushalt 2,0 Millionen Euro doch noch entgegengenommen würden, um gewissen Sanierungsstau abbauen zu können. Deshalb werden wir heute leider den Antrag nicht unterstützen können. Und außer meiner Wenigkeit, wird meine Partei diesen Antrag ablehnen.

Dann zu den Zulagen für die Mitarbeiter, grundsätzlich haben ja die linken Kollegen recht, dass man das Arbeiten mit und für Menschen dringend aufwerten muss, um auch künftig noch ausreichend viele junge Menschen gewinnen zu können. Wir brauchen dringend hier spürbare Veränderungen und Verbesserungen. Das kostet natürlich viel Geld, außer Frage. Allerdings sehen wir die Zuständigkeit beim Land und Bund, deshalb werden wir auch heute diesem Antrag nicht zustimmen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich würde mich für die AfD meiner Vorrednerin anschließen. Das Problem ist, dass wir es hier mit bundes- und landesweiten Versäumnissen zu tun haben, die wir uns einfach nicht leisten können, sie auszugleichen, auch wenn wir es gerne machen würden. In unserer jetzigen Haushaltslage können wir als Stadt da nicht einspringen. Es ist ja so, dass durch die Bundesregeln, durch die Regeln, dass die Intensivbetten zu 75 Prozent ausgelastet werden müssen, wir tatsächlich in Deutschland während der Pandemie Intensivbetten abgebaut haben und in vielen anderen Bereichen werden die Krankenhäuser völlig alleine gelassen, unter anderem auch durch die Landesregeln, über die wir schon oft gesprochen haben, die einfach ein kommunales Klinikum, wie unseres benachteiligen. Das sind also Hausaufgaben für die Bundes- und für die Landesregierung und wir können diese Aufgabe hier leider nicht schultern.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Ich werde mich jetzt auch gleich auf den Antrag der LINKEN,

Ordnungsziffer 17 mit beziehen. Wir sehen einerseits die Stellungnahme zum Antrag der GRÜNEN von der Stadtverwaltung als so in Ordnung an. Vor allem vor dem Hintergrund, da es mir wirklich lieber wäre, wir würden das Geld in die Beschäftigten investieren, weil, wir haben im Laufe der Pandemie immer wieder gehört, es fehlt das Personal, es fehlt nicht an Betten, es fehlt nicht an der Ausstattung, es fehlt am Personal. Und wir haben hier in Karlsruhe die Situation, hohe Lebenshaltungskosten, hohe Mieten und deshalb ist unser Antrag zustande gekommen, nämlich um eine kommunale Zulage für die Beschäftigten am Klinikum zu erreichen und dazu muss die Stadt nach bestimmten, jetzt sage ich mal, Voraussetzungen her, einmal in Vorlage treten, um diese Zulage erteilen zu können. Und es gibt eine schiedsgerichtliche Entscheidung am Beispiel des Robert-Bosch-Krankenhauses in Stuttgart, die besagt, dass es möglich ist, jetzt muss ich es zitieren, weil es ist ein bisschen schwierig. Es gibt eine sogenannte Stufenvorweggewährung nach dem Tarifvertrag. Die Krankenkassen haben sich zuerst dem verweigert, haben dann aber aufgrund des Schiedsstellenspruchs erklärt gekriegt, dass es eben im Ballungsraum Stuttgart durchaus wegen der angespannten Wohnungsmarktlage zulässig ist, eine solche außertarifliche Zulage zu gewährleisten und dafür dann die Kassen im Rahmen des Pflegebudgets aufkommen müssen. Und das ist meine Forderung an die Stadt. Einmalig in Vorlage zu treten, um den Klinikbeschäftigten über notfalls auch solche juristischen Schritte diese Zulage zu kommen zu lassen, damit wir in Karlsruhe dieses Fachkräfteproblem lösen können.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Wir werden in Karlsruhe das grundsätzliche Problem, das, wie mehrfach schon angedeutet, an anderer Stelle gelegen ist, für ein Krankenhaus der Maximalversorgung nicht lösen können. Wir werden auch nicht den Notstand oder die Missstände im Zusammenhang mit der Entlohnung der Bediensteten dort lösen können. Das kann keine Karlsruher Maßnahme sein. Wir würden uns noch mehr überheben, als wir uns jetzt schon überheben müssen. Und das bitte ich die Grünen, mitzunehmen. Sie haben hier alle Möglichkeiten, endlich dafür zu sorgen, dass unser Krankenhaus der Maximalversorgung mindestens auf eine gleiche Ebene gestellt wird wie jetzt beispielsweise das Klinikum in Mannheim, das ja nun zur Universitätsklinik hochgestuft wird. Wir brauchen diese Ausstattung, weil wir mindestens das Gleiche auch leisten. Von daher will ich auf den Hauptpunkt des GRÜNEN-Antrags jetzt zurückkommen. Es geht hier um einen Zuschuss oder es geht hier um Unterhaltungszuschüsse, deshalb würde ich mit aller Leidenschaft, Frau Kollegin, bei dem Thema bleiben. Und Sie wollen hier 500.000 Euro mehr einstellen, obwohl die Summe dessen, was wir angesetzt haben, abgestimmt ist mit der Geschäftsleitung, deshalb überhaupt kein Verständnis für dieses Anliegen. Und ich bin auch persönlich überzeugt als Mitglied des Aufsichtsrates, dass auch mit der Summe, die jetzt noch verbleibt, eine geordnete Entwicklung, was Brandschutz angeht, möglich ist und Dächer sind übrigens keine undicht, wie das in Ihrem Antrag genannt wird.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Noch ein paar Ergänzungen, die 2 Millionen Euro, da geht es um den Brandschutz, nicht um Investitionen. Das ist ein kommunales Krankenhaus. Wir sind für bestimmte Bereiche zuständig, dazu gehört die Altbausanierung. Und ich habe es jetzt nicht richtig verstanden, aber es regnet tatsächlich rein in ein Gebäude. Zu den Wohnkosten in Stuttgart: In Stuttgart sind die Wohnkosten halt schon noch mal deutlich höher. Aber ich finde es auch richtig, dass wir da was unternehmen.

Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz: Sehr geehrte Frau Anlauf, Sie haben mit Ihrem Wortbeitrag so ein bisschen den Eindruck vermittelt, auf jeden Fall ist es bei mir so angekommen, dass die Stadt zu wenig Geld für das Klinikum zur Verfügung stellt und dem möchte ich ausdrücklich widersprechen. Weil wir im investiven Haushalt für das Klinikum in 2022 17,1 Millionen Euro

und in 2023 12,3 Millionen Euro zur Verfügung gestellt haben. Und jetzt reden wir ja über den Ergebnishaushalt hinsichtlich der Unterhaltungsmaßnahme, dieser Betrag ist in Verhandlungen auf der Geschäftsführungsebene zwischen Dezernat 4 und Dezernat 5 einvernehmlich vereinbart worden, dass diese 2 Millionen ausreichen, um alle Maßnahmen umzusetzen, die erforderlich sind. Natürlich geht immer mehr, das ist logisch. Aber es ist nicht so, dass dadurch irgendeine Rechtsverpflichtung eintritt.

Der Vorsitzende: Ich möchte auch noch mal unterstreichen, dass die Darstellung der Probleme des Klinikums, die jetzt in verschiedenen Wortbeiträgen deutlich geworden ist, ja auch bei uns bekannt ist. Und dass wir das weitestgehend teilen. Jetzt aber die Zustimmung zu 500.000 Euro ja oder nein als Maßstab dafür zu werten, ob wir die Arbeitsbedingungen und die enorme Belastung der Corona-Pandemie und das ungerechte Krankenhausfinanzierungssystem und die Bundes- und die Landespolitik ernst nehmen oder nicht ernst nehmen, das finde ich, passt nicht so ganz, ehrlich gesagt, in die Kultur, die wir auch gemeinsam gegenüber dem Klinikum die ganze Zeit hier vertreten haben, obwohl es für uns sehr, sehr aufwendig und sehr, sehr teuer ist. Und wenn die Aussage stimmt, dass die finanziellen Ausstattung ausreichen, um die nächsten Sanierungsschritte, inklusive des Brandschutzes, zu gewährleisten, dann gibt es an dieser Stelle auch kein Defizit, unter dem jetzt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch die Versagung dieser Mittel leiden.

Frau Stadträtin Binder, ich finde das sehr spannend, was Sie dargestellt haben über diese Schiedsstelle in Stuttgart. Dann ist es aber eine tarifvertragliche Einigung. Und dann muss es über die Geschäftsführung letztlich herbeigeführt und auch umgesetzt werden. Und die müssen sich das Geld von den Krankenkassen zurückholen. Wenn sie jetzt von einer Art Vorlage durch die Stadt Karlsruhe reden, so nach dem Motto, wir schütten eine Prämie aus und verrechnen das anschließend mit dem wieder, was den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern tarifvertraglich zusteht, geht das schon vom rechtlichen Prozess her gar nicht. Weil, ich kann ja dann den Mitarbeitern die Hochstufung, die durch die Krankenkassen bezahlt wird, nicht verweigern, weil ich sage, ich habe euch dafür aber vor einem halben Jahr als Kommune schon eine Prämie ausgezahlt. Also das, glaube ich, funktioniert nicht. Deswegen wäre ich sehr dankbar für diesen Hinweis, den wir dann auch gerne mal bei der Geschäftsführung noch mal abfragen. Aber ich kann an der Stelle auch nur darauf verweisen, die Ampel hat hier was angekündigt, das muss generell auch für alle Krankenhäuser gelöst werden. Und wir können es hier nicht im Alleingang an der Stelle heilen. Und unser Problem im Moment ist, glaube ich, auch weniger, dass wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht versuchen, die bestmöglichen Arbeitsbedingungen und auch eine gute Bezahlung zu garantieren, sondern dass es schlichtweg auf dem Markt zu wenige gibt. Und wir darüber hinaus in einem Krankenhaus der Maximalversorgung natürlich wesentlich stressigere Arbeitsplätze anbieten, als wenn ich in anderen Bereichen als Pflegerin oder Pfleger tätig bin. Und das ist im Moment der, sagen wir mal, strategische Nachteil, den wir durch ein Haus der Maximalversorgung haben.

Ansonsten, Herr Dr. Schmidt, glaube ich, dass die Problematik gerade auch aktuelle unserer Klinik und der Kliniken insgesamt ein paar andere Aspekte kennt. Das diskutieren wir jetzt hier nicht aus. Und ich möchte neben dem Appell von Ihnen, Frau Anlauf, an die Ampel und wenn Sie mit der Einschätzung von Herrn Lauterbach recht haben, dann wird da ja manches gut geklärt, noch mal mit Ihnen auch hier unterstreichen, dass vor allem auch in der Landespolitik sich ganz erheblich was bewegen muss. Denn da liegen im Moment unsere größeren Probleme. Das sage ich hier ganz offen. Die Universitätskliniken kriegen oder haben gekriegt für die besondere

Belastung während Corona-Zeiten über 40 Millionen Euro Sonderzulage des Landes. Wir haben 5,5 Millionen Euro gekriegt. Wir haben etwa genau so viel Intensivbetten wie die großen Universitätskliniken. Und unsere Belegungsrate mit Corona-Intensivpatienten vor zwei Wochen war auf den Intensivstationen 30 Prozent und in der Uniklinik Heidelberg 13 Prozent. Und das ist eine Ungleichverteilung der Belastung durch Corona, die ist nicht hinnehmbar. Und das ist im Moment unser Hauptproblem. Da wird nicht mit ungleichem Maß jetzt gemessen, sondern es werden die aktuellen Finanzierungsstrategien umgesetzt. Aber wir müssen diese Finanzierungsstrategien ändern, damit unser Klinikum der Maximalversorgung in eine ähnliche Sicherheit kommt, wie es für die Universitätskliniken und andere Kliniken im Land eben auch gilt. Und das ist etwas, was dicke Bretter bohren bedeutet und da brauchen wir auch die Unterstützung aus der Kommunalpolitik, was vor allem auch die Regierungsfaktionen betrifft. Die sind zum Teil schon völlig abgenervt, wenn ich da mit meinem Klinikum Karlsruhe um die Ecke komme. Und das können wir alleine von unserer Bank hier nicht bewegen.

Dann kommen wir zu den beiden Anträgen. Ich rufe zunächst auf den **Antrag der GRÜNEN, Erhöhung der Mittel für den Sanierungsfonds Städtisches Klinikum** und bitte um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 17 (Seite 116): Einmalige Zulage für Beschäftigte am Städtischen Klinikum (DIE LINKE.)

Ich bitte auch hier um Ihr Votum. - Auch das ist eine **abschlägige Mehrheit**.

Welche Abstimmung meinen Sie Herr Hofmann? Da ging es um den Sanierungsfonds, da verweist Herr Hofmann darauf, dass er anders abstimmen wollte, als er abgestimmt hat.

Ich darf auf der Seite 117 darauf verweisen, dass wir den Betriebskostenzuschuss Eigenbetrieb Fußballstadion am Wildpark noch angepasst haben.

Antrag 18 (Seite 118): Gewinnabführung der VOLKSWOHNUNG (CDU, FW|FÜR)

Ich darf in dem Kontext in der Veränderungsliste darauf hinweisen, dass wir hier den Sparbeitrag und Steueraufwand jeweils auch eingepreist haben. Und damit sind wir aber beim Antrag.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Man kann es kurz machen, weil wir uns hier wiederholen, es ist aber genau der gleiche Fall. Wenn Sie in Ihrem Haushalt nach Positionen suchen, wo Gelder geparkt oder eben noch nicht abgerufen sind, so ist das auch bei der Volkswohnung in ähnlicher Weise. Es ist nicht zu verstehen, dass die Volkswohnung dort Gelder hortet, die sie es für ihr operatives Geschäft objektiv auf lange Sicht nicht benötigt. Kein Projekt, das vorgenommen ist, wird durch diese Kapitalunterlegung gesichert oder benötigt. Und deshalb bleiben wir bei unserem Antrag, der Haushalt muss sich hier besserstellen indem er die Töchter heranzieht.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Wir sehen diesen Vorschlag für nicht sinnvoll an. Die Volkswohnung nimmt eine wichtige Aufgabe in der Stadt und für die Stadtgesellschaft wahr. Sie ist eine, wenn nicht die wesentliche Akteurin auf dem Karlsruher Wohnungsmarkt, indem sie bezahlbaren und geförderten Wohnraum für Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt schafft und bereitstellt. Die angesprochenen Gewinnrücklagen der Volkswohnung liegen nicht bar in der Kasse, sondern sie sind genau in diese Wohnungen investiert. Dort sind auch diese Gewinne der Vergangenheit sehr gut investiert für unsere Bürgerinnen. Die Volkswohnung hofft auch in der Zukunft, jedes Jahr einen überschaubaren Gewinn zu machen, das ist auch sehr gut. Damit ist eine Steuerung des Unternehmens gut möglich. Überschaubar sind sie aber auch deswegen, weil sie als Unternehmen der Stadtgesellschaft mit einer sozialen Verpflichtung auftritt und nicht auf Gewinnmaximierung ausgerichtet ist. Diese Erträge werden gebraucht, um in der Zukunft die notwendigen Investitionen der Volkswohnung zu stemmen, die sie vorhat. Das ist über eine Milliarde an Investitionen, die die Volkswohnung stemmen muss. Dadurch wird auch die Eigenkapitalquote der Volkswohnung schon deutlich heruntergehen. Wenn jetzt jemand Ausschüttung will, erschwert er diesen sozialen Wohnungsbau in der Stadt. Das kann nicht richtig sein, das lehnen wir ab.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Die Volkswohnung ist ein Garant für uns in Karlsruhe, was den bezahlbaren Wohnraum angeht, und zwar jetzt schon fast seit hundert Jahren. Und eines der großen Erfolgskonzepte der Volkswohnung ist es, dass man auf wirtschaftlich sehr gesunden Beinen steht. Und hier so zu tun, als würde die Volkswohnung keinen Beitrag zur Konsolidierung des Karlsruher Haushalts zu leisten, ist auch nicht richtig. Sie wissen alle, dass die CT-Anteile, die insgesamt, glaube ich, 6,5 Millionen Euro Erlöse in den Haushalt schon geflossen sind und Sie wissen, dass, und Herr Oberbürgermeister hat es gerade noch mal gesagt, auch über die Veränderungsliste noch mal 750.000 Euro von der Volkswohnung beigetragen wird. Und wir finden, das ist absolut genug und lehnen alle weiteren Gewinnabschöpfungen ab.

Stadtrat Jooß (FDP): Wir wissen doch alle genau, was die Volkswohnung leistet, was die Volkswohnung wert ist. Und die sorgt für günstige Mieten, die sorgt für so viele Sachen, die investiert riesig und da können wir nicht noch Gewinnabführung machen. Wir sind da absolut dagegen, denn die Volkswohnung macht gute Sachen, die für die Stadt wichtig sind und die müssen wir aufrechterhalten. Und deswegen sind wir gegen die Gewinnabführung.

Stadtrat Schnell (AfD): Also es ist schon zu der Rolle der Volkswohnung und Dr. Cremer, Dr. Huber und auch von Herrn Jooß jetzt einiges gesagt worden. Und die Gewinne, die die machen,

damit machen die auch keine Champagner-Partys, sondern die brauchen die, um hier auch weiterhin bezahlbaren Wohnraum schaffen zu können und beziehungsweise den, den wir haben, erhalten zu können. Trotzdem sehen wir natürlich auch die finanzielle Situation der Stadt und darum mache ich jetzt hier so einen eingeschwungenen Rittberger mit 180-Grad-Drehung, wie wir ihn von anderen Parteien oft kennen und werden trotz unserer Bedenken der Gewinnanahme für diesen Haushalt ausnahmsweise dem Antrag zustimmen.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Unser Antrag geht ja in die gleiche Richtung, wir hatten bloß keine Summen benannt. Wir sind aus der Annahme herausgegangen, dass die Mittel, die in der Volkswohnung sind, ja nicht täglich oder monatlich beziehungsweise jährlich umgesetzt werden. Und ich möchte auch darauf hinweisen, dass auch die Stadtwerke Gewinnabführung machen. Und angesichts unserer Haushaltslage wäre dieser rechnerische Umgang, weil, sie kriegen ja das Geld wieder bei Projekten, durchaus sinnvoll. Und deshalb werden wir auch den Antrag der CDU unterstützen.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Sehr geehrter Herr Pfannkuch, ich kann mich an Reden noch vor einem halben Jahr erinnern, da waren Sie sehr voller Stolz, dass wir eben keine Gewinnabschöpfung von der Volkswohnung machen. Und ich halte das auch für gefährlich, weil ich denke, wir müssen einfach gucken, dass keine Anreize irgendwie entstehen, Mieten zu steigern, um irgendwie unseren Haushalt quer zu subventionieren. Und wenn dann da eher Reste übrigbleiben, dann sollte man sich über Miethöhen unterhalten und über nichts anderes.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, wir kommen damit zur Abarbeitung. Ich möchte noch mal darauf hinweisen, Herr Stadtrat Dr. Huber hat es auch schon erwähnt, dass ja in der Veränderungsliste jetzt doch ein Beitrag zur Stabilisierung des städtischen Haushaltes von 738.000 Euro von der Volkswohnung eingepreist ist. Das müssen Sie nicht separat entscheiden, sondern das ist quasi in der Veränderungsliste ja schon damit Teil des Haushaltsentwurfes.

Jetzt gehen wir erst mal in den weiterführenden Antrag. Der weiterführende Antrag ist der **Antrag der CDU**. Und den stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. - Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt kommt der Antrag der **FW|FÜR**, da hatten wir zugesagt, das in der Strukturkommission noch mal aufzurufen und hätten jetzt die 738.000 Euro. Allerdings nicht aus der Gewinnrücklage, sondern die Volkswohnung muss sehen, wie sie das auf die Reihe kriegt.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Herr Oberbürgermeister, **eine Abstimmung angesichts der eben gezeigten Tendenz ist nicht notwendig**. Und wir halten uns an Ihre Zusage.

Der Vorsitzende: Alles klar, vielen Dank.

In der Veränderungsliste auf der Seite 118 findet sich eine Erhöhung der Konzessionsabgabe der Stadtwerke. Ich denke, das entspricht den Vereinbarungen, die es da mit den Stadtwerken gibt.

Antrag 19 (Seite 119): Flächendeckendes Nightliner-Angebot (KAL/Die PARTEI)

Kann gleich abgestimmt werden, ich bitte damit um Ihr Votum. - Das ist **eine Ablehnung**.

Über die Veränderungsliste ist auf der Seite 120 der Sparbeitrag der Verlustabdeckung der KVV enthalten. Das ist immer noch diese entsprechende Runde, die jetzt auf alle runtergebrochen worden ist.

Antrag 20 (Seite 121): Finanzierung des Eigenanteils von Klimaprojekten der KEK (AfD)

Stadtrat Schnell (AfD): Also die KEK kriegt ja, wie die Antwort der Stadtverwaltung zeigt, ja schon reichlich öffentliche Mittel und die reichen immer noch nicht, um alles, was die gerne machen würden, zu finanzieren. Und da kann ich nur ganz einfach sagen, dann sollen sie da ein bisschen weniger machen, dann reicht das Geld, das sie schon kriegen.

Der Vorsitzende: Weitere Wortmeldungen habe ich jetzt nicht. Dann bitte ich um Ihr Votum zu diesem Antrag. - **Das ist eine Ablehnung.**

Antrag 21 (Seite 123): Defizitausgleich im Bereich der KVVH-Holding (AfD)

Stadtrat Schnell (AfD): Erst mal zur Korrektur, also das sind nicht 52,8 Millionen Euro, sondern es geht nur darum, den Defizitausgleich im Jahr 2022 nicht zu machen. Also das sind dann nur die 20 Millionen, nicht aber die 30 Millionen für das Jahr 2023. Grund ist ganz einfach folgender, wir verfrühstücken hier Rücklagen unter anderem der Verkehrsbetriebe insgesamt der KVVH. Und das können wir eigentlich genau einmal machen. Jetzt fragen Sie sich vielleicht sind wir dann für 2023 dafür, dass wir dann trotzdem das entnehmen. Das ist ganz einfach, wenn die Verkehrsbetriebe darauf verzichten, hier Elektrobusse anzuschaffen und stattdessen Erdgasbusse anschaffen, dann spart das für die gesamte Flotte insgesamt knapp 30 Millionen und damit hätten die das Geld locker wieder drin. Deshalb können wir 2023 das Geld entnehmen, aber für 2022 bitte nicht.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine Wortbeiträge, dann kommen wir zur Abstimmung und ich bitte um Ihr Votum. - Das ist eine **Ablehnung.**

Antrag 22 (Seite 123): Erlass der Energierückstandszahlungen der Stadtwerke Karlsruhe bei Privatkunden, sowie Kleingewerben und Soloselbstständigen (DIE LINKE.)

Da sehe ich jetzt keine Wortmeldung. Dann können wir direkt in die Abstimmung gehen und ich bitte um Ihr Votum. - Das ist eine **Ablehnung.**

Antrag 23 (Seite 123): Indoor Meeting (AfD)

Da sehe ich jetzt keine Wortmeldung. Dann können wir gleich in die Abstimmung gehen und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist **Ablehnung.**

Frau Fenrich? Sie wollten sich enthalten. Also wir münzen ein Nein oder ein Ja in eine Enthaltung um? Ach so, da unten steht es ja, ein Nein in eine Enthaltung. Okay, das kriegen wir hin. Also 37:1:1.

Antrag 24 (Seite 123): Umstellung der Eiszeit auf eine synthetische Eislauffläche nach Prüfung (FW|FÜR)

Das ist ein Prüfungsauftrag.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Wenn ich die Antwort der Verwaltung lese, würde ich es sofort ablehnen, was unser Antrag begehrt. Aber ich meine, diese Antwort ist nicht auf der Höhe der Zeit. Deswegen, Sie wissen es vielleicht nicht, aber in Reutlingen gibt es eine Eishalle, die mit synthetischem Eis ist, in Kamen wird gerade von der GRÜNEN-Fraktion eine synthetische Eisfläche beantragt. Wir haben in Schwachbach, in Breisach, überall schon synthetische Eisflächen. SWR hat gerade einen Bericht gebracht und eine Eiskunstläuferin sollte eine Eisfläche testen und ihr Fazit war, es fährt sich die ersten drei Minuten nicht so gut wie auf normaler Eisfläche. Aber wenn die Temperatur vom Schlittschuh erreicht ist, dann fährt das ganz normal. Und es gibt sogar eine Regionalligamannschaft von Neuss, die testen gerade genau die synthetischen Eisflächen anstatt Eis. Der Vorteil ist, es ist CO₂-neutral in der Herstellung, ist recycelbar. Es gibt eigentlich nur Vorteile, es ist nicht, wie in der Vorlage beantwortet wurde, mit 10 Jahren wieder auszutauschen, sondern nach 20 Jahren, 12 Garantie. Also die Vorlage gibt nicht das her, deswegen sagen wir, es braucht eine vertiefte fachliche Begutachtung, weil man eine Menge Strom sparen könnte. Es ist tatsächlich klimaneutral, es hat viele, viele Vorteile. Deswegen sollten wir das genauer angucken.

Der Vorsitzende: Mein Vorschlag wäre, dass wir es aus den Haushaltsberatungen jetzt rausnehmen und **in den Fachausschuss verweisen** beziehungsweise in den Aufsichtsrat. Müssen wir noch gucken, wo es passt. Und dort finden Sie das dann wieder. Okay, vielen Dank.

Ich darf noch hinweisen, den Erhaltungsaufwand KVVH haben wir über die Veränderungsliste für die Jahre 2024 und 2025 um jeweils 15 Millionen Euro aufgestockt. Aber 2026 bleibt es aber bei dem bisherigen Haushaltsansatz von 35 Millionen Euro, weil bis dahin unsere Haushaltssanierungsmaßnahmen halten oder greifen müssen. Nur, dass Sie das von der Systematik her verstehen.

Ebenfalls über die Veränderungsliste haben wir den Erhaltungsaufwand KVVH Sparbeitrag noch mal konkretisiert, was die Einsparvorgaben für die Beteiligungen betrifft. Wir haben ebenfalls die Verlustabdeckung KMK angepasst. Das hat ebenfalls was mit den Einsparvorgaben zu tun. Und wir haben den Schadensersatz Stadthalle und Vollversammlung des ökumenischen Rats der Kirchen hier eingepreist.

Wir kommen jetzt zu **TOP 5 - Aufgabenübertragung City-Marketing KME**, eine Vorlage aus der eigentlichen Tagesordnung der Gemeinderatssitzung. Und unabhängig von der Redezeit der Haushaltsberatungen zu betrachten. Damit ist aber auch eine Redezeit auf drei Minuten verkürzt, endlich komme ich hier zu meinem Recht. Und wir eröffnen die Debatte.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Vorab, wir sind mit der Vorlage einverstanden, es macht voll Sinn, das City-Marketing in die KME zu integrieren. Und wir haben ja auch in den Vorbereitungen unsere Zustimmung signalisiert. Wir GRÜNEN werden aber die Entwicklungen kritisch begleiten, weil, es geht ja doch um eine knappe Million Euro und Ziel sollte da schon sein, dass in ein paar Jahren sich die weiteren Akteure und Akteurinnen und Profiteure und Profiteurinnen in der Innenstadt auch finanziell beteiligen. Das ist auch in der Unterlage genannt, damit wir dann mittelfristig den städtischen Beitrag an die KME dafür auch reduzieren könnten. Das wäre unsere Vorstellung, mal schauen, wo es hingeht. Ich möchte die Chance Innenstadt nutzen für

ein paar Bemerkungen. Wir haben es heute schon wieder ein paar Mal gehabt, wenn wir endlich den motorisierten Verkehr in der Innenstadt ein bisschen reduzieren könnten, dann würde das die Aufenthaltsqualität immens steigern. Und wenn ich mich länger wo aufhalten möchte, dann konsumiere ich dort mehr und dann kaufe ich dort mehr. Und wir hatten auch das Beispiel heute schon, Kopenhagen oder auch Amsterdam, da wüsste ich nicht, wie diese Mobilitätskonzepte den Einzelhandel leiden lassen. Im Gegenteil, Studien beziehungsweise, wir würden ja sagen, Reallabore in anderen Städten zeigen, dass der Einzelhandel profitiert. In Madrid zum Beispiel 2019 hat ergeben, dass autofreie Einkaufsstraßen den Umsatz steigern lassen. Der Umsatz wuchs in den Städten ohne Autoverkehr. Schauen Sie sich diese Ergebnisse mal an, sehr geehrte Herren Kollegen neben mir da links, und dann lernen Sie vielleicht was dazu, was den Einzelhandel betrifft.

Der Vorsitzende: Ich hoffe, Sie haben es auch an die Kolleginnen gerichtet.

Stadtrat Hofmann (CDU): Es ist schon wieder verwunderlich oder immer interessant, wie man selbst bei so einer Aufgabenübertragung von City-Marketing auf eine autofreie Innenstadt immer wieder kommt. Ich glaube, das ist schon so eine Art Alptraum. Aber okay, wir leben ja gerne mit. Vielleicht aber noch mal eins, ich meine, Sie wissen immer alles, Sie wissen auch vieles besser wahrscheinlich, auch besser als wir, aber reden Sie doch mal mit dem Einzelhandel. Der Einzelhandel sagt zu uns, es soll keine autofreie Innenstadt geben.

Aber zurück zum Thema, ich denke, das Wichtigste ist gerade jetzt im Bereich, dass das City-Marketing auch gestärkt wird. Denn gerade jetzt in der Nach-Corona-Zeit oder in der Corona-Zeit, ich hoffe schon, dass es weg ist, sollte man vor allem auch versuchen, da einen Focus drauf zu legen. Und von daher ist es natürlich umso wichtiger, dass gerade mit der KME, so wie wir es auch immer geplant haben dort, auch ein guter Partner zur Verfügung steht. Und ich denke, da sind die entsprechenden Personen auch am Werk und werden dies auch tun. Nichtsdestotrotz muss ich der Kollegin Fahringer vollkommen recht geben, wir müssen trotzdem die Entwicklung weiter beobachten und ich habe das auch das letzte Mal schon gesagt, dass wir natürlich auch hier gerade mit dem Personalaufwuchs aufpassen müssen, wenn wir ständig neue Aufgaben vergeben, die in dem Fall wichtig sind natürlich, das ist ganz klar, habe ich eben gesagt. Aber sie erzeugen auch eben immer weitere Kosten. Und da muss man natürlich auch gucken, dass sich die entsprechenden Akteure daran beteiligen oder wir müssen gucken, wie wir die Aufgaben dann entsprechend anderweitig eben besetzen.

Stadträtin Uysal (SPD): Auch wir können diese Beschlussvorlage voll mittragen. Wichtig ist uns, dass vor allem die Expertise von KMM hier glaube ich ein Volltreffer ist, somit auch die Aufgabe des City-Marketings voll übernehmen kann. In diesem Zusammenhang ist es uns natürlich jetzt auch sehr wichtig, dass die Innenstadt zukünftig eher als Gesamtdestination überzeugen muss, denn ab dem 11. Dezember wird die Kombilösung in Betrieb genommen und dann ist natürlich die große Frage, wie wir wieder eine volle Anziehungskraft in der Stadtmitte haben. Und ich denke, da sind wir mit KME auf einem guten Weg. Und deshalb unterstützen wir diese Vorlage voll und ganz.

Stadtrat Hock (FDP): Meine Fraktion kann diesem Weg und der Vorlage der Stadtverwaltung ja gerne folgen, weil, wir sehen das natürlich als schon geboten an, in der Umstrukturierung, was alles auf die Stadt neu zukommt, muss man auch als KME dort auch mal die Führung gerne übernehmen. Und ich glaube, dass das auch ordentlich läuft. Aber ich habe ja auch schmunzeln

müssen wie der Kollege gerade eben, wie man jetzt bei dieser Geschichte von Aufgabenübertragung City-Marketing zur KME zum Fuhrpark kommt und zum Fahren. Also manchmal erschließt sich mir das nicht. Aber vielleicht werde ich auch noch dazulernen.

Stadträtin Fenrich (AfD): Auch wir stimmen zu, die Stadtmarketing GmbH ist ja in Auflösung begriffen und derzeit in Liquidation und wir können uns eigentlich nichts besseres vorstellen als KME dem Geschäftsführer, Martin Wacker, zu übertragen. Lassen Sie mich trotzdem einige kritische Anmerkungen hier erläutern, und zwar geht es um das Sponsoring. Das Sponsoring haben wir der Beschlussvorlage entnommen, ist bei 15 Prozent. Und ein Gutachten hat ergeben, 30 Prozent wäre eigentlich das Ziel. Und die Beschlussvorlage geht sogar weiter und sagt, ob die 15 Prozent gehalten werden können, auch wegen Corona, wird schwierig sein. Und da frage ich jetzt halt auch, wie soll ein privates Sponsoring denn stattfinden, wenn wir in die Innenstadt gehen, insbesondere mal in die Kaiserpassage. Wir sehen versperrte Türen, wir sehen verklebte Schaufenster. Es ist in der Tat im Moment nicht einladend. Und es ist eigentlich auch kein Anzeichen da, wie die Stadt da zu retten ist. Und deswegen wäre unser Appell als Fraktion jetzt vielleicht an die Stadtverwaltung, sich mal wirklich Gedanken zu machen, kreative Ideen zu entwickeln, wie wir den Fachhandel herholen. Wir brauchen nicht fünf Barber Shops, sechs Telefonläden, Dönerbuden und, wie heißt dieses in Fett Gebackene, Donuts, Danke. Wir brauchen nicht zwei Donuts auf einmal. Wir brauchen Fachgeschäfte, das ist eigentlich das Ziel. Und wenn ich dann lese, man kann nicht nur auf den Handel gehen, das war einmal, man muss Kultur, Wissenschaft, Bildung, Handwerk, Wohnen auch integrieren. Ja, das klingt erst mal ganz gut, aber können Sie sich vorstellen, dass ein Handwerk sich da irgendwo in der Innenstadt niederlässt und vielleicht mit dem Lastenfahrrad und seinem Kofferchen, der Spengler, zum Kunden fährt. Das sind Träume, das ist keine Realität. Und Wissenschaft, was für Wissenschaften sollen das sein, die da kommen, außer vielleicht Gender-Wissenschaften, die werden auch mit dem Lastenfahrrad kommen. Alles andere, denke ich, sind Träume. Von daher, liebe Stadtverwaltung, machen Sie sich intensiv Gedanken, kreative Ideen sind hier gefragt, wie man hier Fachgeschäfte anziehen kann, um die Innenstadt. Und für unsere Fraktion ist es so, da ist der Handel an erster Stelle, gute Fachgeschäfte, nicht 08/15-Ketten. Machen Sie sich bitte kreative Gedanken, dass unsere Innenstadt nicht stirbt.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Es erfüllt mich mit Freude und Stolz, dass wir so viele Handelsexperten hier in diesem Gremium haben, ich bin immer wieder überwältigt. Und liebe Frau Kollegin Fahringer, ich muss Ihnen sagen, der Handel und speziell ich, wir haben überhaupt kein Problem mit einer autofreien Innenstadt. Für uns ist es letztendlich wichtig, dass die Stadt erreichbar ist. Und in all diesen Städten, die Sie uns hier als Beispiel aufgezählt haben, ist es so, dass man mit dem Auto bequem ins Parkhaus fahren kann und auf einem kurzen Weg das Zentrum erreicht. Das nur mal zur Klarstellung. Wir stimmen der Vorlage selbstverständlich zu, für die Innenstadt ist es ganz wichtig, dass das City-Marketing in so ein kompetentes und auch innovatives Team übergeführt wird. Und ich habe so ein bisschen den Eindruck, dass die wenigstens von Ihnen wissen, was da gerade alles passiert. Es hat sich ein sehr großer Zusammenschluss gefunden von jungen Leuten, die auch viel auf eigene Kosten bewegen, die Karlsruher Köpfe haben ein ganz innovatives Marketingkonzept. Schauen Sie mal auf Insta, die drehen da ganz nette Videos und versuchen, die Innenstadt mit ihren eigenen Mitteln zu pushen. Und von daher möchte ich die Kritik jetzt auch hier an der Stelle mal zurückweisen. Uns allen ist bewusst, dass in der Innenstadt was passieren muss und wir alle arbeiten an kreativen Konzepten. Und auch noch mal an die Fraktion der LINKEN gerichtet, im Moment bin ich mit Martin Wacker im Gespräch über Fahrradtaxi für die Innenstadt, und zwar nicht nur als Transportmittel,

sondern eben auch Sightseeing Tour. Es sind überall Verknüpfungen vorhanden. Und daher werden wir der Vorlage zustimmen.

Der Vorsitzende. Leider habe ich nur drei Minuten Redezeit. Keine Angst, ich werde nicht mal die ausschöpfen, um auf Ihren Beitrag, Frau Stadträtin einzugehen, aber da treffen Sie wirklich bei mir einen Nerv bei meinem Korridorthema. Es gibt doch so was wie eine Informationspflicht, bevor man irgendwas daherredet. Und alles, was Sie hier daher geredet haben, zeigt, dass Sie von den ganzen Prozessen, die wir seit Jahren intensiv in der Innenstadt machen, aber auch so keinen blassen Schimmer haben, dass ich an der Stelle wirklich darum bitte, aber wenn Sie sich mit mir bei solchen Themen anlegen wollen, dann informieren Sie sich vorher. Ansonsten muss ich so deutliche Worte finden, weil, das kann so wirklich nun überhaupt nicht stehen bleiben. Und die Idee, ich könnte durch das Land fahren und irgendwelche Handwerker einsammeln mit dem Lasso, um sie in der Innenstadt anzusiedeln, ist so was von weltfremd. Wir tun aber alles andere, und Frau Lorenz wird das bestätigen, um hier mit Kreativität gegen Leerstand und vieles andere vorzugehen. Und wir arbeiten da schon viel, viel, viel länger dran als alle anderen Städte. Und von daher, man kann die Innenstadt durch solche, erst mal gut klingenden Beiträge, auch noch zusätzlich kaputt reden. Aber das entspricht nicht der Verantwortung, in der wir hier gemeinsam im Haus gebunden sind.

Stadträtin Fenrich (AfD): Herr Oberbürgermeister, da Sie sich so echauffiert haben über meinen Redebeitrag, muss ich jetzt doch was entgegnen. Das Handwerk, das ist ja in der Beschlussvorlage genannt, das ist ja eine Tatsache. Wenn sie ihre Betriebsstätte nicht erreichen können, dann ist das natürlich schwierig. Was ich vielleicht nicht gesagt habe, aber was ich jetzt gerne noch ergänzen möchte, ist einfach, man kann sich ja überlegen, wie man den Handel oder andere dazu bringt, sich in der Stadt niederzulassen. Vielleicht gibt es ja auch Anreize. Wir sprechen nachher über Gewerbesteuern. Wenn die Gewerbesteuern für den Handel zu teuer sind, dann geht der eben auf die grüne Wiese, auch das wäre zum Beispiel eine Idee. Das nur noch am Rande, das möchte ich ergänzt haben.

Der Vorsitzende: Also, ich sage jetzt nichts dazu. Ich verweise auf unsere sämtlichen Vorlagen und Konzepte, die es da schon gibt und die auf diese Fragen alle entsprechend Antworten parat haben.

Ich stelle unter TOP 5 die Aufgabenübertragung City-Marketing und KME hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. - Vielen Dank, eine **einstimmige Zustimmung**. Auch noch mal ein schöner Vertrauensbeweis für das, was geleistet wurde und in Zukunft auch noch geleistet wird.

Ebenfalls auf der Seite 123, ich möchte darauf hinweisen, in der Veränderungsliste haben wir die Betriebs- und Projektkostenzuschüsse für KME und KTG entsprechend angepasst der Konkretisierung der ursprünglich mal pauschalen Einsparvorgaben.

Und ich rufe **Tagesordnungspunkt 4, ÖPNV, Streckenaktivierung im Stadtgebiet Karlsruhe, Neureut, Mühlburg**. Ebenfalls außerhalb der eigentlichen Redezeiten im Rahmen der Haushaltsberatung und Vorberaten im Hauptausschuss.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Schon unter Schienenpapst Dieter Ludwig war diese Strecke immer wieder in der Diskussion, dass da doch auch dringend was gemacht werden müsste, um die Zahl der Fahrgäste so erhöhen zu können. Es wurde bisher immer zurückgestellt, weil die

Kombilösung eben vorging und man da erst mal weiter Ruhe haben wollte. Aber es stand immer in allen Plänen drin, dass das unbedingt noch gemacht werden muss. Und das ist jetzt eben auch was, wo wir nach der Kombilösung jetzt einsteigen können in neue Projekte, wo wir durch zusätzliche Trassen, zusätzliche Fahrgäste gewinnen können. Zum einen, weil zusätzliche Verbindungen zur Verfügung stehen, neue Haltestellen dazu kommen, zum anderen aber auch, weil insbesondere aus Neureut es jetzt deutlich schneller geht, wenn man in den Westen oder zum Hauptbahnhof will. Insofern ist das ein wahnsinnig gutes Projekt, was unbedingt umgesetzt werden muss, möglichst bald. Und in der Vorlage ist aufgeführt, dass wir eventuell auf einem Teil der Betriebskosten sitzenbleiben könnten, das glauben wir nun überhaupt nicht. Sondern das Land wird, behaupte ich zu hundert Prozent Sicherheit, diese Betriebskosten übernehmen, denn es ist angekündigt, dass das Land das machen wird. Sogar in den Ballungsräumen im 15-Minuten-Takt. Hier ist ja nur ein Halbstundentakt sogar geplant. Insofern sehen wir da keine Probleme. Aber selbst, wenn das Land es nicht machen würde und nur die Hälfte bezahlen würde, wäre es immer noch ein lohnendes Projekt. Wir sind ja in der Kategorie 1a nach dieser Untersuchung des Landes. Also hervorragende Wahrscheinlichkeit, dass wir da richtig auch Fahrgäste gewinnen. Alles wunderbar.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ob alles wunderbar ist, weiß ich noch nicht. Aber diese Verbindung macht auf jeden Fall Sinn, das haben wir auch immer gesagt, der Kollege Honné hat es mehrfach betont. Es ist schon seit Langem in der Pipeline. Und es ist vor allem auch für die Verbindung eben zwischen der Hardt und Karlsruhe ein ganz wichtiger und zusätzlicher Streckenabschnitt. Insbesondere natürlich aber auch für die Bürgerinnen und Bürger aus Neureut, die wirklich einen enormen Zeitgewinn durch diese neue Streckenverbindung haben. Und ich glaube auch, dass zumindest die Komplementärkosten entsprechend über das Land übernommen werden. Ansonsten, wie auch bei der Vorlage vorhin, denke ich, müssen wir aber auch hier insbesondere bei den Verkehrsbetrieben darauf achten, hier gerade in den nächsten Runden, wenn es in die Haushaltskonsolidierung geht, was hier noch machbar ist. Trotzdem, diese neue Strecke eben mit jetzt anzubieten, das macht Sinn, das ist mit Sicherheit auch ein weiterer Vorteil, um den ÖPNV noch attraktiver zu machen. Daher stimmen wir zu.

Stadträtin Moser (SPD): Die SPD-Fraktion hat mit großer Freude die Verwaltungsvorlage gelesen, geht sie doch auf einen Antrag bereits vor zwei Jahren der SPD-Ortschaftsratsfraktion und der Gemeinderatsfraktion zurück. Planung und Bau soll im Auftrag der Stadt von der AVG übernommen werden nach einer Machbarkeitsstudie und einer Potentialuntersuchung durch das Land und den Landkreis. Die Strecke jetzt erst mal Neureut, Mühlburg soll reaktiviert werden und natürlich soll auch in hoffentlich naher Zukunft Graben-Neudorf, Hochstetten und dann die ganze untere Hardt angebunden werden. Für Neureut bedeutet dies eine Verkürzung der Fahrtdauer zum Beispiel zum Hauptbahnhof von 30 auf 15 Minuten und es ist eine ganz große Attraktivitätssteigerung des ÖPNV für viele Fahrgäste und solche, die es hoffentlich in naher Zukunft werden würden. Dieses trägt dazu bei, dass weniger Autos und damit Verkehr in der Stadt unterwegs sind. Nach Aussage der AVG, ich habe es auch schon angedeutet, würde diese gerne das Karlsruher Modell des Nahverkehrs bis nach Graben-Neudorf erweitern, sodass die Reaktivierung der Strecke Neureut, Mühlburg Teil eines Gesamtkonzeptes wäre. Wir sind zuversichtlich, dass keine zusätzlichen Kosten auf die Stadt zukommen werden. Aber natürlich muss die Taktung auch stimmen, wenn es einmal in der Stunde passiert oder alle 30 Minuten, glaube ich, das führt nicht so sehr zum Ziel, das müsste alle 20 Minuten angedacht werden. Wir freuen uns, dass das hoffentlich in naher Zukunft umgesetzt wird und bedanken uns bei allen Beteiligten, die da zugange waren und sehen der Umsetzung positiv entgegen.

Stadtrat Hock (FDP): Was für ein tolles Projekt. Und da muss ich jetzt dem Kollegen Honné mal unter die Arme greifen, dieses Projekt findet auch die Zustimmung meiner Fraktion, weil es Sinn macht, diese Streckenreaktivierung von Neureut nach Mühlburg durchzuführen. Das wird wirklich dazu führen, dass viele vom Pkw umsteigen werden in den ÖPNV. Aber eines muss uns auch klar sein, Kollege Honné hat davon gesprochen, er ist sich am Anfang hundert Prozent sicher, dass es finanziert wird vom Land, danach hat er noch mal überlegt, war dann bei fünfzig Prozent. Also, wir würden uns auch freuen, wenn es hundert Prozent wären, Herr Oberbürgermeister. Aber Sie haben ja auch schon selbst gesagt, dass wir jetzt erst mal in Vorleistung treten müssen vonseiten der Stadt und natürlich auch versuchen, die Gelder wieder irgendwo her zu bekommen. Aber wenn wir jetzt mal mit dem Halbstundentakt anfangen, dann müssen wir natürlich irgendwann mal überlegen, ob wir da eine andere Taktung hinbekommen, weil ich glaube, dieses Angebot wird von den Bürgerinnen und Bürgern in unserer Stadt sehr gut angenommen. Deshalb, meine Fraktion geht in diesem Fall gerne in Vorleistung und hofft auf das Verhandlungsgeschick von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, sodass wir unsere Gelder, die wir jetzt in Vorleistung bringen, auch wiederbekommen. Herzlichen Dank für die Vorlage und wir gehen gerne mit.

Stadtrat Schnell (AfD): Die Sinnhaftigkeit, haben ja schon alle möglichen gesagt, ist ganz klar, von Neureut zum Hauptbahnhof und dann in den ICE, das macht in den frühen Morgenstunden sogar noch mehr als 20 Minuten aus, da bringt das eine ganze halbe Stunde. Ist wirklich super. Ob das Potenzial tatsächlich für eine sehr häufige Taktung reicht, das muss man sehen. Für uns ist wichtig, diese dauerhaften zusätzlichen Betriebskosten, da haben wir echt Probleme mit, bei der Haushaltslage. Man muss das sehen, deshalb beantragen wir eine getrennte Abstimmung für das grundsätzliche Ja zum Projekt und für das Thema laufende Betriebskostenzuschüsse. Denn man könnte das auch erst mal ganz einfach mit einem Dieseltriebwagen und ein paar Bahnsteigen an den neuen Haltestellen machen und sehen, wie die Nachfrage tatsächlich ist. Das kann man sehr schnell realisieren. Und dann den nächsten Schritt tun und das im richtigen Stadtbahnbetrieb zu machen.

Stadtrat Wenzel (FW | FÜR): Auch wir FW | FÜR unterstützen das Projekt gerade in Anbetracht der Tatsache, dass sich in Neureut viel getan hat. Die Entwicklung und auch den von uns unterschiedenen Ausbau um Neureut 3 sehen wir als einen klaren Gewinn für den ÖPNV, auch einen Gewinn für die CO₂-Bilanz. Wenn ich da lese, bei fünf 2-Personen-Haushalten werden als CO₂ hundert Tonnen eingespart. Ich kann nichts finden, was gegen dieses Projekt spricht. Ich sehe eine Zeiterleichterung, also eine Reduzierung der Fahrzeit und wenn wir jeden Einzelnen gewinnen, der sich entscheidet, diesen ÖPNV-Weg dann zu nehmen, ist das doch ein doppelter Gewinn, so, wie ich es auch in meiner Haushaltsrede dargestellt habe. Sinnhafte Projekte wie dieses müssen einfach gefördert werden. Und das Risiko, dass wir auf einigen Geldern hängenbleiben, sehe ich im Augenblick doch nicht und ich hoffe, dass unsere GRÜNEN-Kollegen hier auch ihren Einfluss im Landtag dementsprechend ausführen werden.

Der Vorsitzende: Vielleicht noch zwei, drei Sätze dazu. Wir müssen im Moment noch nicht in Vorleistung treten, sondern wir müssen zusagen, dass wir bereit sind, nach der Betriebsaufnahme diese Unkosten zu übernehmen. Und die Hoffnung ist, dass sich das aktuelle Finanzierungssystem des Landes weiterentwickelt, dass dann auch ein Halbstundentakt hier drunter fällt. Sollten die Fahrgastprognosen, wie wir sie spüren, zutreffen, würde das relativ schnell passieren. Aktuell sind die Fahrgastprognosen aber noch andere und insofern würde das Land nur

einen 1-Stunden-Takt bezahlen. Und deswegen müssten wir dann hälftig diese Betriebskosten zahlen.

Der Vorschlag von Ihnen, Herr Stadtrat Schnell, ist nicht realistisch, weil der Ausbau dort natürlich vor Ort wesentlich mehr kostet als nur diese 1,2 bis 1,3 Millionen, die jetzt die AVG übernimmt. Aber hier ist schon eingepreist, dass man eine Förderung bekommt vom Land und anderswo. Und wenn wir sagen, wir wollen da nur Dieseltriebwagen fahren lassen, mal davon abgesehen, dass das gar nicht funktioniert aus meiner Sicht, dann werden diese Förderungen nicht kommen. Die Übernahme der möglichen Betriebskostendefizite hat etwas damit zu tun, dass wir jetzt diese Strecke überhaupt so ertüchtigen können, dass sie anschlussfähig an unser ÖPNV-Netz ist. Und das ist ja das, was wir erreichen wollen. Ich kann es gerne getrennt abstimmen. Ich will das nur der Vollständigkeit halber sagen. Die beiden Ziffern stehen in einem engen Zusammenhang, was Förderung und anderes betrifft. Und deswegen sind sie eigentlich auch nicht getrennt am Ende abstimmbare. Und in der bestehenden Struktur einfach mal was fahren zu lassen und zu gucken, wer da alles einsteigt, das ist, glaube ich, dann nicht die Attraktivität, die wir brauchen, um abzuschätzen, wie viele Passagiere am Ende dort gewonnen werden können. Wir wollen ja nicht nur die bestehenden Strecken S1, S11 kanalisieren, sondern wir wollen ja neue Fahrgäste gewinnen. Und von daher würde ich das auch strategisch für einen falschen Vorgang halten. Aber wie gesagt, wir stimmen getrennt ab und dann kann das ja alles passieren. Ich glaube, ich habe ja verstanden, was Sie meinen, nur, auch das halte ich für nicht so besonders realistisch.

Stadtrat Schnell (AfD): Nur ganz kurz, das mit dem Dieseltriebwagen war nur ein Vorschlag, wie man ganz schnell was machen kann. Das ist natürlich keine dauerhafte Option. Wenn Sie sagen, das ist aus strategischen Gründen schlecht aufgrund der Förderung, kann man das auch wieder vergessen. Das ist nur eine Möglichkeit, um ganz schnell sofort was zu machen, wenn man das möchte. Aber getrennte Abstimmung halten wir schon für wichtig, weil, dauerhaft zusätzliche Kosten, ich würde mich sehr freuen, wenn Herr Dr. Honné recht hat mit seiner Einschätzung, aber ich bin da im Augenblick noch ein bisschen skeptisch.

Der Vorsitzende: Als Doktor hat er sicher recht. Wir stimmen jetzt getrennt ab. Ich rufe auf die Ziffer 1 unserer Vorlage unter TOP 4 und bitte um Ihr Votum. - Das ist **einstimmige Zustimmung**.

Dann rufe ich die Ziffer 2 auf der Beschlussvorlage, da geht es um diesen Betriebskostenzuschuss und bitte hier um Ihr Votum. - Das ist auch eine **große Mehrheit**. Ich möchte noch mal deutlich machen, wir werden alles versuchen, um dieses Defizit herumzukommen, das ist ja klar. Wir sehen da auch verschiedene Optionen, aber die sind nicht nur von uns abhängig.

Zweite Bemerkung, ich glaube, wir haben sogar darüber diskutiert, ob man hier nicht eine Straßenverbindung statt der Schienenverbindung zu schafft, um eine Umgehung von Knielingen herzustellen. Wir können jetzt ganz froh sein, dass wir das nicht gemacht haben und diese Strecke jetzt hier reaktiveren können.

Auf der Seite 127 verweise ich in der Veränderungsliste auf die Erhöhung der Deckungsreserve.

Auf der Seite 128 auf das Darlehen an die KSC Betriebsgesellschaft, das hatten Sie zuletzt mal beschlossen.

Auf der Seite 130 ist eingepreist der Erwerb der Immobilie in der Alten Kreisstraße 3 durch die unselbstständigen Stiftungen. Die Finanzierung erfolgt hier durch das Stiftungsbudget.

Ebenfalls auf der Seite 130 die Sanierung der Bürklinstraße 4 durch die Renate- und Rolf-G.-Brenkmann-Stiftung. Das wird ebenfalls aus dem Stiftungsbudget vollständig finanziert.

Und in der Veränderungsliste ergibt sich zusätzlich, dass die ursprünglich mal vorgesehene Kapitalerhöhung Eigenbetrieb Wildpark nicht benötigt wird und deswegen wieder runtergenommen wurde.

Wir kommen damit zum eigentlichen Eingemachtem, wie man so schön sagt, nämlich den letzten Punkten unserer allgemeinen Finanzwirtschaft.

Anträge 1 a und 1 b: Festsetzung der globalen Minderausgabe auf Sachmittel, im Gegenzug Rücknahme geplanter Kürzungen (KAL/Die PARTEI)

Da gibt es jetzt eine Modifizierung. Da wäre mir recht, Herr Cramer, wenn Sie die noch mal kurz selbst erklären, dann verstehen wir es alle.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Ich möchte erst mal was zu unserem Antrag sagen. Wir möchten, dass die Anträge 2, 4, 16, 22, 29 und 30 separat aufgerufen und separat abgestimmt werden können. Meine Fraktion hat nicht umsonst unter jeden Antrag geschrieben, im Übrigen sind wir der Ansicht, dass es der Stadt gutgeht. Wir sind davon überzeugt, dass am Ende Jahres 2021 eine rote oder gar eine schwarze Null unter der Abrechnung steht. Ich habe in den letzten Jahrzehnten unzählige Schwarzmalereien und Falschberechnungen von Finanzbürgermeistern und Finanzbürgermeisterinnen erlebt. Am Ende ging es nahezu immer besser aus. In den vergangenen zwanzig Jahren hat die Stadt Karlsruhe in nahezu allen Haushaltsjahren Gewinne erzielt. In der Spitze waren es über 180 Millionen Euro in 2017. Auch da wurde ein Szenario vorher aufgebaut, wie schlecht es der Stadt geht. Wir bei der KAL haben auch viele Sparrunden erlebt. Aber an so unsinnige Kürzungsvorschläge wie im 10-Punkte-Programm kann ich mich nicht erinnern. Nur fünf Beispiele, Erhöhung Grundsteuerhebesatz, das bedeutet eine Belastung für alle Mieter und das in der jetzigen Situation mit Inflation, Corona und so weiter. Zweitens, die Aufwandssenkungen Kultur bei Sachleistungen und bei Transferaufwendungen, damit werden alle innovativen Ansätze in der Kulturförderung gestrichen. Aber es kommt irgendwie noch dicker, die Aufwandssenkung Tiefbauamt bei Sachleistungen, die 500.000-Euro-Senkung beim Abwasser sind größtenteils gebührenwirksam, die Stadt spart also nicht wirklich was ein. Viertens, die Reduzierung der Erstwohnsitzkampagne im Budget Sachleistungen, die Folge wird sein, die Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen und Einkommenssteueranteilen werden um rund die dreifache Höhe sinken. In unseren Augen ein Minusgeschäft. Die Aufwandsenkung beim HGW bei Sachleistungen, aber aus diesem Topf werden und darüber müssten wir uns Klaren sein, unter anderem Instandsetzungen in Schulen und dort besonders werden die Schultoiletten bezahlt. Regelmäßig wird im Bauausschuss das Budget als zu gering bezeichnet. Das Budget müsste angesichts gestiegener Handwerkerpreise eher steigen, als dass man es senkt. Denn jeden Sommer bekommen wir Rückmeldungen von Eltern und Schüler*innen und ausbaden müssen wir das dann wieder als Mitglieder des Karlsruher Gemeinderates. Trotzdem aber wollte meine Fraktion nicht einfach eine Rücknahme der unsinnigen Kürzungsvorschläge beantragen, wir wollten konstruktiv sein und griffen auch ein von der Verwaltung in unzähligen Haushalten

eingesetztes Mittel zurück, etwa im Haushalt 2016. Mit einer globalen Minderausgabe wollen wir Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, erstens eine Sicherheit anbieten, falls es widererwartend doch nicht so gut läuft, wie von der KAL/Die PARTEI angenommen. Unser Vorschlag würde netto mehrere Millionen Euro in die Stadt bringen. Zweitens gibt eine GMA dem Gemeinderat die Möglichkeit, jederzeit auf Verbesserungen im Haushalt zu reagieren und drittens bringen uns die globalen Minderausgaben die nötige Zeit, über sinnvolle strukturelle Ausgabesenkungen und über einfache Geschäftsprozesse nachzudenken.

Jetzt schreibt das Finanzdezernat in seiner, für uns unverständlichen Antwort auf unseren Antrag, eine globale Minderausgabe ginge so einfach nicht. Und das, obwohl die Finanzverwaltung alle Jahre wieder selbst dieses vorschlägt. Ich habe den Eindruck, meine Damen und Herren der Finanzverwaltung, dass mal so und so argumentiert wird, gerade so, wie es eben in ihr aktuelles Konzept passt. Wenn dem angeblich so ist, dann setzen wir uns aufs Sofa und ziehen den Vorschlag GMA zurück. Stattdessen wollen wir über acht Kürzungsvorschläge bei Transfer- und vor allem Sachmitteln der Verwaltung einzeln abstimmen lassen.

Zum Schluss zu diesem zentralen Thema bei den Haushaltsberatungen, wir werden das Ergebnis des vorläufigen Jahresabschlusses 2021 und das Ergebnis der Steuerschätzung vom November der Verwaltung in der Öffentlichkeit tragen und wir hoffen, dass sie es nach außen hin auch so kommuniziert. Ich möchte noch drei Fakten nennen, wie wir die Situation hier für den Karlsruher Haushalt sehen.

Erster Fakt, die Haushaltssituation in allen Kommunen Baden-Württembergs entspannt sich derzeit, vor allem wegen der Steuerschätzung im November. Nach Aussage des zuständigen Finanzministeriums von Baden-Württemberg dürfen die Kommunen Baden-Württembergs Mehreinnahmen von 1,5 Milliarden Euro in 2022 erwarten und dieses Jahr sogar 1,7 Milliarden Euro. rechnet man den Betrag für 2022 grob auf Karlsruhe um, kann die Stadt ungefähr 45 Millionen Euro mehr erwarten. De facto kann Karlsruhe als wirtschaftlich starke Stadt sogar Mehreinnahmen aus dem Gemeindeanteil an Einkommenssteuer und Umsatzsteuer sowie aus der Gewerbesteuer erwarten. Dazu kommen die steigenden Schlüsselzuweisungen vom Land. Die vorliegende Veränderungsliste bildet die Mehreinnahmen von größer 45 Millionen Euro allein in 2022 nicht ab.

Der zweite Fakt, unabhängig von der Bewertung der einzelnen Fraktionen im Gemeinderat, wie gut oder schlecht die Haushaltssituation der Stadt ist, es macht Sinn, sich eine gewisse Sicherheit, ein Einnahmepolster zu verschaffen. Dazu diente in der Vergangenheit mehrfach eine globale Minderausgabe, etwa in den Haushalten 2014, 2015, 2016. Außer in 2016 wurden all diese globalen Minderausgaben im Vollzug des Haushalts dann aufgelöst, weil, nicht notwendig.

Der dritte Fakt, die von der Verwaltung im 10-Punkte-Papier sind zumindest zum Teil kontraproduktiv, fünf Beispiele. Offensichtlich sind sinnvolle strukturelle Kürzungen noch nicht erkennbar.

Die Prozess- und Aufgabenkritik hat noch nicht zu sinnvollen und tragfähigen breit akzeptierten Vorschlägen geführt. Daher hat die KAL/Die PARTEI den Antrag gestellt, statt dieser Kürzungen bei Transferleistungen, davon überwiegend freiwillige Leistungen bei Sport und Kultur, bei Sach- und Dienstleistungen bei fünf Ämtern besser übergangsweise fünf Prozent globale Minderausgaben für alle Sach- und Dienstleistungen in allen Teilhaushalten anzusetzen, bis die

tatsächliche Haushaltssituation durch Steuerschätzung 2022/2023 beziehungsweise durch die reale Haushaltsentwicklung erkennbar bei den Jahresabschlüssen wird. Eine solche GMA über alle Teilhaushalte hat die Stadtverwaltung ja auch früher schon beschlossen und vorgeschlagen. Die Rücknahme der Kürzung verrechnet mit den Mehreinnahmen durch GMA ergibt nach grober Berechnung laut einem Antwortschreiben des Oberbürgermeisters an uns, und es ging auch an alle Fraktionen, ein Plus im Haushalt von bis zu circa 6 Millionen Euro.

Zum Schluss, eine globale Minderausgabe hat gegenüber Kürzungen von Haushaltsposten den Vorteil, dass die Politik von Gemeinderat und OB auf Verbesserungen reagieren kann, ohne aufwendige Aktionen wie einen Nachtragshaushalt lässt sich die Sparsumme durch den Gemeinde-ratsbeschluss jederzeit vermindern.

Der Vorsitzende: Herr Stadtrat Cramer, ich habe jetzt nicht ganz verstanden, ob Sie den Antrag auf globale Minderausgabe noch stellen oder nicht. Wenn Sie da einfach mal noch mal kurz drauf antworten.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Ich habe jetzt meinen Antrag begründet.

Der Vorsitzende: Ja, okay. Ich habe es so verstanden, dass Sie gesagt haben, wenn wir dabei bleiben, dass eine globale Minderausgabe nicht geht, würden Sie den zurückziehen. Sie haben anschließend von einer globalen Minderausgabe für bestimmte Teilhaushalte gesprochen. Deswegen weiß ich ehrlich gesagt auch nach Ihrer Begründung im Moment nicht ganz, was Sie an der Stelle meinen. Dann habe ich von Ihnen sechs Punkte, Sie haben in Ihrer Rede von acht Punkten gesprochen, die Sie auch noch einzeln abgestimmt haben wollen. Da bräuchte ich auch noch mal kurz eine Aufklärung.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Wir möchten eine Abstimmung über den Punkt 2, über den Punkt 4.

Der Vorsitzende: Ja, 16, 22, 29, 30.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): 16, 22, 24 und 25. Damit einfach klar ist, was wird abgelehnt und wem wird zugestimmt, um was es überhaupt geht bei diesem Punkt.

Der Vorsitzende: Jetzt haben Sie 24, 25 angesprochen, das hatten Sie bei der Liste, die ich hier habe, gestrichen. Und 29, 30 nicht angesprochen. Vielleicht klären Sie das noch mal kurz. Ich habe aber verstanden, dass wir jetzt trotzdem über eine globale Minderausgabe erst mal abstimmen und dann kommen wir bei den einzelnen Unterabstimmungen dazu, wo Sie dafür die Kürzungen zurückholen wollen. So habe ich es, glaube ich, verstanden.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Könnten wir bitte die Redezeit der einzelnen Fraktionen einblenden.

Der Vorsitzende: Ja, können wir gleich machen. Herr Stadtrat Honné hat sich noch gemeldet.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Zum Thema wollte ich noch was sagen. Herr Cramer, Sie haben völlig recht, ich überblicke zwölf Jahre und habe auch vorher immer beobachtet und fast immer war es so, dass es am Ende deutlich besser wurde im Haushalt als vorher prognostiziert. Es wurde immer Geld gefunden, sage ich dann immer. Das ist so. Aber wir sind weit von der Null entfernt, sodass noch sehr viel Geld gefunden werden muss, damit es wirklich reicht. Und wir dürfen ja auch nicht vergessen, es sind ja viele Einmaleffekte in diesem Haushalt drin, die noch keine strukturelle Verbesserung bringen. Wir müssen ab nächster Woche anfangen oder die Verwaltung muss anfangen, weitere Sparvorschläge zu finden, damit es in den Jahren ab 2024 dann nicht zu einem Problem führt. Insofern sind wir weit von einer Null entfernt.

Dann haben Sie diverse Dinge angesprochen, die nachher noch behandelt werden als Einzelpunkte, dazu will ich jetzt gar nichts sagen, zu den einzelnen Abgaben. Und wir halten das, was die Verwaltung dieses Mal macht, diese Kürzung bei den großen Ämtern für genau richtig, denn die haben eine eher ein großes Budget, bei dem sie mal irgendwie manövrieren können und irgendwo einsparen können, während globale Minderausgabe eben alle trifft, auch die ganz kleinen Ämter, bei denen es sehr viel schwieriger ist, da irgendwas umzuschichten. Das Umweltamt zum Beispiel, das berichtet manchmal über 1.000 Euro Ausgaben, während das Tiefbauamt in Millionen denkt und darunter gar nicht geht. Also da hat die Verwaltung ganz viel richtig gemacht. Und eine globale Minderausgabe ist da deutlich schlechter als das, was uns bisher angeboten wurde, muss ich mal ganz deutlich sagen. Dann, ein atmender Haushalt geht nicht, wurde von der Verwaltung gesagt, das kann ich einfach nur so akzeptieren, das ist so. Und Mehreinnahmen kriegen wir zwar, völlig korrekt, aber es wird halt nicht reichen.

Und insgesamt halten wir diesen Antrag eben für nicht okay so.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich kann mich da anschließen. Ich habe aber auch wirklich die Hälfte überhaupt nicht verstanden, worüber wir jetzt noch abstimmen. Ich glaube aber, da geht es vielen so. Wir halten aber eine globale Minderausgabe zum jetzigen Zeitpunkt auch nicht für zielführend. Ich denke, wir sind schon in den ein oder anderen Punkten sehr weit gegangen, auch

wenn wir das ein oder andere auch nicht so mitgetragen hätten. Aber eine globale Minderausgabe trifft immer alle, insbesondere die Kleinen trifft es und die wir wollen wir ja gerade nicht treffen, deswegen lehnen wir diesen Antrag auch ab.

Stadträtin Melchien (SPD): Ich schließe mich direkt an. Eine sicherlich bessere Lage als wir es bisher dachten, ist noch lange keine gute Lage, die SPD-Fraktion hat durch Worte und auch Taten klar herausgestellt, dass wir bereit sind, entschlossen zu handeln, um handlungsfähig zu bleiben. Wir brauchen tragfähige Lösungen. Daher müssen wir direkt nach diesen Haushaltsberatungen weiter daran arbeiten, selbstverständlich. Unsere Bereitschaft habe ich auch hier signalisiert. Auch wir lehnen den Antrag von KAL/Die PARTEI, auch diesen modifizierten Antrag, nun ab. Ich bin gespannt, über was wir genau abstimmen. Aber wir lehnen die einzelnen Punkte ab. Wir sehen tatsächlich auch das in den Haushaltsentwurf eingearbeitete 10-Punkte-Programm als zielgerichteter. Eine, wie auch immer geartete Rasenmähermethode mit einer globalen Minderausgabe ist immer ungerecht, weil sie eben nicht darauf schaut, welche Ebene welche Leistungsfähigkeit hat, um zur Haushaltskonsolidierung beizutragen.

Stadtrat Schnell (AfD): Also den Punkt würde ich gerne aufgreifen. Bevor wir abstimmen, soll noch mal genau geklärt werden, über was wir denn abstimmen. Und dann noch ein paar Worte zu dem Thema globale Minderausgaben. Warum machen wir eigentlich hier überhaupt Haushaltsberatungen, damit die Fraktionen eben nicht einfach über irgendwelche pauschalen Kürzungen oder Steigerungen befinden können, sondern das, für was sie gewählt worden sind, hier deutlich einbringen, wo sie Ausgaben steigern wollen, wo sie Senkungen wollen. Die sind bei den GRÜNEN ganz anders als bei uns zum Beispiel. Aber wir nutzen die Gelegenheit, um eben zu sagen, was wir möchten. Und pauschal eben irgendetwas zu kürzen oder zu erhöhen, das ist einfach ein Zeichen, dass man sich da nicht richtig mit dem Thema auseinandersetzen will und niemandem wehtun will, sondern einfach halt eben irgendwie so ein bisschen mit dem Haushalt zurecht zu kommen.

Stadtrat Høyem (FDP): Unser Mitglied Frau Böringer ist leider erkrankt. Aber sie wollte an die KAL gerne sagen, die Anträge sind ein Taschenspielertrick, der mit einem Taschenrechner sofort auffliegt. Wie Ihnen durch den Oberbürgermeister mitgeteilt wurde, geht ihre Rechnung finanziell und rechtlich nicht auf. Grundsätzlich ist die Idee sympathisch, wenn wir auf der eigenen Seite eigene Kosten und Sachmittel kürzen können und damit die sogenannten freiwilligen Leistungen in diesem Fall entlasten könnten. Es geht in diesem Fall nicht, daher folgen wir der Verwaltung und lehnen den Antrag ab. Im Übrigen, da wir ja noch einige Anträge mit dem Schlusssatz haben, dass es der Stadt gut ginge, möchte ich kurz Bezug darauf nehmen. Ohne zu religiös zu werden, darf ich Jeremia 29, Vers 7 zitieren. Dort steht: „Suchet der Stadt Bestes und betet für sie zum Herrn, denn, wenn es ihr wohl geht, so geht es euch auch wohl.“ Ich fordere Sie nicht auf, die Bürgerinnen und Bürger anzubeten, jedoch sehr wohl deren Wohl zu suchen. Es geht heute nicht darum, ob es der Stadt gutgeht, sondern dass es auch so bleibt, das ist Generationengerechtigkeit.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt hoffentlich keine Wortmeldungen übersehen. Ich möchte noch mal zu den allgemeinen Punkten etwas sagen. Selbst wenn die günstigste Prognose eintrifft, die wir bezüglich dieser ganzen Veränderung durch die Steuerschätzung haben, kommen wir vielleicht noch auf einen zusätzlichen Betrag aus den verschiedenen Positionen, Herr Stadtrat Cramer, die Sie angeführt haben, von irgendwas bei 10 Millionen oder so. Wir haben aber aktuell einen Haushaltsentwurf, der schon im Ergebnishaushalt ein Defizit von 50 Millionen ausweist.

Und natürlich werden wir alles daransetzen, dass das Ergebnis am Ende des Jahres eine rote oder schwarze Null hat. Nur wir nehmen dann trotzdem 300 Millionen auf an Kredit, um die Investitionen zu tilgen. Und das, lieber Herr Stadtrat Cramer, ist wirklich eine andere Situation, als wir sie in den letzten Jahrzehnten hatten und daher bringe ich nicht den Optimismus auf, zu sagen, na ja, die Verwaltungsbank hat sich ja immer schon getäuscht und am Ende wird es wieder gut. Denn dann hätten wir das die letzten Jahre auch schon hingekriegt, denn da haben wir zum Teil ja auch schon 50 oder 100 Millionen aufnehmen müssen, um das Ganze noch aufzufangen. Das heißt, es ist jetzt auch keine völlig neue Situation, sondern sie verschlechtert sich nur noch mal an der Stelle dramatisch.

Mein Vorschlag wäre, dass wir jetzt erst mal zunächst über das **Instrument der globalen Minderausgabe abstimmen**. Wir hatten gestern dazu schon was ausgeführt. Ich würde jetzt ungern noch mal verlängern. Und dass wir dann die verschiedenen von Ihnen geforderten zurückgeholten Kürzungen einzeln abstimmen. Ich würde dann jeweils auch noch was zu den Beträgen sagen. Herr Dollinger hat mir das dankenswerter Weise noch mal hier quasi rausgesucht, so dass wir dann auch wissen, über was wir abstimmen. Dann würde ich jetzt diesen Teil des Gesamtantrags zur Abstimmung stellen, dass wir eine globale Minderausgabe einführen und bitte Sie um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann war unter Ihrer Ziffer 2, Herr Stadtrat Cramer, der Sanierungsfonds des Klinikums thematisiert worden. Den hatten wir ursprünglich mal von 3,5 Millionen auf 2 Millionen reduziert. Das hatten wir ja heute an einer anderen Stelle mit der Ordnungsziffer 16 schon mal diskutiert. Wenn Sie darauf bestehen, können wir aber gerne noch mal darüber abstimmen, ob wir diese 1,5 Millionen, die wir da gekürzt haben, wieder draufsatteln. Das wäre Ihnen recht, dann machen wir das so. Dann stelle ich jetzt die **Rücknahme der Kürzung von 1,5 Millionen beim Sanierungsfonds Städtisches Klinikum jeweils für 2022 und 2023** zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum - (**mehrheitliche Ablehnung**).

Dann haben Sie unter der Ziffer 4 die **Sportförderung, Betriebskosten Sportflächen und Europahalle** angesprochen, da hatten wir um 100.000 Euro gekürzt im Rahmen unserer 10-Punkte-Liste und Sie beantragen jetzt, dass wir diese Kürzung zurücknehmen. Und das stelle ich jetzt hier zur Abstimmung. - (**mehrheitliche Ablehnung**).

Dann kommen bei Ihnen unter der Ziffer 16 die **Wochen gegen Rassismus**, da hatten wir schon die Ordnungsziffer 90 a mit einem relativ komplexen Abstimmungsverhalten. Die Wochen gegen Rassismus tauchen auch nicht direkt in der 10-Punkte-Liste auf, sondern nur in der Umsetzung durch die 500.000 Euro, die das Kulturstadtamt bereitstellen müsste. Für mich ist die Frage, welchen Betrag Sie jetzt denn da zurücknehmen möchten. Wir hatten es ja eigentlich sehr komplex mit drei oder vier Anträgen hier durchdiskutiert. Und Sie hatten ja mit Ihrem Antrag an der Stelle auch Erfolg, wenn ich das noch richtig weiß.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Diese Detailinformation hatte ich bisher nicht, dann verzichten wir hier bei dem Punkt 16 auf Abstimmung.

Der Vorsitzende: Dann rufe ich auf Ihre Ziffer 22, **Kürzungen Soziales und Jugend, Sozial- und Hilfebudget, Jugendhilfebudget**, das sind die zweimal 4 Millionen Euro, die sich der Fachbereich traut, hier anzubieten. Es ist aber klar, dass es hier überwiegend um Pflichtleistungen

nach Gesetz geht. Das heißt, wenn wir am Ende da mehr Geld bräuchten, dann würden wir es natürlich auch einstellen müssen. Das will ich nur einfach hier dazu sagen, weil das Kinder- und Jugendhilfegesetz beziehungsweise die entsprechende Sozialgesetzgebung, die ändert alle paar Jahre ihren Namen, es zur Pflichtaufgabe macht. Sie beantragen, dass wir diese Kürzung um jeweils vier Millionen zurücknehmen und das stelle jetzt hier zur Abstimmung und bitte um das Votum - **(mehrheitliche Ablehnung)**.

Dann rufe ich auf Ihre Ziffer 29, **Stadtentwässerung**, da muss ich gucken, wie der Betrag ist. Das sind 500.000 Euro, die wir beim Tiefbauamt aus dem Bereich der Abwassergeschäfte herausgezogen haben. Diese Kürzungen würden Sie zurücknehmen wollen und über diesen Antrag lasse ich jetzt abstimmen und zwar ab jetzt - **(mehrheitliche Ablehnung)**.

Und als Letztes unter Ihrer Ziffer 30 steht die **Erstwohnsitzkampagne**, da hatten wir in unserem 10-Punkte-Programm aus dem Jahr 2022 700.000, aus dem Jahr 2023 1 Millionen Euro entnommen. Das kann man ja auch durchaus kritisch sehen. Und das würden Sie gerne zurücknehmen und das stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum - **(mehrheitliche Ablehnung)**.

Antrag 2 (Seite 10): Überprüfung städtischer Standards im Vergleich zu gesetzlichen Vorgaben (CDU, FW|FÜR)

Unsere Empfehlung wäre, dass wir die alle in die entsprechende strukturelle Untersuchung aufnehmen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Sie haben es völlig richtig angeführt. Es muss strukturell bearbeitet werden. Und die Verwaltungsantwort können wir eigentlich uneingeschränkt unterstreichen, es muss alles auf den Prüfstand. Das sind wir auch unseren Ämtern schuldig. Die erwarten von uns hier auch eine ganz ernsthafte Einstellung zu diesen Aufgaben, die sie vor sich haben, denn dann erst können die Amtsleiter über die Vorschläge bestimmen oder selber Vorschläge unterbreiten und müssen aber wissen, dass eben der ganze Fächer offen ist. Für die CDU-Fraktion ist das Wichtigste nicht nur, dass der Job jetzt gemacht, sondern dass er spätestens im Sommer, also ich sage jetzt mal zum 30.06.2023 mit mindestens einem namenhaften Zwischenergebnis uns vorgestellt wird, damit wir uns auf die weiteren Beratungen einstellen können.

Der Vorsitzende: Ich glaube, Sie meinten 2022.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Gold-, Silber- oder Bronzestandard, das ist die Frage und da sollten wir wirklich differenzieren, wir brauchen nicht überall Gold zu haben. Wir haben es heute schon an verschiedenen Stellen gehabt. Und deswegen, diese Überprüfung sowohl im Bau als auch bei den freiwilligen Leistungen oder Pflichtleistungen ohne Weisung. Bei unserem Antrag, wir haben auch drei Prozent genannt, da meinten wir keinen Rasenmäher, sondern eine genaue Untersuchung im Einzelfall, wo das passt und wo es auch nicht passt. Deswegen, mit dieser Antwort wären wir zufrieden, mit dem Termin auch. Machen wir uns dran.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Herr Pfannkuch, jetzt weiß ich nicht, ob Sie den Antrag damit für erledigt erklärt haben. Aus unserer Sicht ist er erledigt, weil die Verwaltung es ja ohnehin vorhatte. Der Hofmann nickt, okay, dann sind wir uns einig.

Stadträtin Melchien (SPD): Gut, dann bleibt auch mir nur noch zu sagen, dass auch wir den hier eingebrachten interfraktionellen Antrag im Sinne der Haushaltstransparenz durchaus begrüßen. Oft reden wir davon, dass wir über Standard liegen, dass unsere Leistungen und Angebote viel, viel höher sind, als sie es sein müssten, als es erforderlich wäre. Ich glaube, es täte uns allen gut, es mal in einer komprimierten Form tatsächlich einfach und verständlich dargestellt zu bekommen. Das wäre auch unsere Bitte, das im Fachausschuss mal in einer längeren Einheit zu vertiefen und dann nicht an x Ecken im Laufe der kommenden zwei Jahre immer wieder auf dieses Thema einzugehen, wenn das möglich ist. Wir begleiten es sehr gerne.

Stadtrat Høyem (FDP): Es wäre ein Trugschluss, dass die Angleichung eines Standards uns sofort Geld sparen könnte. Sobald eine solche Prüfung aufzeigt, dass wir in einigen Bereichen unter den Standards liegen, müssten wir gar diese noch nachbessern. Wie es die Verwaltung darstellt, ist eine solche Überprüfung Standard, gehört quasi zum operativen Geschäft. Gerne schließen wir uns der Aufforderung an die Verwaltung an, hier ebenfalls auf Einsparpotenziale zu schauen, sehen dieses aber nicht als Notwendigkeit für einen Antrag in den Haushaltsberatungen. Ich habe auch die CDU so verstanden.

Stadtrat Schnell (AfD): Das ist eigentlich kein Antrag für diesen Haushalt, denn das, was wir da machen wollen und sollen, das haben wir eigentlich auch schon mal in der Strukturkommission besprochen, dass wir uns da gleich dranmachen wollen. Aber für den jetzigen Haushalt ist das nicht, insoweit sehe ich das als reinen Schaufensterantrag, wo man mal wieder zeigen will, ja, wir wollen ja eigentlich schon irgendwie ein bisschen sparen, aber jetzt konkret an Sparvorschlägen für diesen Haushalt habe ich da relativ wenig gesehen. Ich bin da gerne dabei, wenn wir nächstes Jahr über Standards sprechen. Wir haben dieses Jahr im Gegensatz zu anderen viele Sparvorschläge gemacht. Die wollten Sie alle nicht haben, dann bin ich mal gespannt, was dann als Nächstes rauskommt. Also ein grundsätzliches Ja zu diesem Vorschlag, aber es ist halt nicht relevant für diesen Haushalt.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortmeldungen. Damit haben wir das Verfahren geklärt. Würde aber auch vorschlagen, dass wir das nicht über die ganze Verwaltung hinweg in einer großen Sitzung machen können, sondern es sollte vor allem in den Fachausschüssen besprochen werden, weil, soziale Standards sind andere als Baustandards. Auch, dass man da für sich jeweils ausreichend Zeit nimmt. Und glauben Sie mir, das ist für Verwaltung was ganz Schwieriges, die eigenen Standards, die man ja auch durch die permanenten Qualitätsaufforderungen durchaus auch aus Ihren Reihen, aber auch aus der Bürgerschaft sich sozusagen erarbeitet hat, die jetzt kritisch zu hinterfragen und so. Hinweise, Herr Wenzel, dass Sie einen Sportpark statt für 265.000 Euro für 15.000 Euro hingekriegt haben, können da sehr hilfreich sein. Dann können wir das an der Stelle für heute beenden.

Antrag 173 (Seite 125): Verpackungssteuer (AfD)

Ich verweise auf die entsprechende Veränderungsliste. Es geht um die Verpackungssteuer. Wir haben Ihnen ja schon mitgeteilt, dass wir die Einführung der Verpackungssteuer 2022 noch nicht für möglich halten und haben deswegen diesen Betrag aus dem Haushaltsentwurf wieder rausgestrichen. So steht es auch in der Veränderungsliste, für 2023 steht es aber weiterhin noch drin. Dazu gehört jetzt der Antrag der AfD. Wird dazu gesprochen? Nein, dann können wir ihn gleich abstimmen. Dann bitte ich um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann kommen wir zum ganzen Konglomerat **Grundsteuer und Gewerbesteuer**. Hier rufe ich auf den **Tagesordnungspunkt 3** von der ursprünglichen Liste unserer Gemeinderatsvorlagen.

Anträge 174 a und b (Seite 125): Keine Erhöhung der Grundsteuer (KAL/Die PARTEI), (AfD)

Anträge 175 a und b (Seite 125): Verzicht auf die Erhöhung des Hebesatzes um 20 Prozent (KAL/Die PARTEI), (AfD)

Antrag 175 c (Seite 125): Anhebung des Hebesatzes von 450 auf 460 Hebesatzpunkten (DIE LINKE.)

Das ist alles das, was ich gerne zusammen aufrufen möchte. Und ich kenne noch einen **Änderungsantrag der CDU**, im Grunde ist das eine Streichung. **Streichung der Anhebung**, passt auch zu den anderen Anträgen.

Wir müssen dann mal gucken, in welcher Reihenfolge wir diese Änderungsanträge alle aufrufen. Sehen Sie es mir nach, dass es vielleicht nicht immer gleich hundertprozentig so funktioniert.

Ich würde jetzt einfach der Reihe nach gehen, weil es so viele Anträge sind, dass ich da sonst den Überblick verliere.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Wir tragen die Vorschläge der Verwaltung mit. Wir GRÜNEN gehen mit der Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuer nicht leichtfertig um. Die Erhöhung von Steuern betrifft hier alle Karlsruher Bürger*innen, Eigentümer*innen wie Mieter*innen. Und sie betrifft die leistungsfähigen Unternehmen in Karlsruhe, deren Gewinne dann höher besteuert werden. Für diese Steuerzahlungen erhalten die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt und die Unternehmen ein sehr gutes Angebot an Dienstleistungen. Das ist immer mit zu betrachten. Die Steuern dienen der Finanzierung dieser Dienstleistungen, der Aufgaben, die die Stadt für die Bürger*innen erfüllt und sie dienen der Finanzierung der Infrastrukturen dieser Stadt. Der Gemeinderat hat in einer langen Kette von Debatten und Entscheidungen darum gerungen, welche Aufgaben in welcher Qualität zu erbringen sind, welche Infrastrukturen notwendig sind. Konkret sind das Aufgaben, wie zum Beispiel ein gutes, bezahlbares Angebot an Kinderbetreuung oder der Förderung von Vereinen und Sporteinrichtungen. Es sind aber auch Infrastrukturen, darunter eine Messe, eine Kombilösung oder ein neues Stadion. Diese Aufgaben und Infrastrukturen müssen eben finanziert werden. Hinzu werden nun neue Aufgaben kommen, wie eine fortschreitende Digitalisierung und vor allem die Umsetzung des Klimaschutzes. Gerade dieses erfordert erhebliche Investitionen.

Diese große Zahl an Aufgaben und die realisierten sowie die noch notwendigen Infrastrukturen lassen sich nicht mit den Haushaltsmitteln finanzieren, die bisher erwirtschaftet wurden. Ein Mehr an Leistungen erfordert auch ein Mehr an Finanzmitteln. Wir wollen auch betonen, dass die Stadt Karlsruhe nicht zuletzt durch diese Angebote für ihre Bürgerinnen und Bürger eine lebenswerte Stadt ist und eine attraktive Stadt für Unternehmen ist.

Wir halten die vorgeschlagenen Erhöhungen der Steuern für maßvoll, gemessen an dem, was die Bürger*innen dafür erhalten, sind sie tragbar. Zudem kommen durch höhere Gewerbesteuer keine Unternehmen in Bedrängnis, weil sie die Gewinne besteuern. Wir GRÜNE werden

uns an dem in den kommenden zwei Jahren anstehenden Prozess der Haushaltskonsolidierung beteiligen. Wir werden gemeinsam mit allen anderen, die das tun möchten, Aufgaben hinterfragen und Möglichkeiten für Kosteneinsparungen suchen. So kann der Haushalt der Stadt wieder dauerhaft in tragfähigere Bahnen gelenkt werden. Wir stehen dafür, dass sorgsam mit dem Geld umgegangen wird, das wir von Bürger*innen und Unternehmen erheben.

Stadt Ehlgötz (CDU): Sicherlich, wir haben eben diskutiert, dass wir ja, wenn wir ehrlich sind, kein Einnahmenproblem haben, wir haben ein Ausgabenproblem und wir haben ein ganz großes Strukturproblem und wir haben letztendlich auch Probleme in vielen Bereichen, wenn wir bauen. Und wir haben es ja vorhin des Öfteren gesagt bekommen. Hier gibt es Aufgaben, die wir gemeinsam lösen müssen, aber diese Aufgaben, wenn wir sie denn lösen, dann lösen wir sie erst für die kommenden Jahre, dass sie dann letztendlich uns erst Einsparungen in der Stadtkasse bringen werden. Auch das ist ein Stück Realität und das wissen Sie auch, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir haben einen Antrag gestellt zur Grundsteuer. Fakt ist eines, und das wissen Sie und der Kollege der GRÜNEN hat es ja eben auch gesagt, die Grundsteuer wird ja zu 50 Prozent umgelegt auf diejenigen, die in Miete wohnen. Und letztendlich zahlen dann das wieder die Verbraucher beziehungsweise die Mieter. Dann darf ich einmal hinzufügen, dass wir auf dem Markt bei den Mietern hohe Energiekostensteigerungen haben werden, die dann ab nächstem Jahr voll zu Buche schlagen. Auch das wird sich äußerst negativ auf die Mieter auswirken. Wir haben des Weiteren, glaube ich, etwas auch von den Steuern, weil wir sie halten wollen. Weil, in wenigen Tagen, am 01.01.2022 beginnt ja die Grundsteuerreform und wir wissen ja gar nicht, wie diese Reform sich auswirkt. Alle Eigentümer von Grund und Boden werden bis zum Oktober 2022 die Erhebungen dem Finanzamt zu melden haben und erst dann wird dies letztendlich sagen können, ob die Eigentümer und die Mieter nachher mehr Grundsteuer zu entrichten haben oder weniger. Und das wäre, glaube ich, auch heute ein Argument, dass wir sagen, wir schieben noch einmal zwei Jahre diesen Punkt weiter und bitten Sie, dem Antrag Verzicht auf Erhöhung der Grundsteuer, unserer Fraktion zu folgen.

Dann haben Sie die gleiche Problematik bei der Gewerbesteuer. Meine Damen und Herren, wer ist denn hier verantwortlich für den größten Etatbereich, es sind die Unternehmen dieser Stadt, die Gewerbesteuer in unser Stadtsäckel spülen. Und jetzt gehen wir her und werden diese Leute weiterhin bestrafen, indem wir die Gewerbesteuer erhöhen. Glauben Sie mir, man soll die Kuh melken, aber man soll sie nicht schinden. Und das tun Sie mit diesem Antrag und alle, die diesem Antrag der Verwaltung zustimmen werden, werden nämlich dann dafür Sorge tragen, dass sie aus dem Unternehmen, das ein Rennpferd ist, einen Ackergaul machen und dafür ist die CDU-Fraktion nicht bereit, diesen Antrag der Verwaltung mitzustimmen.

Entschuldigen Sie, Herr Oberbürgermeister, ich war noch nicht fertig, ich habe noch 2 Stunden 49.

(Heiterkeit)

Ich möchte zum Abschluss uns auf den Weg geben, machen wir diese Steuererhöhung nicht mit. Ich darf Sie bitten, den Antrag der CDU-Fraktion zu unterstützen, wie ich es gesagt habe. Weil, eines ist klar, diese Gewerbesteuer werden wir und haben sie in dieser Stadt immer dafür eingesetzt, dass wir einen sozialen Frieden haben, dass wir ein gutes Miteinander haben. Und

ich darf Sie bitten, diese Erhöhung im Sinne für unsere Bevölkerung für Karlsruherinnen und Karlsruher und für die Unternehmen letztendlich nicht zu erhöhen. Wir haben Streichanschläge auf dem letzten Punkt, lassen Sie uns lieber darüber reden, wie wir etwas refinanzieren können. Die CDU-Fraktion einen letzten Punkt heute auf der Tagesordnung, den Verkauf des Seehofareals, ein Grundstück, das wir nicht entwickeln können. Wir werden uns sehr schwer tun bei der Entwicklung und wir werden letztendlich große finanzielle Mittel einsetzen, dass wir es einigermaßen hinbekommen und deshalb sind für die Veräußerung. Alle weiteren Steuererhöhungen, die dann eingefordert sind und Anträge lehnen wir ebenfalls ab.

Stadtrat Zeh (SPD): Die Stadt Karlsruhe hat leider auch vor allen Dingen keinen Goldesel, weil dann wären natürlich die Probleme auch automatisch gelöst. Und niemand zahlt gerne Steuern, und Steuererhöhung sind auf jeden Fall nicht populär. Da müssen wir natürlich hart darüber nachdenken und verhandeln. Aber zunächst mal positiv, Karlsruhe ist natürlich ein Oberzentrum, Karlsruhe hat zentrale Aufgaben. Wir haben eine reiche Kulturlandschaft, wir haben gute Schulen, wir haben viele gute Sozialeinrichtungen, wir haben viele Bäder und das Städtische Klinikum als Klinikum der Maximalversorgung. Wir haben also auf gut Deutsch Lebensqualität. Und Lebensqualität, das kostet natürlich auch. Und er ist unterfinanziert, der größte Teil. Bleiben wir beim ÖPNV: Auch ohne Kombilösung, durch steigende Tarife, durch steigende Zahlen der Verbindungen und so weiter geht der Verlust immer höher im ÖPNV, auch beim Städtischen Klinikum letztendlich. Oder viele Aufgaben, die einfach der Kommune übertragen werden. Ich sage mal, diese Betreuung von Grundschulkindern ist ja auch eine Aufgabe, die übertragen wird. Aber man darf natürlich nicht nur in den Doppelhaushalt schauen, sondern man muss natürlich auch in die mittelfristige Finanzplanung schauen und da sieht man diese Defizite, die im Moment aufgeführt sind, sind nicht nur doppelhaushaltspezifisch, sondern über eine längere Periode, da müssen wir natürlich etwas machen.

Ich stimme dem Kollegen Cramer natürlich durchaus zu, die Haushalte werden immer besser als ursprünglich kalkuliert. Aber wenn wir hier als Planung im Moment eine Milliarde Euro Schulden haben am Ende der Periode, dann ist es gut, wenn es besser wird. Aber selbst 800 oder 900 Millionen Euro Schulden sind natürlich noch immens. Und wenn die Zinsen einmal steigen würden, wäre es sehr schwierig. Deshalb zunächst mal zur Gewerbesteuer, Gewerbesteuer, muss man ganz explizit sagen, ist eine Gewinnsteuer. Das heißt, nur wenn ein Unternehmen Gewinn macht, muss es auch tatsächlich Gewerbesteuer zahlen. Deshalb ist es unterschiedlich. Wir haben noch sehr produktive IT-Unternehmen, die durchaus von der Krise profitieren, Online-Handel haben wir leider nicht, aber natürlich andere Bereiche wie Gastronomie, Schausteller, Ladengeschäfte, die hier natürlich leiden unter der Corona-Situation. Aber wir tun natürlich den Schaustellern und den Kaufleuten auch durchaus einiges an Gutem und ermäßigen Gebühren, um sozusagen denen zu helfen. Es ist also auf jeden Fall eine schwere Entscheidung, aber das Regierungspräsidium hat auf jeden Fall gesagt, sowohl Ausgaben vermindern als auch Einnahmen erhöhen. Und da führt für uns dann trotzdem keine Möglichkeit daran vorbei, auf die Steuererhöhung zu verzichten. Wenn Sie mal sehen, die Gewerbesteuer würde 15 Millionen Euro pro Jahr erbringen, das ist nicht mal eine ordentliche Gebäudesanierung oder 1,5 Millionen bei der Grundsteuer, ja, auch das ist natürlich für uns hier belastend. Grundsteuer ist natürlich eine zuverlässige Steuer, wir werden deshalb auch beide Steuererhöhungen hier mittragen, um auch langfristig erfolgreich zu bleiben als Stadt Karlsruhe.

Der Vorsitzende: Ich hatte ja angekündigt, dass wir gestern zwei Redebeiträge der SPD-Fraktion hatten, die eigentlich dem Ortsvorsteher zuzuordnen wären. Insofern würde ich Ihnen noch

einige Minuten Redezeit dazugeben, aber will damit natürlich jetzt nicht diese sensationelle Punktlandung in Frage stellen.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Die KAL/Die PARTEI-Fraktion ist in der Vergangenheit, wenn Grundsteuererhöhungen anstanden, den Weg immer mitgegangen, aber dieses Jahr sind wir der Meinung, dass es zu diesem Zeitpunkt der absolut falsche Weg ist, das falsche Signal an die Bevölkerung. Denn wir wissen ja, die Grundsteuer wird mehr oder weniger 1:1 an die Mieter weitergegeben. Und zurzeit ist es doch einfach so, die ganzen Energiekosten explodieren, die Lebenshaltungskosten, die nicht niedriger werden und die Bürger täglich sehr stark belasten. Da sind wir der Meinung, dass es absolut nicht passt, die Grundsteuer zu erhöhen, dass auch noch auf der Mieterseite Mehrbelastungen und höhere Summen als bisher auf sie zukommen.

Stadtrat Høyem (FDP): Heute bekommt unsere Bundesrepublik eine neue Regierung. Wir haben einen ganz neuen Bundeskanzler, er ist Sozialdemokrat, heißt Herr Scholz. Wir kriegen eine neue Ministerin für das Auswärtige Amt, Annalena Baerbock, sie ist grün. Es ist für Deutschland ein Experiment, das erste Mal, dass wir eine Koalition haben mit drei verschiedenen Parteien, sehr verschiedene Parteien. Und ich bin überzeugt, mit der Erfahrung, die ich selber habe, von einer Koalitionsregierung, dass die Minister in dieser Regierung große, große Lust haben, zu regieren. Ich denke, das wird gut für Deutschland. Aber klar war, für Bundeskanzler Scholz, falls man nicht akzeptiert eine bestimmte Bedingung, gibt es keine Steuererhöhungen. Das hat der Bundeskanzler verstanden, das haben Herr Habeck und Frau Annalena Baerbock verstanden, das haben die Grüne Partei, das haben die sozialdemokratische Partei verstanden, dass dieses eine absolute Bedingungen war. Wir haben eine neue Regierung, wo die erste Bedingung war, keine Steuererhöhungen. Warum? Weil, das habe ich am Anfang in meinem Haushalt gesagt, ich habe so angefangen, mit der Wirtschaft fängt der Haushalt an. Mit der Wirtschaft und den Unternehmen. Wir im Gemeinderat und in der Verwaltung haben kein Geld. Wir können nur die Steuergelder ausgeben, die wir haben. Und dann habe ich hinzugefügt, es ist intellektuell und sogar nahezu moralisch schwierig, das Wort bezahlbare Wohnungen zu hören von Personen, die eigentlich intelligent genug sind, zu wissen, dass eine Grundsteuer bedeutet, höhere Mieten. Also, keine bezahlbaren Wohnungen. Deshalb ist es nicht eine normale politische Diskussion über diese Grundsteuererhöhung. Es ist eigentlich sowohl eine intellektuelle, als eine moralische Diskussion. Und ich wollte sehr gern, dass wir in unserer Debatte in der Zukunft für bezahlbare Wohnungen nicht dieses Klischee benutzen, besonders wegen dieser Grundsteuer, welche dann die Miete erhöht.

Und zweitens zu der Gewerbesteuer, Corona ist nicht fertig. Das haben wir zu optimistisch gehofft, so ist es nicht. Und das bedeutet auch, dass viele in der Wirtschaft... Ich habe den Eindruck, wenn Leute Wirtschaft hören, dann denken die an Direktoren mit Millioneneinnahmen oder so etwas. Wirtschaft sind aber auch Arbeiter, Herr und Frau Schmidt, die in diesen Wirtschaften arbeiten und vielleicht 1.500, 2.000 Euro pro Monat verdienen, vielleicht sogar nicht das. Jetzt hilft vielleicht der neue Mindestlohn. Aber wenn man dann hört, und besonders von meinem sehr geschätzten Kollegen, Herrn Zeh, dass er sagt, ja, das ist nur das Gewerbe, das Gewinn macht, das Steuern bezahlt. Aber Herr Zeh, Sie arbeiten selbst in einem großen Unternehmen. Sie wissen doch, dass ein Unternehmen benutzt nicht den Überschuss, den Gewinn, um Whisky zu trinken oder großen Reisen zu haben, die investieren das. Und die Investition ist die Zukunft. Deshalb ist das, was sie zuletzt gesagt haben, gerade jetzt mit Gewerbesteuer zu kommen, wirklich wie ein Boxhandschuh.

Ich beende dieses ohne eigentlich eine Hoffnung, dass ich an jemanden appellieren könnte, aber intellektuell redlich muss es gesagt werden. Für die Liberalen ist eine Steuererhöhung nicht nur unglaublich unintellektuell, unlogisch und unpraktisch, es ist eigentlich auch schwierig moralisch zu verteidigen in einer Zeit, wie unserer Zeit jetzt. Und diese Bedingung bundesweit ist verstanden von der Regierung, die jetzt glücklicherweise unsere Bundesrepublik in der Zukunft regiert. Ich hoffe sehr, dass man auch hier versteht, dass eine Steuererhöhung, die Grundsteuer oder die Gewerbesteuer, das schlimmste Mittel ist, was wir zurzeit benutzen können. Und es ist ein bisschen arrogant zu denken, wir sind so klug, wir 48, dass wir ganz genau wissen, wie wir dieses Geld verteilen, auch wenn das nicht unser Geld ist. Weil, falls wir nicht genug haben, dann holen wir noch mehr Geld von Steuern. Also wir lehnen absolut Steuererhöhungen ab, hier, wie bundesweit.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich möchte daran erinnern, dass wir den Antrag gestellt hatten, die Redezeit in den Haushaltsdiskussionen zu verlängern und dass Sie alle geschlossen dagegen gestimmt haben. Ich habe mich, und wir haben uns als Fraktion insgesamt, schon eingeschränkt gefühlt. Wir haben zu einigen Beiträgen nichts gesagt, obwohl wir es gerne gemacht hätten wegen der eingeschränkten Redezeit. Ich bitte, das, für die nächsten Haushaltberatungen zu überdenken.

Jetzt habe ich bei diesem ein Dèjà vu, denn ich muss an den HSPKA-Prozess denken, wo wir so viel Geld einsparen wollten. Am Ende waren die Steuererhöhungen das, was das meiste Geld gebracht hat. Aber eins muss klar sein, Steuer erhöhen ist nicht sparen. Das bedeutet nur, das Geld der anderen auszugeben. Deswegen sind wir als AfD-Fraktion gegen alle drei Steuererhöhungen und wir dürfen das auch sein, denn wir haben Anträge eingebracht, wir haben 70 Anträge eingebracht, in denen wir über zusammen über die zwei Jahre mehr als 60 Millionen Euro eingespart hätten, wenn sie eine Mehrheit gefunden hätten. Und damit hätten wir diese Steuererhöhung gegenfinanziert, wenn man uns gelassen hätte und hätten sogar noch die Neuverschuldung um 8 Millionen Euro reduzieren können. Wir sind also jetzt gerade dabei ein Plus von 20 Prozentpunkten bei der Gewerbesteuer zu beschließen und das bedeutet 28 Millionen, die in den nächsten zwei Jahren von den Geschäften und Gewerbetreibenden dieser Stadt zusätzlich erwirtschaftet werden müssen. Denn, die werden die dann zusätzlich zahlen müssen. Und das ist natürlich Geld, was die Arbeitsplätze hier in unserer Stadt direkt verteuert. Da muss man dann auch dran denken, wenn man sonst immer auf der Seite der Arbeitnehmer sein will.

Beim HSPKA-Prozess haben wir die Grundsteuer bereits von 420 Prozent auf 470 Prozent erhöht und haben damals das Wohnen in Karlsruhe um rund 6 Millionen Euro verteuert. Und jetzt schlagen wir noch mal 2,4 Millionen Euro drauf. Denn diese Steuer muss natürlich nicht nur der Besitzer des Eigenheims, der selber drin wohnt, bezahlen, sondern sie ist ja, wie sicher alle wissen, mit den Nebenkosten auch auf die Mieter umlegbar. Und deswegen werden alle Mieter genauso daran beteiligt, wie die Eigentümer auch. Und das bedeutet unter dem Strich, dass die Fraktionen, die jetzt die Mehrheit liefern für diesen Beschluss, genau das Gegenteil tun von dem, was sie in den letzten drei Wahlkämpfen versprochen haben, nämlich das Wohnen billiger zu machen. Es passiert genau das Gegenteil, das Wohnen wird teurer gemacht.

Und zur letzten Steuer, zur Verpackungssteuer ist zu sagen, dass wir glauben, dass die etwa 2 Millionen Euro, die das wert sein soll, den Aufwand nicht rechtfertigen. Und auch dieses Geld muss von den Bürgern unserer Stadt, die konsumieren, bezahlt werden.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Ich lese derzeit zum Frühstück den Duden ab und an, blättere da drin. Und ich bin aktuell bei Kapitel B, B wie Bigotterie. Und lustiger Weise denke ich in dieser Diskussion sehr stark an diesen Begriff. Und wir gehen jetzt mal durch. Also erst mal, Herr Kollege Ehlgötz, wenn Sie sich jetzt als großen Verfechter der Mieter*innen in dieser Stadt aufspielen, dann ist das wirklich, wie hat der Kollege Maier gesagt, dreist. Weil, wer hat denn in der Bundesregierung seit Jahren verhindert, dass nämlich dieses Umlegungsmodell auf die Mieter*innen endlich mal abgeschafft wird. Und wenn wir dann in den Gemeinderat schauen, in jede Debatte um sozialen Wohnungsbau zu steigern, um Sozialquoten und so, dann können wir doch sicherlich hier Differenzen in der politischen Einstellung zwischen einer Seite des Hauses und der anderen Seite herstellen. Wer jetzt diese Mieter*innen versucht, vorzuschieben für diese Grundsteuerthematik, dann ist das falsch.

Bigott ist es auch, wenn man dann schreibt, dass die Gewerbesteuer die Wirtschaft völlig an die Wand fahren würde. Also, wir haben das ja letztes Jahr beantragt gehabt, da kam ja noch eine Ablehnung, das wollte ich hier auch mal an der Stelle wiederholen. Die Frau Erste Bürgermeisterin hat es oft genug gehört, sie wird es bei den anderen Steuern auch noch hören, wenn jetzt die Gewerbesteuererhöhung kommt, wird die alle Wirtschaften an die Wand fahren. Das ist einfach nicht der Realität entsprechend und unfassbar unterkomplex. Selbst die IHK hat eigene Studien, da kommt raus, dass die weichen Standortfaktoren sehr viel entscheidender sind für die Ansiedlung eines Unternehmens. Wir haben es im Wirtschaftsförderungsausschuss auch diskutiert, als es darum ging, wieso Karlsruher Unternehmen wegziehen. Das war nie der Fall, dass es darum ging, dass die Gewerbesteuer zu hoch ist, es waren fehlende Flächen und viele andere Faktoren auch.

Es ist auch bigott, wenn man über eine Haushaltsstabilisierung spricht und dann immer wieder sagt, es soll keine Denkverbote geben, aber bei jeder einzelnen Einnahmenerhöhung, die wir diskutieren, jedes Mal sagt, nein, das geht nicht. Es kann die Parkgebühr sein, es kann jede einzelne Gebühr sein, es kann jede einzelne Steuer sein, man ist immer dagegen. Und das passt auch nicht zusammen. Und was noch viel schlimmer ist, finde ich, wenn man dann diese Debatte dazu nimmt, einer Seite vorzuwerfen, sie würde nicht mit dem Haushalt umgehen. Wir sprechen jetzt über Vorschläge der Reduzierung um 15, 16, 17 Millionen Euro. Ein weitaus Vielfaches als das, was wir überhaupt heute beschlossen haben. Und obwohl wir noch nicht mal irgendwelche anderen Zahlen natürlich diskutiert haben, wir sind dabei, das gehört ja auch dazu, wir haben Ausgabenkürzungen beschlossen. Und es kommt immer nur, wir müssen weiter. Ja, wir sind doch dabei, zu diskutieren, wohin es geht. Aber man muss doch auch mal konstatieren, dass sich allein auf der Ausgabenseite dieses Problem nicht lösen wird. Und deshalb haben wir auch eine Erhöhung der Gewerbesteuer gefordert um 10 Prozentpunkte mehr, ich bleibe dabei. Wir brauchen das, wir werden auch in zwei Jahren darüber vermutlich sprechen werden. Für uns ist es wichtiger, dass wir das einmal machen und dafür die nächsten fünf Jahre stabil halten, als eine Scheibchentaktik zu haben. Wir glauben auch, dass die anderen Steuereinnahmen notwendig sind. Wir haben die Vergnügungssteuer angesprochen und weitere Steuereinführungen 2023. Ich glaube, es ist keine sinnvolle Strategie ein Jahr zu warten oder zwei Jahre zu warten und dann erst zu diskutieren und dann 2025 einzuführen. Ja, Frau Erste Bürgermeisterin, Sie haben recht, man muss auch immer erst die Ausgaben überprüfen. Aber ich glaube, wenn wir uns das Defizit heute schon anschauen, sind sie jetzt schon notwendig.

Und ich bleibe dabei, die Steuereinnahmen sind eine wichtige Thematik, wir werden auch sicherlich über Gebührenerhöhungen sprechen können. Und es bleibt bigott, wenn man das eine

sagt, aber das andere tut. Und deshalb fordern wir beides.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Ich möchte mit der Grundsteuer beginnen. Der Großteil der Bevölkerung lebt zur Miete. Und ja, noch ist es so, dass die Vermieter und die Eigentümer das zum großen Teil umlegen werden. Und ich glaube, selbst, wenn der Bund oder die Bundesregierung da eine Änderung herbeiführen würde, würden wir das trotzdem zu spüren bekommen, weil es dann über die Miete umgelegt wird direkt. Herr Bimmerle, Sie brauchen da nicht glauben, dass irgendjemand Wohnraum baut, erschafft, wo er zum Schluss dann noch drauflegt. Der will daraus auch irgendeinen Nutzen haben und Gewinn ziehen. Ich möchte aber zu bedenken geben, welche Bürger wir mit der Grundsteuererhöhung treffen. Es sind die Bürger, die im vergangenen Jahr in Kurzarbeit waren, die weniger verdient haben. Die aktuell mit sehr, sehr hohen Neben- und Energiekosten kämpfen. Die aktuell angeschrieben werden von ihrem Energieanbieter und unterjährig die Abschlagszahlungen erhöht bekommen, weil die Energieanbieter sehen, auf was für ein Fiasko wir am Jahresende zulaufen. Das muss man sich ins Gedächtnis rufen. Hinzu kommt, dass im nächsten Jahr der Großteil derer, die in Kurzarbeit waren, Steuererklärungen abgeben werden müssen und diese Einnahmen nachversteuern. Trifft sie also noch mal hart. Aus diesem Grund werden wir der Grundsteuererhöhung nicht zustimmen.

Ich komme zu der Gewerbesteuer. Ich habe so den Eindruck manchmal hier im Saal, die Unternehmen, die sind die eierlegende Wollmilchsau. Die sollen den Klimaschutz und die Nachhaltigkeit in ihrem Unternehmen umsetzen, sollen sozial hohe Standards für die Mitarbeiter hochhalten, fette Gewinne erwirtschaften und jedes Mal, wenn dann in der Kommune das Geld knapp wird, dann werden sie zur Kasse gebeten. Das ist so ein bisschen der Eindruck, der hier entsteht. Und ich möchte auch eins klarstellen Herr Dr. Cremer und Herr Zeh, es sind nicht nur Unternehmen, die Gewinne abwerfen, die mit der Gewerbesteuer belastet werden. Es gibt auch Unternehmen, die machen keine Gewinne und zahlen Gewerbesteuer, weil zum Beispiel ab einer gewissen Größenordnung Mieten und Pachten hinzugerechnet werden. Und dann ist es eine reine Substanzbesteuerung. Und wohin das führt, das können Sie sich, glaube ich, selbst ausrechnen. Der Großteil überhaupt der ansässigen Unternehmen sind doch kleine und mittlere Unternehmen, Personengesellschaften und Familienbetriebe. Und Karlsruhe spielt schon in der Oberliga, was die Gewerbesteuer angeht, das muss man sich auch mal vor Augen halten. Es ist ja nicht so, dass wir da bisher gerade günstig waren. Sicherlich wird das nicht jetzt Hundertschaften an die Wand und zu Hundertschaften das Land verlassen. Aber es wird ein weiterer Baustein sein. Das ist nicht die Willkommenskultur, die wir uns vorstellen. Die Unternehmen sind entweder direkt von der Corona-Krise betroffen und haben in der Vergangenheit jetzt gelitten, stark gelitten, haben keine Rücklagen mehr, haben kein Geld für dringend notwendige Investitionen. Und die, die nicht direkt betroffen sind, die sind aktuell indirekt betroffen durch Lieferengpässe, durch Personalmangel. Und ihnen schnüren wir damit die Luft ab. Aus diesen Gründen werden wir auch der Gewerbesteuererhöhung nicht zustimmen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Vielleicht nur ganz kurz, welches Zeichen setzen wir denn da nach außen. Sie predigen, liebe SPD, liebe GRÜNE und liebe LINKE bezahlbaren Wohnraum und erhöhen die Mieten. Auch wenn Sie den Bund jetzt, Herr Bimmerle, da noch reinziehen. Vorhin haben wir zum Beispiel mit der Stuttgarter Straße neuen Wohnraum ausweisen wollen, sind Sie auch dagegen. Das ist doch auch Wasser gepredigt und Wein getrunken. Sie bedauern den Einzelhandel, die Gastronomie, Hotellerie wegen Corona, erhöhen die Gewerbesteuer, super. Aber Herr Høyem hat es doch ganz klar gesagt, der Bund erhöht keine Steuer, aber Karlsruhe weiß es wieder besser. In Karlsruhe, da können wir das einfach machen. Das passt doch überhaupt nicht

ins Bild. Was wollen Sie denn eigentlich bei der nächsten Haushaltskonsolidierung noch machen? Glauben Sie denn allen Ernstes, Sie haben heute noch mal draufgesattelt, dann fällt es uns wie Schuppen von den Augen, was wir alles nicht mehr machen können. Sie werden wieder mit Steuererhöhungen kommen und das ist nicht nur unlogisch, wie Herr Høyem gesagt hat, das ist auch unsozial und das werden wir absolut nicht mittragen.

Stadtrat Høyem (FDP): Nur eine Bemerkung zu Herrn Bimmerle. Ich habe nicht gesprochen darüber, dass man unsere Wirtschaft gegen die Wand fährt, überhaupt. Corona bedeutet, vielen geht es schlecht, anderen geht es sogar gut. Wir haben ein Wachstum trotz Corona. Da gibt es viele Firmen, wo es gut geht. Aber die Gewinne möchten Sie und ich, hier sind wir überein, in die Zukunft investieren. Wir wollen jetzt die Klimakrise ernst nehmen zusammen mit Ihnen und anderen guten Kollegen und das kostet Geld. Wir wollen, dass man investiert in neue Digitalisierung. Wir wollen, dass man investiert in sichere Arbeitsplätze, sogar mit höheren Löhnen. Die Idee ist, die Zukunft wollen wir sichern. Und wir haben als Politiker sehr, sehr oft, die Situation, dass wir neue Bedingungen stellen, die neues Geld verlangen. Und dieses Geld kann nur von dem Überschuss, von den Gewinnen im Gewerbe kommen. Vielen Firmen geht es gut, aber Zukunft kann man nur sichern, wenn man investiert. Und der Grund ist, dass wir sagen, die Firmen können besser dieses Geld investieren in die Zukunft, als wir dieses Geld hier verteilen.

Zur Grundsteuer nur diese zwei Sätze. Wir verlangen wirklich jedes Mal, wenn neu gebaut wird, unglaublich hohen Standard. Wir verlangen aus Klimagründen und anderen Gründen viel von den Investoren, wie Frau Lorenz gesagt hat, Investoren investieren, um am Ende einen Gewinn zu haben. Und falls wir die Gewinnmöglichkeit total wegnehmen und falls wir die Miete so hoch machen, dann ist auch für dieses keine richtige Zukunft. Wir haben, das können die Wirtschaftsbürgermeister und Finanzbürgermeister bestätigen, ganz viele Unternehmen, die uns von Zeit zu Zeit verlassen und da gibt es verschiedene Gründe. Ein Grund ist selbstverständlich, dass wir nicht genug Flächen haben. Das können wir nicht plötzlich schaffen. Aber ein anderer Grund, zumindest in mündlichen Diskussionen mit Unternehmen, ist, dass wir sehr hohe Klimaforderungen hier haben und ein Grund mehr ist, dass die Gewerbesteuer so hoch ist. Und es nützt uns nicht so viel, wenn Unternehmen nach Ettlingen umziehen und wir haben Beispiele für dieses.

Also bitte lassen Sie uns ein Wirtschaftsklima hier schaffen, dass die Wirtschaft Lust hat, hier zu arbeiten, hier Arbeitsplätze zu schaffen und hier in die Zukunft zu investieren.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Vielen Dank, ich möchte noch einmal das Wort ergreifen, weil die Debatte doch hier deutlich konfrontativer geführt wird, als wir versucht haben, hier den Ton zu setzen. Ich habe hier versucht, eine moderate Rede zu halten und daran zu erinnern, dass es eben gemeinsame Entscheidungen dieses Rates waren, auch über einige Legislaturperioden, die dazu geführt haben, dass wir heute haushalterisch da sind, wo wir sind. Wir haben eine Kombilösung, die jetzt nächstes Jahr dann auch haushalterisch zu Buche schlägt in diesem städtischen Haushalt, was sie bisher nicht getan hat, weil bisher alles gegen Kredite finanziert wurde. Das wird ab 2022 nicht mehr der Fall sein. Das waren Entscheidungen, die in der Vergangenheit getroffen worden sind von anderen Mehrheiten als der heutigen. Auch damals haben die Entscheidungsträger*innen sicher im besten Wissen und Gewissen, das will ja niemand in Abrede stellen, alle mit dem Wohl der Stadt im Blick getan. Und genauso haben wir heute mit den Entscheidungen, die wir treffen wollen, das Wohl der Stadt im Blick, mit dem, was wir da tun. Und ich hatte gesagt, wir fällen diese Entscheidung nicht leichtfertig, wenn wir über die

Grundsteuer reden, weil wir natürlich wissen, das hatte ich auch gesagt, dass es alle Bürger*innen trifft, Eigentümer*innen, wie Mieter*innen. Es trifft auch die Unternehmen, die ja auch Grundsteuer zahlen müssen. Das ist uns sehr wohl bewusst. Wir haben aber in Karlsruhe das Glück, dass wir eine sehr vielfältige und leistungsfähige Wirtschaftsstruktur haben von Unternehmen, die in der Corona-Krise sogar noch, weil, sie in der IT waren, mehr nachgefragt worden sind, eine höhere Leistungsfähigkeit an den Tag gelegt haben. Diese Unternehmen sind vor allem auf Köpfe angewiesen. Und diese Köpfe haben wir in Karlsruhe, weil wir eben eine lebenswerte Stadt bieten. Und es ist nun mal so wie es ist, dass die Haushaltslage das Vorhalten dieser Infrastrukturen, die wir noch bezahlen müssen aus vergangenen Entscheidungen oder auch aus kürzlich getroffenen Entscheidungen, aber auch an Dienstleistungen, die junge Menschen haben wollen, wie zum Beispiel Kinderbetreuung, dass wir das heute mit den sich geänderten Steuereinnahmen nicht mehr finanzieren können, eben ohne noch einmal um eine Steuererhöhung bitten zu müssen. Wir hoffen natürlich auch, dass sich die Situation wieder ändert und bessert, dass wir mit einem strukturierten Konsolidierungsprozess, der eben Zeit braucht, in den kommen zwei Jahren auch noch mal der Aufgabenkritik etwas ändern können und die Ausgaben auch wieder senken können.

Uns ist aber sehr wohl bewusst, dass ein großes Investitionsprogramm für den Klimaschutz vor uns steht, deswegen sind wir da nicht dermaßen optimistisch wie manch andere, die dem Klimaschutz vielleicht keine große Rolle beimessen wollen, da optimistischer sind. Aus diesem Grund sind wir da auch nicht optimistisch und wollen nicht versprechen, dass wir diese Steuererhöhung kurzfristig wieder zurücknehmen könnten. Das wäre sehr lieb, wenn wir das tun wollten, aber wir haben hier eben auch eine andere Form der Erdigkeit. Diese Aufgabe ist auch ein Teil des Generationenvertrages. Es wurde auch gesagt, die Stadt könnte dann vielleicht klimaneutral aber pleite sein. Es ist so, CO₂-Emissionen in der Atmosphäre werden nicht abgezinst. Das ist etwas anders mit haushalterischen Dingen. Der Haushalt kann in einigen Jahren, in fünf oder zehn Jahren schon sehr viel anders aussehen. Mein Kollege Zeh hat mich daran erinnert, dass wir schon eine Milliarde D-Mark Schulden hatten. Wir waren von diesen Schulden auch wieder heruntergekommen. Das heißt, die Finanzsituation kann sich auch ändern, während die Klimakrise wird sich nicht einfach mit der Zeit wieder ändern. Wir sind deswegen der Überzeugung, dass der Vorschlag der Verwaltung ein guter Kompromiss ist zwischen dem, was wir unseren Bürger*innen und Unternehmen zumuten können und dem, was wir eben für eine sinnvolle und langfristige Finanzierung der Zukunftsaufgaben brauchen. Deswegen werben wir sehr stark dafür, auch hier gemeinsam als Gemeinderat diese Aufgaben zu erfüllen, die wir zum Teil uns in der Vergangenheit selber auch gegeben haben und die uns jetzt dann eben auch externe Faktoren wie die Klimakrise aufgeben.

Stadtrat Hock (FDP): Es gibt noch einige Dinge, die man vielleicht noch zu dieser Diskussion anmerken sollte. Und eines ist auch klar, das, was Kollegin Lorenz vorhin geschildert hat zum Thema Grundsteuer, da lässt sich ja eigentlich gar nichts mehr dazu sagen. Weil, eines ist auch klar, die Menschen in unserer Stadt, die in Kurzarbeit waren, die müssen auch Steuern bezahlen. Und die werden im Endeffekt mit dieser Entscheidung, die wir hier treffen, weiter belastet. Und es wird das Wohnen noch teurer gemacht, das muss einfach jedem klar sein, der sich für heute und für diese Entscheidung hier ausspricht. Das ist Fakt und das wird so sein. Und das dürfen und müssen Sie sich dann auch von den Menschen in unserer Stadt anhören.

Zur Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer ist eine Steuer und da hat auch wieder die Kollegin hier was gesagt, wenn man glaubt, dass die Gewinne, die sie jetzt in der Corona-Zeit nicht mehr in

der Größenordnung hatten, die Betriebe, nicht dazu genutzt werden sollten, um dann irgendwelche Feste oder sonstige Dinge zu feiern, mitnichten. Die erhalten die Arbeitsplätze, bauen ihre Betriebe aus und lassen das Geld in den Betrieben. Und ich muss ganz ehrlich sagen, man muss ja mal sehen, gegen wen unsere Gewerbetreibenden hier in der Stadt sich hier durchsetzen müssen, gegen das Umland. Und ich frage mich wirklich in diesem Turnus, wie wir die Hebesätze nach oben schießen, wie oft wollen wir das denn noch machen? Gucken Sie sich die letzten zehn Jahre an, wir sind doch laufend dabei, die Hebesätze zu erhöhen. Dieses Rad lässt sich doch nicht unendlich drehen. Und ich sage mal ganz ehrlich, wir sind jetzt an einem Punkt, dieses Zeichen in dieser Phase der Corona-Krise zu setzen für unsere Betriebe hier in Karlsruhe. Das ist völlig inakzeptabel und falsch. Man darf das nicht tun. Und ich sage Ihnen voraus, das wird den Standort hier in Karlsruhe schädigen. Mein Kollege Høyem hat vorhin schon angedeutet, dass es Betriebe gibt, die heute schon sagen, ist zwar alles toll, was ihr macht hier, aber wir gehen trotzdem weg, wir gehen trotzdem ins Umland, weil wir erstens keine Fläche haben, das kommt ja noch dazu. Und ich höre das von Herrn Zeh, wie alles toll ist und alles wunderbar, aber gehen Sie in die Betriebe, dann hören Sie sich das auch mal an, was die Ihnen sagen. Und diese Entscheidung heute zu treffen ist falsch. Sie ist falsch für die Betriebe in unserer Stadt. Und ich kann nur davon abraten, dieses zu tun.

Stadtrat Schnell (AfD): Herr Cremer, ich hoffe Sie haben an der Kreide, die Sie zu sich nehmen mussten, um so moderat zu sprechen, sich jetzt nicht noch kräftig verschluckt. Denn eins ist klar, Sie wollen diese Steuererhöhungen, um die Maßnahmen des sogenannten Klimaschutzes hier mit aller Gewalt durchzupushen. Und wir kennen ja Frau Sandra Detzer, die kürzlich in der Welt getönt hat, wo wir GRÜNEN an die Schalthebel der Macht kommen, werden wir nicht mehr verhandeln. Wir haben das hier mitbekommen gestern und heute, Sie waren da noch nicht mal bereit, irgendwelche Klimaschutzmaßnahmen zu priorisieren, alles ist gleich wichtig, alles muss möglichst sofort gemacht werden. Sie sind da null kompromissfähig und kompromisswillig. Und deshalb ist für mich ganz klar, Sie wollen hier den totalen Klimaschutz haben und sonst gar nichts.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Ich habe schon mein Problem jetzt mit dem Wortbeitrag von Herrn Dr. Cremer. Ich sage Ihnen mal jetzt als wirklich Kleinstunternehmer, als vielleicht sogar mehr oder weniger mittlerweile nur noch Soloselbstständiger, Sie haben keine Ahnung. Sie haben keine Ahnung, wie es draußen aussieht, wie es uns Kleinen dreckig geht. Wie wir kämpfen seit anderthalb, zwei Jahren, dass wir unsere Betriebe irgendwie noch über Wasser halten, weil wir die Hoffnung haben, es könnte, wenn Corona irgendwie rum ist, besser werden. Wir greifen Rücklagen an, die wir für die Altersversorgung ausgelegt haben, andere Rücklagen müssen wir angreifen oder nehmen die jetzt in die Betriebe rein. Aber das können Sie sich nicht vorstellen und Ihre Kolleginnen und Kollegen auch nicht, weil sie in ganz anderen Welten leben, in Ihrer eigenen Welt. Das ist ja auch okay, soll jeder so leben, wie er will. Aber wenn Sie dann praktisch Ihre Sicht oder wie Sie leben auf alle anderen übertragen und dass wir dann eben auch so leben sollen, wie Sie und dann letztendlich das ausbaden sollen, was Sie hier mehrheitlich beschließen, dann ist das eine Sache, die finde ich unverantwortlich. Und ich spreche Ihnen da in Richtung Gewerbesteuern, in Richtung Gewerbe und Wirtschaftlichkeit absolut die Kompetenz ab und ich appelliere noch mal an einige kluge Menschen hier auf der linken Seite, gerade bei der SPD. Sie müssten doch auch wissen, wie es den Kleingewerbetreibenden geht, appelliere ich noch mal an Sie hier, die Gewerbesteuer nicht mit zu erhöhen.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Lieber Lüppo Cramer, du hast mir in diesem Fall direkt aus dem

Herzen gesprochen. Ich möchte jetzt noch einen kurzen versöhnlichen Ausblick in die Zukunft setzen. Die Gewerbesteuer ist das, was eine Stadt retten kann. Denken wir an das Wunder von Mainz, ein Unternehmen, ein Impfstoffhersteller, Biontech mit Namen, wird so viel Gewerbesteuer in die Kassen einer fast bankrotten Stadt spülen mit fast einer Milliarde Euro. Was uns zeigen soll, ist, daraus können wir lernen für die Zukunft, den Standort, den Wirtschaftsstandort Karlsruhe zu stärken. Und Steueranhebung ist in diesem Fall nicht das richtige Signal. Und vielleicht lernen wir aus dieser Not für die Zukunft die richtigen Weichen in diese Richtung zu stellen.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Ich möchte jetzt hier noch mal kurz darauf eingehen, wenn mir vorgeworfen würde, ich hätte hier überhaupt keine Ahnung. Ich habe mich weiter in der Debatte hier bemüht, sozusagen niemanden persönlich anzugehen, das möchte ich auch weiter tun. Deswegen möchte ich auch alle einladen, nicht zu voreilig zu urteilen über das, worüber Menschen Ahnung haben oder nicht. Das habe ich vor niemandem getan und das würde ich auch allen raten und bitten, genau dieses zu tun. Denn Sie können sich manchmal deutlich verschätzen.

Stadtrat Müller (CDU): Herr Dr. Cremer, ich pflichte dem vom Herrn Cramer bei, Sie haben in der Tat keine Ahnung von den Unternehmern hier in dieser Stadt, die für das Steueraufkommen sorgen. Und Sie haben letztendlich Ihre Verachtung gegenüber denen, die die Steuern aufbringen, deutlich zum Ausdruck gebracht. Und Sie, lieber Herr Zeh und Ihre Sozialdemokraten, Sie haben ihre sozialdemokratischen Grundsätze hier in dieser Stadt heute über Bord geworfen. Fahren Sie nach Berlin zu Ihrem neuen Bundeskanzler und bitten Sie um Abbitte.

Der Vorsitzende. Erstens, ich appelliere an Sie noch mal, dass wir keine Wortwahl treffen, die dem NSDAP-Sprachgebrauch entspricht. Und ich würde Sie jetzt abschließend dazu auffordern, das endlich mal zu beherzigen.

Zweitens, ich muss jetzt zu manchen Argumenten doch noch ein bisschen was sagen. Und Herr Stadtrat Høyem, wir unterscheiden uns in vielem nicht von unserer politischen Einschätzung, aber die FDP-Ideologie, die da wieder rausgekommen ist, die hinter jeder Steuer einen unrechtmäßigen Eingriff in den Privatbesitz irgendwelcher Wirtschaftstreibenden oder Privatleute nimmt - haben Sie nicht gesagt, aber Sie haben es gemeint - dem muss ich ausdrücklich hier entgegenstehen. Unser ganzes Sozialwesen, unser ganzer Staat beruht darauf, dass diejenigen, die von dem Staat profitieren und die es sich leisten können, weil sie nämlich Erträge haben, dann einen Teil davon abführen, das ist ein gutes System. Und das stellen Sie ja auch grundsätzlich nicht in Frage. Und Sie werden es auch die fünf Jahre nicht durchhalten. Wir können uns nachher einigen, um was wir wetten, es wird nicht Steuererhöhung heißen, weil das ja die FDP im Koalitionsvertrag verboten hat, aber es wird Abgabeerhöhung heißen oder es wird Berechnungsmodellveränderung heißen oder wie auch immer, am Ende braucht der Staat mehr Geld, denn er ist letztlich kolossal unterfinanziert. Und innerhalb des Staates ist auch noch mal die kommunale Ebene kolossal unterfinanziert. Und glauben Sie uns, uns macht es doch keinen Spaß, am Rad der Gewerbe- oder der Grundsteuer zu drehen, aber wir haben keine andere Möglichkeit, um die Standards und die Leistungen, von der jeden Tag jeder Einwohner in dieser Stadt und jeder Betrieb in dieser Stadt profitiert, weiter am Leben zu erhalten. Und ich habe auch von keinem, der hier irgendwie - außer von der AfD - der Meinung ist, diese ganzen Steuererhöhungen sind falsch, auch nur annähernd Einsparvorschläge in diesen Bereichen erlebt, wo wir freiwillige Leistungen haben, wo wir das auch reduzieren müssten, weswegen die

Menschen, die Betriebe, vor allem aber auch die Fachkräfte in diese Stadt kommen, die wir dringend in dieser Stadt brauchen.

Und jetzt lieber Herr Stadtrat Ehlgötz, warum melden sich die Rennpferde bei mir nicht, die wir alle zu Ackergäulen machen? Im Gegensatz zur letzten Steuererhöhung habe ich keinen einzigen Brief bekommen. Letztes Mal war es ein Apotheker. Und ich habe kein Schreiben der IHK bekommen, gab es auch nicht. Ich habe den Eindruck, dass es grundsätzlich akzeptiert ist, dass wir bei dem, was wir hier den Menschen vor Ort bieten, an dieser Stelle und in dieser finanziellen Situation, gar nicht anders können, als die Einnahmefinstrumente zu nutzen, die da sind. Wen treffen wir denn? Wir haben 30.000 Betriebe in dieser Stadt, die theoretisch Gewerbesteuer zahlen könnten, von diesen zahlen nur 8.200 Unternehmen, weil der Rest wegen Kleinbetrieben und so weiter, gar nicht herangezogen wird.

Und Herr Cramer, ich kann Ihnen zu dem, was Sie über Kleinbetriebe erzählt haben in Corona-Zeiten, zu allem rechtgeben. Ich glaube, das hat an der Stelle bei den wenigsten Firmen etwas mit Gewerbesteuer zu tun. Und die Dinge jetzt so einfach sozusagen äquivalent zu stellen, finde ich an der Stelle nicht fair, wenn wir uns hier gemeinsam bemühen, einen genehmigungsfähigen Haushalt zu bekommen und das ohne diese ganzen besonderen Qualitäten von Karlsruhe in Frage zu stellen.

Und wenn wir schon bei Corona sind, wir haben in Corona mitbekommen, dass es zum Beispiel deutlich mehr Gewalt in der Familie gab. Unsere Frauenhäuser haben bis heute uns nicht diese Rückmeldung bestätigt. Wir haben gehört, dass die Kinder- und Jugendpsychiatrien überlaufen. Ich habe an einer bundesweiten Videodiskussion teilgenommen, habe mich noch kurz vorher bei uns in der Klinik erkundigt, die haben gesagt, wir haben natürlich mehr Notfälle gehabt, wir haben sie aber alle versorgen können. Die Wartelisten sind etwas länger geworden. Das Grundproblem ist, dass wir insgesamt zu wenig Betten haben. Aber dass jetzt die Versorgung an dieser Stelle völlig den Bach runtergegangen ist, wie es anderswo war, das hat, und das ist die Aussage auch gewesen, etwas mit dem gut funktionierenden Kinder- und Jugendhilfesystem in dieser Stadt zu tun, wo man sehr intensiv zusammenarbeitet mit ganz vielen Beratungsstellen, mit aufsuchender Familienarbeit und vielem mehr. Dasselbe könnte ich über den ÖPNV sagen. Wir leisten uns ein System des größten schienengebundenen und damit auch schon nachhaltigsten ÖPNV-Systems verglichen mit den großen anderen ÖPNV-Systemen in der Bundesrepublik. Und so könnte ich das jetzt durchdeklinieren. Und alle diese Qualitäten kosten Geld, die wir durch die Steigerungen aus den verschiedenen Einnahmen auf Dauer nicht bewältigen können. Und deswegen geht es einfach nicht anders.

Zur Gewerbesteuer habe ich schon mal was gesagt, 8.200 und es werden durch Corona ein paar weniger werden. Und es ist nicht so, dass wir jetzt alle Gewerbetreibenden in Karlsruhe da irgendwie zu Ackergäulen machen.

Dann wird immer von 20 Prozentpunkten geredet. Ich will noch mal deutlich machen, wir haben im Moment 330.000 Millionen Euro Einnahmen Gewerbesteuer, wir reden um zusätzliche 15 Millionen, die wir erwarten, weil es nicht 20 Prozentpunkte sind, sondern 20 Hebesatzpunkte. Da bitte ich, das auch der Presse möglichst richtig wiederzugeben, sonst löst das eine völlig falsche Panik aus.

Jetzt die Abwanderung, ich habe noch keinen einzigen Gewerbebetrieb getroffen, der mir

gesagt hätte, dass er aus Karlsruhe abwandert wegen der Gewerbesteuer. Und es gibt Untersuchungen der IHKs, da gibt es eine aus Hessen, die ist schon ein paar Tage älter, aber da war die Gewerbesteuerhöhe irgendwo zwischen dem 10. und dem 15. Grund, warum man eine Ansiedlung irgendwo macht. Es spielt eine Rolle, aber es spielt nicht die Rolle, die Sie hier in diesem Raum eingebracht haben. Und das damit zu verknüpfen, dass wir hier den Wirtschaftsstandort an der Stelle gefährden, ist an der Stelle überzogen.

Im Übrigen, ich muss noch mal zum Thema Steuer allgemein kommen. Das ist nicht das Geld der anderen. In dem Moment, wo wir Steuereinnahmen haben, ist es das Geld, das wir für die Bürgerinnen und Bürger ausgeben. Und das kann ich auch selbstbewusst als Gemeinderat und auch als Stadtverwaltung da einsetzen, wo wir uns gemeinsam an der Stelle verständigen, zum Wohle der Gemeinschaft und zum Wohle auch der Gesamtgesellschaft und aller Beteiligten. Und insofern ist es auch moralisch überhaupt kein Problem für mich, jetzt an dieser Stelle die Gewerbesteuer zu erhöhen und es mag Einzelne geben, die jetzt im Moment in große Probleme kommen durch Corona, das sind auch vielleicht ganz viele Kleine. Aber alle die, würde ich unterstellen, sind nicht die Gewerbesteuerzahler, die wir hier jetzt ernsthaft zur Kasse bitten. Ich sehe umgekehrt, Herr Stadtrat Høyem, viele, die in den letzten Jahren auch in Karlsruhe durch ihr Geschäft viel Geld eingenommen haben. Und ich sehe nicht, dass die das alle in F und U oder in Erweiterung investiert haben. Sie haben recht für einen Teil, aber es sind auch nicht alle. Und deswegen müssen wir hier an einen fairen Ausgleich kommen und da ist, finde ich, unsere vorgeschlagene Erhöhung durchaus moderat.

Jetzt kommen wir zum Thema Grundsteuer. Das Problem der steigenden Mieten in Karlsruhe ist nicht die Grundsteuer, sondern, dass überall da, wo neuer Mietraum entsteht, viele, die in diesen Mietraum investiert haben, sich dann an das aktuelle Mietniveau anpassen, das deutlich überhitzt ist und das teilweise auch natürlich etwas damit zu tun hat, welche Mieten man hier verlangen kann, weil wir Kundschaft haben, die auch bereit ist, diese Miete zu zahlen. Und natürlich erhöhen sie über die Grundsteuer dann die Nebenkosten. Ich kann mir bessere Modelle vorstellen, aber ich habe keine dann auch an der Stelle, weil auch die, die Grundsteuer zahlen, profitieren von dieser sozialen und anderen Infrastruktur. Und ich habe noch mal bei Herrn Dollinger nachgefragt, von den Gesamtflächen, für die wir Grundsteuer erheben, sind nur 17,5 Prozent Mietwohnungsbau. Also, die Gleichsetzung, Herr Stadtrat Dr. Schmidt, wir haben seinerzeit sechs Millionen mehr eingenommen und die sind jetzt 1:1 auf die Mieterinnen und Mieter in Karlsruhe umgelegt worden, stimmt einfach nicht. Es ist ein deutlich geringerer Anteil, der dann auf die Mieterinnen und Mieter umgelegt werden kann. Und an mir scheitert es nicht, die Grundsteuer zu reformieren in einer anderen Weise. Nur, ich kann mir es an der Stelle eben auch nicht aussuchen, ob mir das an der Stelle so passt oder nicht passt. Und vielleicht sind ja auch manche Vermieter mal ein bisschen selbstkritisch, wie sie denn mit ihren einverlangten Mieten umgehen. Wir können deswegen auf ein so wichtiges Finanzierungsinstrument, und wir haben als Stadt nur relativ wenige, an der Stelle eben auch nicht verzichten.

Das noch mal zur Klärung einiger hier in den Raum gestellter Fakten. Jetzt noch einige Wortmeldungen

Stadtrat Høyem (FDP): Herr Oberbürgermeister, ich schätze sowohl Sie als Person, als auch als Oberbürgermeister für Karlsruhe sehr. Und ich sehe es auch, was Sie jetzt gesagt haben. Ich wollte nur drei Bemerkungen sagen. Eine ist, ich habe meine politische Karriere, sogar, bevor Sie geboren waren, angefangen, und als Sozialdemokrat. Ich war zehn Jahre lang

Sozialdemokrat, ich war im Vorstand für die Sozialdemokratie in Dänemark. Und diese sozialdemokratische, sehr gute, positive Vision habe ich niemals vergessen und auch nicht verraten. Ich bin so weit weg, wie man überhaupt sein kann von neoliberal, falls ich in dieser Ecke platziert werde, dann hat es mit Tom Høyem nichts zu tun. Wenn ich über den Gewinn rede, vergleichbar zu der Steuer, wie wir das benutzen, dann hängt das sehr viel damit zusammen - ich habe das ein paar Mal gesagt, die GRÜNEN haben das noch nicht verstanden - dass ich wahrscheinlich einer hier bin, der mehr mit Klima arbeitet als alle anderen. Und das wissen Sie persönlich. Ich bin beschäftigt in einer Firma, der es sehr, sehr gut, sogar in der Corona-Zeit noch besser geht. Aber wo wir auch verlangen, dass die Klimainvestitionen sehr wichtig sind, die Arbeitsplätze zu behalten. Herr Cremer, ich kenne auch Klimaentwicklung und ich weiß, dass es notwendig ist, zu investieren, aber dieses Geld müssen wir auf den einen oder anderen Weg bekommen. Und ich denke, es ist besser, den Gewinn im Klimaschutz zu benutzen, dort, wo die Gewerbe sind.

Danke, was Sie gesagt haben, ich habe das gehört, ich nehme das auch sehr ernst, was Sie gesagt haben. Aber bitte, falls jemand in dieser Gruppe denkt, dass ich neoliberal bin, ich bin sehr weit davon entfernt. Ich bin in meinem Herz ursprünglich Sozialdemokrat, das habe ich nicht verraten. Aber ich finde aus vielen anderen Gründen, dass es nicht für mich gepasst hat.

Der Vorsitzende: Okay, vielen Dank, nehme ich gerne an.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Sie haben ein Stück weit recht, ich habe gesagt, dass unser HSPKA-Prozess vor fünf Jahren das Wohnen um knapp sechs Millionen verteuert hat und dass wir jetzt noch mal 2,4 Millionen draufsetzen. Sie haben recht, es ist nicht nur das Wohnen, da gehört auch Gewerbe dazu, richtig. Es werden auch Gewerbebetriebe belastet, die kriegen das dann zu der Steuererhöhung für die Gewerbesteuer noch dazu. Aber es betrifft neben den Mietern auch diejenigen, die im Eigenheim wohnen und die werden aller gleichermaßen betroffen. Vor fünf Jahren schon, ab da müssen sie pro Jahr knapp 6 Millionen Euro mehr bezahlen insgesamt und jetzt noch mal 2,4 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich. Aber der Unterschied zu den schon hohen Mieten ist, dass diese Erhöhung mit den Nebenkosten umgelegt wird. Das heißt, da gibt es keinen Mieterhöhungsprozess. Sie wissen ja, dass es gar nicht so leicht ist, die Miete zu erhöhen oder erhöht zu bekommen. Da kann man sich ja dagegen wehren. Aber gegen diese zusätzlichen Kosten können sich Mieter nicht wehren und Eigenheimbesitzer können sich dagegen auch nicht wehren. Sie kriegen es einfach zusätzlich aufgebürdet. Und deswegen sind wir dagegen.

Der Vorsitzende: Aber dann schauen Sie sich mal an, auf welcher Berechnungsgrundlage Grundsteuer bisher in Deutschland berechnet wurde, das ist skandalös. Und das hat ja deswegen auch das Bundesverfassungsgericht aufgehoben. Weil nämlich dem steigenden Wert der Nutzung von Grundfläche in keiner Weise irgendeine Beteiligung an der Gesamtstaatsfinanzierung so parallelisiert aufgesetzt wurde, wie Sie das von allen Steuerarten kennen. Und insofern bleibt uns an der Stelle, für das Privileg, eine Fläche in Karlsruhe zu besitzen und nutzen zu können, nichts anderes übrig, als auch dieses Instrument heranzuziehen, wenn es um die Abbildung der großen Leistungen für die Gesellschaft geht, die wir aber letztlich auch aus den Zuflüssen aus dieser Gesellschaft finanzieren müssen. Wie sollen wir es denn anders tun? Und das möchte an der Stelle einfach deutlich sagen. Und da ist in den letzten Jahrzehnten viel versäumt worden. Auch die CDU, die ja in der Regierung beteiligt war, zeitweise gab es ja sogar den Wunsch, die Gewerbesteuer zum Beispiel ganz abzuschaffen, das konnten wir, Gott sei

Dank, mit dem Städtetag verhindern, sonst wären wir jetzt völlig blank. Es hat keiner was dagegen, dass sich jetzt neue Steuermodelle ergeben, die vielleicht alle diese Aspekte aufgreifen, die Sie anfassen. Aber die Darstellung, dass die heute vorgeschlagene Gewerbesteuer- und Grundsteuererhöhung auch annähernd etwas mit den Folgen zu tun hat, die Sie hier an die Wand malen, die ist einfach nicht nachvollziehbar und die ist auch letztlich nicht korrekt. Dass wir uns hier in der politischen Diskussion so austauschen, ist völlig in Ordnung, aber ich muss es an der Stelle eben genauso deutlich sagen.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Gestatten Sie mir einen Satz Herr Oberbürgermeister, Eigentum zu haben ist nicht nur ein Privileg, es ist auch eine Verpflichtung, für die die Menschen, die Eigentümer sind, sehr viel leisten und das sollte man nicht einfach nur so als Selbstverständnis annehmen, sondern auch anerkennen.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Ich möchte noch auf zwei Punkte Stellung beziehen, die Sie gesagt haben, Herr Oberbürgermeister. Zum einen ist es nicht korrekt, dass die IHK sich nicht bei Ihnen gemeldet, vielleicht mit einem direkten Brief. Aber Herr Grenke hat in einer Stellungnahme, in einer Pressemitteilung, sich ganz klar gegen die Steuererhöhung für die Unternehmen ausgesprochen.

Der zweite Punkt ist sicherlich, es ist nicht so, dass die Unternehmen, die Karlsruhe verlassen, bei Ihnen im Büro vorstellig werden und sagen, wir gehen, weil uns die Gewerbesteuer hier zu hoch ist, zumal es immer nur ein Mitgrund ist. Das ist ein subjektives Empfinden. Ich habe bei Gericht schon mehrere Unternehmen gehabt, die deutlich gesagt haben, dass das für sie ein Grund ist, den Firmensitz, den ideellen Firmensitz außerhalb Karlsruhes zu verlegen.

Der Vorsitzende: Das ist etwas, dem ich nicht widersprechen kann, weil wir ja alle wissen, wie die Firmen zum Teil auch, die mehrere Standorte haben, versuchen, durch die formale Verlagerung des Firmensitzes auch noch das letzte Euro Steuer da heraus zu quetschen. Trotzdem bleiben Sie ja dann hier. Es geht doch nur darum, dass sie dann das umswitchen. Und dem ist ja auch ein bisschen ein Riegel vorgeschoben, ich weiß nicht mehr genau, wie dieses Modell heißt, aber wo sie die einzelnen Arbeitsplätze dann - Zerlegungsmodell, genau, das fehlte mir jetzt, bei Zerlegung denke ich immer an was anderes.

Dann haben wir diese Diskussion jetzt hinter uns. Und bevor wir jetzt dann doch in eine Pause gehen sollten, weil wir jetzt völlig überzogen haben, gehen wir noch mal durch die Anträge durch. Wenn Sie einverstanden wären, würde ich alle Ihre Anträge als Änderungsanträge zu unserer städtischen Beschlussvorlage jetzt hier aufrufen. Und jetzt muss ich nur noch mal gucken, dass ich das alles richtig zusammenbringe.

Dann fangen wir mit der Gewerbesteuer an. Und da gibt es die **Änderungsvorschläge der KAL/Die PARTEI und der AfD und der CDU (OZ 175 a und b sowie Änderungsantrag CDU)** auf die Erhöhung des Hebesatzes 20 Prozentpunkte zu verzichten. Sie beantragen also in unserer Beschlussvorlage diese **20 Hebesatzpunkte für die Gewerbesteuer wieder zurückzunehmen**. Und jetzt bitte ich um Abstimmung über diesen Änderungsantrag und bitte um Ihr Votum. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt der kommt der **Antrag der LINKEN, die Gewerbesteuer um weitere zehn Punkte zu erhöhen (OZ 175 c)**, so habe ich das, glaube ich, richtig verstanden, von 450 auf 460. Und ich bitte

auch hier um Ihr Votum. Das ist eine deutliche **Ablehnung**.

Jetzt kommen wir zur Grundsteuer (**OZ 174 a und b sowie Änderungsantrag CDU**). Auch da haben wir wieder Änderungsanträge der **KAL/Die PARTEI**, der **AfD** und auch der **CDU auf die Erhöhung der Grundsteuer zu verzichten**. Und auch hier bitte ich um Ihr Votum ab jetzt. Auch das ist eine **Ablehnung**.

Dann haben wir die **unveränderte Beschlussvorlage der Verwaltung** und da bitte ich jetzt um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **Mehrheit** an der Stelle.

Wir haben jetzt noch einige Anträge und müssten ja auch noch mal in eine Unterbrechung, um über das Gesamtergebnis noch mal uns kurz zu verständigen. Ich denke, dass wir jetzt erst mal die Pause machen wollen. Wir verständigen uns auch jetzt schon. Also, ich glaube, die noch übrigbleibenden Anträge ändern nicht so viel. Und dann kommen wir noch mal zusammen, machen die letzten fünf, sechs Anträge und dann kommen wir Abschlussabstimmung. Ich schlage vor, dass wir uns aber dennoch jetzt mal so eine halbe Stunde gönnen sollten bis 17.10 Uhr. Und ich würde mich freuen, wenn die Fraktionen mal doch in bestimmten Gruppen sich zusammenfinden könnten, dass ich einfach noch mal mit einzelnen Fraktionsvorsitzenden beziehungsweise den Fraktionen ein kurzes Gespräch führen kann.

(Unterbrechung der Sitzung von 16:40 Uhr bis 17:15 Uhr)

Wir haben jetzt noch einige Anträge zu bearbeiten, das sind genau sechs, sieben. Und dann würden wir noch in eine endgültige Beauftragung auf der Grundlage der derzeitigen Beschlüsse gehen, um den Satzungsbeschluss für den Dienstag vorzubereiten. Da brauche ich dann am Ende doch noch mal eine Abstimmung. Dennoch findet der eigentliche Satzungsbeschluss ja erst am Dienstag statt. Das heißt, wir können auch bis Dienstag noch das ein oder andere besprechen.

Antrag 176 (Seite 125): Nachhaltige und stabile Finanzen in der Zukunft - Zweitwohnungssteuer, Erhöhung des Hebesatzes auf 12 Prozent (DIE LINKE.)

Da geht es um nachhaltige und stabile Finanzen. Wir können gleich zur Abstimmung kommen, und ich bitte um Ihr Votum - **(mehrheitliche Ablehnung)**.

Antrag 177 (Seite 125): Nachhaltige und stabile Finanzen in der Zukunft – Vergnügungssteuer (DIE LINKE.)

Es geht um die Erhöhung um 2 Prozent auf 24 Prozent, auch hier bitte ich Sie um Ihr Votum - **(mehrheitliche Ablehnung)**.

Antrag 178 (Seite 125): Nachhaltige und stabile Finanzen in der Zukunft – Einführung einer Wettbürosteuer mit einem Steuersatz von 1,5 Prozent (DIE LINKE.)

Ich bitte um Ihr Votum - **(mehrheitliche Ablehnung)**.

Antrag 179 (Seite 125): Nachhaltige und stabile Finanzen in der Zukunft –Einführung einer Übernachtungssteuer in 2023 in Höhe von 5 Prozent (DIE LINKE.)

Was wir in Vorbereitung des nächsten Haushaltes gegebenenfalls noch mal diskutieren sollten, aber hier schon mal in der Vergangenheit übereingekommen sind, dass wir hier noch nicht in der Situation sind, dass wir so was einführen sollten. Ich will damit nur signalisieren, wir kennen das Thema, wir haben es schon mal diskutiert, die Empfehlung ist aber, im Moment gerade es nicht umzusetzen.

Stadtrat Schnell (AfD): Ganz kurz, also wir halten nichts von dieser Übernachtungssteuer, wir werden sie ablehnen. Allerdings, selbst im Falle dieser Einführung, würde die wohl kaum was bringen, da ja die Mehrheit hier von der autofreien Innenstadt träumt und dann sowieso keiner mehr nach Karlsruhe kommt, um hier länger zu bleiben. Also würde die auch gar nichts bringen.

Der Vorsitzende. Ich sage jetzt nicht dazu, dass ich das nicht glaube, aber wir stimmen jetzt ab, und zwar ab jetzt. - Das ist eine **Ablehnung**.

Anträge 180 a und b (Seite 125): Nachhaltige und stabile Finanzen in der Zukunft – Einführung einer Tourismusabgabe in Kombination mit einem Freifahrtticket für den KVV inklusive des Verlustausgleiches (DIE LINKE.)

So was hatten wir unter Bonuskarte schon mal lange diskutiert. Da fehlen die Rechtsgrundlagen im Moment, aber das ist etwas, was wir umsetzen würden in ähnlicher Form, wenn es eine Rechtsgrundlage gäbe. Das hatten wir schon, nur, damit Sie das schon mal gehört haben auch.

Da bitte jetzt hier um die Abstimmung, und zwar ab jetzt - **(mehrheitliche Ablehnung)**.

Ich darf noch mitteilen, dass auf der Seite 125 und dann auch auf der folgenden Seite die Anpassung der Gewerbe- und Gewerbesteuerumlage in der mittelfristigen Finanzplanung erfolgt ist, nach der entsprechenden Schätzung aus unserer Steuerschätzung. Und wir haben dann auch die Anpassungen, Schlüsselzuweisungen vom Land, Gemeindeanteil Einkommenssteuer, Gemeindeanteil Umsatzsteuer, Familienleistungsausgleich und FAG-Umlage nach unserem aktuellen Kenntnisstand.

Und dann rufe ich noch als letzten Antrag heute auf:

Antrag 181 (Seite 125): Veräußerung des Anteils am Seehof-Areal (CDU)

Da gibt es von den Antragsstellern jetzt Handzeichen. Verweisung wohin? Alles klar, **Verweisung in den Wirtschaftsförderungsausschuss**. Dem können wir gerne nachgehen.

Damit, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Menschen aller Art, wir sind hier am Ende der ganzen Antragsbearbeitung angekommen. Und jetzt geht es darum, dass Sie uns abschließend auf der Grundlage der gefassten Beschlüsse beauftragen, hier einen Satzungsbeschluss für den nächsten Dienstag vorzubereiten. Ich möchte noch mal auf drei Punkte kurz eingehen.

Das eine ist, es gab relativ viel Kritik auch daran, dass wir nicht auch als Verwaltung stärkere Einsparvorschläge gemacht haben bisher. Ich möchte zum einen noch mal darauf hinweisen, dass auch unsere Teilbudgetkürzungen, die wir vorgenommen haben, Teilbudgets auch bis zu 20 Prozent, dass das schon einen erheblichen Druck auch ausübt innerhalb der Stadtverwaltung, in eine neue Prioritätenbewertung. Teilweise auch, denn eine Verlangsamung nicht von Prozessen, aber von der Schnelligkeit, mit der man beispielsweise dann in bestimmte Alltagssanierungen und Dinge gehen kann, auch das wird schon mal eventuell Standards reduzieren müssen. Und es wird auch manches nicht in diesem Maße möglich machen wie bisher. Wir überlassen aber da die Auswahl im Moment den zuständigen Amtsleiterinnen und Amtsleitern. Und diese erst mal etwas läppisch klingende Ankündigung, dass wir eine 3-Prozent-Steigerung der Personalkosten, die wir erwarten, nicht umlegen und nicht vorgenommen haben, bedeutet in der Konsequenz, wenn Sie das mal so ein bisschen Milchmädchenmäßig rechnen, dass Sie am Ende nicht mehr das Geld für 180 Stellen zur Verfügung stellen, obwohl diese 180 Stellen ja weiter im Stellenplan sind. Wenn Sie bei 6.500 Mitarbeitern 3 Prozent quasi Kosten nicht anpassen, löst das umgekehrt aus, dass Sie für 3 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht mehr das Geld haben. Und das sind bei 6.000 Leuten 180 Stellen. Und das wird in den nächsten Jahren einen massiven internen Druck ausüben auf die Amtsleitungen, sich zu überlegen, wie sie ihre Arbeit umstrukturieren in den Ämtern. Wie sie hier auch versuchen, auf die einen oder anderen Leistungen zu verzichten und, und, und. Da viele Leistungen und viele Standards aber etwas mit Absprache mit Ihnen als Gemeinderat zu tun haben, wird es auch auf diesem Wege wieder zu Ihnen kommen. Das nur noch mal als Ansage, dass sehr wohl im nächsten Doppelhaushalt Hebel angesetzt wurden, aber die in der Konsequenz vor allem erst mal ein Appell in die Verwaltungen geben, jetzt hier eigene Gedanken aus der eigenen Fachlichkeit zu entwickeln und diesen ganzen Umstrukturierungsprozess auch selber etwas intensiver mitzugestalten. Und das noch mal zu dem Vorwurf, wir würden an der Stelle möglicherweise ja immer nur auf Sie gucken und nicht intern da ganz schön was machen.

Der zweite Punkt ist, ich glaube, es ist in der Debatte um Grund- und Gewerbesteuer jetzt sehr deutlich geworden, wo die Positionierungen sind. Und natürlich ist am Ende ein Gesamthaushalt immer nichts, wo jeder von Ihnen hinter jeder dieser Entscheidungen stehen kann. Trotzdem finde ich, wäre es überlegenswert, ob man sagt, wegen dieser einen Entscheidung, bei der ja auch die Positionen von Ihnen nach außen völlig klargeworden sind, muss man jetzt einen 1,5 Milliarden Haushalt ablehnen, der, wenn wir ihn letztlich nicht gemeinschaftlich entscheiden, dazu führt, dass wir auf den Haushaltzahlen von 2021 zunächst mal weitermachen, wir wieder neu zusammentreten müssen als Gemeinderat. Wir müssen einen neuen Vorschlag ausarbeiten und, und, und. Ich glaube, dass das am Ende nicht hilfreich ist. Und ich werbe vor allem auch um eine große Mehrheit für den Haushalt, weil, wir müssen uns ja auch gegenüber dem Regierungspräsidium und anderen entsprechend auch als Gesamtverantwortliche für diese Stadt aufstellen. Und das wird dadurch noch mal sehr, sehr deutlich.

Den dritten Punkt habe ich vergessen, insofern setzt langsam der Zahn der Zeit über diese zwei Tage auch mir zu. Und wir kommen damit in die abschließende Befassung mit der Beauftragung, dass wir auf der Grundlage dieser Beschlüsse jetzt einen Satzungsbeschluss machen. Die Gesamtausgaben, die wir Ihnen erst signalisiert haben, haben sich jetzt nicht wesentlich erhöht. Wir können es ja vielleicht noch mal zeigen, aber da hat sich, glaube ich, nicht so arg viel mehr bewegt. Also, das sind die Zahlen, die haben sich nicht verändert, weil wir ja im letzten Punkt, im letzten Teilhaushalt auch nichts weiter beschlossen haben.

Und damit komme ich zu der Frage, die heute jetzt das ganze Thema hier abschließt. Wer würde denn einer solchen Beauftragung an die Verwaltung, einen solchen Satzungsbeschluss so vorzubereiten, zustimmen, also darüber stimmen wir jetzt ab. Gab es noch Fragen? Herr Stadtrat Ehlgötz, Sie haben noch eine Frage?

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Was für Punkt ist das, den Sie aufrufen, auf der Tagesordnung, Herr Oberbürgermeister?

Der Vorsitzende: Es gehört zu einer solchen Haushaltsberatung, dass Sie am Ende noch mal sozusagen mit dem Gesamtpaket, uns beauftragen, auf der Grundlage dieser Einzelentscheidungen einen Satzungsbeschluss zu machen. So haben wir es meines Wissens immer gehandhabt. Also, ich kenne das gar nicht anders.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Herr Oberbürgermeister, ich verstehe Sie so, dass Sie im Hinblick auf die noch zu treffende und dann auf einer ordentlichen Tagesordnung stehenden Entscheidung am nächsten Dienstag jetzt sozusagen vorab ein erstes Stimmungsbild abrufen. Mehr kann ich jetzt eigentlich nicht verstehen. Ja, das ist natürlich ein Argument, ob man das hier öffentlich abgibt. Da gebe ich dem Kollegen recht.

Der Vorsitzende: Wenn es bisher nicht Usus war, können wir darauf auch verzichten, aber ich kenne es eigentlich nur so. Ja, es schütteln manche den Kopf und manche nicken. Wir müssen die alten Hasen fragen, Herr Stadtrat Zeh, Sie sind ein alter Hase, erzählen Sie mir was dazu.

Stadtrat Zeh (SPD): Also, ich kenne es nicht aus alten Sitzungen.

Der Vorsitzende: Okay, dann ist gut. Wie gesagt, ich weiß, dass wir an dem Punkt immer

diskutieren, aber ich vergesse immer alle zwei Jahre wieder, zu welchem Ergebnis wir gekommen sind. Okay, dann nehme ich alle Einzelbeschlüsse jetzt so auf und wir machen daraus einen Satzungsbeschluss. Und dann verzichte jetzt hier auf das Stimmungsbild. Ein Stimmungsbild kenne ich ja auch, weil ich herumgelaufen bin. Insofern erleben Sie mich da nicht tiefenentspannt, aber auch nicht völlig verstört.

Wir kommen damit noch mal auf die Tagesordnung zurück. Da haben wir jetzt alle Punkte durchgebracht hoffentlich, ich sehe jetzt keine übriggebliebenen. Zu den nicht öffentlich gefassten Beschlüssen gibt es nichts zu erwähnen. Unter 19 habe ich zwei Aspekte, da muss ich mal kurz nachdenken, der Herr Wiederkehr hatte sie mir gestern zugerufen. Der eine Aspekt ist, dass ich noch mal darauf hinweisen wollte, dass die nächste Gemeinderatssitzung, wie üblich, wieder im Bürgersaal stattfindet. Nur, dass Sie das bitte von der Einladung her auch richtig verstehen. Und den zweiten Aspekt hatte ich vergessen.

(Zuruf: Die Veranstaltung am Samstag!)

Der Vorsitzende: Genau. Wir mussten jetzt doch am Samstag die Veranstaltung zur Eröffnung der Kombilösung mit 250 Gästen absagen. Das hat zwei Gründe. Uns ist von höherer Stelle bedeutet worden, dass man das als durchaus kritisches Signal aktuell empfindet und wir haben auch relativ viele Absagen schon bekommen, nachdem wir das in die Stadtkirche verlegt haben. Deswegen verzichten wir jetzt auf diese Veranstaltung, das heißt, Sie sind alle eingeladen, es über den Livestream mit zu verfolgen. Wir werden unten in der Haltestelle dann eigentlich nur wenige sein - gut, also am Ende werden es doch wahrscheinlich 30, 40 Leute sein mit Presse, aber ansonsten ist es ein unter 10 liegender Kreis von, sagen wir mal Verantwortlichen. Aber 14 Uhr steht ja dann das ganze System zur Verfügung für die Straßenbahnlinien. Am Sonntag kommen die Stadtbahnlinien dazu. Sie sind alle zum Livestream morgens ab 11 Uhr herzlich eingeladen. Ich sage Ihnen aber zu, wir haben ja noch mal eine Eröffnung des Autotunnels Ende März. Und wir überlegen jetzt, ob wir das Fest der Sinne Ende April auch noch mal nutzen zu einer Gesamteinweihung der Kombilösung, wo man dann hoffentlich auch ohne zu große Auflagen einfach alle Menschen einladen kann, die es eigentlich verdient hätten. Auch die Auswahl dieser 250 Ehrengäste war schon die Reduzierung einer Liste von etwa 900, die wir eigentlich, wenn man sich den Gesamtbauablauf anguckt, für Wert befunden hätten, persönlich eingeladen zu werden. Und das könnten wir natürlich dann Ende April, so es die Umstände zulassen, ganz anders ermöglichen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Aber jetzt mal einen Schritt weitergedacht, um 14 Uhr geht es dann los. Da werden ja auch die ganzen Haltestellen voller Leute sein um 14 Uhr. Oder was passiert dann, wie will man dann verhindern, dass da eine Menschenansammlung sich einfindet?

Stadträtin Wiedemann (CDU): Ich persönlich, also das ist jetzt nicht abgesprochen mit meiner Fraktion, finde es sehr schade, dass der Gemeinderat, überhaupt nicht hier mit einbezogen werden kann, zur feierlichen Eröffnung des Stadtbahntunnels. Und auch wenn die Kriegsstraße, wenn dieses Fest kommen wird nächstes Jahr, finde ich es trotzdem sehr schade. Wir haben das jetzt 12 Jahre begleitet und sind im Grunde außen vor.

Stadtrat Schnell (AfD): Ja, es ist noch nicht mal der Aufsichtsrat der Verkehrsbetriebe eingeladen. Ich mache als Alternativvorschlag, jeder, der Lust hat, soll doch an dem Samstag dann noch mal mit der historischen Tramlinie fahren, weil, allzu lang wird deren Fahrweg auch nicht

mehr nutzbar sein.

Der Vorsitzende: Frau Wiedemann, ich habe an der Stelle auch so an sich einen gewissen Grundtrotz, der mich eher dazu bringen würde, so Dinge immer durchzuziehen, das wissen Sie, weil ich anderen Stellen das sehr deutlich mache. Aber hier an der Stelle haben wir schon einen riesen Stress, dass wir sowieso nicht alle einladen konnten, die es verdient hätten. Es sagen jetzt viele ab, die auch gerne dabei gewesen wären, weil sie es als falsches Signal in dieser Zeit empfinden oder sich auch persönlich verunsichert fühlen. Ich habe die Entscheidung ja nicht alleine getroffen, sondern es ist auch eine relativ eindeutige Empfehlung der verschiedenen anderen Verantwortlichen in diesem Kontext. Insofern finde ich es furchtbar schade, aber wir können es im Moment in diesen Zeiten aus meiner Sicht einfach nicht anders durchziehen. Und ich muss Sie einfach bitten, dafür Verständnis zu haben.

Irgendwann fängt einfach mal der Betrieb an und das ist halt leider um 14 Uhr. Und wir müssen dann gucken, dass vor allem die Leute auf die Bahnsteige kommen, die dort auch fahren wollen. Da gilt dann eben 3G wie im öffentlichen Personennahverkehr. Wir werden natürlich irgendwie quer spannen, dass dann auch durchgeschnitten wird, aber mehr Eröffnung wird es da auch nicht geben. Und da kommen sicher auch noch ein paar Schaulustige, denen würde ich empfehlen, vielleicht ein bisschen später zu kommen, weil sich das ja dann ab da jederzeit auch ermöglicht. Und wir werden gucken, dass wir natürlich nicht mehr Leute runterlassen, als es von den Platzverhältnissen möglich ist. Das kann gut gehen, das kann aber auch zu größeren Erwartungen führen, als wir sie da erfüllen können, das müssen wir dann einfach in der Situation klären, wie es eben kommt. Aber wir sind dann grundsätzlich darauf vorbereitet.

Stadtrat Hock (FDP): Herr Oberbürgermeister, da lassen wir Sie jetzt nicht im Regen stehen, ich weiß ja Ihre Einstellung zu der Sache. Und die Kollegin Wiedemann hat vollkommen recht, um 14 Uhr fahren die Leute in der Straßenbahn. Und nach so einem Projekt, so einem Mammutprojekt für die Stadt Karlsruhe, muss es auch möglich sein, dort so einen Festakt ablaufen zu lassen, unter Einhaltung der Hygienevorschriften. Das hätte ich auch erwartet. Und wenn man dazu nicht in der Lage ist, was meines Erachtens sicherlich auch möglich gewesen wäre, das passt hinten und vorne nicht, nachher fahren die Leute um 14 Uhr alle in der Bahn, aber wir können uns mit Abständen nicht treffen. Dann dürften wir auch keine Sitzungen machen. Also, Sie sollten bitte schön das weitergeben, dass das hier auch nicht so gut angekommen ist.

Der Vorsitzende: Das habe ich schon erwartet, aber ich gebe es gerne noch mal weiter, aber wir kommen an der Stelle nicht anders um die Ecke rum. Ist okay. Gut.

Dann habe ich unter Verschiedenes sonst nichts mehr.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Eine ganz kurze Sache, ich habe versucht, mit dem iPad die Haushaltsberatungen durchzuhalten, aber ich muss sagen, ab und zu bin ich ausgestiegen. Sie springen von einem zum anderen. Also, das müssen wir noch mal überdenken, wie läuft es elektronisch. Ich habe die Kollegen hier mit Papierbergen und Tablet gesehen. Da scheint es funktioniert zu haben. Aber so ging es ganz, ganz schwer nur.

Der Vorsitzende. Vielen Dank. Für die nächsten Haushaltsberatungen, da sind wir dann aus meiner Sicht auch nicht in der Gartenhalle, da müssen wir schauen, dass Sie alle Strom haben und dann müssen wir natürlich auch gucken, dass wir das so vorbereiten. Insgesamt hat es

aber, glaube ich, doch relativ gut geklappt. Ich hatte nie den Eindruck, dass ich hier völlige Verwirrung stifte und das ist schon, glaube ich, in Anbetracht der gesamten Unterlagen und der Komplexität auch eine gute Leistung. Nicht jetzt von mir, sondern insgesamt hier vom Team.

Und das bringt mich dazu Herr Stadtrat Kalmbach, deswegen passt das für den Abschluss ganz gut, dass ich mich vor allem hier bei der Kämmerei und bei allen, Hauptamt und allen anderen, die das hier vorbereitet haben und hier auch die Vorlagen so wundervoll aufgearbeitet haben auch für Sie, ganz herzlich bedanken möchte im Namen von Ihnen allen auch.

Und in diesem Sinne wünsche ich Ihnen noch kein frohes Weihnachtsfest, denn wir sehen uns nächsten Dienstag noch. Ansonsten aber schon mal einen schönen Abend, ein schönes Wochenende, was dazwischen liegt. Und dann kommt das große Finale am nächsten Dienstag. Vielen Dank und alles Gute, bleiben Sie gesund.

Schluss der öffentlichen Sitzung: 17:35 Uhr

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
10. Dezember 2021